

Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie
der Freien Universität Berlin

Von Jüdin für Jüdin.

**Die soziale Arbeit der Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes
und ihrer Mitgliedsorganisationen bis zum Ende der Weimarer Republik**

Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Philosophie
(Dr. phil.)

vorgelegt von

Jeanett Rapp

Erstgutachter: Prof. Dr. Richard Münchmeier
Zweitgutachter: Prof. Dr. Christian von Wolffersdorff

Tag der Disputation: 29. 06. 2011

Berlin 2011

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Existenzsicherung und Emanzipationsverlangen. Traditionen jüdischer sozialer Arbeit in Leipzig bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges	13
1.1 Industrialisierung und ihre Folgen	13
1.2. Etablierung und Verbürgerlichung der Juden	21
1.3 Traditionelle Wohlfahrtspflege und Entwicklung des jüdischen sozialen Vereinswesens	40
1.4 Soziales Engagement bürgerlicher jüdischer Frauen	49
1.4.1 Lebensbedingungen von Frauen und Genese der bürgerlichen Frauenbewegung	49
1.4.2 Anfänge und Entwicklung der jüdischen sozialen Frauenvereinstätigkeit	61
1.4.3 Henriette Goldschmidts interkonfessionelles Wirken für die Kindergartenpädagogik und den Verein für Familien- und Volkserziehung	73
2 Koordination und Effektivierung sozialer Anliegen. Die Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes und die jüdische soziale Frauenarbeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges	83
2.1 Die Organisation der jüdischen Frauenbewegung	83
2.1.1 Entstehung, Ziele und Aufgaben des Jüdischen Frauenbundes	83
2.1.2 Die Gründung der Leipziger Ortsgruppe des JFB und die Arbeit der Jüdischen Frauenvereine	101
2.2 Soziale Vereinsarbeit unter Kriegsbedingungen	120
2.2.1. Die Tätigkeit der organisierten jüdischen Frauenvereine und des Vereins für Familien- und Volkserziehung im Rahmen der Kriegsfürsorge	120
3 Soziale Arbeit der Ortsgruppe des JFB und der angeschlossenen Frauenvereine unter den krisenhaften Bedingungen der Weimarer Republik bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929	136

3.1	Politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit jüdischer Frauenvereine in Leipzig	136
3.2	Die sozialen Antworten des Jüdischen Frauenbundes auf die neuen Bedingungen	163
3.3	Ausbau und Weiterentwicklung der Arbeit der Leipziger Ortsgruppe des JFB	181
3.4	Fortführung und Weiterentwicklung des Wirkens der verbündeten Frauenvereine	188
3.4.1	Der Israelitische Frauenverein	188
3.4.2	Der Frauenverein „Ruth“	191
3.4.3	Der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V.	196
3.4.4	Der Schwesternbund der Leipzig Loge	198
3.5	Zur Umstrukturierung der ehemaligen Hochschule für Frauen zum Sozialpädagogischen Frauenseminar im Zuge der Verberuflichung und Professionalisierung sozialer Arbeit	205
4	Soziale Fürsorge der Frauenvereine während der Weltwirtschaftskrise	208
4.1	Die Folgen der Weltwirtschaftskrise	208
4.2	Der Jüdische Frauenbund in der letzten Phase der Weimarer Republik	219
4.3	Neue Herausforderungen für die Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes	234
4.4	Das Wirken der in der Leipziger Ortsgruppe des JFB organisierten Frauenvereine und die Entwicklung des Sozialpädagogischen Frauenseminars	240
	Zusammenfassung	248
	Abkürzungen	258
	Quellen- und Literaturverzeichnis	260

Einleitung

Zielstellung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den sozialen Aktivitäten der 1910 gegründeten Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes (JFB)¹ und der mit ihr verbundenen Frauenvereine bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten.

Zu den zusammengeschlossenen Vereinen gehörte an erster Stelle der Israelitische Frauenverein²; darüber hinaus gehörten der Frauenverein „Ruth“³, der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V.⁴ und der Schwesternbund der Leipzig Loge XXXXIII Nr. 496 des Unabhängigen Ordens Bnai Brith (U.O.B.B.)⁵ zu den angeschlossenen Vereinen. Schließlich schloss sich der Israelitische Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen, dem auch Männer angehörten, dem Bündnis mit der Ortsgruppe des JFB an.⁶

Im Fokus der Betrachtungen stehen sowohl die eigenständige soziale Arbeit der Ortsgruppe als auch die sozialen Hilfsangebote der mit ihr verbündeten Frauenvereine unter Berücksichtigung des Wirkens exponierter Persönlichkeiten. Die jüdische soziale Frauenvereinsarbeit wird notwendigerweise in Zusammenhang mit den Entwicklungsprozessen der Israelitischen Religionsgemeinde und den konkreten historischen Rahmenbedingungen innerhalb der Kommune mit ihren prägenden Wirkungen betrachtet.

Vorrangig leisteten die bürgerlichen Frauenvereine ehrenamtliche soziale Arbeit, ergänzt durch den Einsatz bezahlter Fachkräfte für bestimmte Aufgaben. Das Engagement der untersuchten jüdischer Frauenvereine stellt sowohl einen Teil als auch eine Variante der Gesamtentwicklung jüdischer Frauenvereinstätigkeit in Deutschland dar. Bisherige Forschungsergeb-

¹ Zum Gründungsjahr vgl. Kaplan 1981, 128 (nach: Israelitisches Familienblatt (Hamburg), 17.2.1910, 11) sowie Diamant 1993, 285 (nach: Statistischen Jbb. des D.I.G.B.: Diese nennen zwei Gruppen, welche 1910 bzw. 1913 gegründet worden seien).

² Forschungsberichten von Diamant (1993, 285), Höppner, Jahn (1997, 23) und Bach (1994, 140) zufolge entstand der Verein 1853. 1916 erklärte die Obervorsteherin zur Datierung der Gründung, der Verein bestehe seit mehr als sechzig Jahren, Gründungsakten seien nicht erhalten (vgl. StAL AFSA 1913, 26 a). Wendelin (1927, 288) und der Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege [...] (1933, 326) gingen hingegen von einer früheren Gründung im Jahr 1845 aus. Das Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde wiederum benannte 1848 als Gründungsjahr (GBIRG 4 (1928) 10, 1).

³ Der orthodox dominierte Verein wählte bewusst die biblische Ruth als Namenspatronin. Dem Alten Testament zufolge hatte diese nach dem Tod ihres Mannes als Fremde im Land ihrer Schwiegermutter gelebt.

⁴ Auch über den Gründungszeitpunkt dieses Vereins liegen widersprüchliche Quellenaussagen vor. Laut Aktenlage (SStAL PP-V 1804) wurde der Verein Mitte Januar 1915 gegründet. Diamant gab unter Verweis auf die Statistischen Jbb. des D.I.G.B. (1993, 285) ebenso wie der Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege [...] (1929, 236) hingegen die Vereinsgründung mit dem Jahr 1896 an.

⁵ Das genaue Gründungsjahr bleibt ungeklärt. Sekundärquellen gaben 1920 (Wendelin 1927, 288) oder 1921 (Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege 1928/1929, 147) an.

⁶ Über den Verein ist kaum etwas bekannt. Da die scheinbar erste Satzung 1908 vorgelegt wurde, wird dieses Jahr hier als Gründungsjahr angenommen. (Vgl. dazu SStAL PP-V 312)

nisse unterstreichen die Auswirkungen unterschiedlicher regionaler Bedingungen in Form abweichender Entwicklungsverläufe und die Differenziertheit von Geschichtsprozessen.

Ergebnisse regionaler und kommunaler Forschung stellen seit Jahren die bisherige Generalisierung der Geschichte von sozialer Arbeit, welche hauptsächlich von Preußen und Berlin ausgeht, in Frage. Die hier vorliegende Darstellung leistet in diesem Sinne einen Beitrag zur regionalen Untersuchung, die sich als Teil einer Gesamtgeschichtsschreibung von Sozialarbeit versteht. Sie greift ein Forschungsdefizit in der Geschichtsschreibung zur Wohlfahrtspflege in Leipzig auf und möchte zur Sichtbarmachung sozialer Arbeit im Rahmen der jüdischen Frauenbewegung beitragen.

Der gewählte Untersuchungszeitraum ermöglicht es, Vereinsarbeit unter den Auswirkungen sich jeweils wandelnder gesellschaftlicher Prozesse zu erforschen. Diese sich ändernden Voraussetzungen und Bedingungen sowie die vorhandenen und wirksamen Traditionen zu beachten, stellt zugleich die Voraussetzung für das Verständnis der Initiativen der Protagonistinnen in ihrer Spezifik dar.

Leipzig erweist sich vor diesem Hintergrund, nicht nur deshalb als interessant, weil bereits Alice Salomon hier im historischen Rückblick wichtige Impulse insbesondere für den geschlechtsspezifischen Aspekt der Genese des sozialen Arbeitsfeldes ausmachte,⁷ sondern auch, weil sich in der Stadt folgende bemerkenswerte Bedingungen bündelten:

- eine vom Reichsdurchschnitt abweichende wirtschaftliche Entwicklung mit entsprechenden Folgeerscheinungen im sozialen Bereich,
- Besonderheiten in der Genese der kommunalen Armenpflege,
- die späte Ansiedlung von Juden,
- der überdurchschnittliche Anteil von meist orthodox orientierten jüdischen Osteuropäern an der jüdischen Gesamtbevölkerung bei gleichzeitiger Dominanz der liberalen deutsch-jüdischen Minderheit in der Gemeinde,
- das wesentliche Initiieren der Emanzipationsbewegungen von Juden, Frauen und Arbeitern,
- extreme Polarisierung zwischen Bürgertum und sozial Unterprivilegierten.

⁷ Salomon verwies zum einen darauf, dass infolge der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) sich deutsche Frauen erstmals in Armen- und Krankenpflege zusammenschlossen, woraus Pflegerinnenvereine zur Versorgung von Kranken und Verwundeten hervorgingen, und zum anderen auf die 1868 auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins vorgetragene Forderung Henriette Goldschmidts, der Ehefrau des Leipziger Rabbiners Abraham Meyer Goldschmidt, nach Zulassung von Frauen zur öffentlichen Armenpflege. (Dies. 1980, 19 und 41 nach: Neue Bahnen 1868, 174).

Abgrenzung

Die Arbeit untersucht - ausgehend von einer „Vorgeschichte“ des später in der Ortsgruppe des JFB gebündelten frauenvereinsorganisierten sozialen Engagements - den Zeitraum von der Gründung der Ortsgruppe bis zur Machtergreifung des nationalsozialistischen Regimes. Die untersuchten Zeitperioden kennzeichnen typische Bedingungen für das Wirken der assoziierten jüdischen „sozialen Feministinnen“.⁸

Da das 1871 entstandene deutsche Kaiserreich im Inneren keine einheitliche Entwicklung durchsetzte, bestanden wirtschaftliche, soziale und religiöse Differenzen zwischen den Territorien weiter. Leipzig hatte sich im Zuge der Industrialisierung zu einer Großstadt entfaltet und damit zu einem Ort sozialer Gefährdung, verursacht durch tiefgreifende gesellschaftliche Differenzierungs- und Verwerfungsprozesse. Letztere brachten neue soziale Gruppen hervor und führten zur Auflösung traditioneller Gesellschaftsstrukturen sowie herkömmlicher familiärer Beziehungen.

Der Mehrheit der deutschen Juden gelang während der Epoche des Kaiserreiches auf der juristischen Emanzipation basierend der soziale Aufstieg ins Bürgertum. Die damit einhergehenden Verbürgerlichungsprozesse der Juden umfassten auch eine Beteiligung an der allgemeinen und Ausprägung einer eigenen Vereinskultur sowie des Stiftungswesens. Vorrangig richtete sich das diesbezügliche Engagement auf die Prävention bzw. Lösung von sozialen Problemen.

Der Erste Weltkrieg erwies sich als Zäsur, welche nicht zuletzt nachhaltig die Stellung der Juden und der Frauen in der Gesellschaft angesichts desolater Verhältnisse in allen Lebensbereichen prägte. Für die Israelitische Religionsgemeinde und die untersuchten Frauenvereine stellten sich existentielle Herausforderungen, deren Bewältigung durch die weitere Zuwanderung aus Osteuropa, den ökonomischen Niedergang bisheriger Förderer und den sich neu formierenden, allgegenwärtigen Antisemitismus erschwert wurde. Innerhalb der Gemeinde spitzten sich die Richtungskämpfe und sozialen Auseinandersetzungen zu.

Die sich anschließende Phase der Weimarer Republik mit ihrem krisenhaften Verlauf, mit Inflation und Weltwirtschaftskrise, einem sich in neuer Dimension entfaltenden Antisemitismus, aber auch mit einer Sozialpolitik, welche deutsche Juden selbstverständlich integrierte, schuf völlig neue Kontexte für die soziale Frauenvereinsarbeit auch in Leipzig und stellte diese zugleich vor sich tiefgreifend wandelnde und neue Herausforderungen.

⁸ Kaplan konstatierte eine Vorrangigkeit des Bemühens um soziale Reformen gegenüber feministischen Zielsetzungen. Soziale Arbeit legitimierte letztere erst. Vgl. dazu Kaplan 1981, 171.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten beendete die bisherige Entwicklung und leitete den gesellschaftlichen Ausgliederungsprozess der jüdischen Bevölkerung ein. Daher sah sich die Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes, ebenso wie die jüdische Sozialarbeit insgesamt, zu einer grundlegenden Neuorientierung gezwungen. Diese letzte Phase bis zur Auflösung der Leipziger Ortsgruppe im Jahre 1939 kann aus Gründen der Beschränkung des Umfangs der Arbeit nicht mehr Gegenstand dieser sein.

Da die Vereinsgeschichte im Vordergrund steht, wird auf die Betrachtung biographischer Aspekte einzelner Frauenpersönlichkeiten weitgehend verzichtet, zumal die Quellenlage detailliertere Aussagen ohnehin weitgehend unmöglich macht.

Herausragende Persönlichkeiten erscheinen daher in ihrer Differenziertheit hinsichtlich religiöser, politischer und feministischer Ausrichtungen vornehmlich schlaglichtartig.

Die Arbeit fragt nach der Auswirkung der jeweils konkret historisch gegebenen Rahmenbedingungen auf die sozialen Zielsetzungen der ausgewählten Leipziger jüdischen Frauenvereine und der Umsetzbarkeit der jeweils gestellten Aufgaben.

Interessant ist alternativ ein Gegenüberstellen mit dem von Henriette Goldschmidt geleiteten Verein für Familien- und Volkserziehung, welcher interkonfessionell angelegt und kein reiner Frauenverein war.

Zum Forschungsstand

Lange haben sich Sozialarbeit und Sozialpädagogik mit der Erforschung ihrer eigenen Geschichte schwer getan, zumal der Legitimationsdruck eine „Erfolgsgeschichte“ zu fordern schien. So blieben Aspekte jüdischer Wohlfahrtspflege im Geschichtsdiskurs von Sozialarbeit und Sozialpädagogik zunächst wenig beachtet. Bereits Sachße und Tennstedt verwiesen darauf, dass die Geschichte jüdischer Wohlfahrtspflege außer im Hinblick auf Persönlichkeiten, die Hervorragendes in Armenpflege und sozialer Arbeit geleistet haben, weitgehend unbekannt ist.⁹ Seit den achtziger Jahren und verstärkt seit den neunziger Jahren traten jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit ins Interessenspektrum des historischen Fachdiskurses.¹⁰

In Lehrbüchern und Überblicksdarstellungen (z. B. Hering, Münchmeier 2000; Sahle 1999; Wendt 1995) lässt sich noch immer eine Vernachlässigung jüdischer Wohlfahrtspflege feststellen. Werden bei Thole 1998 zwar Alice Salomon und Siegfried Bernfeld als Klassiker der Sozialen Arbeit offeriert, bleiben doch jene sozial-ethischen Aspekte ihres Wirkens, die doch

⁹ Vgl. Sachße, Tennstedt 1998, 232.

¹⁰ Vgl. dazu z. B. Goldschmidt 1984, Kramer/Landwehr 1988 sowie Konrad 1997, Maierhof 2002.

im Judentum wurzeln, unbeachtet.¹¹ Die thematisch ausdifferenzierten, historischen Untersuchungen zu christlichen Organisationen und Verbänden (zum Beispiel Kaiser 1997, 1998) werden mittlerweile durch Forschungsergebnisse aus dem Bereich jüdischer Wohlfahrtspflege ergänzt (zum Beispiel Wolf 1991). Seitens der religionsgeschichtlichen Forschung wurde das Vereinswesen u.a. im Hinblick auf sozialreformerische Aspekte untersucht (z. B. Wennemuth 2004).

Dennoch ist die Feststellung Wolfs, dass jüdische Organisationen nicht zuletzt wegen der defizitären Überlieferungssituation und der marginalen Betrachtung der Juden vergleichsweise wenig erforscht sind,¹² immer noch gültig. Dies trifft in besonderem Maße auf das lokale Vereinswesen zu. Überregional wirkende Institutionen, Einrichtungen und Organisationen wurden hingegen bereits deutlicher in den Untersuchungsfokus gerückt.

So haben mehrere Autoren zur Geschichte der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden (ZWST) die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten publiziert, neben Wolf (1991) bspw. auch Heuberger (1992) und Flierl (1992).

Bearbeitet wurden im Bereich jüdischer Wohlfahrtspflege verschiedene Aspekte und Einzelthemen. Insgesamt fehlen allerdings Vergleichsstudien ebenso wie eine Gesamtdarstellung der Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit. Zum Wirken jüdischer Exponentinnen in der interkonfessionellen Arbeit liegen Forschungsergebnisse vor, welche in erster Linie Aspekte der Professionalisierung und Verberuflichung sozialer Arbeit, aber auch die Verwurzelung in jüdischer Ethik betonen (Berger 1997; Eggemann, Hering 1999; Landwehr 1981, Zeller 1990, 1999). Die Forschungssituation stellt sich insgesamt fragmentarisch und unsystematisch dar, Ergebnisse liegen vornehmlich in Form monographischer Artikel vor.

Die sozialhistorische Forschung und die jüdische Geschichtswissenschaft brachten zur Stellung der Juden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik eine kaum überschaubare themenübergreifende Publikationsmenge hervor (verwiesen sei nur auf Jersch-Wenzel 2000, Heid 1986 und 1995, Maurer 1986 und Richarz 1982). Darunter befinden sich auch Arbeiten zur jüdischen Wohlfahrtspflege (z. B. Reinke 2000 und 2001; Baader 2002). Organisations- und Vereinswesen werden hier im Kontext der Bürgertums- und Vereinsgeschichtsforschung bearbeitet, wobei die Vereinsgeschichte stets auf das engste mit der Stadtgeschichte verbunden ist. Wie van Rahden resümierte, hat sich die mit der Untersuchung der Vereinsgeschichte eng verbundene Bürgertumsforschung lange „schwer getan, Juden als Teil der Geschichte des

¹¹ Vgl. Thole 1998, 131-147 und 163-175.

¹² Vgl. Wolf 1991, 473.

Bürgertums in Deutschland zu untersuchen“,¹³ obwohl die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in der Zeitspanne von 1848 bis 1933 dem Bürgertum und der Kerngruppe des deutschen Bürgertums angehörte. Entsprechend plädierte er für eine Beschäftigung mit der Geschichte des jüdischen Bürgertums und einen Paradigmenwechsel, der die Geschichte der deutschen Juden als Minderheitengeschichte beendet.¹⁴

Bürgerliche Jüdinnen beeinflussten die Definition von Bürgerlichkeit in den Großstädten, wie das Beispiel der Frankfurter Sozialreformerinnen beweist. Um 1900 spielten sie eine bemerkenswerte Rolle hinsichtlich des Wandels des bürgerlich-kommunalen Verständnisses von Armenpflege dahingehend, dass Armenpflege als Recht begriffen und Fürsorge als Hilfe zur Selbsthilfe definiert wurde. Ein vergleichbarer Einfluss lässt sich in Leipzig sicherlich der Fröbelschen Sozialpädagogin Henriette Goldschmidt zuschreiben.¹⁵

Das jüdische Vereinswesen des 19. und 20. Jahrhunderts untersuchte Reinke (2000) im Hinblick sowohl auf quantitative als auch qualitative Aspekte. Regionale und lokale Forschungsperspektiven sind in Bezug auf die jüdische Wohlfahrtspflege verstärkt in jüngster Zeit feststellbar. Zwar beschäftigen sich einzelne Darstellungen älteren Datums, wie die Schieblers mit jüdischen - auch wohltätigen - Stiftungen und deren Zwecksetzungen im Kontext des städtischen Raumes, beispielsweise in Frankfurt am Main (1988), an systematischer Aufarbeitung mangelt es allerdings noch immer.

Seitens der Fachgeschichtsschreibung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik liegen neuere Ergebnisse u.a. von Hennings (2008) vor, welche Jüdische Wohlfahrtspflege erstmals systematisierend für die Weimarer Republik darstellte.

Die regionale Historiographie brachte u.a. Dissertationen wie die Büttners (1987) zur Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens u.a. in Leipzig zwischen 1890 und 1914 sowie die Brandmanns (1998) zur Kommunalen Wohlfahrtspolitik in Leipzig zwischen 1890 und 1929 im Spektrum der politischen Konstellationen hervor. Beide Arbeiten weisen die Auswirkungen der städtischen Machtverhältnisse auf die Entwicklungen in Armenwesen und Fürsorge nach.

Konstatierten Geier und Schlesinger in ihrer Überblicksdarstellung des Leipziger Vereinswesens ein mangelndes Forschungsinteresse im Hinblick auf jüdische Vereine für die Zeit vor und nach der Wende zum 20. Jahrhundert,¹⁶ so entstanden doch etwa gleichzeitig eine Reihe von Forschungsberichten zu verschiedenen Aspekten des jüdischen Vereinswesens in Leipzig.

¹³ Rahden 2001, 10.

¹⁴ Vgl. dazu Rahden 2001, 25.

¹⁵ Auf das Wirken von Goldschmidt trifft zu, was van Rhaden beispielhaft untersuchte, dass eine Terminologie im Sinne eines „Beitragens“ [von Juden] zur bürgerlichen Kultur verfehlt ist.

¹⁶ Vgl. Geier und Schlesinger 1996, 78.

Genannt seien hier die Arbeiten von Diamant (1993), Bach (1994) und Höppner/Jahn (1997). Sozialhistorische Aspekte jüdischen Lebens standen zudem beispielsweise in Plowinkis Dissertation (1991) zur jüdischen Bevölkerung Leipzigs in den Jahren 1853, 1925 und 1933 im Fokus; Reinholds legte eine Darstellung der jüdischen Gemeinde im 19. Jahrhundert vor (1999).

Weiterhin sei in diesem Zusammenhang auf Höppners Studie zur jüdischen Immigration in Sachsen (1995) und auf Kowalzik's Veröffentlichung zum jüdischen Erwerbsleben in der inneren Nordvorstadt (1999) verwiesen.

In der Frauengeschichtsschreibung im Rahmen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik haben Hering und Waaldejke die Geschichte Sozialer Arbeit in Europa in den Blick genommen und dabei systematische Vergleichsstudien unter der Beachtung der Kategorien Geschlecht, Ethnizität und Mentalität angemahnt.¹⁷ Solche sind ebenso für die deutschen Territorien erforderlich, da regionale und lokale Perspektiven die den Frauen vorgegebenen bzw. gestaltbaren abweichenden räumlichen und zeitlichen Handlungsspielräume aufdecken. Aus der geschlechtergeschichtlichen Forschungssicht betonte u.a. auch Frevert die Bedeutung der regionalen Untersuchungsperspektive für die Rekonstruktion der Vielfalt von Geschlechtergeschichte.¹⁸ Dazu forderte sie eine stärkere Verklammerung von Geschlechtergeschichte und allgemeiner jüdischer Geschichte bei Beachtung der räumlichen Spezifik unterschiedlicher kultureller, sozialer, politischer und ökonomischer Geschlechterkonfigurationen.

Nimmt auch die Frauengeschichtsforschung Frauenvereine in den Blick (z. B. Münster-Schröer 1993), gilt doch noch immer Huber-Sperls Kritik aus dem Jahre 2002, dass dieser Gegenstand in Deutschland weitgehend durch einen Mangel an Einzel- und thematischen Schwerpunktuntersuchungen sowie an vergleichenden Analysen und systematisierenden Darstellungen gekennzeichnet ist.¹⁹ Neuere Forschungen auf diesem Gebiet widmen sich den Differenzen zwischen Frauen und stellen die Geschichte des Vereinswesens in ihrer qualitativen Entwicklung mit Kontinuitäten und Diskontinuitäten dar.

Bei Huber-Sperl (2002) finden sich Ergebnisse der Frauenvereinsgeschichtsforschung auch für Leipzig und den Zeitraum des 19. Jahrhunderts.

Zum Jüdischen Frauenbund sei auf Kaplans historische Arbeit aus dem Jahr 1981 verwiesen, die noch immer als das grundlegende Werk für die überregionale jüdische Frauenorganisation anzusehen ist. Kaplan zeigte, dass es jüdischen Frauen vor allem mittels Sozialarbeit gelang, sich subjektive Handlungsspielräume zu schaffen und überindividuelle Ziele zu realisieren.

¹⁷ Vgl. Hering, Waaldejke 2002, 17.

¹⁸ Vgl. Frevert 2002, 172.

¹⁹ Vgl. dazu weiter Huber-Sperl 2001 a, 21.

Darüber hinaus haben Dürkop (1984) und Kaplan (1984) die schwierige Situation der bürgerlich-jüdischen Frauenbewegung innerhalb der gemäßigten deutschen Frauenbewegung thematisiert.

Malleier (2003) hat in ihrer umfangreichen Forschungsarbeit zum jüdischen Frauenleben in Wien im Zeitraum zwischen 1816 und 1938 den Bereich der Wohlfahrtspflege berücksichtigt und durchgängig die Einordnung in die gesamtdeutschen Verhältnisse vorgenommen.

Als herausragende Frauenpersönlichkeiten in der Wohlfahrtspflege Leipzigs fanden in der Forschung bisher vorrangig Henriette Goldschmidt Aufmerksamkeit (Fassmann 1993, 1996 und Kemp 1994), in Ansätzen auch Hedwig Burgheim, die in den Jahren der Nazidiktatur wesentliches für die jüdische Gemeindefahrtspflege leistete (Berger 1996).

Für die Leipziger jüdischen Sozialfeministinnen spielte in erster Linie Bettina Brenner, von 1924 bis 1934 Vorsitzende des JFB und Mitglied des Gesamtvorstandes des BDF, eine hervorragende Rolle. Hatte Reinicke 1998 im „Who is who der Sozialarbeit“²⁰ noch bemängelt, dass es zu ihrem Wirken an Informationen fehlte, publizierte er 2006 erste interessante Forschungsergebnisse,²¹ welche mit vorliegender Arbeit erweitert werden.

Quellenbestand

Vorliegende Arbeit basiert sowohl auf ungedruckten Quellenbeständen des Stadtarchives Leipzig, des Sächsischen Staatsarchives Leipzig und in geringem Maße des Archives der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig als auch und im Wesentlichen auf gedrucktem Quellenmaterial, insbesondere zeitgenössischen Periodika.

Dazu wurden vor allem die seit 1912 herausgegebenen Jahrbücher der Frauenbewegung, die bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts wöchentlich erscheinende Allgemeine Zeitung des Judentums, das von 1925 an publizierte Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig sowie die erstmals 1924 verlegten Blätter des Jüdischen Frauenbundes aufgearbeitet.

Berücksichtigung fanden darüber hinaus zeitgenössische Veröffentlichungen, wie jene Tegellers zu sozialen Kriegs- und Friedensfürsorge in Leipzig (1915), Goldmanns Darstellung der sozialen Struktur der Gemeinde von 1931 und das Leipziger Jüdische Jahr- und Adreßbuch [sic] (1933), welches die Vereine in ihren Zielsetzungen und Aufgaben darstellte.

²⁰ Reinicke 1998, 107.

²¹ Vgl. Reinicke 2006, 115-123.

Die archivalische Quellenüberlieferung zu den jüdischen Leipziger Frauenvereinen stellt sich sehr fragmentarisch dar. Das Sächsische Staatsarchiv Leipzig verfügt über mäßig ergiebige Bestände zur Israelitischen Religionsgemeinde, zum Israelitischen Frauenverein, zum Israelitischen Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen und zum Israelitischen Kindergarten, Tagesheim e.V.; das Leipziger Stadtarchiv lediglich über einen unbedeutenden Bestand zum Zusammenschluss der Leipziger Frauenvereine, welcher geringe Informationen zum Israelitischen Frauenverein enthält. Darüber ergaben sich aus Sammelakten einige wenige weitere Hinweise. Sehr umfangreiches Aktenmaterial ist lediglich zum Sozialpädagogischen Frauenseminar erhalten.

Da sich die Quellenlage als außerordentlich problematisch erwies und der Verlust wesentlichen Materials zu konstatieren ist - im Zentralarchiv des jüdischen Volkes in Jerusalem sind noch Bestände der Israelitischen Religionsgemeinde erhalten, die allerdings für die vorliegende Arbeit keine entscheidenden Hinweise erwarten ließen - erfolgte eine Konzentration auf die Auswertung des umfangreichen zeitgenössischen Zeitschriftenbestandes.²²

Methoden

Die Darstellung erfolgt chronologisch und bezieht die spezifischen Rahmenbedingungen insbesondere in rechtlicher und sozialpolitischer Hinsicht ein. Dabei werden neben der Fachgeschichte von Sozialarbeit sowohl Perspektiven von Regional- und Stadtgeschichtsforschung als auch von Frauen-, Bürgertums-, Vereins- und jüdischer Historiographie berücksichtigt. Zum Verständnis jüdischer sozialer Frauenvereinsarbeit in Leipzig ist das Sichtbarmachen ihrer traditionellen Fundamente notwendig, ebenso wie die Beleuchtung der engen Verbundenheit mit der Religionsgemeinde.

Die Thematik vereint vereins- und frauengeschichtliche Interessenebenen, die durch die Wahl der lokalen Perspektive räumliche Dimension erlangen. Die Vereinsgeschichtsforschung ist von einer zunehmenden Regionalisierung gekennzeichnet, aber auch mentalitäts- und alltagsgeschichtlich geprägt sowie durch die Untersuchung gesellschaftlicher Verhaltensformen.²³

²²Die von Reinhold genannten Akten aus dem 19. Jahrhundert und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die von der Religionsgemeinde vor 1933 an das Gesamtarchiv der deutschen Juden in Berlin abgegeben wurden und sich heute im Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes in Jerusalem (CAHJP) und im Archiv der Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum (CJA) befinden (1999, 7), enthalten über die Ortsgruppe offenbar keine Informationen.

²³ Vgl. zur Vereinsgeschichtsforschung Dann 1984, 6.

Aufbau der Arbeit

Zum Verständnis des historischen Gesamtzusammenhangs wird zunächst in einem einführenden Kapitel die Entstehung und Entwicklung der älteren Frauenvereine im Kontext der Religionsgemeinde und der wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und ideologischen Verhältnisse in Leipzig bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts skizziert.

Dabei dient das interkonfessionelle Wirken Henriette Goldschmidts im Allgemeinen Deutschen Frauenverein und im Verein für Familien- und Volkserziehung zur Kontrastierung von Vereinsaktivitäten in jüdischen Frauenassoziationen. Das Wirken der ehrenamtlich tätigen Vorstandsfrauen, die in Personalunion in der Regel mindestens noch in einem weiteren Vorstand verbündeter bzw. kooperierender Frauenvereine aktiv waren (teilweise auch in übergeordneten Frauenorganisationen), lässt sich in Grundzügen nachzeichnen.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit den sozialen Aktivitäten der Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes und der verbündeten Vereine im Kontext der überregionalen Organisation und dem Komplex gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mit dem aufkeimenden Antisemitismus bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die Mitwirkung jüdischer Frauenvereine an der Kriegsfürsorge im Rahmen des Nationalen Frauendienstes wird herausgearbeitet und die Aufgaben- und Arbeitsvernetzung der Organisationen aufgezeigt.

Das dritte Kapitel zeigt das soziale Engagement der Ortsgruppe in Verbindung mit neuen Verbündeten, das heißt neu gegründeten Frauenorganisationen, während der Jahre der Weimarer Republik, in denen die Frauen innerhalb der Gemeinde ihren Status aufwerten konnten. Die jüdische Bevölkerung und auch die jüdischen Vereine unterschieden sich in der Nachkriegszeit wirtschaftlich und sozial immer weniger von der übrigen Gesellschaft. Die Notsituation insbesondere ausländischer Juden und Jüdinnen veranlasste die Ortsgruppe zu Hilfeangeboten, die Aspekte moderner sozialer Arbeit verwirklichten.

Das vierte Kapitel befasst sich mit den Jahren der Weltwirtschaftskrise, in denen soziale Arbeit und Antisemitismusabwehr wie nie zuvor verknüpft wurden. Völlig veränderte Herausforderungen stellten traditionelle Normen und Werte in Frage und bewirkten das Erschließen neuer Arbeitsfelder, veränderte Kooperationen und Reformen überhaupt.

Die Zusammenfassung bündelt die Arbeitsergebnisse für die einzelnen Entwicklungsetappen, ordnet diese in den bisherigen Forschungskontext ein und nimmt auf die gegenwärtige Bedeutung des Gegenstandes Bezug.

1 Existenzsicherung und Emanzipationsverlangen. Traditionen jüdischer sozialer Arbeit in Leipzig bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges

1.1 Industrialisierung und ihre Folgen

Nachdem Sachsen bereits seit 1800 unter den deutschen Territorien eine Pionierrolle in der industriellen Revolution eingenommen hatte, wurde Leipzig erst etwa dreißig Jahre später von der zweiten Industrialisierungsphase erfasst. In der Folge etablierte sich die Stadt rasch als Zentrum der mitteldeutschen Industrieregion und Ende des 19. Jahrhunderts als moderne Industrie-, Dienstleistungs- und Großstadt.²⁴ Die Gründerjahre und die spätere Hochindustrialisierung nach 1890 prägten die ökonomische und soziale Struktur der Stadt. Den veränderten wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Verhältnissen folgten Reformen im Rechts- und Staatswesen. Mit der Einführung der Verfassung am 4. September 1831 wurde Sachsen bürgerlicher Verfassungsstaat und konstitutionelle Monarchie. Die allgemeine Städteordnung vom 2. Februar 1832 öffnete endgültig den Weg zur städtischen Selbstverwaltung. Von nun an vertraten in Leipzig gewählte Stadtverordnete die Bürgerschaft.²⁵

Im März 1848 übernahm im Zuge der bürgerlich-demokratischen Revolution erstmals vorübergehend - bis zur reaktionären Restaurierung - eine bürgerliche Regierung die Amtsgeschäfte in der Landeshauptstadt Dresden. Das politisch liberale Bürgertum ließ sich, wie Neemann konstatierte, angesichts der wiederhergestellten alten Machtverhältnisse durch einen gesicherten Wohlstand und die Unterdrückung sozialer Unruhen der Deklassierten korrumpieren.²⁶ Die reaktionäre Vereinsgesetzgebung bedeutete im Frühjahr 1850 für zahlreiche Vereine das Ende,²⁷ wenngleich die verschärften Vereins-, Versammlungs- und Pressegesetze nicht in voller Konsequenz umgesetzt wurden.²⁸

Mit der revidierten Städteordnung vom 24. April 1873 wurde das Mitbestimmungsrecht der Bürger in den Kommunen erweitert. Die Städte unterstanden seitdem der Aufsicht der Kreis- und Amtshauptmannschaften.

²⁴ Vgl. dazu weiter Brandmann 1998, 31.

²⁵ Das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung blieb allerdings nur Männern und durch die erhobene Bürgerrechtsgebühr von zwölf Talern den städtischen Oberschichten vorbehalten. So wählten 2.000 von 41.000 die 60 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. (Vgl. auch Groß 2001, 202).

²⁶ Vgl. dazu weiter Neemann 2000, 52 f.

²⁷ Vgl. dazu weiter Schubert 1986, 89.

²⁸ Vgl. Neemann 2000, 5.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte Sachsen infolge des durch die Industrialisierung bedingten Bevölkerungswachstums zu den am dichtest besiedelten deutschen Territorien.²⁹

Leipzig verzeichnete im Zeitraum von 1840 bis 1910 - bedingt insbesondere durch umfangreiche Eingemeindungen - ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum um mehr als das Elfache und erreichte eine Einwohnerzahl von 589.850.³⁰

Infolge der flächenmäßigen Ausdehnung Leipzigs, welche Massen von Arbeitern der in den Vorstädten angesiedelten Maschinenbaubetriebe, Großspinnereien und der polygraphischen Industrie zu Einwohnern machte, vollzog sich ein nachhaltiger sozialstruktureller Wandel von einer bürgerlich zu einer mehr proletarisch geprägten Stadt.³¹

Insgesamt verzeichnete Leipzig eine im Reichsvergleich überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigkeit. Besonders hoch war der Anteil der vor allem in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigten Arbeiterschaft; 1907 lag dieser beispielsweise bei 54,1 Prozent.³² Ebenfalls vergleichsweise viele Beschäftigte verdienten ihren Lebensunterhalt als Angestellte und Beamte.³³

Industrie und Handwerk entwickelten sich seit 1880 zu den stärksten Wirtschaftszweigen, dahinter rangierten Handel und Verkehr. Das Lohnniveau der Arbeiterschaft differierte sehr stark. Adam beschrieb das Spektrum von einer Schicht gut verdienender qualifizierter Fachkräfte in der Metallindustrie und dem polygraphischen Gewerbe bis hin zu Formern in der Eisengießerei oder Handarbeitern in Fabriken, deren Lohn kaum an das Existenzminimum heranreichte.³⁴

Das Wachstum der Stadt und die Zuwanderung von Armutsbevölkerung stellten die traditionelle Armenfürsorge Leipzigs vor neue Herausforderungen. Die mit der wirtschaftlichen Depression seit 1873 einhergehende explodierende Massenarbeitslosigkeit verschärfte zudem die sozialen Konflikte. In Leipzig wie in anderen Großstädten, die infolge des Gründerkrachs von Heimat- und Erwerbslosen überquollen, stieg in dieser Zeit wie Sachße und Tennstedt konstatierten „die Angst des Bürgertums vor Aufruhr und Chaos geradezu neurotisch“.³⁵

²⁹ Zwischen 1874 bis 1914 stieg die Einwohnerzahl im Königreich von 2,5 auf 4,5 Millionen. Vgl. dazu Schubert 1986, 1.

³⁰ Im Jahr 1840 wurden noch 51 712 Einwohner gezählt. Diese Bevölkerungszunahme basierte hauptsächlich auf erheblichen Eingemeindungen; zwischen 1889 und 1892 waren allein siebzehn Vororte mit ca. 170.000 Einwohnern betroffen. Das städtische Territorium verdreifachte sich in diesem Zusammenhang. Vgl. dazu Brandmann 1998, 33 f.

³¹ Vgl. dazu Schäfer 1998, 271 und Brandmann 1998, 34.

³² Vgl. Brandmann 1998, 32.

³³ Vgl. Brandmann 1998, 29-32.

³⁴ Vgl. dazu Adam 1998, 235 f.

³⁵ Sachße, Tennstedt 1988, 15.

Die Versorgung der Armen basierte zunächst auf der sächsischen Armenordnung vom 22.12.1840 und wurde mit dem Reichsunterstützungswohnsitzgesetz vom 06.06.1870³⁶ modifiziert. Nachdem das Reich mit dem Unterstützungswohnsitzgesetz die Armenpflege zur kommunalen Pflichtaufgabe erklärte, die Armen durch Wegfall des sächsischen Heimatrechtes nicht mehr ausgewiesen werden konnten³⁷ und die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Depression Leipzig die meisten Armen und Unterstützungsempfänger in Sachsen bescherte, erfolgte 1880 die Kommunalisierung der Leipziger Armenpflege. Bis dahin lag die Armenpflege in den Händen der Gesellschaft patriotischer Männer, welche den zeittypischen Auffassungen entsprechend, Arbeitserziehung als Mittel der Armutsbekämpfung betrachteten. Die Prinzipien der liberal-protestantisch begründeten Erziehung zur Arbeit sowie Hilfe zur Selbsthilfe standen im Zentrum der Armenpflege. Brandmann zeigte, dass dieses System in der Stadt lediglich mittels wachsender Repression und steigender kommunaler Zuschüsse funktionierte.³⁸ Bis zur Reichsgründung wurden Arme beaufsichtigt; sie machten sich strafbar, verkauften oder verpfändeten sie die von der öffentlichen Armenpflege ausgegebenen Naturalien oder Gegenstände oder verwendeten sie empfangene Unterstützung zu „entbehrlichen Genüssen“.³⁹ Die Armenfürsorge bezweckte eher den Schutz der Besitzenden, indem sie Forderungen Bedürftiger zurückwies, als Notleidenden tatsächlich Hilfeleistung zu gewähren. Mit der am 01.01.1881 in Kraft getretenen neuen Armenordnung führte Leipzig relativ spät ein am bewährten Elberfelder System aus dem Jahre 1853 orientiertes und modifiziertes Modell ein.⁴⁰ Es basierte auf ehrenamtlicher Pflege, auf „Hilfe von Mensch zu Mensch“ und ging mit einer Ausweitung ehrenamtlichen bürgerlichen Engagements einher. Gleichzeitig dokumentierte seine Einführung das Anerkennen der Sozialen Frage.⁴¹ Die befriedende und stabilisierende Wirkung bürgerlichen Engagements lag nicht zuletzt in staatlichem Interesse, welches zu verhindern suchte, dass das durch industriell-kapitalistische Entwicklungsprozesse hervorgebrachte Massenelend das bestehende System generell in Frage stellte.⁴² Den Risiken von Lohnarbeit, mit welchen Familie und traditionelle Armenpflege überfordert waren, wurde

³⁶ Der Unterstützungswohnsitz wurde zunächst nach einjähriger ununterbrochener Anwesenheit erworben; nach mehreren Abänderungsgesetzen schließlich mit der Novelle von 1908 bereits nach einwöchigem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Der verpflichtete Armenverband war für die ersten sechszwanzig Wochen jedem hilfsbedürftigen Deutschen – also auch jedem deutschen Juden – verpflichtet, das zu seinem Lebensunterhalt Unentbehrlichste, d.h. Obdach, bei Bedarf Krankenhausaufenthalt und Begräbniskosten, zu gewähren.

³⁷ Gemeinden konnten Zuziehende, deren zukünftige Verarmung sie befürchteten, nicht ohne weiteres abweisen. Zur Bismarckschen Regelung der Freizügigkeit, vgl. Flierl 1992, 147 f.

³⁸ Vgl. Brandmann 1998, 74.

³⁹ Sachße, Tennstedt 1998, 213.

⁴⁰ Das Elberfelder System setzte sich in den achtziger Jahren aufgrund des Bemühens um Vereinheitlichung allgemein durch. Vgl. dazu Sachße, Tennstedt 1998, 218.

⁴¹ Wie Backes konstatierte, diente kommunalpolitisches Engagement als Armenpfleger dem Bürger zur Kompensation seines verlorenen Einflusses in der Administration. Vgl. Dies. 1987, 22 f.

⁴² Vgl. Backes 1987, 23.

nun das ehrenamtliche bürgerliche Engagement entgegengestellt. Einzelfallbetreuung erlaubte es, soziale Probleme isoliert und kontrolliert zu bearbeiten. Die Pfleger wurden jeweils für drei Jahre gewählt. Dieses Amt, welches ein Bürger nicht ablehnen konnte, diente oft zugleich als Einstieg in eine kommunale Karriere.⁴³ Nicht selten motivierten aus dem Massenelend geborene Ängste den Antritt eines solchen Amtes. In Leipzig gehörten die Pfleger mehrheitlich mittleren, besonders wirtschaftsbürgerlichen Kreisen an; neue Pfleger wurden auf Vorschlag der Bezirksversammlungen durch das Armendirektorium kooptiert.⁴⁴ Der jüdische Musikverleger und Förderer des Vereins für Familien- und Volkserziehung, Henri Hinrichsen, war beispielsweise seit 1897 als Armenpfleger, später als Stadtverordneter tätig.⁴⁵

Die im Vordergrund armenpflegerischer Tätigkeit stehenden pädagogischen Maßnahmen zur Verbesserung von „Sittlichkeit, Arbeitsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Armen“ zielten auf einen finanziell möglichst geringen Unterstützungsaufwand ab.⁴⁶ In Leipzig hatte sich, typisch für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, die soziale Segregation in den Stadtbezirken niedergeschlagen und die Fluktuation der Arbeits- und Armutsbevölkerung erschwerte die Ermittlung des Unterstützungswohnsitzes. So wurden die Zuständigkeiten innerhalb der Distrikte weniger nach räumlichen Kriterien, wie ursprünglich nach dem Elberfelder System, als nach persönlicher Eignung eines Pflegers für die Bearbeitung des jeweiligen Falls entschieden.

Bis 1885 ging infolge der neuen Sozialgesetzgebung, welche Arbeitslosigkeit und geringen Lohn aus der Armenfürsorge ausklammerten, die Zahl unterstützter Armer im Vergleich zu 1880 und in Relation zur Einwohnerschaft um fast die Hälfte zurück. Die offene Armenpflege konnte folglich ihre Ausgaben beträchtlich senken. Allerdings stiegen die Aufwendungen in der kommunalen Fürsorge bis 1913 erneut und sogar um das Vierfache.⁴⁷ Dass sich in jener Zeit die gesellschaftliche Wahrnehmung von Armut wandelte, schlug sich u.a. darin nieder, dass seit 1909 die Inanspruchnahme von Unterstützung aus städtischen Mitteln nicht mehr

⁴³ Über die zu gewährenden Hilfen entschieden die Pfleger, die jeweils nicht mehr als zehn Fälle betreuten, in vierzehntägigen Distriktsversammlungen in Abhängigkeit von der „Würdigkeit“ eines Antragstellers. Ein Distrikt setzte sich aus höchstens 15 Pflegschaften zusammen. Entsprechend wurde die Stadt zunächst in fünf Bezirke unterteilt, diese wiederum in Distrikte und schließlich Pflegschaften. Mit dem Bevölkerungsanstieg wuchs auch die Zahl der Distrikte und Pfleger. Verzeichnete die Stadt 1901 noch fünfundsiebzig Distrikte, waren es 1913 bereits 109. Die Zahl der Vorsteher und Pfleger wuchs von 435 im Jahre 1881 auf 1095 im Jahr 1913. Vgl. dazu Brandmann 1998, 75f und Büttner 1987, 88.

⁴⁴ Im Unterschied zu Sachße/Tennstedt, welche zu dem Ergebnis kamen, dass hauptsächlich Vertreter des Kleinbürgertums in der Armenpflege aktiv waren, wies Brandmann für Leipzig eine überwiegende Beteiligung aus mittelbürgerlichen Kreisen nach. Vgl. Brandmann 1998, 83.

⁴⁵ Vgl. dazu Buchholtz 2001, 175.

⁴⁶ Vgl. Brandmann 1998, 76.

⁴⁷ Die Leipziger Ausgaben für das Armenwesen lagen im Städtevergleich etwa im Mittelfeld.

notwendig mit dem Verlust des Wahlrechtes einherging.⁴⁸ Bei Krankenunterstützung, vorübergehenden Hilfen, Jugendfürsorge und Anstaltsfürsorge für Angehörige blieb das Wahlrecht der Betroffenen unangetastet. Die Höhe von Unterstützungsleistungen, auf die zudem Alters- und Invalidenrente zur Hälfte angerechnet wurden, zwangen die Empfänger, dramatisch unter dem kommunalen Existenzminimum zu leben.⁴⁹

Büttner stellte fest, dass die dem Klein- und Mittelbürgertum angehörenden Armenpfleger oftmals die Mindestunterstützung verweigerten, da sie deren Sätze vornehmlich als Orientierungsgröße betrachteten und nicht in der Lage oder willens waren, die soziale Notsituation Betroffener einzuschätzen.⁵⁰

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Konzentration einer aus qualifizierten Arbeitskräften bestehenden Masse an Beschäftigten stellte eine selbstbewusste und starke Arbeiterbewegung, die sich seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts organisiert hatte, zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Stadt eine feste Größe dar.⁵¹ Auf der anderen Seite schlossen sich bürgerliche Kräfte zusammen, die den politischen Einfluss der Menge zu verhindern suchten.

Lässig konstatierte, dass politische Blockierungen, sich beeinflussende politische, ökonomische und politisch-kulturelle Konflikte gerade in Sachsen Reformen ermöglichten, denn offenbar wohne starken Stagnationstendenzen häufig auch die Chance inne, zur Triebfeder von Innovationen zu werden.⁵²

Kompromisslosigkeit und Ressentiments zwischen bürgerlichem und proletarischem politischen Lager wirkten sich nachhaltig auf die Stadtkultur aus.⁵³ Dies fand nicht zuletzt seinen Niederschlag im Wirken der 1871 von nationalliberalen Kreisen gegründeten „Gemeinnützigen Gesellschaft“, welche antisozialistische Maßnahmen forcierte. Gegründet zu „freiem Gedankenaustausch über die wichtigsten Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen und Ge-

⁴⁸ Am 15.03.1909 wurde ein Reichsgesetz zur Auswirkung von Armenunterstützung auf die öffentlichen Rechte erlassen. Die Regierung in Dresden wehrte sich zunächst gegen die Übertragung. (Vgl. StAL AFSA 1276, p 97) Bis dahin waren Personen, die Armenunterstützung erhielten, von der Teilnahme an öffentlichen Wahlen ausgeschlossen. Das Leipziger Armen- und Fürsorgewesen schloss mit der am 12.05. schriftlich fixierten Regelung nunmehr nicht mehr von den Wahlen aus, wenn Krankenunterstützung gezahlt wurde, bei Anstaltspflege für einen Angehörigen wegen körperlicher und geistiger Gebrechen, bei Unterstützungsleistungen zur Erziehung oder Berufsausbildung, bei allen Unterstützungsleistungen, die einmalig zur Behebung einer Notlage gezahlt wurden und wenn Unterstützungen erstattet wurden (Vgl. StAL AFSA 1276, p 93a).

⁴⁹ Unterstützungsleistungen wurden stets mit deutlichem Abstand zum Verdienst eines Arbeiters festgelegt. Zu Unterstützungssätzen und Existenzminimum, vgl. Büttner 1987, 89 f.

⁵⁰ Vgl. Büttner 1987, 90.

⁵¹ Leipzig gilt seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle am 23.05.1863 als Geburtsort der deutschen Sozialdemokratie.

⁵² Vgl. Lässig 1997, 210.

⁵³ Brandmann stellte in seiner Untersuchung die Auswirkungen des religiösen evangelisch-lutherischen Bekenntnisses der Leipziger Stadtbevölkerung nicht zuletzt auf die soziale Polarisierung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft fest.

meindelebens“ wurde die Gesellschaft, wie Schäfer konstatierte, in enger Verbindung mit den Nationalliberalen zum informellen Zentrum kommunalpolitischer Initiative.⁵⁴ Die Kommunalpolitik wurde insofern von ihr gesteuert, als sie jährlich die Listen für die Stadtverordnetenwahlen mit Kandidaten aus ihren Reihen erstellte, die von den Wählern bestätigt wurden. So bestimmte eine kleine Gruppe Bildungs- und Wirtschaftsbürger die Personalien von Stadtrat und städtischer Verwaltung und wahrte die nationalliberale Vorherrschaft.

Die Zuspitzung der sozialen Gegensätze und die damit verbundene soziale Ausgrenzung von Unterprivilegierten und deren Elend spiegelten sich im Stadtbild wider.⁵⁵

Auf der Ebene des Reiches wurden seit 1871 - ausgelöst durch die Pariser Kommune – die gesellschaftlichen Probleme „soziale Frage“ und die „Arbeiterfrage“ diskutiert und schließlich zum Ausgangspunkt der Entwicklung der Sozialpolitik.

Im Gegensatz zur Armenfürsorge bestand auf die Leistungen nach der Sozialgesetzgebung ein Rechtsanspruch und ihre Inanspruchnahme war frei von nachfolgenden Sanktionen.⁵⁶

Armutsrissen von erwerbstätigen Frauen, welche - wie Schwangerschaft, Wochenbett, Kinderbetreuung, Erkrankung des Kindes - an Mutterschaft gebunden waren, trug, wie Fehleemann herausarbeitete, die Sozialgesetzgebung nicht Rechnung. In der öffentlichen Diskussion fand diese Problematik überhaupt erst nach 1900 Beachtung. So blieben bedürftige Mütter auf die Fürsorge angewiesen, ebenso Alte, denn Voraussetzung für ein Profitieren von der Altersrente war die männliche Erwerbsbiographie.⁵⁷

Die Armenfürsorge stellte unter den neuen Bedingungen die unterste Stufe sozialer Sicherung dar, welche subsidiär, abhängig von einer Bedürftigkeitsprüfung und verbunden mit diskriminierender Sanktionierung gewährt wurde. Infolge der durch die Arbeiterpolitik veränderten Aufgaben und der Qualität kommunaler Armenpflege gerieten Arbeitsbereiche privater Wohltätigkeit in den Blick kommunal-staatlicher Armenpflege, womit die Stellung privater Träger an Bedeutung gewann.

Die bürgerlichen Vereine, welche finanziell wesentlich auf der Basis von Stiftungen arbeiteten, konzentrierten sich auf bestimmte ausgewählte Aufgaben. Die Mitgliedschaft im Vereinsvorstand bedeutete bürgerliche Reputation.⁵⁸ Die Motive ehrenamtlicher Armenpfleger waren vielfältig und vereinten aufklärerische und humanistische Aspekte ebenso wie Barmherzigkeit und bürgerliche Ängste vor der Arbeiterbewegung. Die zunächst an die Stadt ge-

⁵⁴ Vgl. Schäfer 1998, 272.

⁵⁵ Beispielsweise verzeichnete Leipzig im Jahr 1897 615 Obdachlose. Vgl. Büttner 1987, 93.

⁵⁶ Tennstedt verwies auf bereits bestehende Kassen der Arbeiterschaft, welche im Krankheitsfall teilweise höhere Leistungen als die neue Sozialversicherung erbrachten und welche nicht widerstandlos aufgegeben wurden Vgl. Ders. 1997, 91.

⁵⁷ Vgl. Fehleemann 2004, 5.

⁵⁸ Vgl. Sachße, Tennstedt 1998, 239.

bundene bürgerliche Vereinskultur entsprach dem Bedürfnis der oberen bürgerlichen Schichten nach Öffentlichkeit, nach neuen Kommunikationsformen und Emanzipation.

Um für die Armenfürsorge relevante Themen zu diskutieren, schloss sich die städtische Armenverwaltung Leipzigs dem 1880 gegründeten Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit an. Seit den neunziger Jahren war der Verein ein Honoratioren-Gremium und kam vornehmlich den Mitgliedern zugute, die sich in seinem Rahmen austauschten und Anregungen für ihre Arbeit sammelten. Aber in Leipzig, wie in anderen Städten, fanden die Vorschläge des Vereins nur schwache Resonanz. Trotz aller Veränderungen blieb die alte überkommene, herablassende, bürgerlich-paternalistische Einstellung der Pfleger erhalten.

Bis in das beginnende 20. Jahrhundert hinein blieb die Armenpolitik in Leipzig hinter der allgemeinen Entwicklung zurück.⁵⁹

In Leipzig, wie in anderen Städten auch, begann sich seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkt eine präventive Bekämpfung von Armutrisiken durchzusetzen und ein ausdifferenziertes Fürsorgesystem zu entwickeln. Gesundheitsfürsorge, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge, Wohnungs-, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung entstanden mit dem Ziel, die Armenpflegefälle zu senken.⁶⁰

Progressiv positionierte sich Leipzig im Reichsvergleich auch in den präventiven Bereichen kommunaler Gesundheitsfürsorge und -politik sowie Hygiene. Dabei rückten Gesundheitsgefährdungen, Krankheitsrisiken und die Seuchenabwehr in den Fokus.⁶¹

Proletarische Schichten gerieten somit mehr in den Mittelpunkt gesundheitsfürsorgerischer Interventionen.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Kommune die Gesundheitsfürsorge für Säuglinge und Kinder, welche als besonders gefährdet galten, übernommen und besetzte damit eine Vorreiterrolle.⁶² Die Arbeiterfrauen, welche zu Objekten erzieherisch intendierter bürgerlicher Gesundheitsfürsorge wurden, erreichten neben dieser Hilfe auch immer neue Interventionsformen und -maßnahmen. Ausgehend von der rückläufigen Säuglingssterblichkeit wurden fürsorgerische Kontrollmechanismen entsprechend des zeittypischen Zieles der Bevölke-

⁵⁹ Die eingeführte Armenordnung blieb bis 1928, bis zum Beschluss des Ortsgesetzes über das Wohlfahrtsamt in Kraft.

⁶⁰ Vgl. Frie 1993, 27.

⁶¹ Mit der Einrichtung eines „Gemischten Ausschusses für öffentliche Gesundheitspflege“ erfolgte im Jahr 1878 eine institutionelle Ausdifferenzierung. 1869 entwarf Carl Reclam, Anatomieprofessor und Polizeiarzt das Programm der Hygiene. Vgl. Tennstedt 1981, 208-211.

⁶² Dies bildete die Basis für die Verselbstständigung einer kommunalen Jugendfürsorge vor 1914.

rungsvermehrung schließlich auf nahezu alle Wöchnerinnen und jungen Familien ausgedehnt.⁶³

Die katastrophale Situation von Pflegekindern veranlasste den praktischen Arzt Max Taube (1851-1915) ein städtisches System des Ziehkinderwesens einzurichten, welches die Pflege unehelicher, untergebrachter Kinder beaufsichtigte. Seit November 1886 übte das Armenamt für alle unehelichen Kinder die Generalvormundschaft aus.⁶⁴ Wie Fehleemann konstatierte, waren die hauptamtlichen Pflegerinnen des reorganisierten Pflegekinderwesens im zeitgenössischen Vergleich sehr gut ausgebildet.⁶⁵ Das später nach dem Arzt benannte System bildete die Grundlage der Berufsvormundschaft im späteren Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922.⁶⁶

Noch vor dem Krieg, im Jahre 1913, besoldete die Stadt 38 Aufsichtspflegerinnen und betrieb vier Mütterberatungsstellen⁶⁷; ein „gemischter Ausschuss für Jugendfürsorge“ übernahm die jugendfürsorgerischen Kompetenzen des Armendirektoriums.⁶⁸

Das Ziel der Kommune, in Betrieben mit mehr als 50 weiblichen Mitarbeiterinnen Stillstuben einzurichten, scheiterte allerdings fast vollständig.

Mit der Ausdifferenzierung der Armenpflege zur Fürsorge ging parallel zudem das Bemühen um Zentralisierung der privaten Armenpflege einher, welche im 19. Jahrhundert eigenständige Arbeitsfelder besetzte. Dies dokumentieren nicht zuletzt die Entstehung der Zentrale für private Fürsorge 1905⁶⁹ und der Zentrale für Jugendfürsorge im Jahr 1911, welche die Arbeit von etwa 30 Vereinen und Verbänden auf ihren Gebieten zu koordinieren suchten.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges kooperierten die Vertreter privater und kommunaler Wohlfahrtspflege in der Zentrale für private Fürsorge, welche sich als eine Auskunfts- und Koordinationsstelle zur Verhinderung von Mehrfachunterstützungen etablierte.⁷⁰

⁶³ Wie Fehleemann hervorhob, zählte die Mütter- und Säuglingsfürsorge zu einem der ersten Zweige der Gesundheitsfürsorge. Vgl. Dies. 2004, 7.

⁶⁴ Die Pflegemütter mussten sich seit 1884 wöchentlich beim Ziehkinderarzt vorstellen. Zudem wurden durch hauptamtliche städtische, in Säuglingspflege und Hygiene ausgebildete Pflegerinnen Hausbesuche durchgeführt. In die städtischen Berufsvormundschaften wurden später auch alle armenrechtlich hilfsbedürftigen Minderjährigen (Waisenkinder), alle in fremder Pflege untergebrachten Kinder und alle nichtehelichen Kinder zunächst bis zur Schulentlassung und seit 1913 bis zur Volljährigkeit einbezogen. Vor Kriegsausbruch befanden sich in Leipzig über 10.000 Kinder und dazugehörige Familien unter kommunaler Kontrolle.

⁶⁵ Vgl. dazu Fehleemann 2004, 198.

⁶⁶ Vgl. dazu Fehleemann 2004, 199. Die Frauen mussten sich dazu wöchentlich in der Mütterberatungsstelle untersuchen lassen.

⁶⁷ Leipzig war damit die erste Stadt in Sachsen, welche über Mütterberatungsstellen verfügte. Vgl. Ebenda.

⁶⁸ Taube selbst und u.a. die Vorsitzende der Ortsgruppe des Bundes deutscher Frauenvereine gehörten dem Ausschuss an. Vgl. Brandmann 1998, 95.

⁶⁹ Die private Armenfürsorge wurde nach Erfahrungen von Frankfurt am Main zentralisiert.

⁷⁰ Die Zentrale erteilte sowohl ihren 20 Mitgliedern als auch Förderern Auskunft. Zu Zweck, Zielen, Aufgaben und Mitgliedern des Vereins Zentrale für private Fürsorge Vgl. JberVZpF 1905, 4-7; 1907, 4; 1913.

Die Wirkung der Zentrale für private Fürsorge blieb allerdings begrenzt, da die Innere Mission als größter privater Träger kaum an einer Zusammenarbeit interessiert war.

Überhaupt bemühte sich die evangelische Kirche in Leipzig Ende des 19. Jahrhunderts mittels Angeboten der Wohlfahrt um stärkeren Einfluss in der Bevölkerung.

Als 1890 die Landeskirche die neuen Aufgaben der Inneren Mission festlegte, erfassten diese die Bereiche Gesundheits- und Armenfürsorge, Eingliederung Randständiger, Haushaltshilfen und Bildung.⁷¹

Infolge der Neubewertung des Armutproblems und der Anerkennung einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung traten in den Ansätzen zur Bewältigung sozialer Probleme zunehmend fürsorgliche und sozialpolitische Maßnahmen in den Vordergrund.

1.2 Etablierung und Verbürgerlichung der Juden

Im späten Mittelalter waren die Juden zunächst aus Leipzig und ganz Sachsen vertrieben worden.⁷² In den folgenden Jahrhunderten versuchten insbesondere die evangelische Kirche und die Innungen – geleitet von ihren spezifischen Interessenlagen - eine Neuansiedlung zu verhindern bzw. zumindest zu verzögern.

Unabhängig davon spielten aber - verstärkt seit Ende des 18. Jahrhunderts - bei den Leipziger Messen jüdische Händler eine wesentliche Rolle. Diese kamen sowohl aus deutschen Städten und Regionen, als auch aus Polen, Russland, Böhmen, Ungarn und Österreich und handelten vorrangig mit Rauchwaren, Leder, Seide und Kolonialwaren.⁷³ Jüdische Messebesucher prägten entscheidend die Entwicklung Leipzigs zum Zentrum des Pelzhandels.

Kurfürst Friedrich August I. gestattete aus finanziellen Überlegungen und absolutistischen Machtansprüchen gegen alle kommunalen und staatlichen Widerstände die erste Ansiedlung von Juden.

Mit dem Sesshaftwerden von Hofjuden im Jahre 1710 setzte die Wiederansiedlung ein.⁷⁴ Ein weiterer Zuzug erfolgte wegen der diskriminierenden Rechtslage nur allmählich und war in erster Linie Wohlhabenden vorbehalten.⁷⁵ Im Jahr 1800 lebten lediglich etwa vierzig Perso-

⁷¹ Der Gegensatz zwischen Innerer Mission und Sozialdemokratie verstärkte sich bis zum ersten Weltkrieg.

⁷² Vgl. Eschwege 1991, 744.

⁷³ 1800 kamen 35,7 Prozent aller jüdischen Messebesucher aus Polen, vgl. dazu Reinhold 1999, 10. Zu den weiteren Zuwanderern 745 f.

⁷⁴ Die Ansiedlung erfolgte gegen den vehementen Protest des Leipziger Rates, aber mit Genehmigung und unter Freistellung von allen Abgaben durch den Landesherren, aufgrund wirtschaftlicher Interessen. Die schrittweise Aufhebung des lange geltenden Ansiedlungsverbotes ermöglichte zunächst vornehmlich wirtschaftlich wohl situierten Juden aus deutschen Territorien den Zuzug in die Messestadt.

⁷⁵ Vgl. dazu weiter Plowinski 1991, 5 und Reinhold 1999, 10.

nen jüdischer Herkunft in der Stadt.⁷⁶ Zur Kultusausübung richteten die neu angesiedelten und die wachsende Zahl sich kurzfristig zu den Messen in Leipzig aufhaltenden jüdischen Kaufleute und Händler eine Vielzahl von Betstuben und Privatsynagogen ein, welche die Heterogenität der Juden widerspiegelte.⁷⁷ 1815 erwarben die Brodyer Messejuden im Johannistal ein Grundstück zur Anlage eines Friedhofes.

Aufgrund gestiegener Erwerbchancen wurde Leipzig zum Haupteinwanderungszentrum in Sachsen. Die sich vollziehende bürgerliche Emanzipation verlangte nach einer rechtlichen Gleichstellung. Dieser Emanzipationsprozess⁷⁸ der Juden gestaltete sich aber in Sachsen im Vergleich zu vielen anderen deutschen Territorien, wie Lässig feststellte, deshalb als schwierig, weil die Aufklärung für die Regierungspolitik bedeutungslos blieb und es an der Entwicklung einer aufgeklärten Toleranzpolitik fehlte, da sich Sachsen im 17. und 18. Jahrhundert religiösen Minderheiten gegenüber zu einer solchen nicht genötigt sah.⁷⁹ Der Spielraum der Regierung in den Fragen der Religion wurde durch die Differenzen zwischen katholischem Fürstenhaus und protestantischer Bevölkerung begrenzt. Aufklärerische Prinzipien spielten weder im Handeln des Regenten noch der Regierung eine nachhaltige oder langfristige Rolle. Auch die christlichen Minderheiten erhielten erst unter französischem Druck formale Bürgerrechte und die Genehmigung, öffentlich Gottesdienste abzuhalten. Während sich wirtschaftlich und sozial Modernisierungsprozesse vollzogen, stagnierte die politische Entwicklung. Erst Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts nahmen sich die Öffentlichkeit und die sächsische Politik der Problematik an. Die Befürworter der Emanzipation strebten die Verbesserung der Situation von Juden hinsichtlich sozialer Lage, Kultur und Bildung an, um die Juden zu Bürgern zu „erziehen“. Nach der Revolution von 1830 und somit später als in Preußen setzten erste wirkliche Veränderungen in Richtung rechtliche Gleichstellung ein.⁸⁰

Die sächsische Verfassung vom September 1831 gewährte jedem Landeseinwohner Gewissensfreiheit, gleiche bürgerliche und politische Rechte - die öffentliche Religionsausübung wurde aber nur Christen gewährt. Die Haltung der Regierung entsprach der Mehrheitsmeinung des städtischen Bürgertums. Dies entsprach einem Kampf um das knappe Sozialbudget der Gemeinde, gegen den wachsenden Pauperismus und gegen die ökonomische Kon-

⁷⁶ Mit der Aufhebung des Leibzolls im Jahre 1814 wuchs die Attraktivität Leipzigs für jüdische Messebesucher. Vgl. zudem Plowinski 1991, 6.

⁷⁷ Die Errichtung von Synagogen und die Durchführung gemeinsamer Gottesdienste waren untersagt.

⁷⁸ Aufklärung und Französische Revolution beeinflussten das Bemühen um die „Bürgerliche Verbesserung“ oder „Naturalisation“ der Juden. Seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde von „Judenemanzipation“ gesprochen, wenn es um die Gleichstellung der Juden, nach bürgerlicher Gleichheit in juristischer Hinsicht ging. Die schrittweise Emanzipation basierte auf Anpassung an die Kultur der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft und der Aufgabe talmudischer Traditionen bei gleichzeitiger Erhaltung religiöser Lebensformen. Die Kultusausübung wurde christlich-kirchlichen Formen des Gottesdienstes angepasst.

⁷⁹ Vgl. Lässig 2000, 38.

kurrenz.⁸¹ Für die jüdischen Messebesucher entfielen letztlich nur die Ausnahme Gesetze. Juden fanden in Leipzig in dem Universitätsprofessor Wilhelm Traugott Krug einen Fürsprecher. Als Frühliberaler verwarf er das Erziehungskonzept und verlangte, ausgehend von der Emanzipationspolitik bürgerlicher Staaten wie Frankreich, die sofortige bedingungslose Emanzipation.

1834 wurden die Personensteuergesetze aufgehoben, 1835 das Elementarschulgesetz eingeführt und die Gründung jüdischer Schulen gestattet. Für die sächsischen Juden galt nun auch die allgemeine Schulpflicht, wobei es den Eltern überlassen war, ob sie ihre Kinder an eine jüdische, städtische oder staatliche Einrichtung schickten. Das Kultusministerium, welches die Bereiche der Bildung übernahm, sollte das Schulwesen reformieren, um die „Moralität“ der Juden zu verbessern.⁸² Im Landtag und in der Regierung wollte die Mehrheit den Juden aus Naturrecht und Humanismus die Grundrechte gewähren. Mit den Bürgerrechten verhielt es sich anders, weil diese mit der Einflussnahme in der bürgerlichen Gesellschaft verbunden waren. Dazu mangelte es den Juden an Erziehung und Qualifikation. Voraussetzung für die rechtlich-politische Gleichstellung waren typische Merkmale des Bürgertums wie wirtschaftliche und intellektuelle Selbständigkeit, verbunden mit einem gewissen Einkommen und eine spezifische kulturelle Praxis der Lebensführung. Diesbezüglich wurden die Juden als fremd wahrgenommen. Wie Reinhold feststellte, schuf die neue Staatsform der konstitutionellen Monarchie in Sachsen allerdings jene Bedingungen in der praktischen Politik, die Voraussetzungen für die rechtliche Gleichstellung, also die Emanzipationen, bildeten.⁸³ Die in beiden Kammern des Landtages von Juden angestoßenen Debatten schlugen sich letztendlich in der Gesetzgebung nieder, wenngleich der Leipziger Stadtrat sich noch 1835 nicht zum vollen Bürgerrecht und zu sofortiger Gleichstellung der Juden entschließen konnte.⁸⁴

Die Emanzipation sollte ausschließlich inländischen Juden in Aussicht gestellt werden, die sich in moralischer und sittlicher Hinsicht wandelten. Einem weiteren zahlenmäßigen Anstieg der Juden sollte entgegengewirkt werden.⁸⁵

1836 wurde durch die Stadtverordneten eine Handwerkerpetition aus dem Jahre 1834 an den Stadtrat übergeben, in der die Ausrottung des Judentums sowie das Verbot des Talmud und

⁸⁰ Vgl. Reinhold 1999, 14.

⁸¹ Vgl. Lässig 2004, 50.

⁸² Vgl. Lässig 2004, 52.

⁸³ Vgl. Reinhold 2004, 66.

⁸⁴ Vgl. dazu weiter bei Reinhold 2004, 67.

⁸⁵ Zu dieser Einschätzung kam die Mehrheit der durch die Leipziger Stadtverordneten 1835 eingesetzten, aus sieben Mitgliedern bestehenden Deputation im Zuge ihrer gutachterlichen Beurteilung der Verbesserung des bürgerlichen Zustandes der Juden. In einem Separatvotum zweier Deputationsmitglieder - welches allerdings unter den Stadtverordneten nicht den notwendigen Zuspruch erhielt - wurde allerdings die sofortige Emanzipation und die Aufhebung „mittelalterlicher Gesetze“ gefordert. Vgl. dazu Reinhold 2004, 66 ff.

aller anderen jüdischen Bücher verlangt wurde. Nur wenn Juden vom Judentum Abstand nähmen, wäre ihr Verbleib in Sachsen akzeptabel.⁸⁶ Nach der Reichsgründung erfolgte der Zuzug vornehmlich aus Osteuropa, vor allem aus Galizien und Kongresspolen. Ein Teil der Zuwanderer orientierte sich sozialdemokratisch oder kommunistisch und trat beispielsweise der Jüdisch-Sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion⁸⁷ bei.

Im Jahre 1837, als nunmehr 81 Juden in Leipzig lebten,⁸⁸ gestattete das Gesetz zur Regelung der Schulbildung und des religiösen Kultus endlich die Bildung einer Gemeinde und die Einrichtung öffentlicher Synagogen.⁸⁹ Zuvor war Juden ein gemeinsamer Gottesdienst untersagt. Das Sächsische Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht erkannte die Gemeindeverfassungen der Dresdner und Leipziger Juden und damit auch die Gemeinden insgesamt offiziell an. Im darauffolgenden Jahr, im August 1838, erlaubte das „Gesetz wegen einiger Modifikationen in den bürgerlichen Verhältnissen der Juden“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen vom Jahre 1838, Nr. 64, S. 394-396) Juden, die Bürgerrechte zu erwerben und in den sächsischen Untertanenverband aufgenommen zu werden. Mit diesen neuen Bestimmungen, welche die Regierung als ersten Schritt zur staatsbürgerlichen Emanzipation verstand, wurde das Schutzjudentum aufgehoben, wenngleich auch Regelungen der Judenordnungen des 18. Jahrhunderts fortbestanden.⁹⁰

Paragraph 3 beschränkte den jüdischen Zuzug nach Sachsen mit Hilfe der Einführung staatlicher und kommunaler Genehmigungsverfahren, dem sich sowohl ausländische als auch deutsche Juden zu unterziehen hatten.⁹¹ Wohnrecht wurde nun neben Dresden auch in Leipzig ermöglicht, wobei der Umzug zwischen den Orten aber genehmigungspflichtig war.

Nachdem 1839 eingewanderte Juden erstmals Wohnrecht erhalten hatten,⁹² kam der Emanzipationsprozess erneut ins Stocken, wodurch Sachsen wiederum in dieser Beziehung hinter viele deutsche Territorien zurückfiel.

Vor der Reichsgründung wanderten dennoch weiter Juden vor allem aus Galizien, Anhalt, Böhmen sowie den preußischen Provinzen Schlesien und Posen, aus Brandenburg und dem sächsischen Umland in Leipzig ein⁹³ und die reformierten Händler gaben schrittweise ihre antijüdische Haltung auf.

⁸⁶ Vgl. dazu Reinhold 2004, 68.

⁸⁷ Die Poale Zion (Arbeiter Zions) vertrat eine marxistisch-zionistische Ausrichtung.

⁸⁸ Vgl. Lässig 2004, 47.

⁸⁹ Die ansässigen Juden pflegten ausgeprägte innerfamiliäre Kontakte. Vgl. dazu Reinhold 1999, 17.

⁹⁰ Vgl. Lässig 2004, 57.

⁹¹ Lediglich für verheiratete jüdische Frauen war ein Umzug unproblematisch. Vgl. dazu Höppner, Jahn 1997, 7.

⁹² Vgl. Plowinski 1991, 8.

⁹³ Vgl. Höppner 2004, 10.

Erhofften sich viele Juden die vollständige Emanzipation von der 1848er Revolution, fand dies zunächst weder bei Landtag noch Regierung Berücksichtigung. Mit der Anerkennung der Grundrechte des deutschen Volkes der Frankfurter Nationalversammlung erfolgte in Sachsen von März bis April 1849 die Aufhebung aller Sondergesetze und die Erteilung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und damit die Emanzipation von außen. Leipzigs bürgerliche Juden verfügten nunmehr über das aktive und passive Wahlrecht für die Stadtverordnetenvertretung,⁹⁴ obgleich Emanzipationsdefizite und Ressentiments fortbestanden. Gegen den Widerstand der Innungen traten die Leipziger Stadtverordneten für die Durchsetzung der Judenemanzipation ein und beeinflussten zugleich die Gesetzgebung zur Judenemanzipation in Sachsen.⁹⁵ Einschränkungen für ausländische Juden wurden in der jüdischen Gemeinde akzeptiert. Obgleich 1850 in der Phase der Reaktion der Landtag wieder durch die alte Ständeversammlung abgelöst wurde, blieben die Grundrechte für die einheimischen Juden bestehen, so dass der sächsische Staat von den Juden „als Garant der Emanzipation“ empfunden wurde.⁹⁶ Die Mehrheit der Leipziger Bürgerschaft, welche auf positive Wirkungen des jüdischen Handels für die Stadt hoffte, übte immer wieder Druck auf Regierung, Bürgermeister, Stadtrat und Stadtverordnete aus und forderte die Aufhebung jeglicher Sondergesetze für in- und ausländische Juden. Zwischen 1852 und 1864 waren etwa 100 jüdische Familien in Leipzig neu aufgenommen worden und das liberale Leipziger Bürgertum attestierte jüdischen Firmen Achtbarkeit und den jüdischen Handelsaktivitäten die erwünschten Effekte für die Stadt.

Felix Goldmann konstatierte: „Nur ein kleiner Teil der Leipziger Juden fügt sich in den allgemeinen Verlauf der Wirtschaftsgeschichte der deutschen Juden ein. Es sind die deutschen Kreise, die zumeist aus Anhalt und Hessen-Nassau eingewandert sind, und die in der Wirtschaftsentwicklung der Stadt einen sehr bescheidenen, im gesellschaftlichen und politischen Leben hingegen gar keine Rolle gespielt haben.“⁹⁷ Auf die Leipziger Stadtpolitik konnten Juden wenig Einfluss nehmen.

Der erste jüdische Stadtverordnete war im Jahre 1853 der Kaufmann Jacob Nachrod.⁹⁸ Erster jüdischer Stadtrat war seit 1874 der Kaufmann Moritz Kohner, der seit 1860 bereits Stadtverordneter war.⁹⁹ 1867 lebten nach der Volkszählung 1.148 Juden in Leipzig.¹⁰⁰

⁹⁴ Diese Rechte blieben für nicht-ausländische Juden auch in der Phase der Reaktion im Anschluss an die Niederlage der Revolution erhalten.

⁹⁵ Vgl. dazu Reinhold 2004, 70 ff.

⁹⁶ Vgl. Lässig 2004, 62.

⁹⁷ Goldmann 1994 a, 51 f.

⁹⁸ Er gehörte dem Vorstand der IRGL seit 1947 an, von 1877 bis 1882 war er Vorsteher. Vgl. Reinhold 2004, 69.

⁹⁹ Vgl. Reinhold 2004, 69.

¹⁰⁰ Vgl. dazu Lässig 2000, 46, Anmerkung 71.

Die Zahl der Leipziger Juden war immer gering, und zwei Drittel davon waren Ausländer. Die jüdischen Organisationen und Vereine blieben benachteiligt. Der Emanzipationsprozess wurde so, wie Volkov konstatierte, „gegen und gewöhnlich außerhalb des jüdischen Gemeindelebens im Allgemeinen und, besonders nachdrücklich, gegen eine gemeinsame jüdische Identität“¹⁰¹ durchgesetzt. Der Einzelne konnte dem Stigma der Gruppe entfliehen.¹⁰²

Mit dem Mendelssohnschen Konfessionalismus, welcher das Judentum zu einer Konfession unter anderen machte, bei individueller Integration in deutsche Gesellschaft und Kultur, ging zugleich eine Stärkung der häuslichen Religiosität einher. Volkov sprach von einer „dreifachen Lösung“.¹⁰³ Die Anpassung dominierte Individuum und Gemeinde, Assimilation bedingte kein Brechen mit der Gemeinde. Die Ergebnisse wurden von einer Mehrheit positiv empfunden, ein Teil löste sich vollkommen vom Judentum und ging in der Mehrheitsgesellschaft auf. Der Entwicklungsprozess beinhaltete aber auch bis in die Weimarer Jahre hinein Unsicherheiten und Beibehaltung antisemitischer Ressentiments.

Seit der Phase der Großen Depression in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts war es Antisemiten gelungen, die Wählerschaft der Nationalliberalen zu gewinnen. Als Feindbild diente der liberale jüdische Großkaufmann und Bankier der Messestadt. Das Auftreten der antisemitischen Deutschen Reformpartei, die bei der Reichstagswahl 1890 acht Prozent der Stimmen errang, stand mit diesen Entwicklungsprozessen in Zusammenhang.

Die Mehrheit erkannte, „dass die bestehenden Bindungen innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr genügten, dass sie ihnen keine sinnvolle Gruppenidentität mehr stifteten – ihnen nicht länger die Art moderner säkularer Identität boten, nach der sie strebten“.¹⁰⁴ Die mit den 1870er Jahren entstandenen neuen Vereine entsprachen somit der veränderten jüdischen Kultur.

Der 1893 gegründete Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) vereinte die Juden im Kampf gegen den Antisemitismus. Er unterstrich den jüdischen Minderheitenstatus in der Öffentlichkeit und verlangte die Anerkennung der einzigartigen Identität.¹⁰⁵ Auch der Zionismus bemühte sich um die Existenzsicherung des Judentums. Mit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts war die erste Phase der Emanzipation vollzogen.

¹⁰¹ Volkov 2001, 190.

¹⁰² Vgl. Volkov 2001, 191.

¹⁰³ Volkov 2001, 192.

¹⁰⁴ Volkov 2001, 195.

¹⁰⁵ Volkov betonte, dass die Vertreter des Vereins selbst dies allerdings nicht so verstanden. Vgl. dazu Volkov 2001, 196.

Liberale Juden gründeten seit der Jahrhundertwende in großem Umfange Organisationen ohne dass religiöse Motive eine vordergründige Rolle spielten. Das liberale Judentum meinte nicht das Aufgeben verbindlicher jüdischer Tradition, vielmehr wurden Gebote und Brauchtum kritisch hinterfragt und ein bewusstes Judentum vertreten. Es wurde das Persönliche der Frömmigkeit betont. In Leipzig zogen die liberalen Gemeinderabbiner Dr. Abraham Meyer Goldschmidt und Prof. Nathan Porges während der Messen mit ihren Predigten nicht nur die Mitglieder ihrer Gemeinden an. Eine politische und rechtliche Emanzipation war erreicht, aber nicht vollständig. Der Antisemitismus orientierte sich nun rassistisch, nicht mehr religiös. Der CV verstand sich sowohl als Abwehrverein als auch als Förderer der jüdischen Kultur. Es erfolgte eine Besinnung auf eine moderne säkulare jüdische Kultur.

Der sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts vollzogene einschneidende ökonomische, soziale, politische und wirtschaftliche Wandel betraf Juden und Judentum in einschneidendem Maße. Die autonome und separate Existenz endete zugunsten des zunehmenden Aufgehens von Juden in den Städten. Nicht nur die eigene Sprache wurde aufgegeben und die Kleidung an die Umgebung angepasst: die vormoderne jüdische Gesellschaft zerfiel, und es entstand „das Bedürfnis nach neuen Selbstdefinitionen durch Errichtung unsichtbarer Grenzen“.¹⁰⁶

Die Emanzipation der Juden als auf gesetzgeberischem Weg herbeigeführte rechtliche Gleichstellung mit allen anderen Bürgern des Landes konnte erst erfolgen, als die Juden keine außerhalb der Gruppe der Bürger stehende Kaste mehr waren.

Infolge der Säkularisierung und der Reform des Judentums funktionierte die Israelitische Gemeinde zunehmend als eine Art jüdische Kirchgemeinde, zu deren Aufgaben u.a. auch die Armenpflege zählte. In den ersten Haushaltsplänen machten Almosen etwa ein Fünftel der Ausgaben aus. Diese Ausgaben entwickelten sich jedoch rückläufig, während private Initiativen an Bedeutung gewannen, besonders in Form des Stiftungswesens. Die achtunsvierzig bedeutendsten Stiftungen verfügten über ein Vermögen von mehr als einer Million Mark.¹⁰⁷

Die von Anfang an liberale Leipziger Israelitische Religionsgemeinde konstituierte sich formal rechtlich endlich auf Grundlage des Konfirmationsdekrets der provisorischen Gemeindestatuten vom September 1846. Als Gründungsveranstaltung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig gilt die erste Gemeindewahlversammlung im Mai 1847.

Der Gemeinde gehörten automatisch alle jüdischen Bürger an und ein Austritt bedeutete das Ende der Zugehörigkeit zum Judentum überhaupt; die Israelitische Religionsgemeinde hatte somit zunächst „Zwangscharakter“.

¹⁰⁶ Vgl. Brenner 2000 a, 21.

¹⁰⁷ Vgl. dazu Festschrift 1994, 71.

Die Säkularisierung schritt Ende des 19. Jahrhunderts im Unterschied zu evangelischen und katholischen Mitbürgern gerade unter den deutschen Juden stärker fort.¹⁰⁸ Gleichzeitig lastete auf den deutschen Juden, die den Erwerb des Bürgerrechts anstrebten, ein Anpassungsdruck, ethnische und geistige Besonderheiten aufzugeben.

Während die meisten Juden glaubten, Anpassung an die dominierende Mehrheitskultur und Erhaltung des Judentums verbinden zu können, erwartete die nichtjüdische Gesellschaft für den gewährten Zugang eher die Auflösung der jüdischen religiösen Identität.

Im privaten und häuslichen Lebensbereich vermischten sich jüdische und christliche Traditionen. Jüdische Kinder besuchten weniger den Religionsunterricht als christliche Mitschüler.¹⁰⁹ Moderne Konzepte von Bildung und Geschichte entfalteten ihre integrative Funktion anstelle der Religiosität. Der Bildungsbegriff des Neuhumanismus zielte auf die soziale und politische Emanzipation seiner Protagonisten. Die Bedeutung des Bildungskonzeptes spielte nicht nur im Mäzenatentum, sondern auch in der Praxis der Eheschließungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auch die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte ersetzte Religiosität, und widerspiegelte sich zum Beispiel in der Wissenschaft des Judentums, aber auch im populären Interesse an der jüdischen Vergangenheit und einem neuen Traditionsbewusstsein. Die Juden bildeten eine offene ethnische Gruppe.

Adolf Jellinek (1820-1893), der erste Prediger und Religionslehrer der Religionsgemeinde, galt als ein führender Reformjude Deutschlands. Sein großes Ziel, die Vereinigung aller Leipziger Bethäuser und Landsmannschaften, erwies sich zu seinen Lebzeiten als unerreichbar. Jellinek war 1842 von Wien nach Leipzig gekommen und hatte bis 1844 Philosophie und orientalische Sprachen studiert. Von 1845 bis 1857 war er als Rabbiner tätig.

Auch in Leipzig lösten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts, also bereits in der Zeit der Gründung der Religionsgemeinde, traditionelle Lebensstrukturen der Juden zugunsten von Säkularisierungstendenzen auf. In den fünfziger Jahren setzte sich der allgemeine Verbürgerlichungstrend der Gesellschaft fort. Zeitgleich gab das liberale deutsche Bürgertum aufgrund der zunehmenden Annäherung der jüdischen an die christlichen Gebräuche das Homogenitätsideal der Bürgergemeinschaft auf. Spezifisch bürgerliche Vorbehalte gegen Juden bestanden dennoch fort, wengleich sie im öffentlich-politischen Raum höchstens eine untergeordnete Rolle spielten. Neue bürgerliche Honoratioren, unter ihnen auch exponierte Vertreter der Israelitischen Religionsgemeinde, wie die bereits genannten Jacob Nachrod und Moritz Kohner, verdrängten die alte stadtbürgerliche Elite Leipzigs.

¹⁰⁸ Vgl. Rahden 1996, 416.

¹⁰⁹ Vgl. dazu weiter Rahden 1996, 417.

Der Mehrzahl der Juden gelang in dieser Periode des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs der soziale Aufstieg in die Mittel- und teilweise auch die Oberschichten. Insgesamt erwies sich das Zeitalter der Industrialisierung für die deutschen Juden als ein „Goldenes“.¹¹⁰

Die Hoffnung auf wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg führte besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wachsende Zahl von Zuwanderern nach Leipzig. Bis 1871 stiegen die Einwanderungszahlen aus deutschen Territorien, besonders aber aus Osteuropa, rasant.¹¹¹ Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aber nahm die Migration aus Osteuropa, aus Galizien, Russland, Kongresspolen, Bukowina, noch zu, so dass die jüdische Bevölkerung gerade in Leipzig und Sachsen insgesamt wahrnehmbar anwuchs.¹¹² Die osteuropäischen Juden und auch ihre in Deutschland hineingeborenen Nachkommen bildeten eine vielfältig differenzierte heterogene Gruppe. Höppner und Jahn konstatierten, dass sich die Gemeinde als Ansammlung von Juden, „die gar nicht zu einer Einheit werden wollten“, präsentierte.¹¹³

Wichtige Zäsuren im Prozess der juristischen Gleichstellung und zugleich Vollendung der juristischen Emanzipation stellten die sächsische Verfassungsänderung vom Dezember 1868, welche die bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte vom Glaubensbekenntnis abkoppelte, und die Aufhebung der seit 1838 geltenden Sonderregelungen für Juden im August 1869, dar. In der jüdischen Einwohnerschaft Leipzigs blieb die Mittelschicht die stärkste Gruppe. An einem jüdischen Industrieproletariat fehlte es. Die jüdische Arbeiterschaft – meist Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiter - konzentrierte sich hauptsächlich in der Rauchwarenbranche.

Insgesamt war den untersten Schichten Leipzigs nur eine jüdische Minderheit zuzuordnen.¹¹⁴

Die meisten jüdischen Einwanderer gehörten den unteren Mittel- und den oberen Unterschichten an und lebten vom Handel. Kürschnerei und Rauchwarenzurichterei, aber auch Wirkerei und Strickerei waren wichtige Beschäftigungszweige jüdischer Unternehmer und Arbeiter in Leipzig.

Die sich in Leipzig neu ansiedelnden Juden bevorzugten die Wohngegenden des höheren Mittelstandes, etwa das Waldstraßenviertel, die Innere Westvorstadt, den Kickerlingsberg, die äußere Nordvorstadt usw. In Arbeiterwohngebieten ließen sie sich kaum nieder.

Akkulturierte deutsche Juden pflegten den zugezogenen osteuropäischen Juden gegenüber zahlreiche Vorurteile im Hinblick auf kulturelle Rückständigkeit, Elend, Unsauberkeit und

¹¹⁰ Rahden konstatierte, dass sich die Geschichte der deutschen Juden von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts als Erfolgsgeschichte darstellte. Vgl. dazu Rahden 2001, 31.

¹¹¹ Der Begriff „Ostjude“ wurde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhundert in Deutschland für Einwanderer aus Groß- und Kleinpolen, aus der Polnisch-Litauischen Union, die durch den Wiener Kongress von 1815 unter Österreich, Russland, Preußen aufgeteilt wurden, gebräuchlich. Vgl. dazu Lütkemeier 1992, 19. Zur heterogenen Struktur der Ostjuden, vgl. Höppner 1998, 343.

¹¹² Vgl. dazu Höppner, Jahn 1997, 8.

¹¹³ Höppner, Jahn 1997, 6.

Unsittlichkeit. Gerade die strenge Gläubigkeit – besonders der galizischen Juden - wurde im innerjüdischen Diskurs nicht selten als Ausdruck eines Krankheitszustandes interpretiert. Diese kulturelle Desorientierung zu bekämpfen, schien die Voraussetzung dafür zu sein, Armut als Folgeproblem zu beseitigen. Das Zurückdrängen der religiösen Orthodoxie wurde zur Grundlage der nachhaltigen Behebung sozialer Notstände der Juden.

Der Deutsch-Israelische Gemeindebund (DIGB) fürchtete um Recht und Anerkennung der Juden, denn die Taten und Untaten der ‚Schnorrer‘ aus dem Osten“ würden allen deutschen Juden zur Last gelegt.¹¹⁵

Ende des 19. Jahrhunderts wiesen Einwanderer einen wesentlich niedrigeren sozialen Stand als zur Jahrhundertmitte auf. Sie brachten faktisch ihre Deklassierung bereits mit und stellten als Arme und Bedürftige steigende Anforderungen an die Wohlfahrtseinrichtungen.

Hatten die Ostjuden neben Befremden auch solidarische Zuwendung hervorgerufen, wurden sie nun zunehmend – wie Volkov schrieb - zur „Quelle der Verlegenheit“ für die besser situierten, besser akkulturierten und besser assimilierten Juden.¹¹⁶

Zwischen den zuwandernden Juden aus Osteuropa und den etablierten deutschen Juden bestand eine Diskrepanz, die vielfach durch zeitgenössische Erwartungen und Bilder geprägt war, welche das Ostjudentum mit Armut und Schmutz verbanden. So beschrieb auch Bertha Pappenheim im Jahr 1900 galizische Juden, welche Ungeziefer für ein Zeichen von Gesundheit hielten. Verschiedene erbliche Krankheiten wurden auf eine Missachtung einfachster Hygieneregeln und auf gesundheitsgefährdende Normen zurückgeführt. Desolate Hygiene und Krankheitserscheinungen wurden zu beschreibenden und vererbaren Merkmalen von Ostjuden erklärt.

Im innerjüdischen Diskurs galten Ostjuden schon an der Körperhaltung, der gekrümmten Gestalt und dem schiefen Rücken als erkennbar. Entsprechenden Auffassungen zufolge, fanden mangelnde Hygiene und Krankheit in der Lebensweise und der physischen Konstitution ihren Niederschlag.

Die Lebensbedingen wurden als Ursachen und die Veränderung dieser pathologischen Umstände folglich als therapeutische Maßnahme betrachtet.¹¹⁷

Den einerseits enormen, von Antipathie und Vorurteilen geleiteten Anstrengungen zugunsten einer raschen Weiterreise der Ostjuden standen andererseits Verantwortungs- und Solidaritätsgefühle der akkulturierten und assimilierten Juden gegenüber.

¹¹⁴ Vgl. Goldmann 1994 a 51 f.

¹¹⁵ Vgl. Volkov 1994, 69.

¹¹⁶ Vgl. Volkov 1994, 76.

¹¹⁷ Vgl. Hödl 2000, 316.

Die Israelitische Religionsgemeinde der Messestadt hatte zur Wahrung hergebrachter Kräfteverhältnisse und Traditionen ausländischen Juden bis 1884 die Aufnahme in die Gemeinde verweigert.¹¹⁸ Danach genügte der ständige Wohnsitz in Leipzig bzw. in der Kreishauptmannschaft für eine Mitgliedschaft; die zuvor geltenden Voraussetzungen, das städtische Bürgerrecht und die Zugehörigkeit zum sächsischen Untertanenverband, wurden aufgehoben. Ausgeschlossen von den Wahlen zu Vertretungskörperschaften der Gemeinden blieben die neuen Mitglieder dennoch und ebenso benachteiligt hinsichtlich der Partizipation am Gemeindebudget.

Seit 1904 wurden nicht-deutsche Juden auf der Basis des Gesetzes „die israelischen Religionsgemeinden betreffend“, welches den Gemeinden den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts verlieh und das Eintreiben der eigenen Gemeindesteuern bei Bedarf auch mittels Gerichtsbeschluss überließ, zur Zahlung der Gemeindesteuer herangezogen.

Unvermeidlich entstanden so Spannungen und Konflikte, die aufgrund des großen Anteils geschäftlich und gesellschaftlich wohl situiertes ostjüdischer Familien innerhalb der liberal dominierten Religionsgemeinde eine besondere Brisanz erhielten.

Die weniger sozial erfolgreichen, später immigrierten Juden aus Osteuropa fanden auch in Leipzig kaum Anschluss an die einheimischen und etablierten Kreise. Adler-Rudel beschrieb deren soziales Leben als trostlos, weitgehend geprägt durch Beziehungslosigkeit und Gleichgültigkeit der deutschen Juden.¹¹⁹

Die Reichsverfassung hatte 1871 die Gleichstellung von Juden und Nicht-Juden fixiert. Eine Niederlassung von Juden unterlag nun keinerlei Reglementierung mehr. Leipzig entfaltete sich unter diesen Voraussetzungen zum Zentrum jüdischen Lebens in Sachsen. Dabei blieb die Sonderstellung der Juden ebenso erhalten wie ihr Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl, zumal weiterhin kein Recht auf Einbürgerung bestand.

Die Zugewanderten waren durch ihr Lebensumfeld oftmals stark jüdisch traditionell (orthodox, chassidisch) geprägt, und politisch radikalisiert, wodurch das Zusammenleben in der Gemeinde erschwert wurde. Außerdem brachte die Zuwanderung von Gewerbetreibenden, Handwerkern und jüdischen Proletariern eine stärkere Differenzierung der sozialen Struktur mit sich. Die wirtschaftliche Integration der Immigranten gestaltete sich zunehmend problematisch, zumal ausländische Juden von der Sozialgesetzgebung, die die deutschen Juden einbezog, nicht profitieren konnten. Vielfach waren sie auf soziale Hilfen angewiesen, welche die Israelitische Religionsgemeinde und die jüdischen Wohltätigkeitsvereine belasteten. Das

¹¹⁸ Vgl. Höppner, Jahn 1997, 9.

jüdische Vereinswesen spielte folglich für die Zuwanderer eine wesentliche Rolle. Vor 1900 angesiedelte Familien wie die Eitingon und die Ariowitsch, die bereits in ihrem Herkunftsland Russland erfolgreich in der Rauchwarenbranche tätig waren und seit der Jahrhundertwende Leipzig zu einem bedeutenden Pelzhandelszentrum entwickelten, engagierten sich hierbei besonders.

Ein beachtlicher Teil der Gemeindesteuereinnahmen floss in soziale Unterstützungsleistungen. 1912 gab die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig bei einem Gesamtetat von 157.000 Mark an deutsche und naturalisierte Ausländer 4.600 Mark an Armenunterstützung aus. Die Unterstützung für Ausländer, Beiträge an Wohltätigkeitsvereine, Krankenkosten, wandernde Arme usw. belief sich darüber hinaus auf 5.800 Mark.¹²⁰

Die Gemeinde leistete zunehmend selbst Wohltätigkeitsarbeit, indem sie den Mitgliedern, die auf öffentliche Fürsorge angewiesen waren, Zuschüsse zahlte oder diejenigen, die als Ausländer kein Recht auf kommunale Hilfen hatten, versorgte. Diesen jüdischen Ausländern drohte die Ausweisung, sobald sie um öffentliche Fürsorge nachsuchten.¹²¹ Wie Höppner feststellte, wanderten aufgrund der geminderten wirtschaftlichen Chancen um 1900 jüdische Männer im Gegensatz zu den Frauen auch wieder stärker ab. Unter den Einwanderern überwogen zugleich Frauen.¹²²

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig nahm 1910 mit einem jüdischen Bevölkerungsanteil an der Gesamtstadtbevölkerung von 1,6 Prozent unter den Großgemeinden im Reich den siebenten Platz ein. In diesem Jahr besaßen von 9.434 Leipziger Juden 3.881 die österreichisch-ungarische und 2.006 die russische Staatsbürgerschaft; damit waren zwei Drittel der Leipziger Juden ostjüdischer Herkunft.

Wie Kowalzik hervorhob, überstieg in „keiner der anderen größeren jüdischen Gemeinden in Deutschland [...] die ostjüdische Bevölkerung die der Gemeindemitglieder deutscher Staatsangehörigkeit“.¹²³

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts zuwandernden Juden waren zumeist mittellos und ohne brauchbare Berufsabschlüsse. Zu ihrer Kulturausübung richteten sie kleine orthodoxe Synagogen ein, die von der liberalen Israelitischen Religionsgemeinde zunächst jedoch nicht anerkannt wurden. Erst 1889 akzeptierte die Gemeindeverwaltung die Talmud-Thora-Synagoge, seit 1900 Wirkungsstätte des orthodoxen Rabbiners Dr. Ephraim Carlebach,¹²⁴ und unter-

¹¹⁹ Vgl. dazu weiter Adler-Rudel 1959, 30.

¹²⁰ Vgl. Höppner 1998, 354.

¹²¹ Vgl. Bach 1994, 133.

¹²² Vgl. dazu weiter Höppner 1995, 282 f.

¹²³ Kowalzik 1999, 16.

¹²⁴ Ephraim Carlebach gründete später die Höhere Israelitische Schule und baute die Religionsschule aus.

stützte diese in der Folgezeit finanziell. Erst nachdem die Gemeinde dem Ministerium für Kultus und Unterricht bestätigte, dass es sich nicht um eine Sekte handelte, durfte die orthodoxe Synagoge eingerichtet werden. 1917 wurde Ephraim Carlebach mit der Wahrnehmung des orthodoxen Rabbinats betraut und erst 1924 orthodoxer Gemeinderabbiner.

1901 wurde in Deutschland der Hilfsverein deutscher Juden gegründet, welcher besonders die Auswanderung unterstützte. In Leipzig bestand der Verein seit 1903 und förderte auch das sittliche und wirtschaftliche Wohl der ostjüdischen Zuwanderer.¹²⁵ Ein langfristiger Aufenthalt der Wanderer sollte möglichst vermieden werden, einer Ansiedlung kam man weniger entgegen. Adler-Rudel stellte fest, dass alteingesessene wohlhabende Juden des westlichen Europa ebenso wie Amerikas sich in dieser Frage zuwandernden armen fremden Juden gegenüber gleich verhielten. Lediglich in Palästina war eine Zuwanderung erwünscht.¹²⁶

1905 verzeichnet die Kreishauptmannschaft Leipzig 3.029 deutsche Juden (davon 256 sächsische) und 5.064 jüdische Ausländer (3.080 österreichische und 1.535 russische). 1910 waren es 3.194 deutsche Juden (davon 1.227 sächsische) und 6.680 ausländische Juden (davon 3.958 österreichische und 2.160 russische).¹²⁷

In Leipzig lebten 1905 1.214 sächsische Juden, aus Deutschland insgesamt 2.833 Juden; 3.010 Juden kamen aus Österreich und 1.401 aus Russland. Die Zahl ausländischer Juden belief sich auf 4.843. Fünf Jahre später verzeichnet Leipzig eine etwas gesunkene Zahl sächsischer Juden von 1.180 und eine geringfügig größere Gesamtzahl deutscher Juden von 3.008. Die Zahl der österreichischen Juden war auf 3.881 angewachsen, die jener aus Russland auf 2.006 und die Gesamtzahl an ausländischen Juden auf 6.426.¹²⁸

Im Reich lebten 1910 79.000 Juden nicht-deutscher Staatsbürgerschaft (den höchsten Anteil hatten Österreicher, meist aus Galizien), das bedeutete einen Anteil an der Gesamtjüdischaft von 13 Prozent.¹²⁹

Leipzig lag hier also sehr deutlich über dem Reichsdurchschnitt.

Forderungen nach der Emanzipation der Juden wurden seit dem späten 18. Jahrhundert von Aufklärern und aufgeklärten Staatsmännern erhoben. Gleichzeitig entwickelten sich Bemühungen um eine Reform des jüdischen Lebens. Staatlicherseits versuchte man aus dem Emanzipationsbestreben heraus, sich zu Nutznießern der Juden zu machen. Die Kirchen, Teile des Handels und des Gewerbes sowie die Mehrheit der Gesellschaft standen einer Emanzipation eher ablehnend gegenüber und stigmatisierten die Juden in ihrem Wesen. Durch Erziehung

¹²⁵ Vgl. Höppner, Jahn 1997, 40.

¹²⁶ Vgl. Adler-Rudel 1959, 7.

¹²⁷ Vgl. Höppner 2004, 137.

¹²⁸ Vgl. Höppner 2004, 139.

¹²⁹ Vgl. Heid 1986, 337.

sollten Juden letztlich in der Mehrheitsgesellschaft aufgehen und den jüdischen „Nationalcharakters“ aufgeben. Emanzipationsgegner lehnten diese Verschmelzung stets ab.

Ab 1819 häuften sich antijüdische Angriffe, die gewaltsame Form annahmen. Diese nahmen besonders während der revolutionären Unruhen 1830, 1832 sowie in der Märzrevolution 1848 zu. Der antijüdischen Gewalt lagen sowohl politische als auch volksreligiöse Motive zugrunde.

Nur ein Teil des liberalen Bürgertums forderte im Zuge der 48er Revolution die völlige Emanzipation der Juden als eine Prinzipienfrage zur Abgrenzung vom reaktionären alten Staatssystem. Nach dem Scheitern der Revolution und in der sich anschließenden Phase der Reaktion wurde die traditionelle Judenpolitik fortgesetzt. Dies entsprach längst nicht mehr der ökonomischen Entwicklung und der sozialen Struktur des deutschen Judentums. Im Prozess der sozialstrukturellen Modernisierung spielten Juden eine Vorreiterrolle. Es entstanden ein jüdisches Großbürgertum und eine breite Mittelschicht - die verarmte Unterschicht nahm stetig ab.

Seit 1880 entwickelte sich in ganz Europa die Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Verbunden war dies mit einer Entwicklung des Nationalismus zum Chauvinismus und imperialistischen Großmachtdenken. Die krisenhaft erlebte Moderne wurde mit der jüdischen Akkulturation und dem sozialen Aufstieg von Juden symbolhaft verknüpft.

Die wirtschaftliche Depression der Gründerkrise 1873 bis 1879 führte zu einer Entwertung des Liberalismus, der als jüdischer Liberalismus diffamiert wurde. Es entstanden eine völkisch-nationale und eine antisemitische Bewegung, in denen der Antisemitismus mit dem Nationalismus verschmolz, welcher durch ein völkisches nationalstaatliches Selbstbewusstsein mit sozialdarwinistischen Zügen gekennzeichnet war.¹³⁰ Dieser Prozess wurde durch die negativen Folgen der Hochindustrialisierung verstärkt. 1873 eskalierten die Angriffe: Juden wurden als Börsianer und Gründungsschwindler attackiert. Treitschke erklärte den Gegensatz zum Judentum als einen nationalen. Der neue Antisemitismus argumentierte säkular, nationalistisch und historisch und zeichnete sich durch eine „Rhetorik von der Befreiung vom Judentum als Lösung aller Probleme“ und eine Legitimation durch „wissenschaftliche“ Theorien und historische „Argumente“ aus.¹³¹

Abhängig von jeweiligen Interessen wurde das Judentum als Symbol für Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Atheismus, Materialismus, Kosmopolitismus und Entsittlichung missbraucht. Seit 1878 überfluteten antisemitische Hetzkampagnen Deutschland. Leipzig galt – so der liberale Gemeinderabbiner Felix Goldmann - als Zentrum des literarischen Judenhasses,

¹³⁰ Vgl. Bergmann 2004, 28.

denn Theodor Fritsch gab hier den „Hammer“ heraus, welcher jeder Form von Antisemitismus eine Plattform gab. Zudem wies Goldmann darauf hin, dass es in Sachsen weder jüdische Lehrer an öffentlichen Einrichtungen, noch jüdische Beamte, Abgeordnete oder Richter gab, abgesehen von den Reichsbehörden.¹³²

Im 19. Jahrhundert waren antijüdische Ressentiments in Sachsen weit verbreitet, so dass antisemitische Parteien bei den Reichstagswahlen 1893 den höchsten Stimmenanteil in ganz Deutschland erzielten. 1882 tagte der erste Internationale Antijüdische Kongress in Dresden.

Die Emanzipationsfrage war eng mit den Modernisierungsinteressen und –tendenzen des Staates verknüpft. Die Gleichstellung der Juden wurde von deren Erziehung und sittlicher Anpassung abhängig gemacht. Sachsen lag in der Emanzipationsfrage zurück und bis 1838 galten diskriminierende Sondergesetze, die eine generelle Ausgrenzung bedeuteten. Sachsen entwickelte aber durch seine Vorreiterrolle in der Industrialisierung früh ein modernes Bürgertum. Jüdische Großkaufleute zum Beispiel waren im Zusammenhang mit der Messe in Leipzig immer gern gesehen.

Anhaltende Quelle von Streitigkeiten in der Israelitischen Religionsgemeinde war die Verweigerung des aktiven Wahlrechts für nichtreichsdeutsche Gemeindeglieder durch die naturalisierten Gemeindeverordneten. So hieß es am 25. April 1913: „Da die nichtreichsdeutschen Juden in Leipzig 51.000 Mark Kultursteuer, d.i. mehr als ein Drittel der Gesamtsteuereinnahmen, aufbringen, haben dieselben beschlossen, bei dem Ministerium vorstellig zu werden. Die Beschwerde soll, wie verlautet, seitens der orthodoxen Gemeindeglieder eifrig unterstützt werden, weil für die religiösen Bedürfnisse derselben, im Gegensatz zu allen anderen Großgemeinden, in keiner Weise Sorge getragen wird. Durch diese Vorkommnisse werden in der hiesigen Religionsgemeinde leider tief einschneidende Spaltungen hervorgerufen, die sich leicht vermeiden ließen.“¹³³

Nach den neunziger Jahren verfiel die rassistische Bewegung, blieb als Ideologie in der Gesellschaft aber weiterhin vorhanden. Aus dem „Radauantisemitismus“ entwickelte sich im Kaiserreich ein „idealer Antisemitismus“. Dieser wurde zum positiven Bestandteil der völkischen Überzeugung.

Parallel zum anwachsenden Antisemitismus stieg aber auch aufgrund der rechtlichen Sicherheit das Selbstbewusstsein der deutschen Juden als Staatsbürger und in unterschiedlichem Maße auch als Juden hinsichtlich der Bewahrung und Modernisierung der Traditionen.

¹³¹ Vgl. Bergmann 2004, 29.

¹³² Goldmann kam 1917 als Rabbiner nach Leipzig, er gehörte dem Hauptvorstand des C.V. bereits seit 1910 an und etablierte den C.V. in Sachsen. Goldmann 1994 c, 75.

¹³³ AZJ 77 (1913) 17. Der Gemeindebote (Beilage), 3.

Antisemitismus war integraler Bestandteil des Sozialprotestes in Sachsen und die sächsische Regierung förderte den Antisemitismus im Königreich.¹³⁴

Extreme antijüdische Haltungen waren nur in bestimmten Kreisen verbreitet, allerdings bestanden Ressentiments gegen die Juden in allen Schichten der Gesellschaft. Volkov bezeichnete diese als „kulturelle Codes“.¹³⁵

1893 erreichte der politische Antisemitismus in Sachsen einen Höhepunkt; Juden wurden nur ausnahmsweise eingebürgert. Es ging um die Absicherung einer Homogenität der Gesellschaft. Die Konstruktion der Nation verlangte die Abgrenzung vom Anderen, welcher die Kriterien der Zugehörigkeit nicht erfüllte. In den deutschen Staaten setzte sich eine an ethnische Kriterien orientierte Auffassung von Nation durch, die das Erlangen der Staatsangehörigkeit nur für „Deutschstämmige“ vorsah, gleichgültig, wo sie geboren wurden und sozialisiert waren. Einwanderung barg daher die Gefahr der Überfremdung und sozialen Bedrohung.

In Leipzig bestanden in Fragen der Einwanderung zwischen Stadtverordneten und Stadtrat, der Kreishauptmannschaft und dem Innenministerium zahlreiche Uneinigkeiten - das letzte Wort sprach das Ministerium. Die Stadtverordneten, die mit vielen Verordnungen nicht vertraut waren, entschieden aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus bei Aufnahmegesuchen meist positiv. Voraussetzungen dafür waren die wirtschaftliche Selbständigkeit des Antragstellers und seiner Familie sowie die polizeiliche Unbescholtenheit. Die häufig andere Einschätzung durch Stadtrat und Kreishauptmannschaft, welche besonders strenge Prüfungen vornahm, wurden vom Ministerium in der Regel ihrer Entscheidung zugrundegelegt. Ab 1908/09 ließen sich zunehmend antisemitische Tendenzen in der Beurteilung der Einbürgerung durch die Stadtverordneten konstatieren.¹³⁶

Am 23. August 1903 erging eine Verordnung des Ministeriums an die Kreishauptmannschaften, danach sollten „lästige“ ausländische Juden (strafrechtlich, polizeilich) vehement ausgewiesen werden. „Von umfangreichen Ausweisungsaktionen wurde mit Rücksicht auf das Ausland zunächst abgesehen.“¹³⁷ 1904 bis 1908 wurde in Leipzig eine Reihe von Ausweisungen vorgenommen. Als im Zusammenhang mit der russischen Revolution von 1905 bis 1907 die Zuwanderung russischer Juden stieg, wurden diese Immigranten zunehmend beobachtet und Hausierer sowie Handelsleute unter Verweis auf die Ordnung vom Dezember 1904 ausgewiesen.

¹³⁴ Vgl. Retallack 1997, 144.

¹³⁵ Volkov 2001, 71.

¹³⁶ Vgl. Höppner 2004, 127.

¹³⁷ Höppner 2004, 129.

In der Vorkriegszeit erwies sich, dass sowohl in der sächsischen Beamtenschaft als auch unter den Abgeordneten antisemitische Auffassungen latent vorhanden waren, welche zunehmend in die Politik einfließen.

Sachsen entwickelte sich im Kaiserreich zu einer Hochburg des Antisemitismus - dieser richtete sich vordergründig gegen die Mittelschichten.

So bestanden 1893 in Leipzig sechs antisemitische Vereine. Insbesondere in Folge der Hetzkampagnen Theodor Fritschs mit seinem Antisemitismus-Katechismus und „Mein Beweismaterial gegen Jahwe“ entstand im Gegenzug 1911 die Leipziger Ortsgruppe des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Pötzsch charakterisierte den Antisemitismus in Sachsen zwischen 1870 und 1914 als bewusste oder unbewusste Verinnerlichung antijüdischer Stereotype, gesellschaftliche Distanzierung, Ausgrenzung, staatliche Diskriminierung und unterschied radikalantisemitische, also rassenantisemitische Parteien von völkisch-antisemitischen Gruppierungen.¹³⁸

1910 belief sich der Anteil osteuropäischer Juden in der Stadt auf 61,1 Prozent und damit auf den höchsten Bevölkerungsanteil in Sachsen.¹³⁹ Äußerlich „auffällige“ Ostjuden wurden zum Angriffsobjekt der Antisemiten und generell als Bedrohung dargestellt. Die Agitation richtete sich vor allem gegen Kleinhändler und Handwerker sowie gegen Warenhäuser und sozialdemokratische Konsumvereine, womit der nicht-jüdische selbständige gewerbliche Mittelstand angesprochen und für den Antisemitismus geworben wurde.

Besonders in der Phase der „Großen Depression“ zwischen 1873 und 1896 fanden die Antisemiten aufgrund von Existenz- und Statusängsten im Mittelstand Sympathisanten und Wähler.

In der Weihnachtszeit beispielsweise riefen sie zum Boykott jüdischer Warenhäuser und Kleinhändler auf und nutzten dazu das Argument des „christlich-deutschen“ Weihnachtsfestes. 1905 entstand die Mittelstandsvereinigung in Sachsen, die sich zwar als politisch und religiös neutrale Sammelbewegung des gewerblichen Mittelstandes bezeichnete und die Interessen von Handwerkern, Kleinhändlern und Hausbesitzern gegen Warenhäuser und sozialdemokratischen Konsumvereine vertrat, aber in der sich deutsch-soziale Antisemiten, allen voran Theodor Fritsch, engagierten.¹⁴⁰

Diese Vereinigung entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit zur mitgliederstärksten regionalen gewerblichen Interessenvertretung des konservativen Mittelstandes mit nahezu 100.000 Mitgliedern im Jahr 1910. Zudem fanden seit den neunziger Jahren die Antisemitenparteien

¹³⁸ Vgl. Pötzsch 2004, 83.

¹³⁹ Vgl. Pötzsch 2004, 88, Anmerkung 200 nach Jack Wertheimer: *Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany*, New-York-Oxford 1987, 185 ff.

immer weniger Zuspruch, während sich in den Mittelstandsvereinigungen ein verdeckter Antisemitismus ausbreitete.

In Leipzig korrelierten - wie andernorts auch - die Fortschritte in der gesellschaftlichen Integration der Juden mit dem Anwachsen des Antisemitismus. Zehn Jahre früher als im Reichsdurchschnitt meldete sich in der Stadt ein aggressiver Antisemitismus zu Wort. Seit 1870 war Theodor Fritschs Hammer-Verlag in Leipzig ansässig, dieser überschwemmte nicht nur Leipzig, sondern auch Deutschland in der Folgezeit mit völkisch-antisemitischer Hetze. Als Autor musste Fritsch sich wiederholt vor Gerichten verantworten.¹⁴¹

1869 wurde der Deutsch-Israelitische Gemeindegag, die „erste einigermaßen repräsentative Versammlung deutscher Juden“,¹⁴² welche nicht zuletzt die Abwehr des Antisemitismus verfolgte, nach Leipzig einberufen.

Der Rabbiner Abraham Meyer Goldschmidt, der Gemeindevorsteher Moritz Kohner¹⁴³, der frühere Gemeindevorsteher und Bankier M. Meyer, der Kaufmann Osias M. Finkelstein sowie der Professor Julius Fürst vertraten die Leipziger Religionsgemeinde.¹⁴⁴

Gerade in Leipzig mit seiner defizitären Emanzipationsgesetzgebung und dem nicht unproblematischen Zusammenleben unterschiedlicher jüdischer Gruppierungen der virulenten Judenfeindlichkeit entstand somit der Dachverband und Repräsentant jüdischer Gemeinden und aller religiösen Richtungen Deutschlands und Österreichs, welcher die Verwaltungs-, Bildungs- und Wohltätigkeitsangelegenheiten sowie alle gemeinsamen Interessen fördern wollte und sich als Außenvertretung gegenüber dem Staat und den außerdeutschen Glaubensgenossen verstand.

1872 fand in der Leipziger Synagoge die konstituierende Versammlung des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (DIGB) statt.

Der Bund reagierte auf den seit den siebziger Jahren sporadisch aufflammenden Judenhass am 26.9.1875 mit einem ersten Beschluss zur Abwehr judenfeindlicher Angriffe, um alle gesetzlichen Mittel gegen die Presse auszuschöpfen. 1877 wurde in revidierte Statuten die Abwehr von judenfeindlichen Angriffen aufgenommen. Da im gleichen Jahr dem Bund nur noch fünfundzwanzig Gemeinden angehörten, erfolgte unter Leitung von Jakob Nachod eine Reorganisation und Konsolidierung. Der DIGB gab sich ein verändertes Statut; die versuchte

¹⁴⁰ Vgl. Pötzsch 2004, 83.

¹⁴¹ Vgl. auch Unger 1992, 269 und zum Beispiel C.V. Zeitung 3 (1924) 51, 815.

¹⁴² Reinhold 1999, 42.

¹⁴³ Der aus Böhmen stammende Kaufmann und Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Moritz Kohner, war seit 1866 Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums und seit 1874 erstes jüdisches Mitglied des Stadtrates. Sein Ziel war die Beseitigung judenfeindlicher Umtriebe in Leipzig. Wie die Allgemeine Jüdische Zeitung bemerkte, war Kohner ein Ausländer, der in Deutschland „eine Heimat suchte und fand.“ (Vgl. AZJ 82 (1918) 38, Beilage: Der Gemeindebote, 2).

Anerkennung als juristische Person scheiterte am Innenministerium, welches darüber hinaus in Berufung auf das sächsische Vereinsgesetz verfügte, den Sitz des DIGB in Leipzig untersagte.¹⁴⁵

Der Gemeindebund engagierte sich in der Krankenpflege, der Armenfürsorge sowie der Wanderfürsorge. Seit 1875 unterstützte der Bund über die dazu eingerichtete Deutsch-Israelitische Darlehenskasse Frauen und Mädchen in Leipzig in ihrer Ausbildung und beim Aufbau einer eigenen wirtschaftlichen Existenz, um präventiv der Verarmung von Frauen entgegenzuwirken.¹⁴⁶

Das Problem der Gleichberechtigung der Ausländer in der Religionsgemeinde führte bereits 1912 bis 1914 zu Auseinandersetzungen. Ressentiments, aber auch Gleichgültigkeit, veranlassten deutsche Juden, den Kontakt mit den Ausländern möglichst zu meiden.¹⁴⁷ Während aber die Zahl der deutschen Juden stagnierte bzw. sank, stieg die der Ausländer durch Zuwanderung und Geburten.

Im Kaiserreich gab es keine Einwanderungspolitik im engeren Sinne, die Niederlassung auch ausländischer Juden erfolgte unabhängig vom Staat. Nach der Jahrhundertwende bis zum Kriegsbeginn verzeichnete Sachsen den größten Zuzug von Reichsausländern. Der langfristige Aufenthalt ohne bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte ging mit Einschränkungen und Risiken einher, wie Abschiebung oder Beschränkung der Ausübung der Handelstätigkeit. Ein Recht auf Einbürgerung ausländischer Juden existierte nicht.

1885 und 1906 wurde durch Verordnungen des Innenministeriums festgelegt, dass ostjüdische Einwanderer in der ersten Generation nicht einzubürgern waren.¹⁴⁸

Nach Verordnung des Innenministeriums vom 1. November 1913 musste der Bezirksfürsorgeverband der Kreishauptmannschaft einen gutachterlichen Bericht erstatten wegen evtl. Ausweisung, wenn ein Ausländer Armenpflege bezog und dies wahrscheinlich über längere Zeit andauerte. Auch wenn nicht klar war, ob ein längerer Unterstützungsbedarf bestand, konnte die Übernahmeerklärung des Herkunftslandes eingeholt werden, um später zu entscheiden, ob eine Ausweisung erfolgen sollte. Ausländische Übernahmepflichten regelten sich nach den jeweiligen Staatsverträgen.¹⁴⁹

¹⁴⁴ Vgl. Reinhold 1999, 42.

¹⁴⁵ Mit der Verlagerung nach Berlin im Jahre 1882 trat der Bund in eine neue Entwicklungsphase ein, in welcher kulturelle und wissenschaftliche Institutionen entstanden: 1885 die Historische Kommission für die Geschichte der Juden in Deutschland und 1905 das Gesamtarchiv der deutschen Juden.

¹⁴⁶ Vgl. HbjGW 18 (1907), VII.

¹⁴⁷ Vgl. Adler-Rudel 1959, 27.

¹⁴⁸ Vgl. Höppner 2004, 125.

¹⁴⁹ Vgl. Gerth 1929, 134 f.

Ergänzend ist festzustellen, dass das Judentum ebenso wenig eine reine Konfession war, wie Protestantismus und Katholizismus. Es bildete viel mehr ein Milieu mit einer spezifischen Kultur.¹⁵⁰ Von den Juden wurde erwartet, dass sie ihr Jüdisch-Sein ablegten. Die Mehrheit der Juden lebte somit im eigenen deutsch-jüdischen Kultursystem, wobei die Vereine eine wesentliche Rolle in deren Tätigkeit und Organisationen spielten. Gemeinsam wurde so an einer weiteren gemeinsamen jüdischen Tradition gearbeitet.

1.3 Traditionelle Wohlfahrtspflege und Entwicklung des jüdischen sozialen Vereinswesens

Das Judentum verfügte von jeher über alte, religiös fundierte Traditionen der Wohltätigkeit. Diesen zufolge und im Gegensatz zum Christentum galt Armut als etwas Negatives und bedeutete für die Betroffenen eine spezielle Form der Erniedrigung, deren Beseitigung nach jüdischer Religiosität für die Gemeinschaft verpflichtend war. Zwischen Religiösem und Sozialem bestand somit eine untrennbare Verbindung.

Die im Alten Testament verankerten Wertvorstellungen stellten von jeher gleichermaßen für Juden und Christen die Grundlagen sozialen Tätigseins dar. Zudem fußte die jüdische Wohltätigkeit auf der Mischna sowie dem Babylonischen und dem Jerusalemischen Talmud.¹⁵¹ Nach dem Talmud rangierte das Gebot des Wohltuns vor allen anderen Geboten. Jeder Jude hatte ein Zehntel seiner sämtlichen Einnahmen den Bedürftigen zur Verfügung zu stellen.

Malleier verwies darauf, dass Frauen aber nie zur Armensteuer aufgefordert wurden. Von ihnen wurde stattdessen erwartet, dass sie den Erlös aus dem Verkauf von Handarbeiten zur Verfügung stellten und für Bedürftige vor dem Sonnenaufgang Brot backten, um dieses am Morgen auszugeben.¹⁵²

Wenngleich auch das Eigentumsrecht den Ehemännern vorbehalten blieb, oblag es doch den Ehefrauen, einen Teil des Vermögens für wohltätige Zwecke, insbesondere zur Förderung der Fürsorge und der Erziehung armer Kinder, einzusetzen.

Seit dem 12. Jahrhundert galt nach Moses Ben Maimon, genannt Maimonides, Arme so zu unterstützen, dass sie von Hilfe unabhängig und wirtschaftlich selbständig wurden, als höchste Stufe der Wohltätigkeit.¹⁵³ Konkret kamen daher die Vergabe von Darlehen oder die Beschaffung von Arbeit dieser Auffassung praktisch am nächsten.

¹⁵⁰ Vgl. Volkov 2001, 121 f.

¹⁵¹ Vgl. dazu Sacks 1992, 14.

¹⁵² Vgl. dazu Malleier 2003, 75.

¹⁵³ Vgl. dazu Horowitz, in: GIRG 4(1928)15, 1.

Zedakah (hebräisch: Gerechtigkeit) bedeutete, über das Recht der Armen auf Unterstützung ohne Beschämung hinaus, eine ausgleichende Rechtsordnung, die mehr als nur das Geben von Almosen meinte. Um die Selbstachtung der Armen zu wahren, unterlag jede Unterstützung dem Prinzip der Anonymität. Den Armen zu helfen entsprach einer Mitzwah (gute Tat, religiöse Verpflichtung), also einer regelrechten Verpflichtung und somit keinem Akt der Nächstenliebe. Rechtsanspruch und Verpflichtung basierten auf der Grundüberzeugung, dass jeder Besitz Gott gehöre. Wie Kaplan formulierte, gehörte Zedakah zu den grundlegenden Pflichten einer „würdigen Tochter Israels“.¹⁵⁴

Nach Baeck¹⁵⁵ begann Wohltun erst mit dem Bewusstsein und dem Empfinden, ein wirkliches Opfer gebracht zu haben. Des Weiteren wies er darauf hin, dass Wohltun nicht zum Kompromiss werden und die Verwirklichung des Rechtes verdrängen dürfe.¹⁵⁶ Er unterstrich, dass die für Juden vornehme Pflicht der Wohltätigkeit im Wesentlichen präventiv zu erfolgen habe.

In der Praxis überwog dieses Prinzip aber nicht. Das rabbinische Verständnis von Armut unterschied zwischen der absoluten existentiellen Form – Nahrungsmangel, fehlende Rücklagen für eine Hochzeit, desolate Wohnverhältnisse - und der relativen Armut, die vom vorherigen persönlichen Status ausging. Trotz des Wissens um die physischen und psychischen Folgen von Armut orientierte die öffentliche Unterstützung der Gemeinde - nicht zuletzt aufgrund beschränkter Ressourcen – ausschließlich auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen. Offenbar wurden seitens der Gemeinden schon frühzeitig Bedürftigkeitsprüfungen vorgenommen und nur in besonderen Notsituationen Hilfe gewährt. Darüber hinaus kam es aber den Betroffenen durchaus zu, um weitergehende Hilfen bei privaten Institutionen nachzusehen.¹⁵⁷

Somit vereinten sich im sozialen Engagement die Tradition der Verantwortung für die Gemeinde und die „verpflichtende jüdische Sozialmoral“.¹⁵⁸

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts entstand im Zuge der jüdischen Aufklärungsbewegung das jüdische Vereinswesen. War zu Beginn des 19. Jahrhunderts die gemeinsame Sorge in Notsituationen noch eine religiöse Selbstverständlichkeit, entstand danach aus der traditionellen personalisierten Wohltätigkeit ein System von Organisationen und Institutionen.

¹⁵⁴ Kaplan 1997, 255.

¹⁵⁵ Baeck, Leo (1873-1956), jüdischer Theologe, promovierte 1894 bei Wilhelm Dilthey in Berlin. Er wirkte als Rabbiner in Oppeln, Düsseldorf und Berlin; er galt als „letzte Lehrer des deutschen Judentums“ und leitete im Laufe der Jahre mehrere jüdische Organisationen.

¹⁵⁶ Vgl. dazu weiter Baeck 1926, 5.

¹⁵⁷ Vgl. dazu Sacks 1992, 21.

¹⁵⁸ Bergler 2000, 302.

Die Armenpflege zählte zu den Aufgaben der Religionsgemeinde. Dem Ausschuss für Armenverwaltung der Gemeinde gehörten 1907 16 Mitglieder an.¹⁵⁹

Innerhalb der Gemeinde entstanden zahlreiche Vereine, deren Aufgaben aber untereinander nicht abgestimmt und somit uneffektiv waren.¹⁶⁰ Das während des Kaiserreichs seinen Höhepunkt erreichende deutsch-jüdische Vereinswesen bildete eine Spezialform innerhalb des Vereinswesens.

Viele Mitglieder jüdischer Vereine waren zugleich in nichtjüdischen Vereinen organisiert. Hingegen war es in katholischen Kreisen nicht üblich, in nichtkatholischen Vereinen Mitglied zu sein.¹⁶¹

Eine zentrale Organisation, die verschiedene Strömungen koordinierte, entstand zunächst nicht. Der DIG blieb ein loser Zusammenschluss lokaler jüdischer Gemeinden, welcher Fragen des Kultus, Ritus und der Politik weitgehend ausschloss. Die Differenzen zwischen Orthodoxen und Reformierten und nach der Jahrhundertwende zwischen Zionisten und Antizionisten verhinderten eine wirkungsvolle Gesamtorganisation.¹⁶²

Wohltätige Vereine und Stiftungen hatten stark präventive Zielsetzungen. Sie dienten zudem der Festigung und dem Zusammenhalt der Gemeinschaft, der Vorbeugung von Antisemitismus und der Traditionspflege. Ziel war es zudem, Veränderungen in der Gesellschaft zu erzielen, welche die Integration erleichterten. Zugleich erfolgte mit der Orientierung auf den Gruppenzusammenhalt und die Stärkung jüdischer Identität eine negative Integration in die Mehrheitsgesellschaft und eine Veränderung der Gemeinden.

Die entstehenden Vereine institutionalisierten die Funktionen jüdischer Wohlfahrtspflege auf neue Weise. Die Herausbildung des Vereinswesens erfolgte unmittelbar mit der Entstehung und Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Im Bereich der Wohltätigkeit stellte sie eine Reaktion auf die Folgen der Industrialisierung wie Heimatlosigkeit, Wohnungsnot, Unterernährung, Säuglingssterblichkeit und Kinderverwahrlosung dar. Defizite in staatlicher bzw. kommunaler Armenfürsorge der 1840er Jahre motivierten private bürgerliche und religiöse Initiativen von Fürsorge, die sich in Vereinen und Stiftungen niederschlugen.

Bedingt durch die problematische Situation der Juden innerhalb der nicht-jüdischen Gesellschaft und das Ausgeschlossenensein von Hilfsmöglichkeiten der öffentlichen Hand entwickelten sich zwangsläufig autonome jüdische Unterstützungsstrukturen. Diese vermittelten Gefühle von Solidarität und Zugehörigkeit, indem über die Selbsthilfe der Vereinsmitglieder hinaus bedürftige Glaubensbrüder und –schwestern unterstützt wurden. Normen und Werte

¹⁵⁹ Vgl. HbjGW 18 (1907), 121.

¹⁶⁰ Begräbnisbruderschaften, Vereine zur Pflege der Kranken, der Bruder-Verein und die Totenbruderschaft.

¹⁶¹ Vgl. dazu weiter Rahden van 1996, 424 f.

der traditionellen Gemeinde wurden von den neu formierten jüdischen Vereinen, die Reformen anstrebten, kaum noch vertreten. Dieses sich ausweitende Vereinswesen widerspiegelte den sich im Judentum vollziehenden Prozess von Verbürgerlichung und Emanzipation.

Die so gewachsene Dominanz privater Vereine beruhte auf einem breiten sozialen Engagement des jüdischen Bürgertums. Die Betätigung in wohltätigen Vereinen drückte zum einen ein bürgerliches Selbstverständnis, zum anderen aber ein gleichermaßen starkes Bedürfnis nach Zusammenhalt angesichts des Rückgangs jüdischer religiöser Handlungsformen aus. Jüdische Bürger engagierten sich auf einem traditionellen jüdischen Feld, wenn sich auch die traditionellen ethischen Prinzipien häufig nur noch auf ein Lippenbekenntnis reduzierten.

Insgesamt stand - wie Liedke konstatierte - die jüdische Wohlfahrt „im Zentrum der jüdischen Selbsterhaltung, definiert nicht als Selbstverteidigung gegen Angriffe von außen, sondern als Versuch, während der rapiden und umfassenden Transformation jüdischer Existenz im 19. Jahrhundert eine säkulare jüdische Identität aufzubauen und zu erhalten“.¹⁶³ So entwickelte sich das jüdische Vereinswesen zum wesentlichen Bestandteil jüdischer Subkultur. Es widerspiegelte das wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben der Juden. In den vierziger Jahren entstanden in Leipzig aufgrund der sich stellenden sozialen Aufgaben und Probleme die ersten jüdischen sozialen Vereine. Der älteste 1840 gegründete Verein, der Jeschuat-Achim, unterstützte hilfsbedürftige jüdische Studenten noch vor der offiziellen Gründung der neuzeitlichen Gemeinde.

Zwei Jahre, im Jahre 1842, später entstand die Gesellschaft der Freunde, welche Wohltätigkeit und Geselligkeit miteinander verband, unter anderem Gewerbe an Bedürftige vergab und hilfsbedürftige Mitglieder im Fall des Todes eines Mitgliedes dessen Hinterbliebene unterstützte. Der Brüderverein zur Krankenpflege und Leichenbestattung wurde 1845 ins Leben gerufen.¹⁶⁴

Typisch für die Entwicklung des jüdischen wie des nicht-jüdischen Vereinswesens jener Zeit war eine zunehmende Spezialisierung und Differenzierung in Aufgaben und Zielen.¹⁶⁵

Jüdische soziale Vereine kämpften um die Erhaltung des Judentums. Vergleichbare Motive spielten für die anderen konfessionellen Träger kaum eine Rolle.

Gerade im jüdischen Wohlfahrtswesen manifestierte sich deutlich das Getrenntsein von Juden und Nichtjuden. Hierin entfalteten sich sowohl eine abgeschlossene jüdisch-bürgerliche Kul-

¹⁶² Vgl. Rahden van 1996, 423 f.

¹⁶³ Liedke 2001, 310.

¹⁶⁴ Vgl. dazu weiter Höppner, Jahn 1997, 23. Lt. Diamant wurde der Verein erst 1879 gegründet. Vgl. Ders. 1993, 285.

¹⁶⁵ Die im 19. Jahrhundert noch umfassenden Programme und Aufgaben wurden aufgegeben. Vgl. Reinke 2000, besonders 212.

tur der Wohlfahrt als auch allgemeine Entwicklungsprozesse sozialer Arbeit. Die Leistungen auf dem Gebiet der jüdischen Privatwohlfahrt trugen in der Konsequenz wenig zur Integration der Minderheit in die nicht-jüdische bürgerliche Gesellschaft bei.¹⁶⁶

Während die Anfänge einer systematisch betriebenen jüdischen Wohlfahrtspflege in den meisten deutschen Territorien mit der beginnenden Emanzipation an der Wende zum 19. Jahrhundert einhergingen, sind diese in Leipzig, aufgrund der späten Gemeindeneugründung, der sozialen Struktur der anfangs geringen jüdischen Einwohnerschaft und des verzögerten Emanzipationsprozesses erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts auszumachen.

Infolge des bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts den Juden verwehrteten Zutritts zum frühbürgerlichen Vereinswesen entstanden zahlreiche jüdische Parallelgründungen. Hier organisierten sich - nachdem Mitte des 19. Jahrhunderts das Vereinsrecht liberalisiert wurde - Angehörige bürgerlicher Schichten, die mehr soziale Aufgaben und Verantwortung übernehmen wollten.

Die auf einer gemeinsamen Wert- und Kulturgemeinschaft basierenden jüdischen Assoziationen dienten nicht zuletzt der Pflege gesellschaftlicher und geschäftlicher Beziehungen, sondern auch der existentiellen Absicherung der jüdischen Gemeinschaft sowie der Identitätswahrung. Die Vereine boten jenen Hilfe, die von der Armenpflege der Religionsgemeinde nicht oder nicht hinreichend unterstützt wurden. Bis in die Jahre der Weimarer Republik leisteten sie den größten Beitrag für die Fürsorge.

Die Zeit zwischen den vierziger und späten siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts stellte eine Zäsur dar. Infolge der schrittweisen Emanzipation nahmen Juden die Möglichkeit wahr, sich am allgemeinen Vereinswesen zu beteiligen und aktiv das Gemeinwesen zu beeinflussen. Neue Aufgaben erwuchsen aus der konzentrierten Migration von Juden nach Leipzig; angesichts steigender Zahlen von Zu- und Durchwanderern sah sich die Gemeinde insbesondere seit den 1880er Jahren neuen Herausforderungen gegenüber.

Trotz ihrer eher ablehnenden Haltung verhielten sich die assimilierten deutschen Juden gegenüber den fremden Glaubensbrüdern solidarisch auch und gerade angesichts des latenten Antisemitismus. Die Armenkommissionen führten allerdings im Auftrag der Armenhilfe der Religionsgemeinde durchgängig Prüfungen der Bedürftigkeit durch, so dass traditionelle Einrichtungen ins Hintertreffen gerieten und der Prozess der Individualisierung der Armenpflege parallel zum Entwicklungsprozess in der nicht-jüdischen Armenpflege einsetzte.

Im jüdischen Gemeinwesen gewannen Vereine zugleich noch stärker als in der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft an Bedeutung. Sie entwickelten sich zum dominierenden Rah-

¹⁶⁶ Vgl. Ergebnisse von Liedke 2001, 314.

men von Privatwohltätigkeit, und das jüdische Vereinsleben gestaltete sich als wichtigste alternative Strategie der Identitätsbewahrung überhaupt.

Starke personale Verflechtungen zwischen den Vereinen waren dabei typisch.

Während ein Teil assimilierter Juden besonders seit den sechziger Jahren in die überkonfessionellen Vereine drängte, in denen er völlig aufging, engagierte sich ein anderer Teil sowohl in jüdischen als auch in nicht-jüdischen Assoziationen, die häufig ähnliche oder gleiche Ziele und Aufgaben verfolgten. Die Frage der Entscheidung zwischen der Mitgliedschaft in allgemeinen Vereinen und solchen, welche die jüdische Subkultur zu erhalten suchten, wurden in bürgerlich deutsch-jüdischen Kreisen kontrovers diskutiert. Orthodoxe und ausländische Juden hingegen blieben in der Regel weitgehend auf eigene Wohlfahrtsvereine angewiesen.

Die infolge der Zugangsmöglichkeiten zum interkonfessionellen Vereinswesen veränderten Funktionen der jüdischen Vereine unterstrich auch Kaplan. Sie konstatierte, dass Juden durch ihr Engagement in der auf dem Religionsgesetz basierenden Fürsorge, dem Judentum verbunden blieben. In diesem ein weltliches Forum bietenden Rahmen wurde zugleich das Judentum „neu erfunden“. Kaplan verwies darauf, dass es sich dabei um kein nur Juden betreffendes Phänomen handelte, indem sie feststellte, dass Christen jener Zeit „die nicht zur Kirche gingen [,] ihre Verbundenheit mit dem Christentum dadurch manifestiert[en], dass sie sich an wohltätigen Organisationen beteiligten.“¹⁶⁷

Indem Vereine zu Orten jüdischer Vergemeinschaftung wurden, setzte sich ein neuer Entwicklungsaspekt, welcher auf Pflege, Aneignung und Neudeutung jüdischer Traditionen zielte, durch. Mit dieser Veränderung ging eine säkulare Neudefinition jüdischer Identität einher, welche sich auch in der formalen Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde und in der Wahl eines bestimmten Wohngebietes niederschlug.

Über die Wohltätigkeit erhielten sich Juden teilweise ihren separaten Raum bürgerlich-jüdischen Zusammenhaltes. Die Abgrenzung und das Bedürfnis, „unter sich“ zu bleiben, bestanden somit fort.¹⁶⁸ Angesichts der juristischen Gleichstellung und der Integrationsbemühungen gestattete ein Vereinsengagement in gesellschaftlich anerkannter Art und Weise jüdisch zu sein, so dass die bürgerliche Zugehörigkeit nicht infrage gestellt, sondern verstärkt wurde.

Die soziale Distanzierung des jüdischen Lebens war somit nicht in erster Linie eine Reaktion auf den Antisemitismus, sondern eine positive Manifestation des Jüdisch-Seins.¹⁶⁹ Juden glaubten sich der Emanzipation würdig zu erweisen, indem sie dafür sorgten, dass ihre Armen

¹⁶⁷ Kaplan 2003, 318.

¹⁶⁸ Vgl. weiter Kaplan 1988, 172.

¹⁶⁹ Vgl. dazu Liedke 2001, 311.

nicht der Allgemeinheit zur Last fielen. Von besonderer Relevanz war in dieser Hinsicht der Deutsch Israelitische Gemeindebund, welcher sich in der Zusammenarbeit der jüdischen Gemeinden auf den Gebieten von Verwaltung, Erziehung und Wohlfahrt schließlich vornehmlich auf die Wohlfahrtspflege konzentrierte.

Von der Leipziger Gemeinde wurden folgende durch den DIGB gegründete Einrichtungen in Anspruch genommen:

- die Israelitische Fürsorge- und Erziehungsanstalt für jüdische Knaben in Repzin,
- die Israelitische Fürsorge- und Erziehungsanstalt für jüdische Mädchen in Pötzensee,
- der Verein jüdische Arbeitskolonie in Weißensee,
- der Verein Israelitische Erziehungsanstalt für geistig zurückgebliebene Kinder.¹⁷⁰

Obwohl auch der Unterstützungswohnsitz nicht an eine bestimmte religiöse Zugehörigkeit geknüpft war, wurden Juden dennoch häufig die ihnen zustehenden Hilfen verweigert. Wie Landwehr zeigte, tendierten staatliche und kommunale Organe dazu, Juden von der Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte auszunehmen.¹⁷¹ Diese entstandenen Lücken zu füllen, blieb weiterhin Aufgabe jüdischer Institutionen und Vereine.

So verfolgte der 1887 in Leipzig ins Leben gerufene Hilfsverein israelitischer Gewerbetreibender, der sich zu einem der bedeutendsten Verein entwickelte, als vorrangige Ziele, im „Bereich seiner Mitglieder Mildtätigkeit und Nächstenliebe zu üben, Kranke zu besuchen und zu pflegen, in Notfällen Unterstützungen zu gewähren, und das Handwerk im Judentum zu fördern“.¹⁷² Der Verein fühlte sich traditionellen Vorstellungen von präventiven Unterstützungsangeboten verbunden und legte daher besonderes Augenmerk auf die Vergabe von Darlehen.¹⁷³

Bereits im April 1905 gehörten dem Verein Frauen an; sowohl im Vorstand als auch im Kuratorium waren sie quantitativ überlegen. Stellvertretend seien an dieser Stelle nur Mathilde Goldschmidt, Clara und Julie Blumenthal, Bertha Levy, Hansi Kahn und Rosa Porges genannt,¹⁷⁴ deren Engagement und Wirken im Hinblick auf die Frauenvereine noch Gegenstand der Arbeit sein wird.

Anfang des 20. Jahrhunderts bildete sich ein umfassendes und ausdifferenziertes Unterstützungssystem heraus, in dem sich bürgerlich-philanthropische Ansätze mit Formen traditioneller jüdischer Wohltätigkeit und moderner Sozialfürsorge verbanden. Die sozialen Ver-

¹⁷⁰ Vgl. HbjGW 20 (1911), VI.

¹⁷¹ Vgl. dazu Landwehr 1985, 45.

¹⁷² SStal PP-V 124.

¹⁷³ Vgl. dazu Wendelin 1927, 287.

¹⁷⁴ Vgl. dazu SStal PP-V 41.

einsaktivitäten im Kaiserreich und der beginnenden Weimarer Republik verdeutlichten die ambivalente Situation der jüdischen Bevölkerung. Einerseits erstrebten sie die vollständige Integration, andererseits und in wachsendem Maße die Bewahrung der Gruppenzugehörigkeit in Reaktion auf die zögerliche Gleichstellung und die unvollständige soziale Integration. In diesem Sinne erlangte auch die nationale und internationale Vernetzung mehr und mehr an Bedeutung. Seit etwa 1900 bestand die Leipzig Loge XXXXIII Nr. 496 des Unabhängigen Orden Bnai Brith.¹⁷⁵ Dieser kooperierte mit dem ursprünglich nur in den USA beheimateten Orden, dem Hauptsitz in Berlin und anderen Ortsgruppen sowie mit der Religionsgemeinde und anderen Vereinen der Stadt.¹⁷⁶ Die elitär definierte Männerloge betrieb einen Kinderhort und ein Altersheim. Der Philanthrop Alphons Jacobson hatte 1897 den Kinderhort mit einer Speiseanstalt als erste gemeinnützige Anstalt der Gemeinde eingerichtet, welche Kinder, die zuvor oft tagelang sich selbst überlassen waren, später auch für die Nächte aufnahm, wie es sich infolge des Wandergewerbes der Eltern als notwendig erwies. So entstand 1905 schließlich ein Kinderheim für 12 Kinder, dessen Kosten Jacobson zunächst allein auf-brachte. 1899 errichtete Jacobson im gleichen Haus ein kleines Altersheim.

Im Juli 1908 zog das Heim in die Poniatowskistraße 12 um, und sowohl die Großloge für Deutschland als auch der Hilfsvereins der Deutschen Juden interessierten sich seit 1906 für die Einrichtung, um russische Waisenkinder unterzubringen. Bis 1917 leitete ein Lehrer-ehepaar das Heim, welches ständig erweitert und in eine geschlossene Anstalt umgewandelt wurde. Seit 1913 lebten durchschnittlich 25 bis 30 Kinder, Waisen oder in der Erziehung vernachlässigte Kinder in der Einrichtung.¹⁷⁷

Später, mindestens seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, entfaltete der Schwesternverein seine soziale Frauenarbeit, auf welche noch detailliert eingegangen wird.

1905 richtete die Loge ein Kinderheim ein.

¹⁷⁵ Die Großloge des Bnai Brith-Ordens für Deutschland war bereits 1852 unter dem Großpräsidenten Berthold Timmendorfer in Berlin entstanden.

¹⁷⁶ So berichtete ein ortsfremdes Ordensmitglied 1902 von einem Besuch einer Logen-Sitzung, bei der er „[...] sage und schreibe 17 Brüder antraf. Meine Erwartungen waren wahrscheinlich nicht sehr hoch geschraubt, - aber unter uns gesagt – ich war erstaunt über diesen Mangel an Intelligenz in einer großen Stadt wie Leipzig. Ich hatte wiederholt Veranlassung genommen, mich an der Diskussion zu beteiligen und den lieben Brüdern manchen Fingerzeig zu geben, wie das Interesse für die Leipzig-Loge gerade bei der großen Anzahl noch fernstehender wachgerufen werden kann. [...] Hier tut eine große Propagandaversammlung noth [sic], zu welcher die besten Kräfte [...] zugezogen werden müssen – sonst schläft Leipzig ein, das ist das Gefühl, welches ich hier gestern empfand.“ (Reinke 2001, 338, nach SAM 769/1 Nr. 106, f. 273)

¹⁷⁷ Vgl. AJFB 11 (1930) 41, 7.

1896 bzw. 1900 entstand der Israelitische Wohltätigkeitsverein. Spätestens 1907 betrieb dieser eine Israelitische Speiseanstalt, einen Israelitischen Kinderhort sowie eine Israelitische Altersversorgungsanstalt sowie die Ferien- und Solbadkolonie Dürrenberg.¹⁷⁸

1907 war Selmar Frank, welcher auch dem Ausschuss für Armenwesen der Gemeinde vorstand, Vorsitzender der Kolonie, neben Mathilde Goldschmidt, die gleichzeitig Obervorsteherin des Israelitischen Frauenvereins war. Zu diesem Zeitpunkt gehörten fünfundzwanzig Frauen und auch Männer zum Vorstand der Kolonie, 300 Mitglieder dem Verein an.

Das Vermögen des 300 Mitglieder zählenden Vereins belief sich in diesem Jahr auf 140 000 Mark.¹⁷⁹

Der Kinderhort des Vereins betreute 1895 im gleichen Haus mit dem Altenpflegeheim etwa 30 Kinder, deren Eltern der Fürsorge nicht nachkommen konnten.¹⁸⁰ Amalie Zander stand dem Verein vor, Leiterin des Hortes war Elsbeth Cahn.¹⁸¹ Täglich wurden zwischen sechzehn bis neunzehn Uhr schulpflichtige Kinder im Alter von sieben bis vierzehn Jahren betreut und bei den Hausaufgaben beaufsichtigt. Nachmittagsvesper und Abendsuppe wurden an die Kinder verteilt.¹⁸²

In der Versorgung Bedürftiger spielten Stiftungen, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und verstärkt in den achtziger Jahren entstanden, eine wesentliche Rolle.¹⁸³

1913 beispielsweise zählte die Israelitische Religionsgemeinde sechsundvierzig wohltätige Stiftungen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass innerhalb der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde den zeittypischen bürgerlichen Auffassungen von polarisierten Geschlechterdifferenzen entsprechend, Frauenvereine entstanden, welche sich im Interesse der Gemeinschaft speziellen weiblichen Aufgaben widmeten.

¹⁷⁸ Vgl. HbjGW 18 (1907) 121.

¹⁷⁹ 1913 gehörten dem Vorstand 30 Männer an, dem Kuratorium 31 Frauen und Männer. Vorsitzender des gesamten Vorstandes war G. Rosenstock, die Kassenführung übernahm Eugen Maas.

¹⁸⁰ Vgl. Eschwege 1991, 757.

¹⁸¹ Zudem waren eine besoldete Helferin, ein ehrenamtlicher Helfer und ein Arzt an die Vereinsarbeit gebunden.

¹⁸² Vgl. HLS 286.

¹⁸³ Vgl. HbjGW 20 (1911), 141 f.

1.4 Soziales Vereinsengagement bürgerlicher jüdischer Frauen

1.4.1 Lebensbedingungen von Frauen und Genese der bürgerlichen Frauenbewegung

Frausein bedeutete in Abhängigkeit von differenzierten Lebensumständen wie nationaler, ethnischer, Klassen- und Schichtzugehörigkeit, Familienstand und Alter sowie Religiosität stets Heterogenität.

Bürgerliche deutsche jüdische Frauen führten in der Regel ein Hausfrauendasein, in welchem Erwerbstätigkeit keine Rolle spielte und Bildungschancen begrenzt waren; ihre Lebensperspektive knüpfte sich an eine Heirat. Sie waren den Männern untergeordnet und strebten in der Regel keine Gleichstellung in der Religion an, bemühten sich aber um die Verbesserung ihrer Stellung in der Religionsgemeinde und das Gemeindewahlrecht. Erst durch den Status von Ehefrau und Mutter wurden jüdische Frauen nach den Religionsgesetzen aufgewertet.

Die Verbürgerlichung der jüdischen Gesellschaft und Religion führte im 19. Jahrhundert dazu, dass Heim und Familie zum Lebensbereich von jüdischen Frauen sowie die Religion feminisiert wurden. Die Religion wurde generell im bürgerlichen Kontext familiarisiert und stellte somit ein allgemeines Phänomen der Moderne dar.¹⁸⁴

Frauen und ihre Rolle, deren Krisenhaftigkeit empfunden wurde, rückten bis ins beginnende 20. Jahrhundert ins Rampenlicht der gesellschaftlichen und sozialen Modernisierungsprozesse. Dies korrespondierte zugleich mit der Angst vor Identitätsverlust und einem demographischem Niedergang des Judentums.

Die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation wurden von Frauen zunehmend genutzt, vor allem in Frauenvereinen. Nach bürgerlicher Vorstellung der sozialen Mütterlichkeit unter Beibehaltung der Zuschreibung von Geschlechtscharakteren konnten Frauen gesellschaftlich akzeptiert im öffentlichen Raum tätig werden; in den jüdischen Frauenvereinen spielten dabei auch Fragen der Identität eine wesentliche Rolle.

Da der Beruf für Männer hinsichtlich ihres Erfolges die Religion verdrängte, wurde deutsch-jüdischen Frauen die religiöse Rolle in der Kindererziehung als Teil ihrer Mutterrolle zugewiesen: die Erhaltung und die Pflege des Judentums wurden somit den Frauen übertragen. In den Frauenvereinen verschmolzen Verpflichtung für die Wohlfahrtspflege und die Erhaltung der wichtigen Gebote des Judentums. Von einer jüdischen Hausfrau wurde das Engagement im Frauenverein aus häuslicher und religiöser Pflicht erwartet. Darüber hinaus konnten Frauen somit öffentliche Wirksamkeit entfalten, mit Gleichgesinnten kooperieren und sich austauschen.

¹⁸⁴ Vgl. Heinsohn 2009, 29.

Im Gegensatz dazu waren die ostjüdischen Frauen oft noch lange für Familie und Einkommen zuständig, während sich die Männer der Religion und dem Thorastudium widmen konnten.

Viele bürgerlich deutsch-jüdischen Frauen bemühten sich, wie Kaplan konstatierte, „wie andere Deutsche zu werden, während sie gleichzeitig Widerstand gegen Homogenisierung übten, besonders innerhalb der jüdischen Familie und der jüdischen Gemeinschaft.“¹⁸⁵

Jene bürgerlichen jüdischen Frauen, welche nach Anerkennung der nicht-jüdischen bürgerlichen Umwelt strebten, pflegten bürgerliche Familienverhältnisse und grenzten sich von den deklassierten ostjüdischen Einwanderern ab. Die Pflege deutscher Kultur und Bildung besaß höchsten Stellenwert in ihrem Emanzipationsbestreben, welchem Anpassung zugrunde lag. So wurden in diesen Familien während des Kaiserreichs häufig christliche und jüdische Rituale nebeneinander gepflegt. Eine Erwerbstätigkeit von Frauen bedeutete in bürgerlichen Kreisen das Infragestellen des Status der Familie.

Die zeittypischen Geschlechtsrollencharaktere verwiesen diese Frauen auf „Kinder, Küche, Kirche“, während der außerhäusliche Bereich weitgehend tabuisiert war. Bürgerlichen Männern wurde die Erwerbswelt zugeschrieben, in welcher sie die materiellen Bedingungen einer angemessenen Existenz der Familie zu schaffen hatten.

In den Familien verstärkte sich die Rollendifferenz angesichts dessen, dass erwerbstätige Männer zunehmend in einer sich spezialisierenden Arbeitswelt aufgingen. Entsprechend bürgerlicher Ideale wies die patriarchal strukturierte Familie den Frauen bestimmte Rollen zu. Im Verlaufe der sechziger und siebziger Jahre waren viele bürgerliche Frauen als Geschäftspartnerinnen und Produzentinnen verdrängt und auf die Aufgaben von Hausfrauen und Konsumentinnen beschränkt worden. Bürgerliche Frauen erlangten damit auch mehr Einfluss in der Familie und Bildung.

Aus der Benachteiligung von Frauen resultierte ihr starkes Streben nach sozialer Sicherheit und Geborgenheit in der Ehe. Gleichzeitig entsprach das Aufgehen von Frauen in Ehe und Familie unabhängig von der sozialen Klassen- und Schichtzugehörigkeit den gesellschaftlichen Erwartungen, wobei sich allerdings aufgrund des anhaltenden Frauenüberschusses in Sachsen nicht allen Frauen diese Perspektive bot: So kamen zwischen 1846 und 1871 auf einhundert Männer durchschnittlich etwa 105 Frauen. Frauen heirateten früher und waren dann auch eher von Witwenschaft und deren sozialen Folgen betroffen. Obgleich Scheidungen ins-

¹⁸⁵ Kaplan 1992, 60.

besondere in bürgerlichen Kreisen im Verlaufe der 19. Jahrhunderts noch verstärkt skandalisiert wurden, stiegen diese an.¹⁸⁶

Heiratete eine Frau einen Ausländer, verlor sie die deutsche Staatsbürgerschaft. Im umgekehrten Fall, wenn ein deutscher Mann die Ehe mit einer Ausländerin einging, erhielt diese aber die deutsche Staatsbürgerschaft.

Wie evangelische und katholische Frauen nahmen auch jüdische Frauen stärker am Leben der Religionsgemeinden teil als Männer. Von der Säkularisierung des 19. Jahrhunderts wurden die bürgerlichen Männer stärker als die Frauen erfasst. In den Gemeinden konnten Frauen zudem relativ selbständig gemeinsam mit Gleichgesinnten wirksam werden und Einfluss nehmen.¹⁸⁷

Zugleich wurde von jüdischen Frauen die Pflege von Frömmigkeit und darüber hinaus die von Familien- und Freundschaftsbeziehungen erwartet, welche wesentlich für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Familie waren.¹⁸⁸

Die Lebensumstände jüdischer Frauen wurden besonders durch orthodoxe, liberale oder zionistische Einstellungen sowie durch die soziale Stellung geprägt und nicht zuletzt durch die Staatsangehörigkeit.

In liberalen Familien bestanden religiöse Bindungen und Bräuche aus Fragmenten, etwa in der Einhaltung der jüdischen Feiertage. Da Jüdisch-Sein als Hemmnis für die gesellschaftliche Akzeptanz erlebt wurde, verlor der Glaube zunehmend an Bedeutung. Die Frauen pflegten Kontakte zu Nicht-Juden und die deutsche Erziehung der Kinder rangierte vor der jüdischen. Ebenso suchten auch liberale ostjüdische Familien familiäre Verbindungen zu Nicht-Juden, wodurch deren Nachwuchs nicht selten religiös verunsichert wurde.¹⁸⁹

In orthodoxen Kreisen vermittelte die Erziehung Traditionen des jüdischen Glaubens und erfolgte im Bewusstsein des Auserwähltseins des jüdischen Volkes unter besonderem Einfluss des Vaters. In ostjüdischen unterbürgerlichen Schichten waren die Mütter für die religiöse Erziehung der Kinder verantwortlich. Die nachwachsende Generation sollte in der nicht-jüdischen Umwelt ihren Platz finden und dennoch jüdische Traditionen beibehalten. Lütke-meier sprach in diesem Zusammenhang von einer „flexiblen Erziehung“.¹⁹⁰

Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff der Mütterlichkeit von den Feministinnen ausdifferenziert und neu entwickelt. Dies geschah im Kontext der besonderen deutschen Nationalkultur

¹⁸⁶ Häufig wurden Ehen auf Wunsch von Frauen geschieden, wenn diese nicht den Erwartungen entsprach, insbesondere dann, wenn der Mann das ihm zustehende Recht körperlicher Gewaltanwendung wahrnahm. Vgl. dazu Schubert 1986, 4 f.

¹⁸⁷ Vgl. McLeod 1988, 145 ff.

¹⁸⁸ Vgl. McLeod 1988, 162 ff.

¹⁸⁹ Vgl. Lütke-meier 1992, 35.

¹⁹⁰ Lütke-meier 1992, 37.

mit der neuen Konzeption von Staatskultur, welcher in Deutschland die Verflechtung von Rechten und Pflichten prägte.¹⁹¹ Mutterschaft und Erziehung entsprachen dem Erfahrungswissen von Frauen. Bürgerliche Frauen nutzten die „soziale Mütterlichkeit“, um durch Engagement in Erziehung und Wohltätigkeit ihren kulturellen Hegemonieanspruch gegenüber den unteren Klassen zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig konnte damit Kritik an der Klassengesellschaft verbunden sein. Diese Frauen vertraten zwar Kultur und Interessen ihrer Klasse, waren innerhalb dieser aber marginalisiert und unterdrückt. Mütterlichkeit diente der Autorität über andere Frauen und zugleich der Solidarisierung. Im 19. Jahrhundert wurde die Hauptverantwortung für die Erziehung der Kinder schrittweise auf die Mütter übertragen. Die Kindererziehung wurde dabei nicht nur als privates sondern auch gesellschaftlich relevantes Thema betrachtet und öffnete das Tor zum öffentlichen Leben. Debatten wurden von Vorstellungen über die Staatsbürgerlichkeit und die Verknüpfung von Öffentlichem und Privatem bestimmt. Johann Heinrich Pestalozzi und Friedrich Fröbel betonten die Bedeutung der mütterlichen Erziehung für die Ordnung in Staat und Gesellschaft. Ihre pädagogischen Konzepte erlaubten es Frauen, sich den gesellschaftlichen Diskurs zueigen zu machen. Mit der Entwicklung des Kindergartens als Erziehungsinstitution und der damit verbundenen öffentlichen Rollenzuweisung der „geistigen Mütterlichkeit“ durch Friedrich Fröbel erhielt die Frauenbewegung entscheidenden Anstoß. In der ursprünglichen Bindung des Kindes an seine Mutter wurde das soziale und moralische Bewusstsein ausgebildet. Fröbel vereinte in der Idee des Kindergartens einen institutionellen Erziehungsansatz mit der mütterlichen Pädagogik. Er forderte die Beschäftigung von Frauen in der Kleinkindererziehung und schrieb dieser hohe sittliche Ideale zu. Als Erziehungsziel gab er eine neue gesellschaftliche Ordnung mit veränderten Sozialnormen, basierend auf der Mutter-Kind-Beziehung, aus.¹⁹² Die Frauen sollten ausgehend von ihren besonderen Fähigkeiten zur Erziehung selbst Weiterentwicklung erfahren. Fröbels Appell an die Frauen traf auf deren wachsendes Bewusstsein in patriotischer und staatsbürgerlicher Hinsicht. Der Beginn feministischer Aktivitäten verband sich so mit den Themen Mutterschaft, Familie und Gesellschaft. Die „geistige Mütterlichkeit“ brachte hier neues individuelles und gesellschaftliches Leben. Die Mutterrolle erfuhr eine positive Überzeichnung und wurde zum Modell öffentlicher Einflussnahme. Mütterlichkeit als wesentliche Empfindung und Zuschreibung der Frau ermöglichte es kinderlosen Frauen geistige Mütterlichkeit in der sozialen Arbeit auszuprägen. Infolge des Erfüllens und Übernehmens sozialer Pflichten bzw. Verantwortung beanspruchten Frauen nun ihre Gleichstellung mit den Männern. So diente Mütterlichkeit als Ausgangspunkt für den Kampf um Emanzipation. Fa-

¹⁹¹ Vgl. Allen 2000, 31.

miliäre Fürsorge und die Verantwortung für die Erhaltung und Stärkung des Judentums im privathäuslichen Bereich wurden auf die Gesellschaft übertragen. Zudem zielte die Wirkung geistiger Mütterlichkeit über die Stabilisierung des Judentums hinaus auf die Verbesserung der Stellung in der Mehrheitsgesellschaft.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts vermischte sich die traditionelle Vorstellung der jüdischen Frau mit dem bürgerlichen Frauenbild. Mit dem Aufstieg der Mehrheit der deutschen Juden in das mittlere und höhere Bürgertum im Kaiserreich wuchs auch deren Akkulturationswille an das deutsche Bürgertum. Bürgerliche Frauen vermittelten sozial und kulturell zwischen Familie und Gesellschaft. Dabei hatte die Kindererziehung dem Standard des deutschen Bürgertums zu entsprechen.¹⁹³ Obgleich jüdische Frauen durchschnittlich einen höheren Bildungsgrad als nicht-jüdische Frauen aufwiesen, verzichteten verheiratete in der Mehrzahl und häufiger als nicht-jüdische auf einen Beruf.¹⁹⁴

Unter Beibehaltung der Gruppenidentität bemühten sich die Juden um Integration in die Gesamtgesellschaft. Die Familie blieb dabei einerseits der Ort der Bewahrung jüdischer Identität, andererseits verbürgerlichten die Familien, so dass Judentum und Bürgertum hier verschmolzen. Im Zuge dieser säkularen Entwicklung veränderten sich die Geschlechterrollen von Mann und Frau: Beruf, Bildung und Besitz wurden zur Basis der Autorität des Ehemanns. Für Lebensstil, Kultur der Familie und die Persönlichkeitserziehung der Kinder sorgte allein die Mutter. Bürgerliche Ideale wurden auch vom Kleinbürgertum und ostjüdischen Familien aufgenommen.

In der Familie wurden die jüdischen Traditionen wahrscheinlich besonders von den Frauen fortgesetzt.¹⁹⁵ Frauen fungierten als Mittlerinnen zwischen Familie und Gesellschaft und waren um die Außenwirkung der Familie bemüht, wobei auch im jüdischen Leben der Lebensstil eine zunehmende Rolle spielte.¹⁹⁶ Frauen pflegten eine Vorliebe für deutsche Kultur und vermittelten diese ihren Kindern. Bildung, Intelligenz und moralische Werte waren wesentliche Ziele guter elterlicher Erziehung.

Die Juden sahen ihren Aufstieg und ihre Emanzipation als Folge ihrer „Selbstverbesserung“. Vornehmheit war für die meisten untrennbar mit Deutschtum verbunden. Aufgabe der Mütter war es, zu verhindern, dass ihre Kinder Verhaltensweisen entwickelten, die antisemitischen Zuschreibungen entsprachen.

¹⁹² Vgl. Allen 2000, 65.

¹⁹³ Vgl. Kaplan 1988, 161.

¹⁹⁴ Vgl. Plowinski 1991, 52.

¹⁹⁵ Vgl. Richarz, Brenner 2000, 79.

¹⁹⁶ Vgl. Kaplan 1992, 63.

Andererseits hatten Frauen die Traditionen zu erhalten: Faktoren und Aspekte, die der eigenen Religion, Kultur und Existenz entsprachen. Hierbei spielte die eigene Haltung zu religiösen, kulturellen Fragen und Praktiken die entscheidende Rolle. Die meisten jüdischen Familien erlebten die hohen jüdischen Feiertage gemeinsam, Religion und Familie bildeten für viele eine Einheit. Religiosität war bei Frauen offensichtlich stärker verinnerlicht.¹⁹⁷ Frauen der zweiten Generation gaben eher die Rituale auf. Männer lösten leichter ihre Bindung zum Judentum und schlossen Mischehen. Frauen blieben häufiger dem Familienverband verhaftet. Zugleich dienten die Familien auch als Schutzraum gegen eine teilweise feindselige Umgebung.

Jüdische Frauen spielten bei der Erhaltung der traditionellen Wohlfahrtsorganisationen eine wesentliche Rolle und dehnten mütterliche Kompetenzen in die Bereiche der Armenbetreuung, der Krankenpflege und der Schwangerenbetreuung der Gemeinde aus.¹⁹⁸

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen Jüdinnen steigenden Anteil an der sozialreformerischen Entwicklung der bürgerlichen Frauenbewegung. Der traditionell hohe Stellenwert der Wohltätigkeit im Judentum legte jüdischen Frauen die Sozial- und Wohlfahrtspflege als Betätigungsfelder nahe. Wegbereiterin hierfür war u. a. Henriette Goldschmidt, welche in Leipzig für „die Entwicklung einer humanen Gesellschaft ohne Rassen- und Klassenschranken“ eintrat.¹⁹⁹

Explosionsartig anwachsende soziale Probleme und politischer Legitimationsdruck legten die Beschäftigung von Frauen mit der Bearbeitung sozialer Probleme nahe. Frauen konnten so ihre Isolierung durchbrechen, sich außerhalb ihrer Lebenszusammenhänge bewegen und Sinn finden. Darüber hinaus gelang es ihnen, gesellschaftliche Anerkennung zu erwerben.

Jüdische Frauen vertraten im Kaiserreich die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung. Der erzielte Erfolg im Kampf um Bildungschancen, die Zulassung zu Gymnasium und Universität, nutzten besonders jüdische und unter diesen osteuropäische Frauen.²⁰⁰

Mit dem Bereich Wohltätigkeit widmeten sich Frauen des jüdischen Bürgertums einem wesentlichen Element jüdischer Religiosität. Dieses Feld ermöglichte den Zugang zu begrenzter Öffentlichkeit und entsprach bürgerlichen Normen. Die öffentliche Armenfürsorge der Gemeinden unterstand allerdings ausschließlich Männern.

In den Jahren des Kaiserreichs modifizierte sich die jüdische Frauenvereinsarbeit, zumal Spendenmittel stiegen und die Errichtung neuer Einrichtungen erlaubten. Die Frauenvereine

¹⁹⁷ Vgl. Kaplan 1992, 69 f.

¹⁹⁸ Vgl. Kaplan 1992, 71.

¹⁹⁹ Vgl. Dick, Sassberger 1992, 111.

²⁰⁰ Ausführlich dazu Hirsch 2006, 35 f.

nahmen sich vornehmlich Mädchen in Ausbildung, alleinstehenden arbeitenden Frauen und unehelichen Müttern an; sie kooperierten mit anderen jüdischen Institutionen.

Den ehrenamtlich tätigen Frauen vermittelte ihr Engagement Erfahrungen und Selbstbewusstsein. Ehe und Familie dominierten aber weiterhin das Selbstbild dieser Frauen. Die Frauenvereine bildeten den Kern der jüdischen Frauenbewegung, welche bürgerlich und gemäßigt war.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts definierten insbesondere bürgerliche jüdische Frauen ihre Identität nicht mehr vornehmlich über Mutterschaft, indem sie mehr Kontrolle über ihren Körper gewannen und Geburtenkontrolle praktizierten.²⁰¹ Dies ermöglichte Frauen das Heraustreten aus dem häuslichen Leben.

Die Ehe galt nicht mehr vordergründig als Versorgungsgemeinschaft, sondern es erfolgte eine Emotionalisierung des Verhältnisses der Ehepartner. Mütterlichkeit bedeutete weiter die Aufopferung für Mann und Kinder - die Mütterlichkeitsideologie diente der bürgerlichen Frauenbewegung als Strategie der Emanzipation.

Bereits die Verfassung von 1831 hatte die Geschlechtsvormundschaft der Frau aufgehoben, doch eine nachhaltige progressive Wendung blieb zunächst aus.

Seit 1835 wurden in Sachsen die Gleichheit aller Bürger und die Abschaffung aller Privilegien justiziabel. 1838 erhielten Frauen die volle Rechtsfähigkeit, und die Geschlechtsvormundschaft wurde aufgehoben, wovon die eheliche Vormundschaft bzw. die Vormundschaft der Väter über volljährige Töchter unberührt blieben.²⁰²

Im Zuge der bürgerlichen Revolution hatte bereits Louise Otto Peters²⁰³ im Jahre 1848 erstmals Persönlichkeitsrechte für Frauen, wie berufliche Selbständigkeit, Ehe- und Rechtsfähigkeit gefordert. Im Hinblick auf die Aufhebung der juristischen Unmündigkeit von Frauen erwies sich Sachsen im Gegensatz zu Preußen und anderen deutschen Territorien als vergleichsweise fortschrittlich.

Eine wichtige Aufgabe der sozialen Arbeit und ein elementares Frauenproblem waren uneheliche Geburten und deren Folgen. Im 19. Jahrhundert wurden ledige Mütter in den gesellschaftlich führenden Schichten verurteilt, in den Familien waren sie hingegen im allgemeinen akzeptiert. Allerdings wuchsen die Kinder dann bei weitläufiger mütterlicher oder väterlicher

²⁰¹ Vgl. Prestel 1998, 137 f.

²⁰² Vgl. Freiesleben 1842, 101.

²⁰³ Die Publizistin und Frauenrechtlerin Louise Otto-Peters (1819-1895) stand sowohl mit den führenden Männern der Revolution von 1848 als auch mit der deutsch-katholischen Gemeinde in Leipzig und dem Leipziger Arbeiterbildungsverein in engem Kontakt. Sie war die erste Vorsitzende des ADF und gab dessen Publikationsorgan heraus.

Verwandtschaft auf. In der Regel handelte es sich bei den Müttern um Angehörige der Unterschichten.

In den gutbürgerlichen „anständigen“ deutschen Familien des Kaiserreichs und des beginnenden 20. Jahrhunderts konnten ledige Müttern viel weniger auf Unterstützung rechnen. Meist distanzierten sich die Familien, weil sie das Bild eines vorbildlichen jüdischen Familienlebens durch die Frauen beschädigt sahen. In diesem Jahrhundert kamen uneheliche Geburten nicht mehr ausschließlich in Unterschichten vor.

In Leipzig überwogen uneheliche Geburten bei Dienstmädchen, die nur kurzfristig während der Messen beschäftigt wurden. Meist entzogen sich die Väter erfolgreich der Unterhaltszahlung.

Das Problem der „Unehelichkeit“ blieb auch nach dem einsetzenden Wandel in der Wahrnehmung und der Bewertung unter dem Einfluss der Frauenbewegung bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik hinein gesellschaftlich weitgehend tabuisiert beziehungsweise skandalisiert. Mütter und besonders Kinder sahen sich einer Stigmatisierung, die häufig Begriffe der Pathologie nutzte, ausgesetzt. Bürgerliche jüdische Kreise verstießen solche „gefallenen“ Mädchen in der Regel. So lagen die Wurzeln für die auffällig häufigen Verbrechen von Frauen gegen das Leben, die hauptsächlich in Kindestötungen bestanden, in der Regel in komplexen sozialen Notsituationen. Wegen solcher Straftaten waren 1859 in Sachsen 18 Prozent aller inhaftierten Frauen verurteilt.²⁰⁴

Während Frauen in der Privatwohltätigkeit keine Partizipationsprobleme erlebten, waren sie vom Armenamt in der traditionellen Armenfürsorge in Leipzig bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgeschlossen. War bis 1912 ihre ehrenamtliche und berufliche Beschäftigung in der Armen- und Waisenpflege, in Schulverwaltungen, in der Wohnungsinspektion, in der Jugendfürsorge, dem Arbeitsnachweis und der Trinkerfürsorge vielerorts eine Selbstverständlichkeit geworden,²⁰⁵ traf dies auf Leipzig nicht zu.²⁰⁶ Die männlichen Armenpfleger widersetzten sich zudem einer Beschäftigung von Frauen.

Der Zugang der Frauen zum Arbeitsfeld erfolgte auf dem Wege der sich parallel entwickelnden sozialen Arbeit als Frauenarbeit.²⁰⁷ Frauen eroberten sich damit zugleich ein Betätigungsfeld, in welchem sie benötigt wurden.

Gegen Verberuflichungs-Tendenzen sprach sich explizit Bertha Pappenheim aus. Sie kritisierte sowohl die einseitige Stigmatisierung von „abgeglittenen“ Mädchen als auch die Entwicklung der jüdischen Fürsorgetätigkeit als „disziplinierende Wohlfahrtspflege“. Ferner

²⁰⁴ Vgl. Freiesleben 1842, 12.

²⁰⁵ Vgl. Die Frau 20 (1912) 3, 189.

²⁰⁶ Vgl. Richarz 2000, 84.

beklagte sie den Einzug von Rationalisierung und, dass die Fürsorgearbeit von der Berufung zum Beruf und auch zum „Geschäft“ wurde. Sie beschwor das Opfer im Wohltun, in „Geistigkeit und Liebe“ gegen einen vermeintlich überhandnehmenden Materialismus der Wohlfahrtsarbeit.²⁰⁸

In Leipzig lag der Anteil von Frauen in der Armenpflege 1910 bei lediglich 2,2 Prozent. Seit der Jahrhundertwende versuchte die Armenbehörde in Anlehnung an die Praxis in anderen Kommunen gegen den Widerstand der Pfleger, Frauen in die Arbeit einzubeziehen.²⁰⁹ Auch die Leipziger Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins hatte im Dezember 1900 in einer Eingabe an den Stadtrat die ehrenamtliche Mitarbeit der Frauen gefordert. Die Distrikte bewegten sich allerdings in ihrer starr ablehnenden Haltung zu dieser Frage überhaupt nicht.

Die Frauenbewegung diskutierte die Soziale Frage. Die Vorstellungen von mütterlichen Pflichten und Kindererziehung wurden mit der Inanspruchnahme dieser Funktionen in der Gesellschaft verbunden.²¹⁰ Der Zugang zu den sozialen Problemen erfolgte aus einer eigenständigen weiblichen Kultur heraus.

Die deutsche Frauenbewegung bildete sich vor dem Hintergrund der bürgerlichen Revolutionen von 1848/49. Die industrielle Revolution im Deutschland des 19. Jahrhunderts führte zur sozialen Not unter den Arbeiterinnen und Dienstmädchen. Im März 1865 wurde im Haus Henriette Goldschmidts der Leipziger Frauenbildungsverein unter wesentlicher Beteiligung von Auguste Wilhelmine Schmidt und Louise Otto-Peters gegründet,²¹¹ der die Förderung der Frauenbildung zum Ziel hatte.²¹² August Bebel nahm an der Gründungsversammlung als Gast teil. Im Oktober 1865 fand der erste deutsche Frauenkongress in Leipzig statt, welcher zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenbundes führte und gesellschaftlich für die weibliche Berufstätigkeit und Frauenbildung wirksam wurde. Der ADF markierte den Beginn der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung. Ab 1866 gab er die „Neuen Bahnen“ heraus. Diese Frauenorganisation erhielt zunächst den Geist der 48er Revolution, besonders in ihrer engen Beziehung zur entstandenen demokratischen Arbeiterbewegung in Sachsen. In den späteren Jahren wurden allerdings mehr und mehr Kompromisse mit der bestehenden gesell-

²⁰⁷ Vgl. Backes 1987, 27.

²⁰⁸ Vgl. B. Pappenheim: Die weibliche Großstadtjugend. Rede, 29.10.1912, Frankfurter Gewerbeschule. In Heubach 1994, 47-51, 93 f.

²⁰⁹ Das Armenwesen warb sogar für die Einstellungen von Frauen unter der Kompromissformel, dass diese vorerst nicht stimmberechtigte „Gehilfinnen“ sein sollten. Vgl. Brandmann 1998, 84 f.

²¹⁰ Vgl. Allen 2000, 17 f.

²¹¹ Initiativ wirkte der von der fortschrittlichen amerikanischen Frauenbewegung inspirierte Hauptmann Korn, welcher die Allgemeine Frauenzeitschrift herausgab.

²¹² Der Verein errichtete im Oktober des Jahres die erste Fortbildungsschule für konfirmierte Mädchen.

schaftlichen Ordnung gemacht.²¹³ Sie wollte sich in ganz Deutschland verbreiten und Frauen aller Schichten erreichen. Nach der Reichsgründung war man bemüht, die Konfrontation von Feminismus und patriarchaler Gesellschaft zu beheben. Die Frauenbewegung erstrebte einen Platz in der zunehmend konservativen Gesellschaft, indem sich Frauen gegen soziale Nöte und Ungerechtigkeit einsetzten.

Die Generalversammlungen des ADF, welche in wechselnden deutschen Städten stattfanden, dienten zugleich der Neugründung von Frauenvereinen am jeweiligen Tagungsort. 1908 verfügte der ADF über 47 Zweigvereine und Ortsgruppen mit etwa 19 000 Mitgliedern.²¹⁴

Leipzig war nicht nur ein frühes Zentrum der Frauenbewegung, auch nach der Jahrhundertwende waren hier bedeutende Frauen aktiv. So gehörten etwa Käthe Windscheid²¹⁵ und Gertrud Dumstrey-Freytag dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, der von Helene Lang geleitet wurde, an. Beide setzten sich unermüdlich für die Betätigung von Frauen in der kommunalen Wohlfahrtspflege ein.²¹⁶

Der ADF setzte sich zunächst das Ziel, die zahlreichen Hindernisse bei den Bildungs- und Berufsausbildungsmöglichkeiten für Frauen zu beseitigen. Auguste Schmidt und Louise Otto-Peters gaben das genannte Vereinsorgan "Neue Bahnen" heraus. Nach Louise Ott-Peters übernahm Auguste Schmidt den Vorsitz des ADF. Zu deren bedeutendsten Schülerinnen zählte Clara Zetkin, die Begründerin der proletarischen Frauenbewegung.

1894 wurde der BDF als Dachverband der deutschen Frauenvereine in Berlin gegründet; der ADF war einer der wichtigsten Gründungsvereine. Der BDF wurde durch Richtungskonflikte zwischen den dominierenden Gemäßigten und der Minderheit Radikaler und Rechter (DEF) beeinflusst. Die Gemäßigten betonten positiv motiviert die sich ergänzende Geschlechterdifferenz und daraus abgeleitet die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme der Frauen. Konsens zwischen allen Vereinen herrschte hinsichtlich der Notwendigkeit einer Reformierung der Wohlfahrt - hierbei engagierten sich besonders Jüdinnen.

Erst 1908 wurden Frauen beispielsweise zum Universitätsstudium zugelassen. Der Beruf der Lehrerin wurde im Bürgertum für Frauen akzeptiert, da in der Lehrerschaft der Antisemitismus stark verbreitet war, blieben hier die Berufschancen für Jüdinnen aber gering. Jüdische Schulen wiederum bevorzugten generell männliches Personal. Als Ärztinnen hingegen hatten Jüdinnen die besten Berufsaussichten.

²¹³ Vgl. Wawrzyn 1998, 52.

²¹⁴ Vgl. Wawrzyn 1998, 49.

²¹⁵ Käthe Windscheid übernahm als Direktorin die seit Ostern 1894 durchgeführten Gymnasialkurse des ADF für Mädchen. Zuvor hatte sie in Heidelberg als erste Frau an einer deutschen Universität den Titel Dr. phil. erworben. Vgl. weiter Rothenburg 2003.

²¹⁶ Vgl. Die Frau 20 (1912) 3, 189.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich die Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern verstärkt; die sozialen, juristischen und politischen Unterschiede hatten merklich zugenommen. Blasius und Kocka vermuteten darin eine „defensive, von Männern dominierte Reaktion auf reale Egalisierungsansprüche der Frauen“.²¹⁷ Während des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts zog sich der Antifeminismus durch alle Schichten der männlichen Bevölkerung.²¹⁸

Frauen erlebten ihre rechtliche Benachteiligung im Vergleich zu den sich erweiternden Rechten und Teilnahmebedingungen der Männer, etwa beim gleichen Männerwahlrecht zum Reichstag von 1871. Jüdische Frauen sahen sich zudem der Diskriminierung und den antisemitischen Ressentiments der Umwelt ausgesetzt. Verschlechtert hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts insbesondere die Situation von Frauen des gehobenen Bürgertums.²¹⁹

Bis in die 1890er Jahre umfasste in Deutschland der Begriff „Frauenbewegung“ ein Spektrum, welches das Bemühen um Frauenrechte und die kulturelle reformerischen Anliegen einschloss, dann erst tauchte der Begriff des Feminismus auf, welcher von den Frauen nicht ohne weiteres übernommen wurde. Der Begriff des Feminismus wurde von den konservativen und gemäßigt liberalen Mitgliedern der bürgerlichen Frauenbewegung zur Abgrenzung von den radikalen Frauenrechtlerinnen gebraucht. Von deren Forderungen nach Gleichberechtigung und Stimmrecht distanzierte sich die bürgerliche Mehrheit der Frauenbewegung im Kaiserreich und betonte den weiblichen Beitrag zu Kultur und Gesellschaft. Sie unterstrich den biologisch determinierten Unterschied der Geschlechter und die Berufung der Frauen zur Mutterschaft.

Pappenheim stellte 1897 fest, dass sich jüdische Frauen und unter diesen besonders orthodoxe Frauen, kaum an der bestehenden Frauenbewegung beteiligten. Sie betonte die Areligiosität der Frauenbewegung, welcher es letztlich nur um eine Gleichwertigkeit der Frauen und ihre Rechte und Pflichten ginge. Hinsichtlich der Pflicht zur Wohltätigkeit vertrat Pappenheim die Auffassung, dass mit einem „vernünftigen, planmäßigen, zweckdienlichen Helfen“ sich die jüdischen Frauen auf die Frauenbewegung zubewegen würden. Für die gebildeten und begüterten Frauen erhob sie ein Wirken für die allgemeine Wohlfahrt zur Pflicht.²²⁰ Die Frauenfrage wurde als Teil der sozialen Frage aufgefasst.

²¹⁷ Kocka 1988, 207.

²¹⁸ Vgl. dazu weiter Volkov 2001, 77-80.

²¹⁹ In der Erziehung der höheren Töchter wurde nun besonderer Wert darauf gelegt, Wissen über die gesellschaftliche Entwicklung möglichst auszublenden.

²²⁰ Vgl. P. Berthold (B. Pappenheim): Frauenfrage und Frauenbewegung. In AZJ 61 (1897) 41. Nach: Heubach 1994, 9-12, 10 f.

Unter den jüdischen Frauen galt noch mehr als in der nicht-jüdischen Bevölkerung ein Beruf nur als Durchgangsstation zur Ehe. Hierbei wurde auch ein ernsthaftes Engagement vermieden. Unter jüdischen Frauen war körperlich anstrengende Arbeit verpönt, Haus- und Küchenarbeiten sowie Krankenpflege waren unbeliebt, im Gegensatz etwa zur Schneiderei, Putzmacherei, zum Ladendienst oder der Tätigkeit als Kindermädchen.²²¹

Seit dem Vormärz ließ sich auch in Leipzig ein Boom von Vereinsgründungen feststellen, wobei Frauen sich vornehmlich Wohltätigkeitsvereinen, welche sich dem Problem des Pauperismus widmeten, zuwandten. Religiös motivierte weibliche Wohltätigkeit war ausdrücklich erwünscht. Dies entsprach der Vorstellung von der weiblichen Berufung zu sozialem Tun. Frauen erschlossen sich so ein Handlungsfeld, in welchem sie selbständig aktiv werden konnten. Solange Frauen rechtlichen Beschränkungen unterworfen waren, mussten Männer die Rechtsfähigkeit von Frauenvereinen wahren. Der Ausschluss vom öffentlichen Leben und der Mangel an Beschäftigung führten zur religiös begründeten Ersatzarbeit.²²²

Pappenheim unterstrich die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit gegen Entpersönlichung und Kommerzialisierung durch Professionalisierung; für das Ehrenamt kamen nur verheiratete Frauen des gehobenen Mittelstandes oder Frauen, deren Besitz gesichert war, infrage.

Auch Salomon betonte, dass nur mittels Ehrenamt Gerechtigkeit und Menschenwürde durchgesetzt werden könnten. Für soziale Arbeit sollten Frauen aus gehobenen bürgerlichen Kreisen deshalb auf die Ehe verzichten.²²³

Die entstehenden jüdischen Frauenvereine arbeiteten mit anderen jüdischen Organisationen, konfessionellen und interkonfessionellen Verbänden zusammen. Vorwiegend übernahmen sie spezielle Aufgaben der Fürsorge, welche sich auf Frauen, Kinder und Familie orientierten.

Ehe und Familie blieben allerdings für die Frauen von zentraler Bedeutung.

Die Berufstätigkeit für bürgerliche Frauen und die Folgen der Mehrfachbelastung wurde in der Frauenbewegung stets diskutiert und Lebensbereiche verschiedenen Frauengruppen zugeordnet, so dass eine Trennung zwischen Ehefrau und Mutter einerseits und berufstätiger Frau andererseits entstand. Wie Maurer konstatierte, erkannte die gemäßigte Frauenbewegung die Bedeutung des Ökonomischen für die Entwicklung der Gesellschaft nicht.²²⁴

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Vereine Frauen die Möglichkeit boten, aus der Isolation des Hauses hervorzutreten und neue Beziehungen aufzunehmen. So konnten sie von der bür-

²²¹ Vgl. P. Berthold (B. Pappenheim): Frauenfrage und Frauenbewegung. In: AZJ 61 (1897) 41. Nach: Heubach 1994, 9-12, 11.

²²² Vgl. Blecher 1997, 186 ff.

²²³ Vgl. Backes 1987, 37.

²²⁴ Vgl. Maurer 2000, 258.

gerlichen Öffentlichkeit partizipieren, und in dieser ihre eigenen Interessen artikulieren und vertreten.

Ihr Arbeitsfeld umfasste vorrangig die sozialen Nöte der Frauen der Unterschichten. Die soziale und wirtschaftliche Situation dieser Frauen gestaltete sich äußerst instabil. Bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Alter und Verlust des Ehemannes drohte ihnen oftmals das Abgleiten in die Armenfürsorge. Kinderreichtum wirkte sich für alleinstehende Frauen besonders katastrophal aus.

Frauen waren damit besonderen Armutsrisiken ausgesetzt. Die Folgen schlugen sich in Prostitution, Verwahrlosung der Kinder, Kindersterblichkeit und der Armut von Frauen, besonders von unverheirateten, nieder.²²⁵

Frauenerwerbsarbeit war zudem schlecht bezahlt, unsicher und unattraktiv. Was Proletarierinnen durch ihre Arbeitstätigkeit an Abweichungen von der Frauenrolle zeigten, versuchten bürgerliche Frauen zudem zu kompensieren.

1.4.2 Anfänge und Entwicklung der jüdischen sozialen Frauenvereinstätigkeit

Jüdische Frauenwohltätigkeitsvereine entstanden seit der jüdischen Emanzipation. Die Motive der Vereinsgründungen waren verschiedene. Aufgrund der rechtlichen Stellung der Juden war Solidarisierung ein existentielles Erfordernis. Die Frauenvereine wirkten in geschlechtsspezifischen Aufgabenbereichen und wurden durch die Israelitische Religionsgemeinde unterstützt. Mit der Orientierung der Frauenvereine auf Frauenarbeit und Frauenbewegung verdrängte eine emanzipatorische Interessenpolitik die rein systemkonforme Liebestätigkeit. In den Vereinen pflegten und stärkten Frauen jüdische Traditionen und trugen zudem zur Etablierung des jüdischen Bürgertums bei. Die Wohlfahrtsinstitutionen und Vereine überhaupt wurden zu Instrumenten jüdischer Identität in Deutschland.²²⁶ Vereine ermöglichten besonders seit dem 19. Jahrhundert Öffentlichkeitswirksamkeit und trugen zur Herausbildung eines neuen Selbstbewusstseins bei.²²⁷

Das weibliche Vereinsengagement basierte auf der unter Juden stärker noch als im Protestantismus ausgeprägten Verpflichtung zu sozialer Fürsorge.²²⁸ Diese religiös und traditionell Frauen zugewiesene Aufgabe der Wohltätigkeit beförderte seit dem 19. Jahrhundert den

²²⁵ 1868 bestanden in Leipzig 52 Bordelle, die allerdings 1889 erstmalig vorübergehend per Gesetz geschlossen werden mussten. Später wurden sie allerdings wieder eingerichtet, so dass vor dem Ersten Weltkrieg wieder 52 existierten. Vgl. weiter Haustein 1997, 232.

²²⁶ Vgl. Kaplan 1992, 72.

²²⁷ Vgl. Grandner, Saurer 2005, 7.

²²⁸ Vgl. Frevert 1993, 108 f.

Zusammenschluss Gleichgesinnter in den Frauenvereinen. Jüdische Frauen der bürgerlichen Mittelschicht, besonders Ehefrauen, welchen die Rolle der Bewahrerin des Judentums von Sitte und Moral, nicht zuletzt im Hinblick auf die Erziehung der nachwachsenden Generation, zugeschrieben wurde, konnten sich so relativ problemlos eigen- und gemeinnützigen Vereinen anschließen. Jüdische Organisationen und Gemeinden versprachen sich von der Mitarbeit der Frauen positive Wirkungen auf das jüdische Leben und eine Stärkung des jüdischen Bewusstseins. Darüber hinaus sollten Frauen entsprechend den ihnen zugeschriebenen weiblichen Eigenschaften zur Abschwächung der Gegensätze der verschiedenen Richtungen des Judentums beitragen. So beteiligten sich Frauen auch in Leipzig im Rahmen der Vereinsarbeit an der Bearbeitung sozialer Aufgaben.

Neben der wichtigsten Aufgabebeschreibung an Frauen, die Jugend im jüdischen Sinne je nach ideologischer Ausrichtung zu erziehen, kam es bürgerlichen Frauen auch zu, Sozial- und Erziehungsarbeit an den aus Osteuropa zugewanderten jüdische Frauen und Mädchen zu leisten. Im Rahmen von Vereinsaktivitäten konnten Frauen ihren Aktionsradius über ihren engeren Lebens- und Wirkungskreis hinaus erweitern, aktiv in der Kultusgemeinde in Erscheinung treten und Einfluss nehmen sowie informelle Kontakte zu gleichgesinnten Frauen pflegen.²²⁹

Zu den selbstständigen Stiftungen gehörte die Israelitische Darlehenskasse für Frauen und Jungfrauen, welche in der Ferdinand-Rhode-Straße ihren Sitz hatte und von Jacob Nachrod 1875 gegründet wurde. Dieser übernahm lange Zeit zugleich den Vorsitz und die Kassenführung. Henriette Goldschmidt amtierte als stellvertretende Vorsitzende, später als Vorsitzende der Kasse.²³⁰

Das Vermögen belief sich 1911 auf 55.484,70 Mark; Einnahmen wurden in Höhe von 3.324 Mark verzeichnet, die Ausgaben auf 3.300 Mark. In vierzehn Fällen wurden zum Aufbau einer wirtschaftlich selbständigen Existenz zinsfreie Darlehen an arbeitsfähige aber mittellose jüdische Mädchen und Frauen vergeben.²³¹

Als einer der ersten Vereine entstand 1853 der Israelitische Frauenverein. Etwa zeitgleich wurden in den Stadtbezirken Leipzigs aus dem liberal-konservativen Bürgertum nicht-jüdische Frauenvereine in Neuschönefeld (1850), in Thonberg und Neureudnitz (1859), in Eutritzsch (1853) und in Lindenau (1863) gegründet. Diese definierten ihre Aufgabe in erster Linie in der Linderung der Not von Frauen und Kindern.²³²

²²⁹ Vgl. Huber-Sperl 2002 b, 41.

²³⁰ Vgl. Nachrod war bis 1911 Vorsitzender und Kassenführer. Vgl. weiter in StAL Armenamt AFSA 1914, 46.

²³¹ Vgl. HbjGW 20 (1911), 142.

²³² Das genaue Gründungsjahr lässt sich nicht ermitteln. Vgl. Anm. 1.

Der Israelitische Frauenverein trug zunächst wahrscheinlich den Namen „Ruth“.²³³ Im August legte Hermann Meier, Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde dem Stadtrat einen Statutenentwurf vor. Der Verein sollte als juristische Person anerkannt werden, um Vermögensrechte erwerben zu können.²³⁴ Das Ministerium des Inneren genehmigte im März 1861 die Statuten. Der Israelitischen Religionsgemeinde gehörten zum Zeitpunkt seiner Gründung ca. 300 wirtschaftlich gut situierte Mitglieder an. Sozialer Unterstützungsbedarf innerhalb der Gemeinde bestand kaum; verpflichtend war allerdings die Fürsorge für Hilfesuchende, die sich nur vorübergehend in der Stadt aufhielten. Hauptsächlich waren dies Messejuden, die in Notsituationen auf die Hilfe ihrer Glaubensbrüder und -schwestern angewiesen waren. Als Hauptaufgabe des Vereins, der sich auf den „Wohltätigkeitssinn der jüdischen Frau“ berief, galt es daher zunächst, durchreisenden armen Juden in jeglicher Notsituation beizustehen.²³⁵

Die von Reinke konstatierte allgemeine Entwicklungstendenz im Vereinswesen, die darin bestand, dass im 19. Jahrhundert die jüdischen Vereine im Gegensatz zu früheren Gründungen umfassendere Ziele verfolgten, sich in ihren Aufgaben spezialisierten und differenzierten, traf somit für den Leipziger Israelitischen Frauenverein nicht zu.²³⁶

Zwischen Verein und Gemeinde bestand von Beginn an eine enge Verbindung und Zusammenarbeit. Beispielsweise arbeiteten Gemeinde und Verein in den Kommissionen für Armen- und Begräbniswesen zusammen. Die Israelitische Religionsgemeinde unterstützte und forderte das soziale Engagement der Frauen, um von diesem zu profitieren.

Für den Israelitischen Frauenverein ließen sich eine Reihe von Mitgliedern des Vorstandes ermitteln. Als erste Obervorsteherin²³⁷ wurde für 1860 die Kaufmannsehefrau Bertha Oppenheimer, die sich auch im interkonfessionellen Bereich Verdienste erwarb,²³⁸ genannt. Sie blieb bis zu ihrem Tode im Juni 1880 Obervorsteherin.²³⁹ Vorsteherinnen waren mit Linna Marx und Eva Schapira weitere Ehefrauen von Kaufleuten.²⁴⁰

Laut Paragraph 3 der Vereinsstatuten von 1861 konnten sowohl verheiratete als auch unverheiratete Frauen Mitglieder werden „als nicht der Ehemann, beziehentlich bei unselbstständigen Mädchen, der Vater oder Vormund, seine Zustimmung zum ferneren Verbleib [...] im Verein verweigert, solchen Falls das betreffende Mitglied auszuscheiden hat“. Der jährliche Mitgliedsbeitrag belief sich lt. Paragraph 4 der Statuten auf mindestens 2 Taler. Das differen-

²³³ Vgl. Diamant 1993, 285.

²³⁴ Vgl. Blecher 1997, 198 f.

²³⁵ Vgl. GBIRG 4 (1928) 10, 1.

²³⁶ Vgl. Reinke 2000, 212. und zum Israelitischen Frauenverein Kap. 1.2.3.

²³⁷ Der Titel der Obervorsteherin wurde bis 1920 beibehalten.

²³⁸ Sie galt als eine ‚Dame hoher Orden‘. Vgl. GBIRG 4 (1928) 10, 2 und Cohn 1928, 2. Das interkonfessionelle Engagement Oppenheimers ließ sich nicht spezifizieren.

²³⁹ Vgl. SStAL AG Leipzig, GuR 87 (16654), p 30.

zierte Aufgabenspektrum des Vereins verdeutlichte den wachsenden sozialen Hilfebedarf innerhalb der expandierenden Gemeinde. So fixierte beispielsweise Paragraph 1 die Unterstützung von Wöchnerinnen und Kranken sowie von hilfsbedürftigen Frauen und Mädchen, außerdem „tätige Hilfeleistung bei Krankheit und Unglücksfällen“ und „Trostspende in den trüben Schickungen des Lebens“. Die Unterstützung galt nach Paragraph 2 vorrangig den „der hiesigen jüdischen Gemeinde angehörigen Personen weiblichen Geschlechts“, richtete sich aber auch an „sich hier aufhaltende oder hier durchreisende Frauen und Mädchen jüdischen Glaubens“.

Konkrete Hilfen, die Paragraph 16 regelte, bezogen sich auf den Bereich der gesundheitlichen Versorgung. Bedürftige Kranke konnten ärztliche Behandlung, Medikamente und Nahrungsmittel erhalten und wurden gegebenenfalls im Hospital untergebracht. Darüber hinaus bestanden Möglichkeiten der Familienpflege. Um einer Zerrüttung von Familien vorzubeugen, wenn zeitweilig die Mutter fehlte, konnte mit der Familie der Einsatz einer bezahlten Hilfskraft zur Erledigung notwendiger Arbeiten vereinbart werden.

Der Verein unterstützte darüber hinaus Schwangere und Wöchnerinnen. Arme Frauen konnten während der Schwangerschaft materielle Hilfen und nach der Entbindung die Erstausrüstung für das Kind erhalten, mittellosen und „unbescholtenen“ Frauen wurde gemäß der Tradition die Brautausstattung gewährt.

Elternlose Kinder versuchte der Verein in jüdischen Pflegefamilien unterzubringen. Ebenfalls in präventiver Absicht erfolgte die Übernahme von Schulgeld für bedürftige Waisen. Nach ihrer Ausbildung wurden diese weiterhin durch Arbeitsvermittlung unterstützt.

Mit den Hilfen bei Todesfällen wurde eine weitere Tradition aufgegriffen: Im Bedarfsfall fertigten die Frauen die Totenkleidung an, die Hinterbliebenen wurden bei der Organisation der Beerdigung unterstützt und der Verein übernahm das letzte Geleit.²⁴¹

Gemeindefremden Durchreisenden wurde vorrangig im Krankheitsfall geholfen, vorausgesetzt eine schriftliche Befürwortung durch den Gemeindefürsorgebeamten lag vor.

Der Obervorsteherin stand dazu ein Betrag von fünf Talern zur freien Verfügung, höhere Ausgaben bedurften der Absprache mit den Vorsteherinnen. Allerdings durfte nach Paragraph 17 keinesfalls die „Summe der für Fremde zu gewährenden Unterstützung den dritten Teil der Einnahme übersteigen [...]“.²⁴²

1873 gehörten dem Verein 135 Mitglieder an, das Jahreseinkommen belief sich auf 472 Taler 8 Neugroschen. Darüber hinaus verfügte der Verein über ein Vermögen von 4.950 Talern und

²⁴⁰ Vgl. SStAL AG Leipzig, GuR 87, 16 und Blecher 1997, 200.

²⁴¹ Vgl. SStAL, AG Leipzig, GuR 87 (16654), 11-13.

²⁴² SStAL AG Leipzig, GuR 87, 13.

eine Reihe von Stiftungen, wie die Brautkasse für arme Bräute, jeweils eine Stiftung für bedürftige Waisenmädchen, für hilfsbedürftige jüdische Frauen und für jüdische Wöchnerinnen.²⁴³

Der Vereinsvorstand, welcher aus der Obervorsteherin, drei Vorsteherinnen und einem Ausschuss von zehn Mitgliedern bestand, wurde von den Mitgliedern des Vereins alle drei Jahre neu gewählt.

Die Obervorsteherin musste eine im juristischen Sinne selbständige Person sein oder von einem Mann vertreten werden. Während die Obervorsteherin bzw. deren männlicher Vertreter den Verein nach außen und damit besonders den kommunalen Behörden gegenüber vertrat, die Vereinsversammlung leitete und die finanzielle Verwaltung verantwortete, leisteten die Vorsteherinnen die praktische Arbeit im Aufsuchen armer Familien und der Organisation der Betreuung und Pflege der Kinder. Nahmen die Unterstützungsfälle überhand, wurden weitere Vereinsmitglieder zur Mithilfe herangezogen. Den vom Vorstand übertragenen Aufgaben konnten sich die Mitglieder nach Paragraph 5 nicht entziehen.

Jährlich im November wurde während der Mitgliederversammlung der Rechenschaftsbericht vorgelegt bzw. an die Mitglieder ausgehändigt. Die Einnahmen des Vereins beliefen sich auf die Mitgliedsbeiträge, auf Beträge, die durch Sammlungen bei Hochzeiten und Beschneidungen aufgebracht wurden, außerdem auf Spenden und Gewinne aus Verlosungen sowie Zinsen aus Vereinsvermögen, d.h. aus Stiftungen, Ersparnissen, Schenkungen. Um Stiftungen erwerben zu können, hatte der Verein den Status einer juristischen Person erlangt. Die Statuten legten folgendes fest: „Die werbenden Capitalien [sic] sind in 4 ½ % Staatspapieren anzulegen und bei der Leipziger Bank niederzulegen.“²⁴⁴

Regelmäßig verteilte der Frauenverein in der Synagoge Spenden an Arme. Nach der Reichsgründung, konkret seit 1880, konzentrierte der Verein seine Aufgaben auf die Hilfe für bedürftige jüdische Frauen und Mädchen.²⁴⁵ Die Nachfolge von Bertha Oppenheim als Obervorsteherin trat 1880 Fanny Finkelstein an, zur Vorsteherin im gleichen Jahr wurde Malwine Meyer gewählt.

Seit 1880 setzte sich eine Spezialisierung der Aufgaben durch, insbesondere die Hilfe für bedürftige jüdische Frauen und Mädchen in Form der Finanzierung von Arztbesuchen, Medikamenten, Badereisen und Berufsausbildung.²⁴⁶

1886 belief sich das Vereinsvermögen bereits auf 22.288 Mark und war damit in dreizehn Jahren um das Viereinhalbfache gewachsen. Das Vermögen aus Stiftungen für bedürftige

²⁴³ Vgl. dazu Cohn 1928, 1

²⁴⁴ SStAL, AG Leipzig, GuR 87 (16654), 13.

²⁴⁵ Vgl. AZJ 77 (1913) 25, Beilage, 2., 2.

verwaiste Mädchen, arme Frauen und Wöchnerinnen sowie für die Brautausstattung hatte sich ebenfalls vermehrt.²⁴⁷ Das größte Vermögen bestand im Stiftungsvermögen von 5.971 Mark der Clara-Stiftung für die Aussteuer verwaister jüdischer Mädchen und von 5.848 Mark der Sidonie-Willy- Stiftung für arme jüdische Wöchnerinnen.²⁴⁸

Im Januar 1886 übernahm Malwine Meyer, welche durch ihren Ehemann Georg Meyer rechtlich vertreten werden musste, bis 1895 das Amt der Obervorsteherin. Fanny Finkelstein zog sich ganz aus dem Vorstand zurück, in den Mathilde Goldschmidt-Bon neu gewählt wurde.²⁴⁹ Eleonore Fränkel blieb Vorsteherin bis zu ihrem Tod im Spätsommer 1889, dann trat Henriette Magnus an ihre Stelle.²⁵⁰

Im späteren Rückblick auf die Entwicklung des Vereins legte Else Cohn, Frau des liberalen Gemeinderabbiners Gustav Cohn, 1928 dar, dass anfangs ein Unterstützungsverein, der vom Frauenverein finanziell subventioniert wurde, die praktische Wohlfahrtsaufgaben erledigte. Seit 1891 habe dann die Gemeindefürsorge die Aufgaben dieses Unterstützungsvereins übernommen. Dennoch sei der Unterstützungsverein bis 1897 jährlich weiter mit 1.000 Mark, danach mit 500 Mark durch den durch Israelitischen Frauenverein bezuschusst worden.²⁵¹

1895 übernahm Mathilde Goldschmidt-Bon das Amt der Obervorsteherin. Neben Henriette Magnus kam als neue Vorsteherin Malwine Meyer in die Vereinsspitze.

Goldschmidt-Bon leitete den Verein für die kommenden fünfundzwanzig Jahre, so dass lediglich die Vorsteherinnen wechselten und von einer kontinuierlichen Vereinsführung gesprochen werden kann. Später spielte Goldschmidt-Bon auch eine wesentliche Rolle in der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes.²⁵² In dieser Zeit, da sich die Gemeinde durch die verstärkte Zuwanderung vergrößerte und neue soziale Probleme entstanden, ergaben sich für den Verein neue Aufgaben, die nach veränderten Angeboten verlangten. Innerhalb der Gemeinde wurde die Lösung in einer Arbeitsteilung im Bereich der Wohlfahrtspflege, konkret in der Gründung neuer Vereine, die sich an speziellen Einzelaufgaben orientieren, gesehen. So entstand beispielsweise die Darlehenskasse für jüdische Frauen und Jungfrauen des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes.

Die Generalversammlung des Israelitischen Frauenvereins fasste am 27. November 1896 den Beschluss über die Satzungsänderung im Ersten Kapitel Paragraph 2 zum Zweck des Vereins,

²⁴⁶ Vgl. dazu Bach 140; Höppner, Jahn 23.

²⁴⁷ Die Clara-, Johann-, Sidonien-Willy- sowie die Carolinen- und Alwinen-Stiftung und die sogenannte Brautkasse beliefen sich zusammen auf 12.101 Mark. Vgl. dazu weiter Blecher 1997, 200.

²⁴⁸ Vgl. Blecher 1997, 200.

²⁴⁹ Vgl. SStAL PP-V 4560, SStAL, AG Leipzig, GuR 87 (16654), GBIRG 4 (1928) 10, 2.

²⁵⁰ Vgl. SStAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 3.

²⁵¹ Vgl. dazu Cohn 1928, 1

die am 1. Januar 1897 in Kraft trat. Dieser beinhaltete die Fürsorge für hilfsbedürftige Israelitinnen, die im Bezirk der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig wohnten. Hilfsangebote bezogen sich auf Krankheitsfälle und Siechtum, darüber hinaus auf Schul- und Berufsausbildung sowie den Eintritt ins Berufsleben und die Brautausstattung. In Paragraph 2 d) wurde allgemein die Unterstützung in Bedarfs- und Unglücksfällen als Aufgabe formuliert. Gemeindefremde Frauen und Mädchen sollten zu Lasten des Vereins in Krankenhaus oder Hospital versorgt werden, falls sie nicht transportfähig wären.²⁵³ Im Gegensatz zur Satzung von 1861 erfolgte keine Fixierung der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen, Hilfen für nicht der Gemeinde angehörende Frauen und Mädchen wurden nur noch „in besonderen Fällen“ gewährt.²⁵⁴

Der Mitgliedsbeitrag wurde auf jährlich sechs Mark bzw. eine Einmalzahlung von 30 Mark festgesetzt. Zudem wurden aus dem um zwei Personen erweiterten Ausschuss von nunmehr zwölf Frauen zwei Rechnungsprüferinnen bestimmt. Im November 1899 trat die bereits erwähnte Rabbinerehefrau Rosa Porges, eine wie Mathilde Goldschmidt-Bon im Bereich der jüdischen Wohlfahrtspflege Leipzigs herausragende Person, das Amt einer Vorsteherin an. Sie ersetzte die aus Leipzig weggezogene Henriette Magnus.²⁵⁵ Zum Vorstand gehörte als weitere Vorsteherin außerdem Fanny Oppenheimer, welche durch ihren männlichen Vormund, den Kaufmann Louis Goldschmidt, vertreten wurde.²⁵⁶

Else Cohn konstatierte anlässlich des 75jährigen Bestehens des Israelitischen Frauenvereins, dass die Leipziger jüdische Gemeinde nur wenig Traditionen besaß und diese im Israelitischen Frauenverein als „ein Stück Alt-Leipziger jüdische Geschichte“ verkörpert waren.²⁵⁷

1904 gehörten dem Verein 294 Frauen an. Die Einnahmen betragen im gleichen Jahr 8.592,27 Mark, die Ausgaben 7.975, 30 Mark. Darüber hinaus verfügte der Verein über einen Fonds im Nominalwert von beachtlichen 26.505 Mark.²⁵⁸

1907 standen Mathilde Goldschmidt, Fanny Oppenheimer sowie Rosa Porges dem Verein, der 325 Mitglieder verzeichnete, vor. In diesem Jahr verfügte der Verein über ein Vermögen von 27 000 Mark, die Einnahmen beliefen sich auf 7.404 Mark, die Ausgaben auf 7.308, 38 Mark.

²⁵² Vgl. dazu SStal AG Leipzig, GuR 87 (16654), p 5. Mathilde Goldschmidt, geb. Bon (1840 in Mühlhausen /Thüringen - 1922 Leipzig).

²⁵³ Vgl. SStal AG Leipzig, GuR 87 (16654), 89f.

²⁵⁴ Vgl. dazu SStal AG Leipzig, GuR 87 (16654), 62.

²⁵⁵ Vgl. dazu auch SStal PP-V 4560, AG Leipzig, GuR 87 (16654), 94.

²⁵⁶ Vgl. SStal PP-V 4560.

²⁵⁷ GBIRG 4 (1928) 10, 2. Elsbeth Cohn leitete von 1936 bis zu ihrer Auswanderung 1938 als Vorsitzende selbst die Geschicke des Vereins.

²⁵⁸ Die Wohlfahrtseinrichtungen 1905, 48.

Der Verein verwaltete 1907 die folgenden Stiftungen und Vermögen:²⁵⁹

Stiftung	Vermögen in Mark	Einnahmen in Mark	Ausgaben in Mark
1. Henriette Goldschmidt Stiftung	14.100	1.520,75	725
2. Brautkasse für arme jüdische Bräute	2.550	206	130
3. Clara Stiftung zur Aussteuer für arme verwaiste jüdische Mädchen	6.450	817,11	288
4. Johanna Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	1.500	52,50	52,50
5. Sidonie und Willy Stiftung für arme jüdische Wöchnerinnen	7.300	357,73	234,50
6. Carolinen Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	2.800	102,07	100
7. Alwine Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	5.200	256,85	186,85
8. Rosalie Meyer Stiftung	2.000	60	60
9. Malwine Meyer Stiftung	1.000	41,50	41,50
10. Jacob Plaut Stiftung	11.500	347,50	347,50
11. Therese Kaufmann Stiftung	1.000	45	30
12. Betti Benschler Stiftung	2.000	70	70

²⁵⁹ Vgl. HbjGW 18 (1907) 122.

1909 hatte sich weder am Vorstand noch an Vermögen oder Mitgliedern etwas geändert und der Verein verfügte in diesem Jahr über folgende Stiftungen:²⁶⁰

Stiftung	Vermögen in Mark
1. Brautkasse für arme jüdische Bräute	2.550
2. Clara Stiftung zur Aussteuer für arme verwaiste jüdische Mädchen	6.450
3. Johanna Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	1.500
4. Sidonie und Willy Stiftung für arme jüdische Wöchnerinnen	7.300
5. Carolinen Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	2.800
6. Alwine Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	5.200
7. Rosalie Meyer Stiftung des Frauenvereins	2.000
8. Malwine Meyer Stiftung	1.000
9. Jacob Plaut Stiftung	1.000
10. Therese Kaufmann Stiftung	1.000
11. Betti Benscher Stiftung	2.000
12. Mathilde Goldschmidt-Bon Stiftung	1.000
13. Johanna Heine Stiftung	1.000

Unabhängig vom Israelitischen Frauenverein existierte eine Reihe von weiteren Stiftungen zugunsten jüdischer Frauen in Leipzig.²⁶¹

1911 zählte der Verein 345 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von 28.000 Mark; die Einnahmen beliefen sich auf 9.783,60 Mark, die Ausgaben auf 8.869,40 Mark.²⁶²

²⁶⁰ Vgl. HbjGW 19 (1909) 131.

²⁶¹ Vgl. Wustmann 2002, 206 ff.

²⁶² Vgl. HbjGW 20 (1911), 142.

In weitgehender Kontinuität verfügte der Verein 1911 über folgende 14 Stiftungen:²⁶³

Stiftung	Vermögen in Mark
1. Brautkasse für arme jüdische Bräute	2.550
2. Clara Stiftung zur Aussteuer armer verwaister jüdischer Mädchen	6.450
3. Johanna Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	1.500
4. Sidonie und Willy Stiftung für arme jüdische Wöchnerinnen	7.300
5. Caroline Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	2.800
6. Alwine Stiftung für hilfsbedürftige jüdische Frauen	5.200
7. Rosalie Meyer Stiftung	2.000
8. Malwine Meyer Stiftung	1.000
9. Jacob Plaut Stiftung	11.500
10. Therese Kaufmann Stiftung	2.000
11. Betti Beuscher Stiftung	2.000
12. Mathilde Goldschmidt-Bon Stiftung	2.000
13. Johanna Heine Stiftung	1.000
14. Joachim und Blume Garfunkel Stiftung	1.000

Die Aufgaben des Vereins bestanden vornehmlich in Hilfen bei schweren Krankheiten und in der Wöchnerinnenbetreuung. Unterstützung erhielten auch Frauen und Mädchen in Hinblick auf die berufliche Ausbildung, auf die Brautausstattung sowie in Unglücks- und anderweitigen Bedarfsfällen. 1913 hatten sich an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Vereins kaum etwas geändert.²⁶⁴

1913 stieg das Vermögen leicht an, Einnahmen und Ausgaben sanken hingegen etwas. So belief sich das Vermögen auf 28.305 Mark, die Einnahmen auf 7.925 Mark, die Ausgaben auf 8.701 Mark. Die Mitgliederzahl ging gering zurück.²⁶⁵ Auch 1913 hatte sich am Stiftungsvermögen kaum etwas geändert.²⁶⁶

Häufig organisierten sich die Vorstandsfrauen gleichzeitig im Israelitischen Frauenverein und in männlich dominierten Wohltätigkeitsvereinen der Gemeinde, so etwa im 1896 gegründeten

²⁶³ Vgl. HbjGW 20 (1911), 143.

²⁶⁴ Die Einnahmen beliefen sich auf 8444,13 M, die Ausgaben auf 8351,33 M und es bestand ein Vermögen von 28.305 Mark. Vgl. StAL Akten über den Zusammenschluss der Frauenvereine, April 1913 - Juni 1921, AFSA 1913, 85 a.

²⁶⁵ Vgl. HbjGW 21 (1913), 160.

²⁶⁶ Vgl. HbjGW 20 (1911), 143.

Israelitischen Wohltätigkeitsverein. Dieser betrieb ein Altersheim, einen Kinderhort, in dem schulpflichtige Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren betreut wurden, eine Volksspeiseanstalt und die Solbadkolonie in Dürrenberg.

So wirkte beispielsweise Rosa Porges²⁶⁷, welche mindestens seit 1905 bis in ihr Sterbejahr 1911 Vorsteherin des Israelitischen Frauenvereins war²⁶⁸, auch als Mitglied des Kuratoriums und des Vorstandes des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins.²⁶⁹ Die nach ihrem Tode eingerichtete Stiftung trug überhaupt erst dazu bei, dass der Israelitische Wohltätigkeitsverein in Dürrenberg, in der Nähe des Gradierwerkes, sein Kinderheim einrichten konnte.²⁷⁰

Der 1904 von Rosa Kühnreich gegründete Frauenverein „Ruth“ verzeichnete 1911 272 Mitglieder.²⁷¹ Diese Vereinsgründung führte dazu, dass die Pflege von Wöchnerinnen als Spezialaufgabe aus den Aufgaben des Israelitischen Frauenvereins ausgegliedert wurde. Der neu gegründete Verein, welcher orthodox orientierten Frauen eine Plattform gab, nannte sich nach der Stammutter der Könige von Israel, die einst als Fremde und Bettlerin nach Bethlehem gekommen war.²⁷²

Adressatinnen der Hilfen waren ostjüdische Frauen, welche auf diese angewiesen, aber den „Leipziger Juden fremd blieben“ und „nur vereinzelt den hier bestehenden Wohltätigkeitsvereinen beitraten“.²⁷³

Da der Unterstützungsbedarf durchreisender sowie ansässiger armer und kranker Frauen die Leistungsfähigkeit des Israelitischen Frauenvereins überforderte, übernahm die entstehende jüdische Großgemeinde schließlich einen Teil der Aufgaben und förderte die Gründung des neuen Frauenvereins „Ruth“. Dieser Verein setzte sich zum Ziel, jede Jüdin als Mitglied zu gewinnen. Die Monatsbeiträge waren entsprechend kleine, um „selbst bei bescheidenen Verhältnissen“ eine Mitgliedschaft zu ermöglichen. Darüber hinaus sollten die Mitglieder selbst bei Bedarf aus den Mitteln des Vereins unterstützt werden. Im Ergebnis der Vereinsarbeit wuchsen Selbstbewusstsein und Verwurzelung der Frauen in der Gemeinschaft. Zum ersten

²⁶⁷ Der liberale Rabbiner Dr. Nathan Porges war Vorstandsmitglied der 1898 gegründeten Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands. Vgl. HbjGW 20(1911) XII. Zudem war er Vorsitzender des Leipziger Vereins für jüdische Geschichte und Literatur, Vorstandsmitglied der 1881 ins Leben gerufenen Mendelssohn-Stiftung für Universitäts- und Kunststudenten. Vgl. HbjGW 20 (1911) 20, 143 sowie 18 (1909) 131. Innerhalb der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde leitete er den Ausschuss für Kultus und arbeitete als Schuldirektor. Vgl. HbjGW 20 (1911), 141 und 21 (1913) XV.

²⁶⁸ Die Mitgliedschaft im Israelitischen Frauenverein lässt sich seit 1899 nachweisen. Vgl. SStal AG Leipzig GuR 87 (16654), p 6 f. Zur Vorstandstätigkeit, vgl. GIRG 4 (1928) 10,2.

²⁶⁹ Im Detail verzeichnen sie die Quellen 1905 als Kuratoriums, 1905 und 1907 als Vorstandsmitglied. Vgl. SStal PP-V 41.

²⁷⁰ Am 1. Juni 1931 nahm das Kinderheim seine Arbeit auf. Die Rosa-Porges- und der Alfons-Jacobson-Stiftungen stellten die finanziellen Mittel zur Verfügung. Vgl. AZJ 77 (1913) 25, Beilage, 2.

²⁷¹ Vgl. HbjGW 20 (1911), 143.

²⁷² Vgl. dazu GIRG 4 (1929) 8, 3.

²⁷³ Anna Neumann zum Rückblick auf 25 Jahre Vereinsgeschichte. In: GBIRG 5 (1929) 8, 3.

Vorstand gehörten - laut Neumann - Regina Pfefferblüth²⁷⁴, Helene Neugasser²⁷⁵ und Pepi Dubiner²⁷⁶. Als hervorragendste Persönlichkeit des Vereins wurde Ernestine Bartfeld genannt.²⁷⁷ Die finanzielle Basis der Vereinsarbeit bildeten Mitgliedsbeiträge sowie Zuwendungen der Israelitischen Religionsgemeinde und des Israelitischen Frauenvereins.

Der Israelitische Spar- und Versicherungsvereins für schulentlassene Mädchen gab sich im Februar 1908 eine Satzung.²⁷⁸ Er übernahm ebenfalls ein früheres Arbeitsgebiet des Israelitischen Frauenvereins, indem er sich zum Ziel setzte, „israelitische Mädchen nach ihrer Entlassung aus der Schule mit Rat und Tat insbesondere durch Gewährung von Beihilfen“ zu unterstützen, darüber hinaus ihre weitere Ausbildung zu fördern und sie „erwerbsfähig zu machen“.²⁷⁹ Der Verein verhalf Mädchen zum Besuch einer Haushaltsschule bzw. zur Qualifikation im Maschineschreiben oder vermittelte sie in die Ausbildungen zu Näherinnen und Putzmacherinnen.²⁸⁰

Zum Vorstand des Vereins gehörten neben der Vorsitzenden Julie Blumenthal²⁸¹, Clara Blumenthal²⁸², Lucy Neugass, Bertha Levy²⁸³ und Rosa Tschopik. Die Hauptversammlung des Vereins fand in einem Geschäftslokal am Neumarkt 40 statt.

Das Wirken des Frauenvereins „Ruth“ und des Israelitischen Spar- und Versicherungsvereins für schulentlassene Mädchen bezog sich zum einen vornehmlich auf die Gesundheitsfürsorge für Mütter und Kleinkinder, zum anderen auf Prävention von Gefährdungen junger Mädchen mittels Berufsausbildung. Zeittypisch wirkten auch in Leipzig in den jüdischen Frauenvereinen ehrenamtlich tätige verheiratete bürgerliche Frauen, die bezahlte Kräfte für bestimmte

²⁷⁴ Regina Pfefferblüth, Ehefrau des Kaufmanns Moritz Pfefferblüth (1873-1929), besaß wahrscheinlich nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. (Wählerliste Israel. Religionsgemeinde 1924, o.S.). Sie engagierte sich zudem im Krankenunterstützungsvereins Bikur Cholim. 1915 lehnte sie die Wiederwahl als Vorsitzende dieses Vereins ab. Vgl. SStal PP-V 412.

²⁷⁵ Helene Neugasser wurde am 21.10.1870 in Krakau geboren. (SStal PP-V 4560) Sie war die Ehefrau des Kaufmanns Isaak Neugasser und verfügte wahrscheinlich über die deutsche Staatsbürgerschaft (Wählerliste Israel. Religionsgemeinde 1924, o.S.).

²⁷⁶ Pepi Dubiner, Ehefrau des Kaufmanns Israel Wilhelm Wolf Dubiner, wurde am 29.09.1875 in Brody geboren und besaß wahrscheinlich nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Vgl. Wählerliste Israel. Religionsgemeinde 1924, o.S..

²⁷⁷ Vgl. dazu weiter GBIRG 5 (1929) 8, 4.

²⁷⁸ Vgl. dazu SStal PP-V 312.

²⁷⁹ SStal PP-V 312.

²⁸⁰ Vgl. dazu Armenamt der Stadt Leipzig 1914, 47.

²⁸¹ Die verheiratete Julie Blumenthal wurde später Vorsitzende des Vereins (Vgl. JbbF 2(1913), 37, 3(1914), 44, 4(1915)127, 5 (1916), 49) und war zudem Vorstandsmitglied des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins. Vgl. dazu SStal, PP-V 41.

²⁸² Clara Blumenthal wurde am 15.03.1870 in Leipzig geboren und war verheiratet. (Vgl. SStal PP-V 4554) Sie gehörte u.a. als Mitglied dem Israelitischen Frauenverein an (vgl. SStal, PP-V 4560) und wirkte im Kuratorium des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins. (Vgl. SStal, PP 41).

²⁸³ Bertha Levy war zudem Vorstandsmitglied des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins (vgl. SStal, PP 41) und des Israelitischen Frauenvereins (vgl. SStal, AG Leipzig, GuR 87 (16654)).

Aufgaben heranzogen, insbesondere für die Unterstützung von Familien in der Haushaltsführung.

Die jüdischen Frauenvereine konzentrierten sich ausschließlich auf die Belange der israelitischen Frauen, Mädchen, Kinder und Familien. Auf Vereinsebene scheint es kein Bemühen um Kontakte zu nicht-jüdischen Frauenvereinen gegeben zu haben.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der jüdischen sozialen Frauenvereins-Tätigkeit in Leipzig relativ spät eine Spezialisierung und die Ausgliederung einzelner Fürsorgegebiete erfolgte.²⁸⁴

Die Deutsch-Israelitische Darlehenskasse für Frauen und Jungfrauen vergab schließlich zinsfreie Darlehen an unbemittelte jüdische erwerbsfähige Mädchen und Frauen zum Aufbau einer unabhängigen Existenz.²⁸⁵ 1905 belief sich das Vermögen des Vereins auf beachtliche 55.484,70 Mark.²⁸⁶

1.4.3 Henriette Goldschmidts interkonfessionelles Wirken für die Kindergartenpädagogik und den Verein für Familien- und Volkserziehung

Die Frauenbewegung griff Fröbels Auffassung einer besonderen Eignung von Frauen für erzieherische Berufe im Interesse ihres Bemühens um Beschäftigungsmöglichkeiten für unverheiratete bürgerliche Frauen auf. Das Arbeitsfeld Kindergarten geriet so in einen bevorzugten Fokus frauenbewegten Engagements, welches die Gründung von Kindergärten bis hin zur Ausbildung weiblichen Fachpersonals umfasste. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte Fröbel ein neues Verständnis der Entwicklung des Kindes angeregt und die Kindergartenbewegung initiiert.²⁸⁷

Insbesondere jüdische Frauen fühlten sich von der Kindergartenpädagogik angezogen, da diese auf die Aufhebung sozialer Gegensätze sowie ständischer und konfessioneller Unterschiede abzielte.

Diese bürgerlichen Kindergartenaktivistinnen beabsichtigten somit sozialreformerische Wirksamkeit. Sie griffen gesellschaftliche Konflikte auf und forderten zu einer Auseinandersetzung mit der überlieferten Klassenhierarchie heraus. Die Initiative zur

²⁸⁴ Reinke datierte die Ausgliederung einzelner Aufgabengebiete für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. (Vgl. dazu weiter Reinke 2001, 226) In Leipzig entstand allerdings erst spät eine größere Israelitische Gemeinde und im Zuge der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Vereine und des Vereinswesens im Zusammenhang mit der Religionsgemeinde ergab sich zunächst die Notwendigkeit eines breiten sozialen Hilfsangebotes.

²⁸⁵ Vgl. dazu StAL Armenamt der Stadt Leipzig 1914, 46.

²⁸⁶ Vgl. Die Wohlfahrtseinrichtungen in Leipzig 1905, 49.

²⁸⁷ Waren Kindergärten zunächst 1851 durch die preußische Regierung als Zentren des Sozialismus, des Atheismus und anderer Formen destruktiven Fortschritts verboten worden, etablierten sich nach der Aufhebung des Verbotes in den sechziger Jahren rasch zahlreiche Einrichtungen.

Kindergartengründung basierte oftmals auf der Kritik an der Kindererziehung unterbürgerlicher Schichten. Der Fröbelsche Erziehungsansatz wollte Kinder unterschiedlicher Klassen zusammenbringen und zu religiöser Toleranz anregen.²⁸⁸ Die Kindererziehung im Kindergarten erfolgte durch beruflich dafür qualifizierte Erzieherinnen und stärkte die Erzieherinnenrolle der Frauen außerhalb der Familie. Für bürgerliche Frauen eröffneten sich somit berufliche Perspektiven und zugleich eine neue gesellschaftliche Rolle. Die in den öffentlichen Raum hinein reichende Mutterrolle erlebten Frauen in erster Linie als ihren sozialen Status stärkend und als Ausgangsbasis für die Forderung nach besseren Bildungsmöglichkeiten. Die „geistige Mütterlichkeit“ erlaubte es, entsprechende gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse anzustoßen. Ziel der Kindergartenpädagogik waren bewusst und aktiv die Gesellschaft gestaltende Bürger und eine sich weiterentwickelnde nationale Gemeinschaft. Voraussetzung hierfür waren zunächst eine entsprechende Erziehung und Bildung der geeigneten Frauen.

Henriette Goldschmidt war, die Fröbelschen Auffassungen aufgreifend, davon überzeugt, dass nur durch ein „ganz verändertes Prinzip der Erziehung“, welches sich von der Bildung von Jungen und Männern abgrenzte, die Umbildung des weiblichen Geschlechts erreichbar sei.²⁸⁹

In ihrem Wirken verbanden sich Ambitionen von Kindererziehung, Pädagogik, Frauenbewegung, Entwicklung deutscher Kultur und Integration der Juden.

Siebe konstatierte, dass Goldschmidts Leben konsequent und ohne Abweichung eine folgerichtige Entwicklung aufwies und zielgerichtet „die geistige Befreiung der Frauen, die Erziehung der Frauen zum tätig bewussten Glied der Volksfamilie, die innerliche Versöhnung dieser Volksfamilie und das Überbrücken sozialer Unterschiede durch den Einfluss und die Teilnahme der Frau am öffentlichen Leben“²⁹⁰ verfolgte. Henriette Goldschmidt gilt somit als eine Wegbereiterin sozialer Arbeit, welche zur Entwicklung der allgemeinen Frauenbewegung beitrug.

Ihr Wirken dokumentiert zugleich den zeittypischen Glauben des liberalen Judentums an eine Integration, an ein dauerhaft gelingendes Miteinander von Juden und Nichtjuden.

Auch ihre jüngere Schwester Ulrike, verheiratet mit dem Berliner Senatspräsidenten Hendschke, war dieser Auffassung und in diesem Sinne im Bereich der Frauenbildung tätig, indem sie die Viktoria-Fortbildungsschule gründete.²⁹¹

²⁸⁸ Das Infrage stellen der kirchlichen Kontrolle der Kleinkindererziehung löste den Unwillen der Kirchen aus. Vgl. dazu Allen 2000, 95 f.

²⁸⁹ Vgl. Siebe, Prüfer 1922, 148.

²⁹⁰ Siebe, Prüfer 1922, VIII.

²⁹¹ Vgl. dazu AZJ 79 (1915) 47, 559 f.

Die aus Krotoschin im Großherzogtum Posen stammende Henriette Goldschmidt hatte persönlich die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden erfahren. In der Zeit des Vormärz versorgte und erzog sie drei Kinder einer verstorbenen Schwester und beschäftigte sich seither mit Fragen und Bedeutung der Kindererziehung. 1850 trat sie in die freiwillige soziale Arbeit ein, indem sie die Betreuung armer Kinder übernahm.²⁹²

1858 verlegte sie aufgrund der Berufung ihres Ehemannes, Abraham Meyer Goldschmidt, zum Rabbiner der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde ihren Wohnsitz von Warschau nach Leipzig. Von ihrem Mann - der später an der Gründung des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes beteiligt war und unter anderem der Deutschen Gesellschaft für Volksbildung angehörte - zur Vereinstätigkeit ermutigt, stellte sie 1865 ihr Haus zur Gründung des Leipziger Frauenbildungsvereins zur Verfügung. Im Oktober des gleichen Jahres nahm sie am ersten deutschen Frauenkongress in Leipzig teil, der zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) und damit zur Organisation der bürgerlichen Frauenbewegung führte. An dieser ersten Frauenkonferenz hatten auch führende Männer der Arbeiterbewegung wie August Bebel teilgenommen.²⁹³ Die Ziele und Aktivitäten des Vereins richteten sich vor allem auf die Erziehung und die Bildung von Frauen aus der Arbeiterschaft und dem Bürgertum sowie auf die Verbesserung der Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten von Frauen.

Henriette Goldschmidt schloss sich ein Jahr später dem ADF an und arbeitete bereits 1867 im Vorstand mit. Über viele Jahre hinweg amtierte sie als Vizepräsidentin. Sie gehörte damit zu jenen bürgerlichen deutschen liberalen Jüdinnen, welche sich dem gemäßigten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung anschlossen.

Der Fall der Ausnahme Gesetze gegen die Juden hatte ermöglicht, dass Frauen wie Henriette Goldschmidt ungehindert an der bürgerlichen Frauenbewegung und der sozialreformerischen Entwicklung teilnahmen.

Trotz oder auch wegen des Konfliktpotentials zwischen Juden und Nicht-Juden in Leipzig suchte Henriette Goldschmidt, die zeitlebens „in jüdischer Lebensart zutiefst verankert“²⁹⁴ blieb, nach Möglichkeiten des Miteinanders auf der Grundlage einer entsprechenden sozialen Erziehung.

Dazu diente ihr – wie anderen prominenten Jüdinnen auch - die in jener Zeit kontrovers diskutierte Pädagogik Fröbels. Trotz des seit 1851 zeitweilig geltenden Verbotes der preußischen Regierung für Kindergärten und deren Diffamierung als sozialistisch, atheistisch und destruktiv

²⁹² Vgl. dazu Fassmann 1996, 101.

²⁹³ Zur Beteiligung von Bebel und anderen Männern bzw. zu den Möglichkeiten männlicher Ehrenmitgliedschaft im Verein, vgl. Klemm 2002, 200 f.

tiv fortschrittlich, gewannen Fröbels Ideen unaufhaltsam an Aufmerksamkeit. Neben den „Bewahranstalten“, in denen Kinder der Unterschicht in der Zeit, in der ihre Mütter einer Erwerbsarbeit nachgingen, vor äußerem Schaden „bewahrt“ werden sollten, existierten seit 1840 für ehelich geborene Kinder aus Arbeiter-, Handwerker- und niedrigen Beamtenfamilien Kindergärten und „Kleinkinderschulen“, die einen christlich geprägten Elementarunterricht vermittelten. Die Kindergärten boten mittels eines Systems von Spielgaben Kindern verschiedener sozialer Herkunft einen kindgerechten Entwicklungsrahmen.

Ähnlich wie Johanna Goldschmidt in Hamburg, die es Friedrich Fröbel 1850 in ihrer Stadt ermöglichte, einen Kindergarten einzurichten und die selbst 1860 den Hamburger Fröbelverein ins Leben rief, plädierte auch Henriette Goldschmidt für die Ausbildung von Kindergärtnerinnen auf der Grundlage des weiblichen Geschlechtscharakters. Fröbels Kindergartenpädagogik, welche ständische und konfessionelle Unterschiede aufhob, schien ihr prädestiniert, um soziale Gegensätze abzubauen, eine humane Gesellschaft ohne Rassen- und Klassenschranken zu entwickeln sowie die Integration der Juden zu ermöglichen. Gerade die Enttäuschung über die gescheiterte Revolution von 1848, die die Emanzipation der Juden in weite Ferne gerückt zu haben schien, führte sie zum Aufgreifen des Ideals einer auf interkonfessioneller, alle Klassenschranken aufhebenden Erziehung basierenden humanen Gesellschaft freier gleichberechtigter Menschen ohne Standesdünkel und Vorurteile, die auch Integrationsmöglichkeiten für Juden bieten sollte.²⁹⁵

Entsprechend ihrer gesellschaftlichen Herkunft und Stellung betrachtete es Goldschmidt als „Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts“ der natürlichen Berufung der Frau gemäß, im erzieherischen Bereich tätig zu werden. Über die Beschäftigung mit dem Fröbelschen System sollte sich der Naturberuf der Frau zum „Kulturberuf“ entfalten. Unter Beschwörung des weiblichen Geschlechtscharakters, der Fähigkeiten einschloss, die für verantwortungsvolle Posten in Gemeinwesen und Öffentlichkeit notwendig schienen, forderte sie die aktive und passive Beteiligung von Frauen an kommunalen Aufgaben. Ihrer Überzeugung nach sollte besonders der weibliche Geschlechtscharakter zur Lösung sozialer Probleme dienen.

So erhob Goldschmidt auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1868 erstmals die Forderung nach Zulassung von Frauen zur öffentlichen Armenpflege.

Die Kriegsjahre 1870/71 erlebte Goldschmidt als starken Impuls für die soziale Arbeit der Frauen.²⁹⁶ 1870 begann sie Vorträge zur Frauenfrage im Kontext von Familie und Volks-

²⁹⁴ Fassmann 1993, 153, 175.

²⁹⁵ Vgl. auch Fassmann 1993, 153, 167.

²⁹⁶ Vgl. Siebe, Prüfer 1922, 46.

ganzem zu halten und forderte den Zugang der Frauen zur Hochschulausbildung und das Frauenwahlrecht.

Goldschmidt hatte sich zunächst intensiv mit Fröbels Kindergartenpädagogik beschäftigt, bevor sie den Verein für Familien- und Volkserziehung 1871 mit dem Ziel einer „vertieft[e] Durchbildung der Frauen aller Stände zu ihrem mütterlichen Berufe [...] weil sich der erzieherische Einfluss der Frau durchaus nicht allein auf die Familien, sondern auf das Volksganze erstrecken soll“, initiierte.²⁹⁷ Goldschmidts Auffassung nach war die Frauenfrage durch Bildung zu lösen. Seit 1874 veranstaltete der Verein entsprechend Vorträge für Frauen. Diese griffen den Diskurs im Erziehungswesen auf. Der Verein richtete seine Aktivitäten zudem auf die Einrichtung von Kindergärten und die Qualifizierung von Kindergärtnerinnen, um jenen jungen Frauen, die auf Erwerbstätigkeit angewiesen waren, speziell dieses Berufsfeld zu eröffnen.

Der Verein wurde zudem direktes Mitglied des BDF²⁹⁸ und arbeitete in Leipzig mit anderen Vereinen und der öffentlichen Armenpflege zusammen, indem er sich beispielsweise spätestens 1910 dem Verein „Zentrale für private Fürsorge“ anschloss, welcher private Wohltätigkeitsinitiativen in der Stadt zentralisierte, abstimmte und den Datenaustausch konzentrierte.²⁹⁹ Mit dem seit 1892 bestehenden und wirtschaftlich vergleichsweise bescheidenen Verein „Pestalozzi-Fröbelhaus“, der ebenfalls Kindergärtnerinnen ausbildete und mindestens einen Kindergarten betrieb, bestanden allerdings kaum Kontakte.³⁰⁰ Der Verein für Familien- und Volkserziehung arbeitete nicht zuletzt mit den Frauenvereinen der Stadt zusammen. Beispielsweise forderte der Frauenverein Möckern bei Henriette Goldschmidt vertretungsweise eine Kindergärtnerin an.³⁰¹

Mit dem Kindergarten verbanden sich für Goldschmidt sowohl Aspekte gesellschaftlicher Erziehungsprozesse als auch der Frauenemanzipation. Entsprechend der zeittypischen geschlechtsspezifischen Rollenzuweisung und dem bürgerlichen Normenkodex wurde der Volkskindergarten als Ort definiert, an dem Frauen Versöhnungsarbeit leisten und den negativen Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses auf die Unterschichten entgegenwirken. Dazu bedurfte es einer Ausbildung, welche die Frauen mehr als nur zu ihrem „Naturberuf“ zurückführen, sondern diesen „verklären, durchgeistigen“ sollte.³⁰²

²⁹⁷ Siebe, Prüfer 1922, 53.

²⁹⁸ Vgl. Jb. der Frauenbewegung 1 (1912), 19.

²⁹⁹ Vgl. dazu Sechster Jahresbericht des Vereins Zentrale für private Fürsorge zu Leipzig über das Jahr 1910, 4.

³⁰⁰ Die bearbeiteten Quellen lassen keinen Schluss über Kontakte zwischen beiden Vereinen zu.

³⁰¹ Vgl. dazu weiter Jacob 1933, 5.

³⁰² Vgl. Goldschmidt 1882, 75.

Die ersten Volkskindergärten des Vereins entstanden 1872 in der Querstraße 20, 1889 in der Weststraße 16 und 1911 in der Königsstraße 18.³⁰³

Der Verein für Familien- und Volkserziehung entwickelte ein vierstufiges Erziehungssystem, zu welchem neben den Volkskindergärten seit 1872 ein Kindergärtnerinnenseminar³⁰⁴, 1878 ein Lyzeum für Töchter gebildeter Familien und schließlich seit 1911 eine Hochschule für Frauen gehörte. Die Vortragsreihen des Lyzeums für die gebildete Frauenwelt fanden 1910 und 1911 in einem Hörsaal der Universität statt.

Goldschmidt war von der Notwendigkeit einer dem speziellen weiblichen wissenschaftlichen Bildungsbedürfnis entsprechenden pädagogisch-soziale Ausbildungsstätte, jenseits der Universität, überzeugt.³⁰⁵

In den Jahren 1873, 1875 und 1877 insistierte sie wiederholt auf die Übernahme von Frauen in den Gemeindedienst. Insbesondere sollten Frauen zur Armen- und Waisenpflege, zur Aufsicht über Kranken-, Siechen- und Armenhäuser herangezogen werden. Als geeignete Einsatzgebiete verwies sie zudem auf Schulen, Kindergärten, Dienstbotenherbergen, Volksküchen, Gefängnisse und die Sittenpolizei. In diesen Arbeitsfeldern sollten Frauen versöhnend, harmonisierend und ausgleichend wirken. Deshalb rief sie Frauen dazu auf, sich aktiv und passiv an kommunalen Aufgaben zu beteiligen. Sie forderte komplementär zum männlichen Wehrdienst als erste ein soziales Jahr für Frauen. Gemeinnützige Tätigkeiten in Volkskindergärten und Armenpflege sollten jungen Frauen Gelegenheit geben, ihre Ebenbürtigkeit mit den Männern zu beweisen. So stellte auch Kaplan fest, dass jüdische Frauen glaubten, sie müssten „ihren Wert beweisen“, da sie in Deutschland die Erfahrung gemacht hatten, dass die Gewährung der Gleichberechtigung Akkulturation und Bildung voraussetzte.³⁰⁶

Leipzig gewährte bürgerlichen Frauen nur zögerlich die Möglichkeit, Funktionen als Armenbesucherinnen, Diakonissen, Krankenschwestern und Kindergärtnerinnen, die ihrer erklärten Kulturaufgabe entsprachen, auszuüben.

Hatte Goldschmidt als Rabbinerehefrau in ihrem Wirken dennoch keinerlei partikuläre jüdische Ausrichtung erkennen lassen, entsprach dies offensichtlich der Überzeugung der Mehrheit der deutschen Juden zu dieser Zeit, die glaubte, Akkulturation und Beibehaltung jüdischer Besonderheiten verbinden zu können. Rückblickend stellte Else Cohn 1925 bedauernd fest, dass Goldschmidt stets für die höhere Entwicklung der deutschen Kultur eingetreten sei, in der irrtümlichen Überzeugung, dass die Reichsverfassung den Juden die

³⁰³ Vgl. dazu StAL AFSA 1913, 45 b.

³⁰⁴ Ziel war es, Erzieherinnen und Leiterinnen für Kindergärten, -bewahranstalten und -horte zu qualifizieren.

³⁰⁵ Vgl. Dilsner-Herfurth 2008, 20.

³⁰⁶ Vgl. dazu Kaplan 1997, 232.

Möglichkeit zum Aufgehen in der deutschen Kultur ermöglichen und deren Sonderinteressen aufheben würde.³⁰⁷

1897 beeinflusste Goldschmidt als Vorsitzende der gebildeten Erziehungskommission prägend die Petition des Bundes Deutscher Frauenvereine „Einordnung der Fröbelschen Erziehungs- und Bildungsanstalten (Kindergärten und Seminare für Kindergärtnerinnen) in das Schulwesen der Gemeinden und des Staates“ an die Regierung.³⁰⁸ Staatlicher Lehrplan und Prüfungen verschafften der Ausbildung schließlich eine anerkannte Reputation und den Absolventinnen eine bessere Basis für eine spätere Berufstätigkeit. Im gleichen Jahr wurde Goldschmidt Mitbegründerin und Vorsitzende der Deutsch-Israelitischen Darlehenskasse für Frauen und Jungfrauen.³⁰⁹

Eine großzügige Stiftung des Musikverlegers Henri Hinrichsen an den Verein für Familien- und Volkserziehung ermöglichte 1911 die Gründung der Hochschule für Frauen. Hinrichsen schenkte dem Verein zudem zwei Häuser. In der Chronik des Verlages vermerkte er:

„Ich beabsichtigte, ein Haus zu erbauen, das gemeinnützigen Zwecken für die Frauenwelt dienen sollte [...] Rasch entschlossen suchte ich [...] die Urheberin eines Planes auf: Frau Henriette Goldschmidt [...] mit ihr besprach ich in großen Zügen meine Absicht. Frau Goldschmidt war wie in einem Traum, denn es schien ihr das in den Schoß zu fallen, was sie nie in diesem Umfange zu erstreben gewagt hatte: es sollte ihr Plan [...] einer [...] geistig hochstehende Ausbildungsstätte für junge Mädchen in den Rahmen einer Hochschule für Frauen gespannt werden. [...] Für die geistige Führung nahm man mit geeigneten Persönlichkeiten Fühlung, vor allem mit Universitätsprofessoren des pädagogischen Faches (Spranger, Volkelt u.a.)“.³¹⁰

Henri Hinrichsen, dessen Stiftungsabsicht anfangs relativ unspezifisch die Förderung gemeinnütziger Fraueninitiative verfolgte und eher zufällig Henriette Goldschmidts Vision einer Frauenhochschule aufgriff, ließ ein großzügiges Gebäude errichtet und widmete es ‚Dem edlen Streben deutscher Frauen‘.³¹¹

Mit der Hochschuleinrichtung wurde einerseits Neuland betreten, andererseits an die schwierige Geschichte einer solchen Schule in Hamburg angeknüpft, deren Entstehen 1852 gescheitert

³⁰⁷ Vgl. dazu Else Cohn: Henriette Goldschmidt. Zum 100. Geburtstag. In: GIRG 1 (1925) 10, 3.

³⁰⁸ Vgl. weiter Siebe, Prüfer 1922, 112.

³⁰⁹ Vgl. dazu Tegeler 1915, 140, Cohn 1925, 3 und GBIRG 4 (1928) 10, 2.

³¹⁰ Festschrift „Henriette-Goldschmidt-Schule“ 1911-1991, Leipzig 1991, 7 und Buchholtz 2001, 242 nach Verlagschronik C. F. Peters, 236 f.

³¹¹ Zu Henri Hinrichsens Motiven und der Überlegung ein Auguste-Schmidt-Haus zu stiften, vgl. Buchholtz 2001, 241 f.

war. Deshalb wandte sich der Stadtrat um Informationen an Alice Salomon als Gründerin der ersten 1908 in Berlin entstandenen interkonfessionellen Sozialen Frauenschule.³¹²

Im Laufe der Zeit stellte Hinrichsen der Schule eine Million Mark zur Verfügung.³¹³

Der Lehrbetrieb wurde im Wintersemester 1911/12 aufgenommen.

Goldschmidt gelang es, sowohl jüdische und auch nichtjüdische Bildungsbürger für den Verein und seinen politisch-pädagogischen Zweck zu gewinnen. 1913 verzeichnete man 500 - teilweise sehr namhafte - männliche und weibliche Mitglieder³¹⁴ und erfuhr positive Resonanz seitens der städtischen Behörden, mit denen sich eine enge Zusammenarbeit entwickelte.³¹⁵

Darüber hinaus erfreute sich der Verein der großzügigen Unterstützung seiner Projekte durch Leipziger jüdische und nichtjüdische Honoratioren. Zu den Förderern des Vereins gehörten insbesondere der Präsident des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, Friedrich Nachod, zudem der Musikverleger Max Abraham und der Kaufmann und Gründer der Leipzig Loge des Ordens Bnai Brith, Alphons Jacobson.

In den geschaffenen Ausbildungsstätten sollten gebildete bürgerliche Frauen darauf vorbereitet werden, die „Entsittlichung“ in den Unterschichten zu bekämpfen. Darüber hinaus bestand Goldschmidts Ziel darin, über die Ausbildung der weiblichen Jugend der wohlhabenden Stände die Kluft zwischen männlichem und weiblichem „Geistesleben“ zu überwinden. Frauen sollten zudem für soziale Hilfsarbeit ausgebildet werden, damit sie in städtischen Ämtern als Wohnungsinspektorinnen oder Armenpflegerinnen arbeiten konnten.³¹⁶ Die Ausbildungszweige der Hochschule für Frauen wurden darauf ausgerichtet. Trotz des der Ausbildung entgegengebrachten Wohlwollens lehnte der Bürgermeister die Einstellung der Absolventinnen ab und verwies darauf, dass bereits einunddreißig Frauen als Armenpflegerinnen tätig seien und die Armenpflege auch perspektivisch lediglich eine ehrenamtliche Tätigkeit sein sollte.³¹⁷

Im Jahr der Hochschulgründung ließen sich bemerkenswerte Ergebnisse der vierzigjährigen Vereinsgeschichte resümieren. Nach eigenen Schätzungen hatten bis dahin etwa 150.000 Kinder die Kindergärten besucht und 1.200 Kindergärtnerinnen ihre Ausbildung absolviert.

³¹² Vgl. Stadtarchiv Leipzig, AFSA 1886, p 19.

³¹³ Vgl. dazu auch Buchholtz 2001, 247.

³¹⁴ Neben den Verlegern Brockhaus, Reclam und Seemann findet sich beispielsweise auch Angelika Hartmann, die Vorsitzende des Pestalozzi-Fröbel-Vereins, welcher ebenfalls einen Kindergarten und eine Ausbildungseinrichtung für Kindergärtnerinnen unterhielt. Vgl. dazu Armenamt der Stadt Leipzig 1914, 29.

³¹⁵ Vgl. StAL AFSA 1913, p 54b.

³¹⁶ Brief Goldschmidts an den Bürgermeister vom 1.12.1911, vgl. StAL AFSA 1886, p 21.

³¹⁷ Antwort des Bürgermeisters an Goldschmidt vom 4.12.1911, vgl. StAL AFSA 1886, p 22.

Obgleich der Verein kein Frauenverein war, wurde er doch teilweise aufgrund seiner Zielsetzungen als solcher wahrgenommen.³¹⁸ 1913 benannte Henriette Goldschmidt auf Nachfrage als Zweck des Vereins die „Gründung und Erhaltung von Anstalten, die der vorschulpflichtigen Kindheit und der weiblichen erwachsenen Jugend, sowie der reiferen Frauenwelt je nach den Bedürfnissen Erziehung, Bildung und wissenschaftliche Erkenntnis“ vermitteln sollten.³¹⁹ Als Anliegen der Hochschule für Frauen wurden formuliert:

- „1. allen nach Bildung strebenden Frauen verständnisvolle Teilnahme am Geistesleben unserer Zeit und unseres Volkes ermöglichen,
2. der Frau für die Ausübung des mütterlichen Erziehungsberufes einer auf gründlicher Einsicht beruhende Vorbereitung zu geben und
3. die Frau zu befähigen, sich den mannigfaltigen gemeinnützigen Aufgaben, die ihr innerhalb der Gemeinde, des Staates und der Gesellschaft erwachsen mit weitem Blick und mit vollem Verständnis für die Bedürfnisse der Gegenwart zu widmen.“

Ziele der Ausbildung der Frauen waren die „Übernahme von Stellungen an Wohlfahrtseinrichtungen in Staat und Gemeinde, Lehrtätigkeit an Kindergartenseminaren, Frauenschulen und anderen Lehranstalten [...]“.³²⁰

Die Hochschule für Frauen verstand sich als höhere pädagogisch-soziale Bildungsstätte, welche der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen wollte. Anders als Alice Salomon strebte Henriette Goldschmidt nach Möglichkeiten bezahlter Berufsarbeit für bürgerliche Frauen, insbesondere auch für Jüdinnen. So erfuhr die Einrichtung enorme Aufmerksamkeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz.

Der erste Jahresbericht der Hochschule nannte eine beachtliche Reihe hervorragender Persönlichkeiten, die mit der Einrichtung sympathisierten und dem Ehrenvorstand beitraten. Zu ihnen gehörte auch der Direktor der Waisenkinderpflege in Leipzig, Max Taube, welcher zugleich von Anfang an zum Lehrpersonal zählte.³²¹ Taube hielt Vorlesungen zu theoretischer und praktischer Säuglingspflege.

Gleich im ersten Semester verzeichnete die Hochschule 898 eingeschriebene Hörerinnen und Studierende.³²² Die Hochschule war in drei Abteilungen gegliedert. Die Allgemeine Abtei-

³¹⁸ So wurde auch er 1913 durch die Kreishauptmannschaft aufgefordert, sich einem zu gründenden Verband der sächsischen Frauenvereine anzuschließen Vgl. weiter StAL AFSA 1913, 45 b.

³¹⁹ StAL AFSA 1913, p 54b.

³²⁰ Zweiter Jahresbericht der Hochschule für Frauen 1913, 36.

³²¹ Weitere namhafte Persönlichkeiten, wie der Reformpädagogen Georg Kerschensteiner, der Jenaer Herbertianer Wilhelm Rein, der Direktor der Höheren Leipziger Mädchenschule und des Lehrerinnenseminars Hugo Gaudig, die Dresdner Frauenrechtlerin Marie Stritt sowie der Leipziger Psychologen Wilhelm Wundt, gehörten dem Ehrenvorstand an.

³²² Vgl. Siebe, Prüfer 1922, 171.

lung war den Hörerinnen vorbehalten. Ehefrauen, welche keine Berufstätigkeit beabsichtigten, boten die Kurse Bildungsinhalte für ihre Rolle als Hausfrau und Mutter.

In der Pädagogischen Abteilung erfolgte die Ausbildung der Lehrerinnen auf Grundlage der Fröbelschen Pädagogik und die Sozialwissenschaftliche Abteilung qualifizierte berufliche und ehrenamtliche Kräfte für das gesamte Gebiet der sozialen Arbeit.

Dass bereits im zweiten Semester im Sommer 1912 ein regelrechter Einbruch in der Zahl der Neueinschreibungen zu verzeichnen war - lediglich 443 Studierende und Hörende wurden registriert – offenbart die Diskrepanz zwischen dem starken Interesse an der Einrichtung und deren konzeptionellen Defiziten. Das Überbetonen der Vermittlung eines allgemeinbildenden, ästhetischen Wissens genügte potentiell interessierten Frauen nicht.

Eduard Spranger, Pädagoge an der Leipziger Universität und an der Frauenhochschule, an welcher er zudem als Mitglied der Prüfungskommission wirkte, kritisierte, einen Mangel an Zielgerichtetheit der Fraueneinrichtung, welche sich sowohl dem Ideal einer allgemeinen Humanitäts- als auch einer dreiteiligen Berufsausbildung verpflichtet erklärte.³²³

Seit dem Sommersemester 1913 wurden Fortbildungskurse für staatlich geprüfte und praxiserfahrene Krankenschwestern für leitende Posten, wie Oberinnen, Oberschwestern und lehrende Schwestern eingeführt. Zu Ostern 1914 eröffnete an der Hochschule eine neue Fachabteilung für Naturwissenschaften, welche Assistentinnen für medizinische und naturwissenschaftliche Institute und Industriebetriebe ausbilden sollte.

Henriette Goldschmidt kann als Vertreterin der Mütterlichkeitspädagogik verstanden werden. Ihr Ziel war es, die „natürliche Veranlagung“ von Frauen im Hinblick auf Erziehung und Pflege zu fördern und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Frauen nahmen für sich eine umfassende Kulturaufgabe in Anspruch: die Verbreitung weiblicher Kultur.³²⁴

Goldschmidt folgte den Idealen der „geistigen Mütterlichkeit“, indem sie die weibliche Emanzipation als die Umsetzung von Mütterlichkeit in der Gesellschaft, welche auf Gleichwertigkeit, nicht auf Gleichheit abzielte, auffasste.

Die ehrenamtliche Tätigkeit in sozialer Arbeit ermöglichte - wie Backes konstatierte - nicht gebundenen bürgerlichen Frauen, Witwen und Unverheirateten, eine positive Bewertung ihrer Existenz, indem sie sich sozial verantwortlich handelnd und selbstständig erlebten.³²⁵

Henriette Goldschmidt und ihr Engagement für die Frauenbewegung sahen sich in Leipzig antisemitischen und antifeministischen Angriffen des Hetzblattes „Hammer“ ausgesetzt. 1913 hieß es, die Frauenbewegung sei antideutsch - mit dem Hinweis, sie werde durch Jüdinnen

³²³ Vgl. Spranger 1916 bes. 49-52 und weiter Fassmann 1993, 136.

³²⁴ Vgl. Backes 1987, 37 ff.

³²⁵ Vgl. Backes 1987, 39.

geführt. Die exponierte Stellung Henriette Goldschmidts wurde, da sie im Vorstand der Frauenhochschule wirkte und Vorsitzende des Vereins für Familien- und Volkserziehung war, erkannt und ihre Person somit zum Gegenstand gezielter Anfeindungen.

Ihr Engagement wurde dennoch staatlicherseits hoch geschätzt und im Frühjahr 1914 von König Friedrich August durch die Verleihung des Maria-Anna-Ordens für Verdienste um das Erziehungswesen gewürdigt.³²⁶

2 Koordination und Effektivierung sozialer Anliegen. Die Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes und die jüdische soziale Frauenarbeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

2.1 Die Organisation der jüdischen Frauenbewegung

2.1.1 Entstehung, Zielen und Aufgaben des Jüdischen Frauenbundes

Bertha Pappenheim³²⁷ und Sidonie Werner³²⁸, welche sich seit der zweiten Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels in London kannten und einen Frauenbund anstrebten, der dem Kampf gegen Mädchenhandel und Prostitution besonderes Gewicht verlieh, gründeten den Jüdischen Frauenbund 1904 im Rahmen des Zusammentreffens der Vertreterinnen von Frauenvereinen und –verbänden während des „International Council of Women“ in Berlin:

Zweiundvierzig jüdische Frauenorganisationen schlossen sich dem Bund mit Hauptgeschäftsstelle in Berlin an. Damit entstand eine von Männern unabhängige zentrale Organisation mit

³²⁶ Der seit 1906 vom sächsischen König verliehene Damenorden, würdigte hervorragende Verdienste in der gemeinnützigen Arbeit bzw. im Interesse des Hofes.

³²⁷ Die einer orthodoxen Familie der Wiener Oberschicht entstammende Bertha Pappenheim (1859-1936) hatte die Ausbildung einer höheren Tochter absolviert, bevor sie mit 21 Jahren in Zusammenhang mit der tödlichen Erkrankung des Vaters schwer psychosomatisch erkrankte. Während der Zeit ihrer Erkrankung entwickelte sie mit ihrem Arzt Josef Breuer die sogenannte talking cure, welche zur Grundlage der Gesprächstherapie wurde. Nach ihrer Genesung gehörte sie in Frankfurt am Main zur gesellschaftlichen Oberschicht und nahm wesentlich Einfluss auf den Umgang mit sozialen Problemen von Frauen, Mädchen und Kindern in der Stadt. In dem von ihr 20 Jahre geleiteten JFB gab sie mit ihren über die Interessen der meisten Mitglieder hinausgehenden Forderungen stets die Richtung vor. Nach ihrem Rücktritt als Vorsitzende wirkte sie bis 1936 im Vorstand. Zu Pappenheim vgl. Edinger 1963 und Brentzel 2002.

³²⁸ Die als Vorsitzende des Hamburger Israelitischen Frauenvereins wirkende Sidonie Werner (1860-1932) lernte Bertha Pappenheim 1902 auf der Zweiten Londoner Konferenz gegen den Frauen- und Kinderhandel kennen. Beide vereinbarten, eine eigenständige jüdische Frauenorganisation zu gründen, die entschiedener als die männlichen Organisationen durch nachhaltige Fürsorgeprogramme den Mädchenhandel bekämpfen sollte. Vgl. dazu Brentzel 106, 113 f.

koordinierenden Aufgaben. Die Gründung und der Bundesgedanke waren von der deutschen und internationalen Frauenbewegung beeinflusst.³²⁹

Bereits 1894 war der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) als überregionale und interkonfessionelle Dachorganisation der bürgerlichen Frauenbewegung entstanden, welche die wachsende Zahl bürgerlicher Frauenvereine zusammenführte.³³⁰ Der Bund verstand sich als jüdisch-konfessionell und bürgerlich. In seinem Anliegen verband er Frauenfrage und soziale Frage miteinander, wobei der Einwanderung der Ostjuden eine besondere Bedeutung zukam.

Wenige Jahre später hatten sich christliche Frauenorganisationen 1899 im Deutsch-Evangelischen Frauenbund (DEF)³³¹ beziehungsweise 1903 im Katholischen Frauenbund Deutschlands (KFD)³³² zusammengeschlossen. Beide Organisationen waren an die evangelische bzw. katholische Kirchenhierarchie gebunden.

Die Gründung der christlichen Verbände erfolgte nicht zuletzt als Abwehrreaktion auf liberale und sozialistische Emanzipationsbestrebungen. Zugleich drückte sie ein gestiegenes Selbstbewusstsein sich konfessionell bekennender Frauen, welche auf diese Weise ihre gesellschaftliche Stellung zu heben bemüht waren, aus. Der DEF stellte die Sittlichkeitsfrage ins Zentrum der Frauenbewegung und forderte das Ende der Reglementierung der Prostitution. Weitere Hauptthemen der christlich konfessionellen Frauenverbände waren die Lösung der sozialen Frage mit der Bekämpfung der Armut, sowie die Forderungen nach rechtlicher, ökonomischer und politischer Teilhabe der Frauen an der Gesellschaft. Beide Verbände gerieten dabei in einen Zwiespalt zwischen konservativem Frauenbild und eigentlichen emanzipatorischen Interessen.³³³

War seit der Reichsgründung die Säkularisierung voran geschritten, so dass auch der BDF, welcher hauptsächlich Frauen des protestantischen Bildungsbürgertum erfasste, eine deutliche Distanz zu Kirche und Religiosität zeigte, verfügten die Kirchen doch noch immer über erheblichen Einfluss in großen Bevölkerungsteilen und in allen gesellschaftlichen Schichten.

³²⁹ Vgl. Konz 2005, 88.

³³⁰ Zur Gründung des BDF durch das Zusammenführen der unterschiedlichen Frauenvereine beziehungsweise -gruppen nach internationalem Vorbild vgl. Gerhard 165 f.

³³¹ Der mit Hilfe der Initiative des Pfarrers Ludwig Weber und aufbauend auf die durch Elisabeth Gnauck-Kühn 1894 ins Leben gerufenen „Evangelisch-Sozialen Frauengruppe“ gegründete DEF erstrebte die Lösung der Frauenfrage durch eine religiös-sittliche Erneuerung und Hebung des Volkslebens auf der Basis der evangelischen Religiosität. Im BDF vertrat der DEF eine rechte, konservative Haltung zur Reform des Paragraph 218 und zu Fragen der Sexualmoral. Vgl. dazu Gerhard 1995, 203 f.

³³² Der KFD trat nie dem BDF bei, da dieser sich eines religiösen Bekenntnisses entzog. Dennoch verstand sich der Bund als Teil der Frauenbewegung und lehnte das Frauenstimmrecht nicht grundsätzlich ab. Vgl. dazu Gerhard 1995, 205 f.

³³³ Vgl. dazu Baumann 1992, 173.

Frauen erwiesen sich als besonders kirchentreu.³³⁴ Den emanzipatorischen Bestrebungen der Frauen standen die Kirchen und Religionsgemeinden entgegen; dennoch entstand eine konfessionelle Frauenbewegung.³³⁵

Die katholische und evangelische Frauenbewegung grenzte sich ihrerseits in der Religionsfrage vom BDF ab; die Lösung der Frauenfrage „im höchsten und vollkommensten Sinne“ sollte auf Grundlage der christlichen Weltanschauung erfolgen.³³⁶

Der Jüdische Frauenbund, welcher auch als parallele konfessionelle Organisation verstanden werden kann,³³⁷ grenzte sich im Unterschied zu den kirchlich-christlichen Frauenbewegungen wiederum weniger von der allgemeinen bürgerlichen Frauenbewegung ab.³³⁸

Zum Kontext seiner Entstehungsgeschichte gehörte nicht zuletzt die sich international formierende jüdische Frauenbewegung. Die erste Dachorganisation jüdischer Frauen, das National Council of Jewish Women (NCJW), wurde 1893 in den USA gegründet. 1902 entstand in Großbritannien die Union of Jewish Women (UJW),³³⁹ 1888 der International Council of Women (ICW) in Washington, welcher neben jüdischen, allgemeine Frauenthemen aufgriff. 1899 kamen durch den ICW erstmals jüdische Frauen aus den USA und Europa zur direkten Zusammenarbeit in London zusammen.

Die Gründung des JFB erfolgte in einem „kleinen Kreis“ und wurde zunächst von der jüdischen Gemeinschaft unterschätzt und kaum beachtet. Dem Bund schlossen sich wohl situierte bürgerliche Frauen an, vornehmlich Ehefrauen und Töchter, die keiner Erwerbsarbeit nachgingen. Berufstätige, ob Gewerbetreibende, Angestellte, Lehrerinnen oder Ärztinnen, traten dem Bund kaum bei. Seine Ziele waren zunächst die Frauenrechte in der jüdischen Gemeinschaft und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Gemeinschaft.³⁴⁰

³³⁴ Zur „Feminisierung der Religion“, vgl. weiter McLeod, Hugh 1988, 134-156.

³³⁵ Vgl. Baumann 1992, 172 f.

³³⁶ Wawrzyn zeichnet insbesondere für den DEF den Zusammenhang von christlichem Chauvinismus zum Antisemitismus nach. Der Führungsanspruch des DEF wertete auch die katholische Frauenemanzipationsbewegung ab. Vgl. Wawrzyn 1999, 62.

³³⁷ In der konfessionellen Frauenbewegung kam dem religiösen Bekenntnis bei der Lösung der Frauenfrage eine wichtige Rolle zu. Wohltätigkeit und soziale Arbeit standen im Zentrum der Aktivitäten der Verbände. Zur Klassifikation der Frauenbewegung vgl. auch Wawrzyn 24 f.

³³⁸ Zu den Differenzen zwischen den christlichen Frauenorganisationen und dem BDF sowie zur konsequenten organisatorischen Abgrenzung, welche mit der Scheidung zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung vergleichbar war, vgl. Gerhard 202.

³³⁹ Wohltätigkeit, Emigrantenbetreuung und Erhaltung der Schabbatschulen erklärte das Council zu seinen vorrangigen Zielen. Zudem diente es der Kontaktpflege bürgerlicher, nichtzionistischer jüdischer Frauen. Viele Frauen engagierten sich interkonfessionell und beteiligten sich an der internationalen Frauenbewegung. Die UJW organisierte sich frühzeitig unter dem Einfluss der nichtjüdischen britischen Frauenbewegung für das Frauenstimmrecht und gegen die Prostitution. Vgl. weiter Hecht 2005, 125 ff.

³⁴⁰ Vgl. Wronsky 1999, 21.

Die sich in ihm versammelnden deutschen Jüdinnen verbanden Elemente der herkömmlichen jüdischen Kultur mit Elementen der zeitgenössischen Kultur des deutschen Bürgertums, was van Rahden als „situative Ethnizität“ beschreibt.³⁴¹ Frauen im JFB fühlten sich sowohl als Deutsche als auch als Jüdinnen.

Für die Gründung der Organisation spielte die Abwehr des sich verschärfenden Antisemitismus in Verbindung mit der Rückbesinnung auf das Judentum und der Stärkung des Gemeinschaftsbewusstseins eine nicht zu unterschätzende Rolle. 1893 hatten assimilierte Juden bereits den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) als Abwehrorganisation ins Leben gerufen.³⁴² Diesem stand der Jüdische Frauenbund nicht zuletzt durch personale Verflechtungen sehr nahe, 1918 trat er dem CV bei.³⁴³ 1911 war der JFB bereits dem Verband der deutschen Juden, einer sogenannten Abwehrorganisation, beigetreten.

In der Folgezeit schlossen sich die meisten lokalen israelitischen Frauenvereine dem JFB an. Seit 1905 entstanden Ortsgruppen, in welchen sich Frauenvereine eines Ortes organisierten, wobei sie aber ihre Selbständigkeit wahrten.

Im Laufe der Zeit gelang es, fast im ganzen Reich Landesverbände einzurichten, so dass der JFB schließlich von der Bundes- über die Landes- bzw. Provinzial- bis hin zur Ortsgruppenebene strukturiert war. 1910 schlossen sich dem JFB die Schwesternvereinigung des Ordens Bne Briss und der zionistische Verband jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina als korporative Mitglieder an³⁴⁴; zudem traten Mitglieder orthodoxer Frauenvereine der Dachorganisation bei.³⁴⁵

Bertha Pappenheim prägte als langjährige Vorsitzende ganz wesentlich den Bund. Sie, wie andere führende Frauen des Jüdischen Frauenbundes, gehörte zur jüdischen Elite und war daher – wie Prestel konstatierte - prädestiniert, eine aktive Rolle zu übernehmen.³⁴⁶ Ihr Ziel war nicht vorrangig die sich individuell entfaltende Frau, sondern die Erziehung der „echten“ Jüdin, „streng gegen sich, mildtätig gegen andere und demütig vor Gott“.³⁴⁷

Die sich im Bund versammelnden Frauen gehörten zu jenen akkulturierten deutschen Juden, welche nicht in der Mehrheitskultur aufgingen; ihr Wunsch nach Eigenständigkeit traf auf

³⁴¹ Vgl. dazu weiter Rahden van 1996, 434 und Buchholtz 2001, 6.

³⁴² Der CV wurde vornehmlich von religiös-liberalen, assimilierten Mittelständlern gegründet, die den staatsbürgerlichen Rechten der Juden Nachdruck verliehen und durch Aufklärung und Agitation dem Antisemitismus entgegentraten. Orthodoxe und Zionisten konnten sich aufgrund abweichender Grundpositionen vom CV nicht angesprochen fühlen.

³⁴³ Wie Kaplan feststellte, gehörten viele der Mitarbeiterinnen der Bundeszentrale des JFB dem Centralverein an. Vgl. dazu 1981, 38.

³⁴⁴ Vgl. Wawrzyn 1998, 145.

³⁴⁵ Der zionistische Verband schloss sich 1910 an. Ebenda.

³⁴⁶ Vgl. weiter Prestel 1994 c, 245.

Ressentiments der Umgebungsgesellschaft. Da ihnen eine aktive Mitgestaltung der israelitischen Gemeinden kaum möglich war, entfalteten sie im sozialen Bereich und in der Solidarität mit Juden und Jüdinnen über die Reichsgrenzen hinaus ihr Jüdischsein.

Der Bund setzte sich für die Verbesserung der Stellung und der Lebensbedingungen jüdischer Frauen über den Weg der sozialen Arbeit ein und strebte nach Neubelebung der jüdischen Gemeinde.³⁴⁸ Seine Arbeitsfelder fand der JFB, neben der sozialen Arbeit, in der Volkserziehung sowie im Kampf um die Hebung der Sittlichkeit. Er bekämpfte den Mädchenhandel und bemühte sich um die Stärkung des jüdischen Gemeinschaftsbewusstseins.³⁴⁹ Hierfür schuf der Bund verschiedenen Einrichtungen.

Die Mitglieder des Jüdischen Frauenbundes pflegten ihre ausgeprägte jüdische Identität und die Kontinuität der Überlieferungen.³⁵⁰ Dieser Pflege des Judentums kam eine tragende Rolle zu und trug zugleich zum Entwicklungsprozess des Judentums bei. Nach Kaplans Charakterisierung wollte das „typische JFB-Mitglied [...] Hausfrau und Mutter sein, die im privaten Bereich ihren Status akzeptierte und die traditionelle freiwillige Sozialarbeit in der Gemeinde leistete; die einen Beruf und Bildungschancen für Frauen forderte, aber für spezifisch ‚weibliche‘ Berufe; sie bestand auf Gleichberechtigung der Frau in Politik und Gesellschaft, aber sie tat es in ihrer eigenen Art, als ‚Dame‘.“³⁵¹ Der Jüdische Frauenbund repräsentierte somit vordergründig die Auffassungen der Mehrzahl der deutschen Juden, die akkulturiert waren und sich zu einem liberalen Glauben bekannten. Aufgrund der sozialen Herkunft und gesellschaftlichen Stellung der Bundes-Mitglieder gestaltete sich das Verhältnis zu den Adressaten der Unterstützung nicht unproblematisch.³⁵² Angesichts ihrer wirtschaftlich gesicherten Lebensverhältnisse waren die Frauen des JFB nicht auf einen selbständigen Erwerb des Lebensunterhaltes angewiesen. Ihre oftmals geringe Vorbildung und der Antisemitismus verwehrten oder erschwerten ohnehin den Zugang zu typischen Frauenberufen, zum Beispiel im Bereich von Schule und Kinderbetreuung. Daher widmeten sie sich vorrangig unbezahlter Wohltätigkeitsarbeit. Den Bedürfnissen der Betreuten kam dabei nicht zwangsläufig die primäre Rolle zu.³⁵³

³⁴⁷ Nachwort zu Pappenheims Brief vom 9.11.1928. In: Heuberger 1992, 309.

³⁴⁸ Vgl. dazu Kaplan 1981, 23. Auch christlich konfessionelle Frauenvereine zielten auf das Zusammenhalten christlicher Gemeinden gegenüber Säkularisierungstendenzen.

³⁴⁹ Vgl. dazu Der Jüdische Frauenbund. In: AZJ (1905) 69, 100 f.

³⁵⁰ Vgl. Hecht 2005, 127.

³⁵¹ Kaplan 1981, 18.

³⁵² Besonders belastet war das Verhältnis zu Frauen, die der Arbeiterbewegung nahestanden, da sie das bürgerliche Gesellschaftsideal in Frage stellten.

³⁵³ So äußerte sich selbst Bertha Pappenheim über die ehrenamtliche soziale Vereinsarbeit, als einzig annehmbaren Zeitvertreib neben Gesellschaften und anderen trivialen Zerstreuungen. Vgl. dazu weiter Kaplan 1981, 63.

Bereits 1897 hatte sich Pappenheim an Frauen ihrer Klasse gewandt: „Vom gerechten menschlichen Standpunkt ist es doch nicht mehr als Pflicht und Schuldigkeit, dass die begüterte Frau aufhört, gedankenlos in den Tag hinein zu leben, und dass sie anfängt, einen kleinen Teil ihrer Zeit und einen etwas größeren ihrer Intelligenz, vereint mit jenen Mitteln, die die bisher dem sinnlosen Almosen gewidmet hat, in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt zu stellen. Und deshalb sind es die allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen, denen zuerst die Frau ihr Interesse und ihr Augenmerk zuwenden soll“.³⁵⁴

Bertha Pappenheim erwartete zudem, dass gebildete Frauen sich mit dem Arbeitsmarkt beschäftigten und arbeitsuchenden Frauen behilflich sein sollten. Bürgerliche jüdische Frauen betrachteten zu jener Zeit in der Mehrheit die Berufstätigkeit nur als Übergangsphase bis zur Eheschließung, so dass ihr Engagement für einen Beruf entsprechend gering war. Körperliche Arbeit war unter ihnen verpönt. Stattdessen verfolgten viele von ihnen das Ziel, zur Lösung der Frauenfrage als Teil der sozialen Frage beizutragen.

Pappenheim orientierte auf planmäßiges und zweckdienliches Helfen und damit verbunden, auf den Anschluss an die Frauenbewegung. „Die gebildete Frau muss einsehen lernen, dass sie die Pflicht hat, zu helfen, wo es nöthig [sic] ist.“, so Pappenheim³⁵⁵

Im Gegensatz zur interkonfessionellen Frauenbewegung, welche vorrangig um bessere Ausbildungs- und Berufschancen für Frauen kämpfte, bestand das wesentliche Motiv der Organisation der jüdischen Frauenbewegung also im Sozialen. Folglich verknüpfte die jüdische Frauenbewegung Wohlfahrtspflege und Frauenemanzipation auf untrennbare Weise. Privaten hausfraulichen und mütterlichen Verpflichtungen maßen die wohl situierten bürgerlichen jüdischen Frauen allerdings stets Priorität bei. Sozialarbeit ergänzte diese lediglich und wurde nicht als mögliches Erwerbsfeld in Betracht gezogen.

Die Arbeit des JFB ging dabei über die bisherige Wohltätigkeit hinaus, indem er Ziele anstrebe, welche auf der Grundlage ermittelter Ursachen sozialer Probleme beruhten und Konzepte zur Bekämpfung sozialer Notsituationen erarbeitete. Möglichst alle jüdischen Frauen sollten mit der neuen Organisation angesprochen werden.

Der Bund bot jüdischen Frauen eine Alternative zu traditionellen Beerdigungsvereinen und zu nichtjüdischen Vereinen.³⁵⁶ Er öffnete die Möglichkeit, Kontakte gleichgesinnter Jüdinnen zu

³⁵⁴ Pappenheim 1897 in Heubach 1994, 11.

³⁵⁵ Pappenheim 1897 in Heubach 1994, 10.

³⁵⁶ Bertha Pappenheim bezeichnete Jüdinnen, die sich der deutschen Frauenbewegung anschlossen, als „halbe“ Juden. Vgl. Kaplan 1981, 75.

schaffen und zu pflegen und setzte sich mit Nachdruck für die Gleichstellung der Frau in der jüdischen Gemeinde ein.

Die neue Frauengeneration war weniger in den nichtjüdischen als den jüdischen Organisationen aktiv und kämpfte um Frauenrechte in der jüdischen Gemeinschaft, besonders um das Wahlrecht, um an der jüdischen Gemeinde auf der gleichen Grundlage wie die Männer teilzuhaben.³⁵⁷

Ogleich der Bund einen gemäßigten Feminismus bürgerlichen Charakters vertrat, erschienen seine Forderungen innerhalb der jüdischen Gemeinde nicht selten als radikal. Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in der Gemeinde wurde von der Orthodoxie abgelehnt, die dezidierte jüdische Traditionspflege hingegen von den Liberalen.

Alle drei Jahre fanden Delegiertentagungen der Mitgliedsvereine des JFB statt. Vom 7. bis 9. Oktober 1907 versammelten sich die Vertreterinnen der angeschlossenen Vereine in Frankfurt am Main zur zweiten Mitgliederversammlung. Für die Gesamtinteressen der jüdischen Frauen einzutreten, formulierte der Bund bei diesem Zusammentreffen als vorrangige Aufgabe, dazu bot er die Plattform zu Gedankenaustausch und Anregungen, zum Vorstellen von vorbildlichen Einrichtungen der unterschiedlichen Frauenvereine.³⁵⁸ Dem Verband hatten sich mittlerweile fünfundachtzig Vereine angeschlossen. Henriette Goldschmidt und Lina Morgenstern gehörten dem Bund als Ehrenvorsitzende an. Das Vermögen des JFB belief sich zu dieser Zeit auf bescheidene 500 Mark. Im gleichen Jahr wurde das Heim des JFB von Bertha Pappenheim in Isenburg mit dem Ziel gegründet, gefährdete weibliche Jugendliche und Frauen aufzunehmen. Das Heim verstand sich als eine Erziehungsstätte für weibliche Personen, deren Leben nach dem jüdischen Religionsgesetz der Halacha auf eine neue Basis gestellt werden sollte. Große Beachtung fand Pappenheims auf der Delegiertentagung gehaltenes Referat zur Sittlichkeitsfrage. In diesem unterstrich sie, dass sich der Standpunkt der jüdischen Religion zur Frage, was sittlich sei, nicht von dem anderer Konfessionen unterscheide. Gerade die Religionsgemeinschaften seien zur Pflege von Moral und Sittlichkeit durch die Erziehung der Gemeindemitglieder verpflichtet.³⁵⁹

Pappenheim stellte die Sittlichkeitsfrage im Kontext von Sozialpolitik und Sozialhygiene dar und verwies im Detail auf die Themenkomplexe Wohnen, Lohn, Arbeit und Erziehung. Die jüdischen Sittlichkeitsgesetze hatten die Existenz des jüdischen Volkes geprägt und gesichert,

³⁵⁷ Vgl. Prestel 1998, 136 f.

³⁵⁸ Vgl. HbjGW 18 (1907), IX.

³⁵⁹ Vgl. Pappenheim 1907. In: Heubach 1992, 107 f.

so dass die Zahlen unehelicher Geburten, Prostituiertes und von Sittlichkeitsverbrechen bei den Juden immer unter dem Durchschnitt lagen, wenngleich sie stetig anstiegen.³⁶⁰

Sie kritisierte die juristische Benachteiligung von Frauen, ihrer Gleichstellung „vor dem Gesetz mit Idioten und Kindern“ sowie die Rolle von Frauen in der jüdischen Gemeinde, welche in ihrer Beschränkung keine geistige Entfaltungsmöglichkeit bot. Nur als Ehefrau und Mutter kam der jüdischen Frau Achtung zu.³⁶¹

Mädchen wurden in der Regel lediglich auf die Heirat vorbereitet, auch wenn sich für viele aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen tatsächlich die Aufgabe stellte, selbst den Unterhalt erarbeiten zu müssen.³⁶² Mit ihrer Skandalisierung der Rolle jüdischer Frauen bei den Orthodoxen als reine Geschlechtswesen brachte Pappenheim schließlich alle Richtungen des Judentums und die jüdische Presse gegen sich auf.³⁶³

Als vom 27. bis 29. Dezember 1910 in München die dritte Delegiertenversammlung stattfand, verzeichnete der Verband bereits 132 angeschlossene Vereine.³⁶⁴

Die vierte Delegiertentagung fand 1913 in Leipzig statt und plante u.a. eine Erziehungskonferenz für Deutschland in Kooperation mit dem DIGB. Zu diesem Zeitpunkt verfügte der JFB über 160 Vereine und zehn Ortsgruppen, insgesamt zählte er 32.000 Mitglieder.

Der Gemeindevorsteher David Magnus hieß die Gäste willkommen und Bertha Pappenheim hielt die Begrüßungsrede. Die Teilnehmerinnen berichteten über die geleistete Arbeit, bestimmten neue Aufgaben und Ziele und fassten Beschlüsse. Darüber hinaus fand die Vorstandswahl statt. Für die Leipziger Ortsgruppe sprach Anna Neumann. Sie stellte in einem Vortrag „Die jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen Leipzigs“ vor.

Im Hinblick auf die aktuellen Projekte des Bundes wurde beispielsweise zur Bahnhofshilfe darüber informiert, dass der Bund „gemeinsam mit anderen Konfessionen ein Plakat mit Schutzadressen für allein reisende Frauen und Mädchen geschaffen [hatte, d.V.], das in allen Eisenbahnabteilungen dritter und vierter Klasse in ganz Deutschland“ ausgehängt wurde. Mit dem Zentralkomitee für Auswanderungsangelegenheiten bestanden kooperative Beziehungen, indem der Bund die Tätigkeit des Komitees durch Kleidersammlungen unterstützte. Hinsichtlich der Jugendarbeit standen die Aufgaben weiblicher Jugendgruppen und Mädchenklubs zur Diskussion.³⁶⁵

³⁶⁰ Vgl. Pappenheim 1907. In: Heubach 1992, 109.

³⁶¹ Vgl. Pappenheim 1907. In: Heubach 1992, 111 f.

³⁶² Vgl. Pappenheim 1907. In: Heubach 1992, 113.

³⁶³ Vgl. Pappenheim 1907. In: Heubach 1992, 115 f.

³⁶⁴ Vgl. Werner 1917, 6.

³⁶⁵ Vgl. AZJ 77 (1913) 14, 6.

Weiterhin wurden durch einen Bericht über das Heim in Isenburg die ersten sechs Jahre der Geschichte der Einrichtung resümiert und schließlich setzten sich die Teilnehmerinnen mit den Problemen des Arbeitsnachweises und der Stellenvermittlung auseinander. Für die Vermittlung von Arbeit in Orten ohne Stellenvermittlungen, erarbeiteten die Frauen eine Liste von Vertrauenspersonen, welche die entsprechenden Aufgaben übernahmen. Im Zentrum der Vermittlung und Ausbildung weiblicher Arbeitskräfte stand die Hauswirtschaft. Entsprechend spielte die Debatte über Haushaltsschulen mit einer Oberstufe zur Ausbildung von wirtschaftlichen Leiterinnen für jüdische Anstalten eine zentrale Rolle. Zur Effektivierung der Stellenvermittlung sollten dafür geschaffene statistische Abteilungen der Orts- und Jugendgruppen Materialien für die Auskunftsstelle des JFB erarbeiten.³⁶⁶

Mit perspektivischer Blickrichtung unterstrich die Tagung die Mitarbeit des JFB in der deutschen Frauenbewegung als wichtiges Anliegen. Zur Hauptaufgabe in der praktischen Arbeit wurde die Umwandlung der traditionellen Wohltätigkeit in rationelle Wohltätigkeitspflege erklärt. Die Mitglieder wurden sowohl hinsichtlich der Pflege und Förderung ihres Judentums und in der Erhaltung der Grundlagen jüdischer Ethik bestärkt, als auch als Trägerinnen deutscher Kulturarbeit.³⁶⁷

Die Tagungsteilnehmerinnen verabschiedeten eine drei Punkte umfassende Resolution, welche sich mit dem Schächten auseinandersetzte. Beschlossen wurden außerdem, Literatur zur Sittlichkeitsfrage zu verbreiten und die internationale Zusammenarbeit durch die Erweiterung der Vertrauensliste ausländischer Schutzadressen auszubauen. Weiterhin kamen die Teilnehmerinnen überein, die Bildung von Jugendgruppen und die Errichtung von Heimen für erwerbstätige Frauen und Mädchen in Angriff zu nehmen. Zu den Ergebnissen der Delegiertentagung gehörte schließlich auch eine Petition, welche die Anstellung jüdischer Lehrerinnen forderte.

Letztlich wurden die Beschlüsse aufgrund des Kriegsausbruchs zurückgestellt und das Herausgabe der Mitteilungen des Bundes eingestellt.

Ebenfalls 1913 veranstaltete die Kommission für Arbeitsnachweise des JFB in Leipzig eine Delegiertentagung. Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits fünfzig weibliche jüdische Arbeitsnachweise. Die Ziele der Tagung waren, das Netz der Einrichtungen zu erweitern, die Vermittlung von Stellen und Arbeitsuchenden zu verbessern sowie eine Zentralstelle zu gründen. Eine verstärkte Zusammenarbeit sollte den Zustrom von Erwerbslosen in die Großstädte

³⁶⁶ Vgl. AZJ 77 (1913) 14, 5.

³⁶⁷ Vgl. AZJ 77 (1913) 14, 4.

und Ballungszentren verhindern. Zur Vereinheitlichung des Vorgehens stand die Erarbeitung von Leitsätzen auf der Tagesordnung.

Im Ergebnis der Tagung entstand ein Kartell, welchem die Mehrzahl der weiblichen Arbeitsnachweise und der Verband der Arbeitsnachweise der Großloge des U.O.B.B. beitraten. Die Frauenvereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums bildete mit dem Kartell eine Interessengemeinschaft. Die Geschäftsstelle des Kartells wurde mit der Zentralstelle für Stellenvermittlung vereinigt; der Beitritt zum Verband Deutscher Arbeitsnachweise wurde beschlossen.³⁶⁸ Am 4. Januar 1914 veranstaltete der JFB in Berlin die bereits 1913 in Zusammenarbeit mit dem DIGB initiierte Jugenderziehungskonferenz, welche in Ortsgruppen in Leipzig vorbereitet worden war.

Der Bund verzeichnete eine stetig steigende Mitgliederzahl.³⁶⁹ 149 Vereine hatten sich in der Dachorganisation verbündet und sieben Ortsgruppen waren entstanden. Das Vermögen des Bundes belief sich 1913 auf 2.850 Mark. Angesichts aktueller Beschäftigungsprobleme wurde eine Kommission für Stellenvermittlung eingerichtet, welche Teil des bestehenden weiblichen jüdischen sozialen Arbeitsnachweises war und sich neben der Stellenvermittlung auch um die Schaffung neuer Stellen bemühte.³⁷⁰

Ein wesentliches Anliegen Bertha Pappenheims und des JFB bestand in der Bekämpfung von Mädchenhandel und Prostitution. Der Bund war auf allen internationalen Konferenzen gegen den Mädchenhandel vertreten und kämpfte gegen die Beteiligung von Juden am Menschenhandel, um so den Antisemiten die Basis ihrer Angriffe zu entziehen. Präventiv forderte er zudem Reformen im jüdischen Ehe-, Scheidungs- und Erbrecht. Darüber hinaus nahm sich der Verband gefährdeten Frauen und Opfern an; diese Solidarität wurde als ein Dienen an der Gemeinde verstanden, als eine mütterliche gesellschaftliche Verpflichtung. In der rechtlichen Benachteiligung von Jüdinnen sah Bertha Pappenheim eine wesentliche Ursache für Mädchenhandel und Prostitution aus.

Bereits 1904 hatte sie auf die Beziehungen der Armen- und Waisenpflege zum Mädchenhandel verwiesen. Aus Osteuropa eingewanderte alleinerziehende Mütter gerieten häufig ins Visier von Menschenhändlern; wenn sie sich prostituierten, wurden sie aus der jüdischen Gemeinde ausgeschlossen.³⁷¹

Bertha Pappenheim machte sowohl unter den Mädchenhändlern, als auch unter deren Opfern viele Juden aus. Als Händler und Agenten traten vielfach scheinbar „ehrbare“ Frauen im

³⁶⁸ Vgl. JFBM 1 (1914) 2, 3.

³⁶⁹ Vgl. u.a.. JbF 1913, 129.

³⁷⁰ Vgl. HbjGW 21 (1913), XII.

³⁷¹ Vgl. Pappenheim 1901. In Heubach 1992, 23.

Auftrag kapitalkräftiger Kaufleute in Aktion.³⁷² Zudem warf Bertha Pappenheim den Polizeiorganen Verstrickungen in den Mädchenhandel vor. Sie konstatierte ferner eine mangelnde Bereitschaft wohlhabender Jüdinnen, die betroffenen Frauen zu unterstützen.³⁷³ Neben ökonomischen Notlagen und dem Verfall von Familien erkannte Bertha Pappenheim auch erziehungsrelevante Aspekte als Ursachen des Mädchenhandels, insbesondere die reduzierte Wahrnehmung von Frauen als Geschlechtswesen und die „verschrobene“ begrifflichen Vorstellungen über Ehre und Schande.³⁷⁴

In Russland, Galizien und Rumänien kam den meisten gefährdeten Mädchen kein staatsbürgerlicher Schutz zu, vielmehr wurden sie durch antisemitische Tendenzen geradezu in die Prostitution gezwungen.³⁷⁵

Auf der Londoner Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels 1913 referierte Bertha Pappenheim zu den jüdischen Interessen an der Problematik und stellte eine wachsende praktische Solidarität von Frauen mit den Opfern fest. Sie kritisierte aber die fortbestehende doppelte Moral und die „Verfallserscheinungen von Volkswohl und –gesundheit“.³⁷⁶ Die Bekämpfung des Mädchenhandels erwies sich ihrer Meinung nach letztlich als eine Geldfrage.³⁷⁷ Die Konferenzteilnehmer beschlossen, in ihren Ländern Nationalkomitees zu gründen, deren Aufgabe darin bestehen sollte, sich für die Abschaffung von Bordellen einzusetzen.³⁷⁸

Pappenheim sah sich gerade in ihren Anstrengungen gegen den Mädchenhandel und die Prostitution heftigen Anfeindungen männlicher Vertreter jüdischer Gemeinden ausgesetzt, welche ihr vorwarfen, in ihrem Tun dem Antisemitismus Vorschub zu leisten.

Dabei war sie, die selbst ostjüdische Wurzeln besaß und stark am Schicksal der Ostjuden Anteil nahm, nicht frei von Ressentiments gegenüber jenen ostjüdischen Einwanderern, welche „ihre Ghetto-Tradition“ nicht ablegen konnten.³⁷⁹

Der JFB verstand sich von Beginn an als integraler Bestandteil der bürgerlich deutschen Frauenbewegung und orientierte sich programmatisch stark am BDF. 1907 hatte er sich dem BDF angeschlossen und avancierte zu dessen größter Tochterorganisation.³⁸⁰ Strukturell war die jeweilige Vorsitzende des JFB selbstverständliches Mitglied des Vorstandes des BDF.

³⁷² Vgl. Pappenheim 1910. In: Heubach 1992, 138.

³⁷³ Vgl. Pappenheim 1910. In: Heubach 1992, 141 f.

³⁷⁴ Vgl. Pappenheim 1910. In: Heubach 1992, 139.

³⁷⁵ Vgl. Pappenheim 1910. In: Heubach 1992, 142.

³⁷⁶ Pappenheim 1913. In: Heubach 1992, 241-248, 241.

³⁷⁷ Vgl. Pappenheim 1913. In: Heubach 1992, 246.

³⁷⁸ Vgl. Pappenheim 1913. In: Heubach 1992, 247.

³⁷⁹ Vgl. dazu weiter Konz 2005, 80.

³⁸⁰ Der Katholischen Frauenbund Deutschlands trat dem BDF wegen konfessioneller Bedenken nie bei.

Der BDF, welcher sich parteipolitisch und konfessionell unabhängig erklärte, bezweckte das Bündnis aller jener selbständig bleibenden Organisationen deutscher Frauen, welche die Förderung des weiblichen Geschlechts in wirtschaftlicher, rechtlicher, geistiger und körperlicher Hinsicht und die Hebung des Allgemeinwohls anstrebten, zu gemeinsamer Verfolgung dieser Ziele und zur Diskussion der Ideen der Frauenbewegung.³⁸¹ Darüber hinaus erwartete der Jüdische Frauenbund, mit dem Dachverband der deutschen Frauenbewegung einen Verbündeten im Kampf gegen den Antisemitismus zu gewinnen.³⁸² Die Idealisierung der Mütterlichkeit und der Mutterrolle nutzten beide Verbände, um den Einfluss von Frauen in der Öffentlichkeit geltend zu machen. Ähnlich wie der Bund deutscher Frauenvereine strebte auch der JFB auf der Basis der Übernahme von Pflichten nach Gleichberechtigung. Manche Mitglieder engagierten sich zugleich im BDF und im JFB. Insgesamt gestaltete sich das Verhältnis beider Verbände freundschaftlich, wenn auch nicht frei von Spannungen.

Der BDF geriet in seiner Entwicklung, besonders seit 1910, zunehmend unter den Einfluss konservativer Kräfte. Indem national gesinnte Kräfte die Oberhand gewannen, sahen sich pazifistisch gesinnte Frauen immer mehr in eine Defensivposition gedrängt. Als schließlich der Krieg ausbrach, überwogen die nationalistischen Stimmen bei weiten - Kriegsgegnerinnen spielten kaum eine Rolle.³⁸³

Wie Wawrzyn zeigte, wurden judenfeindliche Tendenzen im DEF, welcher sich ein Jahr später als der JFB dem BDF angeschlossen hatte, kurz vor dem Ersten Weltkrieg (insbesondere im Publikationsorgan „Evangelische Frauenzeitschrift“) unübersehbar. Alice Bernsheimer, Schriftführerin des BDF, kritisierte in einem Brief an die Vorsitzende Paula Müller im März 1914 das Erscheinen eines antisemitischen Artikels, welcher die Überwindung des „verjudeten Liberalismus“ zum Gegenstand hatte.³⁸⁴

Konfessionellen Vereinen gegenüber verhielt sich der BDF aufgrund seines Grundsatzes von parteilicher und konfessioneller Neutralität generell skeptisch, wobei allerdings konfessionsabhängig deutlich unterschiedliche Maßstäbe angelegt wurden.³⁸⁵ Teilweise gab es sogar Bestrebungen, religiöse Gruppierungen ganz aus der vereinigten Frauenbewegung auszuschließen.³⁸⁶ Gegen solche Tendenzen kämpfte der Jüdische Frauenbund vehement an.

Dass innerhalb des Bundes deutscher Frauenvereine die Mitglieder des Jüdischen Frauenbundes in erster Linie als Feministinnen wahrgenommen wurden, nicht aber als Jüdinnen,

³⁸¹ Vgl. JbF 1 (1912) 3.

³⁸² Zum Verhältnis zwischen JFB und BDF, vgl. Wawrzyn 1999

³⁸³ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 57.

³⁸⁴ Vgl. zum Briefwechsel weiter Wawrzyn 63.

³⁸⁵ Zur Position zum DEF bzw. zum JFB, vgl. Wagner 1994, 8-12.

³⁸⁶ Zum Bemühen der Radikalen um Ausschluss konfessioneller Organisationen, vgl. Gerhard 203.

belastete wiederholt das Verhältnis. Konflikte ergaben sich zudem daraus, dass der BDF die jüdische Integration unter Voraussetzung der Preisgabe der jüdischen Identität befürwortete und sich im Laufe der Jahre der Antisemitismus einzelner Mitglieder zuspitzte. Die Vertreterinnen des Jüdischen Frauenbundes wollten ihre Organisation als konfessionellen Verband und sich selbst als Patriotinnen, die sich der Frauenbewegung gegenüber treu und loyal verhielten, verstanden wissen.³⁸⁷

1917 nahm der JFB die Bekämpfung des Antisemitismus in seine Statuten auf.

Die Arbeit des JFB war in vordergründig auf soziale Themen ausgerichtet, wobei es bei allem Bestreben nach Modernisierung und Emanzipation nicht gelang, typische Merkmale traditioneller jüdischer Wohlfahrtsorganisationen aufzugeben. Die vornehmlich der Mittelschicht angehörenden bürgerlichen deutschen Jüdinnen zementierten in ihrem Engagement den Klassenunterschied zu den sozial Unterprivilegierten, welche zu Objekten ihrer Fürsorge wurden.

Dem bereits erwähnten Heim in Isenburg bei Frankfurt am Main, in welchem die Ortsgruppen bedürftige Mädchen und Frauen unterbrachten, kam dabei eine wichtige Aufgabe zu.³⁸⁸ Das Heim nahm Schwangere und Mütter auf und war darüber hinaus Pflegestelle für ehelich und unehelich geborene Säuglinge und Kleinkinder. Außerdem erfüllte es die Funktion eines Erziehungsheimes für Schulkinder und organisierte die Ausbildung von Schulentlassenen im hauswirtschaftlichen Bereich.³⁸⁹

War bis Ende des 19. Jahrhunderts das Problem unehelicher Kinder und lediger Mütter in der jüdischen Öffentlichkeit tabuisiert worden, gelang es dem JFB unter Federführung Bertha Pappenheims angesichts der rückläufigen demographischen Entwicklung unter den deutschen Juden, endlich einen Bewusstseinswandel in Gang zu setzen. Nachdem die private Wohltätigkeit uneheliche und sexuell „bescholtene“ Kinder stets weitgehend als gefährdend für die Gemeinschaft ausgegrenzt hatte, wurde das „uneheliche Kind“ Anfang des 20. Jahrhunderts Gegenstand des öffentlichen Diskurses. Bertha Pappenheim befürchtete, vernachlässigte kriminalisierte Kinder könnten die günstige Kriminalstatistik der deutschen Juden verderben, und vertrat darüber hinaus die Überzeugung, die jüdische Gemeinschaft könne es sich nicht leisten, Mitglieder zu verlieren. Jüdische Mütter und Kinder sollten daher nicht länger ihrem Schicksal überlassen werden.³⁹⁰ Um die Betroffenen dem Judentum zu erhalten, führte Pappenheim ihr Heim strikt nach religionsgesetzlichen Vorschriften. Die Haltung zu unehel-

³⁸⁷ Vgl. Kaplan 1981, 43.

³⁸⁸ Zur Nutzung durch die Israelitische Religionsgemeinde und die Leipziger Ortsgruppe des JFB, vgl. GBIRG 3 (1927) 43, 3.

³⁸⁹ Vgl. Prestel 1994 b, 87.

³⁹⁰ Vgl. weiter Prestel 2000, 358 f.

lichen Müttern prägte aber auch in Isenburg die herrschenden bürgerlichen Moralvorstellungen und Vorurteile, so dass diese als „gefährdet“ und „moralisch krank“ charakterisiert wurden.³⁹¹

Prestel konstatierte, dass die Erziehung in Isenburg Elemente ‚fürsorglicher Belagerung‘ einschloss. Dies beinhaltete konkret die Durchsetzung einer überaus strengen Hausordnung, der Stillpflicht, des Rauch-, Schmink- und Trinkverbotes sowie die Kontrolle der Mutter-Kind-Beziehung. Im Sinne jüdischer Tradition und zeitspezifischer Sittlichkeitsauffassungen wurden Erotik, Sexualität und jegliche Anzeichen von Eitelkeit unterdrückt.³⁹²

Obgleich der JFB vorgab, allen Frauenvereinen eine Plattform zu geben, verhielt er sich zumindest auf der Bundesebene den Zionistinnen gegenüber ablehnend. Die männlichen Führer der zionistischen Bewegung vertraten ein bürgerlich geprägtes Geschlechtsrollenverständnis und werteten die Familie als primäre Sozialisationsinstanz. Frauen wurden danach auf die Funktion der Erzieherin des jüdischen Volkes reduziert und dafür verantwortlich gemacht, dass die nachwachsende Generation sich dem Judentum entfremdete. Die soziale Lage der Frau stand zugunsten der nationalen Aufgabe im Hintergrund.

Die Ablehnung des Zionismus richtete sich vor allem gegen dessen Verständnis des Judentums als eine „sittliche Gemeinschaft“, welche Konfession und Tradition verband und nach nationaler Selbstbestimmung strebte.

Seitens des JFB bestanden kaum Interessen an der Auswanderung, hingegen aber Befürchtungen, der Zionismus könne antisemitische Vorurteile anheizen.

Konkretheit und Lebendigkeit erlangten Ziele und Aufgaben des JFB, indem sie durch die Ortsgruppen, in denen sich interessierte jüdische Frauenvereine einer Stadt organisierten, praktisch umgesetzt und in spezifischer Weise realisiert wurden. Diese Ortsgruppen bemühten sich in erster Linie um eine umfassende jüdische Kultur- und Erziehungsarbeit innerhalb ihrer Mitgliedsvereine im Sinne des Bundesgedankens, um die Frauen zu befähigen, soziale Aufgaben in den Gemeinden zu übernehmen.³⁹³ Obgleich die Ortsgruppen theoretische Kenntnisse vermittelten und praktisch in die soziale Arbeit einführten, konstatierte Kaplan, dass dennoch ein Teil der angeschlossenen Vereine traditionellen Auffassungen sozialer Betätigungen verhaftet blieb.³⁹⁴

³⁹¹ Vgl. Prestel 2000, 85.

³⁹² Selbst manche Mitarbeiterinnen des Heimes betrachteten Pappenheims unnachgiebige Strenge und die spartanische Einrichtung, die beispielsweise Spiegel ausschloss, sehr skeptisch. Vgl. Prestel 2000, 85.

³⁹³ Vgl. dazu weiter Brenner 1929 a, 6.

³⁹⁴ Vgl. dazu Kaplan 1981, 71.

In den Ortsgruppen kam der Toleranz der den verschiedenen Richtungen des Judentums verpflichteten Frauenvereine grundlegende Bedeutung zu, indem sie ein gemeinsames Wirken erst ermöglichte.³⁹⁵

Als Bindeglied zwischen den Frauen fungierte der „soziale Feminismus“, welcher feministische Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung mit traditioneller Sozialarbeit, religiösen Bindungen und einem zur Sozialreform tendierendem Engagement in der Gemeinde, verband.³⁹⁶

Gesellschaftliche Ressentiments führten dazu, dass die eigene jüdische Gemeinschaft in den Mittelpunkt des Fraueninteresses trat, sie zum kulturellen Geistesgut des Judentums zurückkehrte und die Assimilation bekämpfte.³⁹⁷

Ein wesentlicher Aspekt der Arbeit des jüdischen Frauendachverbandes war seit seiner Entstehung der internationale Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen jüdischen Frauenverbänden und der interkonfessionellen Frauenbewegung im Hinblick auf Themen der sozialen Arbeit und der Frauenemanzipation. 1909 nahm Bertha Pappenheim als Vertreterin des JFB am vierten Treffen des Frauenweltbundes in Toronto teil, ebenso wie Alice Salomon als Delegierte des BDF.

Einige Jahre später, 1914, trug Bertha Pappenheim wesentlich zu dem Beschluss der Schaffung eines Jüdischen Frauenweltbundes bei, welcher durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zunächst vereitelt wurde.

Solidarisch verhielt sich der Bund jederzeit zu den Frauen in Galizien.³⁹⁸ 1908 finanzierte er beispielsweise drei Kindergärten sowie ein Waisenhaus und richtete Informationszentren vor Ort ein. Im gleichen Jahr stellte der Bund die Verbindung zu amerikanischen Frauen her, um die Hilfe für Ostjüdinnen zu koordinieren, die als Prostituierte in amerikanischen Städten lebten.

1914 beschloss der ICW-Kongress die Gründung eines Weltbundes jüdischer Frauen. Seine Ziele waren vielfältig und weitreichend, sie umfassten u.a. die Stärkung der jüdischen Solidarität, die Gewinnung der Frauen für die jüdische Frauenbewegung, die Weiterentwicklung der Wohltätigkeit zu rationeller, sozialer Hilfsarbeit, die Gleichstellung der Frauen in den Ge-

³⁹⁵ Lediglich mit den Zionistinnen wurde - entsprechend der Grundauffassungen des Bundes - bis weit in die Jahre der Weimarer Republik hinein kein Bündnis gesucht. Allerdings entstand in Leipzig die Zionistische Frauengruppe ohnehin erst 1930.

³⁹⁶ Vgl. dazu Kaplan 1981, 26.

³⁹⁷ Vgl. Rabin 1969, 105 f.

³⁹⁸ Ein Drittel aller galizischen Juden galten als „Luftmenschen“ und waren dem Hungertod nahe. Vgl. dazu Kaplan 1981, 210

meinden, den Eintritt der Frauen in Organisationen für Frauen und Kinder sowie die Überwindung der Spaltung des Judentums.³⁹⁹

Insbesondere ging es darum, die Solidarität und Zusammenarbeit der Frauen international zu stärken und den Frauenorganisationen ein Programm für ihre Arbeit zu vermitteln. Die katastrophale Lage der jüdischen Bevölkerung in Ost- aber auch in Mitteleuropa, die Verfolgungen und Pogrome sowie das Fehlen einer staatlichen Fürsorge für staatenlose Juden, ließen die internationale Frauenwelt zusammenrücken. Bertha Pappenheim referierte zum Thema „Schutz der Frauen und Mädchen. Das Problem in allen Zeiten und Ländern“. Unter anderem machte sie in den Bordellen den Fixpunkt für Prostitution und Mädchenhandel aus. Sie kritisierte die mangelnde Unterstützung für die Ostjuden im Kampf gegen diese Probleme und unterstrich die große Bedeutung der Aufklärung und Erziehung der Mädchen.⁴⁰⁰

1914 wurde in Rom Bertha Pappenheim als Vorsitzende des Weltbundes gewählt, welcher aber, wie schon erwähnt, seine Arbeit wegen des Kriegsausbruchs nicht aufnahm. Wahrscheinlich entstand zunächst nur ein provisorisches Komitee, welches einer Genehmigung der jeweiligen Landesorganisation bedurfte.⁴⁰¹

Als 1914 der Krieg ausbrach, gehörte jede siebente deutsche Frau dem JFB an.⁴⁰²

Im Weltkrieg verstärkte sich das Gemeinschaftsempfindens im JFB aufgrund von Antisemitismus und gewachsener Not der Juden. Die bürgerlichen Frauen kamen verstärkt mit den sozialen Problemen des jüdischen Proletariats und der Juden aus Osteuropa in Berührung. In der sozialen Arbeit vollzog sich nun ein Entwicklungsschub in Richtung einer modernen jüdischen Wohlfahrtspflege.

Die deutsch-jüdische Frauengeschichte hat dem ersten Weltkrieg bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch Kaplans Arbeit zum JFB zwischen 1904 und 1938 umging die Thematik nahezu, wenngleich sie den Krieg als Zäsur in der Geschichte des Bundes wertete.

Die einzige Delegiertenversammlung des JFB während des Krieges fand am 28. Januar 1917 in Berlin statt. Dem Bund gehörten nunmehr 215 Vereine und 44.000 Mitglieder an, zehn Ortsgruppen waren entstanden.⁴⁰³ 69 Frauenvereine waren in der Versammlung vertreten.

Sidonie Werner, stellvertretende Vorsitzende des Bundes, stellte in ihrer Eröffnungsrede fest, dass die „Hochstimmung, die [die Frauen des JFB] in den erste Monaten des Kriegsausbruchs ergriffen hatte“ gewichen war. „Eine Umwertung aller Dinge ist vor sich gegangen und uner-

³⁹⁹ Vgl. Hecht 2005, 128 f.

⁴⁰⁰ Vgl. World Congress of Jewish Women Vienna, May 6-11th, 1923, 32.

⁴⁰¹ Vgl. Hecht 2005, 130.

⁴⁰² Vgl. weiter van Rahden 1996, 421.

⁴⁰³ Vgl. May 1917, 6.

bittlich wird nichts Anderes als ein zweckvolles Tun von uns gefordert.“⁴⁰⁴ In der gerade angesichts der Kriegssituation übermenschliche Kräfte erfordernden sozialen Arbeit, offenbarte sich nicht zuletzt die Stärke des Wirkens des JFB. Dem Bund galt auch während des Krieges, in dessen Verlauf er sich zunehmend als „Verbündeter der ganzen Judenheit gegen die Gegner der Juden“ verstand, die Aufwertung der Rolle der Frauen in der jüdischen Gemeinschaft über den häuslichen und familiären Bereich hinaus als Entscheidungsfrage für die Entwicklung des Judentums überhaupt.⁴⁰⁵ In diesem Sinne bemühte er sich, die junge Generation zu mobilisieren und zu organisieren. Den während des Krieges verstärkt aufkommenden Antisemitismus sollten die Frauen „still“ ertragen und soziale Arbeit zum Nutzen des Vaterlandes verrichten.⁴⁰⁶

Auch Henriette May stellte fest, dass bei Kriegsausbruch jede Frau „von dem Glauben durchglüht war, sich in den Dienst des heimtückisch verratenen und angegriffenen Vaterlandes zu stellen“.⁴⁰⁷ Der JFB stellte seine Aktivitäten vor Ort ein, indem die Mitgliedsvereine die wesentlichen Aufgaben, welche sich in der Kriegszeit stellten, übernahmen - nur auf Vorstandsebenen wurde die Arbeit fortgesetzt. Eine Berliner Vorstandssitzung beschloss im Januar 1915 die Verbreitung des Flugblattes „Achtet das Brot“ zur Aufklärung der Juden über Ernährungsfragen. Das Blatt wurde in 40.000 Exemplaren in Umlauf gebracht.⁴⁰⁸

Im Juli des gleichen Jahres beschäftigte sich eine Vorstandssitzung mit Fragen der Schaffung neuer Berufe für Frauen und mit einem Bündnis erwerbstätiger jüdischer Frauen. Für Isenburg wurde die Einrichtung eines dritten Hauses zur Aufnahme jener Frauen und Mädchen, die „vor sich selbst, und die Gesellschaft vor ihnen“ geschützt werden sollten, beschlossen“.⁴⁰⁹

Im April 1916 behandelte eine Vorstandssitzung die Mitarbeit des Bundes in der Kriegsspende Deutscher Frauendank, die Kriegsstatistik und die Beteiligung der Juden am Krieg sowie die Stellung des JFB im BDF und die Auseinandersetzung mit Getrud Bäumer. Bertha Pappenheim empfand das Verschweigen der Konfessionalität der jüdischen Frauenbewegung als Ausdruck eines indirekten Antisemitismus. Seitens des BDF wurde dies missverstanden und generell gegen jeden Konfessionalismus argumentiert. In einer Resolution drückte der JFB dann 1917 die Kränkung der Juden durch die Judenzählung im Heer aus. Dennoch wollte man „weiter treue Vaterlandspflicht“ üben und sich von derartigen antisemitischen Krän-

⁴⁰⁴ Werner 1917, 2.

⁴⁰⁵ Werner 1917, 3 ff.

⁴⁰⁶ Vgl. Werner 1917, 5.

⁴⁰⁷ May 1917, 7.

⁴⁰⁸ Vgl. May 1917, 8.

⁴⁰⁹ Vgl. Forchheimer 1917, 33.

kungen nicht beirren lassen. In den Ortsgruppen sollten die Mitglieder sich unverzüglich zum „Vaterländischen Hilfsdienst“ bekennen.⁴¹⁰

Seit Sommer 1916 engagierte sich der JFB in der Mädchenschutzarbeit und nachgehender Fürsorge in Polen mit dem perspektivischen Ziel, diese Arbeit zu einer umfassenden Kulturarbeit auszubauen.⁴¹¹ Der Mädchenhandel ging nämlich während des ersten Weltkriegs zurück, die Prostitution hingegen nahm weiter zu. Teilweise wurden Frauen, die verdächtigt wurden, Geschlechtsverkehr mit mehreren Männern zu praktizieren, zwangsweise in Bordelle eingewiesen; in Osteuropa richteten die Besatzer ebenfalls Bordelle ein, wozu der JFB aber scheinbar keine Stellung bezog.

Im Ergebnis einer Delegiertenversammlung entstand 1917 eine Propagandakommission, welche unter Ausnutzung persönlicher Beziehungen für den JFB werben sollte. Der Kommission gehörten neben Bettina Brenner fünf weitere Frauen der Ortsgruppen Frankfurt am Main, Hamburg, Breslau und Berlin an.⁴¹² In ihrem Schlusswort zu dieser Versammlung forderte Bertha Pappenheim die Zusammenarbeit von Organisationen jüdischer Frauen und Männer in einem Verband für jüdische soziale Arbeit, um dieser mehr Gewicht zu verleihen.

1917 war der Bund (neben den bereits erwähnten) in weiteren wichtigen jüdischen Organisationen, wie dem Hilfsverein der deutschen Juden, dem Ausschuss für Kriegsstatistik und dem Bund jüdischer Jugendvereine durch Delegierte, vertreten.

Darüber hinaus arbeitete der JFB in weiteren interkonfessionellen Organisationen - neben dem BDF - mit, etwa in der Bahnhofshilfe, der Zentrale der Hausfrauenvereine, dem Kriegsausschuss für warme Unterkleidung, der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, dem Ausschuss der Hebung der sittlichen Volkswerte und dem Hausdienstausschuss.

Der Bund beteiligte sich in den Kriegsjahren zudem an einer Reihe von Tagungen, wie der Allgemeinen Tagung für soziale Fürsorge für Kriegswitwen und Waisen im Reichstag, der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine, der Tagung des Deutschen Armenpflegetages im September 1916 in Leipzig, der Frauenkonferenz zum Studium der Sittlichkeitsprobleme im November 1916 in Berlin usw..⁴¹³

Seit 1919 setzte sich der Bund für die internationale Aussöhnung ein und gab seinen strikt antizionistischen Kurs auf.

⁴¹⁰ Vgl. JFBP 1917, 45.

⁴¹¹ Vgl. May 1917, 9.

⁴¹² Vgl. JFBP 1917, 44.

⁴¹³ Vgl. May 1917, 10.

Auf nationaler Ebene war der Jüdische Frauenbund neben dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund und der Großloge Bnai Brith am 9. September 1917 an der Gründung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden beteiligt. Diese sollte die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege zusammenfassen und koordinieren. Neben Bertha Pappenheim hatte der Orden Bnai Brith im Vorfeld für eine Zentralisierung und die Gründung einer solchen Organisation geworben, nicht zuletzt, um die Hilfeleistungen jüdischer Vereine und Verbände zu effektiveren.

Erstmals arbeitete die jüdische Frauenorganisation gleichberechtigt mit den „großen Männerorganisationen“ an einem gemeinsamen „großen sozialen Werk“ zusammen. Dies sei nicht „Ergebnis des Zufalls oder der Kriegsnot, sondern eine logische Entwicklung des jüdischen Lebens“, so Pappenheim. Sie sah darin ein „Erziehungswerk“, welches „tiefgreifende Veränderungen im Leben der jüdischen Gemeinschaft“ hervorbringen würde.⁴¹⁴ Erster Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle wurde der Präsident der Großloge Bnai Brith, Berthold Timmendorfer aus Berlin. In der Zentralwohlfahrtsstelle waren für den JFB auch Bertha Pappenheim und Henriette May, welche die Institution mit begründeten, in führenden Positionen vertreten.⁴¹⁵

Die Aufgaben der Zentralwohlfahrtsstelle, die zu den großen Wohlfahrtsverbänden gehörte, bestanden in der Verteilung der Spenden vom American Jewish Joint Distribution Committee, in der Vertretung der Verbandsinteressen und der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und anderen konfessionellen Wohlfahrtsverbänden. Ihre Struktur mit Provinzial- bzw. Landesverbänden wurde zum Vorbild für die Mitglieder des Verbandes. Für den Jüdischen Frauenbund führte die Integration in den Verband in der Folgezeit zum Verlust wichtiger - insbesondere emanzipatorischer - Aspekte seiner Arbeit.

2.1.2 Die Gründung der Leipziger Ortsgruppe des JFB und die Arbeit der jüdischen Frauenvereine

Die Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes entstand 1910 auf der Grundlage des Bündnisses zwischen dem federführenden Israelitischen Frauenverein, dem Frauenverein „Ruth“ und dem Israelitischen Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen; geleitet wurde sie von Mathilde Goldschmidt und Bertha Levy.⁴¹⁶ Bertha Levy war bereits

⁴¹⁴ Heuberger 1997, 72. Nach: AZJ 31 (1916) 51, 1 ff.

⁴¹⁵ Henriette May wirkte neben Cora Berliner zudem

im Vorstand des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Vgl. dazu Rieger 1918, 73 f.

⁴¹⁶ Die Ortsgruppe wurde also nicht, wie Wustmann (2002, 264) schrieb, 1913 gegründet. Vgl. dazu Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 20 (1911) 142.

1909 auf Bundesebene als eine der Kassenführerinnen des JFB tätig. Seit 1911 bis mindestens 1913 fungierte sie als Beisitzerin des Vorstandes des JFB.⁴¹⁷

Die gemeinsame Verpflichtung für die Ziele und Aufgaben des Bundes bildete die Basis der Koordination sozialer Arbeit und der Zusammenarbeit der jüdischen Frauenvereine in der Ortsgruppe der Stadt Leipzig. Die politische und religiöse Neutralität der Ortsgruppe ermöglichte dieses Bündnis zwischen liberalen deutsch-jüdischen Frauen, die dem Israelitischen Frauenvereins angehörten, und den eher orthodoxen Frauen des Frauenvereins „Ruth“ und des Spar- und Versicherungsvereins, deren Mitglieder teilweise nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügten. Gerade in dieser toleranten Zusammenarbeit bestand eine Stärke der JFB „zu einer Zeit, da in den Gemeinden vielfach heftige Parteikämpfe im Gang waren“.⁴¹⁸ Der Vorstand des örtlichen „Dachverbandes“ setzte sich aus Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern der verbündeten Vereine zusammen. Bis 1918 leitete Mathilde Goldschmidt, die gleichzeitig Vorsitzende des Israelitischen Frauenvereins war, die Ortsgruppe. Bei den ermittelten Vorstandsfrauen handelte es sich, soweit feststellbar, um nicht erwerbstätige, überwiegend verheiratete bürgerliche Frauen, die sich häufig zugleich in der Religionsgemeinde und in verschiedenen jüdischen Vereinen für soziale Belange engagierten. Die Vereine selbst arbeiteten eng mit der Religionsgemeinde zusammen; der Israelitische Frauenverein ging beispielsweise auch kooperative Beziehungen mit nicht-jüdischen Vereinen ein, so mit der Zentrale für private Fürsorge, in welcher auch die Armenverwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde von Anfang an vertreten war.⁴¹⁹ Namhafte Mitglieder der Ortsgruppe gehörten zudem dem Vorstand des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins an.⁴²⁰

Die Ortsgruppe hatte die Aufgabe, als selbständiger Verein umfangreiche soziale Aufgaben zu übernehmen und dazu die notwendige Anleitung der Mitglieder zu organisieren sowie die die soziale Frauenarbeit zu koordinieren. Darüber hinaus verstand sie sich als Interessenvertreterin der Jüdinnen Leipzigs bei der Umsetzung der Rechte von Frauen in der Gemeinde. Offensichtlich verfügte die Ortsgruppe über kein Büro oder andere Räumlichkeiten, da als Anschrift stets jene der Vorsitzenden genannt wurde. Die meisten Zusammenkünfte fanden also in privaten Räumlichkeiten statt.

⁴¹⁷ Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 20 (1911) XII, 21 (1913) XII.

⁴¹⁸ Vgl. dazu Caro 1957, 1.

⁴¹⁹ Vgl. Verzeichnisses der Zentrale, das den Israelitischen Frauenverein als „einladungene Vereine“ aufführt. Vgl. AFSA 2111.

⁴²⁰ Vgl. dazu StAL Kap.-Akten, Kap 35, Nr. 814, p 12.

Die zusammengeschlossenen Vereine wiesen auf der Ebene der Vereinsvorstände erhebliche personale Verflechtungen auf.⁴²¹ So wirkte etwa Mathilde Goldschmidt nicht nur als Vorsitzende der Ortsgruppe und des Israelitischen Frauenvereins, sondern auch im Vorstand des Spar- und Versicherungsvereins.⁴²² Anna Neumann, die spätere Vorsitzende des sächsischen Distriktes des Schwesternbundes des Unabhängigen Orden Bnai Brith,⁴²³ war sowohl Vorstandsmitglied des Spar- und Versicherungsvereins, als auch des Frauenvereins „Ruth“.⁴²⁴

Diese Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen jüdischer Frauen funktionierte in Leipzig offensichtlich recht gut, im Gegensatz zu den von Kaplan für die Bundesebene konstatierten Feindseligkeiten und Konflikten zwischen orthodoxen, religiös-liberalen und später auch zionistischen Frauen, welche eine stabile und verlässliche Solidarität verhinderten.⁴²⁵

Strukturell gehörte der Verein zum Landesverband Mitteldeutschland und kooperierte mit der Zentrale des JFB in Berlin. Darüber hinaus bestanden Kontakte zum Heim Bertha Pappenheims in Isenburg. Die Leipziger Ortsgruppe und die Israelitische Religionsgemeinde nahmen die Leistungen des Heimes in Anspruch und unterstützten es wiederum durch finanzielle Zuwendungen.⁴²⁶

Über die Bundeszentrale gehörte die Ortsgruppe dem Bund deutscher Frauenvereine an.

In der Anfangsphase bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ließen sich noch keine eigenen Wohlfahrtsprojekte der Ortsgruppe ermitteln. Die Vermutung liegt allerdings nahe, dass die Ortsgruppe im Gegensatz zu den Jahren der Weimarer Republik, in denen sie umfangreiche soziale Aktivitäten entfaltete, sich zunächst auf die Koordination der Zusammenarbeit der angeschlossenen Frauenvereine fokussierte.

Auch für Leipzig kann davon ausgegangen werden, dass das Zusammenrücken der jüdischen Frauen und ihre Konzentration auf die eigene ethnische Gruppe in nicht geringem Maße durch den sich ausbreitenden Antisemitismus in der Stadt motiviert war. Theodor Fritsch gründete 1912 in Leipzig den „Reichshammerbund“ als Sammelbecken völkischer Gruppen. Ihm gelang es, große Teile des lokalen gewerblichen Mittelstandes zu gewinnen und zu organisieren, womit er wesentlich zur Verbreitung des Antisemitismus in Leipzig beitrug.⁴²⁷

⁴²¹ Auf Grund der fragmentarischen Quellenlage ließen sich meist - und auch chronologisch nicht durchgängig - nur die Vorstandsmitglieder ermitteln.

⁴²² Vgl. JbbF 1912 ff, SStal PP-V 312.

⁴²³ Anna Neumann war die Ehefrau des Kaufmanns Jakob Neumann. Vgl. Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde Wählerliste 1924. Vgl. dazu weiter auch SStal PP-V 312, LS 1 (1928) 8, 5.

⁴²⁴ Vgl. SStal PP-V 312 und LJZ 2 (1923) 30, 3.

⁴²⁵ Vgl. dazu Kaplan 1981, 19.

⁴²⁶ Zumindest ließen sich Zahlungen in späteren Jahren nachweisen. Vgl. dazu auch: Zum zwanzigjährigen Jubiläum des Heimes in: GBIRG 3 (1927) 43, 3 sowie BIJFB 3 (1927) 15.

⁴²⁷ Fritsch war zugleich der Vorsitzende des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes als Gegenpol zum liberalen und industriellen Hansa-Bund. Vgl. dazu weiter Brandmann 1998, 48.

Neben Theodor Fritzsch wurde der Leipziger Schriftsteller Heinrich Pudor, wie schon erwähnt, wiederholt wegen antisemitischer Angriffe auf die jüdische Religionsgemeinschaft strafrechtlich verfolgt. Beispielsweise mussten sich Pudor und der Dresdener Verleger der „Deutschen Wacht“, Karl Sedlaczek, wegen eines Artikels vor der Leipziger Strafkammer verantworten, in dem Juden als staatsgefährdend diffamiert wurden. Pudor hatte zudem am 19. Dezember 1912 das Sächsische Kultusministerium aufgefordert, den Israelitischen Religionsgemeinden die Rechte öffentlicher Körperschaften zu entziehen. In seinem „Antisemitischen Rüstzeug“ griff er explizit das rituelle Schächten und den jüdischen Mädchenhandel an, attackierte zudem Juden als „Lehrmeister der Sozialdemokratie“ und warf jüdischen Kaufleuten sowie Händlern unlauteres Geschäftsgebahren vor.⁴²⁸

Im Zuge des in der Stadt spürbaren latenten Antisemitismus orientierten sich bürgerliche jüdische Frauen weniger auf die interkonfessionelle Arbeit, wie sie Henriette Goldschmidt vertrat, sondern verstärkt auf die Religionsgemeinde. So waren die Ortsgruppe und die in ihr zusammengeschlossenen Frauenvereine eng mit der Religionsgemeinde verbunden. Der Israelitische Frauenverein war innerhalb der Stadt zudem an einer Kooperation mit nicht-jüdischen Frauenvereinen, interessiert. Er wurde als einziger der jüdischen Frauenvereine, wegen der liberalen deutschen Mitglieder, seiner Tradition sowie der umfassenden sozialen Betätigung 1913 seitens der Stadt für die Mitgliedschaft in einem von der königlichen Kreishauptmannschaft auf Betreiben des sächsischen Innenministeriums angestrebten Verbund Leipziger Frauenvereine vorgeschlagen. 49 Vereine, welche „in der freien, auf der Nächstenliebe beruhenden Wohltätigkeit für die ärmere und auf die Hilfe der Mitmenschen angewiesenen Bevölkerung“ engagiert waren, wurden als potentielle Mitglieder für ein solches Frauenbündnis, dem eine Fördersumme von bis zu 5.000 Mark in Aussicht gestellt wurde, benannt.⁴²⁹ Zu den Vereinen, denen das Bündnis nahegelegt wurde, gehörten mehrere, wie der von Henriette Goldschmidt geleitete Verein für Familien- und Volkserziehung⁴³⁰ und der Leipziger Verein für Kinderfreunde,⁴³¹ bei denen es sich nicht um eigentliche Frauenvereine handelte. Die Kreishauptmannschaft bezweckte allerdings eine unbedingte Unterstützung des Engagements von Vereinen im Bereich der Jugendwohlfahrt.

⁴²⁸ Vgl. Beschimpfungen der Jüdischen Religionsgemeinde. In: Israelitisches Familienblatt (Hamburg) 15 (1913) 36, 4.

⁴²⁹ Vgl. StAL AFSA 1913, p 1, 26.

⁴³⁰ Vgl. StAL AFSA 487, p 54.

⁴³¹ Die Mehrzahl der Mitglieder des 1902 gegründeten Vereines waren nach Vereinsangaben allerdings Frauen. 1913 bezogen sich die Aktivitäten des Vereins auf Fürsorgeerziehung und Familienfürsorge. Zur Unterbringung von Kindern hatte der Verein das Friedrich-August-Schutzhaus eingerichtet. Dem Verein gehörten auch prominente Juden, wie Henri Hinrichsen an. Zur Arbeit des Vereins, vgl. Sahle 62 sowie StAL AFSA, p 65 f; zu Hinrichsens umfangreichem sozialen Vereinsengagement, vgl. Buchholtz 2001, 210-216.

Dem Israelitischen Frauenverein gehörten zu diesem Zeitpunkt 347 Mitglieder an, hinzu kamen weitere Frauen, welche durch eine einmalige Leistung einer größeren Summe oder Stiftung eine immerwährende Mitgliedschaft erworben hatten. Der Verein bot ein ganzes Spektrum an Hilfen für Frauen bei Krankheit und Siechtum sowie während des Wochenbettes. Zudem unterstützte er die Ausbildung von Mädchen und Frauen. Adressaten der Unterstützungsleistungen waren bedürftige Frauen und Mädchen der Israelitischen Religionsgemeinde. Nicht dauerhaft ansässige Frauen wurden in der Regel an die Fürsorge der Gemeinde oder anderen Vereine verwiesen. Der Verein verfügte zu dieser Zeit über ein Vermögen von 28.305 Mark. Seine Jahreseinnahmen beliefen sich auf 8.444,13 Mark, die Ausgaben auf 8.351,33 Mark.⁴³² Vergleichsweise handelte es sich somit hinsichtlich Mitgliederzahl und Finanzhaushalt um einen Verein mittlerer Größe.

Bei nahezu allen erwähnten Vereinen stieß die Initiative für einen Verband Leipziger wohltätiger Frauenvereine auf positive Resonanz.⁴³³ Der Direktor der städtischen Armenpflege, Sell, stand einem solchen Bündnis skeptisch gegenüber und versuchte ihn zu verhindern. Am 10. Mai 1913 wandte er sich an die Kreishauptmannschaft, um diese von der Förderung der Bildung eines solchen Verbandes abzubringen und argumentierte: Nach „unserer Erfahrung sind die einzelnen Vereine so peinlich bestrebt, sich ihre völlige Unabhängigkeit zu erhalten, dass auch eine geringe oder nur scheinbare Bindung ihre Arbeitsfreudigkeit ungünstig beeinflusst.“⁴³⁴ Schließlich zerschlugen sich alle Bedenken des Armenamtes ohnehin, da die Kreishauptmannschaft die Bedingungen für die Förderung noch einmal stark spezifizierte. Potentiell zu fördernde Vereine mussten nun das Betreiben fester Einrichtungen und die organisatorische Einbindung zum Beispiel in den Landesverband christlicher Frauendienst nachweisen,⁴³⁵ so dass alle nicht-christlichen Assoziationen ausgegrenzt und benachteiligt wurden. Die Kreishauptmannschaft musste schließlich eingestehen, dass keiner der Leipziger Frauenvereine die Förderbedingungen erfüllte. Finanzielle Beihilfen erhielten somit lediglich der Verein zur Arbeitsbeschaffung Bedürftiger und der Verein Bahnhofshilfe.⁴³⁶

Der Frauenverein „Ruth“ und der Israelitische Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen,⁴³⁷ welche ihre sozialen Aktivitäten auf eng umgrenzte Arbeitsfelder inner-

⁴³² Vgl. StAL AFSA 1913, p 85. Zu den übrigen Vereinen, vgl. StAL AFSA 1913.

⁴³³ Gegen eine Vereinigung sprach sich beispielsweise der Frauenverein Plagwitz aus, vgl. StAL AFSA 1913, P 77. Zum Israelitischen Frauenverein, vgl. StAL AFSA 1913, 26.

⁴³⁴ StAL AFSA 1913, p 92.

⁴³⁵ Vgl. StAL AFSA 1913, p 97.

⁴³⁶ Vgl. StAL AFSA 1913, p 125.

⁴³⁷ Im Jahr vor dem Kriegsausbruch ermöglichte der Verein zwölf Mädchen eine berufliche Ausbildung. Vgl. SStAL PP-V 312.

halb der Israelitischen Religionsgemeinde konzentrierten, wurden weder für die interkonfessionelle Zusammenarbeit noch für eine finanzielle Förderung in Betracht gezogen.

Der Aufbau eines Leipziger Stadtbundes wohltätiger Frauenvereine wurde ebenso wie der Ausbau der Arbeit der Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes schließlich zunächst durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrochen.

1913 richtete sich die Aufmerksamkeit der reichsweit im JFB organisierten Frauen erstmals auf Leipzig, als die Leipziger Ortsgruppe anlässlich der vierten Delegiertentagung in der Zeit vom 18. bis zum 20.03. die Repräsentantinnen des Bundes in der Stadt empfing. An der Tagung nahmen auch hervorragende Vertreter der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde, der Organe der jüdischen Wohlfahrtspflege und Henriette Goldschmidt - als „Seniorin der deutschen Frauenbewegung“ - teil.

Letztere hob auf der Delegiertentagung hervor, dass es in Deutschland weder auf materiellen noch geistigen Gebieten an regem jüdischem Engagement fehlte und die jüdischen Frauen sich in die gemeinsame Arbeit der feministisch organisierten Frauen einbrachten. Sie betrachtete die deutschen Juden sowohl selbstverständlich als Deutsche, unterstrich aber zugleich das Festhalten an der – heiligen - jüdischen Vergangenheit.⁴³⁸

Bei der 1913 durchgeführten Delegiertentagung der größten Arbeitsnachweise war der Provinzialarbeitsnachweis für das Königreich Sachsen vertreten.⁴³⁹ Die Leipziger Ortsgruppe des JFB betrieb Arbeitsnachweis und Stellenvermittlung für Frauen und Mädchen in der Lessingstraße 11. Die Leitung lag bei Frau Julie Blumenthal und Frau Mathilde Goldschmidt-Bon.⁴⁴⁰

Im Januar 1914 – also noch vor Kriegsausbruch - erzeugte im Zuge eines Turnfestes in Leipzig der Ansturm von Turnern auf die städtischen Bordelle bereits heftige Kritik, in deren Mittelpunkt der Vorwurf stand, dass die staatlich kontrollierte Prostitution sexuelle Ausschweifungen begünstigte.⁴⁴¹

In Leipzig lag der Anteil der Polizei unterstellten Prostituierten, welche dem mosaischen Glauben zugerechnet wurden, 1913 bei 1,2 Prozent (nur vier Frauen) und damit unter dem Anteil den Juden an der Stadtbevölkerung hatten. Richter stellte bei seinen Untersuchungen

⁴³⁸ Vgl. Vgl. Cohn 1925 b, 3.

⁴³⁹ Vgl. JFBM 1 (1914) 3, 3.

⁴⁴⁰ Vgl. JFBM 1 (1914) 3, 4.

⁴⁴¹ Vgl. JFBM 1 (1914) 1, 3.

fest, dass ab 1913 der Anteil von Frauen, welche der katholischen Religionsgemeinde aufgrund der Einwanderung aus Polen zugerechnet wurden, überdurchschnittlich hoch war.⁴⁴²

Als im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, leisteten die jüdischen Frauenvereine ihren sozialen Hilfsdienst direkt in der Religionsgemeinde und im Rahmen des Nationalen Frauendienstes in der Stadt.

2.2 Soziale Vereinsarbeit unter Kriegsbedingungen

2.2.1 Allgemeine Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf Leipzig

Nachdem die Masse des Volkes die Kriegserklärung Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 an Russland und die allgemeine Mobilmachung begeistert begrüßt hatte, meldeten sich in der Folgezeit 1,3 Millionen Freiwillige für den vermeintlichen Verteidigungskrieg zum Heeresdienst - darunter auch patriotisch gesinnte deutsche Juden aus Leipzig.

Die Israelitische Religionsgemeinde hatte sich bei Kriegsausbruch dezidiert zu Deutschland bekannt. Wie Plowinski konstatierte, war in angesehenen jüdischen Kreisen durchaus der Nationalismus verbreitet.⁴⁴³ Viele deutsche Juden betrachteten die Kriegssituation als Chance, ihr Deutschtum zu beweisen, und zunächst vertiefte der Krieg tatsächlich die Integration der deutschen Juden.⁴⁴⁴ Nach dem Sieg der von Hindenburg geführten deutschen Truppen über Russland Ende August 1914 bei Tannenberg wurde beispielsweise ein chassidisches Bethaus in Leipzig in „Hindenburg-Synagoge“ umbenannt.⁴⁴⁵

1915 verzeichnete die Israelitische Religionsgemeinde bereits 54 Gefallene.⁴⁴⁶ Im Empfinden, dass „Bekenner aller Konfessionen als Deutsche verbunden“⁴⁴⁷ waren, trauerte man auch gemeinsam mit Nicht-Juden um die Verluste.⁴⁴⁸ Die Kriegsfolgen mit Massenerwerbslosigkeit und Not stellte die Gemeinde vor schwierige Aufgaben. Es entstanden einundfünfzig Stiftungen, außerdem wurden Sach- und Geldspenden gesammelt.⁴⁴⁹

⁴⁴² Vgl. Richter 1932, 139 f.

⁴⁴³ Vgl. weiter Plowinski 1991, 67.

⁴⁴⁴ Vgl. Plowinski 1991, S. 65.

⁴⁴⁵ Vgl. Kaplan 2003, 342.

⁴⁴⁶ Das waren 40 Prozent der bis dahin als freiwillig Registrierten. Vgl. dazu weiter Plowinski 1994, 88.

⁴⁴⁷ AZJ 79 (1915) 28, 1.

⁴⁴⁸ So fand beispielsweise am 20. Juni 1915 in der Aula der höheren israelitischen Schule „zum Gedächtnis des im Felde gefallenen christlichen Lehrers Richard Günther“ eine Trauerfeier, an welcher Vertreter des Leipziger Stadtrates und hervorragende Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinde teilnahmen, statt. Vgl. AZJ 79 (1915) 28, 2.

⁴⁴⁹ Vgl. Plowinski, 1991, S. 67.

Die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsbedingungen, also auf Kriegsproduktion, Vorratswirtschaft und den effektiven Einsatz knapper Arbeitskräfteressourcen infolge der Masseneinberufungen, brachte in Leipzig schwerwiegende Auswirkungen mit sich.

Die eingebrochene Konsumgüternachfrage beantwortete die Industrie mit überzogenen Produktionseinschränkungen und Entlassungen. Insbesondere in der ersten Phase des Krieges erwies sich daher die Massenarbeitslosigkeit mit ihren Folgeerscheinungen als größtes Problem der Stadt. Die Lebenshaltungskosten stiegen zudem infolge von großen Versorgungsengpässen rasant an und wurden nicht durch Lohnsteigerungen abgefedert.

Selbständige Händler und Handwerker waren insofern besonders hart betroffen, als ihre Geschäfte bankrott gingen und die Familien nunmehr auf öffentliche Hilfe angewiesen waren, was einem sozialen Abstieg gleichkam.

Der Oberbürgermeister von Leipzig konnte aber dieser Entwicklung entgegenwirken und eine Reihe von Unternehmern von einem Kurswechsel überzeugen und zumindest eine teilweise Lohnfortzahlung an Familien von Kriegsdienstleistenden bewirken.⁴⁵⁰

Die Arbeitslosenzahlen stiegen unabhängig davon in den ersten Kriegsmonaten enorm an, so dass etwa dreißig Prozent der Leipziger Erwerbstätigen ihre Arbeit verloren.⁴⁵¹ Das materielle Elend und die Versorgungsprobleme waren untrennbar an die Lage auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Waren 1913 noch hohes Alter, geringer Verdienst oder Krankheit die Hauptursachen dafür, warum eine Person auf Armenfürsorge angewiesen war, verdrängte 1914 die Arbeitslosigkeit quantitativ alle traditionellen Gründe für Armut.⁴⁵²

Das Beschäftigungstief wurde im Mai 1916 erreicht.⁴⁵³ Der Einsatz von Frauen, ausländischen Arbeitskräfte sowie Kriegsgefangenen stabilisierte im Kriegsverlauf zwar den Arbeitskräftebedarf, jedoch verbesserte sich erst im Mai 1918 die Erwerbssituation merklich.⁴⁵⁴ Frauen waren aufgrund ihrer vorwiegenden Beschäftigung in den für Leipzig typischen und für die Kriegswirtschaft nachrangig bedeutenden mittleren Betrieben der Bekleidungs-, Textil- und graphischen Industrie in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Angehörige intellektueller Berufe waren ebenfalls häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und von öffentlicher Unterstützung abhängig.

Die Lösung des Versorgungsproblems der Bevölkerung an der Heimatfront galt als kriegsentcheidend, wobei die soziale Absicherung der Familien von Kriegsteilnehmern im Vordergrund stand. Da der Wehrsold zur Versorgung einer Familie nicht ausreichte, waren i.d.R.

⁴⁵⁰ Vgl. Brandmann 1998, 132.

⁴⁵¹ Vgl. Brandmann 1998, 162 f.

⁴⁵² Vgl. Statistisches Jb. 1914, 41.

⁴⁵³ Nur noch 69.832 Personen gingen einer Erwerbsarbeit nach. Vgl. dazu Thiem 1998, 304.

⁴⁵⁴ 1918 stieg die Zahl der Erwerbstätigen auf 82.275 an. Ebenda.

zusätzliche finanzielle Unterstützungen der öffentlichen Hand erforderlich. Diese Art der Unterstützung entwickelte sich zum Hauptgegenstand der Fürsorge.

Die Grundlagen für die allgemeine Fürsorgepflicht bildeten das Reichsgesetz zur Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften von 1888 und dessen Ergänzung vom 4. August 1914. Diese schlossen selbstverständlich auch bedürftige deutsch-jüdische Betroffene als Leistungsempfänger ein. Die Familienunterstützung für Kriegsdienstleistende oblag besonderen Verwaltungseinheiten, den Lieferverbänden. Leipzig war ein solcher Lieferverband, wie andere Stadt- und Landkreise, und übernahm die Gewährung der Familienunterstützung für sogenannte Kriegerfamilien mit dem Ziel, deren sozialen Status zu erhalten. 1915 wurde die Reichswochenhilfe für Wöchnerinnen eingeführt, eine Unterstützung für die Entbindung und die Zeit danach, vorausgesetzt das Jahreseinkommen der betreffenden Person überstieg 2.500 Mark nicht.⁴⁵⁵

Die aus Reichsmitteln den Familien von Kriegsteilnehmern gezahlte monatliche Beihilfe zielte lediglich auf die Absicherung eines Existenzminimums. Ehefrauen erhielten von Mai bis Oktober neun, in den übrigen Monaten zwölf Mark pro Monat; Kindern unter fünfzehn Jahren und anderen unterstützungswürdigen Personen standen sechs Mark zu. Aufgrund von Preissteigerungen wurde der Satz für Ehefrauen ab dem Sommer 1915 auf 15 Mark und für alle weiteren Berechtigten auf 7,50 Mark angehoben. Darüber hinaus waren die Städte und Gemeinden in Abhängigkeit von den jeweiligen Lebenshaltungskosten und den Stundenlöhnen verpflichtet, Zusatzleistungen zu erbringen. Tatsächlich blieb trotz Zulagen das Einkommen der Frauen und Familien meist weit hinter dem tatsächlichen Grundbedarf zurück. Dass sich, wie Alice Salomon feststellte, Städte und Gemeinden den Geldzulagen zu den Reichsunterstützungen zugunsten von Lebensmittel- oder Brennmateriallieferungen entzogen,⁴⁵⁶ was der Gesetzgeber ausdrücklich ermöglichte,⁴⁵⁷ traf für Leipzig lange Zeit nicht zu.

Die Stadt Leipzig unterstützte bedürftige Familien insbesondere durch Mietzuschüsse. Diese waren häufig an Mietsenkungen durch den Vermieter geknüpft. Zudem gewährte die Stadt finanzielle Hilfen sowie Naturalleistungen an Kleidung, Schuhen, Lebensmitteln und richtete Volksküchen ein.

Aufgrund der Mangelernährung stellte sich die Versorgung mit Lebensmitteln durch die Kommune zunehmend als prekäres Problem dar. In Volks- und Kriegsküchen erhielten Bedürftige Mahlzeiten aus effektiv ausgenutzten und gestreckten Nahrungsmitteln. So konnten

⁴⁵⁵ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 51.

⁴⁵⁶ Vgl. Salomon 1916, 24.

⁴⁵⁷ Vgl. dazu auch Liebrecht 1916, 2.

in der Kriegsindustrie arbeitende Frauen entlastet werden, denen es an Zeit zur Beschaffung von Lebensmitteln mangelte.⁴⁵⁸

Bereits im Herbst 1914 hatte der Bundesrat einer Höchstpreispolitik für Lebensmittel zugestimmt, Nahrungsmittel wurden rationiert. Seit 1915 wirkte sich die Blockade des Nahrungsmittelimportes aus. In der Stadt potenzierten sich die Probleme aufgrund der Wirtschafts- und Sozialstruktur, und die Lebensmittelversorgung war besonders schwierig. Anfang 1915 übernahm das Reich die Regulierung der Getreideversorgung, und infolge der preisbindenden Verfügungen der Kreishauptmannschaft fehlte es in Leipzig an immer mehr Waren.

Nach Demonstrationen im Mai 1915 und wiederholten Unruhen um Lebensmittelgeschäfte verbot die Stadt Demonstrationen zur Ernährungsproblematik. Das von der Stadt eingerichtete Kriegsernährungsamt trug kaum zur Verbesserung der Situation bei. Als weitere Maßnahmen erwarb die Kommune für fast sechs Millionen Mark Lebensmittel zur kontrollierten Abgabe an die Leipziger Bevölkerung und legte Höchstpreise für Nahrungsmittel fest. Da die Lebensmittelzuweisungen des Reiches aber enorm sanken und in der Folge die Preise explodierten, konnte die Versorgung der Bevölkerung schließlich nicht mehr gesichert werden.⁴⁵⁹ Die rückläufige landwirtschaftliche Produktion bedingte zudem ein Absenken der Zuteilungsmengen. Nahrungsmittel verloren dramatisch an Qualität und Ersatzstoffe kamen zum Einsatz. Die Stadt begann, auf städtischen Gütern Gemüse anzubauen und die von gemeinnützigen Organisationen durchgeführten Massenspeisungen zu koordinieren und zu subventionieren. Die Masse der Leipziger Bevölkerung litt Hunger und verelendete. Das betraf Teile der jüdischen Bevölkerungsminorität gleichermaßen. Schon im September 1914 hatte die Gemeindevertretung „zur Unterstützung von Angehörigen zum Heer einberufener deutscher, österreichischer und ungarischer Glaubensgenossen sowie zur Linderung sonstiger durch den Krieg hervorgerufener Not den Betrag bis 30.000 Mark aus Gemeindemitteln bewilligt“.⁴⁶⁰ Aber nicht nur die Mitglieder der eigenen Gemeinde wurden unterstützt: 5.000 Mark gingen zudem an das Rote Kreuz.⁴⁶¹ Im Gemeindeamt entstand eine Sammelstelle für die außerordentlichen Bedürfnisse der Leipziger Gemeinde und der Masse an Flüchtlingen, die dringend der Solidarität bedurfte.⁴⁶²

Die Israelitische Religionsgemeinde arbeitete mit den jüdischen Wohltätigkeitsvereinen bei der Gewährung von Kriegsbeihilfen und bei der Speisung und Einkleidung der Armen

⁴⁵⁸ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 54.

⁴⁵⁹ Vgl. dazu Tegeler 1915, 93.

⁴⁶⁰ AZJ 78 (1914) 38, Der Gemeindebote 2.

⁴⁶¹ Vgl. ebenda.

⁴⁶² Vgl. AZJ 78 (1914) 38, Der Gemeindebote 3.

zusammen. Die dazu notwendigen Mittel stellten Wohlhabende, welche zugleich häufig praktisch mitarbeiteten, zur Verfügung.⁴⁶³ Denn die Israelitische Religionsgemeinde nahm in den Kriegsjahren bedeutend weniger Steuern allein durch die Einberufungen zum Kriegsdienst ein. Gegenüber 3.457 Steuerzahlern im Jahr 1914 belief sich die Zahl der zur Gemeindesteuer Verpflichteten ein Jahr später nur auf 2.913 Personen.⁴⁶⁴

Im Winter 1915/16 verschärfte sich die Misere, und im Mai 1916 wurde die Stadt von Plünderungen und Ausschreitungen überzogen. Diese Unruhen beinhalteten sozialkritische Proteste, welche sich auf die Lebensmittelverteilungen bezogen. Militär und Polizei bereiteten schließlich dem mehrtägigen Aufruhr ein Ende.⁴⁶⁵

In der Folge entstanden in den Arbeitervierteln Volksküchen, und besonders Inhaber von Delikatessengeschäften wurden aufgefordert, Schaufensterauslagen einzuschränken. Das Verteilungssystem wurde reorganisiert. Als 1916 etwa die Hälfte der Kartoffelernte ausfiel, verzeichnete Deutschland 1916/17 einen Hungerwinter, den sogenannten Kohlrübenwinter. In dieser Zeit kam es in Leipzig erneut zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Als 1916/17 die finanziellen Mittel der Stadt erschöpft waren, übten nun auch bürgerliche Kreise an der Politik der städtischen Behörden Kritik. Der Mittelstand sah sich als der eigentliche Verlierer der öffentlichen Kriegswirtschaft.

In der zweiten Kriegshälfte verschärfte sich der Versorgungsnotstand nochmals drastisch. Die umfassende Verschlechterung der Lebensverhältnisse, Unterernährung und Ausbreitung ansteckender Krankheiten, insbesondere der Tuberkulose, hatten die Sterblichkeit in den vier Kriegsjahren um 50 Prozent erhöht. In Deutschland verstarben in den Kriegsjahren infolge von Hunger und Entbehrungen insgesamt etwa 750.000 Menschen, in Leipzig waren es 16.323. Auch unter den Juden der Stadt waren, neben Arbeitnehmern und Arbeitsunfähigen, zunehmend Angehörige bürgerlicher Kreise vom Elend betroffen.

Ausgelöst durch die Kürzung der Brotrationen traten im April 1917 mehr als 30.000 Metallarbeiter der Rüstungsindustrie in den Streik. Ihre Forderungen gingen über die Verbesserung der Lebensmittelversorgung hinaus: Sie verlangten den sofortigen Friedensschluss und die Bildung eines Arbeiterrates nach russischem Vorbild.

Für zahlreiche Juden nicht-deutscher Staatszugehörigkeit, insbesondere die etwa 2.800 bis 3.000 Personen russischen, welche nun zu feindlichen Ausländern wurden, gestaltete sich die Situation seit Kriegsbeding dramatisch. Zahlreiche Familien lebten bereits in der dritten Generation in Deutschland beziehungsweise in Leipzig und galten als der Umgebung und den

⁴⁶³ Vgl. dazu AZJ 78 (1914) 44, Der Gemeindebote, 3.

⁴⁶⁴ Vgl. dazu Cohn 1930, 61.

⁴⁶⁵ Vgl. Brandmann 1998, 234.

Verhältnissen völlig angepasst. Dazu gehörten nicht zuletzt wohlhabende Rauch- und Borstenhändler, aber auch ärmere Partiewarenhändler und Marktfahrer.⁴⁶⁶

Die Lebens- und Erwerbssituation hatte sich für diese Personengruppen sofort nach Kriegsausbruch zugespitzt. Der Rauchwaren- und Borstenhandel kam aufgrund seiner Anbindung an das kriegsgeegnerische Ausland fast völlig zum Stillstand. So wurden viele jüdische Händler ihrer Existenz beraubt mit der Folge einer einschneidenden Proletarisierung Leipziger jüdischer Kreise. Besonders die bereits vor dem Krieg ärmeren Händler gerieten nun in Not.

Anziehungspunkt wurde daher die von August bis September stattfindende Leipziger Kleinhandelsherbstmesse. Hatten russisch-jüdische Marktfahrer diese stets besucht, erhielten sie nun die polizeiliche Weisung, „im Interesse der Verkehrssicherheit und öffentlichen Ordnung“ die Messe unverzüglich zu verlassen. Alle Interventionsversuche seitens der Gemeinde und des Hilfsvereins israelitischer Gewerbetreibender blieben gegen die Anordnung des Generalkommandos, welche vorgab, fremdenfeindlichen Exzessen vorbeugen zu wollen, erfolglos. Die über sechzig jüdischen Marktfahrer, darunter auch manche, die schon seit über vierzig Jahren Einwohner Leipzigs waren, mussten jetzt ohne den erhofften Verdienst die Messe verlassen.⁴⁶⁷

Das Israelitische Gemeindeamt sammelte seit Kriegsausbruch für die notleidenden russischen Juden Spenden und brachte bereits im ersten Monat 18.000 Mark zusammen.⁴⁶⁸

Nach den Verordnungen der stellvertretenden Generalkommandos des XII. und des XIX. Armeekorps hatten sich „feindliche“ Ausländer bis zum 27.11.1914 auf eine Distanz von zwanzig Kilometern aus Dresden und Leipzig zu entfernen. Dies galt als präventive Maßnahme gegen eine mögliche Spionage in militärischen Anlagen. Wegen ihrer Bedeutung für die städtische Wirtschaft wurde russischen Rauchwaren- und Borstenhändlern entgegen dem Ausweisungsbefehl der Aufenthalt in Leipzig gestattet. Die meisten anderen ausländischen Juden, darunter auch etwa 1.000 russische, begaben sich nach Chemnitz.

Die Israelitische Religionsgemeinde Leipzig unterstützte dafür die Chemnitzer Gemeinde mit 1.000 Mark. Weitere finanzielle Beihilfen kamen beispielsweise von der Loge Bnai Brith. Diese stellt insgesamt 3.000 Mark zur Verfügung.⁴⁶⁹

Etwa zeitgleich mit den Ausweisungen kamen ca. einhundert ungarische Juden aus den Kampfgebieten und zudem von den Russen aus Galizien vertriebene jüdische Kriegsflüchtlinge in die Stadt, darunter auch Personen, die bei Verwandten und Bekannten Schutz such-

⁴⁶⁶ Vgl. AZJ 78 (1914) 44, Der Gemeindebote 2.

⁴⁶⁷ Vgl. AZJ 78 (1914) 44, Der Gemeindebote 3.

⁴⁶⁸ Vgl. AZJ 78 (1914) 38, Der Gemeindebote 3.

⁴⁶⁹ Vgl. Diamant 2002, 3.

ten.⁴⁷⁰ Die Versorgung dieser Ausländer lag vorrangig in den Händen der Religionsgemeinde. Höppner ermittelte, dass 870 galizische Juden zwischen 1914 und 1916 in Leipzig als ständige Einwohner angemeldet waren. 299 von ihnen verließen die Stadt und von den 608 „besuchsfremden“ Galiziern waren 517 auf der Durchreise. Wie Höppner vermutete, handelte es sich tatsächlich um eine bedeutend höhere Anzahl an Flüchtlingen, da sich nicht jeder anmeldete. Die galizischen Juden, welche nur teilweise die deutsche Sprache beherrschten, gehörten zum großen Teil der Unterschicht an. Übten sie Handwerke aus, welche durch den Krieg und seine Folgen in Leipzig benötigt wurden, konnten sie der Ausweisung aber entgehen.⁴⁷¹

Die Konflikte zwischen Juden und Nicht-Juden nahmen zu, aber auch die zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager. Ab 1916 wurden galizische Juden, die ihren Lebensunterhalt nicht sichern konnten und in der Stadt nicht bei Verwandten oder Freunden unterkamen, ausgewiesen. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Israelitischen Religionsgemeinde verschlechterte sich durch die ostjüdische Zuwanderung im Verlaufe des Krieges zunehmend. Oftmals fehlte es den Eingewanderten an beruflicher Flexibilität und körperlicher Eignung für schwere Industriearbeit. Ein Hindernis für den Einstieg ins Arbeitsleben waren zudem die religiösen Lebensgewohnheiten, wie die Sabbatruhe oder eine rituelle Ernährung.⁴⁷²

Die Israelitische Religionsgemeinde und ihr Vorsteher Magnus bemühten sich insbesondere um die Sicherung des Verbleibens jener Glaubensgenossen, die aus den Gebieten des Verbündeten Österreich-Ungarn zugereist waren. Allerdings vermerkte die Polizei im April 1918, dass 420 „lästige“ jüdische Flüchtlinge - 143 Alleinstehende, die übrigen Familien mit bis zu neun Kindern - auszuweisen waren.⁴⁷³

Der Bedarf an Munitionsarbeitern hatte andererseits dazu veranlasst, Ostjuden ins Land zu holen, wodurch der jüdische Bevölkerungsanteil rasch in die Höhe schnellte, so dass Leipzig zeitweilig 15.000 Juden verzeichnete.⁴⁷⁴

Erstmals 1917 beschäftigte die Gemeinde einen orthodoxen Rabbiner, indem sie den Rabbiner des Talmud-Thora-Vereins, Ephraim Carlebach, mit der Übernahme des Amtes beauftragte.⁴⁷⁵ Im gleichen Jahr trat Felix Goldmann die Nachfolge von Nathan Porges als liberaler Rabbiner an.

⁴⁷⁰ Vgl. dazu Höppner 1995, 292.

⁴⁷¹ Vgl. dazu Lütke-meier 1992, 21.

⁴⁷² Vgl. Heid 1986, 341.

⁴⁷³ Vgl. weiter Höppner 1995, 293.

⁴⁷⁴ Vgl. dazu Goldmann a, 54.

⁴⁷⁵ Vgl. Cohn 1930, 68.

Infolge des sozialen Verelendungsprozesses breiter Bevölkerungsschichten spitzte sich der Konflikt bürgerlicher und unterbürgerlicher Schichten stärker denn je zu. Dies führte zu einer Protestbewegung, welche die Stadtgesellschaft infrage stellte. Der Hauptteil der liberal-protestantischen Bürger orientierte sich politisch stark rechts. Zugleich waren die unterbürgerlichen Schichten politisch stark organisiert und Leipzig wurde zur Hochburg der sich Anfang April 1917 in Gotha konstituierten USPD.

Die Modernisierung der städtischen Verwaltung in den Kriegsjahren diente letztlich der Stabilisierung der autoritären politischen Struktur. Sowohl linke Kräfte als auch bürgerliche Reformer kämpften allerdings vehement um die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechtes.

Nach dem Sieg der USPD bei den Stadtverordnetenwahlen im Dezember 1917 in der dritten Wählerabteilung verschärfen sich die Konflikte noch. Die städtische Verwaltung rang daher in der zweiten Kriegshälfte um die Bewahrung ihrer Autorität und der obrigkeitlichen Machtstrukturen.

Mit Fortschreiten des Krieges nahmen infolge der Mangelernährung Tuberkuloseerkrankungen und –sterblichkeit zu, außerdem wuchs die Zahl der Todesfälle aufgrund von Hungerödemen.⁴⁷⁶ Nunmehr bedurften auch Bevölkerungsgruppen der Fürsorge, die nicht den traditionellen Armutsgruppen entsprachen. Die öffentliche Fürsorge sah sich mit Aufgaben und Anforderungen konfrontiert, die sowohl quantitativ als auch qualitativ zu neuer Orientierung zwangen.

Der Fürsorge für Arbeitslose im Rahmen der Kriegswohlfahrtspflege dienten der dafür gegründete kommunale Arbeitsnachweise sowie eine entsprechende kommunale Arbeitslosenunterstützung.

Die Versorgung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen regelte das Reich durch Rentenzahlungen. Kriegsbeschädigten boten Kommunen und Länder Fürsorgemaßnahmen an, die auf die Wiedereingliederung in den Erwerbsprozess zielten. Erziehungshilfen und Ausbildungshilfen sollten Witwen und Waisen Möglichkeiten zur Selbsthilfe bieten.

Die sich kriegsbedingt der Leipziger städtischen Armenfürsorge aufdrängenden Aufgaben verlangten nach institutionellen Veränderungen. Die Unterstützung blieb dabei stets so angelegt, dass sie über das Existenzminimum nicht hinausging. In den Distrikten herrschte ein ungebrochen repressiver Geist, gegen den die gewählten Stadtparlamentarier der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Sozialreform weitgehend erfolglos ankämpften. Dennoch setzten sich institutionelle Neuerungen durch: Es wurde im Kriegsverlauf ein Erörterungsamt mit besoldeten Kräften eingerichtet, mit dem die Armenpflege verbunden war. Infolge der Ände-

⁴⁷⁶ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 49.

rung der Armenordnung wurde 1917 zunächst die Zahl der Mitglieder in den gemischten Ausschüssen um zwei Frauen, die von den Stadtverordneten zu wählen waren, erhöht. Bei den beiden Frauen handelte sich um Fanny Goetz,⁴⁷⁷ und Else Ulrich Beil.⁴⁷⁸ Beide waren Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Sie setzten sich dafür ein, dass erfahrene weibliche Kräfte in die Arbeit einbezogen wurden.

Es entwickelte sich eine spezifische Mittelstandsfürsorge, welche die wirtschaftliche Selbständigkeit sichern sollte, dazu wurden günstig Kredite beschafft.

In Leipzig wurde für diesen Zuschuss ein durchschnittlicher Ortslohn von 3,80 Mark pro Tag als Bemessungsgrenze zugrundegelegt. Nach dem Reichsgesetz zur Regelung der Unterstützung bei Friedensübungen vom 1. Mai 1892 hatte die kommunale Zusatzfürsorge den Familien nicht mehr als sechzig Prozent des ortsüblichen Tageslohnes eines Leipziger Arbeiters zu gewähren. Von diesem erhielten Ehefrauen dreißig Prozent, andere unterstützungsberechtigte Familienangehörige zehn Prozent.

Dies änderte sich am 1. Januar 1915: Alleinlebenden Ehefrauen standen nun 34,20 Mark monatliche Unterstützung zu. Ehefrauen mit einem Kind erhielten 45,60 Mark, mit zwei Kindern 57,00 Mark usw.. Andere zu unterstützende Person konnte mit 11,40 Mark rechnen. Zunächst wurde allerdings überhaupt die Bedürftigkeit einer Familie oder Person überprüft, was den Versorgungscharakter dieser Unterstützungsleistung infrage stellte. Für die Annahme der Unterstützungsanträge waren 17 Unterkommissionen in Leipzig zuständig. Die Entscheidung traf, nach entsprechenden Ermittlungen die aus vier Ratsmitgliedern, vier Stadtverordneten und sieben weiteren Bürgern bestehende Kriegsunterstützungskommission.⁴⁷⁹ Hatten die meisten Kommunen eigene organisatorische Stellen für die Kriegsfürsorge geschaffen, instrumentalisierte Leipzig zunächst die Struktur der Armenpflege, so dass das Armenamt gegen alle Vorbehalte als Träger der Kriegsfürsorge fungierte.

Die siebzehn stadtbezirklichen Fürsorgestellen setzten sich aus armenpflegerischen Trägern zusammen. Die Leitungsebenen von Kriegsfürsorge (Unterstützungskommission) und Armenwesen (Armendirektorium) waren personell weitgehend identisch. Auf der Ebene der Unterkommissionen entsprachen die Mitglieder hauptsächlich den ehrenamtlichen Pflegern der Armendistrikte.⁴⁸⁰ Für diese Verknüpfung von Armenpflege und Kriegsfürsorge, welche verwaltungspragmatisch begründet wurde, nahm Brandmann zudem einen fürsorgepolitischen

⁴⁷⁷ Goetz war die erste besoldete Fürsorgerin des Armenamtes und zudem Mitglied des erweiterten Bundesvorstandes des BDF.

⁴⁷⁸ Else Ulrich Beil besetzte als einzige Frau eine Stelle im Kriegsamt.

⁴⁷⁹ Vgl. dazu Tegeler 1915, 30.

⁴⁸⁰ Vgl. Brandmann 1998, 138.

Hintergrund an, mit welchem das Stadtparlament bezweckte, die modernisierenden Wirkungen der Kriegsfürsorge auf die Leipziger Armenpflege zu übertragen.

Bei der Kriegsfürsorge handelte es sich um eine Pflichtleistung. Empfänger waren - anders als bei der Inanspruchnahme von Armenfürsorge - nicht zu stigmatisieren. Familien, deren Männer im Heer dienten, blieben also repressive Maßnahmen hinsichtlich Wahlrecht und Aufenthaltsort erspart.

Änderte sich allerdings die wirtschaftliche Situation der Familie, erzielte etwa die Frau ein als ausreichend geltendes Einkommen oder wurde der Lohn des Eingezogenen weiter gezahlt, konnte der Anspruch verloren gehen.⁴⁸¹ In der zweiten Kriegshälfte ging die Kaufkraft der Kriegsunterstützung zurück und reichte immer weniger zum Lebenserhalt. Gleichzeitig nahmen Bedürftigkeitskontrollen und andere repressive Maßnahmen zu. Die individuelle soziale Hilfeleistung wurde mit bestimmten Normen und Verhaltensmaßstäben verknüpft, wodurch die Leipziger Kriegsfürsorge einen stark sozialdisziplinierenden Charakter erhielt. Dies stand im Widerspruch zu den Forderungen der SPD, welche die bevormundende individuelle Fürsorge durch sozialstaatliche Versorgungsleistungen abgelöst sehen wollte.

Im Hinblick auf die Unterstützungssätze belegte Leipzig im Städtevergleich eine Spitzenposition, da die Annahme eines schnellen Siegfriedens in der ersten Kriegsphase finanzielle Bedenken in den Hintergrund gedrängt hatte. Die Zahl der unterstützten Kriegerfamilien stieg von August 1914 bis Juli 1915 von 13.600 auf knapp 50.000. Bis zum Kriegsende stieg die Zahl durch die vermehrten Einberufungen und die gelockerten Anspruchsrechte noch einmal dramatisch an.⁴⁸²

Auch die Israelitische Religionsgemeinde sah sich 1915 veranlasst, die finanziellen Mittel für die Armenfürsorge um etwa das Doppelte aufzustocken. Zusätzlich zu den Ausgaben für das Armenwesen wurden 41.000 Mark als kriegsbedingte außerordentliche Armenunterstützung bewilligt. Die Armenunterstützung machten damit etwa siebenunddreißig Prozent der Gemeindeausgaben aus. Darüber hinaus zeigte sich die Gemeinde mit jüdischen Organisationen und mit notleidenden jüdischen Gemeinden im Osten Deutschlands und im Elsass solidarisch. Diese erhielten 1915 einen Betrag von 6.650 Mark.⁴⁸³

In der Leipziger Kriegsfürsorge spielte die Zusammenarbeit von kommunaler und privater Fürsorge eine wichtige Rolle. Unter den privaten Partnern kam insbesondere dem Nationalen

⁴⁸¹ Vgl. Liebrecht 1916, 6. Gehaltsfortzahlungen gab es in der Regel nur für sehr kleine Gruppen, etwa für Reichs-, Landes- und Kommunalbeamte, vgl. dazu Sachße, Tennstedt 1988, 49 f. Im August 1914 wurde der Arbeitsverdienst zur Hälfte auf die Kriegsunterstützung angerechnet. 1915 blieben 20 Mark, ab August 1916 30 Mark und Ende 1917 50 Mark von der Anrechnung frei. Kriegshinterbliebenenrenten durften hingegen auf die Familienunterstützung nicht angerechnet werden. Vgl. Liebrecht 1916, 6 und Sachße, Tennstedt 1988, 49 f.

⁴⁸² Vgl. Brandmann 1998, 134.

⁴⁸³ Vgl. AZJ 80 (1916) 46, Der Gemeindebote 2.

Frauendienst, der einen Großteil der Leipziger Frauenvereine erfasste, eine wesentliche Rolle zu.

Oberbürgermeister Dittrich und die führenden Vertreter der privaten Fürsorge vereinbarten bereits am 10. August 1914 ein gemeinsames Sammlungs- und Unterstützungswesen. Koordinationszentrale wurde die eine Woche später errichtete „Kriegsnotspende für Leipzig“. Die Hauptgeschäftsstelle der Kriegsnotspende übernahm die Zentrale für private Fürsorge. Die Stadt untersagte alle weiteren Sammlungen. Noch im August 1914 kam man überein, dass die Kriegsnotspende die Fürsorge für die kriegsbedingt bedürftigen Leipziger außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen übernahm. Ihr aus Repräsentanten der Oberschicht bestehender „Finanzausschuss“ war für die Beschaffung der notwendigen privaten Gelder verantwortlich. Die Vergabe finanzieller Hilfen übernahm der Leipziger Verband für Armenpflege und Wohltätigkeit. Der von diesem einberufenen Bewilligungsausschuss setzte sich aus der Vorsitzenden des Nationalen Frauendienstes und Vertretern unterschiedlicher politischer Richtungen zusammen. Über den Verband für Armenpflege und Wohltätigkeit waren auch die Israelitische Religionsgemeinde, der Israelitische Wohltätigkeitsverein und die Leipzig Loge des U.O.B.B. mit der Kriegsnotspende verbunden.⁴⁸⁴ Die Leipzig Loge richtete ein Gesehungsheim für Soldaten in der Arndtstraße 1 ein und beteiligte sich mit beträchtlichen Mitteln am Lazarettzug der Stadt und anderen Kriegshilfeeinrichtungen.⁴⁸⁵ Das Gemeindeamt sammelte seit 1914 für die Kriegsnotspende.⁴⁸⁶

Seit Ende 1915 konnte die Kriegsnotspende aufgrund fehlender Einnahmen dann aber vornehmlich nur noch Mietzuschüsse zahlen. Doch auch dabei war sie auf Zuwendungen durch die Stadt angewiesen. Durch die Übernahme der gesamten privaten Kriegsfürsorge durch den Verband für Armenpflege und Wohltätigkeit setzte sich die enge Zusammenarbeit zwischen kommunaler und privater Fürsorge endgültig durch.⁴⁸⁷

Seit Kriegsbeginn befand sich die Leitung des städtischen Armen- und Stiftungswesens, des Kriegsunterstützungsamtes und der Kriegsnotspende sowie des Leipziger Verbandes für Armenpflege und Wohltätigkeit in den Händen der Bürgermeisters Weber. Offenbar setzten die privaten Träger dieser starken Bindung an die kommunale Fürsorge keinen Widerstand entgegen.

Die Kriegssituation beschleunigte die Durchführung überfälliger Reformen im Armenwesen. In der traditionellen Armenpflege wuchs nun der Bedarf an geschulten Kräften. Der fürsorgereiche Außendienst wurde im o. g. Erörterungsamt zentralisiert und eine systematische Fami-

⁴⁸⁴ Vgl. dazu Zehnter Jahresbericht des Vereins Zentrale für private Fürsorge 1914, 6.

⁴⁸⁵ Vgl. dazu Tegeler 1915, 176.

⁴⁸⁶ Vgl. dazu AZJ 78 (1914) 38, Der Gemeindebote 3.

lienfürsorge für Angehörige von Kriegsdienstleistenden durch fachlich ausgebildetes Personal eingerichtet.⁴⁸⁸ Seit 1918 waren bei jedem Armenpflegedistrikt zwei besoldete Frauen beschäftigt.⁴⁸⁹

Da sich rückblickend seit Ende 1914 an der Heimatfront das Anwachsen des Antisemitismus konstatieren ließ, rückten die jüdischen Organisationen näher zusammen. Hintergründe des seit 1916 nochmals zunehmenden Antisemitismus waren die längere Dauer des Krieges, die Begegnung mit osteuropäischen Juden in den besetzten Gebieten sowie der in diesem Jahr einsetzende jüdische Flüchtlingsstrom aus diesen Gebieten. Darüber hinaus wurden Persönlichkeiten wie Walther Rathenau, der mit der deutschen Kriegswirtschaft eng verbunden war, als Kriegsgewinnler kritisiert. Die Rechte verbreitete, dass die Kriegswirtschaft jüdisch beherrscht sei und lastete mit der sogenannten Dolchstoßlegende die militärische Niederlage den Juden und Sozialdemokraten an.

Die deutschen Juden verhielten sich meist ablehnend gegenüber den ihnen fremden ostjüdischen Zuwanderern, zumal diese exemplarisch die Klischees antisemitischen Denkens bedienten. - Im April 1918 erfolgte die Schließung der Ostgrenze.⁴⁹⁰

Da die Mehrzahl der Juden, die zum liberalen Lager gehörten, zudem einen Kompromissfrieden anstrebten, wurden sie von den Rechten, deren Ziel der Endsieg war, als Verräter der deutschen Sache betrachtet und beschuldigt, nicht genügend Anteil an den Kriegsanstrengungen zu nehmen. In diesem Sinne hatte das Kriegsministerium im Oktober 1916 eine Zählung der jüdischen Soldaten angeordnet, welche unter den Juden eine endgültige Ernüchterung über ihre Anerkennung und Integration sowie die Haltung der Regierung zur Folge hatte. Die Resultate der Zählung wurden während des Krieges nicht veröffentlicht, sie entsprachen aber dem jüdischen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Tatsächlich nahmen etwa 100.000 Juden am Krieg teil, davon etwa vier Fünftel an der Front. Die Zahl der Gefallenen belief sich auf circa 12.000.⁴⁹¹ Von jüdischer Seite wurde nach Kriegsausbruch die Beteiligung statistisch untersucht. Dies erwies sich als schwierig, da staatlicherseits jegliche Unterstützung fehlte und mehrere Generalkommandos die Sammlung kriegsstatistischer Daten untersagten, weshalb sich die Erhebungen weitgehend auf die kriegsbedingte Abwesenheit vom Wohnort bezogen. Danach betrug die Beteiligung deutscher Juden am Kriegseinsatz

⁴⁸⁷ Vgl. Brandmann 1998, 141.

⁴⁸⁸ Damit wurde die spätere kommunale Fürsorge der Weimarer Republik bereits in Ansätzen vorbereitet Vgl. Brandmann 1998, 147 f.

⁴⁸⁹ Vgl. Sahle 1999, 33.

⁴⁹⁰ Vgl. Heid 1986, 346 f.

⁴⁹¹ Vgl. Kaplan 2003, 342 und Segall 1921, 11.

16,45 Prozent. In Sachsen selbst nahmen 1.230 Juden am Krieg teil, 192 davon freiwillig. Bei Beachtung des hohen Anteils an ausländischen Juden wurden für Sachsen unter den deutschen Juden 17,02 Prozent Feldzugsteilnehmer ermittelt. In Leipzig beteiligten sich mit 17 Prozent im Vergleich zum übrigen Sachsen überdurchschnittlich viele Juden freiwillig am Kriegseinsatz.⁴⁹² Im Kriegsverlauf nahmen die freiwilligen Meldungen ab, insbesondere nach 1915. Von den jüdischen Kriegsteilnehmern aus dem gesamten Reich wurden 73,82 Prozent an der Front eingesetzt. Die Verluste beliefen sich auf 14,07 Prozent; 13,09 Prozent von ihnen waren gefallen oder anderweitig gestorben, bei den übrigen 0,98 Prozent handelte es sich um Vermisste.⁴⁹³

In Leipzig spielte die mehrfach erwähnte Zeitschrift „Hammer“ und deren Herausgeber Theodor Fritsch eine wesentliche Rolle in der antisemitischen Agitation. Obgleich im Ergebnis des polizeibehördlichen Vorgehens der „Hammer“ 1916 vorübergehend verboten wurde, setzte Fritsch seine Aktivitäten fort.⁴⁹⁴ In der Konsequenz wurde er wiederholt verurteilt.⁴⁹⁵

Die antisemitischen Parolen fielen in der Stadt auch bei traditionellen Eliten, die im Falle einer militärischen Niederlage und politischen Reformen um Macht und Einfluss fürchteten, auf fruchtbaren Boden. Je länger der Krieg andauerte, umso stärker wurden die Feindseligkeiten. Als ein weiterer Träger der Hetze tat sich auch in dieser Periode wiederum der Schriftsteller Heinrich Pudor hervor. Er wurde deshalb mehrfach zu Geldstrafen und 1916 wegen einer Flugschrift „Hinaus mit den Juden!“ zu einer sechswöchigen Haftstrafe verurteilt. Alle seine Publikationen wurden schließlich der polizeilichen Zensur unterworfen, „da die Befürchtung der Verhetzung einzelner Bevölkerungsklassen gegeneinander durch seine Schriften bestand“.⁴⁹⁶ 1918 traten selbst in der Leipziger Volkszeitung, dem Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie in Deutschland, Ressentiments offen zutage.⁴⁹⁷ Die zunehmende Beschäftigung von Ostjuden für niedrigere Löhne schürte in der Sozialdemokratie und auch in der Arbeiterschaft eine Konkurrenz, welche den Antisemitismus förderte.

Der Abwehr des Antisemitismus widmete sich in Leipzig insbesondere die Ortsgruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Dabei engagierte sich der liberale

⁴⁹² Vgl. Segall 1921, 10.

⁴⁹³ Vgl. weiter Segall 1921, 22-31, 40-48.

⁴⁹⁴ Vgl. Brandmann 1998, 213.

⁴⁹⁵ Wegen Beleidigung von Jüdinnen in Mühlhausen im Elsass und Freiburg i.Br. wurde er beispielsweise von einem Leipziger Schöffengericht zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.200 Mark verurteilt. Vgl. dazu AZJ 79 (1915) 15, Der Gemeindebote 2.

⁴⁹⁶ AZJ 81 (1917) 11, Der Gemeindebote, 3.

⁴⁹⁷ Im November erschien ein gegen russische Juden gerichteter Hetzartikel unter dem Titel „Der moderne ewige Jude“, welcher in der Israelitischen Religionsgemeinde heftige Proteste auslöste. Vgl. dazu AZJ 82 (1918), 49, Der Gemeindebote 2.

Rabbiner Felix Goldmann, welcher dem weiteren Vorstand des Vereins auf der Ebene des Landesverbandes Sachsen mit Sitz in Dresden angehörte, nachdrücklich.⁴⁹⁸

Mit der Zuwanderung wurde der sich im Krieg ausbreitende Antisemitismus noch verstärkt. Bei Ausbruch des Krieges wurden die Juden und die Sozialdemokraten in den „Burgfrieden“ einbezogen. Die Zensur antisemitischer Agitation wurde zunächst verschärft, als sich der Krieg aber langwieriger gestaltete, fanden auch antijüdische Stimmen mehr Gehör. Der Höhepunkt wurde im Oktober 1916 mit der sogenannten „Judenzahlung“ erreicht, deren geheim gehaltene Ergebnisse nur die Unterstellung der „Drückebergerei“ verstärkten.

Juden galten in einem großen Teil der Bevölkerung als Schieber und Kriegsgewinnler; der „Kohlrübenwinter“ wurde ihnen angelastet.

Der Waffenstillstand, den Deutschland am 11.11.1918 annehmen musste, beinhaltete sehr schwerwiegende Einschnitte. Gleichzeitig brach in Deutschland die Revolution aus. Diese beendete in Leipzig das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht und die Herrschaft der großbürgerlichen Führungsschichten, zu denen auch Juden gehörten. Es ist abschließend festzustellen, dass sich mit dem Kriegsverlauf die vornehmlich philanthropische Wohltätigkeit in Richtung einer umfassenden Sozialpolitik weiterentwickelte.

Per Landesgesetzgebung wurden Einzelaufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege aus der Armenpflege ausgegliedert und besonderen Fürsorgeträgern übertragen.

Sachsen ging hierbei mit dem ersten Gesetz über die Wohlfahrtspflege vom 30. Mai 1918 voran. Dieses Gesetz wandte die Grundsätze der Armenpflege nicht mehr auf die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge einschließlich den Mutterschutz, die Wohnungspflege, die Krüppelhilfe und die Bekämpfung der Tuberkulose an. Diese Aufgaben wurden als Pflichtaufgaben der Wohlfahrtspflege den neugebildeten Pflegebezirken übertragen.

2.2 Soziale Vereinsarbeit unter Kriegsbedingungen

2.2.1 Die Tätigkeit der organisierten jüdischen Frauenvereine und des Vereins für Familien- und Volkserziehung im Rahmen der Kriegsfürsorge

Zu Beginn des Krieges wurde seitens des JFB konstatiert, dass „[...] Jeder und Jede von dem Glauben durchglüht war, sich in den Dienst des heimtückisch verratenen und angegriffenen Vaterlandes zu stellen“.⁴⁹⁹ An die Mitglieder erging daher der Aufruf, sich auf lokaler Ebene den entsprechenden Initiativen anzuschließen und zunächst die Verbandsarbeit ruhen zu lassen.

⁴⁹⁸ Vgl. Rieger 1918, 75-79.

Die Forschung vernachlässigte die Rolle jüdischer Frauen in der Kriegsfürsorge bisher weitgehend.⁵⁰⁰ Eine Tätigkeit in Rahmen der Kriegsfürsorge bot den Frauen die Möglichkeit, ihre Einfluss- und Wirkungssphäre zu erweitern und Verantwortung zu übernehmen, so dass dies nachhaltig die Weiterentwicklung der jüdischen Wohlfahrtspflege beeinflusste. Durch ihren Dienst an der Heimatfront, aus nationalem Pflichtgefühl heraus, wollten sie sich des Rechtes auf Emanzipation als würdig erweisen. Ausdruck ihres während des Krieges gestiegenen Selbstbewusstseins war zudem die Forderung des Frauenwahlrechts in der Israelitischen Gemeinde.

Die organisierten deutsch-jüdischen Frauen schlossen sich von Beginn an dem Nationalen Frauendienst an, dessen Gründung auf einer Initiative der BDF-Vorsitzenden, Gertrud Bäumer, basierte.⁵⁰¹ Am 31. Juli 1914 forderte der BDF die ihm angeschlossenen Vereine und Verbände zum Zusammenschluss mit den örtlichen Wohlfahrtsvereinen, dem Roten Kreuz und den Vaterländischen Frauenvereinen in Ortsgruppen des Nationalen Frauendienstes auf.

Als Anfang August 1914 die allgemeine Mobilmachung erfolgte, gab der Vorstand des BDF zur Einrichtung des Nationalen Frauendienstes an alle angeschlossenen Verbände und Vereine ein Arbeitsprogramm aus. Auf dieser Basis entstand Anfang August 1914 in Leipzig, wie in anderen größeren Städten, eine Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes, in welcher sich die lokalen Mitgliedsvereine des BDF sammelten. In den ersten Kriegsjahren war der Nationale Frauendienst ausschließlich lokal tätig, erst 1917 entstand die „Deutsche Zentrale des Nationalen Frauendienstes“ mit ihrer Geschäftsstelle in Berlin, deren Aufgabe darin bestand, den Erfahrungsaustausch der Vereine und Verbände zu sichern und somit die Fürsorgearbeit weiterzuentwickeln.⁵⁰² In Leipzig schlossen sich der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes 62 Frauenvereine an. Das sächsische Innenministerium unterstützte im Dezember 1914 die Frauenvereine im Regierungsbezirk Leipzigs zunächst mit 1.900 Mark, welche die Kreishauptmannschaft zur freien Verteilung erhielt.⁵⁰³ An den gemeinsamen Initiativen von Kommune und Privatwohltätigkeit zur Regulierung nahm die Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes teil. Der Nationale Frauendienst bildete auf lokaler

⁴⁹⁹ Vgl. JFBP 1917, 7.

⁵⁰⁰ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 158. Immer noch fehlt es diesbezüglich an Forschungsergebnissen.

⁵⁰¹ Bäumer initiierte eine zentrale nationale Frauenorganisation. Zu ihren patriotischen und kriegsbegeisterten Plänen für die Beteiligung der Frauen am Dienst an der Heimatfront, vgl. Wawrzyn 1998, 98 f.

⁵⁰² Zudem vertrat er den Nationalen Frauendienst bei Reichs- und Staatsbehörden sowie bei Reichsorganisationen der Wohlfahrtspflege. Er wurde von einem elfgliedrigen Arbeitsausschuss unter Vorsitz von Josephine Levy-Rathenau und einem Beirat aus 15 Mitgliedern geleitet.

⁵⁰³ StAL Akten über den Zusammenschluss der Frauenvereine, Rat der Stadt, Armenamt Nr. 487, p 129. 1915 erhielt die Kreishauptmannschaft wiederum 1.900 Mark (p 132), Ende 1918 betrug die Summe 2.200 Mark (p 176).

Ebene eine Art weiblichen Hilfstruppe der städtischen Verwaltung für alle Aufgaben der sozialen Kriegsfürsorge.

Die Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes sammelte dazu Geld für die Kriegsfürsorge und übernahm in der Kriegswohlfahrtspflege der Kommune eine entscheidende Rolle.

Die ihr angeschlossenen Vereine mobilisierten unabhängig von der Konfession weibliche Hilfskräfte aus allen sozialen Schichten und ermöglichten patriotisch gesinnten Frauen einen kriegswichtigen Beitrag an der Heimatfront zu leisten.

Staatlicherseits hatte es für den Einsatz von Frauen in der sozialen Kriegsfürsorge zunächst keine Pläne gegeben. Lediglich die Frauenvereine des Roten Kreuzes waren schon im Frieden amtlich „zur Mitarbeit in der freiwilligen Krankenpflege für den Kriegsfall zugelassen“ worden.⁵⁰⁴

Auf nationaler Ebene entstand beim Kriegsfürsorgeamt ein Frauenreferat, welches sich mit der Beschaffung und Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte beschäftigte, wogegen im Kriegsamt die Frauenarbeitszentrale eingerichtet wurde, welche alle Fürsorgeaufgaben regelte, die sich aus der Beschäftigung von Frauen in der Rüstungsindustrie ergaben. Im August 1917 bildeten 36 Frauen- und Fürsorgeorganisationen den „Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit im Krieg“.⁵⁰⁵

Regional wurden bei den Generalkommandos Kriegsamtsstellen eingerichtet, welche die Aufgaben von Kriegsarbeitsamt und Kriegsamt miteinander verbanden. Frauenarbeitshauptstellen fungierten als regionale Zweigstellen der Frauenarbeitszentrale beim Kriegsamt.⁵⁰⁶ Die Frauenarbeitszentrale regte wichtige Entwicklungen in der Wohlfahrtspflege als öffentliche Dienstleistung an.

Ihr wurden mit Erlass vom 16. Januar 1917 folgende Aufgaben zugewiesen:

1. im Interesse der Produktionssteigerung alle Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitswilligkeit von Frauen zu ergreifen
2. alle Arbeitshemmnisse für Frauen auszuräumen, durch:
 - a) Gesundheitsschutz,
 - b) Einrichtung von Erholungsräumen, Wohn- und Schlafgelegenheiten,
 - c) Bereitstellung von Berufsbekleidung,
 - d) Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten und Verkehrsmittel,
 - e) Verbesserung der Nahrungsmittelbeschaffung und -verteilung für Frauen,

⁵⁰⁴ Vgl. Salomon 1916, 21.

⁵⁰⁵ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 61.

⁵⁰⁶ Damit war erstmals eine erhebliche Zahl von Frauen dem Militärapparat unterstellt. Diese Einrichtungen unterstanden jeweils einer Referentin.

3. die Schaffung von Krippen, Kindergärten, Kinderbewahranstalten, Horten, Stillstuben, Mütter-, Säuglings- und Kleinstkinderberatungsstellen; die Beschäftigung von Haus-, Gemeinde-, Landpflegerinnen und Kreisfürsorgerinnen,
4. die Gewinnung geeigneter Frauen für die Schulung und den Einsatz als Beamtinnen in der Gewerbe- und Wohnungsaufsicht sowie der Fabrikfürsorge,
5. die Kooperation mit allen angeschlossenen Organisationen zum Ausbau vorhandener Einrichtungen und zur Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.⁵⁰⁷

Die weibliche Kriegsfürsorgearbeit im Kriegsamt richtete sich gezielt auf die planmäßige Mobilisierung der weiblichen Bevölkerung für die Kriegsproduktion und hob sich damit völlig von der klassischen Armenfürsorge ab.

Der JFB, welcher während des Ersten Weltkrieges enorm an Popularität und Zulauf gewann, so dass ihm 1917 ca. 44.000 Mitglieder und 215 Vereine angehörten,⁵⁰⁸ stellte bei Kriegsbeginn die bis dahin vorrangige Bekämpfung von Mädchenhandel und Prostitution ein, zumal ersterer zurückgegangen war, die Zahl der Prostituierten aber stieg. In Leipzig gab es während des Krieges 51 Bordelle und 1917 wurde mit 277 registrierten Prostituierten der Höchststand der Kriegsjahre erreicht.⁵⁰⁹

Loyalität zu Deutschland und Solidarität mit den deutschen Nichtjuden drängten das bisherige Engagement des JFB für die Lage der Ostjuden während des Krieges zurück. Die osteuropäische Frauen standen auch deshalb nicht mehr in gleicher Weise im Zentrum der Zuwendungen, um der nicht-jüdischen Öffentlichkeit keine Anlässe zu negativer Beachtung zu geben. So erfolgte eine gewisse Distanzierung, um antisemitischen Angriffen zuvor zu kommen. Die Ostjuden wandten sich ihrerseits nun dem Zionismus zu und entwickelten ein neues Selbstbewusstsein.

Auf die bereits 1915 einsetzenden antisemitische Angriffe und Zweifel an der Opferbereitschaft deutscher Juden und Jüdinnen reagierte der JFB mit Aufrufen an die Mitglieder zu angepasstem Auftreten und Verhalten. Seit Ende 1916 zeichnete sich infolge des Antisemitismus und der Gespaltenheit der Juden ein Rückzug des JFB aus der allgemeinen Sozialarbeit ab. Pappenheim entwarf daher die Struktur für ein autarkes jüdisches Wohlfahrtswesen.

1918 überwog endgültig und unwiderruflich Enttäuschung unter den Jüdinnen, welche eine vollständige Integration angestrebt und sich für diese an der Heimatfront eingesetzt hatten.

Der Leipziger Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes schlossen sich zahllose Frauen und Mädchen sowie Frauenvereine, wie der Israelitische Frauenverein, dessen Vorsitzende Ma-

⁵⁰⁷ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 62.

⁵⁰⁸ Vgl. Grandner, Saurer 2005, 15.

⁵⁰⁹ Vgl. Richter 1932, 27 und 29.

thilde Goldschmidt zugleich die Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes leitete, an. Die Mitgliedsvereine des JFB übernahmen spezielle Aufgaben inner- und außerhalb der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes. Die Frauenvereine litten dabei unter der kriegsbedingten Inflation, welche das Stiftungskapital als Grundlage des wohltätigen Engagements entwertete. Angehörige bürgerlicher Schichten, welche vormals Träger von karitativen Hilfen waren, mussten teilweise nun selbst Hilfe in Anspruch nehmen.

Die akkulturierten deutschen Jüdinnen des Israelitischen Frauenvereins schlossen sich dem örtlichen Frauendienst an, in welchem sich unter anderem auch der Verein für Familien- und Volkserziehung, die Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, des Allgemeinen Deutschen Kindergärtnerinnenvereins, des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes und des Deutschen Frauenbundes sowie die Frauenhilfsvereine der Stadtbezirke organisierten.

Der Israelitische Spar- und Versicherungsverein und der Frauenverein „Ruth“ konzentrierten sich auf die Israelitische Religionsgemeinde und boten ihre Hilfsmaßnahmen ausschließlich Israelitinnen an.

Auf Bundesebene entstanden in jener Zeit Spannungen zwischen einigen nicht-jüdischen Mitgliedern des BDF und organisierten Jüdinnen. Bereits 1914 hatte sich der Deutsch-Evangelische Frauenbund der Wahl Alice Salomons zur Nachfolgerin Gertrud Bäumers an der Spitze des BDF widersetzt,⁵¹⁰ und Bäumers, die es ebenfalls für vorteilhafter hielt, ihr Amt an eine Nicht-Jüdin zu übergeben, hatte Marianne Weber überzeugt, sich hierfür zur Verfügung zu stellen.⁵¹¹ 1915 verursachte Helene Lange mit einer Rede auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Leipzig, in der sie die katholischen und evangelischen Frauenverbände – nicht aber den JFB - als konfessionelle Verbände benannte, eine Auseinandersetzung mit Bertha Pappenheim, welche dies – wie bereits beschrieben - als antisemitisch deutete. Pappenheim wandte sich im Verlauf des Konfliktes vom Nationalen Frauendienst ab und trat zudem zeitweilig vom Amt der Vorsitzenden des JFB zurück.⁵¹² In der Folge belastete dieser Dissens die Zusammenarbeit mit den jüdischen Mitarbeiterinnen in den Gruppen des Nationalen Frauendienstes nicht nur in Frankfurt am Main, der Wirkungsstätte Bertha Pappenheims. Darauf lassen folgende Bemerkung Langes schließen: „Sollten sich [...] noch mehr Frauen im Jüdischen Frauenbund finden, die in einem Augenblick, wo alle Hände

⁵¹⁰ Alice Salomon wurde als prädestinierteste Kandidatin, obgleich sie zum christlichen Glauben konvertiert war, 1919 nicht gewählt.

⁵¹¹ Bäumers wollte antisemitischen Kräften, welche die Frauenbewegung und die Frauenemanzipation attackierten, möglichst kein Angriffsziel geben.

⁵¹² Vermutlich vermieden es die Repräsentantinnen des BDF angesichts des latenten Antisemitismus, auf die enge Verbundenheit mit dem JFB hinzuweisen. Zum Dissens zwischen Pappenheim und Lange bzw. Bäumers, vgl. auch Kaplan 1981, 75.

für die vaterländische Arbeit gebraucht werden, diese Arbeiten gerade an der dafür geeigneten Stelle einer durch nichts gerechtfertigten Empfindlichkeit wegen zu verlassen bereit sind, so bedaure ich das im Interesse dieser Arbeit und des Jüdischen Frauenbundes, kann aber keinen logischen Zusammenhang zwischen dieser Tatsache und jener anderen konstatieren, daß [sic] ich mich weder in ungehöriger Form interpellieren, noch in meiner Gesinnung verdächtigen lasse. Im Übrigen bin ich bis jetzt der Meinung gewesen, daß [sic] wir im Nationalen Frauendienst nicht als Konfessionelle, sondern als Deutsche arbeiten [...]“.⁵¹³ Um einem befürchteten Austritt des JFB aus dem BDF entgegenzuwirken, veröffentlichte Gertrud Bäumer schließlich eine Erklärung zur Gleichwertigkeit des JFB und zur Zusammenarbeit mit den jüdischen Frauen.⁵¹⁴ In Leipzig blieben Ressentiments zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Mitarbeiterinnen des Frauendienstes unauffällig.

Zunächst stand die Leipziger Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes vor der Aufgabe, die bereitgestellten Kräfte zu bündeln und sinnvoll einzusetzen. Diese unbezahlte freiwillige Hilfsarbeit nahm oftmals den Charakter von nicht-entlohnter Berufstätigkeit an. Salomon resümierte das Verständnis von Frauendienst vor dem Krieg als „all die Tugenden, die die Frauen von altersher daheim für die Familie ausübten. [...] das Dienen aus Liebe, aus Pflichtgefühl, das nicht mit der eigenen Kraft kargte. [...] das dem einzelnen diene, aber mit den großen Aufgaben und Zwecken des Vaterlandes nichts zu tun hatte.“⁵¹⁵

Frauenarbeit war auch in Leipzig bis zum Kriegsbeginn der „Inbegriff all des Ungewohnten, Unbehaglichen, Unruhigen, was die neue Zeit bei allem Fortschritt schrecklich mit sich brachte.“⁵¹⁶ Viele Männer nahmen die Leistungen von Frauen mit Skepsis und Argwohn wahr. Die Frauenarbeit erlangte während des Krieges eine neue Relevanz. Viele Frauen, auch deutsche Jüdinnen, empfanden sich nun als Teil des Vaterlandes und stellten sich unter Hinweis auf das spezifisch Weibliche zur Mitarbeit an den Kriegsaufgaben zur Verfügung.⁵¹⁷

Darüber hinaus wurde die Mitarbeit der Frauen in der Industrie und im sozialen Bereich eingefordert. Die Kriegssituation bedurfte der Berufsarbeit von Frauen und machte Schluss mit Vorurteilen bezüglich ihrer Eignung und Zuverlässigkeit. Für viele Frauen wurde Erwerbsarbeit zudem geradezu überlebenswichtig.

Obleich der Erste Weltkrieg für die pazifistisch eingestellte Henriette Goldschmidt das Ideal der Völkerverständigung zerstörte - Siebe schrieb: „Von da an wurde sie alt.“⁵¹⁸ – schloss sich

⁵¹³ Brief vom 11.2.1916 „Lange an v. Roy“, ABDF, 3. Abt. 5. Nach: Dürrkopf 1984, 143.

⁵¹⁴ Vgl. Kaplan 1981, 75.

⁵¹⁵ Salomon 1916, 3.

⁵¹⁶ Vgl. dazu weiter Salomon 1916, 3 f.

⁵¹⁷ Vgl. Salomon 1916, 5.

⁵¹⁸ Vgl. Siebe, Prüfer 1922, 67.

doch der von ihr geleitete Verein für Familien- und Volkserziehung dem Nationalen Frauendienst an. In seinen Räumen in der Weststraße 16 entstand zu Kriegsbeginn eine Nähstube, in welcher Kleidung für Kinder und Erwachsene angefertigt wurden.⁵¹⁹

Darüber hinaus stellte dieser Verein bereits in den ersten Augusttagen 1914 das Gebäude der Hochschule für Frauen für die Hauptgeschäftsstelle der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes und als Anlaufstellen für Hilfesuchende zur Verfügung. Die Hauptgeschäftsstelle koordinierte die Arbeitsgebiete, übernahm die Korrespondenz und verwaltete die Finanzen. Sie führte eine Kartothek mit den Namen der Rat- und Hilfesuchenden, bot Berufsberatung an und gab Speise- und Brotmarken aus. Eine Auskunftsstelle bot Frauen Beratung an oder vermittelte Ratsuchende an die zuständigen Stellen.

Erste Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses war Gertrud Dumstrey-Freytag, Vorsitzende der Ortsgruppe Leipzig des ADF und des Frauengewerbevereins. Anna Pevsner, Ehefrau des jüdischen Kaufmanns Hugo Pevsner, amtierte als dritte Vorsitzende.⁵²⁰ Dem großen Ausschuss, welcher sich aus dem geschäftsführenden Gremium, den Bezirksleiterinnen, den Vertreterinnen aller angeschlossenen Vereinen und der freiwilligen Helferinnen zusammensetzte, gehörte unter anderem auch Bettina Brenner, Mitglied des Israelitischen Frauenvereins und der Ortsgruppe des JFB, an.

Während im Gebäude der Hochschule für Frauen die Aktivitäten der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes zusammenliefen, wurde zugleich die Ausbildung fortgesetzt.

Das Ausbildungskonzept geriet dabei zunehmend in die Kritik. Eduard Spranger, welcher weiter als Professor der Universität Pädagogik an der Frauenhochschule lehrte, stellte das zwischen allgemeiner Humanitäts- und dreiteiliger - pädagogischer, sozialer und medizinischer - Berufsbildung unentschiedene Konzept in Frage und erhob zudem den Vorwurf, dass bestehende staatlich anerkannte Ausbildungs- und Stellenangebote in den berufsbezogenen Ausbildungsinhalten unberücksichtigt blieben. Weiterhin verwies er auf das bereits von Jeanette Schwerin mit den Berliner Mädchen und Frauengruppen für soziale Hilfstätigkeit geschaffene Ausbildungsfundament.

Nicht zuletzt griff der Pädagoge den Allgemeinbildungscharakter der Ausbildung und die mangelnde Wissenschaftlichkeit an, welche einem Hochschulniveau widersprachen, wenngleich die Dozenten in der Regel von der Universität kamen. Er forderte, eine Umgestaltung in der pädagogischen und der sozialen Abteilung, ein Ende der vornehmlichen „Beziehung auf den Kindergarten [...] bis zum Überdruß“ und dafür stattdessen, den „Mittelpunkt in der sozialen Erziehungstätigkeit der Frau“ zu suchen.

⁵¹⁹ Vgl. dazu Tegeler 1915, 172 f.

Die weibliche Jugendendpflege stellte während des Krieges die größte Erziehungsaufgabe dar. Darüber hinaus ergaben sich für die weibliche Sozialpädagogik die neuen Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendpflege sowie der Jugendfürsorge, welche sich in der Ausbildung noch nicht hinreichend widerspiegelten. Im Interesse einer geschlossenen pädagogischen Ausbildung forderte Spranger, die allgemeinen Fächer Pädagogik, Psychologie, Kinderpsychologie, Sozialwissenschaften und Gesundheitslehre an den praktischen Arbeitsfeldern auszurichten.

Die sozial- und rechtswissenschaftliche Abteilung der Hochschule bildete angesichts des dringenden Bedarfes Frauen als Beamtinnen für Armenämter, Wohlfahrtsanstalten oder gemeinnützige Vereine, als Fabrikpflegerinnen, Wohnungspflegerinnen, Beamtinnen beim gemeinnützigen Arbeitsnachweis und der gesamten Jugendfürsorge, der Gewerbe- und Fabrikinspektion, Polizeiassistentinnen usw. sowie der freiwilligen sozialen Hilfsarbeit aus. Die qualifizierte soziale Ausbildung richtete sich nicht zuletzt gegen den „verhängnisvollen Dilettantismus“.⁵²¹ Zusätzlich wurden Lehrerinnen qualifiziert, um den Unterricht für soziale Fächer zu übernehmen.

Täglich fanden sich während der Kriegsjahre Hunderte bedürftiger Frauen in den Einrichtungen des Frauendienstes an der Hochschule ein. Im großen Hörsaal fanden für Frauen zahlreiche Vorträge statt. In Kooperation mit dem Roten Kreuz und dem Albert-Zweigverein bildeten die Dozenten der Einrichtung zudem unentgeltlich Helferinnen für Lazarette aus. Die Hochschule musste dabei im Lehr- und Verwaltungsbetrieb den immer deutlicher spürbaren Mangel des zum Militär eingezogenen Personals ausgleichen. Auch der Verwaltungsdirektor, Johannes Prüfer, befand sich während der ersten Kriegsesemester im Heeresdienst. Else Beil, welche später im Kriegsamts der Stadt tätig wurde, vertrat ihn zum Beispiel im Wintersemester 1915/16. Der Großteil der Studierenden brach bei Kriegsausbruch das Studium zugunsten des Eintritts in die Kriegskrankenpflege oder soziale Kriegsorganisationen ab, so dass die Einrichtung nach Kriegsbeginn lediglich noch 47 Studentinnen verzeichnete. Dies änderte sich bereits im Sommersemester wieder, als 150 Frauen und Mädchen immatrikuliert waren.⁵²²

Im Herbst 1916 entstand eine den Kriegsbedingungen geschuldete neue Fachabteilung für Krankenpflege, welche bewährte Krankenschwestern für sozialhygienische Berufsarbeit, zu Kriegsfürsorgerinnen, Schul- und Fabriksschwestern oder für die Fürsorge für Mütter und Säuglinge, Tuberkulose, Trinker usw., ausbildete. Zudem bot die Abteilung Krankenschwestern die Möglichkeit, sich für leitende Stellen in der Krankenpflege, Anstaltsverwaltung sowie den Unterricht an Krankenpflegeschulen zu qualifizieren.

⁵²⁰ Vgl. dazu Wählerliste der Israelitischen Religionsgemeinde 1924, Liste 2, und Tegeler 1915, 150.

⁵²¹ Vgl. zu gesamten Absatz Spranger 1916, 74.

⁵²² Vgl. Prüfer 1917, 7.

Nachdem der Rat der Stadt die Lehranstalt kontinuierlich finanziell unterstützt hatte, wurde sie schließlich am 26. Oktober 1916 unter die Aufsicht des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts gestellt und es erfolgte die endgültige Trennung vom Verein für Familien- und Volkserziehung. Durch Regierungsverordnung vom 6. März 1917 wurde eine selbstständige Stiftung ins Leben gerufen. Der Vorstand der Stiftung übernahm die wirtschaftliche Verwaltung, während dem Senat die der Lehranstalt unterstand. Darüber hinaus wurden ein Aufnahme- und ein Stipendienausschuss eingerichtet.⁵²³

In der Leipziger Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes befassten sich etwa 400 Helferinnen mit Ermittlungs- und Betreuungsaufgaben. Die Hauptaufgabe des Frauendienstes bestand in der Familienfürsorge.

Die Frauenvereine richteten neue Volksküchen und Speiseanstalten, welche vorwiegend arbeitenden Frauen und deren Kindern zugute kamen, ein. Sie betreuten unter Einsatz ehrenamtlicher Säuglingspflegerinnen im Rahmen der Reichswochenhilfe Wöchnerinnen. Frauen, die ihre Kinder selbst stillten, erhielten neben Entbindungskosten von 25 Mark ein achtwöchiges Tagegeld von einer Mark sowie 12 Wochen lang eine tägliche Stillunterstützung von 50 Pfennigen. Die im Laufe des Krieges zunächst stark gestiegene Säuglingssterblichkeit, sank aufgrund dieser Betreuungsinitiative unter den Friedensstand.

Die Stadt wurde in Kriegsunterstützungsbezirke gegliedert, in welchen durch Leiterinnen, denen die Helferinnen unterstanden, die Kontakte zu den städtischen Organen gepflegt wurden. Anfangs gestaltete sich die Zusammenarbeit nicht konfliktfrei. Tegeler konstatierte, dass ein „leiser Widerstand gegen die ungewohnte Zusammenarbeit mit Frauen [...] anfänglich ein Hemmnis für die ersehnte Tätigkeit vieler Helferinnen“ darstellte.⁵²⁴

Die als provisorisch gedachte Beschäftigung von Frauen als Helferinnen sollte den kommunalen Etat möglichst wenig belasten. Beim Armen- und Kriegsunterstützungsamt arbeiteten zu zwei Dritteln Frauen.⁵²⁵ Allerdings versuchte die Sozialbehörde erst nach der sächsischen Wohlfahrtsgesetzgebung vom 30. Mai 1918, die Anstellung von beruflichen Fürsorgerinnen voranzutreiben. Der nun auch in Leipzig einsetzende Wandel der sozialen Frauenarbeit zum Erwerbsberuf ging einher mit der Veränderung der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Gruppe weiblicher sozialer Kräfte und stellte die Grundlagen der geistigen und sozialen Mütterlichkeit in Frage.

Im Verlaufe des Krieges wechselten geschulte weibliche Kräfte nicht selten in die städtische Verwaltung. Bereits vor 1914 hatten sich Tendenzen zur Verberuflichung und Professionalisierung

⁵²³ Vgl. Prüfer 1917, 5.

⁵²⁴ Tegeler 1915, 152.

⁵²⁵ Vgl. Brandmann 1998, 149.

sierung im Bereich Gesundheits- und Jugendfürsorge gezeigt. Diese setzten sich nun schrittweise auch in der Armenpflege durch.⁵²⁶ Durch das 1915 beim Kriegsunterstützungsamt eingerichtete „Erörterungsamt“ wurde die Arbeit des Nationalen Frauendienstes teilweise kommunalisiert.

Die Leipziger Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes blieb vornehmlich eine Organisation der bürgerlichen Frauenbewegung und belegte damit die Spaltung der städtischen Gesellschaft auch auf der Ebene der Frauenvereine.⁵²⁷ Die städtischen Behörden schätzten die Arbeit der beteiligten bürgerlichen Frauenvereine, in der konfessionelle oder ethnische Differenzen relativ problemlos überbrückt werden konnten, höchst zufrieden ein: „Die Kriegsnot hat auch die Frauenvereine zwar vor schwierige Aufgaben gestellt, dabei aber die in ihnen ruhenden Kräfte auch so entwickelt, wie es in Friedenszeiten kaum gelungen wäre. Die stille Arbeit der Frauenvereine hat nicht nur im einzelnen viel Not gelindert, auch zur Lösung großer Aufgaben, die über das Arbeitsfeld der zahlreichen einzelnen Vereine weit hinausführten, haben sie dadurch wesentlich beigetragen, daß [sic] sie in richtiger Erkenntnis der Zeitverhältnisse und oft unter Hintenanstellung von Sonderwünschen sich zu gemeinsamem Wirken zusammengeschlossen haben.“⁵²⁸

Dennoch erlangten die Frauen dafür nicht die erwartete Anerkennung in Form von Mitscheidungsrechten. So wurde ihnen beispielsweise weiterhin eine Vertretung in den städtischen Gremien verwehrt. In einer Eingabe forderten die Frauenvereine daher im Oktober 1917 die Beteiligung an den städtischen Ausschüssen. In den ehrenamtlichen Armendistrikten wirkten zu diesem Zeitpunkt eine Vorsteherin und 50 Pflegerinnen. Mit der Begründung, in den Gremien würden vorrangig „theoretische“ Fragen besprochen, lehnte das Armendirektorium eine Beteiligung von Frauen strikt ab.⁵²⁹ Überhaupt blieb bis in die zwanziger Jahre hinein die Kooptation neuer Armenpfleger aus bürgerlichen Honoratiorenkreisen unverändert gängige Praxis.⁵³⁰

Nicht nur Kriegerfamilien, auch Arbeitslose und Flüchtlinge aus besetzten Landesteilen und Deutsche aus dem „feindlichen“ Ausland wurden betreut. Der Israelitische Frauenverein unterstützte insbesondere die große Zahl bedürftiger jüdisch-deutscher und -österreichischer

⁵²⁶ Vgl. ebenda, 147.

⁵²⁷ Die Sozialdemokratinnen erklärten zwar ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes, eine tatsächliche Zusammenarbeit - wie in anderen Städten üblich - fand allerdings nicht statt. Die sozialdemokratischen Frauen teilten von Beginn an den Enthusiasmus und die Euphorie der bürgerlichen Frauenbewegung nicht. Eine für den 2. August 1914 angekündigte Antikriegsdemonstration sozialdemokratischer Frauenorganisationen wurde vom Militär verboten. Vgl. dazu weiter Brandmann 127, 146, 151.

⁵²⁸ AFSA 1913, p 140.

⁵²⁹ Vgl. Brandmann 1998, 151.

Familien, deren männliche Ernährer Kriegsdienst leisteten, mit Geld, Milch- und Speisemarken.

Der von Regina Pfefferblüth geleitete Frauenverein „Ruth“, konzentrierte seine Aktivitäten innerhalb der Israelitischen Religionsgemeinde auf das Arbeitsfeld der Mütter- und Säuglingsfürsorge. Zwar scheiterte die Umsetzung eines Planes zur Errichtung von zwei Heimen für Wöchnerinnen beziehungsweise für Mütter und Kinder, auf beträchtlichen Erfolg konnte der Verein dennoch verweisen.⁵³¹ Dieser bestand in der durch umfangreiche Vor- und Fürsorgemaßnahmen gesunkenen Rate der Totgeburten unter den Israeliten, welche wesentlich unter jener der nicht-jüdischen Bevölkerung lag.⁵³² Eine hervorragende Rolle im Bereich der Gesundheitsfürsorge für Säuglinge spielte darüber hinaus der von Edith Mendelssohn Bartholdy geleitete Verein.⁵³³ Im Frühjahr 1918 bemühte sie sich im Interesse ihre Organisation um kommunale Finanzmittel, um das Personal an medizinisch qualifizierten Fürsorgereinen aufzustocken. Der geschaffene Fürsorgeapparat sollte zunächst unterstützt und perspektivisch in das kommunale Dienstleistungssystem integriert werden. Die Stadt tat sich allerdings schwer mit einer Förderung und betrachtete das Hineingehen weiblicher Fürsorgekräfte in die Familien mit Skepsis.⁵³⁴

Der bis 1916 von Juli Blumenthal geleitete Israelitische Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen konnte im Verhältnis zur Vorkriegszeit seine Erfolge hinsichtlich der Zahl der in Ausbildung gebrachten jungen Frauen erheblich steigern. Ende 1914 befanden sich beispielsweise 25 Mädchen in unterschiedlichsten Berufsausbildungen, im Jahr zuvor waren es nur zwölf gewesen.⁵³⁵ Allerdings musste der Verein aufgrund der kriegsbedingten wirtschaftlichen Notsituation seine Arbeit einstellen und existierte später in der Weimarer Republik nicht mehr.

Da die Mittelbeschaffung der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes öffentliche Geldsammlungen untersagte, bestanden die verfügbaren finanziellen Mittel aus Beiträgen der angeschlossenen Vereine, Spenden und Einnahmen aus zugunsten des Frauendienstes durchgeführten Veranstaltungen, Erträgen aus Sammelbüchsen und dem Erlös des Kriegskreuzverkaufes. Im Zeitraum zwischen 1916 und 1917 verzeichnete die Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes 27.903,01 Mark an Einnahmen. Aufgrund der wirtschaftlichen Misere sank

⁵³⁰ Vgl. Brandmann 1998, 278 f.

⁵³¹ Vgl. dazu GBIRG 5 (1929) 8, 4.

⁵³² Vgl. dazu Statistisches Jb 1914, 26.

⁵³³ Die Bankiersehelfrau (1882-1969) die sich in der städtischen Sozial- und Kulturpolitik engagierte, gehörte dem Vorstand des 1912 gegründeten überkonfessionell arbeitenden Krippenvereins an (vgl. zum Krippenverein weiter Sahle 60) und war Vorsitzende des städtischen Ausschusses für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

⁵³⁴ Zum Ausschuss vgl. Brandmann 1998, 293.

⁵³⁵ Vgl. dazu SStAL PP-V 312.

aber bereits im darauffolgenden Jahr die verfügbare Summe um mehr als 55 Prozent auf nur noch 12.503,91 Mark, bei gleichzeitigem Anwachsen des Unterstützungsbedarfs der Bevölkerung.⁵³⁶ Die Kommune bezuschusste den Frauendienst nicht, stellte aber Verrechnungsgelder und zinslose Darlehen zur Verfügung, außerdem profitierte der Bereich Arbeitsbeschaffung von der Kriegsnotspende.

Der Frauendienst bildete in Leipzig drei Abteilungen, die sich nach Aufgabe und Tätigkeit unterschieden:

In der Abteilung A beschäftigten sich etwa 200 Helferinnen aus allen Schichten der Bevölkerung mit den Ermittlungen für die Kriegsnotspende, der Beratung und Unterstützung von Kriegerfrauen sowie mit der Prüfung der Verhältnisse von Kriegswitwen und Waisen.⁵³⁷

Die Abteilung B umfasste die eigentliche Familienfürsorge: Bedürftige Familien wurden mit Ernährungsbeihilfen unterstützt. Anfangs gaben etwa 500 Leipziger Hausfrauen an arme Familien Essen aus. Die später vorübergehende Verteilung von Lebensmitteln wurde schließlich aufgrund des drastischen Anstiegs der Lebensmittelpreise durch Speisemarken für die städtischen Speiseanstalten ersetzt. Mütter mit Säuglingen, die zunächst Milchmarken empfangen hatten, konnten schließlich nur noch Mehlmarken und Geld in Empfang nehmen.⁵³⁸ Täglich fanden Sprechstunden dieser Abteilung in der Hochschule für Frauen statt.

In der Abteilung C liefen Fürsorgemaßnahmen für durch den Krieg in Not geratene Frauen der gebildeten Stände zusammen. Das vornehmliche Ziel dieser Abteilung bestand im Finden oder Schaffen angemessener Erwerbsmöglichkeiten für diese Frauen der Mittelschicht. Ein Arbeitsausschuss bot werktags eine jeweils einstündige Sprechstunde zur Beratung und Auskunftserteilung an. Konkret vermittelte der Ausschuss zudem auf Honorarbasis arbeitslosen Lehrerinnen Unterrichtskurse und Einzelstunden für vorwiegend unbemittelte Schüler und Schülerinnen. Auch in dieser Abteilung spielte die Ermittlungstätigkeit zu den Verhältnissen der hilfeschenden Frauen eine wesentliche Rolle. Die Betreuten erhielten bis zum explosionsartigen Anstieg der Lebensmittelpreise Speisekörbe und Nahrungsmittel.

Der Stadtrat nahm sich in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Frauendienst zunehmend des Problems der Arbeitsbeschaffung an; Tausende ließen sich in die Listen des Nationalen Frauendienstes aufnehmen.

⁵³⁶ Vgl. StAL Akten über den Zusammenschluss der Frauenvereine, Rat der Stadt, Armenamt Nr. 487, p 171.

⁵³⁷ Die Stadt wurde dazu in 23 Bezirke gegliedert. Im Herbst und Winter 1914 kam als befristete Aufgabe die Ermittlung der Krankenkassenverhältnisse von ca. 25.000 Kriegsteilnehmern hinzu, weil die Stadt mit den Ortskrankenkassen übereingekommen war, die Mitgliedsbeiträge weiter zu zahlen, um den Familien freie ärztliche Behandlung und Medikamente zuzusichern.

⁵³⁸ Vgl. Tegeler 1915, 154.

Um die Arbeitsbeschaffung in Gang zu bringen, richtete der Frauendienst schließlich Notstandsarbeiten in großem Umfang ein.⁵³⁹ Beispielsweise wurden zwischen August 1914 und März 1915 Strickarbeiten in Heimarbeit ausgeführt. Anfangs handelte es sich um wohltätige Arbeiten und die aus geschenkter Wolle angefertigten Kleidungsstücke wurden kostenlos an Bedürftige vergeben. Seit Oktober 1914 fertigten etwa 1.200 Frauen - vorwiegend Ehefrauen von Soldaten - auf Bestellung der Heeresverwaltung gegen Lohn Militärsocken und Pulswärmer an. Das durch die Reichswollwoche in Leipzig zusammengekommene Material gab der Rat der Stadt zur Verarbeitung an den Frauendienst weiter.

Eine weitere Strickstube beschäftigte 1914 über fünf Monate täglich 225 bis 255 arbeitslose Frauen und Mädchen. Anfang 1915 verrichteten die Frauen in den Werkstätten Pelzscherarbeiten. Der von ihnen dafür erzielte Grund- und Stücklohn blieb im Durchschnitt allerdings unter der Höhe der Arbeitslosenunterstützung.⁵⁴⁰

Weitere Arbeitsmöglichkeiten schuf der Frauendienst durch die Einrichtung von Nähstuben: sechs dieser Einrichtungen entstanden allein in der Zeit von Februar bis März 1915. Auch hier erhielten insgesamt 294 junge Arbeiterinnen, welche Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besaßen, eine Beschäftigungsmöglichkeit. Etwa an 800 Frauen wurden hauswirtschaftliche Stellen vermittelt.⁵⁴¹

Frauen wurden darüber hinaus mit Notstandsarbeiten in der städtischen Straßenreinigung, unter anderem beim Laubsammeln, Reißig schneiden und beim Abfallabholen beschäftigt. Schwierigkeiten bereitete die Arbeitsbeschaffung für Frauen der gebildeten Stände, deren frühere Beschäftigungen als Hausdamen, Wirtschaftserinnen, kaufmännische Leiterinnen und Privatlehrerinnen im Krieg kaum fortgesetzt werden konnten.

Seit Oktober 1915 betrieb die Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes im Auftrag der Stadt vier Tagesheime für arbeitslose Frauen und Mädchen, welche Arbeitslosenunterstützung erhielten und auf Schlafstellen angewiesen waren. Diese wurden wochentags von 9 bis 17 Uhr unter anderem mit dem Ausbessern von Wäsche und Kleidung beschäftigt und standen unter „erzieherischer Aufsicht“ einer ehrenamtlich tätigen Leiterin, einer besoldeten Aufsichtsdame und freiwilliger Helferinnen.⁵⁴²

Zur Arbeitsbeschaffung im Rahmen der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes trug nicht zuletzt auch der Israelitische Frauenverein bei. Auch dieser eröffnete eine Strickerei und eine

⁵³⁹ Konnten die vielfach gewerkschaftlich und politisch organisierten männlichen Erwerbslosen kaum zu Notstandsarbeiten herangezogen werden, gelang dies bei Frauen problemlos.

⁵⁴⁰ Vgl. Tegeler 1915, 156.

⁵⁴¹ Vgl. Tegeler 1915, 157.

⁵⁴² Vgl. Tegeler 1915, 154.

Nähstube für arbeitslose Frauen, deren Männer sich im Kriegsdienst befanden.⁵⁴³ Der Kaufhausinhaber Hans Kroch stellte dafür unentgeltlich ein Gebäude in der Rosenthalgasse 9 zur Verfügung.⁵⁴⁴ Mit der Nähstube entstand auf Initiative von Helene Felsenstein und Bettina Brenner im Haus ein Kindergarten, welcher die Kinder der arbeitenden Frauen betreute. Für den Kindergarten wurde Mitte Januar 1915 der Verein Israelitischer Kindergarten „Tagesheim“ ins Leben gerufen. Die Initiatorinnen übernahmen die Leitung des Vereins als erste bzw. zweite Vorsitzende. Satzungsgemäß nahm die Einrichtung wochentags Kinder im Alter von drei bis sieben Jahren auf.⁵⁴⁵ Eine vom Verein bezahlte Kindergärtnerin versorgte zunächst zwölf Kinder jeweils zwischen vierzehn und achtzehn Uhr.⁵⁴⁶ Bereits am 2. Juli 1916 bezog die Einrichtung nach provisorischem Unterkommen in der Jacobstraße 6 ein neues und großzügiges Domizil in der Auenstraße 42. Dies ermöglichte, 40 Kinder aufzunehmen und bedingte die Einstellung einer weiteren Kindergärtnerin, einer Hilfskraft und einer Hauswirtschafterin. Im Rahmen der Einweihungsfeier verwies Bettina Brenner als zweite Vorsitzende des Vereins auf das rege Interesse an der Kindereinrichtung und deren Würdigung seitens namhafter Vertreter wichtiger sozialer Organisationen der Israelitischen Religionsgemeinde und der Stadt sowie eines beachtlichen Kreises von Förderern und Mitglieder. Dass sich der Kindergarten, der zu diesem Zeitpunkt mehr als dreißig Kinder betreute, großer Wertschätzung erfreute, unterstrichen nicht zuletzt die Gäste: sowohl Bürgermeister Weber, als auch die Rabbiner Porges und Carlebach würdigten die Arbeit und dankten den leitenden Frauenpersönlichkeiten.⁵⁴⁷ Mindestens seit 1918 gehörte der Verein der Ortsgruppe des JFB an und damit auch dem BDF.⁵⁴⁸

Bettina Brenner, seit 1915 Vorstandsmitglied der Leipziger Ortsgruppe, berichtete im Rahmen der fünften Delegiertentagung des JFB 1917 in Berlin, bei welcher Bertha Levy aufgrund einer schweren Erkrankung ihr Amt im Hauptvorstand des JFB niederlegte, über die Kriegsfürsorgearbeit der jüdischen Frauen Leipzigs. Sie thematisierte Probleme, insbesondere das Einstellen der Stellenvermittlung der Leipziger JFB-Ortsgruppe nach dem Tod der in dieser Arbeit über Jahre erfahrenen Leiterin Julie Blumental im Jahr 1916. Nach provisorischen Regelungen, verstetigte sich die Arbeitsvermittlung erst im Oktober 1917 wieder, wobei die Angebote weit hinter den Nachfragen der Bedürftigen zurückblieben. Die Ortsgruppe des JFB

⁵⁴³ Vgl. Tegeler 1915, 167.

⁵⁴⁴ Vgl. dazu Jüdisches Jb. für Sachsen 1931/32, 123.

⁵⁴⁵ Vgl. dazu auch Satzung SStAL PP-V 1804.

⁵⁴⁶ Die Nähstube wurde nach dem Krieg aufgelöst, der Kindergarten ausgebaut. Bereits während des Krieges stieg die Zahl der betreuten Kinder rasch an. Für 1916 wurden 40 Kinder verzeichnet. Vgl. dazu Jüdisches Jb. für Sachsen 1931/34, 123 f.

⁵⁴⁷ Vgl. AZJ 80 (1916) 29, Der Gemeindebote 1.

⁵⁴⁸ Vgl. dazu JbF 7 (1918), 55.

beteiligte sich zudem an der Bahnhofshilfe und arbeitete mit der interkonfessionellen Hauspflege zusammen. Der kaum frequentierte Mädchenklub wurde 1917 aufgelöst. Die ersatzweise dafür 1918 vorgesehene Einrichtung eines Mädchenheims, in welchem u.a. Unterrichtskurse und gesellige Stunden sowie Wanderungen angeboten werden sollten,⁵⁴⁹ und für welches Räume und finanzielle Mittel 1917 noch sicher schienen sowie Helferinnen bereits qualifiziert wurden, scheiterte ebenso, wie die sicher geglaubte Gründung einer Jugendgruppe.

An die den Notleidenden im Verlaufe des Krieges in Leipzig gewährten Hilfen wurden immer stärker Kontroll- und Erziehungsmaßnahmen geknüpft, welche in Händen der weiblichen sozialen Arbeitskräfte lagen. Dazu wurden vor allem Sprechstunden und Hausbesuche des Nationalen Frauendienstes sowie die persönlichen Kontakte der Pflegerinnen des Vereins für Familien- und Volkserziehung genutzt. Der Legitimation der repressiven und pädagogischen Einflussnahme diente die Berufung auf die notwendige Stärkung der Volksgemeinschaft und die Vorbeugung von Desintegration.

Deutsche Jüdinnen waren in den Einrichtungen des Nationalen Frauendienstes gleichberechtigt beschäftigt. Viele Frauen betätigten sich darüber hinaus als freiwillige Helferinnen in Kinderhorten, Lesehallen, Kinderbewahranstalten, als Schulgehilfinnen, als Schreibhilfen für das Schatzamt der Kriegsnotspende, in der Nachrichtenstelle der Königlichen Kreishauptmannschaft, im Stadthaus und in den vielen Lazaretten.

Am Ende des Krieges äußerte der Direktor des Armenamtes, Sell, folgende Erwartung: da die „Frauenvereine erkannt haben, wie viel mehr sie im Zusammenschlusse selbst unter den Schwierigkeiten der Kriegswirtschaft haben leisten und erreichen können als im einzelnen, so werden sie auch zur Lösung der Aufgaben, die die Übergangs- und Friedenszeit der Frauenhilfe stellt, weiter zusammenhalten.“⁵⁵⁰

Hatten sich in der ersten Kriegshälfte deutsche jüdische Frauen in die interkonfessionelle Arbeit der Kriegsfürsorge der Stadt nahezu nahtlos integriert, schuf der wachsende Antisemitismus zunehmend eine Kluft. Der Jüdische Frauenbund brachte auf seiner Tagung am 28. Januar 1917 in Berlin zum Ausdruck, „wie tief schmerzlich die jüdischen Frauen als Gattinnen, Mütter, Bräute und Schwestern die Judenzählung im deutschen Heer“ empfanden.⁵⁵¹ Trotz dieser diskriminierenden Zählung blieb der JFB bei seiner bedingungslosen Loyalität. Allerdings setzte ein Umdenken ein, auf welches nachhaltige organisatorische Konsequenzen folgten. Das Streben nach Zusammenarbeit innerhalb

⁵⁴⁹ Brenner 1917, 24.

⁵⁵⁰ StAL Akten über den Zusammenschluss der Frauenvereine, Rat der Stadt, Armenamt Nr. 487, p. 186.

⁵⁵¹ BGD (1917) 3, 40.

jüdischer Kreise gerade angesichts des wachsenden Antisemitismus drängte das Bemühen um interkonfessionelle Kooperation in den Hintergrund. Viele bürgerliche jüdische Frauen zogen sich ganz auf eine Tätigkeit im JFB zurück. Bereits Ende 1916 machte sich zudem die rückläufige Beteiligung des JFB an der allgemeinen Sozialarbeit bemerkbar.⁵⁵²

Auf nationaler Ebene war der Jüdische Frauenbund neben dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund und der Großloge Bnai Brith am 9. September 1917 an der entscheidend von Bertha Pappenheim initiierten Gründung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden in Berlin (ZWST) beteiligt. Diese bezweckte, die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege zusammenzufassen und deren Arbeit zu professionalisieren und zu koordinieren.⁵⁵³ Eine Fülle von Vereinen, Stiftungen und Wohlfahrtseinrichtungen arbeitete bis dahin weitgehend unabhängig, so dass es hinsichtlich eingesetzter Kräfte und Mittel an Effektivität mangelte.

Die jüdische Wohlfahrtspflege bedurfte gerade angesichts der Kriegsumstände einer zielgerichteten Arbeit, die sie zudem aus ihrer Isolation herausführte.

Der Zentralwohlfahrtsstelle kamen daher koordinierende Aufgaben und die Vertretung der jüdischen Wohlfahrtspflege gegenüber dem Staat und den anderen Wohlfahrtsverbänden zu.

Der Verband stellte somit den dritten großen und konfessionell ausgerichteten Dachverband der freien Wohlfahrtsverbände nach dem Centralausschuß [sic] für Innere Mission und der Caritas dar. Für den JFB bedeutete diese Gründung eine entscheidende Zäsur, welche für Bertha Pappenheim nicht das „Ergebnis des Zufalls oder der Kriegsnot, sondern eine logische Entwicklung des jüdischen Lebens“ darstellte. Erstmals arbeitete die Frauenorganisation gleichberechtigt mit den großen Männerorganisationen gemeinsam am „großen sozialen Werk“ zusammen. Pappenheim versprach sich davon ein „Erziehungswerk“, welches „tiefgreifende Veränderungen im Leben der jüdischen Gemeinschaft“ hervorbringen würde.⁵⁵⁴

Erster Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle wurde der Präsident der Großloge Bnai Brith, Berthold Timmendorfer. Der Organisationsaufbau mit Provinzial- beziehungsweise Landesverbänden wurde zum Vorbild für die verschiedenen Wohltätigkeitsvereine, die sich als autonome Einheiten in der ZWST organisierten.

Im Sinne der Zusammenarbeit der Frauenvereine in Sachsen entstand 1917 der Landesverband sächsischer Frauenvereine.⁵⁵⁵ Bis zum Kriegsende stand der JFB an der Seite des BDF.

⁵⁵² Vgl. Steer 2004, 19.

⁵⁵³ Später traten die Zentralstelle für jüdische Wanderfürsorge und die Zionistische Organisation in Deutschland bei.

⁵⁵⁴ AZJ 31 (1916) 51, 1 ff.

⁵⁵⁵ Vgl. Schrödel 1922, 127.

Die soziale Arbeit der Leipziger jüdischen Frauenvereine während des Krieges wurde durch die Zuwanderung von ostjüdischen Flüchtlingen, von der Verarmung jüdischer mittelständischer Kreise und der gesundheitlichen und moralischen Gefährdung insbesondere von Kindern und Jugendlichen geprägt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Kriegsjahre für das jüdische weibliche soziale Vereinswesen einen bemerkenswerten Entwicklungsschritt und nachhaltige irreversible Veränderungen bedeuteten.

3 Soziale Arbeit der Ortsgruppe des JFB und der angeschlossenen Frauenvereine unter den krisenhaften Bedingungen der Weimarer Republik bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929

3.1 Politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit jüdischer Frauenvereine in Leipzig

Sachsen war seit Februar 1919 Freistaat; die demokratische Reichsverfassung der Frankfurter Nationalversammlung besiegelte im August 1919 den Untergang des Deutschen Kaiserreiches und die Gründung der Weimarer Republik.

Indem Frauen das politische Wahlrecht erhielten, wurden sie den Männern staatsbürgerrechtlich gleichgestellt und in ihrer gesellschaftlichen Stellung nachhaltig aufgewertet. Das Zölibat für weibliche Beamte gehörte nun der Vergangenheit an und Frauen übernahmen Abgeordnetenposten in der Nationalversammlung. 1919 befanden sich unter den 96 Abgeordneten des Sächsischen Landtages drei Frauen und bis 1926 verdoppelte sich ihre Anzahl.⁵⁵⁶ Frauen nutzten die Möglichkeit, ihr Wirken und ihre Einflussnahme auf die Parteien - auch wenn sie in diesen unterrepräsentiert blieben - auszuweiten, und die bürgerliche Frauenbewegung verlor als Emanzipationsinstanz an Bedeutung.

Zudem modifizierte sich das bürgerliche Geschlechtsrollenverständnis infolge der Notwendigkeit von Frauenarbeit ohne dass allerdings die bürgerliche Frauenbewegung ihr Ideal von der sozialen Mütterlichkeit aufgab. Frauen erwarben nun vermehrt höhere Bildung und ergriffen akademische Berufe.

Für die Juden brachte die Weimarer Verfassung die völlige juristische Emanzipation.⁵⁵⁷ In der Folge erlebte das Judentum eine Blütezeit, wozu nicht zuletzt die Besinnung auf jüdische Traditionen und die Modernisierung des Judentums infolge der Ausgrenzungserfahrung des Ersten Weltkrieges beitrugen. Die steigende Zahl von Mischehen wurde einerseits als Symbol

⁵⁵⁶ Vgl. weiter Szejnmann 2000, 68.

⁵⁵⁷ Artikel 109 garantierte allen Deutschen Gleichheit, Artikel 128 die Zulassung aller Staatsbürger zu öffentlichen Ämtern und schließlich Artikel 135 die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

der Integration gewertet, andererseits aber als Bedrohung für den Bestand des Judentums empfunden.

Der Artikel 127 der Reichsverfassung räumte den Städten relative Autonomie ein, welche allerdings durch die Erzbergersche Steuerreform von 1921 konterkariert wurde, indem diese die Gemeinden in ihrem Handlungsspielraum beschneidete und in eine finanzielle Abhängigkeit vom Reich drängte.⁵⁵⁸

Die neuen politischen Bedingungen stellten die Legitimität der Macht von besitz- und bildungsbürgerlichen Eliten in Frage. Bei der ersten demokratischen Wahl 1919 blieben aufgrund der Kommunalverfassung allerdings Bürgermeister und besoldete Stadträte im Amt. Lediglich die ehrenamtlichen Stadträte wurden nach dem Verhältniswahlrecht neu eingesetzt.⁵⁵⁹

Als 1921 sozialistische und bürgerliche Gruppierungen einen Gleichstand in der Mandatsverteilung erreichten und erstmals die Kommunisten kommunalpolitische Verantwortung übernahmen, hatte sich innerhalb des bürgerlichen Lagers das Kräfteverhältnis grundlegend verschoben. Der Bürgerschaftsausschuss, seit 1921 als Bürgerbund bezeichnet, förderte mithilfe der vom ihm gegründeten Wirtschaftspolitischen Gemeinschaftsliste als Plattform konservativer und rechtsliberaler Parteien während der Jahre der Weimarer Republik eine stabile Front gegen die sozialistischen Kräfte und Verbände.⁵⁶⁰

Die sächsische Gemeindeordnung von 1923 zwang Leipzig zur Anpassung seiner Stadtordnung, welche sich nunmehr wieder jener aus der vorrepublikanischen Zeit annäherte und die Rats Herrlichkeit stärkte.⁵⁶¹ Seit 1923 wurden die „Fürsorgepfleger“ durch ein Stadtverordnetenkollegium gewählt und nicht mehr kooptiert, was sich in deren sozialer Zugehörigkeit widerspiegelte. Ein Drittel der Fürsorger kam nun aus der Arbeiterschaft. Die zweitstärkste Gruppe von Pflegern bildeten sogenannte Berufslose, meist Frauen. Der Anteil der bisher dominierenden bürgerlichen Honoratioren - Unternehmer, Kaufleute, selbständige Gewerbetreibende – sank dagegen auf ein Fünftel.⁵⁶²

⁵⁵⁸ Damit wurde die Steuerhoheit des Reiches über Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuer erreicht, die Gemeinden erhielten prozentuale Zuweisungen: 1920 zwei Drittel, 1923 drei Viertel und 1924 neun Zehntel. Zuvor hatten die Gemeinden das Zuschlagrecht zu den staatlichen Einkommens- und Realsteuern. Nun wurden die Kommunen vom Finanzausgleich abhängig. Die Steuereinnahmen sanken gravierend und beschränkten die kommunalpolitischen Handlungsspielräume.

⁵⁵⁹ Das neue heterogene kommunalpolitisch aktive Bürgertum stellte seinen Zusammenhalt hauptsächlich über die gemeinsame Gegnerschaft zur sozialistischen Arbeiterbewegung her. Vgl. Schäfer 292.

⁵⁶⁰ Vgl. Brandmann 1998, 68.

⁵⁶¹ Dies hatte zur Folge, dass sich in den kommenden Jahren beide städtische Körperschaften blockierten. Dennoch stimmte die SPD-Fraktion der Gemeindeordnung am 10.8.1924 zu, um eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern. Vgl. dazu Thiem 1998, 316.

⁵⁶² Vgl. dazu Schäfer 1998, 290.

Nachdem seit 1924 wieder bürgerliche Kräfte die Oberhand gewonnen und die Leipziger Wähler zum Sieg Paul von Hindenburgs bei den Reichspräsidentenwahlen im April 1925 nicht unwesentlich beigetragen hatten, verkündeten die Leipziger Neuesten Nachrichten das Ende des „Roten Sachsen“.⁵⁶³

Der sächsische Landtag novellierte 1925 die Gemeindeordnung so, dass sozialdemokratische Reformbemühungen ausgeschlossen wurden.⁵⁶⁴ In Leipzig blieben die auf Lebenszeit gewählten leitenden Kommunalbeamten im Amt.

Die dauerhafte Verweigerung einer Zusammenarbeit durch bürgerliche und sozialdemokratische Kräfte verhinderte eine Konsolidierung der Kommunalpolitik. Lediglich hinsichtlich der Ausweitung des sozial- und wirtschaftspolitischen Engagements der Stadt fanden bürgerliche und sozialdemokratische Kräfte zu Kompromissen.⁵⁶⁵ Der permanente Widerstreit zwischen den nach Reformen strebenden Leipziger Stadtverordneten und der um Konservierung von Traditionen bemühten Kommunaladministration hemmte die kommunalen Entwicklungen.

Die Republik regelte nach den Artikeln 7 und 10 der Verfassung reichseinheitlich das Wohlfahrtswesen: danach übernahm der sächsische Staat weitgehend alle sozialen Aufgaben. Die neue Sozialgesetzgebung wies den privaten Vereinen und Initiativen nur noch eine ergänzende Rolle bei den öffentlichen Hilfen zu, wodurch sie an Bedeutung verloren und ihre Aufgaben und Ziele neu bestimmen mussten.

In den zwanziger Jahren setzte sich in Sachsen die rigide Einstellung zur Naturalisation von Juden fort. Voraussetzung für eine Einbürgerung war ein mindestens 20jähriger Aufenthalt. Während die Stadtverordneten in diesbezüglichen Entscheidungen wenig streng vorgingen, bestand der Rat auf die rigide Umsetzung des Gesetzes. So blieb die Einbürgerung osteuropäischer Juden eine Seltenheit und der Ausländeranteil unter den Juden stieg in Leipzig weiter.⁵⁶⁶

Die unter den Bedingungen der Republik aufblühende Israelitische Religionsgemeinde verzeichnete 1925 mit 12.540 Mitgliedern - 1,8 Prozent der Leipziger Gesamtbevölkerung - einen Höchststand.⁵⁶⁷

Ihr Einkommen erzielten Juden in Leipzig überdurchschnittlich häufig durch Handelsgeschäfte. Hingegen lag ihr Anteil an den in der Industrie Tätigen weit unter dem der Nicht-

⁵⁶³ Vgl. dazu Szejnmann 2000, 59.

⁵⁶⁴ Vgl. dazu Thiem 1998, 317.

⁵⁶⁵ Vgl. dazu weiter Schäfer 290.

⁵⁶⁶ Vgl. dazu weiter Höppner 1998, 356.

⁵⁶⁷ Vgl. dazu Plowinski 1991, 23.

juden.⁵⁶⁸ In den freien und akademischen Berufen übertraf der prozentuale Beschäftigungsanteil der Juden jenen der Nichtjuden lediglich um knapp 14 Prozent.⁵⁶⁹

Wenngleich kaum noch von wirtschaftlichem Vorteil, hielten die Juden an überkommenen selbständigen Berufen fest, was nicht zuletzt aus der antisemitisch bedingten Benachteiligung von Juden im Berufsleben resultierte. Von den Folgen der krisenhaften Entwicklung der Weimarer Republik waren kleine und mittlere jüdische Händler besonders betroffen, so dass viele von ihnen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre Leipzig verließen. Spätestens seit 1928, als sich die Wirtschaftskrise ausdehnte, wurde Sachsen generell für die Niederlassung von Zuwanderern unattraktiv.

Hinsichtlich ihrer politischen und religiösen Anschauung bekannten sich die Leipziger Juden konservativ bis kommunistisch und von liberal bis chassidisch. Dies schlug sich auch in der Vereinsvielfalt nieder: 18 der insgesamt 79 jüdischen Vereine Leipzigs in der Weimarer Republik, hatten sich vornehmlich wohltätigen Zwecken verschrieben.⁵⁷⁰

Seit 1919 bestand an der Ostgrenze eine Pass- und Visapflicht. Größtenteils kamen nun jüngere Juden Ost- und Mitteleuropas aus der Unterschicht mit Kindern nach Leipzig. Eine Einbürgerung der Zugewanderten war in der Regel nur kurz vor und nach dem Ersten Weltkrieg möglich. Für die nach 1919 Eingereisten galt ein Arbeitsverbot, so dass ein großer Teil nach Polen zurückkehrte oder nach Frankreich weiterwanderte.⁵⁷¹ Bis zum Jahre 1923 stieg der Anteil von aus Osteuropa Zugewanderten an der jüdischen Bevölkerung Leipzigs auf über 70 Prozent.⁵⁷²

Die „Ostjudenfrage“ wurde Gegenstand öffentlicher Diskussion und insbesondere die Deutschnationale Volkspartei thematisierte die Ausweisung osteuropäischer Juden aus Sachsen.⁵⁷³ Schließlich wurde eine Verordnung gegen die weitere Ansiedlung ausländischer Juden erlassen, welche einen Mangel an Nahrungsmitteln, sowie an Arbeits- und Wohnraum instrumentalisierte. Infolge der Revolutionen in Russland und Deutschland befürchteten die Behörden während und nach dem Krieg außerdem bolschewistische und kommunistische Aktivitäten Zugewanderter bzw. gegen ihren Willen zum Arbeitsdienst nach Deutschland Verschleppter. Durch die beiden letzten Gruppen sahen die etablierten ansässigen Leipziger Juden ihren eigenen Status gefährdet und hegten Ressentiments gegenüber diesen als fremd

⁵⁶⁸ Zu den bevorzugten Erwerbsmöglichkeiten sowie der Klassen- und Schichtzugehörigkeit vgl. Plowinski 1991, 59.

⁵⁶⁹ Vgl. Plowinski 1991, 59.

⁵⁷⁰ Vgl. dazu Höppner, Jahn 1997, 1997, 23.

⁵⁷¹ Vgl. dazu Goldmann 1994 a) 54.

⁵⁷² Vgl. dazu Plowinski 1991, S.19.

⁵⁷³ Vgl. Höppner 2004, 132 f.

empfundenen Zuwanderern.⁵⁷⁴ So lebten deutsche und ausländische Juden in Leipzig gesellschaftlich getrennt und verachteten einander.⁵⁷⁵

Waren die nicht-deutschen Juden gegenüber der nichtjüdische Bevölkerung gleichberechtigt, manifestierten sich die Gegensätze zu den deutsch-jüdischen Kreisen innerhalb der Gemeinde allerdings auf vielfältige Weise.⁵⁷⁶ Deshalb orientierten sich die Zuwanderer eher zionistisch, als sich um eine Anpassung an liberale Kreise zu bemühen. Die mit den Ostjuden sympathisierenden Orthodoxen und Zionisten hofften hingegen durch weitere Zuwanderung auf eine Stärkung ihrer Wählerschaft.⁵⁷⁷ Vom Gemeindebudget konnten die orthodoxen Gruppen trotz ihrer quantitativen Überlegenheit nur begrenzt profitierten. 1922 gründeten deshalb Vertreter der so benachteiligten und diskriminierten Richtungen den Synagogenverband, welchem sich sämtliche orthodoxe Synagogenvereine anschlossen.⁵⁷⁸

Die Heterogenität der Gemeinde wirkte sich in besonderer Weise in der Benachteiligung der Mitgliedermajorität hinsichtlich des Wahlrechts aus.

Die israelitische Gemeindevertretung wurde 1919 ausschließlich durch männliche sächsische Bürger gewählt, so dass von 15.000 Mitgliedern der Leipziger jüdischen Gemeinde lediglich 900 wahlberechtigt waren. Von diesen gaben nur 300 überhaupt ihre Stimme ab. Eine Änderung des Wahlrechtes zugunsten der Ausländer empfanden die Gemeindevertreter als eine Bedrohung des deutschen Charakters der Gemeinde. Zahlreiche Versuche einer Verfassungsänderung der Religionsgemeinde hinsichtlich des Wahlrechtes scheiterten.⁵⁷⁹

Louis Ladewig, Vertreter der Chemnitzer Israelitischen Religionsgemeinde, verdeutlichte diese widersprüchliche Haltung am 23. Januar 1921 auf dem 15. Ordentlichen Deutsch-Israelitischen Gemeindegtag: „Wir in Sachsen haben ganz besondere Verhältnisse wie kaum in einem Bundesstaat. [...] Von den 20.000 Seelen der Leipziger Gemeinde sind 16.000 Ausländer. [...] Wir haben wohl ein Herz für unsere ausländischen Glaubensgenossen. [...] Sachsen ist das Einfallstor für die galizischen und polnischen Juden. Im Gegensatz zu den preußischen Behörden sind die sächsischen Behörden jederzeit tolerant gegen diese Ostjuden gewesen. Wir wollen ihnen alles gewähren, aber eines können wir nicht: wir können ihnen nicht das Wahlrecht geben. Wir können nicht die Ausländer über unsere deutschen Juden verfügen lassen.“⁵⁸⁰

⁵⁷⁴ Vgl. dazu Leipziger Nachrichten. Das Ostjuden-Problem. In: LJZ 6 (1925) 17, 7 f.

⁵⁷⁵ Vgl. weiter Grubel 1990, 4.

⁵⁷⁶ Vgl. dazu Höppner, Jahn 1997, 1997, 9.

⁵⁷⁷ Vgl. dazu Lütke-meier 1992, 22.

⁵⁷⁸ Vgl. dazu LJZ 1 (1922) 1, 2.

⁵⁷⁹ Vgl. dazu u.a. AZJ 83 (1919) 14, Der Gemeindebote und AZJ 84 (1920) 3, 3.

⁵⁸⁰ Vgl. Mitteilungen vom DIG, Berlin, März 1921, Nr. 94 in: Adler-Rudel 1959, 29.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht verlief sehr viel weniger öffentlichkeitswirksam, blieb aber auch bis 1923 erfolglos. Die Jüdische Gemeinde Leipzigs hielt damit – trotz wiederholter Aussprachen – an ihrem reaktionären Wahlrecht, gegen die Forderungen von Frauen und Ausländern fest.⁵⁸¹

Hans Abelsohn beklagte 1922 aus diesem Grunde die bestehende Verbitterung und Zwietracht. Er kritisierte die Liberalen: Diese würden ihr Deutschtum über ihr Judentum stellen und eine antisemitische Haltung gegenüber den Ostjuden einnehmen. Ihre Missachtung würde ferner die Achtung der Nichtjuden gegen alle Juden untergraben.⁵⁸²

1922 waren mehr als 80 Prozent der Gemeindemitglieder von Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen. Der orthodoxe Kultus konnte darüber hinaus kaum über die Hälfte des Budgets verfügen, was der liberale für sich beanspruchte. Erst 1924 wurde Ephraim Carlebach als erster orthodoxer Gemeinderabbiner berufen, nachdem er schon seit 1917 die entsprechende Aufgabe wahrgenommen hatte.

Sächsische Juden waren mit 25 bis 30 Prozent der Leipziger Gemeindemitglieder immer in der Minderheit, ihr männlicher Anteil behauptete aber bis 1923 erfolgreich seinen uneingeschränkten Führungs- und Machtanspruch.⁵⁸³ Erst in diesem Jahr erhielten alle Mitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde das aktive und passive Wahlrecht, wobei die Nicht-Reichsdeutschen lediglich acht der dreiunddreißig Gemeindeverordneten wählen konnten.

Zu dieser Zeit lag der Anteil der Ausländer an der jüdischen Bevölkerung bei 75 Prozent.⁵⁸⁴

Im Ergebnis der ersten Wahl, nach neuem Modus im April 1924, wurden Bettina Brenner und Helene Felsenstein Mitglieder der Gemeindevertretung.⁵⁸⁵ Ab Juli dieses Jahres gehörten Anna Adler, Bettina Brenner und Regina Pfefferblüth dem Fürsorgeausschuss der Gemeinde an.⁵⁸⁶

Angesichts der Folgen der schweren Wirtschaftskrise, die 1925 die Stadt und die jüdische Gemeinde traf, riefen der Verein für jüdische Notstandshilfe und die Israelitische Religionsgemeinde Ende des Jahres zu Spenden und freiwilliger sozialer Hilfstätigkeit auf, um der für den Winter erwarteten drastischen Not entgegenzuwirken. Im Vorjahr waren 122 Familien, davon 44 des Mittelstandes, mit Lebensmitteln in einem Gesamtwert von 27.149,87 Mark versorgt worden. In dem Appell hieß es: „Wohl unterhält die Gemeinde eine großzügige Fürsorge; bei der unendlichen Fülle des Elends, bei der unsagbaren Menge vernichteter

⁵⁸¹ Vgl. AZJ 84 (1920) 1-12/13, Der Gemeindebote, 3.

⁵⁸² Vgl. dazu Dr. Hans Abelsohn: Wahlrechts-Schmach. In: LJZ 1 (1922) 32, 1.

⁵⁸³ Vgl. Grubel 1990, 3.

⁵⁸⁴ Vgl. dazu Kreutner, 1992, 22.

⁵⁸⁵ Vgl. LJZ 3 (1924) 15, 2.

⁵⁸⁶ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 28, 4.

Existenzen ist sie aber nicht imstande, irgendwie über das Aller-Allernotwendigste hinauszugehen.⁵⁸⁷

In den folgenden Jahren waren Frauen verstärkt in der Gemeindevertreterschaft präsent.

Zur Gemeindewahl am 6. Dezember 1925 trat Regina Pfefferblüth für die Liste der jüdischen Arbeitsgemeinschaft an. Deren Ziele bestanden über ein gerechtes Wahlstatut für die benachteiligte Majorität hinaus in der Gleichstellung des orthodoxen und liberalen Kultus, in der Beseitigung des Unterschiedes zwischen Ost und West, der Anerkennung eines jeden Juden als Vollbürger der jüdischen Gemeinde und in der Unterstützung der Jugend bei der beruflichen Umschichtung und der Förderung des jüdischen Sport- und Turnvereins.⁵⁸⁸

1927 und 1928 kandidierte Regina Pfefferblüth für die Jüdische Volkspartei.⁵⁸⁹

Deren zentrales Anliegen war die Beseitigung des Wahlrechts, durch welches die Stimme der reichsangehörigen Juden sechsfach gegenüber jener der Nicht-Reichsangehörigen zählte.⁵⁹⁰

1928 wirkten Fanny Rosenthal und Alma Schindler im Unterrichts- und Erziehungsausschuss, Else Cohn, Hedwig Mathias und Helene Felsenstein im Fürsorgeausschuss.⁵⁹¹

Die zentralen Probleme der Weimarer Republik waren und blieben in Leipzig materielle Not, Massenarbeitslosigkeit und Inflation. Im öffentlichen Diskurs wurde Armut nun auch in Leipzig nicht mehr als Ausdruck persönlichen Versagens, sondern im Kontext gesellschaftlicher Verantwortung begriffen. Ferner sahen sich nach dem Ersten Weltkrieg die traditionellen gemeinnützigen privaten Vereine mit ihren präventiven Schutzmaßnahmen gegen die sittliche, gesundheitliche, wirtschaftliche und geistige Gefährdung angesichts der Not finanziell und personell überfordert.

Besonders krass stellte sich die Arbeitslosigkeit zunächst im Jahr 1919 infolge der Rückkehr der Kriegsteilnehmer und der Umstellung der Wirtschaft auf Friedensproduktion dar: Kriegsheimkehrer verdrängten jene Frauen, die bis dahin ihre Positionen im Erwerbsleben eingenommen hatten.

Die Erwerbslosen organisierten sich und veranstalteten zahllose Demonstrationen vor dem Rathaus. Erst 1922 ging die Arbeitslosigkeit kurzzeitig deutlich zurück, allerdings spitzte sich die Situation bereits 1923, dem Jahr der Hyperinflation, wieder drastisch zu. Die Massenarbeitslosigkeit führte zu verschärfter politischer Polarisierung und Radikalisierung. Die KPD unterstützte die soziale Protestbewegung und die Arbeitslosenunruhen im März 1921 sowie

⁵⁸⁷ Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 5, 5.

⁵⁸⁸ Vgl. LJZ 4 (1925) 48, 3.

⁵⁸⁹ Vgl. GBIRG 3 (1927) 47, ?).

⁵⁹⁰ Vgl. dazu AJFB 9 (1928) 8, 3.

⁵⁹¹ Vgl. dazu AJFB 9 (1928) 20, 6.

im Juni 1923, die mehrere Todesopfer forderten. Die Angst vor den Arbeitslosen prägte nachfolgend das Verhalten bürgerlicher Entscheidungsträger und die kommunale Erwerbslosenpolitik.

Im Mai 1923 erreichten Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen in der Stadt einen Höhepunkt. Sachsen selbst verzeichnete ohnehin die höchste Arbeitslosenrate aller Flächenstaaten. Zwischen April und September 1923 stieg in Leipzig der Preis für ein Kilogramm Roggenbrot von 1.200 auf 2,6 Millionen Mark und für ein Kilogramm Butter von 19.000 auf 86 Millionen Mark. Die Stadt zählte im Oktober 126.000 Arbeitslose bzw. Kurzarbeiter.⁵⁹²

Die vorhandene Arbeitslosenunterstützung reichte wegen steigender Lebenshaltungskosten nicht aus und in der zweiten Jahreshälfte eskalierten die Auseinandersetzungen im Zuge der Hyperinflation auf der Straße.⁵⁹³

Im gesamten Reich wurde im September der Ausnahmezustand erklärt und die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen der Inflationsphase endeten im Herbst 1923 mit der militärischen Besetzung Leipzigs im Zuge der Reichsexekutive gegen die sächsische Zeigner-Regierung.

Nachdem 1924 die Inflation eingedämmt, die Währungsstabilität durch Einführung der Rentenmark erreicht und der Dawes-Plan zur Begünstigung von Auslandsaufträgen in Kraft getreten war, blieb die wirtschaftliche Krise dennoch latent.⁵⁹⁴

Wie Bramke feststellte, waren Sachsen und Leipzig in den Jahren 1919/20 sowie 1923 stärker als andere industrielle Territorien des Reiches von der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung betroffen und die Lebenslage der Bevölkerung stellte sich dramatischer dar.⁵⁹⁵

Einfluss auf die enorme Arbeitslosigkeit hatten neben der unter dem Reichsdurchschnitt liegenden geringen Kapitalkonzentration in den meist kleinen und mittleren Betrieben und der geographischen Randlage Sachsens nicht zuletzt die politisch bedingt höheren Arbeitskosten im Vergleich zu anderen Territorien.⁵⁹⁶ Die mittelständische Fertigwarenindustrie war wegen ihrer Exportabhängigkeit besonders betroffen.⁵⁹⁷

Wegen ihres hohen Beschäftigungsanteils in diesem Industriezweig traf Frauen die wirtschaftliche Misere besonders hart, zumal sie trotz der formalen rechtlichen Gleichstellung Männern gegenüber durch Unterbezahlung und das Ausüben überwiegend belastender Tätigkeiten benachteiligt blieben. Als billige Arbeitskräfte wurden sie von Männern einerseits in

⁵⁹² Vgl. dazu weiter Szejnmann 2000, 44.

⁵⁹³ Vgl. weiter Szejnmann 2000, 42.

⁵⁹⁴ Vgl. Bramke 1998, 49.

⁵⁹⁵ Vgl. Bramke 1998, 40.

⁵⁹⁶ Vgl. Bramke 1998, 41.

⁵⁹⁷ Vgl. dazu weiter Höppner, Jahn 1997, 9.

erster Linie als Konkurrentinnen im Kampf um Beschäftigung wahrgenommen, was zu einem stark antiemanzipatorischen Diskurs führte. Andererseits wurde das nach wie vor geltende bürgerlich-konservative Ideal der Frau, die sich um Kinder, Küche und religiöse Erziehung in der Familie zu kümmern hatte, auch den sozial Deklassierten offeriert.⁵⁹⁸

Ab Mitte der zwanziger Jahre schlug sich der Niedergang des klein- und mittelständischen jüdischen Wirtschaftslebens in der Stadt in einer verstärkten Mobilität der jüdischen Bevölkerung nieder.

Die Verdienstmöglichkeiten vieler Kleinhändler waren dramatisch zurückgegangen oder bestanden nicht mehr, zumal es dieser Gruppe an Organisation und Interessenvertretung mangelte. Felix Goldmann stellte fest, dass die Arbeitslosigkeit der jüdischen Bevölkerung Leipzigs andere und weit größere Probleme als in anderen jüdischen Gemeinden Deutschlands aufwarf. Besonders waren natürlich osteuropäische Juden betroffen, welchen er unabhängig von ihrer religiösen Richtungszugehörigkeit Unterstützung anbot und die Bildung einer organisatorischen Einheit nahelegte.⁵⁹⁹

Das überwiegend mittelständische Judentum erlitt infolge der Geldentwertung im Zuge der Inflation Vermögensverluste, welche für einen nicht unerheblichen Teil den sozialen Abstieg bedeutete. Maurer stellte fest, dass die tatsächliche Zahl der Bedürftigen jene der bei den jüdischen Gemeinden registrierten Unterstützungsempfänger überstieg, da sich viele ihre tatsächliche Situation nicht eingestehen wollten.⁶⁰⁰

Obgleich das durchschnittliche Realeinkommen der jüdischen Bevölkerung Mitte der zwanziger Jahre insgesamt über jenem der Gesamtbevölkerung lag, wurde es für Juden immer schwieriger, sowohl bei Nichtjuden als auch bei Juden Arbeit zu finden. Letztere lehnten jüdische Arbeitnehmer insbesondere dann ab, wenn sie vermeintlich „typisch jüdisch“ aussahen, um ihre eigenen Geschäfte nicht zu gefährden. Diese eingeschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten führten zu einer verstärkten Debatte der Berufsumschichtung.

1923 gründeten erwerbslose jüdische Arbeiter und Angestellte die Leipziger Vereinigung der Jüdischen Arbeitslosen, welche in Zusammenarbeit mit zuständigen Organisationen der Stadt die wirtschaftliche und kulturelle Situation Betroffener bessern wollte, wozu sie insbesondere jüdische Arbeitgeber zur Beschaffung von Arbeit aufrief.⁶⁰¹

Im Mai 1925 forderte der Vorstand der Religionsgemeinde die Leipziger Juden zu freiwilligen Spenden für die in bedrückendem Elend ausharrenden zugewanderten ostjüdischen

⁵⁹⁸ Die wirtschaftliche Situation zwang nicht nur Frauen zu Erwerbsarbeit sondern auch Kinder. Mitte der zwanziger Jahre trug jedes fünfte sächsische Schulkind zum Familieneinkommen bei. Vgl. Szejnmann 2000, 69.

⁵⁹⁹ Vgl. dazu Goldmann a, 55.

⁶⁰⁰ Vgl. dazu Maurer in Kaplan, Marion 2003, 389.

⁶⁰¹ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 48, 2.

Erwerbslosen auf. Trotzdem sehr viele von ihnen in Deutschland geboren waren, sicherten ihnen die Gesetze kein Existenzminimum und keine Erwerbslosenunterstützung. Die Gemeinde selbst befand sich in einer nicht belastbaren angespannten Finanzlage, so dass zusätzliche Spenden erforderlich waren.⁶⁰² Die Appelle an die Gemeindemitglieder um Spenden für das soziale Werk der Vereine mehrten sich im Laufe der zwanziger Jahre.⁶⁰³

Infolge der erheblichen sozialen Differenzen in der Gemeinde war die Armut im Vergleich zu anderen Großgemeinden besonders ausgeprägt. Wenige Gemeindemitglieder leisteten alleine 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens der Gemeinde, so dass die Leipziger Gemeinde für die Versorgung der Armen auf Hilfszahlungen des American Jewish Joint Distribution Comitee angewiesen war.⁶⁰⁴

Im September 1925 konnte die Gemeinde aus finanziellen Gründen die vorgesehene Stelle eines Fürsorgebeamten nicht besetzen. Der Fürsorgeausschuss wurde im Interesse seiner Arbeitsfähigkeit hingegen erweitert - als einzige Frau befand sich Helene Felsenstein unter den vier hinzu gewählten Mitgliedern. Die Gemeinde erwartete durch die Vervielfachung der Reichseinkommenssteuer für 1925 einen Ausfall von zwanzig Prozent des Steuerbedarfs, so dass über einen erhöhten Steuersatz von dreißig Prozent debattiert wurde.

Der Wohltätigkeitsverein erhielt auf Antrag eine Verdoppelung des gemeindlichen Jahresbeitrages von 2.500 auf 5.000 Mark.⁶⁰⁵

Die Währungsstabilisierung führte nur kurzfristig zu einer erheblichen Absenkung der Zahl der Arbeitslosen: schon im September 1925 wurde infolge der einsetzenden Zwischenkrise ein neuer Höchststand erreicht, der den von erheblich 1923 übertraf. Die Existenzen von jüdischen Handwerkern, Händlern und Gewerbetreibenden wurden akut bedroht bzw. zerstört und schon seit Anfang Januar 1926 fanden angeheizte Dispute zur Frage der Erwerbslosenunterstützung in den Gemeindeversammlungen statt. Die jüdischen nicht-deutschen Arbeitslosen befanden sich in einer unerträglich bedrückenden Situation zumal die Gemeinde aus finanziellen Gründen die Unterstützung generell in Frage stellte. Im Februar 1926 organisierte die jüdische Arbeitsgemeinschaft eine Protestkundgebung der jüdischen Erwerbslosen. In angeheizter Stimmung wurden der Gemeindevorstand sowie alle politischen Parteien mit Ausnahme der kommunistischen heftig angegriffen. Die Hilfen wären nicht nur völlig

⁶⁰² Vgl. dazu GBIRG 2 (1926) 22, 4.

⁶⁰³ So baten die Rabbiner u.a. namhafte Leipziger Bürger um Unterstützung der Arbeit des Vereins für jüdische Notstandshilfe. Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 5, 5.

⁶⁰⁴ Vgl. dazu Grubel 1990, 8.

⁶⁰⁵ Die Art und Weise der Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 4, 2.

unzureichend, im Fürsorgeamt der Gemeinde seien auch „von einzelnen ungeeigneten Personen“ grobe Fehler zu Ungunsten der Antragsteller begangen worden.⁶⁰⁶

Am 22. März drang eine Gruppe Arbeitsloser unter Tumulten in den Saal der Gemeindeversammlung ein, weil die Einstellung der Erwerbslosenfürsorge per 25. März drohte und keine Vertreter der Erwerbslosen in die Kommission einbezogen werden sollten, welche sich mit dieser Problematik beschäftigten. Hedwig Mathias forderte als Vertreterin der Gemeindeversammlung erstens: Die Errichtung eines Arbeitsnachweises unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterschaft. Zweitens: Die Übernahme der Erwerbslosen in die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Lasten der Gemeinde. Drittens: Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Viertens: Die Gewährung einer einmaligen Winterbeihilfe von 50 Mark.⁶⁰⁷

In der Diskussion befürworteten alle Gemeindevertreter zusätzliche Hilfen und eine Kommission, welcher neben sieben Vertretern der Gemeindeversammlung je zwei Vertreter der Erwerbslosen- und Arbeitsgemeinschaft angehörten, zur Klärung aller Einzelfragen, vor allem dem Verhältnis zur Fürsorgekommission. Für die Arbeitslosen-Fürsorge wurden zunächst 20.000 Mark bereitgestellt.⁶⁰⁸

150 jüdische Arbeiter, qualifizierte Handwerker und Facharbeiter - mit Frauen und Kindern 350 Personen - kämpften um ihren Unterhalt. Sie waren durch die Wirtschaftskrise in Not geraten. Sie waren in Leipzig geboren oder als Arbeiter während des Krieges zur Munitionsherstellung zwangsweise nach Deutschland gebracht worden. Alle wohnten seit 1919 in Leipzig und waren im Jahr 1925 mindestens sechs Monate durchgängig in Leipzig beschäftigt. In der Regel waren sie nicht gewerkschaftlich organisiert und erhielten, da kein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Deutschland und Polen bestand, keinerlei staatliche oder städtische Unterstützungsbeiträge. Nachdem die Israelitische Religionsgemeinde bereits 20.000 Mark für diesen Zweck verausgabt hatte, erklärte sie, keine weiteren Beiträge mehr zur Verfügung stellen zu können, sondern lediglich in besonders dringenden Fällen auf Antrag individuell angepasste Fürsorgeleistungen, zu gewähren. Die jüdischen Erwerbslosen lehnten diese „zum Schnorrertum heranzüchtenden Almosen“ allerdings entscheiden ab.⁶⁰⁹

Die Gemeindefürsorge unterstützte 1926 insgesamt 6.532 Personen.⁶¹⁰ In diesem Jahr wurden von 600.000 Mark Gemeindeetat 165.000 Mark für die Wohlfahrtspflege aufgewendet. Die Gemeindefürsorge betreute 500 Familien und Einzelpersonen. Die Fürsorgeabteilung der

⁶⁰⁶ LJZ 5 (1926) 8, 3.

⁶⁰⁷ Fanny Rosenthal wurde in dieser Sitzung in den Erziehungsausschuss der Gemeinde gewählt. Vgl. dazu Bericht über die Gemeindefürsorge (22.3). In: LJZ 5 (1926) 12, 3.

⁶⁰⁸ Vgl. dazu LJZ 5 (1926) 2, 5.

⁶⁰⁹ Vgl. dazu LJZ 5 (1926) 13, 3.

⁶¹⁰ Statist. Jb 1928, 144 ff.

Religionsgemeinde bildete die Örtliche Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege und unterstützte ortsansässige Hilfsbedürftige, engagierte sich in den Bereichen Jugendfürsorge, Tuberkulosefürsorge, Studienbeihilfe, Lehrlingsausbildung, Brautausstattung sowie Wanderfürsorge; sie betrieb eine Pflegestellen- und Adoptionsvermittlung sowie eine allgemeine Stellenvermittlung.⁶¹¹

1926/27 sank aufgrund der prekären Wirtschaftslage der Fürsorgeetat auf 150.331 Mark. Im Jahr 1927 verfügte die Fürsorgeabteilung der Israelitischen Religionsgemeinde aber wieder über ein auf 185.000 Mark gestiegenes Budget.

1924 bis 1928 wuchs die Zahl jüdischer Arbeitsloser infolge vieler Konkurse von Selbstständigen erheblich an, wenngleich sie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geringer blieb. Zunehmend waren auch Frauen zum Erwerb gezwungen. Aus der Not heraus prostituierten sich manche von ihnen, darunter auch Jüdinnen.

In Leipzig erwies sich die Prostitution immer wieder als ein öffentliches Problem. Neben der Mehrheit nicht erfasster Frauen verdienten 1920 174 gemeldete Prostituierte in 46 Leipziger Bordellen ihren Lebensunterhalt. Insgesamt betrug die Zahl der Gemeldeten 232, womit der Höchststand in der Weimarer Republik erreicht wurde.⁶¹² 1924 existierten noch 31 Bordelle. Elternräte und Lehrer beschwerten sich wiederholt über das in der Seeburgstraße gelegene Haus, in dem u.a. „lästige Ausländerinnen“ polizeilich aufgegriffen wurden.⁶¹³ 1925 wurden schließlich die Bordelle geschlossen.⁶¹⁴ Danach entwickelte sich folgerichtig die Straßenprostitution zum Problem.

Seit Einrichtung des Pflegeamtes 1924 wurden Frauen und Mädchen, die mit der Sittenpolizei in Berührung gekommen waren, pflegerisch betreut und bekamen wirtschaftliche, gesundheitliche und erzieherische Hilfen. Die Prostitution war letztlich nur durch präventive Erziehungsmaßnahmen nachhaltig bekämpfbar.

Rückblickend führte im Juli 1919 der Nachkriegsantisemitismus in Leipzig zu einem bedrohlich angeheizten Klima. Zielscheibe waren vor allem bürgerrechtslose ausländische Juden, die während der Kriegsjahre zwangsweise nach Deutschland gebracht worden waren.

Der Gemeindebote der Allgemeinen Zeitschrift des Judentums stellte fest: „Aus leicht begreiflichen Gründen ist man bemüht, den Haß [sic] der Bevölkerung auf die jüdische Bevölkerung zu lenken. Die armen Bevölkerungsschichten leiden schwer an den Folgen des

⁶¹¹ Vgl. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 146.

⁶¹² Vgl. Richter 1932, 27 und 29.

⁶¹³ Vgl. Richter 1932, 18 f.

Krieges; die kapitalistische Raffgier hat sie ausgesogen. Da ist es sehr bequem, alle Schuld auf die Juden zu wälzen und sich dadurch in Sicherheit zu bringen.“ Der einschlägig bekannte und berüchtigte Antisemit und Leiter der Wochenschrift „Der Deutsche Volksrat“ Heinrich Pudor spielte dabei erneut eine tragende Rolle, indem er sein Blatt nutzte, um die Juden für die Kriegsniederlage und das Elend der Deutschen verantwortlich zu machen und verlangte die Ausweisung der von ihm als „elendes Ungeziefer“, „Eitergeschwür“ und „Völkergift“ verunglimpften Juden.⁶¹⁵ Infolge einer Strafanzeige des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens verurteilte die Siebente Strafkammer des Leipziger Landgerichts Heinrich Pudor erneut.⁶¹⁶

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg diente der Antisemitismus vornehmlich als Ventil zum Ausagieren der Erbitterung über die Kriegsniederlage. Der Centralverein rief explizit die Frauen der Gemeinde und unter diesen besonders die Mütter zu dessen Bekämpfung auf.⁶¹⁷

Im Jahre 1922 fand die antisemitische Propaganda in der Stadt zudem ihren Ausdruck in der Verbreitung des Fälschungsmachwerkes „Die Protokolle der Weisen von Zion“, nach welcher die Juden die Weltherrschaft anstrebten. Im Oktober des Jahres begann in Leipzig der Prozess gegen die Mörder Rathenaus und die Täter beriefen sich in ihrer Argumentation und zur Rechtfertigung ihres Verbrechens auf diese Schrift.⁶¹⁸

Auch Theodor Fritsch musste sich in den Jahren der Republik erneut und wiederholt vor Gericht verantworten, so 1923 in einer Beleidigungsklage wegen eines Flugblattes gegen die Firma Aron Hirsch und Sohn in Halberstadt und 1924 wegen Beleidigung von Max Warburg und Karl Melchior in Flugblättern und Artikeln des „Hammers“. In diesem unterstellte er, das internationale Judentum, insbesondere das Haus Warburg würden das deutsche Volk verschandeln.⁶¹⁹

1924 entlarvte Leipzigs liberaler Rabbiner, Felix Goldmann, Theodor Fritschs „Kulturkampf“ als Kampf gegen die jüdischen Wurzeln im Christentum. Fritsch hatte der christlichen Kirche Verherrlichung des Judentums vorgeworfen und unterstellt, sie wolle alle zu Juden machen.

620

⁶¹⁴ Vgl. Richter 1932, 20.

⁶¹⁵ Vgl. dazu AZJ 83 (1919) 30, Der Gemeindebote 2.

⁶¹⁶ Vgl. dazu AZJ 84 (1920) 14, Der Gemeindebote 3.

⁶¹⁷ Vgl. dazu CVZ 3 (1924) 46, 705.

⁶¹⁸ Vgl. dazu CV 1 (1922) 23, 281.

⁶¹⁹ Fritsch nahm seine Anschuldigungen gegen das Halberstädter Unternehmen zurück, trug die Kosten des Verfahrens und wurde zudem zu einer Zahlung von 1.000 Mark an das Winterhilfswerk und die Halberstädter Armen verurteilt. Vgl. dazu CV 2 (1923) 1, 11. Wegen der Angriffe auf Warburg und Melchior verbüßte Fritsch eine dreimonatige Haftstrafe. Vgl. dazu CV 3 (1924) 51, 815.

⁶²⁰ Vgl. dazu CV 3 (1924) 47, 718 f.

Seitens der Gemeinde versuchte man in den Krisenjahren dem Antisemitismus Paroli zu bieten, indem die Mitglieder wiederholt aufgefordert wurden, sich möglichst unauffällig zu verhalten.⁶²¹ Angesichts der Massenverarmung und der Lebensmittelknappheit richtete sich der Appell vor allem an die gut Situierten, ihren Reichtum nicht zur Schau zu stellen. Eltern wurden aufgefordert, ihre Kinder streng und schlicht zu erziehen, damit diese nicht durch äußeren Luxus sondern durch Bildung, Können und Charakter auf sich aufmerksam machten. Darüber hinaus wurde zu allgemeiner Zurückhaltung im alltäglichen Leben geraten. Lange Unterhaltungen in Gruppen auf der Straße gefährdeten „die Gesamtheit in Ruf und Ansehen“.⁶²²

Die Gemeinde wollte möglichst alles vermeiden, was von Antisemiten aufgegriffen werden konnte. So sollte an den jüdischen Feiertagen jedwede Ansammlung auf Straßen und Plätzen vor den Synagogen unterbleiben, die Besucher des Gottesdienstes wurden ermahnt, sich einfach zu kleiden.⁶²³

Neben dem Bestreben „alles Unpassende und Aufreizende in Wesen und Tun“ zu unterlassen, kamen der präventiven sozialen Hilfstätigkeit und der Sozialpolitik der Gemeinde Bedeutung bei der Bekämpfung des Antisemitismus zu. Die Berufsumschichtung galt dabei als ein drängendes Problem, zumal ein „Luftmensch“-Dasein wie in Osteuropa in Leipzig undenkbar war.⁶²⁴

Trotz aller Anstrengungen gegen den Antisemitismus ließ sich dieser nicht eindämmen, da die Bevölkerung infolge von Existenznot und politischer Unsicherheit für antisemitische Parolen anfällig war. Dies fand unter anderem im November 1925 im Versuch zweier Männer, die jüdische Gemeindegemeinde zu sprengen, seinen Niederschlag.⁶²⁵

Im Verlaufe der Jahre der Weimarer Republik reagierte der bürgerliche Rechtsstaat zunehmend unsicherer auf den sich in einer bisher nicht gekannten Weise auswachsenden und vermehrt nationalsozialistische Elemente integrierenden radikalen Antisemitismus, welcher mit einem hohen innenpolitischen Gewaltniveau korrelierte. Entsprechend konstatierte der Centralverein 1927 die Rechtsnot der deutschen Juden, die Unterhöhnung des Zugehörigkeitsgefühls der Juden und ein entstehendes Klima der Angst.

In der Phase relativer wirtschaftlicher und politischer Stabilität nach 1925 begann auch in Leipzig die bewusste Zurücksetzung und Ausgrenzung von Juden.⁶²⁶

⁶²¹ Aufrufe der Gemeinde, Ansammlungen und lange Gespräche auf den Straßen zu vermeiden, häuften sich 1923 und 1924. Vgl. dazu u.a. LJZ 2 (1923) 45, 2.

⁶²² Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 32, 5.

⁶²³ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 37, 2.

⁶²⁴ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 5, 1.

⁶²⁵ Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 11, 3.

⁶²⁶ Sie wurden u.a. aus Vereinen und nationalistischen Organisationen entfernt. Vgl. dazu Bergmann 2004, 34.

Eine beträchtliche Zahl von Juden engagierte sich in der kommunistischen und sozialen Bewegung, was von der antisemitischen Hetze als mangelndes Nationalgefühl gedeutet und aufgegriffen wurde.

Wie schon erwähnt, ließ das in der Verfassung verankerte umfassende staatliche Wohlfahrtswesen den ursprünglich emanzipatorischen Aspekt von sozialer Arbeit in den Hintergrund treten. Das Reich übernahm die Gesamtverantwortung für die Wohlfahrtspflege und bis 1922 waren in fast allen größeren Städten Wohlfahrtsämter entstanden.

Die traditionellen bürgerlichen Einrichtungen und Organisationen der privaten Wohlfahrtspflege verloren damit an Bedeutung. Der Rolle der Sozialpolitik wuchs, öffentliche Träger übernahmen die Hauptrolle in der Wohlfahrtspflege und die professionelle Sozialarbeit setzte sich durch.

Infolge der Inflation verlor die private Wohltätigkeit zudem Förderer und Vermögen. Der Staat unterstützte durch Zuwendungen die Zentralisierungs- und Professionalisierungsprozesse. Das Bemühen um Zentralisierung und Zusammenarbeit kulminierte 1921 in der Gründung der Reichsgemeinschaft der Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege und im Dezember 1924 in der Gründung der „Deutschen Liga der freien Wohlfahrtsverbände“.⁶²⁷ Bis zur Weltwirtschaftskrise bildete sich der „wohlfahrtsindustrielle Komplex“, eine bürokratische Vereinigung der privaten Wohlfahrtspflege.⁶²⁸

Sachße und Tennstedt verwiesen darauf, dass im Zuge der Reorganisation die privaten und konfessionellen Träger Lobbyismus-, Zentralisierungs- und Kartellierungstendenzen in der Wohlfahrtspflege einführten.⁶²⁹

Seit 1926 war die ZWST Teil der „Liga der freien Wohlfahrtspflege“ und erhielt laufende Zuschüsse des Staates, außerdem gehörte sie der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, der Deutschen Kinderhilfe, der Deutschen Nothilfe, der Vereinigten Fürsorge für das Auslandsdeutschtum usw. an. Die Debatten der allgemeinen Wohlfahrtspflege spielten auch in der Jüdischen eine Rolle, denn deutsche Juden waren als gleichberechtigte Staatsbürger verpflichtet, allgemeine Wohlfahrtseinrichtungen zu nutzen. Jüdische Einrichtungen wurden gegründet, um den religiösen Bedürfnissen nach Schabbatruhe und koscherer Kost der Betreuten gerecht zu werden.⁶³⁰

⁶²⁷ Hauptträger waren die konfessionellen Verbände, der Zentralausschuss der Inneren Mission, der Deutsche Caritasverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Die Liga arbeitete mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege zusammen und verstand sich als die Außenvertreterin der Spitzenverbände.

⁶²⁸ Die Vertrustung erfolgte als Reaktion der privaten und der konfessionellen Wohlfahrtspflege auf die Kommunalisierung. Vgl. dazu Sachße, Tennstedt 1988, 166 ff.

⁶²⁹ Vgl. Sachße, Tennstedt 1988, 160.

⁶³⁰ Vgl. dazu Lütkemeier 1992, 66.

Die Fürsorgeleistungen basierten seit Dezember 1924 auf einer expliziten Bewertung der Empfänger. Danach wurde zwischen Fürsorge mit Minderleistungen und gehobener Fürsorge unterschieden. „Arbeitsscheue“ oder unwirtschaftliches Verhalten zeigende Personen - sogenannte „asoziale Elemente“ - hatten nur Anspruch auf die minimalste Hilfe. Mit der Festlegung der Fürsorge für diese unterste Gruppe in der Hierarchie der Wohlfahrtspflege wurde die Regelfürsorge negativ ausgeweitet. Diese Minderfürsorge diente als Kontrollinstanz im Vorfeld der Arbeitshauseinweisung nach der Reichsfürsorgepflichtverordnung (RFV).

Die soziale Fürsorge beurteilte in der Einzelfallarbeit nach Augenschein. Der Prävention dienten auch repressive Mittel. Führten Prävention und Rehabilitation nicht in wirtschaftliche Selbständigkeit drohten die Minderung der Unterstützung und die Stigmatisierung als „Asozialer“ bis hin zur Anstaltseinweisung.

In der jüdischen Sozialarbeit verband sich religiöse soziale Ethik mit moderner Wohlfahrtspflege - sie bezweckte die Stärkung der Selbsthilfe.

Religiös tradierte Hilfeleistungen gingen mit der Entwicklung zur modernen Sozialarbeit zunehmend verloren. Die neuen Rahmenbedingungen erforderten neue Entwicklungen in der Wohlfahrtspflege. Die Zuwanderung aus dem Osten trug zur Volkspflege und der Entwicklung der modernen jüdischen Wohlfahrtspflege bei.⁶³¹ Maßnahmen der Bevölkerungspolitik und der Bekämpfung von Volkskrankheiten erweiterten die jüdische soziale Arbeit. Auch die Juden der Welt und Palästinas wurden hierfür mit in den Blick genommen.

Die moderne jüdische Sozialpolitik setzte auf Berufsberatung und -förderung, Arbeitsnachweise, Darlehenskassen und Wanderarbeitsstätten. In Leipzig, wie in anderen großen Gemeinden, entstand eine örtliche Wohlfahrtszentrale.

Maßnahmen der traditionellen Armenpflege konnten nach dem Krieg nicht mehr auf die unverschuldeten neuen Armen angewandt oder die Leistungen unter die Kriegsfürsorge abgemindert werden. Die USPD drängte auf Ablösung der Armenpflege durch staatliche Sozialpolitik und kritisierte die bürgerlichen Pfleger sowie den Einfluss der konfessionellen Fürsorge, vorrangig der Inneren Mission.

Im öffentlichen Diskurs wurde Armut nunmehr im Kontext gesellschaftlicher Verantwortung und nicht mehr als Ausdruck persönlichen Versagens begriffen. Angesichts der Gefährdung des sozialen Friedens infolge der Massenarbeitslosigkeit zeigte sich das Bürgertum sozialpolitisch reformbereiter.

⁶³¹ Vgl. Wronsky 1999, 21.

Bereits der Rat der Volksbeauftragten hatte Ende 1918 die negativen Konsequenzen des Bezuges von Armenpflege auf das Wahlrecht aufgehoben. Die Verwaltung ordnete verschiedene Bedürftigkeitsgruppen dem Armenamt zu, welches sich durch vornehmlich vorbeugende Tätigkeit zum Fürsorgeamt entwickelte. Die Individualfürsorge wurde weiter bei der Distriksarmenpflege angesiedelt.⁶³²

Schon von 1919 an waren bürgerliche Schichten stark von Erwerbslosigkeit betroffen und drängten die Stadtverwaltung, die im Krieg eingestellten weiblichen Hilfskräfte wieder zu entlassen. Während die Leipziger Angestelltenverbände die Ablösung der hauptamtlichen weiblichen Sozialarbeiterinnen forderten, bemühte sich das Fürsorgeamt, für diese dauerhafte Angestelltenverhältnisse zu schaffen. Aufgrund von Bedenken gegen den Einsatz verhältnismäßig junger Frauen in der Erörterungsarbeit wurden fürsorgerische Arbeiten seit 1920 zeitweilig ausschließlich von männlichen Kräften ausgeübt und der Professionalitätsdiskurs abgebrochen. Bis zum Inkrafttreten des Ortsgesetzes als VI. Nachtrag zur Armenordnung im März 1923 und der Wahl der Pfleger beharrten die bis dahin vorwiegend mittelständischen Pfleger auf veralteten fürsorgepolitischen Überzeugungen und einem autoritären Umgang mit den Leistungsempfängern. Sie legten die Unterstützungssätze des Armenamtes als Höchstsätze aus, welche von ihnen aber nicht ausgeschöpft wurden. Missliebigen Bedürftigen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, wurde teilweise sogar jede Hilfe verwehrt. Da es der Behörde nicht gelang, entscheidend Einfluss auf die Pfleger zu nehmen, mussten die betroffenen Arbeitslosen nun durch amtliche Stellen versorgt werden.

Die Stadt legte im Sommer 1921 Richtlinien und Bestimmungen für das Wohlfahrtsamt vor und richtete den vorgegebenen Pflegeausschuss ein. Der subsidiäre Charakter der städtischen Fürsorge und die Pflicht zur Förderung privater Fürsorge wurden unterstrichen. Zunächst wurde das Wohlfahrtsamt dem Fürsorgeamt angegliedert und dessen Arbeiten von diesem übernommen. Ab 1922 galten neue Bestimmungen für das Wohlfahrtsamt; Fürsorge-, Jugend- und Gesundheitsamt wurden als Direktorialämter in die zentralisierende Behörde eingegliedert. Die Verwaltung verhinderte allerdings die Errichtung des Wohlfahrtsamtes als zentralisierende Instanz.

Auf dem Höhepunkt der Inflation wurde in Leipzig die bürokratische Zentralisation und kartellähnliche Organisation der freien Wohlfahrtspflege unter Leitung der Inneren Mission abgeschlossen.

⁶³² Brandmann 1998, 267.

Die Mehrheit der Stadtparlamentarier kämpfte seit 1918 gegen eine religiöse Einflussnahme auf die Wohlfahrt. Am Ende der Inflation war das Verhältnis von privater und kommunaler Wohlfahrtspflege jedoch konfliktgeladener denn je. Mendelssohn Bartholdy und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) initiierten im Herbst 1923 die Leipziger Winterhilfe als überkonfessionelles Massenhilfswerk. Lokale Wirtschaft, Stadtverwaltung und Privatwohltätigkeit arbeiteten zusammen. Die Winterhilfe blieb bis in die dreißiger Jahre bestehen.

Außerordentliche Bedeutung kam der Reichsfürsorgepflichtverordnung (RGBI I100) auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 zu. Sie löste 1924 das Unterstützungswohnsitzgesetz und das Freizügigkeitsgesetz ab, leitete durch die ergänzenden Reichsgrundsätze über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom Dezember 1924 einen neuen Entwicklungsabschnitt ein und schuf zugleich die Grundlagen für die Entstehung des Wohlfahrtsstaates. Die RFV vereinigte Sonderzweige mit der Armenpflege zu einer einheitlichen Fürsorge, welche den Bezirksfürsorgeverbänden übertragen wurden. Das Land konnte diesen Verbänden zusätzlich Fürsorgeaufgaben übertragen. Nach der RFV wurde jeder deutsche Staatsbürger durch die öffentliche Fürsorge betreut.

Für Fälle dauerhafter Hilfsbedürftigkeit von Ausländern konnte der Fürsorgeverband deren Ausweisung bei der Polizeibehörde beantragen. Die RFV fand ebenso wie das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1924 sowie das Sächsische Wohlfahrtsgesetz von 1925 in Leipzig nur schwer Umsetzung.

Das sächsische Wohlfahrtspflegegesetz wurde am 28.2.1925 beschlossen, die Ausführungsverordnung am 20.3.1926. Paragraph 13 regelte die Hilfen für Ausländer. Danach musste der Bezirksfürsorgeverband (BFV), in dessen Bezirk sich eine Person bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit aufhielt, Unterstützung gewähren. Das Land ersetzte danach in der Regel die Kosten.

Paragraph 34 der Reichsgrundsätze regelte die Kosten des Lebensunterhaltes für Ausländer, insbesondere für Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege sowie Krankenhilfe. Nötigenfalls wurde der Bestattungsaufwand getragen. Staatsverträge zur Hilfe für Ausländer bestanden mit Belgien, Dänemark, Italien, den **Niederlanden, der Schweiz, der Türkei, mit England über die Heimschaffung Geisteskranker, mit Österreich und zusätzlich zur sozialen Fürsorge für österreichische Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene**. Die aus Polen und Russland zugewanderten Juden konnten in dieser Beziehung also keine Hilfe des Zentralstaates erwarten und blieben auf Hilfen der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde angewiesen.

Die Verantwortlichen der Stadt Leipzig versuchten, dem sächsischen Wohlfahrtsgesetz und den Ausführungsbestimmungen auszuweichen, da sie eine Wohlfahrtspflege als städtische Pflichtaufgabe ablehnten. Konservativen und rechtsliberalen Auffassungen zufolge drohte eine Überbeanspruchung kommunaler Mittel.⁶³³

So versuchte das bürgerliche Lager in Leipzig die in vielen Großstädten als Teil demokratischer Reformen durchgeführte Parlamentarisierung der Pflegerwahlen, zu revidieren. Ferner waren immer weniger Personen zum städtischen Ehrenamt bereit. So blieb in Leipzig im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Großstädten die institutionelle Grundlage wohlfahrtspolitischen Handelns während der Weimarer Jahre provisorisch.

Da ehrenamtliche Kräfte ohne fachliche Qualifikation infolge veränderter Gesetze, Verordnungen sowie sozial differenzierterer Klientel neuen Fürsorgeziele und Praktiken immer weniger gewachsen waren, erfolgte schließlich der Ausbau der Bürokratie und die Einstellung hauptamtlicher Kräfte. Knappe finanzielle Mittel bedingten auch im Bereich der privaten Fürsorge Kontrolle, Reglementierung und Bürokratisierung.

Individualisierte Hilfen in den Distrikten wurden durch eine Massenabfertigung von Bedürftigen abgelöst. Hauptamtliche Kräfte, welche den Pflegern als Hilfskräfte unterstellt waren, übernahmen **die Aufgaben der ehrenamtlichen und besoldeten Wohlfahrtspflegerinnen und den Außendienst der Spezialämter.**

Ein wachsender Teil der Bevölkerung verarmte und die Zahl der zu Unterstützenden stieg unaufhaltsam. Trotz gesetzlicher Pflichtleistungen wurden Einsparungen vorgenommen, wodurch u.a. die Erholungsfürsorge für Kinder entfiel und bereits angefangene Kuren abgebrochen werden mussten.

Dazu wurden beachtliche Personalkürzungen vorgenommen, 68 Mitarbeiter verloren allein in der Verwaltung ihre Arbeit. Horte und Tagesheime wurden geschlossen, die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge nach unten korrigiert. Es erfolgte eine stärkere Individualisierung: So wurden u.a. Weihnachtsbeihilfen erst nach Prüfung der Verhältnisse und nicht mehr pauschal ausgezahlt.

Da das Reich 1924 seine anteilmäßige Beteiligung an den Fürsorgekosten einschließlich der Kriegsfolgenhilfe einstellte, musste die Kommune die gesamte Last übernehmen. Im November 1924 erreichte das Kommunalparlament eine Anhebung der Fürsorgesätze. Diese höheren Unterstützungssätze belegte die Spitzenposition im Freistaat.⁶³⁴

⁶³³ Vgl. dazu Brandmann 1998, 336.

⁶³⁴ Vgl. dazu Brandmann 1998, 370.

Die Sozialdemokratie, die sich für die Notleidenden eingesetzt hatte und Einfluss auf die bürgerlichen Parteien nahm, bilanzierte 1925 die ersten Erfolge der Unterstützungspolitik.⁶³⁵ Zu dieser Zeit besaß die Kommune noch weitgehend Handlungsspielraum und lagerübergreifend ließ sich ein vermehrtes soziales Engagement konstatieren. Damit zeigte die Stadt insgesamt ihre Reformbereitschaft. Wie vor 1914 diente nun wieder der grundlegende Lebensbedarf als Bemessungsgrundlage der Almosentarife. Dabei wurde von Mindestausgaben für Wohnen, Kleidung und andere elementare Bedürfnisse ausgegangen. Die Unterstützungssätze bildeten eine nach oben oder unten auslegbare Richtschnur. Die Fürsorgeleistungen orientierten sich an den Bedürfnissen der Empfänger. Waren bis 1925 die Betreuungsfälle rückläufig, stiegen sie danach wieder kontinuierlich an.

Laut sächsischem Wohlfahrtspflegegesetz zielte die Wohlfahrtspflege auf die Förderung des Volkswohles in gesundheitlicher, wirtschaftlicher, sittlicher und erzieherischer Hinsicht unter jeweiliger Beachtung des Einzelfalls ab.⁶³⁶ Nach Paragraph 6 Abs. 1 des Wohlfahrtspflegegesetzes gehörte Leipzig zu den Bezirksfürsorgeverbänden, welche Körperschaften öffentlichen Rechts waren.

Im März 1925 geriet die Stadt Leipzig durch das die RFV und das das RJWG ausführende sächsische Wohlfahrtspflegegesetz, welches die Bezirksfürsorgeverbände zur Bildung von Wohlfahrts- und Jugendämtern verpflichtete, in Zugzwang. Macht- und Kompetenzgerangel zwischen Parlament und Verwaltung verhinderten bis 1927 die Vorlage eines Konzeptes durch den Stadtrat. Danach übernahm das Wohlfahrtsamt die Pflichtaufgaben der Wohlfahrtspflege. Es befasste sich mit organisatorischen und konzeptionellen Aufgaben sowie Haushaltsfragen. Das Fürsorgeamt wurde in Unterstützungsamt umbenannt. Jugendamt, Ortsamt für Kriegsfürsorge, Pflegeamt und Stiftungsamt wurden Unterabteilungen des Wohlfahrtsdezernats, so dass bestimmte Wohlfahrtsaufgaben aus dem Wohlfahrtsamt ausgelagert waren. Die Stadt favorisierte das Subsidiaritätsprinzip, die Kommune übernahm nur dann Tätigkeitsfelder, wenn die freie Wohlfahrtspflege mit der Bewältigung der anstehenden Aufgaben überfordert war. Sozialdemokraten und Kommunisten forderten in den Richtlinien des Ortsgesetzes das Gegenteil, so dass die kommunale Sozialbehörde alle neuen wohlfahrtspflegerischen Aufgaben übernehmen sollte. Der freien Wohlfahrtspflege wurde eine ergänzende Funktion zugewiesen und konfessionelle Träger ganz ausgeschlossen. Die Verwaltung lehnte eine solche Kommunalisierung aus finanziellen und „ethischen“ Überlegungen strikt ab.⁶³⁷

⁶³⁵ Vgl. dazu Brandmann 1998, 367.

⁶³⁶ Vgl. Gerth 1929, 11.

⁶³⁷ Vgl. dazu Brandmann 1998, 341.

Der Kompromiss zum Ortsgesetz, welcher am 24. Oktober 1928 von der sächsischen Gemeindegemeindekammer als Ortsgesetz über das Wohlfahrtsamt der Stadt Leipzig erlassen wurde, klärte das Verhältnis zwischen Verbänden, Bürokratie und Parlament nicht endgültig.

Nach Paragraph 5 der RFV standen die Bezirksfürsorgeverbände im Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege und zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege. Ihre Aufgabe war es, die optimale Zusammenarbeit und Ergänzung beider Formen zu bewirken.⁶³⁸ Grundlagen der öffentlichen Fürsorge waren Individualisierung und Subsidiaritätsprinzip. Die Selbsthilfekräfte sollten gestärkt und einer dauerhaften Verelendung nachhaltig entgegenwirkt werden.⁶³⁹

Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung kam den Bedürftigen jedoch nicht zu, lediglich ein Beschwerderecht. Ergänzende Hilfen zur öffentlichen Fürsorge ohne rechtlichen oder sittlichen Anspruch blieben bei der Bedürftigkeitsprüfung unberücksichtigt.⁶⁴⁰

Der Bezirksfürsorgeverband (BFV), welcher nach RFV die Armenfürsorge übernahm, legte die Richtsätze für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhaltes fest.

Sachsen führte eine gleichartige Wohlfahrtspflege für alle Hilfsbedürftigen ein und schuf damit die Armenpflege ab, die Armenordnung wurde weitgehend aufgehoben.⁶⁴¹ Die gesamte Fürsorge wurde somit zur Pflichtaufgabe.

Der jüdischen Wohlfahrtspflege kam nach der neuen Gesetzgebung eine ergänzende Rolle zu, die jüdischen Hilfsangebote dienten weitgehend der Versorgung von nicht deutschen Juden.

Bereits seit 1918 galten auch in Leipzig in der Fürsorge für Arbeitslose zentralstaatliche Vorgaben. Im Sommer 1919 führte die Kommune zudem auf eigenen Kosten Sonderbeihilfen ein, da die vom Reich gewährten Sätze der Teuerung in keiner Weise standhielten.⁶⁴²

In der Folgezeit wurde eine wachsende Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen, besonders Langzeitarbeitslose, aufgrund eingeschränkter Voraussetzungen und verkürzter Unterstützungszeiten aus der staatlichen Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom Sommer 1927 beschleunigte diese Entwicklung. Es versuchte das drängendste Armutsrisiko sozialpolitisch anzugehen. Eine Krisenfürsorge (KRU) für Langzeitarbeitslose sollte einen Puffer zwischen Versicherung und Wohlfahrtspflege schaffen. War ein Arbeitsloser sowohl an Arbeitslosenunterstützung (ALU)

⁶³⁸ Entsprechend formulierten auch Paragraph 6 des RJWG und Paragraph 5 des Sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes.

⁶³⁹ Vgl. Gerth 1929, 32.

⁶⁴⁰ Vgl. Gerth 1929, 29 f.

⁶⁴¹ Vgl. Gerth 1929, 51 f.

⁶⁴² Vgl. Brandmann 1998, 261.

als auch an KRU ausgesteuert, erhielt er, um den Lebensbedarf zu sichern, Wohlfahrtsunterstützung, für welche aber eine teilweise Rückerstattungspflicht galt.

Die Höchstdauer der ALU wurde auf 26 Wochen beschränkt, die Anwartszeit von 13 auf 26 Wochen erhöht. Nach dem Ausschöpfen der Arbeitslosenunterstützung sah das Gesetz eine Krisenunterstützung vor, womit das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit den Kommunen überlassen wurde. Die USPD als stärkste politische Kraft in Leipzig forderte weiterhin das Recht auf kommunale Fürsorge und eine Demokratisierung der Fürsorge.

Unter der Voraussetzung, dass ihre Heimatstaaten deutsche Erwerbslose unterstützten, berücksichtigte das Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Ausländer gleichberechtigt.⁶⁴³

Mit dem Gesetz gingen die kommunalen Arbeitsnachweise in unmittelbare Verwaltung des Reiches, in die Trägerschaft der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, über. Die öffentlichen Arbeitsnachweise wurden in Arbeitsämter umbenannt, die der freien Wohlfahrtspflege blieben selbständig, wurden aber der Aufsicht der Reichsanstalt unterstellt.

Kreutzberger unterstrich die Notwendigkeit jüdischer Arbeitsnachweise aufgrund der sozialen Schichtung und Berufsstruktur der Juden mit einem starken Anteil an Händlern und kaufmännischen Angestellten, hingegen wenigen Handwerkern und in Industrie und Landwirtschaft Beschäftigten. Daraus resultierten Forderungen nach entsprechenden Berufsumschichtungen.⁶⁴⁴

In den zwanziger Jahren bezogen Gesundheitspolitik und Sozialhygiene alle Bevölkerungsgruppen ein. In Leipzig war schon seit der Vorkriegszeit die Hygienebewegung stark verankert. Organisatorisch blieb die Gesundheitsfürsorge gesplittet und neben dem Gesundheitsamt bei Fürsorge-, Jugend- und Schulamt angesiedelt.

Zu den auf diesem Gebiet besonders aktiven bürgerlichen Frauen gehörte Edith Mendelssohn Bartholdy, seit 1919 wohlfahrtspolitische Sprecherin der demokratischen Fraktion und des gesamten Stadtparlaments.⁶⁴⁵ Mutterschutz sowie hygienische und pädagogische Fürsorge für Säuglinge und Jugendliche sollten ihrer Auffassung nach ärztlich kontrolliert und ausgebaut werden. Im September 1919 ergriff Edith Mendelssohn Bartholdy die Initiative für die Gründung eines städtischen Pflegeamtes für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen durch eine Eingabe an die Stadt, die von Vertretern der DDP-Fraktion unterstützt wurde. Die Gefähr-

⁶⁴³ Vgl. Kreutzberger 1929, 37.

⁶⁴⁴ Vgl. dazu Kreutzberger 1929, 30.

⁶⁴⁵ Zu Bartholdy, vgl. weiter Brandmann 1998, 295.

detenfürsorge sollte damit modernisiert werden.⁶⁴⁶ Die vom Rat für Volksbeauftragte erlassenen repressiven Straf- und Zwangsmaßnahmen wollte Edith Mendelssohn Bartholdy durch kombinierte gesundheitliche, pädagogische und wirtschaftliche Fürsorgeaktivitäten sowie strafrechtliches Vorgehen durch Vorbeugung und Resozialisierung ersetzen. Ein Pflegeamt sollte die Maßnahmen koordinieren und zentralisieren. Von den konfessionellen Trägern, die ihr zentrales Arbeitsgebiet gefährdet sahen, wurde dies - wie auch von der Polizeibehörde - abgelehnt. Die Einrichtung des Pflegeamtes wurde, selbst als Sachsen die Kommunen im Sommer 1923 dazu verpflichtete, in Leipzig hinausgezögert.

Der Aufschwung der Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge diente der Bevölkerungspolitik. Nach dem Krieg wurde die Zahl der an das Jugendamt gebundenen Mütterberatungsstellen mehr als verdoppelt, 1921 gab es bereits 19 von ihnen. Sie waren wegen der niedrigen Geburtenzahlen wichtig, um die Säuglingssterblichkeit zu senken. Zudem erhöhte die Kommune seit 1924 die Sachbeihilfen für Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende.

Nach der Reichsversorgungsordnung waren Krankenkassen zur Wochenhilfe für versicherte Schwangere, Wöchnerinnen und Familienangehörige verpflichtet. Bestand keine Krankenversicherung übernahm die Krankenkasse die Kosten für ärztliche Behandlung, Entbindung sowie Wochen- und Stillgeld. Wochengeld wurde vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung in Höhe von täglich 50 Pfennigen, Stillgeld drei Monate lang in Höhe von 25 Pfennigen täglich gezahlt.⁶⁴⁷

Der Mutterschutz diente vornehmlich dem gesundheitlichen Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen, darüber hinaus bot er auch wirtschaftliche und rechtliche Hilfen. Im Mittelpunkt standen die Mütterberatungsstellen und die Auskunftsstellen. Der Mutterschutz wurde durch die Säuglingspflege ergänzt, die vor allem die Mütter über richtige Ernährung und Pflege des Säuglings aufklärte, zudem durch Stillstuben, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Krippen sowie Kleinkinderfürsorge für die zwischen zwei und sechs Jahren alten Kinder. Darüber hinaus wurden Kindergärten und Kinderbewahranstalten eingerichtet.

Die Vorsorge für Neugeborene erfolgte in der offenen Säuglingsfürsorge in Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestellen sowie in Milchstellen. Zur Säuglingsfürsorge zählten desweiteren auch Rechtsschutzstellen.

⁶⁴⁶ Geschlechtskrankheiten führten in jener Zeit nach der Tuberkulose am häufigsten zum Tode, vgl. Brandmann 1998, 300.

⁶⁴⁷ Vgl. Brandmann 1998, 50 f.

Bei der Geburt eines unehelichen Kindes übernahm das Wohlfahrt- und Jugendamt des Geburtsortes die Vormundschaft.⁶⁴⁸

Im Bereich der Gesundheitsfürsorge widmete die Kommune seit 1921 besonders den drängenden Problemen der Bekämpfung von Tuberkulose, Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten ihre Aufmerksamkeit. Mit modernen Mitteln ausgestattete Lungenfachärzte und ausgebildete Fürsorgerinnen kamen dabei zum Einsatz.⁶⁴⁹

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig richtete, wie andere Großgemeinden auch, eine Örtliche Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege in Form einer Fürsorgeabteilung der Gemeinde ein.

Nach dem traditionellen Leitbild der Zedakah bündelte die jüdische Fürsorge, das soziale Engagement des ökonomisch leistungsfähigen Bürgertums zu einer verstärkten Unterstützung der eigenen Gemeinschaft und zur Integration randständiger Existenzen. Die innerjüdischen Auseinandersetzungen über Sinn, Umfang, Art der Sozialarbeit und die Sozialpolitik basierten auf dem Recht des Bedürftigen auf Hilfe.

Der Verelendungsprozess infolge der Weltwirtschaftskrise bedingte eine Reformierung des Wohltätigkeitssystems durch Produktivierung und Zentralisierung, welche Doppelausgaben vermeiden und Verwaltungsaufwendungen abbauen sowie die Effektivität der eingesetzten Mittel steigern sollte.

Politische und religiöse Differenzen behinderten in Leipzig weitgehend die Koordination von Hilfsmaßnahmen der jüdischen Wohltätigkeitsvereine. Nur die Leipziger Ortsgruppe des jüdischen Frauenbundes bewies in den zwanziger Jahren zunehmend, dass die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Richtungen des Judentums von Erfolg gekrönt sein konnte.⁶⁵⁰

Die Inflation ließ das Stiftungskapital der Vereinigungen schrumpfen, während zugleich der Hilfebedarf der Notleidenden explodierte.

Das jüdische und nichtjüdische Vereinsleben unterschied sich wenig. Das Engagement in interkonfessionellen Vereinen förderte die Integration der Juden in die umgebende deutsche Gesellschaft. Die jüdischen Vereine stärkten hingegen die Identitätsfindung und –bewahrung; in ihrer Vielfalt manifestierten sich zugleich Partikularismus und Differenziertheit der Juden. Die Wohltätigkeits- und Unterstützungsvereine zielten primär auf die Probleme und Themen innerhalb der Religionsgemeinde.⁶⁵¹

⁶⁴⁸ Vgl. Brandmann 1998, 56.

⁶⁴⁹ Vgl. Brandmann 1998, 400.

⁶⁵⁰ Vgl. dazu Bach 1994, 132 f.

⁶⁵¹ Vgl. dazu Höppner, Jahn 1997, 10.

Die jüdische Wohlfahrtspflege erfolgte subsidiär, wenn die allgemeine Wohlfahrtspflege keine ausreichende Hilfe bot und trat in der Regel vornehmlich für ausländische Juden in Kraft. Die Erholungsfürsorge für Kleinkinder spielte in der jüdischen Wohlfahrtspflege eine wichtige Rolle und besonders im Kindergartenwesen sah die jüdische Wohlfahrtspflege Aufgaben der Quantitäts- und Qualitätssteigerung.⁶⁵²

Die Leipziger jüdische Wohlfahrtspflege stellte sich der neuen Herausforderung, der Versorgung von Angehörigen des Mittelstandes, insbesondere von Intellektuellen. Beispielgebend unter den wohltätigen Vereinen, welche eine Deklassierung dieser von den Folgen der Inflation betroffenen Gruppe zu verhindern suchte, war die Arbeitsgemeinschaft für den jüdischen Mittelstand, in deren Vorstand 1923 u.a. Bettina Brenner und Flora Cahn wirkten. Der Vorstand wurde paritätisch über die Parteien zusammengesetzt. Seine Aufgabe bestand darin, Angehörigen des notleidenden jüdischen Mittelstandes zu günstigen Preisen die Mittel des täglichen Lebensbedarfes bereit zu stellen.⁶⁵³

In den Jahren 1924 und 1925 gehörte es beispielsweise zu Fürsorgetätigkeit der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde, Durchwanderern kostenlose Mittagsverpflegung bereit zu stellen - für ein Nachtquartier sorgte der Verein Hochnassas. Zudem vergab die Gemeinde Darlehen, engagierte sich in der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Sie bot Hilfe bei der Streitschlichtung zum Beispiel in Wohnungsangelegenheiten. Uneheliche Kinder wurden von der Gemeinde bei Pflegeeltern untergebracht. Die Gemeinde kooperierte mit der Zentrale für Jugendfürsorge und dem Fürsorgeamt Leipzig bei Heimunterbringung von Kindern. Sie gewährte zudem finanzielle Hilfen für Mieten und in der Erwerbslosenfürsorge.⁶⁵⁴

1924 verausgabte die Gemeindefürsorge 8.791,54 Mark. Den größten Posten davon bildete mit 2.606,80 Mark die Wochenunterstützung. Für die Arbeitslosenunterstützung zahlte die Gemeinde 1.079,5 Mark.⁶⁵⁵

Im Berichtsjahr 1926/1927 gab die Gemeinde für die verschiedenen Zweige der Fürsorge insgesamt 150.330, 94 Mark aus. Den größten Teil davon für die laufende Unterstützung; weitere besonders starke Belastungen stellten die Finanzierung der Krankenanstalten, die Erwerbslosenfürsorge, Mietunterstützung sowie die Finanzierung der Erziehungsanstalten dar. 168 Familien und Einzelpersonen erhielten laufende Unterstützung, in 277 Fällen konnten Betroffenen Arbeit und Wohnung vermittelt werden. Deutsche und Deutsch-Österreicher verwies die Gemeinde an das Fürsorgeamt der Stadt, von welchem sie laufende Unterstützung

⁶⁵² Vgl. dazu Tugendreich 45.

⁶⁵³ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 7, 3.

⁶⁵⁴ Vgl. dazu GBIRG 1 (1925) 15, 2.

erhielten, die von der Israelitischen Religionsgemeinde wöchentlich bezuschusst wurde. Auch in Leipzig geborene Juden ohne deutsche Staatsbürgerschaft und Angehörige solcher Länder, mit denen ein Gegenseitigkeitsvertrag bestand, erhielten vom Fürsorgeamt der Stadt Leipzig Unterstützung.

Die Gemeinde übernahm 1926 in 55 Fällen die Miete von Hilfsbedürftigen und gewährte 51 Personen Fürsorgedarlehen.

Die Zahl der Tuberkulosefälle schnellte in der Israelitischen Religionsgemeinde in die Höhe. Sechs Erkrankten wurde ein Kuraufenthalte in Zusammenarbeit mit Hilfe der Jüdischen Tb-Fürsorge Berlin gewährt. Arbeitslosenfürsorge erhielten 144 Personen, von denen die meisten ins Ausland gingen. Ab dem 1. Dezember 1926 stellte die Gemeinde die Arbeitslosenunterstützung endgültig ein. Arbeitslose erhielten nun eine Unterstützung wie Fürsorgeempfänger, d.h. Pflegerinnen besuchten die einzelnen Familien und ermittelten deren Verhältnisse. Jeder einzelne Fall unterlag dann der Bearbeitung durch den Fürsorgeausschuss, welcher die Unterstützung festsetzte.⁶⁵⁶

Zum Jahresende 1928 stellte die Gemeindeführung fest, dass zu hohe Fürsorge- und Verwaltungskosten das Budget der Gemeinde überlasteten und rief zu freiwilligen Spenden auf, welche den Fürsorgebedarf decken sollten, denn Hochbesteuerte hatten wegen des gestiegenen Steuersatzes mit ihrem Austritt aus der Gemeinde gedroht. Von 1.800 Deutschen waren 1.500 Steuerzahler und brachten 366.000 Mark auf. Von 2.800 Ausländern, zahlten dagegen nur 1.750 Steuern und brachten 163.000 Mark auf.⁶⁵⁷

Die jüdische Fürsorge berief sich in Leipzig auch in der Weimarer Republik auf ihren religiösen Kontext. In ihrer Rolle einer Ersatzfürsorge kam sie vor allem Ausländern zugute, welche auf staatliche Fürsorge keinen Anspruch hatten.

Der Fürsorge der Gemeinde trennte die verschiedenen Fürsorgeaufgaben Ende der zwanziger Jahre räumlich, da der bestehende Zustand, dass „der Durchwanderer [...] mit einem Leipziger Gemeindeglied, das vielleicht zum ersten Male die Wohlfahrt in Anspruch nimmt, zusammen warten“ müsste, scharf kritisiert wurde. Zudem wurde der Vorwurf erhoben, dass im Gegensatz zu den jüdischen Idealen „durch viele Wege eine gewisse Abschreckungstheorie zur Anwendung“ kam. Beamtentum und Bürokratismus wurden als kontraproduktiv für den Aufbau von Vertrauen betrachtet und die Ermittlungstätigkeit bei den Hilfesuchenden auf das Wesentliche beschränkt, da das offensichtliche Benutzen der Fürsorge zu Erziehungszwecken die Empfänger verbitterte. Kritisiert wurde 1928 zudem der Mangel an Brautaus-

⁶⁵⁵ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 38, 2.

⁶⁵⁶ Vgl. dazu GIRG 3 (1927) 15, 4 f.

⁶⁵⁷ Vgl. dazu AJFB 9 (1928) 51, 6.

stattung, Mietbeihilfe, Wohnungsbeschaffung, Erholungsfürsorge, Pesachhilfe, Hilfe für Ausländer in Rechts-, Steuer- und Gewerbeangelegenheiten sowie das Fehlen eines Mädchenheims.⁶⁵⁸

Felix Goldmann schlussfolgerte einen Sinnverlust der Zedakah: Geben, so konstatierte er, resultierte nicht mehr aus der Verpflichtung sondern aus dem Überfluss. Von einem Recht auf Hilfe konnte keine Rede mehr sein, so der Rabbiner, und die Unterstützten waren zu Dank verpflichtet. Hilfen wurden nun, im Gegensatz zum eigentlichen Sinn der Zedakah, mit Erziehung verbunden.

Angesichts der zeitgemäßen Entwicklungen der Fürsorge appellierte er an die Rabbiner, sich mehr der sozialen Arbeit als einer der wichtigsten religiösen Aufgaben anzunehmen. Austritte besonders von Minderbemittelten aus dem Judentum lastete er nicht zuletzt jenen Rabbiner an, welche soziale Fragen vernachlässigten. Als Vertrauenspersonen der Benachteiligten käme ihnen die Verantwortung zu, ihre Autorität zugunsten der modernen Sozialfürsorge mit allen ihren Methoden und Zielen einzusetzen, um die alte Zedakah zu überwinden.⁶⁵⁹

Zunehmend erwiesen sich die Wohlfahrtseinrichtungen der Israelitischen Religionsgemeinde finanziell in der Betreuung ostjüdischer Hilfsbedürftiger, welche weiterhin die Hauptklientel der Fürsorge darstellten, überfordert.

Da sich die Not verstetigte und Erholungsverschickung teilweise wiederholt und wahllos erfolgte, wurden statt dieser schließlich Lebensmittelzuwendungen – nicht zuletzt durch Hilfsgelder aus dem Ausland – favorisiert, um das ausreichende Ernähren und Kleiden von Kindern in ihren Familien oder in Erziehungs- bzw. Erholungsanstalten zu gewährleisten.

Die Zentralwohlfahrtsstelle organisierte gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden, darunter der durch Bertha Pappenheim, später durch Bettina Brenner vertretene JFB, wiederholt Veranstaltungen, um Unterstützungsmöglichkeiten für die notleidenden Juden in Deutschland zu finden. Am 20. und 21.2.1924 veranstalteten ZWST und Welthilfekonferenz beispielsweise in Berlin dazu eine Tagung. An dieser nahmen Vertreter der Hauptorganisationen der jüdischen Wohlfahrtspflege - der ZWST, des JFB, des DIGB, der Großloge, des Arbeiter- Fürsorge-Amtes, der Kinderhilfe usw. – teil. Zudem beteiligten sich Abgesandte aus Deutsch-Österreich, der Tschechoslowakei, der Schweiz, aus Holland, Schweden, England und Russland.

Die Tagung der jüdischen Wohlfahrtsverbände in Düsseldorf vom sechsten bis achten Juni 1926 widmete sich der Bekämpfung der speziellen jüdischen Wirtschaftsnot, deren Ursache hauptsächlich im jüdischen Berufsprofil ausgemacht wurde. Besonders betroffen waren während des Krieges zwangsweise nach Deutschland gebrachte jüdische Ausländer, denen

⁶⁵⁸ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 34, 1.

sich nun kaum Erwerbschancen boten. Die jüdische Fürsorge sah sich in der Folge mit einem massiven Anwachsen ihrer Aufgaben konfrontiert. An der Diskussion zu Hilfsmaßnahmen des In- und Auslandes beteiligte sich Bettina Brenner mit einem kritischen Beitrag zur Verantwortung deutscher Juden.⁶⁶⁰

Die Welthilfskonferenz strengte zudem Schritte an, um die Einwanderung Deutscher in solche Länder, welche über Arbeitsmöglichkeiten verfügten, zu erleichtern und unterstützte Bertha Pappenheims Initiative zur Schaffung einer Stelle, welche sich der Fürsorge für alle staatenlosen Mütter und Kinder annahm und sich der Bekämpfung der Tuberkulose unter den Juden und der Jugendkriminalität widmete.⁶⁶¹

Zwischen unvermeidlicher Professionalisierung sowie ehrenamtlicher Tätigkeit und privater Verantwortung taten sich in der jüdischen sozialen Arbeit deutliche Widersprüche auf. Das Gebot der Zedakah war einerseits ins Wanken geraten. Eine zentral organisierte Fürsorge, welche private Verpflichtung zur Hilfe aushöhlte, stieß andererseits auf den Widerstand des religiösen Judentums.

Dennoch erfolgte auch in der jüdischen Wohlfahrtsarbeit in den zwanziger Jahren der Übergang von der ehrenamtlichen zur berufsmäßigen Wohlfahrtsarbeit. Die Sozialarbeit, die sich jener in der Mehrheitsgesellschaft allgemeinen Grundsätze bediente, gewann infolge der wachsenden Probleme in der Gemeindefürsorge an Bedeutung.

Richarz beschrieb im Hinblick auf die zunehmende Unterbringung und Umschulung von Bedürftigen eine Mischung aus Hilfe und Herablassung auf Seiten bürgerlicher deutscher Juden gegenüber ostjüdischen Armen, welche die soziale Einstellung der allgemeinen bürgerlichen Wohlfahrtspflege jener Zeit kennzeichnete.⁶⁶²

3.2 Die sozialen Antworten des Jüdischen Frauenbundes auf die neuen Bedingungen

Die gesellschaftliche Stellung der Frau erfuhr in der Weimarer Republik infolge der Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen eine entscheidende Aufwertung: Ihnen stand nun der Weg in Parteien und politische Institutionen offen, wenngleich sie in diesen unterrepräsentiert blieben. Darüber hinaus wurde für Beamtinnen das Zölibat aufgehoben. Somit sah sich die bürgerliche Frauenbewegung mit neuen Rahmenbedingungen konfrontiert.

⁶⁵⁹ Vgl. dazu Felix Goldmann: Rabbiner und soziale Arbeit. In: GBIRG 5 (1929) 35, 1 f.

⁶⁶⁰ Brenner kritisierte, dass in Holland mit übertriebenen Darstellungen der Lage der deutschen Juden um Spenden geworben wurde. Die Versammelten stellten einhellig fest, dass ausländische Hilfen in Deutschland überflüssig seien, wenn die Begüterten ihren Anteil beisteuerten. Vgl. Bettina Brenner: Die Hilfsaktion für die Juden Deutschlands.

⁶⁶¹ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 13, 2.

⁶⁶² Vgl. Richarz 132

In ihrem Bemühen um öffentliche Akzeptanz nicht nur in den jüdischen Gemeinden sondern auch der Mehrheitsgesellschaft und aufgrund ihrer komplementären Geschlechterauffassung hielt der JFB dennoch an der Forderung fest, die gesellschaftliche Emanzipation der Frauen durch ein aufopferndes Wirken für die moralisch-sittliche Verbesserung der Gesellschaft und das Erfüllen von gesellschaftlichen Pflichten zu erlangen. Darin stimmte der Verband mit den traditionellen Auffassungen des BDF überein; mit diesem teilte er zudem seinen Einsatz für den Wiederaufbau Deutschlands. Die Bewältigung neuer komplexer Probleme wie die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, die Bekämpfung der Tuberkulose, der Bedarf an Erholungsfürsorge und an Arbeitsplätzen sowie Ausbildungsmöglichkeiten für infolge der veränderten wirtschaftlichen Situation nach dem Krieg auf Erwerbsarbeit angewiesene Frauen, standen im Vordergrund.

Der JFB entwickelte sich in den zwanziger Jahren zur größten Organisation der jüdischen Frauenbewegung im gesamten deutschsprachigen Raum.⁶⁶³ 1923 gehörten dem Bund 230 Frauenvereine, elf Ortsgruppen, fünf Landesverbände und insgesamt 45.000 Frauen an. Vier Jahre später, 1927, wurden sogar 430 Mitgliedsvereine und etwa 50.000 Mitglieder gezählt. Dies entsprach etwa einem Fünftel aller erwachsenen jüdischen Frauen.⁶⁶⁴ Der Verband konnte somit auch während der zwanziger Jahre weitere lokale Frauenvereine für den Bundesgedanken gewinnen und die Bildung neuer Ortsgruppen initiieren.⁶⁶⁵

Die Mitglieder gehörten auch in den Jahren der Weimarer Republik überwiegend dem mittleren Bürgertum an. In der Regel handelte es sich um nicht erwerbstätige akkulturierte Hausfrauen, welche eine totale Assimilation ablehnten und sich ihren Religionsgemeinden eng verbunden fühlten.⁶⁶⁶ Alle zwei Jahre kamen die Vertreter der Mitgliedsvereine zu Delegiertenversammlungen zusammen.

In ihren Positionen stimmten die meisten Mitglieder mit denen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens überein. Allerdings gewannen zunehmend zionistische Auffassungen an Bedeutung, sie wurden aber weitgehend unterdrückt, da die liberalen Mitglieder das Judentum als religiöse und kulturelle Gemeinschaft verstanden und alle nationalen

⁶⁶³ In den zwanziger Jahren gehörte ihm ein Viertel aller deutschen Jüdinnen über 30 Jahre an. Vgl. Malleier 2005, 96.

⁶⁶⁴ Die deutsche Frauenbewegung erfasste dagegen nur etwa 0,7 Prozent aller Frauen über 18 Jahre. Vgl. Kaplan 1981, 24 und Wronsky 1999, 21.

⁶⁶⁵ Den Landes- und Provinzialverbänden des JFB oblag es, für das Profitieren der Mitgliedsvereine von der Verbandsorganisation zu sorgen. Die Ortsgruppen, welchen es teilweise nicht gelang, ein ähnlich effizientes Wirken wie ihre Mitgliedsvereine zu entwickeln, zahlten wie die Mitgliedsvereine auch, Beiträge an die Bundeskasse. Vgl. dazu weiter Brenner 1929 a, 6 f.

⁶⁶⁶ Vgl. dazu Kaplan 1981, 37.

Selbstständigkeitsbestrebungen ablehnten.⁶⁶⁷ Zunehmende Rückbesinnung auf das Judentum, die Orientierung auf Gemeinschaftsinteressen und die Suche nach jüdischer Identifikation verdrängten schrittweise die Intoleranz gegenüber dem Ostjudentum und die Zurückweisung des Zionismus. Der Verband thematisierte erstmals 1920 die Förderung des Aufbaus Palästinas und unterstützte zudem Frauenprojekte vor Ort.⁶⁶⁸ Ein Jahr später, 1921, schlug sich dies in einem neuen Punkt im Programm des JFB nieder.⁶⁶⁹

Anfang der zwanziger Jahre definierte der Bund, ausgehend vom Verständnis der Frauenrolle mit der Betonung von sozialer Arbeit und weiblicher Solidarität, umfassende Ziele im Kampf um Frauen-, Mädchen- und Kinderrechte, um einen typisch weiblichen Beitrag zur Volkserziehung, Jugend- und Familienpflege zu leisten. Darüber hinaus trat der Verband für die Frühehe und einen leichteren Zugang von Frauen und Mädchen zum Erwerbsleben ein. Aufgrund der gesundheitsgefährdenden Not der Nachkriegszeit definierte der JFB die Bekämpfung der Volkskrankheiten als besondere Aufgabe. Bei allen sozialen Aktivitäten des Frauenbundes spielte zugleich immer die Abwehr des Antisemitismus, dem präventiv entgegenzuwirken sollte, eine Rolle. In diesem Kontext entfaltete der JFB Maßnahmen zu Stärkung des jüdischen Gemeinschaftsbewusstseins und der Pflege sowie identitätsstiftender Ausgestaltung jüdischer Tradition. Der Verband kooperierte mit anderen jüdischen, aber auch interkonfessionellen Verbänden. Infolge der judenfeindlichen Atmosphäre in der Gesellschaft erschienen der Kampf gegen alle Formen des Antisemitismus und zugleich die Ausformung jüdischer sozialer und nationaler Kulturaufgaben durch die jüdisch-deutschen Frauen als Notwendigkeiten.

Ein Hauptanliegen des von Bertha Pappenheim geführten Bundes bestand in der Reform jüdischer Wohltätigkeit in Richtung moderne Sozialarbeit, welche sozial vorbeugende und nachgehende, in erster Linie aber Existenz schaffende Fürsorge sein sollte.⁶⁷⁰

Obleich der JFB in der Weimarer Republik seine Zusammenarbeit mit konfessionellen und interkonfessionellen Verbänden, insbesondere dem BDF, fortsetzte, richteten sich infolge der Zurückweisungserfahrungen während des Krieges seine Aktivitäten nunmehr fast exklusiv auf die jüdischen Angelegenheiten in den Gemeinden, danach erst auf den Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen ostjüdischer Frauen und die Kooperation mit der deutschen Frauenbewegung. Hierbei gewannen besonders bevölkerungspolitische Fragen an Relevanz.

⁶⁶⁷ Pappenheim kritisierte die fehlende Beachtung der Frauenfrage, die Vernachlässigung der Religion und befürchtete zudem, dass der Zionismus dem Antisemitismus Angriffsfläche bieten würde.

⁶⁶⁸ Vgl. Kaplan 1981, 123.

⁶⁶⁹ Vgl. Caro 1957, 3.

⁶⁷⁰ Vgl. Weltkongreß [sic] jüdischer Frauen 1923, 61 f.

Der JFB nahm mehr und mehr Abstand von einem Aufgehen in der deutschen Gesellschaft und folgte damit in Ansätzen einem Dissimilationstrend.⁶⁷¹ Die Frauen konnten sich dem zunehmenden Konflikt zwischen Judentum und Deutschtum nicht entziehen und erlebten die Chancenlosigkeit ihres Bemühens um gleichwertige Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Ihr schrittweiser Rückzug ermöglichte allerdings auch die Aufstellung eigener Normen.⁶⁷²

So spielten bei der Identitätssuche die für die Gemeinschaft erbrachten Leistungen eine wachsende Rolle. Dies wurde zum Ausgangspunkt der Forderungen des JFB nach erleichtertem Zugang jüdischer Frauen und Mädchen zum Erwerbsleben, nach gleichwertiger Mitarbeit der Frauen in der jüdischen Gemeinde und bei der jüdischen Erziehung.⁶⁷³

Wie Kaplan konstatierte, verstanden sich jüdische Frauen selbstverständlich als „Förderinnen von Modernität und Tradition, von Integration und Anderssein“. Sie verknüpften die Renaissance des Judentums und das deutsch-bürgerliche Verhalten in einer spezifischen ethnischen Kultur und entsprechendem Sozialleben und verflochten die Integration in die Mehrheitskultur mit der Stärkung jüdischer Kultur.⁶⁷⁴

Vom Bündnis mit dem BDF versprachen sich die jüdischen Frauen Unterstützung gegen den Antisemitismus, so 1919, als in Leipzig eine antisemitische Frauenorganisation ins Leben gerufen werden sollte. Allerdings mehrten sich auch in den Reihen des BDF antisemitische Stimmen, und die Akzeptanz des JFB beruhte auf einer augenscheinlichen Verleugnung seines Jüdisch-Seins.

Zum wachsenden inhaltlichen Dissens mit dem BDF trug zudem bei, dass sich führende Vertreterinnen des JFB zum Pazifismus bekannten und die Friedensbewegung unterstützten, was der BDF strikt abgelehnte.⁶⁷⁵

National gesinnte und rechtsgerichtete Frauenvereine vertraten eine zunehmend antisemitisch motivierte Ablehnung von Internationalismus und Pazifismus im BDF.⁶⁷⁶ 1920 versuchte der antisemitisch orientierte und der DNVP nahestehende Reichsverband Landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine, den Einfluss von Jüdinnen im BDF zu unterbinden.

Erlebten jüdische Frauen in der Mehrheitsgesellschaft eine wachsende Ausgrenzung, die sie auf die eigene Gemeinde zurückwarf, fanden sie in dieser wiederum für Frauen eine

⁶⁷¹ Vgl. Steer 2005, 108.

⁶⁷² Vgl. Zum Prozess der Dissimilation der Juden in der deutschen Kultur vgl. Traverso 1997, 102 f.

⁶⁷³ Vgl. Kaplan 1981, 123.

⁶⁷⁴ Vgl. Kaplan 1992, 60.

⁶⁷⁵ Sie verknüpften die Mutterschaft der Frau mit deren Willen zum Frieden. Vgl. Konz 2005, 94.

⁶⁷⁶ Alice Salomons Teilnahme am Nachkriegstreffen des Frauenweltbundes 1920 hatte eine langwierige Auseinandersetzungen mit dem BDF zur Folge. Vgl. dazu Dürkopf 1994, 144 und Hönig 1994, 20.

Geschlechterzuschreibung vor, welche deren veränderter gesellschaftlicher Rechtslage und Stellung nicht mehr entsprach. Ausgehend vom Frauenwahlrecht der Republik mobilisierte der Frauenbund nun auch für den Kampf um das aktive und passive Wahlrecht für Frauen in den jüdischen Gemeinden. Diese radikalste Forderung des JFB, welche Bertha Pappenheim bereits während des Kaiserreichs artikuliert hatte, fand nicht bei allen Mitgliedern Unterstützung und Verständnis.

Das soziale und fürsorgerische Engagement seiner Mitglieder zur Legitimation heranziehend, argumentierte der Bund mit der Notwendigkeit der Einbeziehung der Frauen in die Regelungen der Gemeindeangelegenheiten. In der Auseinandersetzung um die Einführung des Frauenwahlrechts berief sich der JFB auch auf ein Gutachten des konservativen Rabbiners Nehemia Nobel aus dem Jahre 1919, welches erstmals die religionsgesetzliche Unbedenklichkeit des Frauenwahlrechtes feststellte.⁶⁷⁷

Zeitgleich wurden diesbezügliche Debatten in den christlichen Gemeinden geführt und seit 1923 verfügten schließlich Frauen in den evangelischen Gemeinden über das Wahlrecht.

In Sachsen, Bayern, Frankfurt a.M., Braunschweig und einigen kleinen Gemeinden verwirklichte der JFB bis 1924 seinen Anspruch auf das Frauenwahlrecht. In diesem Jahr wurde eine Stimmrechtswoche mit zahlreichen Kundgebungen in allen Teilen der Republik veranstaltet.⁶⁷⁸

In den zwanziger Jahren schlug sich der Generationskonflikt, welcher in unterschiedlichen Auffassungen der Frauenrolle, des Geschlechterverhältnisses und der Sexualität wurzelte, und abweichende emanzipatorische Ziele zur Folge hatte, im JFB – ebenso wie im BDF – in einem wachsenden Nachwuchsproblem nieder. Infolge der drastisch gewandelten Lebensverhältnisse schlossen sich junge kinderlose und unverheiratete Frauen kaum noch dem Bund an. Sie gingen in der Regel einer Erwerbstätigkeit nach, studierten und organisierten sich in den gemischtgeschlechtlichen Berufs- oder Jugendorganisationen.

Aus den sich veränderten Geschlechterrollen resultierte ein Abwenden von traditionellen, die geistige Mütterlichkeit bemühenden, frauenbewegten Initiativen. Der JFB hielt dennoch an der Geschlechterdifferenz als Grundlage seiner Emanzipationsauffassungen fest und konservierte die Terminologie der geistigen und sozialen Mütterlichkeit.

⁶⁷⁷ Der JFB veranstaltete im März 1924 eine Stimmrechtswoche mit agitatorischen Versammlungen in einer Reihe von Gemeinden, an denen u.a. Bertha Pappenheim und Leo Baeck teilnahmen. Im Februar 1925 konnten jüdische Frauen in Berlin bei den Wahlen zum Preußischen Landesverband Jüdischer Gemeinden zum ersten Mal ihr aktives und passives Wahlrecht in Anspruch nehmen.

⁶⁷⁸ Vgl. dazu GBIRG 3 (1924) 15, 185.

Zwischen der älteren frauenbewegten Generation, welche auf der Basis ihrer finanziellen Unabhängigkeit in der sozialen Arbeit im Interesse der weiblichen Emanzipation Berufung und Ehrenamt sah, definierte die auf Einkommen angewiesene nachwachsende Frauengeneration soziale Arbeit als Erwerbsarbeit, deren Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu problematisieren waren.

Dass viele Frauen nunmehr darauf angewiesen waren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und hierfür eine Berufsausbildung anstrebten, stellte für den JFB eine neue Herausforderung dar. Die zur Vermittlung erwerbsbeschränkter Frauen und Mädchen eingerichteten lokalen Arbeitsnachweise dienten zugleich als präventives Mittel gegen Armut und Prostitution.

Vornehmlich im Sinne der jüdischen Bevölkerungspolitik setzte sich der JFB unter Federführung von Bertha Pappenheim seit Beginn der zwanziger Jahre für die Anerkennung unehelicher Kinder ein und griff damit ein in der jüdischen Gemeinschaft weitgehend tabuisiertes Thema auf, was vor allem mit den orthodoxen Frauen zum Dissens führte.⁶⁷⁹ Zielgruppe der Integrationsversuche des JFB waren jene in der Regel ihrem Schicksal überlassen Mütter und Kinder der Mittelschicht.⁶⁸⁰

Zudem trat der JFB für eine Weltsammelvormundschaft zum Schutz und der Erziehung jedes jüdischen Kindes, unabhängig von dessen Staatszugehörigkeit, durch die jüdische Gemeinschaft ein.

Auch die Rabbiner erkannten in den zwanziger Jahren die erzieherische und schützende Verpflichtung der jüdischen Gemeinschaft für uneheliche Kinder an. Unberührt davon blieben ledige Mütter weiterhin stigmatisiert und vom Mutterschutz ausgeschlossen.⁶⁸¹ Wie andere konfessionelle Vereine vertrat der JFB auf der anderen Seite die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches.⁶⁸²

Die Freigabe von Kindern zur Adoption unterlag in Form eines gesundheitlichen und sittlichen Auswahlverfahrens der Eltern einer rigiden Kontrolle durch den JFB. Prestel konstatierte, dass der Verband in dieser Hinsicht eugenische Vorstellungen von der Vererbbarkeit moralischer Minderwertigkeit vertrat und die Unterbringung neugeborener unehelicher Kinder in Familien verhinderte.⁶⁸³

⁶⁷⁹ Vgl. Kreuzberger 1961, 254 ff und Pappenheim 1927 in Heubach 1994, 92.

⁶⁸⁰ Seit dem 20. Jahrhundert wurden in klein- und mittelbürgerlichen Schichten uneheliche Mütter abgewertet und meist ausgeschlossen.

⁶⁸¹ Vgl. dazu Prestel 2000.

⁶⁸² Vgl. Karminski 1928, 22.

⁶⁸³ Vgl. dazu Prestel 2000, 361.

Trotz Arbeitskräftenachfrage im jüdischen Milieu blieb infolge von Abwertung und Stigmatisierungsprozessen in den kleinbürgerlichen und kleinstädtischen Mittelschichten die Arbeitsintegration unehelicher Mütter mangelhaft.⁶⁸⁴

Im Zentrum der Hilfen des JFB stand dessen von Bertha Pappenheim geleitetes Heim in Isenburg. Prestel charakterisierte das Bewahren der Insassinnen vor den Gefahren der Männerwelt und politisch linksgerichteten Bewegungen als ‚fürsorgliche Belagerung‘. Koedukative Versuche und jegliche gemeinsame Veranstaltungen von Jungen und Mädchen waren in der von Bertha Pappenheim geführten Einrichtung undenkbar.

Die betreuten Kinder, Mädchen und Frauen, galten als erblich oder durch ‚eigene oder fremde Schuld krank an der Seele, befleckt am Körper‘, weshalb ihr ‚Ausschluss aus der Gesellschaft eine Zeitlang nötig‘ schien.

In das Heim in Isenburg wurden ‚Stiefkinder des Schicksals‘: gefährdete weibliche Jugendliche, fürsorgebedürftige Schülerinnen, Schwangere, Mütter, Säuglinge und Kleinkinder aus dem gesamten Reich eingewiesen.⁶⁸⁵

Die untergebrachten, meist einem kleinbürgerlichen Milieu entstammenden Mütter, kamen vorwiegend aus Mittel- und Kleinstädten, aber auch aus dörflichen Gegenden.

Für längere Zeit aufgenommene Frauen unterlagen einer strengen Kontrolle, die Prestel als ‚kontrollierende Aufsicht‘ bezeichnete.⁶⁸⁶ Die Mütter wurden zum Stillen verpflichtet, wobei sich die Möglichkeit des Zusammenseins von Mutter und Kind zugleich allein auf die Stillzeit beschränkte. Die Mütter erhielten eine hauswirtschaftliche Ausbildung und wurden in Arbeit vermittelt.

Prestel kommentierte die vorgegebene Lebensweise der Heiminsassen als regelrecht asketische: über die strengen Regelungen zu Ordnung und Körperpflege und die Verbote des Rauchens und Trinkens hinaus blieb jeglicher Aspekt von Ästhetik oder Wohlfühlen aus dem Heimalltag ausgeschlossen.

Die Sexualität der Mädchen und Frauen unterlag einer strengen Kontrolle, indem sie von Jungen und Männern fern gehalten wurden. In der erzieherischen Einflussnahme spielte das Identitätsstiftende im Judentum eine entscheidende Rolle.

Wie Prestel zeigte, konnte die nicht unproblematische, rigide und kontrollierende Erziehung in Neu-Isenburg zur psychischen Schädigung der Insassinnen führen.⁶⁸⁷ Zudem erwies sich

⁶⁸⁴ In proletarischen Verhältnissen erhielten uneheliche Mütter eher Unterstützung.

⁶⁸⁵ Vgl. Karminski 1928, 20.

⁶⁸⁶ So wurde der Briefwechsel zensiert und Angehörigenkontakte nur 14tägig gestattet. Vgl. Prestel 1994 b, 86 und 100.

⁶⁸⁷ Vgl. Prestel 1994 b, 88.

die gesellschaftliche Eingliederung nicht selten als mangelhaft, wofür Pappenheim völlig unkritisch den Charakter der Mädchen verantwortlich machte und Erziehungsmethoden nicht überprüfte.

Schon seit 1912 erfolgte eine regelmäßige psychiatrische Beobachtung von Zöglingen. Prestel resümierte, dass trotz sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Bedingungen Neu-Isenburg für Frauen den „Rettungsanker“ darstellen konnte, wenn sie sich den Regeln unterwarfen.⁶⁸⁸

Die Zahl illegitimer Kinder war bei Juden bedeutend geringer als bei Nicht-Juden, da christliche Kreise uneheliche Kinder leichter akzeptierten. Daran, dass unter den Juden junge Mütter und ihre außerehelich geborenen Kinder zunehmend weniger verurteilt wurden, hatte der JFB einen wesentlichen Anteil.

Jüdische Pflegestellen gab es kaum, so dass die 1926 gegründete Zentralstelle für jüdisches Pflegestellenwesen und Adoptionsverwaltung als Anreiz einen Zuschuss zu den städtischen Pflegegeldern zahlte, um Familien zu gewinnen.⁶⁸⁹

Nach dem Rücktritt von Bertha Pappenheim wurde auf der Erfurter Delegiertentagung 1924 Bettina Brenner einstimmig zur ersten Vorsitzenden des JFB gewählt.⁶⁹⁰ Wegen dieser Aufgabe verlegte Bettina Brenner 1924 zunächst ihren Wohnsitz von Leipzig nach Berlin.

Bettina Brenners Hauptanliegen bestand in der Fortführung der traditionellen Verknüpfung von Frauenemanzipation und sozialem Engagement. Sie forderte kategorisch dazu auf, neben den als selbstverständlich geltenden Rollen der Frau als Gattin, Hausfrau und Mutter, auch Kraft und Zeit für die Gemeinschaft aufzubringen.⁶⁹¹

Im gleichen Jahr erfuhr das überarbeitete Programm des JFB eine Erweiterung seiner Zielsetzungen um die Förderung von Arbeiten zum Aufbau Palästinas. Unterstützt wurden allerdings nur solche Projekte, welche Frauen in Palästina sozial, beruflich oder bildend zugute kamen. So entstanden mit Hilfe und Förderung des JFB Ausbildungseinrichtungen für Mädchen und junge Frauen in Palästina, um deren Chancen auf ökonomische Unabhängigkeit zu verbessern. Von der jüdisch-nationalen Aufbauarbeit distanzierte sich der JFB weiter.⁶⁹²

⁶⁸⁸ Prestel legte dar, dass die finanziellen Schwierigkeiten des Heimes aus gesellschaftlichen Vorurteilen gegen die Bewohnerinnen, aber darüber hinaus auch aus eingeschränkter und autoritären Auffassungen Pappenheims resultierten. Dies. 1994 b, 89.

⁶⁸⁹ In den zwanziger Jahren waren jüdische Ehepaare eher zur Adoption als Pflege bereit. Vgl. dazu Prestel 1994 B, 95.

⁶⁹⁰ Vgl. LJZ 3 (1924) 48, 5.

⁶⁹¹ Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 12, 5.

⁶⁹² Vgl. dazu Vowinkel, Borowicz 2004, 32.

Die gewachsene Toleranz gegenüber dem Zionismus innerhalb des JFB belegte schließlich 1925 die Wahl der Zionistin und Ärztin Rahel Strauss in den Vorstand.⁶⁹³

In der Arbeit mit den Ostjuden dominierten die bürgerlichen Normen der deutschen JFB-Mitglieder, so dass die Bedürfnisse und die Lebensweise der ostjüdischen Minderheit wenig Beachtung fanden. Die Änderung der Berufsstruktur aufgrund der Ideologie des deutsch-jüdischen Bürgertums wurde auf ihre Kosten eingeleitet.⁶⁹⁴ Der JFB installierte dazu 1927 eine Kommission zur Förderung der hauswirtschaftlichen Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen. Ledige Mütter, Fürsorgezöglinge, Prostituierte, Pogromwaisen und mittellose Mädchen erhielten Berufsausbildungen, welche den Plänen der deutsch-jüdischen Schichten von beruflicher Umstrukturierung entsprachen. Die angestrebte jüdische Handwerker-, Bauern- und Dienstmädchenschicht folgte dem Ziel einer Rückkehr der Juden aufs Land, um zur Regenerierung der jüdischen Gemeinschaft beizutragen, den traditionellen jüdischen Familienzusammenhalt wieder herzustellen und die Geburtenquote zu erhöhen. Die Randgruppen wurden - so Prestel - zum Spielball der Ideologie und sollten, die Entartungserscheinungen der Moderne ausgleichen. Nach Prestel wurden diese mittellosen Mädchen zu Objekten der bürgerlichen Frauenbewegung, welche ihre Wohltätigkeitsbestrebungen seit der Jahrhundertwende auf diese ausrichteten.

Mädchenklubs und -heime dienten dazu, Mädchen und Frauen der Unterschicht vor den Gefahren der Großstadt, insbesondere der Prostitution, zu bewahren.

Der JFB propagierte den Gedanken jüdischer Jugendheime insbesondere für Mädchen zur Schaffung von Betätigungsmöglichkeiten und der Entfaltung ihrer weiblichen Kräfte.⁶⁹⁵

Prestel konstatierte, dass zum Beispiel die Mädchenklubs Klassenunterschiede unterstrichen, was der Wohltätigkeit der Mittelschicht entsprach, welche den unterstützten Mädchen keinesfalls ein Gefühl der Gleichwertigkeit vermittelt wollte - wenn auch bereits 1914 Paula Ollendorff⁶⁹⁶ gefordert hatte, dass sich in den Mädchenheimen, Klassen näherkommen sollten, was dies keinesfalls als ein „Gleichmachen“ zu verstehen.

⁶⁹³ Rahel Strauss, eine der bedeutendsten Frauen des JFB, wurde aufgrund ihres zionistischen Bekenntnisses zunächst nicht in den Vorstand gewählt, wodurch innerverbandliche Konflikte aufbrachen. Vgl. dazu Vowinkel, Borowicz 2004, 34.

⁶⁹⁴ Vgl. dazu Prestel 2000, 366 f.

⁶⁹⁵ Vgl. Karminski 1928, 22.

⁶⁹⁶ Paula Ollendorff (1860-1938) lebte in Breslau, vertrat das liberale Judentum und war 1910 bis 1938 Vorstandsmitglied, seit 1929 stellvertretende Vorsitzende des JFB. 1927, 1932 und 1936 unternahm sie Vortragsreisen in die Vereinigten Staaten und referierte zu sozialer Arbeit. Sie war u.a. auch Mitglied des Central-Vereins. Vgl. dazu Kaplan 1981, 144.

Prestel charakterisierte ferner die jüdische Wohlfahrtspflege bis in die Weimarer Republik als „praktisches Judentum“ und „fürsorgliche Belagerung“.⁶⁹⁷ Sie zeigte, dass sich unter dem Einfluss des Zionismus, den allgemeinen Reformen in der nichtjüdischen Umwelt, von Eugenik, Rassenhygiene, Bevölkerungspolitik, Frauen- und Jugendbewegung Methoden und Rhetorik in Bezug auf Randgruppen veränderten, wobei Elemente „fürsorglicher Belagerung“ fortbestanden. Die Entwicklung der bürgerlich-jüdischen Wohltätigkeit zur modernen Sozialarbeit verlief ambivalent infolge der Verweigerung fortschrittlicher Einflüsse durch Kreise der jüdischen Gesellschaft.

Anliegen der Zionistinnen war in den zwanziger Jahren eine Rückkehr zur Zedakah: Krieg und Pogrome hatten die Verknüpfung des einzelnen Juden mit dem Schicksal der gesamten Judenheit verdeutlicht und eine internationale Antwort bei Einbeziehung aller ideologischen Richtungen notwendig gemacht - die Geschlechterrollen spielten dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Der dramatische Geburtenrückgang und vermehrte Assimilationserscheinungen führten Ende der zwanziger Jahre im bevölkerungspolitischen Diskurs des JFB zur Thematisierung der Integration von Randgruppen.

Die Gründung von Horten und Kindergärten vor allem für ostjüdische Kinder, diente somit zugleich als Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus.

Bereits 1922 hatte Bertha Pappenheim die Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Juden gegründet. Die JFB-Kommission für Tuberkulosefürsorge betrieb Aufklärungsarbeit. 1922 verbreitete sie ein Flugblatt „Was alle Kinder wissen müssen“, welches in Schulen, Fürsorgestellen, Heimen und Familien verbreitet wurde. Bettina Brenner machte sich als Vorsitzende des JFB in den zwanziger Jahren - ebenso wie zuvor Bertha Pappenheim - um die Tuberkulosefürsorge des JFB verdient. Sie forderte neben den kommunalen Einrichtungen die Zusammenarbeit von Familienfürsorge, Schulpflege, nachgehender Fürsorge, Horten und Kindergärten in Arbeitsgemeinschaften zur Ermittlung von Kranken und Gefährdeten. Explizite Aufgabe der Frauenvereine war die Verbesserung der Wohnungshygiene und der Ernährung der Unterschichten. Brenner schrieb: „Speziell bei ausländischen Juden treten diese Mängel in Erscheinung. Dazu herrscht hier vielfach Scham, auch Misstrauen gegen alles, was deutsche Behörden bedeutet. Dann ist als Übergang zur interkonfessionellen Betreuung durch die Tuberkulosefürsorgestellen die Arbeit von jüdisch-wohlfahrts-

⁶⁹⁷ Vgl. dazu Prestel 2000, 373.

pflegerischer Seite Erfordernis.“⁶⁹⁸ Die Frauenvereine konnten vorrangig Sachhilfen, wie Betten, Koch- und Essgeschirr, Wäsche und Reinigungsmittel zu Verfügung stellen und darüber hinaus Ernährungsbeihilfen gewähren. Größere Religionsgemeinden wurde die Einstellung einer für die Tb-Arbeit qualifizierten Fürsorgeschwester, kleineren die Zusammenarbeit der jüdischen Familienfürsorgerin oder Fürsorgeschwester mit einem Arzt empfohlen. Brenner verwies darauf, dass die Reichsfürsorgepflichtverordnung in den Ausführungsbestimmungen der Länder Ausländer benachteilige und unterstrich die Notwendigkeit der medizinischen Prävention. Die allgemeinen Tb-Fürsorgestellen standen der jüdischen Bevölkerung gleichberechtigt zur Verfügung. Als notwendig wurde eine Einrichtung für jüdische Kinder und Jugendlichen empfunden. In den üblichen Heimen erhielten die jungen Patienten keinerlei Beschäftigung und Betreuung über die medizinische hinaus. Deshalb forderte Brenner ein „kleines Heim“, „in dem die Kinder nicht nur gesund gepflegt, sondern auch gesund erzogen und herangebildet werden“ sollten.⁶⁹⁹

Der JFB veranstaltete 1924 eine Sammlung für eine solche Einrichtung und suchte zunächst im Mittelgebirge und am Meer nach einem geeigneten Objekt, in welchem die jüdischen Frauen das „sozialpädagogisch-mütterliche“ in die Tb-Arbeit hineinbringen konnten.⁷⁰⁰

Bettina Brenner sprach auf der Tagung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden in Düsseldorf im Juni 1926 zu den „Zukunftsaufgaben der jüdischen Tuberkulosefürsorge“.⁷⁰¹

1923 bis 1925 wurde der Hamburger Kinderheilstätte in Wyk auf Föhr eine jüdische Abteilung angegliedert, welche etwa 300 Tb-gefährdete Kinder aus allen Teilen Deutschlands aufnahm. 1924 wurde in ganz Deutschland eine Sammlung für die Einrichtung einer eigenen Heilstätte durchgeführt. Durch Zuschuss des Reiches wurde 1926 in Wyk ein eigenes Haus erworben, welches nach Umbauarbeiten 1927 eröffnet wurde. Für jeweils achtwöchige Aufenthalte wurden 36 Kinder und weibliche Jugendliche aufgenommen. 1928 kamen neun weitere Betten hinzu. Die aufgenommenen Kinder und jungen Mädchen erfuhren nach ihrem Aufenthalt nachgehende Fürsorge. Neben dem JFB-Arbeitsausschuss für das Heim bestand ein Kuratorium, geleitet von der Bundesvorsitzenden, dem Vertreter anderer jüdischer Organisationen, u.a. der ZWST sowie sachverständige Einzelpersonen angehörten. Diese ermöglichten u.a. einen Freistellenfonds. Das Heim widmete seine Aufmerksamkeit nicht nur dem medizinischen Heilungsprozess sondern auch sozialpädagogischen und sozialhygienischen Aufgaben.

⁶⁹⁸ Vgl. dazu Brenner 1926, 48.

⁶⁹⁹ Vgl. ebenda.

⁷⁰⁰ Vgl. Brenner 1926, 49.

⁷⁰¹ Vgl. GBIRG 2 (1926) 26, 2.

Nach dem Krieg rangierte im JFB die präventive Schutzarbeit in Form der Gefährdetenfürsorge noch vor der „Rettung gefallener Mädchen“. Bereits seit 1918 war Pappenheim Mitglied des Deutschen Ausschusses für Gefährdetenfürsorge, welcher 1922 das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorbereitete. In Osteuropa verlagerte der JFB den Schwerpunkt seines Engagements auf Präventionsangebote für Gefährdete, primär auf die Erziehung junger Frauen und Mädchen.⁷⁰²

1924 hatte im Rahmen der Erholungsfürsorge die Kinderverschickung, wie Kaminski einschätzte „in einer fast bedrohlichen Weise überhand genommen“. In der Folge legte im Herbst 1924 die Delegiertentagung des JFB medizinisch und sozialpädagogisch begründete Richtlinien fest. In zwanzig jüdischen Gemeinden erfolgte eine Zentralisierung der Erholungsfürsorge mithilfe des Anlegens einer Kartothek als Arbeitsmittel für die örtlichen Entsendestellen und die nachgehende Fürsorge, um so eine planmäßige Belegung der Erholungsheime zu gewährleisten.

Ein neues Erholungsheim richtete der JFB 1926 für berufstätige Frauen und Mädchen im Ostseebad Niendorf ein.

Der JFB engagierte sich weiterhin in der offenen und geschlossenen Fürsorge von Kindern und Jugendlichen. Von Ortsgruppen und den angeschlossenen Vereinen wurden Mütter- und Säuglingsberatung, Säuglingsheime, Kindergärten, Horte und Mädchenklubs eingerichtet und betrieben. Hierbei wurde auch die Montessori-Pädagogik aufgegriffen.⁷⁰³ Vorträge, Aussprachen über Erziehungsfragen und Lektüre spielten in der Vereinsarbeit eine wesentliche Rolle. Die Selbsterziehung der jüdischen Frau im Rahmen des JFB zielte auf die Erhaltung und die Erziehung der jüdischen nachwachsenden Generation.

Da die Sozialarbeit durch die Zentralwohlfahrtsstelle koordiniert wurde, verlor der JFB in dieser Hinsicht seine Autonomie und Frauenfragen traten zudem in den Hintergrund.

1925 entstanden bei der ZWST mehrere Arbeitsgemeinschaften, in welchen der JFB mitarbeitete. So die Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Tuberkulosefürsorge“, in welcher auch die Großloge, der DIG und die Zionistische Vereinigung Deutschlands kooperierten und welche mithilfe eines „offenen Fonds“ Heilkuren bezuschusste, Heilstätten einrichtete und präventiv Aufklärungsarbeit leistete.

⁷⁰² Vgl. Heubach 1992, 253-258.

⁷⁰³ Vgl. dazu Kaminski 1928, 20.

In der Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Gefährdetenfürsorge“ wirkte der JFB ebenfalls mit den bereits genannten Organisationen, dem Hilfsverein deutscher Juden, dem Verein der Leiter und Leiterinnen jüdischer Erziehungsanstalten Deutschlands sowie den Sozialen Ausschüssen des Allgemeinen deutschen Rabbinerverbandes und des Verbandes der jüdischen Lehrervereine im Deutschen Reich zusammen. Frauen-, Mädchen- und Kinderschutz, Bahnhofshilfe, Gefangenen- und Straftentlassungsfürsorge, Psychopathenfürsorge sowie die soziale Geschlechtskrankenfürsorge waren Aufgabenfelder der AG.⁷⁰⁴

Ebenso gehörte der JFB neben der Großloge sowie deren Frauenverband der Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Erholungsfürsorge“ an. Das Ziel der AG bestand darin, die Erholungsfürsorge zu vereinheitlichen und zu rationalisieren, so dass durch die Landes- und Provinzialverbände die Auswahl und die Verschickung der Kinder erfolgten.

Vom 8. bis zum 10. Oktober 1923 führten die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Jüdische Frauenbund gemeinsam die Jüdische Erziehungskonferenz durch. Die im Verlaufe der Konferenz stattgefundenen Vortragsveranstaltungen folgten dem Grundanliegen der Erhaltung und Stärkung des Judentums. Dabei ging es auch um bevölkerungspolitische Fragen. So diagnostizierte Siddy Wronsky, den Geburtenrückgang seit dem Ersten Weltkrieg, vermehrte Nerven- und Geisteskrankheiten unter den Juden sowie einen Mangel an „natürliche[n] Fähigkeiten bei Mann und Frau“, einen „Niedergang des jüdischen Volkskörpers“. Die Ursache dafür sah sie in der jahrhundertelangen gesellschaftlichen Sonderstellung der Juden. Sie beschwor die jüdische „Bluts- und Schicksalsgemeinschaft“, wobei sie die Bedeutung der Religion als Bindeglied nicht zuletzt auch zwischen den Generationen hervorhob.⁷⁰⁵

Jacob Segall unterstrich in seiner Rede den Zusammenhang von soziologischen und erzieherischen Problemen. Neben den bereits thematisierten Belastungen des Judentums problematisierte er besonders die steigende Zahl von Mischehen als Bedrohung. Zudem hob er die Notwendigkeit der Berufsumschichtung sowie eine geeignete Berufswahl von Frauen hervor.⁷⁰⁶

Ausgehend von dem Bedarf an speziellen Arbeitsfeldern und –stellen für jüdische Frauen beschäftigte sich die Konferenz auch mit Fragen der Berufsberatung.⁷⁰⁷

Dabei wurde der den Vorstellungen vom Wesen der Frau entsprechende soziale Beruf hervorgehoben. Die Einsatzmöglichkeiten in der Hauswirtschaft und im Kindergarten wurden aufgrund der geringen Bezahlung nur bedingt in Betracht bezogen.⁷⁰⁸ Als empfehlenswert im

⁷⁰⁴ Vgl. dazu Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Hrsg. von ZWST der deutschen Juden 1928/29, 13.

⁷⁰⁵ Vgl. Wronsky 1924, 3 f.

⁷⁰⁶ Vgl. Segall 1924, 6 ff.

⁷⁰⁷ Vgl. Lemm begründete dies mit der besonderen psychischen Einstellung und Sensibilität jüdischer Mädchen und Frauen. Lemm 1924, 16.

⁷⁰⁸ Vgl. Lemm 1924, 16 f.

Hinblick auf eine Selbständigkeit galten vor allem handwerkliche Frauenberufe im Kunstgewerbe oder der einer Schneiderin. Unter den Berufen, welche ein Studium erforderten, erschien aufgrund der Nachfrage nur jener der Nationalökonomin als aussichtsreich.

Bereits seit 1919 bemühte sich der JFB um die internationale Aussöhnung und trat zudem schrittweise von seiner ablehnenden Haltung gegen den Zionismus zurück.⁷⁰⁹

Eine internationale Zusammenarbeit von Frauenorganisationen lehnte hingegen der BDF ab.

Diese Eigenständigkeit der jüdischen Frauenbewegung wurde angesichts der Ausgrenzung jüdischer Frauen und des christlichen Selbstverständnisses der interkonfessionellen Frauenbewegung immer wichtiger. Im Mai 1923 war der JFB auf dem ersten Weltkongress jüdischer Frauen in Wien vertreten, welcher auf Initiative von Rebekah Kohut und dem National Council of Jewish Women (NCJW) stattfand.⁷¹⁰ An der fünftägigen Veranstaltung nahmen insgesamt etwa 200 Frauen aus 20 Ländern teil.⁷¹¹ Ausgehend von den Emigrationsproblemen zielte der Kongress auf die Förderung der Solidarität und Zusammenarbeit jüdischer Frauen insbesondere in den traditionellen Bereichen von Armenpflege und Wohltätigkeit über territoriale und ideologische Grenzen hinweg.

Zur Bundespräsidentin wurde Kohut, zu ihrer Stellvertreterin Bertha Pappenheim bestimmt.

Neben der Emigrantenfrage stand die Not europäischer Juden zur Diskussion. Die Vorträge thematisierten zudem die Notwendigkeit des Weltkongresses, die Aufgaben der Frau in der Religionsgemeinde, die Erziehung der Jugend, den Frauen- und Mädchenschutz, die Kinderfürsorge, den Mutterschutz sowie die soziale Fürsorge. Hecht zeigte die Begrenzung der Sicht bürgerlicher Frauen, indem sie die Antwort auf die Arbeiterinnenprobleme auf Fürsorge und Mutterschutz beschränkte, Fragen der Prostitution und des Mädchenhandels sowie die Probleme ostjüdischer Frauen lediglich im Kontext von Frauen- und Mädchenschutz sowie Emigration betrachtet wurden.⁷¹² Der Kongress endete mit dem Beschluss von Resolutionen u.a. zum Aufbau Palästinas, zur Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Kultusgemeinde, zum Schutz von Mutter und Kinde, zur Kinderfürsorge, zur Erziehung junger Mädchen und zur Emigration und zum Mädchenhandel.

Der Weltkongress stellte eine Vernetzung und eine Neuorientierung des JFB her, welche ihm eine gewisse Ablösung vom BDF und der interkonfessionellen Frauenbewegung ermöglichte.

⁷⁰⁹ Vgl. dazu Steer 14.

⁷¹⁰ Der National Council of Jewish Women entstand als erste Dachorganisation jüdischer Frauen 1893 in den USA.

⁷¹¹ Auch Männer wurden zu Vorträgen über Emigration, Mädchenhandel und Kinderfürsorge eingeladen. Vgl. dazu Hecht 2005, 135.

⁷¹² Vgl. Hecht 2005, 134.

Dennoch offenbarte auch der Kongress Dissens, indem die US-Delegation die Palästina-Resolution durchsetzte, während die Nicht-Zionistinnen, welche sich als loyale Staatsbürgerinnen ihrer Herkunftsstaaten betrachteten, antizionistische Positionen bezogen.

Konsens bestand darin, dass praktische sowie religiöse Erziehung und Ausbildung von Mädchen wichtige Voraussetzungen für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Stellung als Frau und zur Erhaltung des Judentums darstellten;⁷¹³ darüber hinaus im Bemühen um die Krankenversicherung aller Juden, um die Gleichberechtigung ehelicher und unehelicher Kinder sowie um den Ausbau der Mutter- und Kinderfürsorge. Die Kongressteilnehmerinnen vereinbarten, die soziale Ausbildung von Frauen und Mädchen zu fördern. Ein Zentralkomitee sollte spezielle Vertreter organisieren, welche den Schutz emigrierender Frauen und Kinder übernahmen.⁷¹⁴

Im Sinne der gemeinsamen Verpflichtung aller jüdischen Frauen im Kampf um Frieden werteten die Teilnehmerinnen den Beschluss zur Gründung eines jüdischen Weltfrauenbundes und die Einberufung eines vorbereitenden Exekutivkomitees als Erfolg.

In der Zeit nach dem Weltkongress wuchs die Zahl der Zionistinnen in Deutschland, wiewohl die meisten JFB-Mitglieder den Zionismus weiterhin ablehnten, aber den Aufbau Palästinas unterstützten.⁷¹⁵

Der für 1925 geplante zweite Weltkongress fand erst 1929 in Hamburg statt und beinhaltete überwiegend soziale und wohlfahrtspflegerische Themen.⁷¹⁶

Aufgrund der finanziellen Not ehrenamtlich sozial engagierter bürgerlicher Frauen entstand 1927 einer JFB-Reisesteuerkasse, welche diesen Frauen Reise- und Erholungsmöglichkeiten bieten wollte. Dazu entrichteten Bundesmitglieder, die selbst über die Mittel zum Verreisen verfügten, eine selbst festgelegte Steuer.

Die Mitglieder der älteren Frauengeneration – insbesondere Bertha Pappenheim – die von der Berufung, der freiwilligen und unbezahlten Erfüllung der weiblichen Kulturaufgabe ausging, taten sich schwer mit der Verberuflichung sozialer Arbeit, welche nicht zuletzt mit tradierten Auffassung über den Weg der weiblichen Emanzipation kollidierte. Für eine bezahlte Arbeit konnten Frauen keine Emanzipation fordern, ebenso bildete diese Art der sozialen Arbeit nicht das Ideal eines Gegengewichts zur männlich materiell-technisierten Welt. Soziale Arbeit sollte nicht bezahlten Kräften überlassen werden, sondern gehörte zu den Verpflichtungen aller Gemeindemitglieder - Frauen sicherte sie zudem Mitspracherechte in der Gemeinde.

⁷¹³ Vgl. Hecht 2005, 141.

⁷¹⁴ Vgl. Weltkongreß [sic] jüdischer Frauen 1923, 133.

⁷¹⁵ Vgl. Hecht 2005, 148.

Freiwillige soziale Arbeit galt außerdem als ein Erziehungsmittel der Gemeinschaft. Durch Bezahlung befürchtete man eine reine Materialisierung der Arbeit und den Verlust des jüdischen Pflicht- und Verantwortungsbewusstseins.⁷¹⁷

Nach Pappenheims Auffassung wog die Professionalität beruflicher Kräfte die Nachteile eines entpersönlichten Apparates nicht auf. Sie favorisierte deshalb eine Ausbildung in Verbindung mit freiwilliger unbezahlter Arbeit. Noch 1927 kritisierte sie, dass Fürsorgearbeit teilweise zu einem Geschäft geworden sei.⁷¹⁸

Paula Ollendorff beschrieb soziale Arbeit als „Erziehung zu dem einen Ziel: Dem Menschen zu helfen, menschenwürdig zu sein und menschenwürdig zu leben, um Gott ähnlich zu werden [...] Für die Erziehung unserer heutigen Jugend bedeutet das, sie sollen gelehrt werden, nicht Almosen zu geben, sondern Hilfe zu bringen [...] Das ist die große Bedeutung sozialer Arbeit, dass sie den Boden, vielleicht den einzigen Boden bildet, auf dem die Gegensätze in unserer Mitte sich ausgleichen werden.“⁷¹⁹

Den Kampf gegen den Mädchenhandel und die Prostitution setzte der JFB in den zwanziger Jahren - nach Bertha Pappenheims Rückzug - nicht in gleicher Weise aber dennoch fort, hielt diesen nun aber von der nichtjüdischen Öffentlichkeit weitgehend fern.

Der Verband verstand die Bekämpfung des Mädchenhandels zugleich als Kampf gegen den Antisemitismus. Dazu arbeitete der JFB im Deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels mit und übernahm von diesem die jüdischen Fälle. Darüber hinaus kooperierte er mit der Jewish Association for the Protection of Girls and Women in London mit dem Ziel der Bildung eines internationalen Aktionskomitees.

Bertha Pappenheim engagierte sich unermüdlich und sprach am 6. Mai 1923 zum Thema „Schutz der Mädchen und Frauen - das Problem in allen Zeiten und Ländern“ im Rahmen einer vom Reichsminister des Inneren angeregten Sachverständigenkonferenz zum Mädchenschutz.⁷²⁰ Sie unterstrich, dass es sich um kein jüdisches Problem handele, konstatierte aber zugleich, dass die „christliche Gesellschaft“ den Mädchenhandel als ein jüdisches Problem und die westlichen Juden als eines der Ostjuden wahrnehme.⁷²¹

⁷¹⁶ Vgl. Ollendorff 1929, 229.

⁷¹⁷ Vgl. dazu auch Konz 2004, 27.

⁷¹⁸ Vgl. Pappenheim 1927. In: Heubach 1994, 94.

⁷¹⁹ Paula Ollendorff: Über soziale Arbeit. In: GBIRG 4 (1928) 52, 2.

⁷²⁰ Vgl. Pappenheim 1923. In: Heubach 1992, 257.

⁷²¹ Vgl. Pappenheim 1923. In: Heubach 1992, 255.

Im Oktober 1926 wandte sie sich an Bettina Brenner mit an die Association for the Protection of Girls an Women gerichteten Anträgen, um den neu gegründeten Polizeiverband für die Bekämpfung des Mädchenhandels zu gewinnen, besonders weil es den Juden an allen staatlichen Machtinstrumenten fehlte. Sie schrieb: „Diesen Antrag halte ich für sehr wichtig und würde wünschen, dass er von uns Juden käme, weil er deutlicher als irgendeiner beweist, dass es uns darum zu tun ist, den Händlern das Handwerk zu legen.“ Unzufrieden mit der Zusammenarbeit kritisierte sie dies im Dezember 1926 gegenüber Bettina Brenner, der Vorsitzenden des Frauenbundes, und forderte in diesem Zusammenhang eine Kommission für Gefährdetenfürsorge des JFB. Sie zog dabei in Erwägung, dass die Zentralwohlfahrtsstelle darauf Anspruch erheben würde.⁷²²

Bettina Brenner unterstützte den Vorschlag Pappenheims, eine Kommission für Gefährdetenfürsorge des JFB mit Sachverständigen anderer Organisationen als Trägerin der Arbeit ins Leben zu rufen. Gleichzeitig reagierte sie irritiert auf Pappenheims Vorhaltungen, die Arbeit des JFB gegen den Mädchenhandel käme nicht voran und forderte Bertha Pappenheim zur Unterstützung und zu konstruktiven Ratschlägen für die praktische Arbeit auf.⁷²³

Bertha Pappenheim kämpfte mit großem persönlichen Einsatz und Nachdruck darum, dass Nationen und Konfessionen die Geheimakten des Völkerbundes zum Mädchenhandel sichteteten und bearbeiteten.

Im April 1927 waren ihr beide Teile der Untersuchungsberichte der Kommission des Völkerbundes bekannt - obgleich der zweite ansonsten nur den Regierungen vorlag - und stellte fest, dass besonders dieser zweite Teil die Juden belastete.

So berichtete sie der jüdischen Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels im Juni 1927 in London, „was niemand hören wollte, [...] nämlich, dass wir Juden in der Angelegenheit der Bekämpfung des Mädchenhandels in Genf beim Völkerbund nicht so vertreten waren, wie es für uns wichtig und notwendig gewesen wäre. Die Teilnahme von Juden in allen Phasen der Praktiken des schändlichen Gewerbes ist, mit Ausnahme gewisser jüdischer Kreise, die davon nichts wissen wollen, weltbekannt.“⁷²⁴

Weder bei der Erhebung des Materials noch bei dessen Auswertung und der Berichterstellung waren Juden einbezogen. Bertha Pappenheim stellte fest, dass, da die Statistiken nur die Juden, nicht aber die Protestanten und Katholiken etc. getrennt erfassten, die Berichte die Juden verurteilen. Deshalb forderte sie, das Material zur Durchsicht, zur Überprüfung und zur

⁷²² Vgl. Pappenheim 1930, 15 f.

⁷²³ Vgl. Pappenheim 1930, 18.

⁷²⁴ Pappenheim 1930, 20.

Ergänzung bzw. Bearbeitung freizugeben.⁷²⁵ Pappenheim betonte die präventive Arbeit und forderte eine internationale Zusammenarbeit der Juden. Die Aufgabe der Frauenorganisationen sah sie in der Förderung der „Berufs-, Erziehungs- und Schutzfragen in Ländern unentwickelter Kultur“.⁷²⁶ Zudem forderte sie die Einrichtung eines Zentralbüros für internationalen Kinderschutz, eine Weltvormundschaft, und eine internationale jüdische Stelle als Aktionszentrum.⁷²⁷

Im Anschluss an den Londoner Kongress verbanden sich der JFB und der Jüdische Frauenrat Lettlands in Fragen des Mädchenschutzes und unterstrichen im Dezember 1927 Pappenheims Forderung nach einem ständigen internationalen jüdischen Aktionskomitee zur Vertretung der Interessen und zum Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen beiderlei Geschlechts nachdrücklich. Dabei legten Bettina Brenner und Paula Ollendorff für den JFB und Elsbeth Meyer-Neumann Minz für den lettischen Frauenverein der Jewish Association nahe, diese Aufgabe zu übernehmen, indem sie sich um geeignete Personen verschiedener Länder erweitern sollte.⁷²⁸

Siddy Wronsky kritisierte 1927 den JFB als eine Art „Kulturkreis“, „anregend, bereichernd, verknüpfend – kaum gestaltend in seinen Auswirkungen“. Sie bemängelte das Fehlen einer wirklichen Bewegung und einer Führerin wie Pappenheim, welche Aufgaben erkennen und erkämpfen könne.⁷²⁹

Im Hinblick auf die rechtliche Benachteiligung der Agunot⁷³⁰ kämpfte der Bund für die standesamtliche Trauung in Ergänzung zur rituellen und im Sinne der jüdischen Bevölkerungspolitik gegen Mischehen. Der Leipziger Rabbiner Felix Goldmann, Vertreter des Rabbinerverbandes, erkannte die Notwendigkeit der Reform der jüdisch-religiösen Gesetze, die Agunoth betreffend, an.⁷³¹

Generell vertrat der JFB auch in den Jahren der Republik ein Emanzipationskonzept welches auf dem Ausbau der weiblichen sozialen Arbeit basierte. Dabei wurde die Bindung der Frauen an die jüdische Religion und Gemeinschaft und der identitätsstiftende Charakter dieses Engagements für die Erhaltung und Stärkung des Judentums über die Grenzen der Gemeinde und Deutschlands hinaus betont.

⁷²⁵ Pappenheim 1930, 23.

⁷²⁶ Pappenheim 1930, 24.

⁷²⁷ Vgl. Pappenheim 1930, 25.

⁷²⁸ Vgl. Pappenheim 1930, 25 und 30 f.

⁷²⁹ Vgl. Wronsky 1999, 21.

⁷³⁰ Eine Frau, die von ihrem Mann geschieden war, galt als verheiratet, solange sie keinen Scheidungsbrief ihres Mannes erhielt. Kinder einer solchen Frau galten als illegitim und konnten keinen jüdischen Partner heiraten.

3.3 Ausbau und die Weiterentwicklung der Arbeit der Leipziger Ortsgruppe des JFB

Der Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes und dem mit ihr verbündeten Vereinen schloss sich 1919 der neu entstandene Schwesternbund der Leipzig Loge des U.O.B.B. an. Die Vereinsspitze der JFB-Ortsgruppe bewahrte zunächst ihre personelle Zusammensetzung. 1922 übernahm Bettina Brenner das Amt der Vorsitzenden, nachdem Bertha Levy ausgeschieden und verstorben war.⁷³² Im gleichen Jahr wurde Anna Neumann zweite Vorsitzende, Else Cohn sowie Hedwig Mathias ergänzten den Vorstand.⁷³³ Ausdrückliches Ziel der Ortsgruppe war es zu Beginn der zwanziger Jahre, „die jüdische Frauenwelt zu bewusstem Judentum und zu sozialer Arbeit, zu sozialjüdischen Interessen zu bringen und allmählich alle jüdischen Kreise, Frauen wie Männer, zu [...] geistigen Gesinnungsgenossen und damit zu [...] direkten und indirekten Mitarbeitern zu machen.“⁷³⁴

Die Leipziger Ortsgruppe des JFB agierte als Teil der Gesamtorganisation des JFB und gehörte dem Landesverband Mitteldeutschland an, welcher zu den Reichsorganisationen für jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik gehörte. Darüber hinaus bestanden überregionale Kooperationen mit folgenden Fachkommissionen des JFB: der Kommission für Tuberkulosefürsorge, dem Arbeitsausschuss des Heimes für Tb-gefährdete Kinder und weibliche Jugendliche in Wyk, der Kommission für Gefährdetenfürsorge, der Kommission für nachgehende Fürsorge, der Zentralstelle für Adoptions- und Pflegestellenwesen, der Kommission für hauswirtschaftliche Erziehung, dem Kartell für weiblichen jüdischen Arbeitsnachweis und der Heimkommission für Isenburg.⁷³⁵ Finanzielle Förderung erhielt beispielsweise der Isenburger Hilfsfonds: Diesem gegenüber verpflichteten sich von 1927 an die Leipziger Ortsgruppe des JFB, der Israelitische Frauenverein und der Frauenverein „Ruth“ zu einer zunächst für drei Jahre festgelegten Zahlung von jährlich jeweils zwanzig Mark.⁷³⁶

⁷³¹ Vgl. dazu GBIRG 3 (1927) 28, 2.

⁷³² Die gebürtige Berlinerin Bertha Levy verstarb 1922 in Leipzig. Nachweislich gehörte sie 1903 dem Vorstand des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins an (Vgl. SSA, PP 41). 1912 übernahm sie für Rosa Porges das Amt einer Vorsteherin im Israelitischen Frauenverein und blieb dies bis mindestens 1919. Vgl. StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654). Spätestens seit 1919 war sie Vorsitzende in der Ortsgruppe des JFB. (Vgl. JbF 8 (1919), 45; JbF 8 (1920), 43).

⁷³³ Zum Vorstand gehörten zudem Amalie Zander (Schriftführerin), Flora Cahn (erste Schatzmeisterin), Helene Lustig (zweite Schatzmeisterin), als Beisitzerinnen Gertrud Carlebach, Helene Felsenstein, Margarete Frank, Eva Goldmann, Ida Löwenstein, Regina Pfefferblüth, Hedwig Platky, Lina Teichtner. (Vgl. LJZ 1 (1922) 12, 3).

⁷³⁴ LJZ 1 (1922) 12, 3.

⁷³⁵ Vgl. Karminski 1928, 23 f.

⁷³⁶ Vgl. BIJFB 3 (1927) 15, 5.

Darüber hinaus unterstützten auch Einzelpersonen, Vereinsmitglieder, Angehörige und Sympathisanten diese sogenannte Bausteinsammlung für das Isenburger Heim. Die größten Spenden mit jeweils 25 Mark kamen hierbei von den Brüdern Felsenstein.⁷³⁷

In der Erholungsfürsorge und der jüdischen Bahnhofshilfe kooperierte die Ortsgruppe ebenfalls überregional.

Bettina Brenner und Anna Neumann engagierten sich als Vertreterinnen der Leipziger Ortsgruppe aktiv in der Bundesarbeit. So vertrat Bettina Brenner, die als Ortsgruppenvorsitzende dem Vorstand des JFB angehörte, 1922 den JFB auf der Kölner Bundestagung des Bundes deutscher Frauenvereine - Anna Neumann repräsentierte die Leipziger Ortsgruppe auf der Elberfelder Delegiertentagung des Jüdischen Frauenbundes.⁷³⁸

Die Mitgliederzahl der Leipziger Ortsgruppe blieb in den Jahren der Weimarer Republik weitgehend konstant. Zahlreiche Versuche der Mitgliederwerbung auf Grund zunehmender Aufgaben blieben offensichtlich weitgehend erfolglos. 1921 zählte die Ortsgruppe 510 Mitglieder.⁷³⁹ Spätestens seit 1926 stagnierte der Verein bei einer Größe von 500 Mitgliedern.⁷⁴⁰

Mit Beginn der zwanziger Jahre unterhielt der Verein seine Geschäftsstelle in der Prendelstraße 3, in welcher Familienfürsorge und die Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen angesiedelt waren. Seit 1926 betrieb die Ortsgruppe zudem eine Zimmer-Unterkunft für Mädchen und Frauen als Notquartier für die „Aufnahme gefährdeter obdachloser Mädchen und Frauen“.

Seit Gründung der Republik kämpfte die Ortsgruppe Leipzig, an herausragender Stelle Bettina Brenner, in der Gemeinde um das Frauenwahlrecht. Die Auseinandersetzungen endeten 1924 erfolgreich mit dem aktiven und passiven Gemeindewahlrecht für Frauen. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel festgestellt, zog Bettina Brenner selbst als gewählte Vertreterin in die jüdische Gemeindegemeinschaft ein.⁷⁴¹

Die Ortsgruppe organisierte im Interesse der sozialen Arbeit, der Frauenemanzipation sowie der Stärkung jüdischer Identität und Zusammengehörigkeit eine Fülle an Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen für Mitglieder und Interessenten.

⁷³⁷ Weitere Spenden kamen beispielsweise in Höhe von zwanzig Mark jeweils von Louis Tumpowski, Alfred Felsenstein und Frau Gertrud Cohn; je zehn Mark spendeten Gertrud Ehrmann, Frau Dr. Löwenstein sowie Frau Gutfreund. Vgl. dazu BJFB 3 (1927) 15, 5.

⁷³⁸ Vgl. dazu LJZ 1 (1922) 12, 2.

⁷³⁹ Vgl. JbF (1921), 27.

⁷⁴⁰ Vgl. JbBDF 1927-1928, 28. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 147. Wendelin 1927, 288.

⁷⁴¹ Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 11, 3.

Im Herbst 1922 bereitete die Ortsgruppe unter Führung von Bettina Brenner die in Berlin durchgeführte von ZWST und JFB getragene Jüdische Erziehungskonferenz vor, welche Fragen der Familien- und Anstaltserziehung zum Gegenstand hatte. Die Leipziger Vorkonferenz fand am 4. Juni im Logenheim sowie am 15. Juni 1922 im Rosenthalkasino statt.

In diesem Rahmen übernahmen die Rabbiner die Hauptreferate und wandten sich an alle Eltern, Erzieher und Lehrer der Gemeinde. So sprachen Felix Goldmann zur Berufsethik der Rabbiner, Ephraim Carlebach zum Thema Schule und Berufsberatung und Gustav Cohn schließlich zur Berufspsychologie.⁷⁴²

Im November 1922 referierte Siddy Wronsky auf Einladung des Komitees für Frauenpropaganda der Zionistischen Ortsgruppe Leipzigs über „Jüdische Gegenwartsfragen“ ebenfalls im Rosenthal-Kasino. Dieser Vortrag, welcher sich besonders den Aufgaben der Frauen widmete, erfuhr eine beachtliche Resonanz.⁷⁴³ Mehrfach sprach Siddy Wronsky auch im Rahmen der Weiterbildungsveranstaltungen der Ortsgruppenarbeit zu den Mitgliedern über Probleme und Themen der Fürsorge, so bereits im Januar 1922 über die Notwendigkeit der Zentralisierung in der Wohlfahrtspflege für alle jüdischen Gemeinden.

Zahlreiche Diskussionsnachmittage widmeten sich den zentralen Themen der Verbandsarbeit: so Anfang Februar 1925 den Sittlichkeitsfragen und der Bekämpfung der Prostitution. Ebenfalls zu Beginn dieses Jahres standen moderne Bestrebungen zur Hebung der Sittlichkeit zur Diskussion.⁷⁴⁴

In diesen Veranstaltungen dokumentierte sich deutlich die Einbindung der Ortsgruppen in die Verbandsarbeit des JFB. So fand beispielsweise am 2.11.1925 ein Diskussionsnachmittag mit Hannah Karminski „Über Gegenwartsfragen und vermittelnde Anregungen für die bevorstehende Winterarbeit“, statt.⁷⁴⁵

Anna Neumann sprach im September 1925 u.a. über „Unsere Feiertagsgebete“.⁷⁴⁶ Am 16. Januar 1926 stand dann das Thema „Die deutsche Frauenbewegung und die jüdische Frau“ im Mittelpunkt der Debatte, wobei die Verknüpfung von Frauenbewegung und sozialer Frauenarbeit im Rahmen des jüdisch-konfessionellen Kontextes besonders zum Ausdruck kam. Es wurde festgestellt, dass sich nunmehr „der Hauptanteil der sozialen jüdischen Frauenarbeit auf die konfessionelle jüdische Wohlfahrtspflege“ beschränkte.⁷⁴⁷

⁷⁴² Weitere vorbereitende Konferenzen fanden außerdem in Berlin, München, Breslau, Hamburg und Frankfurt statt. Vgl. dazu LJZ 1 (1922) 17, 9.

⁷⁴³ Vgl. LJZ 1 (1922) 1, 5.

⁷⁴⁴ Diskussionsnachmittage fanden häufig in Hotels, meist im Hotel Hauffe und im Hotel Fürstenhof statt. Vgl. zum Beispiel LJF 6 (1925) 19, 7.

⁷⁴⁵ Vgl. dazu GBIRG 1 (1925) 7, 7.

⁷⁴⁶ LJF 6 (1925) 49, 5.

⁷⁴⁷ GBIRG 2 (1926) 52, 3.

Im November 1928 referierte Bettina Brenner bei einem Zusammentreffen der Ortsgruppe zu einem Teenachmittag über die Probleme jüdischer Frauen des Ostens, Else Cohn zur überparteilichen, interkonfessionellen, internationalen Frauenarbeit und damit zu den Themen der vorangegangenen Breslauer Gesamtvorstandssitzung des JFB.⁷⁴⁸

Ebenfalls 1928 informierte Vera Rosenbaum die Ortsgruppenmitglieder zur Frage: „Was kann die Montessori-Erziehung dem jüdischen Kind geben?“.⁷⁴⁹

Im Dezember dieses Jahres veranstalteten die Mitglieder einen Märchennachmittag für ihre Kinder und Johanna Meyer (Berlin) referierte über die Praktischen Forderungen jüdischer Bevölkerungspolitik.⁷⁵⁰

Zur Stärkung des Gemeinschaftserlebens veranstaltete die Ortsgruppe auch 1928 gesellige Nachmittage, u.a. einen Rezitationsabend im März mit der Zionistin Ella Chamitzer zu welchem auch Männer eingeladen und willkommen waren.⁷⁵¹

Neben diesen Veranstaltungen gründete die Ortsgruppe zudem Arbeitskreise. So leitete Bettina Brenner beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft „Die Frau in der Gemeinde und Politik“. Zu Beginn des Jahres 1927 entstand die Arbeitsgemeinschaft für Bibelkunde unter Leitung von Anna Neumann, welche 14tägig im Grünen Saal des Zoos zusammentraf.⁷⁵²

Einmal monatlich traf sich außerdem ein kleiner Kreis von etwa 20 Frauen, um soziale und jüdische Themen zu debattieren. Diese Treffen nutzten die Frauen nicht zuletzt, um sich in der freien Rede, in Rhetorik und überhaupt im Vortrag zu üben.

In der Weimarer Republik entfaltete die Leipziger Ortsgruppe des JFB eine weitreichende soziale Arbeit innerhalb der Israelitischen Religionsgemeinde und in Kooperation mit dieser. Gegen die Not insbesondere von Kindern rief die Ortsgruppe im Winter 1921/22 alle jüdischen Kräfte zur Zusammenarbeit in der Winterhilfe auf. Bettina Brenner initiierte in diesem Rahmen eine Sammlung für jüdische Kinder. Etwa 100 Ortsgruppenmitglieder und deren männliche Angehörige beteiligen sich hierbei aktiv. Die Aktion „Jüdische Kinderhilfe“ im Rahmen der Winterhilfe erbrachte eine Summe von 315.000 Mark. Tatsächlich gelang es der Leipziger Ortsgruppe, Vertreter aller Glaubensgruppen der Religionsgemeinde zu aktivem Zusammenwirken und persönlicher Mitarbeit zu motivieren, was Bettina Brenner zu Recht als beachtenswerter Erfolg verzeichnete.

⁷⁴⁸ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 42, 3.

⁷⁴⁹ GBIRG 4 (1928) 16,6.

⁷⁵⁰ Vgl. dazu BIJFB 4 (1928) 12, 5.

⁷⁵¹ Vgl. dazu AJFB 9 (1928) 11, 5.

⁷⁵² Vgl. dazu weiter AJFB 8 (1927) 1, 5.

Die Ortsgruppe stärkte finanziell und durch den persönlichen Einsatz ihrer Mitglieder entscheidend die Fürsorgetätigkeit der Israelitischen Religionsgemeinde. Dreh- und Angelpunkt bildete die von Flora Cahn geleitete sogenannte „Mittwochssitzung“, welche Familienfürsorge, Jugendfürsorge, Bahnhofshilfe, Schutzaufsicht, die Recherchen für die Fürsorgekommission der Israelitischen Religionsgemeinde u.v.a. regelte. Im Rahmen der Familienfürsorge, welche im Verlauf der zwanziger Jahre zunehmend an Bedeutung gewann, betreuten zwischen 20 und 30 Frauen - angeleitet von Flora Cahn - regelmäßig jeweils eine oder mehrere Familien. In wöchentlichen Sitzungen beriet man alle anstehenden Fälle. Finanziell wurden diese Maßnahmen vom Israelitischen Gemeindeamt und dem Israelitischen Frauenverein getragen. Die Mittel verteilte in der Regel eine dafür geschaffene Kommission der Ortsgruppe, welche zudem auch die Finanzausgaben anderer Vereine kontrollierte.

Die anwachsenden sozialen Aufgaben überlasteten die Frauen zunehmend. Daher appellierten Else Cohn, als Vorsitzende der Ortsgruppe, und die Gemeinde wiederholt an „Pflichttreue, Menschenliebe und Verantwortungsbewusstsein“ der Frauen, um sie zur Mitarbeit zu bewegen. Intensiver persönlicher Einsatz des Einzelnen sollte das Versiegen finanzieller Quellen infolge der wirtschaftlichen Krise kompensieren. Angesichts der Nachfrage nach Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, welche nun auf diese Hilfe angewiesen waren, erlangte das starke persönliche Engagement für jeden Einzelfall in der Berufsberatung und in der Stellenvermittlung immense Bedeutung.⁷⁵³

Im Rahmen der Arbeitsvermittlung der Ortsgruppe konnten Flora Cahn, Anna Adler und Else Cohn zeitweilig bemerkenswerte Erfolge bei Geschäfts- und Hauspersonal bis in gehobene Stellungen verzeichnen.⁷⁵⁴

Gerade in der besonders schweren Krisenzeit des Jahres 1925 errichtete die Ortsgruppe in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eine montags und donnerstags arbeitende Berufsberatungsstelle für Jungen und Mädchen, welche die Schule beendeten, in der Löhstraße 10 ein.⁷⁵⁵

Die Leipziger Ortsgruppe nahm sich bereits zu Beginn der zwanziger Jahre Fragen des Palästina-Aufbaus an. Das Zusammenwirken mit zionistischen Frauen gestaltete sich, anders als auf der Bundesebene, aufgrund der personalen Verflechtungen auf Vorstandsebene recht unproblematisch. Dies belegen Veranstaltungen wie ein von der Leipziger Ortsgruppe des Verbandes jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina organisierter gemeinsamer Tee-Nach-

⁷⁵³ Vgl. dazu GBIRG 1 (1925) 4, 4.

⁷⁵⁴ Vgl. LJZ 1 (1922) 12, 2.

⁷⁵⁵ Vgl. dazu LJF 6 (1925) 19, 7.

mittag für alle Leipziger Jüdinnen im Mai 1922, in dessen Rahmen über Jüdische Frauenarbeit in Palästina referiert wurde. Mit der einvernehmlichen Zusammenarbeit der jüdischen Frauenvereine für den Palästina-Aufbau wurde zugleich an alle Männer appelliert, die sich mit einem Zusammenwirken schwer taten.⁷⁵⁶

Die Frauen praktizierten also, anders als die Männer, einerseits eine richtungs- und lagerübergreifende Kooperation und gingen andererseits über die Möglichkeiten und Ambitionen des Gesamtverbandes hinaus, welcher sich von zionistischen Orientierungen und Gruppen noch immer abgrenzte.⁷⁵⁷ Anna Neumann als stellvertretende Vorsitzende der Ortsgruppe gehörte ebenso wie die Vorsitzende des Frauenvereins „Ruth“, Regina Pfefferblüth, selbst mindestens seit 1922 dem Vorstand der Zionistischen Vereinigung Leipzigs an.⁷⁵⁸

1925 schied Bettina Brenner wegen ihres Umzugs nach Berlin - um von dort aus ihre Aufgaben der ersten Vorsitzenden des JFB wahrzunehmen -⁷⁵⁹ aus der Ortsgruppe aus. Als Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes machte sich Bettina Brenner, wie schon erwähnt, in den folgenden Jahren auch in der Tuberkulosefürsorge für Kinder als Kuratoriumsvorsitzende des in Wyk auf Föhr errichteten Heimes einen Namen.⁷⁶⁰

Die Israelitische Religionsgemeinde verschickte über die Frauenvereine regelmäßig Kinder nach Wyk und die Vereine unterstützten die Arbeit dieses Heimes mit jährlichen Spenden. So spendeten die Leipziger Ortsgruppe im Jahre 1927 90 Mark, der Israelitische Frauenverein, der Frauenverein „Ruth“ und der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V. zusammen 60 Mark.⁷⁶¹

Nach Brenners Ausscheiden übernahm Else Cohn die Leitung der Ortsgruppe und setzte das Wirken ihrer Vorgängerin kontinuierlich fort. In diesem Jahr verfügte der Verein über einen Etat von 3.500 Mark, von denen 3.000 Mark ausgegeben wurden. Inhaltlich beschäftigte sich die Ortsgruppe weiterhin mit der nachgehenden Fürsorge, setzte die Arbeit der Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen fort und übernahm 25 Rechtsfälle.⁷⁶² Amanda Ehrmann und Hansi Cahn leiteten die zwanziger Jahre hindurch die Rechtsschutzstelle der Ortsgruppe und berieten mittellose jüdische Frauen und Mädchen.⁷⁶³

⁷⁵⁶ Vgl. dazu LJZ 1 (1922) 14, 5.

⁷⁵⁷ Zu der gemeinsamen Veranstaltung der jüdischen Leipziger Frauenvereine vgl. LJZ 1 (1922) 14, 5.

⁷⁵⁸ Vgl. dazu LJZ 1 (1922) 16, 5.

⁷⁵⁹ Vgl. LJZ 3 (1924) 48, 5.

⁷⁶⁰ Vgl. dazu GBIRG 3 (1927) 24.

⁷⁶¹ Vgl. dazu BIJFB 3 (1927) 5, 1.

⁷⁶² Vgl. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 147.

⁷⁶³ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 17, 8.

Seit 1925 führte die Ortsgruppe nachweislich im Juli für Kinder, die nicht verreisen konnten, Ferienbetreuung durch. Wochentags zwischen neun und vierzehn Uhr gestalteten eine Kindergärtnerin und mehreren Heferinnen für einhundert Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren sogenannte Spielstunden. Außerdem erhielten die Kinder kostenlos Milch und freien Eintritt in den Palmengarten.⁷⁶⁴ Else Cohn und Marta Kallmann organisierten und koordinierten diese Aktivitäten und die Ortsgruppe bat die Frauen der Gemeinde um deren freiwillige Mitarbeit und Geldspenden.⁷⁶⁵

1925 verbuchte der Verband mit dieser Erholungsmöglichkeit für bedürftige Kinder einen vollen Erfolg und hielt in den Folgejahren an diesem Ferienangebot fest, zumal der Bedarf die Möglichkeiten des Vereins ständig überstieg.

1927, als Margarete Frank die Leitung der Ortsgruppe übernahm,⁷⁶⁶ konnten erstmals 130 bedürftige Kinder von der Ferienbetreuung profitieren. Im darauffolgenden Jahr wurden diesen 130 teilnehmenden Kindern im Lunapark Spielvormittage zur Erholung geboten. Spenden aus der Gemeinde ermöglichten eine kostenlose Milch- und Obstversorgung. Den Kindern standen für ihre Ausflüge Sonderwagen der Straßenbahn zur Verfügung.⁷⁶⁷

In den Jahren der Weimarer Republik fehlte es, nicht zuletzt wegen des Wandels im Bereich sozialer Arbeit und infolge veränderter Geschlechterrollen, der Ortsgruppe am Zulauf neuer Mitglieder. Else Cohn setzte sich mit dem Problem des Nachwuchsmangels wiederholt auseinander, neben ihren Appellen an die Leipziger Jüdinnen auch in veröffentlichten Artikeln, welche den Ursachen nachspürten, wie: "Warum fehlt die Jugend in der sozialen Arbeit?", in den Blättern des Jüdischen Frauenbundes.⁷⁶⁸

Sie thematisierte die gestiegene psychische Belastung der Beschäftigten in der Sozialarbeit.

Die sich durchsetzende professionelle Fachausbildung resultierte u.a. aus der Notwendigkeit von Erwerbsarbeit für die neue Frauengeneration, aber auch - wie Cohn formulierte - aus der Ablehnung des „Dilettantismus in der sozialen Arbeit, zumal es sich um so kostbares Arbeitsmaterial wie Menschenschicksale handelt“.⁷⁶⁹

Cohn konstatierte eine fehlende Bereitschaft zur persönlichen sozialen Hilfeleistung unter den Jugendlichen und unterstrich die Notwendigkeit der Erziehung zu sozialem Denken und zur Verpflichtung der Menschen gegeneinander. Diese Aufgaben wies sie besonders den Jugend-

⁷⁶⁴ Vgl. LJF 6 (1925) 49, 5.

⁷⁶⁵ Vgl. LJZ 4 (1925) 28, 4 und LJF 6 (1925) 41, 3.

⁷⁶⁶ Vgl. Wendelin 1927, 288.

⁷⁶⁷ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 23, 4 und GBIRG 4 (1928) 42, 3.

⁷⁶⁸ Vgl. dazu BIJFB 4 (1928) 1, 1.

⁷⁶⁹ BIJFB 4 (1928) 1, 2.

verbänden zu.⁷⁷⁰ Sie schrieb: „Wir Juden machen uns oft selbst den Vorwurf, dass es bei uns an der sogenannten, werktätigen Menschenliebe fehlt. Wir organisieren, wir bringen Geld- und Zeitopfer, aber die persönliche Hilfsbereitschaft ist selten zu finden.... Das Judentum kennt den Begriff der werktätigen Nächstenliebe sehr wohl, nur unserer gegenwärtigen Generation ist er verloren gegangen.“⁷⁷¹

Sie beschrieb im Kontext der Antisemitismusabwehr diese Zeit, als eine des „bewussten Judentums“.⁷⁷²

In der Gemeinde selbst wurde nach Feststellung aus den Reihen der Ortsgruppe auch noch 1925 die Mitwirkung der Frauen unterschätzt.⁷⁷³

Aus einem explizit religiösen Bedürfnis, aber auch, um die jüdischen Kreise zusammen zu führen, lud die Ortsgruppe des JFB, organisiert durch Else Cohn, im Januar 1925 alle alleinstehenden Frauen und Männer gebildeter Stände ein, gemeinsame Festtags- und Feierabendfeiern zu gestalten.⁷⁷⁴

1927 trat Bettina Brenner wieder in die Leipziger Ortsgruppe ein⁷⁷⁵ und engagierte sich mit Else Cohn für den Frauenschutz und für die Einrichtung eines Gemeindehauses sowie eines Mädchenheimes. Im März 1928 repräsentierte sie den JFB bei der Generalversammlung des Israelitischen Frauenvereins zu dessen 75jährigem Bestehen.⁷⁷⁶

Die Ortsgruppe war zudem mit den Leipziger Frauenvereinen im Rahmen des Stadtbundes Leipziger Frauenvereine vernetzt. In diesem Rahmen fand im Juni 1928 eine von der Ortsgruppe organisierte Führung durch den Kindergarten des Sozialpädagogischen Frauenseminars statt.⁷⁷⁷

3.4 Fortführung und Weiterentwicklung des Wirkens der verbündeten Frauenvereine

3.4.1 Der Israelitische Frauenverein

Auch in den Jahren der Republik wurde der Vereinsvorstand alle drei Jahre neu gewählt. Zunächst wirkte noch Mathilde Goldschmidt-Bon als Vorsitzende des Vereins, Bertha Levy und Amalie Zander gehörten zudem zum Vorstand.⁷⁷⁸

⁷⁷⁰ Vgl. BIJFB 4 (1928) 1, 2 und BIJFB 4 (1928) 2, 3.

⁷⁷¹ BIJFB 4 (1928) 2, 4.

⁷⁷² GIRG 1 (1925) 10, 3.

⁷⁷³ Vgl. dazu GBIRG 1 (1925) 12, 6.

⁷⁷⁴ Vgl. dazu LJZ 4 (1925) 1.

⁷⁷⁵ Vgl. GBIRG 3 (1927) 37, 4.

⁷⁷⁶ Vgl. dazu GBIR 4 (1928) 13, 6.

⁷⁷⁷ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 23, 7.

⁷⁷⁸ Vgl. StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 104 und Jb. der Frauenbewegung 9 (1920), 43.

Bereits bei der Vereinsversammlung am 17.2.1920 legte Mathilde Goldschmidt-Bon altersbedingt nach 25 Jahren ihr Amt nieder. Amalie Zander wurde ihre Nachfolgerin⁷⁷⁹ und der Verein beschloss eine neue Satzung.⁷⁸⁰ Flora Cahn übernahm die Aufgabe als stellvertretende Vorsitzende bis 1930.⁷⁸¹ Clara Blumenthal wurde Schatzmeisterin, Hedwig Platky ihre Stellvertreterin. Bettina Brenner trat das Amt der Schriftführerin, Martha Kallmann das der stellvertretenden Schriftführerin an. Beisitzerinnen waren Bertha Levy, Helene Felsenstein und Alexandra Eitingon.⁷⁸²

Regina Pfefferblüth, Hansi Kahn, Rosa Felsenstein und Hedwig Mathias waren weitere wichtige und engagierte Persönlichkeiten des Vereins.⁷⁸³

Im Februar 1921 ersetzte Hedwig Mathias die verstorbene Bertha Levy als Beisitzerin.⁷⁸⁴

1921 gehörten dem Verein 510 Mitglieder an.⁷⁸⁵ Die Mitgliederzahl wuchs in der Folge vorübergehend, 1926 belief sie sich auf 600.⁷⁸⁶ Bevor die Mitgliederzahl 1928 wieder auf 525 sank,⁷⁸⁷ hatte sie offenbar einen Höchststand von 700 erreicht.⁷⁸⁸

Flora Cahn stellte bei der Jahreshauptversammlung am 13. März 1924⁷⁸⁹ die finanziell außerordentlich prekäre wirtschaftliche Lage des Frauenvereins infolge der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftskrise dar. Dies hatte sowohl mehrfach Umstellungen in der Vereinsarbeit als auch Beschränkungen der Aufgaben zur Folge. Die Inflation machte der Auszahlung finanzieller Unterstützungen an Bedürftige ein Ende und bedingte die Verteilung von Lebensmitteln. Überhaupt konnte der Verein nur mithilfe finanzieller ausländischer Hilfe die Versorgung bedürftiger Frauen durch die Übernahme von Arztkosten sowie die Zahlung von Medikamenten und Heilmitteln aufrecht erhalten.

Der Verein setzte stärker auf präventive Maßnahmen. Im Interesse der Armutsvorbeugung bei jungen Frauen führte er eine Förderung der Ausbildung junger Mädchen ein, „allerdings nur in besonders zu prüfenden Fällen, wenn besondere Begabung usw.“ vorlagen.

Im Zuge der Hauptversammlung wurde die Erweiterung des Vorstandes um zwei Sitze beschlossen, welche von Flora Wolpert und Fanny Rosenthal besetzt wurden.⁷⁹⁰

⁷⁷⁹ Amalie Zander blieb bis 1936 im Amt.

⁷⁸⁰ Vgl. dazu StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 107.

⁷⁸¹ Vgl. dazu SStal, PP-V 4560.

⁷⁸² Vgl. StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 107.

⁷⁸³ Vgl. dazu StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 108.

⁷⁸⁴ Vgl. StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 111.

⁷⁸⁵ Vgl. Jb. der Frauenbewegung (1921), 27.

⁷⁸⁶ Vgl. dazu Vgl. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 147.

⁷⁸⁷ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 10, 2.

⁷⁸⁸ Vgl. dazu HLS 288.

⁷⁸⁹ Die erste Vorsitzende Amalie Zander war erkrankt.

⁷⁹⁰ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 14, 6.

Der Israelitische Frauenverein beklagte in den Krisenjahren der Republik, ebenso wie die Ortsgruppe und andere Vereine einen Mangel an Interesse, Förderung und sozialem ehrenamtlichem Engagement insbesondere bei jüdischen jungen Frauen. So stellte man seitens des Vereins 1925 eine Unkenntnis vieler jüdischer Frauen der Stadt hinsichtlich der Arbeit des Israelitischen Frauenvereins fest. Der Verein appellierte u.a. per Inserat im Gemeindeblatt an alle jüdischen Frauen der Gemeinde, persönlich im Verein mitzuarbeiten oder diesen finanziell zu unterstützen. Bei dieser Eigenwerbung hielt sich der Verein besonders zugute, dass er aus Gründen der jüdischen Sozialethik gesellige Veranstaltungen, sogenannte Wohltätigkeitsveranstaltungen, ablehnte. Darin unterschied sich der Israelitische Frauenverein beispielsweise grundsätzlich vom Frauenverein „Ruth“.⁷⁹¹

Seine originären Aufgaben fand der Verein auch weiterhin in der Fürsorge für hilfsbedürftige erkrankte Frauen, in Ausbildungs- und Schulbeihilfen sowie in der Brautausstattung.

Der Etat des Vereins sank aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Konnte man 1926 10.243 Mark einnehmen, von denen 10.153 Mark zweckentsprechend ausgegeben wurden,⁷⁹² verfügte man ein Jahr später, 1927, nur noch über eine Einnahmen in Höhe von 7.954 Mark, welche durch die Ausgaben in Höhe 8.354 Mark übertroffen wurden. In diesem Jahr wurden 87 Fürsorgefälle unterstützt.

Im gleichen Jahr begann der Verein, wie die anderen in der Ortsgruppe des JFB vereinten Leipziger Frauenvereine, das Tuberkuloseheim in Wyk auf Föhr materiell zu unterstützen.⁷⁹³

Bei der am 16. März 1927 durchgeführten ordentlichen Generalversammlung in den Räumen der Leipziger Loge wurde mit Genugtuung festgestellt, dass der Verein nach dem Kriseneinbruch bedürftige Frauen und Mädchen nun auch wieder mit Geld unterstützen konnte; zudem gewährte der Verein weiterhin Beratung, Lebensmittelversorgung, Arzneimittel, Bäder, ärztliche Behandlung sowie Mittel zur Berufsausbildung.

Im Gegensatz etwa zum Frauenverein „Ruth“ leistete der Israelitische Frauenverein „im Stillen außerordentlich viel Gutes“, seine Einnahmen waren vergleichsweise gering und beliefen sich beispielsweise 1927 auf 1.643 Mk.⁷⁹⁴

Die Generalversammlung am 14.03.1928 stand im Zeichen des 75jährigen Bestehens des Vereins. Else Cohn ließ als Vertreterin der Ortsgruppe des JFB in ihrer Rede aus diesem Anlass die Geschichte des Israelitischen Frauenvereins Revue passieren und konstatierte, dass

⁷⁹¹ Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 13, 6.

⁷⁹² Vgl. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 147.

⁷⁹³ Vgl. BIJFB 3 (1927) 5, 1.

der Verein die kurze Tradition der Leipziger Israelitischen Gemeinde verkörperte und einen wichtigen Faktor in Ergänzung zur Gemeindefahrtspflege darstellte.⁷⁹⁵ Der Verein, seine Geschichte und sein Wirken wurden zudem durch Lotte Spitz als Vertreterin des Schwesternbundes der Leipziger Loge, durch den Vorsteher der Israelitischen Gemeinde, Carl Goldschmidt und durch Bettina Brenner als Vorsitzende des JFB gewürdigt.⁷⁹⁶

Auch in den Jahren der Weimarer Republik blieb der Israelitische Frauenverein stets der Tradition alt-jüdischen Wohltuns treu und schloss sich einer Modernisierung sozialer Arbeit nicht an.⁷⁹⁷

3.4.2 Der Frauenverein „Ruth“

Der Frauenverein „Ruth“ blieb während der Republik der mitglieder- und finanzstärkste Verbündete der Ortsgruppe des JFB. Er war darüber hinaus personell eng mit der Zionistischen Vereinigung Leipzigs, dem Schwesternbund der Leipzig Loge des U.O.B.B. und dem Israelitischen Kindergarten verflochten. Dies spiegelte sich im Wirken von Persönlichkeiten wie der Vorsitzenden des Vereins Regina Pfefferblüth sowie den Vorstandsmitgliedern Anna Neumann⁷⁹⁸ und Helene Felsenstein⁷⁹⁹ wieder.

Der Hauptinhalt der Vereinsarbeit bestand in der Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge sowie zunehmend auch in der Mütterberatung und somit in sozialen Arbeitsfeldern, welche von der jüdischen Gemeinde ganz der Privatinitiative dieses Frauenvereins überlassen wurden.⁸⁰⁰

Der organisierte Säuglingsschutz befand sich zu dieser Zeit in Deutschland noch in seinem Anfangsstadium und bis 1919 erfolgte er vornehmlich auf privater Initiative. Aufgrund der Kriegsverluste ergriff der Staat umfangreiche Maßnahmen, um der wegen der schwierigen Lebensbedingungen der Nachkriegszeit auch erheblich gestiegenen Säuglingssterblichkeit, welche 1913 schon einmal auf 13 Prozent gesenkt worden war, entgegenzuwirken.

⁷⁹⁴ Vgl. dazu GBIRG 3 (1927) 12, 4.

⁷⁹⁵ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 10, 1.

⁷⁹⁶ Vgl. dazu GBIR 4 (1928) 13, 6.

⁷⁹⁷ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 10, 2.

⁷⁹⁸ Regina Pfefferblüth und Anna Neumann waren beide mindestens seit 1922 Vorstandsmitglieder der Zionistischen Vereinigung. Vgl. dazu LJZ 1 (1922) 16, 5. Regina Pfefferblüth vertrat zudem seit 1928 die Jüdische Volkspartei im Stadtparlament. Vgl. dazu u.a. GBIRG 5 (1929) 34, 1 und GBIRG 5 (1929) 35, 1. Anna Neumann gehörte seit spätestens 1919 zu den führenden Persönlichkeiten des Schwesternbundes der Leipzig Loge.

⁷⁹⁹ Anna Neumann, die Vorsitzende des Israelitischen Kindergartens, war mindestens seit 1926 Vorstandsmitglied des Frauenvereins Ruth, seit 1920 Beisitzerin des Israelitischen Kindergartens. Vgl. LJZ 5 (1926) 10, 3 und GuR 87 (16654), 122.

⁸⁰⁰ Vgl. dazu JbF 8 (1919), 45 und JbF 9 (1920), 43.

Zu Beginn der Republik erfreute sich der Verein zahlreicher Förderer „deren Gebefreudigkeit mit den jährlich wachsenden Aufgaben des Vereins gleichen Schritt“ hielt. 1919 verzeichnete der Verein 22.004,20 Mark an Spenden, 9.299,75 Mark nahm er zudem an Mitgliedsbeiträgen ein.⁸⁰¹ 1922 erhielt der Verein sogar 558.001 Mark an Spenden. Die Mitgliedsbeiträge erbrachten 51.480 Mark. Zudem fanden Büchsensammlungen statt, weitere Einnahmen kamen aus der Jüdischen Kinderhilfe für Säuglinge. Der Verein profitierte zudem von neun Stiftungen.⁸⁰²

Eine der wichtigsten Einnahmequellen des Vereins waren die jährlich stattfindenden Wohltätigkeitsteinachmittage zugunsten bedürftiger Wöchnerinnen und Säuglinge.⁸⁰³ Die mit beachtlichem Aufwand vorbereiteten Veranstaltungen schlossen künstlerische Unterhaltungsprogramme ein und waren stets sehr gut frequentiert.⁸⁰⁴

Im ersten Quartal eines jeden Jahres fand die Generalversammlung des Vereins statt. Regelmäßig hielt der orthodoxe Rabbiner Carlebach eine Ansprache, danach folgten Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte, den letzten Tagesordnungspunkt bildeten schließlich Anträge.

Der Verein widmete sich in den Jahren der Republik weiterhin exklusiv der Fürsorge für Säuglinge und verstärkte der Fürsorge für Wöchnerinnen. Zahlreiche bedürftige Wöchnerinnen brachte der Verein in städtischen und privaten Kliniken unter und unterstützte darüber hinaus die Frauen mit Nahrungsmitteln und Wäschespenden, welche von den Vereinsmitgliedern gesammelt und bevorratet wurden. Das Projekt der Einrichtung einer Wohnstube für werdende und junge Mütter in Wohnungsnot scheiterte allerdings.⁸⁰⁵

Den größten Posten unter den Ausgaben des Vereins bildeten 1923 Lebensmittelunterstützungen mit 209.709,70 Mark, für Wäsche wurden 159.500, 25 Mark aufgewendet. Barunterstützungen, Verbrauchsmittel zur Säuglingspflege und Seife zählten ebenfalls zu den größeren

⁸⁰¹ Vgl. dazu Frauenverein „Ruth“. Rechnungs-Abschluss, Leipzig, 16. Vereinsjahr 1920, 4.

⁸⁰² 1922 erbrachten die Büchsensammlungen 7.555,05 Mark, aus der Jüdischen Kinderhilfe für Säuglinge erhielt der Verein 15.000 Mark. Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 10, 7.

⁸⁰³ Für das Jahr 1922 wurde beispielsweise ein Reinertrag des Teenachmittages in Höhe von 47.000 Mark erzielt. Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 10,7. Am 23. Januar 1923 fand im großen Festsaal des Zoos eine weitere dieser Veranstaltungen statt. Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 3, 3. Am 6.2.1924 fand der Wohltätigkeits-Teenachmittag im großen Festsaal des Central-Theaters statt. Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 5, 3. Im darauf folgenden Jahr, am 11.2.1925. Dabei wurden 2.824,90Mark eingenommen; im November lag der erzielte Ertrag bei 2.050,45 Mark. Vgl. dazu LJF 6 (1925) 17, 8; LJZ 5 (1926) 8, 3.

⁸⁰⁴ Bei der Veranstaltung am 23. Januar 1923 waren Saal und Galerie voll besetzt. LJZ 2(1923)4, 5. Am 11. Februar 1925 wurde von „unzählbaren“ Gästen gesprochen und einem „erstklassiges Programm“, welches verschiedene namhafte Künstler gestalteten. Zudem boten Schülerinnen der Höheren Israelitischen Schule ein Tanzprogramm und für junge Leute bot sich die Gelegenheit zum Tanz. Vgl. dazu LJF 6(1925)21, 6.

⁸⁰⁵ Auskunft über die Gründe bleibt die Quelle schuldig. Vgl. dazu Frauenverein „Ruth“. Rechnungs-Abschluss, Leipzig, 16. Vereinsjahr 1920, 3.

Aufwendungen. Daneben wurden Honorare für Pflegerinnen und Ärzte beglichen, Betriebskosten für die Frauenklinik, für Heizmaterial und Drucksachen waren aufzubringen und es fielen Kosten für Porto und als Beiträge für Vereine an.⁸⁰⁶

Bei der Generalversammlung 1924 sprach Rabbiner Carlebach in seinem Eröffnungsvortrag über „Die religiösen Pflichten der jüdischen Frau“ und legte dabei u.a. dar, dass die Stammutter Sarah Abraham an prophetischem Geist überlegen gewesen sei. Er verwies zudem auf die Bedeutung der „Mizwoth für die Reinheit und Heiligkeit der jüdischen Hauses, der jüdischen Familie und des jüdischen Lebens“.⁸⁰⁷

Besondere Bedeutung kam dem Antrag Anna Adlers zu, eine Mütterberatungsstelle zu schaffen.⁸⁰⁸ Der Vorstand griff diesen auf und am 1. Juli fand er bereits praktische Umsetzung, indem eine vom Kinderarzt Dr. Friedrich Loebenstein geleitete Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle im Erdgeschoss der Höheren Israelitischen Schule ihre Arbeit aufnahm. Einmal wöchentlich, mittwochs von 17 bis 18 Uhr, fanden Sprechstunden statt. Anna Neumann, Regina Pfefferblüth und Friedrich Loebenstein informierten Interessenten zudem je nach Bedarf.⁸⁰⁹

In seinem in der Leipziger Jüdischen Zeitung veröffentlichten Artikel über die medizinischen und sozialen Aufgaben der Einrichtung, unterstrich Friedrich Loebenstein angesichts des jüdischen Elends in der Gerberstraße die soziale Notwendigkeit und volkshygienische Bedeutung der Säuglingsfürsorge und damit zugleich auch jene der Mütterberatungsstelle.

Er stellte den präventiven und korrigierenden Auftrag der Beratungsstelle dar, um Ernährungs- und Pflegefehlern entgegenzuwirken, welche als die Hauptursachen der Säuglingssterblichkeit ausgemacht wurden. Dazu fanden Beratungsstunden, Vorträge über die Entwicklung und Pflege des Säuglings sowie praktische Übungen statt. Systematischen kontrollierenden Hausbesuchen, welche von Vereinsmitgliedern durchgeführt wurden, kam großes Augenmerk zu, um Defizite in der häuslichen Säuglingspflege festzustellen und zu korrigieren.⁸¹⁰ Die Hausbesuche spielten auch in der im Ausbau befindlichen Kinderfürsorgearbeit des Vereins eine Rolle. Sie zielten darauf ab, festzustellen, inwieweit Bedarf an Nahrungsmitteln, Wäsche und Ausstattung bestand. Zudem wurde in diesem Kontext nach Notwendigkeit die Betreuung der Kinder und ihre Unterbringung in Krippen und Kindergärten veranlasst und somit weitergehende soziale Fürsorge organisiert.

⁸⁰⁶ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 10, 7.

⁸⁰⁷ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 17, 3.

⁸⁰⁸ Vgl. dazu weiter LJZ 2 (1923) 17, 3.

⁸⁰⁹ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 30, 2.

⁸¹⁰ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 35, 2.

Am 31. März 1924 konnte die Hauptversammlung noch feststellen, dass der Verein die Periode der Geldentwertung gut überbrückt hatte.⁸¹¹ Anna Neumann, die an der großen jüdischen Erziehungskonferenz im Herbst 1923 in Berlin teilgenommen hatte, berichtete über die Ergebnisse, wobei die Forderung nach einer jüdischen Erziehung der Kinder unterstrichen wurde, um diese fest im Judentum zu verwurzeln.

Der Verein bemühte sich neben der Mütterberatungsstelle, die vornehmlich auf die Säuglingspflege abzielte, besonders um die Wöchnerinnenpflege und kam damit den von der Gemeinde nicht aufgegriffenen bestehenden Bedürfnissen entgegen.

Im Frühjahr 1924 wurde eine ständige Säuglingsschwester zur fachlichen Beratung und Unterstützung der Mütter in der in der Beratungsstelle beschäftigt.⁸¹²

Nachdem im Februar 1925 der Verein wiederum den finanziellen Erfolg seines jährlichen Wohltätigkeits-Teenachmittages vermeldete,⁸¹³ bereiteten Ende des Jahres die Folgen der schwerwiegenden Wirtschaftskrise dem „verwöhnten Liebling unter den jüdischen Vereinen“ erstmals dramatische finanzielle Probleme. Daher veranstaltete der Verein am 23. November 1925 eine weitere Wohltätigkeitsveranstaltung.

In der Werbung hieß es dazu explizit und appellhaft: „Hoffentlich füllen Mitglieder, Freunde und Gönner den Saal des Centraltheaters [sic] und damit auch die Kassen des Vereins, so dass die Wöchnerinnen und Säuglinge in gewohnter Weise versorgt werden können.“⁸¹⁴

Die finanzielle Notlage infolge der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen verstärkte sich. 1926 rief der Frauenverein noch eindringlicher zu „schwesterlicher Hilfe“ für Wöchnerinnen auf und forderte dabei vor allem die eigenen Mitglieder auf. Die gestiegene Zahl von Bedürftigen hatte den Bedarf an Kinderwäsche, finanzieller Unterstützung, Nahrungsmitteln und auch jenen der Mütterberatungsstelle erheblich in die Höhe getrieben. Der Verein beglich die Unkosten für die Hebamme, die Pflegerin und im Bedarfsfall auch für den Arzt. In Notfällen gewährte er zudem in den ersten acht Tagen nach der Geburt Nahrungsmittelhilfen. Bei der Sanitätswache standen für bedürftige Frauen drei alles Notwendige für eine Entbindung enthaltende Wanderkörbe des Vereins zur Abholung bereit.

Im Gegensatz zum steigenden Unterstützungsbedarf gingen ebenfalls infolge der gesellschaftlichen Krise die Beiträge und die Spendenbereitschaft zurück. In der Folge musste zum Nachteil der Arbeit vorübergehend die Säuglingsschwester entlassen werden.⁸¹⁵

⁸¹¹ Es bestand sogar eine kleine Vermögensreserve an Goldmark. Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 15, 3.

⁸¹² Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 37, 5.

⁸¹³ Vgl. dazu LJF 6 (1925) 21, 6.

⁸¹⁴ Vgl. dazu GIRG 1 (1925) 9, 6.

⁸¹⁵ Vgl. dazu GIRG 2(1926) 7, 4.

Der Verein hatte der Auffassung folgend, dass „nur gesunde Mütter lebensfähige Kinder zur Welt bringen können“ mehr und mehr die Mütter gesundheitspflegerisch in den Blick und in kontrollierende Aufsicht genommen und gab mehrere Monate vor der Entbindung Milch und Kräftigungsmittel an diese aus. Zwei im Namen des Vereins verantwortliche Frauen besuchten die Wöchnerinnen und veranlassten, dass diese mit allem Erforderlichen versorgt waren. Diese Hilfe geschah unabhängig von der Armenunterstützung und wurde diskret ohne Bittgesuche oder zusätzliche Wege gehandhabt.

Die weitere Fürsorge des Vereins galt Säuglingen und heranwachsenden Kindern. Im Zuge der ärztlichen Untersuchungen in der Mütterberatungsstelle wurden kranke oder krankheitsverdächtige Kinder in weitere ärztliche Behandlung überwiesen und körperlich schwache Kinder mit Kräftigungsmitteln versorgt. Die Pflegeschwester des Vereins führte regelmäßig Hausbesuche in den Familien durch.⁸¹⁶

Das finanzielle Leistungsvermögen des Vereins zeigte 1926 gegenüber 1922 einen katastrophalen Einbruch. Die Ausgaben waren von 727.535,71 Mark auf 21.195,18 RM gesunken.

Bei der Generalversammlung am 23. März 1926 forderte Regina Pfefferblüth angesichts der wirtschaftlichen Krise die Mitglieder zu intensiverer Mitarbeit auf. Wegen der finanziellen Notlage wurde 1926 erstmals der Jahresbericht nicht an die Mitglieder versandt. Der Verein zählte in diesem Jahr 1.100 Mitglieder, seine Einnahmen beliefen sich auf 14.963 Mark, die Ausgaben auf 13.510 Mark - fünfundvierzig Wöchnerinnen wurden fürsorglich betreut.⁸¹⁷

Rabbiner Ephraim Carlebach verglich in einem Vortrag über die Gestalt der Esther und ihre Bedeutung für das jüdische Volk mit jener des Frauenverein „Ruth“ für die Israelitische Religionsgemeinde. Die organisierten Frauen schlossen die Veranstaltung mit dem Vorsatz: „Je düsterer die Zeit, um so mehr müssen wir Einkehr halten und durch Erkenntnis unserer Fehler, durch eigene Besserung eine Besserung der allgemeinen Lage herbeiführen.“⁸¹⁸

Auch 1927 setzte der Verein seine Vortragsabende im Hinblick auf die Säuglingsfürsorge fort. Zwei dieser Abende, die sich an alle Mütter der Gemeinde richteten und sehr große Resonanz fanden, wurden von Friedrich Loebenstein übernommen, welcher über die Pflege und die Entwicklung von Säuglingen und Kindern sprach. Seine Vorträge klärten nicht zuletzt über die Betreuung im Krankheitsfall auf, sie informierten auch über die normale geistige Entwicklung von Kindern.⁸¹⁹

⁸¹⁶ Vgl. dazu LJZ 5 (1926) 6, 3.

⁸¹⁷ Im Folgejahr 1927 veränderten sich die Einnahmen mit 13.705 Mark und Ausgaben mit 14.378 Mark nur unwesentlich, auch die Zahl der Betreuungsfälle wich mit 21 kaum vom Vorjahr ab. Vgl. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 146.

⁸¹⁸ Vgl. dazu LJZ 5 (1926) 10, 3.

⁸¹⁹ Vgl. dazu AJFB 8 (1927) 7, 5 und AJFB 8 (1927) 10, 6.

Bei der am 28. März 1927 im Pfauensaal des Leipziger Zoos durchgeführten Jahreshauptversammlung des Vereins würdigte Ephraim Carlebach in seiner Ansprache die Bedeutung des Vereins für werdende arme Mütter. Er hob die im jüdischen Glauben verwurzelte Ehrfurcht vor dem entstehenden Leben hervor und die mahnte die „wahrhaft jüdische Pflicht“ der Frauen der Gemeinde an, den Frauenverein „Ruth“ in seinen Initiativen zu unterstützen, indem er die „Schicksalsgemeinschaft aller Frauen“ im Hinblick auf die Mutterschaft unterstrich. Regina Pfefferblüth verdeutlichte in ihrem Jahresbericht die materiellen Probleme, welche die Arbeit des Vereins erheblich erschwerten, so dass diese nur durch namhafte Spenden großzügiger Förderer bewältigt werden konnten. Die Säuglingsschwester des Vereins, Macha Rochlin, konnte mit der Darstellung ihrer Arbeit in der Beratungsstelle die Vereinsmitglieder von ihrer erfolgreichen professionellen sozialen Arbeit überzeugen. Die Mitglieder beschlossen schließlich, weitere Sammelbüchsenaktionen unter dem Motto für „Für Mutter und Kind“ durchzuführen.⁸²⁰

Trotz der wirtschaftlich angespannten Lage unterstützte der Verein auch den JFB-Dachverband, konkret den Hilfsfonds für das Heim in Isenburg mit 20 RM.⁸²¹

An dem am 24. Januar 1928 im Weißen Saal des Zoos durchgeführten jährlichen Wohltätigkeits-Teenachmittag beteiligten sich wiederum namhafte Leipziger Künstler. Schülerinnen der Höheren Israelitischen Schule führten unter Leitung von Else Cohn ein Theaterstück auf. Unter Berufung darauf, dass der Verein die einzige jüdische Institution der Stadt war, welche sich der Nöte armer Wöchnerinnen annahm, erging wiederum die Aufforderung an alle jüdischen Frauen, dieses Werk zu unterstützen.⁸²²

Bei der Generalversammlung am 30. April 1928 entspann sich ein Disput über die Gestaltung der Teenachmittage mit bezahlten Künstlern, der schließlich zu einem Kompromiss führte, welcher vorsah, die Unkosten künftig möglichst gering zu halten. Zudem wurden die Statuten überarbeitet und der Vereinsname durch „Verein zur Unterstützung bedürftiger Wöchnerinnen und Säuglingspflege“ ergänzt.⁸²³

3.4.3 Der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V.

Der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V. wurde in den Jahren der Weimarer Republik zunächst weiterhin von Helene Felsenstein und Bettina Brenner geleitet.⁸²⁴

⁸²⁰ Vgl. dazu AJFB 8 (1927) 16, 6 und GBIRG 3 (1927) 16, 4 .

⁸²¹ Vgl. dazu BIJFB 3 (1927) 15, 5.

⁸²² Vgl. dazu AJFB 9 (1928) 3, 8.

⁸²³ Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 19, 6 und AJFB 9 (1928) 21, 6.

⁸²⁴ Vgl. JbbF 8 (1919), 45 und 9 (1920), 43.

Die Kindereinrichtung verfügte über eine Kapazität von 45 Plätzen und nahm Kinder zwischen drei und sieben Jahren auf. Diese wurden wochentags von 9 bis 18 Uhr betreut, erhielten Mittagessen sowie Vesper und wurden regelmäßig gebadet. Stolz war der Verein auf den zur Einrichtung gehörenden Garten.⁸²⁵ In der Gemeinde wurde der Kindergarten als „unentbehrlicher Faktor“ der „jüdisch-sozialen Arbeit“ gewürdigt.⁸²⁶ Wiederholt wandte sich die Einrichtung werbend explizit an die Familien des Mittelstandes, so per Anzeige im März 1923 wegen noch freier Plätze.

Neben der Leiterin gehörten drei Erzieherinnen, eine Hauswirtschafterin und zwei Pflegerinnen zum Personal der Einrichtung.

Regelmäßig fanden von den Kindern unter Anleitung der Erzieherinnen gestaltete Chanukkafeiern statt, welche neben der Präsentation von Leistungen der Einrichtung auch zu Werbezwecken dienten. So wurde auf Spendenbasis beispielsweise am 8. Dezember 1923 in den Räumen des Kindergartens ein Programm gezeigt, an welchem sich 42 Kinder unter Anleitung von Rosa Schick beteiligten und welches in der Folgezeit wiederholt aufgeführt wurde.⁸²⁷

Als Bettina Brenner wegen ihres Umzugs nach Berlin im September 1924 ihr Amt als zweite Vorsitzende des Vereins niederlegte, trat Rosa Schick an ihre Stelle; Frieda Liebergall wurde erste Kassiererin.⁸²⁸

Der Kindergarten stand in Kontakt zu dem Sozialpädagogischen Frauenseminar, was auch darin seinen Niederschlag fand, dass Dr. Margarete Dyck, Fachlehrerin für Kindergartenpraxis am Sozialpädagogischen Frauenseminar, bei den Elternabenden zusätzliche Informationen zu denen der Oberkindergärtnerin Anna Zabel und der Jugendleiterin Frau Pohle erteilte.⁸²⁹

Das zehnjährige Jubiläum der Einrichtung wurde am 28. Januar 1925 festlich mit einer Veranstaltung in den Kammermusiksälen des Zentraltheaters begangen, bei dem die Kinder wiederum ein Programm präsentierten. Die Veranstaltung richtete sich dabei erneut nicht nur

⁸²⁵ Der Kindergarten befand sich in der Auenstraße 42. Zum Vorstand gehörten Helene und Rosa Felsenstein, Frieda Liebergall, Melanie Goldstaub, Marta Kallmann, Erna Kölner, Marta Maly, Rose Meyer, Leah Nathansen, Betty Rosenthal, Rosa Samostz und Felicia Weinberg Vgl. weiter LJZ 2 (1923) 13, 2 und GIRG 1 (1925) 11, 4.

⁸²⁶ Vgl. GIRG 1 (1925) 11, 3.

⁸²⁷ Vgl. dazu weiter LJZ 2 (1923) 51,3.

⁸²⁸ Bettina Brenner blieb Vorstandsmitglied. Vgl. dazu SStal PP-V 1804.

⁸²⁹ So wurde im Dezember 1925 Frau Dr. Dyck eingeladen. Vgl. dazu GBIRG 1 (1925) 11, 5.

an Eltern, Mitglieder und Freunde des Vereins sondern wollte darüber hinaus ausdrücklich auch neue Interessenten ansprechen.⁸³⁰

Der Kindergarten war stets auf finanzielle Unterstützung angewiesen, welche er vorwiegend von gut situierten Vertretern des jüdischen Bürgertums erhielt. So bezuschusste bspw. Chaim Eitingon Kuren für Kinder des Leipziger Kindergartens im Wyker Heim mit einer Spende von einhundert Mark.⁸³¹

Dem eigentlichen und wachsenden Bedarf der Einrichtung wurde das rückläufige Spendenaufkommen aber zunehmend nicht mehr gerecht, weshalb der Verein nachdrücklich und wiederholt zur Hilfe aufrief und in zunehmendem Maße die geringe Resonanz dieser Appelle beklagte.

1928 betreute die Einrichtung 47 Kinder, deren Mütter einer Erwerbsarbeit nachgingen. Die Nachfrage wegen Neuaufnahme von Kindern stieg ständig.⁸³²

3.4.4 Der Schwesternbund der Leipzig Loge

Mindestens seit 1919 bestand die Schwesternvereinigung der Ehefrauen der Brüder der Leipzig Loge des Unabhängigen Orden Bnai Brith⁸³³, welche von Hedwig Mathias - zugleich Vorstandsmitglied des Israelitischen Frauenvereins - geleitet wurde. Aufgabe dieser sich als erklärt parteipolitisch und parteireligiös neutral verhaltenden Vereinigung war eine auf Schwesternliebe und Eintracht basierende Wohltätigkeit. Anna Neumann, die im Schwesternverein von Beginn an eine zentrale Rolle spielte, veröffentlichte im Bericht der Großloge für Deutschland 1919 bereits einen Artikel „Der Orden und die Frauen“, welcher sich sehr kritisch mit der Diskriminierung der Frauen im Orden auseinandersetzte.⁸³⁴ Die Leipzig Loge bestand zu diesem Zeitpunkt bereits seit etwa zwanzig Jahren⁸³⁵ und hatte ständig an Mitgliedern gewonnen.⁸³⁶

Der U.O.B.B. setzte die Ausgrenzung von Frauen aus dem reinen Männerbund parallel zu den Freimaurern fort, obgleich der im Namen beschworene Bund Gottes am Sinai seinerzeit mit

⁸³⁰ Vgl. dazu LJZ 4 (1925) 4, 4.

⁸³¹ Vgl. dazu BIJFB 3 (1927) 10, 4.

⁸³² Vgl. dazu GBIRG 4 (1928) 43, 6.

⁸³³ 1919 wird die Schwesternvereinigung genannt in: BGD (1919) 13, 156.

⁸³⁴ Vgl. dazu BGD (1919) 13, 156 f.

⁸³⁵ Die Leipzig-Loge – gegründet auf Initiative von Alphons Jacobson und später geleitet von Louis Marezki bildete gemeinsam mit der Fraternitäts-Loge Dresden und der Saxonica-Loge, Chemnitz den Sächsischer Logenverband.

⁸³⁶ Verzeichnete die Loge im Oktober 1912 noch 122 Mitglieder war die Mitgliederzahl im März 1925 auf 210 gestiegen. Sie belegte nach ihrer Größe damit den 21. Platz in Deutschland. Vgl. dazu OBBM (1926) 3, 37.

Männern, Frauen und Kindern geschlossen wurde. Anna Neumann⁸³⁷ konstatierte, dass die Erzmütter den Erzvätern ebenbürtig gewesen seien.⁸³⁸

Veränderte weibliche Rollen und frauenbewegtes Engagement der Ehefrauen der Ordensbrüder hatten zu einer zunehmenden Infragestellung der Ordensgrundsätze geführt und verlangten eine Positionsbestimmung zur Mitarbeit von Frauen. Diese organisierten sich wie in Leipzig in Schwesternvereinen oder wirkten in manchen Fällen auch direkt innerhalb der Logen. Zum Teil wurden Frauen dort lediglich zu Vorträgen zugelassen oder erhielten ausgewählte Wohltätigkeitsaufgaben zugewiesen. Nur Ehefrauen von Logenmitgliedern konnten in den Schwesternvereinigungen mitwirken, für unverheiratete Frauen galt ein genereller Ausschluss.⁸³⁹ Der Leipziger Schwesternverein übernahm Aufgaben wie traditionelle Frauenvereine, in deren Umsetzung sich bürgerliche Privatwohltätigkeit, Zedakah und zunehmend moderne Sozialarbeit miteinander verbanden.

Den Ordenszielen folgend, welche seit der Jahrhundertwende gerade Jugendliche zur Zielgruppe von Erziehung machten, erschien eine weibliche Beteiligung geradezu wünschenswert, da von Frauen eine positive Wirkung auf zwischenmenschliche Beziehungen im Sinne des Ordens erwartet wurde. Das der Geschlechtsrollenzuweisung entsprechende wohlthätige Engagement sollte letztlich der ganzen jüdischen Gemeinschaft zugute kommen.

Schon 1912 hatten sich sozial tätige Frauen der regional entstandenen Logen unter Leitung von Ernestine Eschelbacher, der Ehefrau des Berliner Rabbiners Josef Eschelbacher, im Schwesternverband der U.O.B.B. Logen zusammengeschlossen.⁸⁴⁰ Ernestine Eschelbacher machte immer wieder auf die Diskriminierung der Frauen im Orden aufmerksam und war zudem in der Frauengruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sowie im Vorstand des JFB aktiv. Der Schwesternverband trat dem JFB als kooperatives Mitglied bei.

Er zählte bis zu 43 Vereine und widmete sich der Einzelfallfürsorge für Frauen und Kinder. Zudem betrieb er Ferienkolonien, führte Heimabende durch, übernahm Pflgeschäften und Bescherungen Bedürftiger zu Chanuka. Nach dem Ersten Weltkrieg ergänzte er seinen Arbeitsbereich um die Erholungsfürsorge für bedürftige Schwestern. Zu seinen ausdrück-

⁸³⁷ Anna Neumann spielte nachweislich seit 1919 im Leipziger Schwesternbund eine hervorragende Rolle und war zudem stellvertretende Vorsitzende des JFB, Vorstandsmitglied des Frauenvereins Ruth und der Zionistischen Vereinigung.

⁸³⁸ Vgl. Die Logenschwester 1 (1928) 8.

⁸³⁹ Es bestanden Befürchtungen, die Logensitzungen könnten sich zum Heiratsmarkt entwickeln. Vgl. dazu Malleier, 2003, 80.

⁸⁴⁰ Die ersten Gründungen erfolgten durch Frauen, welche an der sozialen Arbeit der Gemeinde oder außerhalb dieser beteiligt waren. 1928 bestanden 75 Schwesternvereine, die 107 Logen gegenüberstanden. Vgl. dazu Prestel 1990, 57.

lichen Zielen gehörten Kontakt und gegenseitiger Austausch der Mitglieder, die Anregung weitere Gründungen sowie das Vertreten von Fraueninteressen in der Loge selbst.

1920 fand erstmals eine Aussprache zur Frauenfrage innerhalb des Ordens statt, bei der Ernestine Eschelbacher und Ella Seligmann als führende Vertreterinnen der Schwesternvereinigungen gehört wurden.

Eschelbacher hatte bereits im ersten Heft des Berichts der Großloge für Deutschland 1919 die Bedeutung des sozialen Engagements bürgerlicher jüdischer Frauen, welche sich infolge des seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts angewachsenen Antisemitismus auf die jüdische Gemeinschaft besannen, für das jüdische Gemeinwohl unterstrichen. Die Schwesterntätigkeit wollte die Arbeit der Männer im Interesse der Loge ergänzen und so forderten die Frauen Sitz und Stimme im Rat und die generelle Gleichstellung mit den Männern des Ordens.

Ella Seligmann kritisierte, dass die deutschen Jüdinnen in der Weimarer Republik zu vollwertigen Staatsbürgerinnen geworden waren, im Orden jedoch von vielem ausgeschlossen blieben; und das zu einer Zeit, da das Judentum alle Kräfte zur Abwehr äußerer und innere Bedrohungen benötigte. Die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls war zentrale Aufgabe der Logen, wobei diese nach Seligmann in der Funktion von „Kopf und Herz der jüdischen Gemeinschaft“, Brüder als Verkörperung des Kopfes und Schwestern in jener des Herzens in der Erneuerung des Judentums zu vereinen hatte. Dazu forderte sie die Teilnahme der Frauen an den Logen-Sitzungen und ihre Mitarbeit in allen Komitees. Da Frauen im Orden noch immer keine geistige Ebenbürtigkeit mit den Männern zugestanden wurde, verlangte sie, Frauen „heranzubilden und emporzuziehen; sie an geistiger Anregung und Bildungsmöglichkeiten teilnehmen zu lassen“. Sie knüpfte hierbei an die Selbstbeschreibung des Ordens „als Erziehungsstätte zu sozialem Empfinden und Handeln“ an. Seligmann setzte sich mit den bestehenden Vorurteilen gegenüber Frauen auseinander und unterstrich deren Pflicht- und Verantwortungsgefühl für die Zukunft des Judentums. Als inakzeptabel wies sie gelegentliche und beliebige Einladungen von Schwestern zu auf sogenannte „Frauenthemen“ beschränkte Vorträge oder Komitees zurück und verwies darauf, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen die Mitarbeit von Frauen als notwendig anerkannt war.

Letztlich bliebe den Frauen aufgrund mehrheitlich konservativer Meinungen weiterhin einerseits spezielle Aufgaben zugewiesen, während ihnen andererseits kein Anspruch auf liberale Mitarbeit eingeräumt wurde. Die Bruderschaft einigte sich lediglich auf eine gelegentliche Hinzuziehung von Frauen zur Ordensarbeit und eine monatliche gemeinsame Absprache.

Die soziale Arbeit der Schwestern richtete sich in Leipzig während der Jahre der Weimarer Republik in erster Linie auf Mittelstands- und Erholungsfürsorge besonders für die eigenen Mitglieder.

Dass Frauen der jüdischen Gemeinschaft dienten, wurde unter Mütterlichkeitszuschreibungen besonders in den Jahren der Weimarer Republik erwartet, nicht zuletzt um die Gefahr einer „roten Assimilation“ der Jugend abzuwenden.⁸⁴¹

Neben ihrem sozialen Engagement bildeten die Schwesternvereine aber auch Arbeitsgemeinschaften für jüdisches Schrifttum und hebräische Sprache.

Nachdem 1924 nochmals alle Distrikte der Ordens-Bruderschaft zur Frauenfrage Stellung genommen hatten, wurde wiederum einhellig die Konservierung tradierter bürgerlich-patriarchaler Verhältnisse festgelegt: Frauen blieben trotz der Übernahme wesentlicher Aufgaben von der Partizipation an den Rechten ausgeschlossen.

Prestel sah in der sozialen Herkunft der Schwestern, welche mehrheitlich Ehefrauen von Rabbinern und häufig im JFB sowie diversen Gemeindeorganisationen oder im Vorstand des CV vertreten waren, die Ursache dafür, dass ein Kampf um Emanzipation ausblieb. Jene Frauen, gingen vielmehr davon aus, dass sich die Gleichberechtigung von selbst einstellen würde.⁸⁴²

Dem Schwesternbund der Leipzig Loge des U.O.B.B. gehörten 160 Mitglieder an. Er unterhielt einen von Hedwig Mathias organisierten Mittagstisch für Studierende und Angehörige des Mittelstandes in der Nordstraße 15, welcher täglich zwischen 13 und 14 Uhr 60 Essensportionen ausgab. Ferner wurde beispielsweise 1924 eine Altkleidersammlung in der Löhstraße 10, welche Kleidung gegen einen geringen Obolus an Bedürftige ausgab, eingerichtet.⁸⁴³

Die Schwestern besuchten und betreuten jüdische Patienten im Krankenhaus⁸⁴⁴, beteiligten sich an der Ferienkolonie der Ortsgruppe des JFB und führten Heimabende sowie Bescherungen an Feiertagen durch.⁸⁴⁵ Es entstand eine von einer Schwester geführte Station für Hauspflege.⁸⁴⁶

Der Schwesternverein kooperierte eng mit der Ortsgruppe des JFB und Hedwig Mathias arbeitete in dessen Vorstand mit. Ab 1923 wurde sie zudem im Ausschuss für Armenwesen

⁸⁴¹ Vgl. dazu Die Logenschwester (1932) 3, 1.

⁸⁴² Teilweise vertraten diese Frauen auch männliche Vorurteile gegen ihr eigenes Geschlecht. Vgl. dazu Prestel, 1990, 73.

⁸⁴³ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 6, 8.

⁸⁴⁴ Vgl. dazu Jüdisches Jb. für Sachsen 1931/1932, 125 f. Hedwig Mathias war zu dieser Zeit Ehrenvorsitzende des Vereins.

⁸⁴⁵ Vgl. dazu LJZ 3 (1924) 6, 8.

⁸⁴⁶ Vgl. dazu Goldmann 83.

der Gemeindevertretung aktiv.⁸⁴⁷ Im Rahmen der Ortsgruppenarbeit des JFB partizipierten die Schwestern von den Bildungs- und Informationsveranstaltungen.

Auch in Leipzig war die schon geschilderte Stellung der Frauen im Orden ein permanent brennendes Thema. Anna Neumann – Mitglied des Schwesternvereins und ab 1928 Distriktsvorsitzende des sächsischen Schwesternverbandes - hatte 1919 die Frauen dazu aufgerufen, sich sozial in Verbänden zu organisieren und appellierte dabei an die „ausgesprochene Mütterlichkeit“ jüdischer Frauen, welche „kaum spezielle Fraueninteressen“ kennen würde. Sie kritisierte, dass die Leistung des Ordens nicht seinem eigentlichen Vermögen entsprach und warf die Frage auf, „ob man die Frau eines jeden Bruders so ipso als Schwester aufnehmen, und so die Loge zu einem Familienkränzchen machen“ sollte, wobei sie konstatierte: „Mancher bedeutende Mann hat ein geistig recht beschränktes Persönchen zur Gattin erkoren und manche geistreiche Jüdin hat noch nicht einmal einen unbedeutenden Mann bekommen. Der Orden soll eine Vereinigung von Persönlichkeiten sein, die sich berufen fühlen und auserwählt sind, am Bau des Tempels der jüdischen, der menschlichen Ideale zu arbeiten.“⁸⁴⁸

Ähnlich kritisch äußerte sich Jahre später auch Toni Preiser, Ordensschwester aus Breslau.⁸⁴⁹ Während bei der Zulassung der Männer zur Loge eine strenge Auswahl erfolgte, gab es für die Ordensschwestern Kriterien für eine Zugehörigkeit bis auf jene, Ehefrau eines Ordensbruders zu sein. Dies führte dazu, dass sich in den Schwesternvereinen eine „Fülle wahllos zugewiesener Frauen“ versammelten.

Während der Leipziger Messen lud die Loge zur Stärkung des Logengedankens Brüder aus allen Teilen Deutschlands zu einer Messe-Sondersitzung ein, an welcher auch die Frauen teilnahmen. Von den einmal wöchentlich stattfindenden ständigen Messezusammenkünften waren die Schwestern allerdings ausgeschlossen. Eine Sondersitzung fand im März 1923 unter Beteiligung des Präsidenten Neuhaus und des Vizegroßpräsidenten Walter sowie etwa 90 auswärtige Brüder statt. Gegenstand des Gedankenaustauschs waren der „Sinn des Ordens“, die gegenseitige materielle und seelische Unterstützung seiner Mitglieder und die Vereinigung von Orthodoxen, Liberalen, Zionisten und Nichtzionisten unter dem Dach der Bruderschaft. Besonders hervorgehoben und gewürdigt wurde die bestehende Schwesternarbeit.⁸⁵⁰

Eine weitere Sondersitzung fand am 29. August 1921 unter Teilnahme von 50 auswärtigen Brüdern und deren Frauen sowie 120 Leipziger Brüdern und deren Angehörigen statt.⁸⁵¹

⁸⁴⁷ Vgl. dazu LJZ 2 (1923) 2, 2.

⁸⁴⁸ Vgl. dazu Neumann, Anna: Der Orden und die Frauen. In: BGD (1919)13, 156 f)

⁸⁴⁹ Vgl. dazu Preiser, Toni: Vertiefung des Schwesterngedankens. In: OBBM (1926) 12, 49 f.

⁸⁵⁰ Vgl. dazu BGD (1923) 5/6, 49.

⁸⁵¹ Vgl. dazu Haller: Leipzig-Loge. Meß-Sondersitzung [sic] am 29. August 1921. In: BGD (1921) 12, 110.

Bereits im Januar des gleichen Jahres hatte in Dresden eine Verbandstagung der Frauenvereinigungen der U.O.B.B.-Logen stattgefunden, welche die Frauen in ihrem Tätigsein zum Wohle der Gesamtheit unterstützen wollte. Hedwig Mathias vertrat als Vorsitzende den Leipziger Schwesternverein. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Mittelstandsfürsorge. Debattiert wurde zudem über die Belegung der Kinderheime und Ferienkolonien für erholungsbedürftige Kinder der Logenangehörigen. Die Teilnehmerinnen beschlossen, in der jüdischen Kinderhilfe der Zentralwohlfahrtstelle mitzuarbeiten.⁸⁵²

Lotte Spitz löste 1926 Hedwig Mathias als Vorsitzende des Leipziger Schwesternvereins ab.⁸⁵³

Die Leipziger Schwestern beteiligten sich in den zwanziger Jahren an den Initiativen des gesamtdeutschen Schwesternverbandes hinsichtlich der gegenseitigen Unterbringung und Aufnahme von Kindern der Mitglieder zu Studienzwecken, darüber hinaus nahmen sie an kaufmännischen Kursen teil und nutzten Möglichkeiten zur gesundheitlichen Erholung.

Im Interesse der Förderung und der Stärkung des Judentums durch die Loge lehnten die Mitglieder Mischehen ab, in denen sie eine Gefahr für den Bestand des Judentums sahen. In Leipzig spielte dies eine ganz besondere Rolle, da sich im Vergleich zu allen anderen deutschen Städten das Verhältnis jüdischer Eheschließungen zugunsten von Mischehen entwickelt hatte.⁸⁵⁴

Herausragende Vertreterinnen der Leipziger Schwestern wie Anna Neumann und Else Cohn setzten sich auch publizistisch im Organ der Schwesternvereinigung, der „Logenschwester“ mit Fragen des sozialen Engagements der Frauen im Orden und des Judentums auseinander. Anna Neumann schrieb zum Thema „Wohltätigkeit“, diese verstoße gegen ein Grundprinzip der Thora, wenn sie „die Menschen in zwei ungleiche Kategorien“ trennte. Die Zedakah - ausgleichende Gerechtigkeit – werde durch die Gmilath-Chesed übertroffen, welche in der Liebestat des Menschen an seinem Nächsten bestand.

Während die Zedakah ausschließlich auf finanziellen Mitteln beruhte, ergänzte die Gmilath-Chesed die ökonomische Hilfe um die persönliche Zuwendung. Anna Neumann ging davon aus, dass ein Chassid (ein Frommer) der Bitte eines Bedürftigen sowohl mit Geld als auch seinen persönlichen Kompetenzen zuvorkommen würde.⁸⁵⁵

⁸⁵² Vgl. dazu Verbandstagung der Frauenvereinigungen. In: BGD (1922) 3, 44-46

⁸⁵³ Vgl. ZWST der deutschen Juden 1928/29, 147.

⁸⁵⁴ Nach dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nahmen die Mischehen zu, während jüdische Eheschließungen rückläufig waren. 1927 standen 24 neu geschlossene jüdische Ehen 32 Mischehen gegenüber. Vgl. dazu Herbert Philippsthal: Aus der Leipziger Konfessionsstatistik. In: AJFB 10 (1929) 2, 2.

⁸⁵⁵ Vgl. dazu Die Logenschwester 1 (1928) 3, 4.

Else Cohn sah die Aufgabe der jüdischen Frau in den zwanziger Jahren darin, über den reinen Daseinskampf hinaus die jüdischen Werte hervorzuheben und zu stärken, da „das jüdische Leben nicht mehr von der gleichen Gemühtiefe erfüllt“ war.⁸⁵⁶

Immer wieder stand die Rolle der Frauen in der Leipziger Loge zur Diskussion. Bei der erweiterten Vorstandssitzung des Schwesternverbandes 1928 in Leipzig beschäftigte die Teilnehmerinnen wieder die Frage, ob die Schwestern im Orden eine eigenständige Aufgabe zu erfüllen hätten oder lediglich ein Anhängsel der Bruderlogen seien.

Sie stellten fest, dass es gegen eine Vollmitgliedschaft von Frauen keine nachvollziehbaren Gründe gab und riefen die Schwestern auf, sich nicht von aus dem Freimaurertum übernommenen Vorurteilen der Brüder hindern zu lassen, zum Wohle des Judentums den Ordensgedanken umzusetzen.⁸⁵⁷

Als am 10. September 1928 die vierte Delegiertentagung der Schwesternvereinigungen der sächsischen Logen in Dresden im Erholungsheim Oberrochwitz unter Beteiligung der Vorstandsvorsitzenden Ernestine Eschelbacher stattfand, wurde Anna Neumann zur Distriktvorsitzenden gewählt. Sie gab den Rechenschaftsbericht der im gesamten Distrikt geleisteten Frauenarbeit. Für die an Mitgliedern und Aufgaben gewachsene Leipziger Schwesternvereinigung sprach Recha Carlebach.⁸⁵⁸ Die Leipziger Vertretung informierte zudem über weitere Initiativen des Schwesternvereins, wie den erfolgreichen Verlauf einer Verkaufsausstellung für Handarbeiten und Kunstgewerbe jüdischer Frauen, über den Studenten- und Mittelstandstisch, über Kinderspeisung sowie musikalische und intellektuelle Veranstaltungen.

Den wichtigsten Diskussionspunkt bildete die Planung des Altersheimes. Ein Sparbüchsen-system des Mitteldeutschen Distriktes sollte die erforderlichen Mittel von 30.000 Mk innerhalb weniger Jahre aufbringen. Es wurde beschlossen, dass zunächst jede Schwesternvereinigung selbständig Sammlungen durchführen und danach ein eigenes Altersheimkonto einrichten sollte.

Anna Neumann unterstrich in ihrem Vortrag „Der Orden und die Frauen“ die zwingend notwendige Mitarbeit von Frauen im Interesse des Ordensgedankens.⁸⁵⁹

Als am 12. und 13. November 1928 in Leipzig der Erweiterte Vorstand des Verbandes der Schwesternvereinigung der U.O.B.B. Logen tagte, stand die Planung des gemeinsamen

⁸⁵⁶ Vgl. dazu Die Logenschwester 1 (1928) 6, 1

⁸⁵⁷ Vgl. dazu Die Logenschwester 1 (1928) 8, 1.

⁸⁵⁸ Vgl. dazu Landsberg: Statistisches aus dem deutschen Distrikt des U.O.B.B.. In: OBBM (1928) 12, 234 f, 234. 1928 nahm die Leipzig-Loge mit 213 Mitgliedern den 18. Platz unter den deutschen Logen ein.

⁸⁵⁹ Vgl. dazu Die Logenschwester 1 (1928) 8, 5.

Altersheimes des mitteldeutschen und des sächsischen Distriktes im Mittelpunkt der Beratungen. Beide Tagungsabende dienten der Pflege der Kontakte bei geselligem Beisammensein mit Schwestern und Brüdern der Leipzig Loge.⁸⁶⁰

Wie der JFB engagierte sich auch die Großloge in der Bekämpfung des Mädchenhandels, welcher als „Kulturschande“ bezeichnet wurde. Der Leipziger Rabbiner und Präsident der Leipzig Loge Felix Goldmann nahm 1928 an der Londoner Konferenz gegen den Mädchenhandel teil.

Goldmann kritisierte, dass sich, was die Debatte um die Beteiligung von Juden am Mädchenhandel betreffe, auch Juden an antisemitischen Übertreibung beteiligten. Zugleich erkannte er das Problem als Teil der sozialen Frage an, dem vornehmlich durch präventive Maßnahmen wie die Einrichtung von Gewerbe- und Haushaltsschulen, Mädchenheimen und Zufluchtsstätten beizukommen sei. Zudem forderte er, den Agunot, eine erneute Eheschließung, zu erleichtern. Kritik äußerte er zur Veranstaltung selbst: da Vertreter des finanzkräftigen Judentums und amerikanischen Vertreter fehlten, mangle es letztlich an der materiellen Grundlage einer wirksamen Bekämpfung dieser „Kulturschande“- ein hierfür eingerichteter internationaler Fonds diene nur Verwaltungszwecken.⁸⁶¹

Abschließend ist anzumerken, dass seit 1926 die Mitgliederzahlen in den Logen Deutschlands zurückgingen. In Leipzig sank die Zahl der Logenmitglieder um 11 auf 205 Mitglieder, womit Leipzig im Reichsvergleich den 21. Platz einnahm. 1925 hatte Leipzig noch den 19. Platz belegt.⁸⁶² Dies ist umso bemerkenswerter, als im gesamtdeutschen Vergleich die Israelische Religionsgemeinschaft Leipzig 1925 mit 13.030 Mitglieder an sechster Stelle im Reich lag.⁸⁶³

3.5 Zur Umstrukturierung der ehemaligen Hochschule für Frauen zum Sozialpädagogischen Frauenseminar im Zuge der Verberuflichung und Professionalisierung sozialer Arbeit

In den Jahren der Weimarer Republik setzte sich, nachdem der Staat die sozialen Aufgaben übernommen hatte, auch in Leipzig soziale Arbeit als professioneller Beruf durch und die Ideologie der sozialen Mütterlichkeit verlor an Boden. Dennoch blieb die ehrenamtliche soziale Tätigkeit quantitativ überlegen. Beruflicher und bürgerlich ehrenamtlicher Bereich waren

⁸⁶⁰ Vgl. dazu Die Logenschwester 1 (1928) 9, 2 f.

⁸⁶¹ Vgl. dazu OBBM (1928) 1, 4f.

⁸⁶² Vgl. Landsberg: Statistisches aus dem deutschen Distrikt des U.O.B.B. In: OBBM (1928) 2, 21f.

einerseits eng verbunden, hingen andererseits aber auch gegenseitigen Vorurteilen bezüglich der persönlichen Eignung und der Qualität der Arbeit an.

Siebe stellte für die über bereits 90jährige Henriette Goldschmidt und ihr Projekt der Hochschule für Frauen fest: „Der Geist von Weimar war es, der dieser Frau die Kraft und den Aufschwung gab...“⁸⁶⁴ Allerdings starb Henriette Goldschmidt bereits im Januar 1920 und nach ihrem Tod löste sich der Verein für Familien- und Volkserziehung auf. Sein Vermögen ging an die Stadt Leipzig über, welche die unterschiedlichen Lehranstalten am 1. Oktober 1921 in einem Sozialpädagogischen Frauenseminar zusammenfasste. 1922 wurde die Ausbildung am Sozialpädagogischen Frauenseminar durch die sächsische Prüfungsordnung für Wohlfahrtspflegerinnen staatlich anerkannt⁸⁶⁵ und ein gemischter Ausschuss aus hauptamtlichen, nebenberuflichen, privatdienstverpflichteten Vertretern der Lehrerschaft sowie dem Stifter der Einrichtung, Henri Hinrichen, und zwei Frauen aus der Bürgerschaft gebildet. Das Frauenseminar vereinte nun eine Wohlfahrtsschule und die Fröbel-Frauenschule. In drei Klassen wurden in Zweijahreskursen staatlich anerkannte Kinderpflegerinnen ausgebildet. Fünf Klassen der Fröbel-Frauenschule bildeten ebenfalls in zwei Jahren staatlich anerkannte Kindergärtnerinnen aus, eine Klasse in einem Jahre staatlich anerkannte Jugendleiterinnen und vier Klassen der Wohlfahrtsschule, welche seit 1920 nach preußischem Vorbild staatliche Prüfungen durchführte, Wohlfahrtspflegerinnen. Der Unterricht hatte akademischen Charakter und wurde teilweise von Lehrkräften der Universität durchgeführt.

Voraussetzung für die Aufnahme waren neben der Vollendung des 18. Lebensjahres schulische Allgemeinbildung und berufliche Fachausbildung.⁸⁶⁶

Zu Ostern 1922 fanden die ersten staatlichen Prüfungen, die somit auch die Ausbildung staatlich anerkannten, statt. In diesem Jahr zählte die Schule zwischen 50 und 60 Schülerinnen.⁸⁶⁷

⁸⁶³ Vgl. dazu Höppner, Jahn 1997, 23.

⁸⁶⁴ Siebe, Prüfer 1922, XI f.

⁸⁶⁵ Die dazu gehörige höhere Mädchenschule wurde 1926 ausgegliedert. In Sachsen existierten daneben noch zwei soziale Frauenschulen in Dresden, darunter die Einrichtung des Landesverbandes für Christlichen Frauendienst. Vgl. BlfW 2 (1922) 3, 38.

⁸⁶⁶ Dazu war das Reifezeugnis der höheren Mädchenschule oder das Zeugnis einer anderen öffentlichen Lehranstalt nachzuweisen. Ausreichend für die Aufnahme war auch der Nachweis des erfolgreichen Besuches der obersten Klasse der Volksschule und einer erfolgreichen Vorprüfung. Der Nachweis beruflicher Ausbildung erfolgte anhand staatlich anerkannter Abschlüsse als Krankenpflegerin, Säuglingspflegerin, Krankengymnastin oder Erziehungsschwester. Zugangsberechtigungen verschafften auch die Vorprüfung als Kindergärtnerin oder Hortnerin in Verbindung mit einer einjährigen erfolgreichen Tätigkeit, die staatliche Prüfung als Jugendleiterin oder wissenschaftlich oder technische Lehrerin, zudem die dreijährige erfolgreiche Arbeit in der Wohlfahrtspflege und ebenso das Abschlusszeugnis einer zweijährigen Frauenschule. Vgl. BlfW 2 (1922) 3, 38 f.

⁸⁶⁷ Anfang 1922 regelten Innenministerium und Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht Aufnahmebedingungen und Abschlussprüfungen an den Wohlfahrtspflegeschulen. Vgl. BlfW 2 (1929) 11/12, 526.

Im gleichen Jahr wurde ein gemischter Ausschuss als Vertretung der hauptamtlichen, nebenberuflich privat dienstverpflichteten Lehrerschaft unter Einbeziehung des Stifters der Einrichtung, Henri Hinrichen, und zweier Frauen aus der Bürgerschaft ins Leben gerufen. Die zehn verbeamtete Lehrkräfte, die zudem an der Gewerbeschule unterrichteten, wurden übernommen und unterrichteten etwa 250 Studenten. Oberstudienrat Johannes Prüfer, vorübergehend auch die Fachlehrerin für Kindergartenpraxis, Frau Dr. Fanny Margarete Dyck, leiteten die Einrichtung.

Der Wandel an den Frauenschulen vollzog sich dennoch nicht unproblematisch, da am Ideal der sozialen Reform als weibliche Emanzipation festgehalten wurde. Josephine Siebe und Johannes Prüfer standen den jungen, eine Ausbildung anstrebenden Frauen, kritisch gegenüber. 1922 schrieben sie: „Gestehen wir uns offen, unsere Seminare, die Frauenschulen, die einer Anzahl von jungen Mädchen, die öfter der Not gehorchen als einem inneren Drang, die Vorbereitung zur Kindergärtnerin geben, entsprechen nicht der Idee Fröbels, das weibliche Geschlecht nun seiner menschenpflegenden Bestimmung willen zu ganz gleicher Höhe wie das männliche zu heben.“⁸⁶⁸

Seit 1924 setzte die Leipziger Kommunalbehörde bei der Einstellung von Fürsorgerinnen den staatlichen Abschluss als Wohlfahrtspflegerin voraus.⁸⁶⁹ Die schweren Krisenjahre wirkten sich auf die Arbeitssituation der Fürsorgerinnen dramatisch in geringer Entlohnung und Überarbeitung aus.⁸⁷⁰

Das Interesse an der Ausbildung bestand ungebrochen und nahm noch zu. So wurde wegen der steigenden Schülerinnenzahlen 1929 eine zusätzliche Klasse geschaffen.⁸⁷¹

Schließlich übernahm die 33jährige aus Marburg stammende Dr. Helene Sofie Rathgen die Leitung der Schule.⁸⁷²

Mit der Schule verbunden war eine Stellenvermittlung für ehemalige Schülerinnen.

Der Stadtbund Leipziger Frauenvereine arbeitete mit dem Sozialpädagogischen Frauenseminar zusammen, u.a. veranstaltete er Führungen durch deren Kindergarten.⁸⁷³

⁸⁶⁸ Siebe, Prüfer 1922, 137.

⁸⁶⁹ Vgl. dazu Brandmann 1998, 403 f.

⁸⁷⁰ Vgl. dazu Brandmann 1998, 405.

⁸⁷¹ Die Schule verzeichnete in diesem Jahr 253 Schülerinnen.

⁸⁷² 1897 in Marburg geboren, absolvierte sie die soziale Frauenschule und das Sozialpädagogische Institut Hamburg und qualifizierte sich zur Wohlfahrtspflegerin speziell in der allgemeinen und wirtschaftlichen Wohlfahrtspflege. Sie hatte Leitungspositionen in Berlin und Hannover inne.

⁸⁷³ Vgl. GBIRG 4 (1928) 23, 7.

4 Soziale Fürsorge der Frauenvereine während der Weltwirtschaftskrise

4.1 Die Folgen der Weltwirtschaftskrise

Seit 1929 erlebten Leipzig und Sachsen im Zuge der Weltwirtschaftskrise, aufgrund der mittelständischen Industrie und der Exportorientierung in Abweichung vom Reichsdurchschnitt einen extremen wirtschaftlichen Einbruch mit gravierenden Produktionseinschränkungen, Kurzarbeit und Massenentlassungen.⁸⁷⁴ 1930 verzeichnete die Stadt mit 35,7 Prozent die reichsweit höchste Zahl an Konkursen.⁸⁷⁵ Zur Stabilisierung der Wirtschaft wurden zunächst die Löhne eingefroren. Leipzig zählte zu Beginn der dreißiger Jahre etwa 75.000 Einwohner; unter den Erwerbstätigen waren 78 Prozent in Handwerk, Handel und Industrie beschäftigt. Seit dem Frühjahr 1930 stand der Freistaat dauerhaft an der Spitze der Arbeitslosenstatistik der Republik, wobei die Textilindustrie besonders betroffen war.⁸⁷⁶

Im Arbeitsamtsbezirk Leipzig selbst hatte sich von 1926 bis 1930 die Zahl der Arbeitslosen bereits verdoppelt. In den Jahren von 1930 bis 1933, als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, waren 35 Prozent der Erwerbsfähigen ohne Arbeit und auf Unterstützung angewiesen.⁸⁷⁷

Berufstätige Frauen traf die Wirtschaftskrise aufgrund des Niedergangs typischer Frauenerwerbszweige in besonderem Maße. Zudem kamen angesichts des Mangels an Arbeitsplätzen im Diskurs um das „Doppelverdienertum“ erneut Vorurteile gegen die weibliche Berufstätigkeit zum Tragen. Selbst der BDF „unterstützte gefühlsmäßig“ zunächst die Forderung, dass Frauen den überlasteten Arbeitsmarkt verlassen sollten.

Zugleich prangerte der BDF das Ersetzen der Männer- durch wesentlich billigere Frauenarbeit in der Industrie aus Rentabilitätsgründen als schädlich an und forderte, dass sich die „Erhaltung der Familie auf Männerarbeit und Männerlöhne stützen“ müsse.⁸⁷⁸

Infolge des Frauenüberschusses blieben viele Frauen zudem auf das eigene Erwerbseinkommen langfristig angewiesen. Deshalb beharrte die Frauenbewegung schließlich auf der „von den Frauen erkämpften und durch die Verfassung gewährleisteten Bildungs- und Berufsfreiheit“.⁸⁷⁹ Hinzu kam, dass die meisten Familien auf ein zweites Lohneinkommen nicht ver-

⁸⁷⁴ Vgl. Bramke 1998, 38.

⁸⁷⁵ Der Reichsdurchschnitt lag bei 25,8 Prozent. Vgl. dazu Paulus 1998, 23.

⁸⁷⁶ Vgl. Bramke 1998, 49.

⁸⁷⁷ Vgl. Paulus 1998, 24.

⁸⁷⁸ Vgl. BIJFB 7 (1931) 5, 2.

⁸⁷⁹ Vgl. BIJFB 7 (1931) 5, 2.

zichten konnten. Deshalb wies der BDF eine Reduzierung des Problems auf eine „Doppelverdiener“-Debatte zurück.

Die nichtmonopolistische Industrie Leipzigs strengte in dieser gesamtgesellschaftlichen Krisensituation vehement einen Demokratieabbau an. Manifeste Ausdruck der sich in Sachsen insgesamt vollzogenen politischen Wende wurde am 12. Mai 1929 der Einzug der NSDAP in die Landesregierung.

Als 1929 der USPD-Politiker Oskar Schulze das Leipziger Wohlfahrtsdezernat übernahm, beschchnitt der Oberbürgermeister kurzerhand die Aufgabenbereiche des Dezernats und die durch Zusätze ergänzte lokale Armenordnung behielt bis in die Zeit des Nationalsozialismus Bestand.⁸⁸⁰

In diesem Jahr stellten in Leipzig Wohlfahrtserwerbslose erstmals die größte Gruppe von Fürsorgeempfängern. Die bedrückende Not und das Elend veranlassten die Masse von Arbeitslosen in Leipzig am 6. März 1930 zum sogenannten Hungermarsch. In der sich gesellschaftspolitisch zuspitzenden Lage wurde im April 1930 der DNVP-Politiker Carl Friedrich Goerdeler Oberbürgermeister von Leipzig. Mit Goerdeler trat der am weitesten rechts stehende Bürgermeister sein Amt an, welcher kommunalpolitisch und den Juden gegenüber einen widersprüchlichen Kurs verfolgte, extreme antisemitische Entwicklungen allerdings letztlich unterband. In seiner 1931 veröffentlichten Denkschrift zur Deutschen Gemeindeordnung zielte er auf das Aufzeigen von Wegen zum restlosen Ausschalten der demokratischen Entscheidungsträger. Goerdeler unterminierte angesichts der Krisensituation den demokratisch-parlamentarischen Einfluss, strebte im Amt des Oberbürgermeisters zentralisierte Entscheidungsbefugnisse an und beeinflusste mit Vorschlägen und der Leipziger Vorbildfunktion die Notverordnungspolitik des Reiches.⁸⁸¹

Unter Goerdelers Einfluss wurde die Zahl der Stadträte verringert und er behielt sich bzw. seinem Stellvertreter den Vorsitz in den Ausschüssen vor. Thiem stellte fest, dass 1930 von 15 Leipziger Stadträten acht bereits vor der Revolution gewählt worden waren.⁸⁸² Die linken Kräfte, welche auf eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Stadtrat und Stadtverordnetenversammlung zugunsten letzterer hinarbeiteten, blieben erfolglos.

Durch die Massenarbeitslosigkeit war das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) von 1927 in eine katastrophale Krise geraten, so dass sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung seit 1929 in steigendem

⁸⁸⁰ Vgl. Brandmann 1998, 344.

⁸⁸¹ Vgl. Paulus 1998, 42-54.

⁸⁸² Vgl. Thiem 1998, 324.

Umfang beim Reich und den Gemeinden verschuldete. Die Gemeindefürsorge wurde zum eigentlichen und wichtigsten Unterstützungssystem für Arbeitslose.

So lebten zwischen 1930 und 1933 58 Prozent der Erwerbslosen Leipzigs allein von der kommunalen Fürsorge.⁸⁸³ Für die Gemeindevselbstverwaltung entwickelte sich die Finanzierung der Erwerbslosigkeit zu einem dramatischen Problem und führte zu Auseinandersetzungen mit dem Reich, zumal bereits in der Phase relativer Stabilität ungenügende Mittel für die Versorgung der Arbeitslosen in den 26 Wochen des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung gestanden hatten.

Am 31.12.1930 zählte Leipzig 36.371 wohlfahrtserwerbslose Personen, einen Monat später bereits 40.257.

Dem Einbruch der Steuereinnahmen versuchte das Reich per Verordnung im Juli 1930 und durch die Notverordnung vom September 1930 entgegenzuwirken. 1931 erbrachten die Steuereinnahmen der Stadt, welche zwischen 1929 und 1931 infolge des wirtschaftlichen Niedergangs um die Hälfte gesunken waren, nicht mehr die notwendigen Mittel für die Wohlfahrtsunterstützung. Auch die Reichsbeihilfen, welche die Kommune 1931 entsprechend der Zahl der zu versorgenden Wohlfahrtserwerbslosen erhielt, stellten keine wesentliche Erleichterung angesichts der städtischen Finanzmisere dar; etwa die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen floss 1931 in die Erwerbslosenfürsorge.⁸⁸⁴ Die Stadt protestierte daher gegen die Sparpolitik des Reiches zu Lasten der Kommune.⁸⁸⁵

Statt der vorgesehenen Anhebung der Biersteuer erhöhte der Leipziger Rat am Parlament vorbei die Wasserpreise. In ständigem Konfrontationskurs zum Parlament erweiterte der Rat sukzessive seine Kompetenzen. Goerdeler bekannte sich zum Vorrang der Stärkung des Haushaltes und der Industrie, senkte die Fürsorgesätze unter das Durchschnittsniveau in Sachsen und beendete damit die soziale und kommunalpolitische Befriedungspolitik. Damit schuf er 1930 in der städtischen Wohlfahrtspolitik sozialökonomische und politische Rahmenbedingungen für eine kommunalpolitische Wende. Goerdeler unterwarf die Verwaltung seiner Autorität und betrieb mit seinem Krisenmanagement, welches streng rationelle Kriterien der Verwaltungsvereinfachung, eine erhebliche Beschränkung der Sozialhaushalte und das Erschließen neuer Steuerquellen beinhaltete, eine konsequente Deflation. Damit setzte er konsequent die Sparpolitik der Reichsregierung durch.⁸⁸⁶ Sein „Sparprogramm“ zur Sanierung der Großindustrie strich 2,5 Millionen RM von insgesamt zwölf Millionen RM an

⁸⁸³ Vgl. Paulus 1998, 28.

⁸⁸⁴ Vgl. Paulus 1998, 29f.

⁸⁸⁵ Vgl. Paulus 1998, 31.

⁸⁸⁶ Vgl. Paulus 1998, 33.

sozialer Unterstützung, davon 300.000 RM an Fürsorgemitteln für werdende Mütter und Säuglinge sowie 200.000 RM an Schulspeisung.⁸⁸⁷

Am 1. August 1931 trat trotz Protestes der Stadtverordneten die Getränkesteuer in Kraft, Bürgersteuer und Fürsorgesätze wurden neu geregelt. Danach sanken die Unterstützungssätze für Erwachsene um zehn Prozent, für Kinder um sechsunddreißig Prozent, außerdem wurden jegliche Freilassungsbestimmungen aufgehoben.⁸⁸⁸

In dieser Notsituation intensivierten private und öffentliche Träger der Fürsorge ihre Zusammenarbeit. Infolge der Entlassung von Mitarbeitern der öffentlichen Fürsorge aus Sparzwängen wurden Vereinsmitglieder als ehrenamtliche Helfer und Pfleger angeworben, welche vor allem bei individuellen Betreuungsfällen, zum Beispiel in der Jugendgerichtshilfe und der Strafgefangenenfürsorge eingesetzt wurden. Allein 700.000 RM wurden in Leipzig an Mietunterstützung und 500.000 RM an Kleidung eingespart. Diese radikalen Einschnitte hatten – wie auch in anderen Städten – teilweise schwere Angriffe von Hilfsbedürftigen auf die Angestellten in der Fürsorge zur Folge. Um solche zu vermeiden, erhielten diese bei Bedarf Polizeischutz. Erst unter diesen Bedingungen und der Bedrohung des sozialen Friedens öffnete sich die Kommune der Entwicklung zur modernen Fürsorge und setzte vermehrt qualifizierte berufliche Kräfte ein.⁸⁸⁹

1930 wurden 26.354 Fürsorgefälle durch die Kommune bearbeitet. Im Jahr darauf erfolgte eine Dezentralisierung der Fürsorge, indem zwölf dezentral arbeitende Wohlfahrtspflegestellen als Bindeglieder zwischen ehrenamtlichen Pflegern und Fürsorgeamt geschaffen wurden.⁸⁹⁰

Fürsorgeempfänger und ehrenamtlichen Fürsorger schlossen sich in der Folge in Massendemonstrationen zusammen, es kam zu Ausschreitungen, Geschäftsplünderungen und Festnahmen in großer Zahl.

In der Konsequenz trat die Stadt teilweise von Kürzungen zurück. Dennoch hielt der Rat gegen den Einspruch des Fürsorgeamtes an einer drastischen Kürzung der Mietbeihilfen um 25 Prozent fest und strich die Bewilligung von Sachleistungen gänzlich. Die Verordnung des Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, welche eine allgemeine Richtsatzsenkung von 20 Prozent vorsah, übertraf schließlich noch die in Leipzig vorgenommenen Kürzungen.

Als 1932 durch Notverordnungen die Arbeitslosenversicherung vom Reichshaushalt abgekoppelt wurde, entlasteten die dramatischen Einschnitte im Leistungsrecht, welche noch sechs Wochen eine um dreiundzwanzig Prozent gekürzte Arbeitslosenunterstützung, eine um zehn

⁸⁸⁷ Vgl. dazu Zeise, Brüdiger 467

⁸⁸⁸ Vgl. Paulus 1998, 40.

⁸⁸⁹ Vgl. Paulus 1998, 55.

Prozent reduzierte Krisenunterstützung sowie eine Absenkung der Wohlfahrtspflegeunterstützung um fünfzehn Prozent vorsahen, scheinbar zunächst die Gemeinde.

1932 räumte das Reich zudem dem Gemeindevorstand weitgehende Befugnisse gegenüber den Gemeindeparlamenten ein, so dass der Oberbürgermeister allein ohne Kontrolle und Mitwirkung der Gemeindevertreter die gesamte Haushaltspolitik regeln und durchführen konnte.

Letztlich scheiterte Goerdeler bei der Wahl 1932. Diese veränderte die Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament zugunsten von SPD und KPD.

Im Zenit der Weltwirtschaftskrise 1932 überstieg die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Leipzig die Summe aller Bezieher kommunaler und staatlicher Sozialleistungen und 1933 zählte der Arbeitsamtsbezirk Leipzig in Sachsen die meisten Arbeitslosen.⁸⁹¹

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise erlangte die Nazibewegung regen Zulauf und der Antisemitismus wachsende Bedeutung. Seit dem entscheidenden Wahlerfolg der Nationalsozialisten von 1930 sah sich die jüdische Bevölkerung vermehrt Übergriffen und Boykotten ausgesetzt.⁸⁹²

Die antisemitische Argumentation stellte die Juden einerseits als Verfechter und Profiteure des Wirtschaftsliberalismus dar, andererseits diffamierte sie die Juden zugleich als Initiatoren und Träger radikaler politischer und kultureller Ideologien bzw. Strömungen.⁸⁹³

1929 zählten zu den insgesamt 634.000 Einwohnern Leipzigs etwa 14.000 Juden.⁸⁹⁴

Trotz der angespannten Krisensituation fand die jüdische Gemeinde zu keiner Geschlossenheit und die innerjüdischen Auseinandersetzungen gelangten in die nichtjüdische Öffentlichkeit.

Die Spaltung der Israelitischen Religionsgemeinde fand vor allem weiterhin in den Auseinandersetzungen um das Wahlrecht ihren Ausdruck. Im Dezember 1930 scheiterte eine bereits erwartete Einigung daran, dass die Liberalen den Antrag von Volkspartei und Poale Zion auf Bildung einer Kommission für die Debatte des Wahlrechts abgelehnten.

Die Vertreter der Volkspartei lehnten daraufhin nun ihrerseits jede weitere Zusammenarbeit mit den Liberalen ab.⁸⁹⁵ Sie blieben ein Jahr lang den Gemeindefitzungen fern und zeigten

⁸⁹⁰ Vgl. Paulus 1998, 56.

⁸⁹¹ Vgl. Brandmann 1998, 375.

⁸⁹² Vgl. Bergmann 2004, 35. Die CV-Zeitung machte Ende Juni vornehmlich die Medien, insbesondere die Leipziger Neueste Nachrichten sowie die Dresdner und Chemnitzer Presse verantwortlich, welche sich als Gegner eines roten Sachsens verstanden; „viele Zeitungen [seien] die brauchbarsten und billigsten nationalsozialistischen Wahlhelfer“ gewesen. Vgl. dazu AJFB 11 (1930) 27, 3.

⁸⁹³ Vgl. Lestschinsky 1933, 12.

⁸⁹⁴ Vgl. ZWST der deutschen Juden 1929, 146.

⁸⁹⁵ Einzelne Vertreter der Orthodoxie blieben im Sitzungszimmer und zogen sich die Kritik der Zionisten zu. Vgl. dazu AJFB 11 (30) 49, 1. und AJFB 11 (30) 49, 6.

sich erst am 21.12.1931, nachdem die Liberalen eine Kommission zur Änderung des Wahlrechts eingerichtet hatte, wieder kooperationsbereit.⁸⁹⁶

Die wirtschaftliche Krise traf Anfang der dreißiger Jahre die jüdische Bevölkerung hart.

Jüdische Arbeitnehmer waren immer mehr der antisemitischen Hetze ausgesetzt und wurden systematisch vom Arbeitsmarkt verdrängt. So wurden die Jüdische Darlehenskasse sowie die Sozialarbeit der Gemeinde und Vereine stärker gefordert denn je. Bereits 1929 hatte die Gemeindeführung einen Wohlfahrtspflegeetat von 200.000 Mark, welcher 30 Prozent des Gesamtetats ausmachte, beschlossen. Dieser erwies sich jedoch aufgrund der sozialen Probleme als unzureichend, so dass eine Sondersteuer diskutiert und schließlich eingeführt wurde.⁸⁹⁷ Ab 1930 ging der Etat für die Wohlfahrtspflege der Israelitischen Religionsgemeinde rapide zurück, da im Zuge der Weltwirtschaftskrise trotz ständiger Steuersatzerhöhungen die Einnahmen zurück gingen.⁸⁹⁸ Dazu trug auch bei, dass wegen der Wirtschaftskrise jüdische Händler Leipzig zunehmend verließen.

Die wirtschaftlich katastrophale Situation der Leipziger Juden resultierte nicht zuletzt daraus, dass ein großer Teil von ihnen zur gewerbetreibenden und kaufmännischen Mittelschicht gehörte bzw. selbständig arbeitete und somit nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert war. Der Verfall des selbständigen jüdischen Mittelstandes stellte sich in Leipzig besonders krass dar, darüber hinaus war der große Teil proletarischer Juden extrem von der wirtschaftlichen Misere betroffen.

Zwar war die Stadt verpflichtet, auch die hilfsbedürftigen Ausländer zu unterstützen, bei Annahme der Hilfe drohte diesen aber die Ausweisung. Diese Ausweisung erfolgte bereits dann, wenn Steuern oder Krankenkassenbeiträge nicht gezahlt wurden. In dieser prekären Situation wurden nicht zuletzt private Initiativen ins Leben gerufen, so 1930 durch Rudolf Schick⁸⁹⁹, Moritz Ury⁹⁰⁰ und Julius Lustig⁹⁰¹ ein sogenannter Ausschuss für Krisenhilfe, wel-

⁸⁹⁶ Vgl. AJFB 12 (31) 51/52, 6.

⁸⁹⁷ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 4, 5.

⁸⁹⁸ Vgl. Bach 1994, 134.

⁸⁹⁹ Bei dem Buchhändler Rudolf Schick handelt es sich um den Ehemann von Rosa Schick, der Vorsitzenden des Vereins Israelitischer Kindergarten, Tagesheim e.V. und langjährige Mitarbeiterin des Ausschusses für Armenwesen der Gemeinde. Vgl. dazu Wählerliste der Gemeindeführer der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig 1924.

⁹⁰⁰ Der Kaufmann Moritz Ury war der Ehemann von Selma Ury, welche Vorstandsmitglied des Israelitischen Kindergartens, Tagesheim e.V. war und bis weit in die dreißiger Jahre hinein nachweislich im Israelitischen Frauenverein sowie im Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit mitwirkte. Vgl. dazu Wählerliste der Gemeindeführer der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig 1924 und StAL PP-V 4622.

⁹⁰¹ Julius Lustig, Kaufmann, war der Ehemann des Vorstandsmitgliedes der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenvereins und des Israelitischen Frauenvereins, Helene Lustig. Vgl. dazu Wählerliste der Gemeindeführer der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig 1924, StAL PP-V 4560, LJZ 1 (1922) 12, 3.

cher eine Volksküche betrieb sowie Bedürftigen Mietbeihilfen, Lebensmittel und Kohle zahlte, Kleidung und Schuhe sammelte, verteilte und sich der Arbeitsbeschaffung widmete.⁹⁰²

Lange war der sozialen Fürsorge wegen des relativen Wohlstandes der Mehrheit nur eine begrenzte Bedeutung zugekommen. Nun griff die Proletarisierung der Großstadtjuden auch in Leipzig um sich und die Chancen der Selbständigkeit verringerten sich dramatisch. So nahmen Probleme wie Arbeitslosigkeit, geringer Verdienst und die notwendige Versorgung bedürftiger Alter in der Gemeinde ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an.

Zugleich stellte der liberale Gemeinderabbiner Felix Goldmann eine Sinnentleerung der Zedakah fest. Die Verpflichtung zur Hilfe war einem Geben aus dem Überfluss heraus gewichen. Das Nichtbeschämen spielte keine Rolle mehr, stattdessen wurde Dankbarkeit erwartet, ein Recht auf Hilfe existierte nicht mehr.⁹⁰³ Auch in der jüdischen Sozialarbeit setzten sich erzieherische Ansätze durch. Felix Goldmann verwies darauf, dass Zedakah frei von persönlichen und erzieherischen Komponenten war und rief die Rabbiner dazu auf, ihre ganze Aufmerksamkeit der modernen sozialen Arbeit als einer der wichtigsten Aufgaben der Religion zu widmen. Für den Verlust von Gemeindemitgliedern durch Austritte von Minderbemittelten machte er nicht zuletzt jene Rabbiner verantwortlich, welche sich nicht genügend sozialen Fragen widmeten. Er forderte von den Rabbinern, sich für die moderne Sozialfürsorge sowie ihre Methoden und Ziele gegenüber jenen einzusetzen, welche noch der Zedakah verhaftet waren. Felix Goldmann, zugleich Vorsitzender des sächsischen Landesverbandes des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, wandte sich zudem gegen eine andere Bedrohung für das Bestehen des Judentums: gegen die Mischehen, welche in Leipzig überdurchschnittlich häufig geschlossen wurden. Er appellierte an die „jüdische Ehre“ und das Hintenanstellen von persönlichen Interessen zugunsten der Interessen der jüdischen Gemeinschaft. Entschieden sprach er sich gegen eine zu weit gehende Duldung von Mischehen im Gemeindeleben aus.⁹⁰⁴

Der Fürsorge-Ausschuss der Gemeinde unter Vorsitz von Siegmund Gottlieb erlangte wachsende Bedeutung, ihm gehörten neben den liberalen Rabbinern führende Vertreterinnen der

⁹⁰² Vgl. dazu GBIRG 8 (1932) 10, 2.

⁹⁰³ Vgl. dazu Felix Goldmann: Rabbiner und soziale Arbeit, (GBIRG 5 (1929) 35, 1 f

⁹⁰⁴ Vgl. dazu LJW 5 (1932) 31, 3 und Leip. Jüd. Jahr- und Adressbuch 1933, 78.

Leipziger Frauenvereine an, so Else Cohn,⁹⁰⁵ Helene Felsenstein,⁹⁰⁶ Rosi Lampel⁹⁰⁷ sowie Hedwig Mathias.⁹⁰⁸ Im Unterrichts- und Erziehungsausschuss wirkte Alma Schindler.⁹⁰⁹

In den Sitzungen der Israelitischen Religionsgemeinde debattierten die Gemeindevertreter über Kürzung sozialer Ausgaben angesichts sinkender Steuereinnahmen. So wurde am 5. Juni 1930 der Beschluss gefasst, die durch die Gemeinde vergebenen Darlehen von 1.000 auf 500 Mark zu senken. Die materiellen Beihilfen der Gemeinde für Vereine und Verbände wurden nunmehr paritätisch verteilt.⁹¹⁰

Nach Auswegen suchend bildete die Gemeinde 1930 einen Arbeitslosenausschuss mit dem Ziel, die Zahl jüdischer Erwerbsloser zu reduzieren. Da die sächsischen Behörden ein allgemeines Arbeitsnachweiswesen favorisierten und private Arbeitsnachweise ablehnten, blieb die Bildung eines jüdischen Arbeitsnachweises in der Leipziger Gemeinde aus. Wiederholt fanden sich die jüdischen Erwerbslosen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zu Demonstrationen zusammen. Protestiert wurde nicht zuletzt gegen den fehlenden Willen jüdischer Arbeitgeber, jüdisches Personal, welchem eine defizitäre arbeitsplatzrelevante Eignung unterstellt wurde, zu beschäftigen.⁹¹¹

Die liberalen Gemeindevertreter lehnten es in der Folge ab, die bisherigen Leistungen für Erwerbslose anzuheben. Gehälter für die von der Gemeinde angestellten Sozialarbeiter wurden zudem gekürzt und es kam zu Entlassungen.

Die Geldentwertung der Inflation führte zu gravierenden Vermögensverlusten des Mittelstandes und einer Verarmung eines beträchtlichen Teils des jüdischen Bürgertums.

Berufsumschichtung wurde in diesen Jahren zu einem zentralen Thema.

Die jüdische Sozialpolitik orientierte generell auf Maßnahmen, welche einer Annäherung der Sozialstruktur an die der nicht-jüdischen Bevölkerung dienten, um die Sonderstellung der Juden abzubauen.⁹¹²

Die Religionsgemeinde war gefordert, die Hilfen der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu ergänzen. Im Zentrum stand die Familienhilfe. 1931 wurde diese in 3.796 Fällen von Gemeindegliedern beansprucht. Die Jüdische Gemeinde sah sich rasch wachsenden Aufgaben und Problemen gegenüber; Berufsumschichtung und Wirtschaftshilfe führten zu hohen finan-

⁹⁰⁵ Else Cohn war die Vorsitzende der Leipziger JFB-Ortsgruppe.

⁹⁰⁶ Helene Felsenstein leitete als Vorsitzende den Israelitischen Frauenverein, Tagesheim e.V..

⁹⁰⁷ Rosi Lampel gehörte zum Vorstand des Frauenvereins Ruth und leitete die Gruppe älterer Damen der JFB-Ortsgruppe. Vgl. dazu auch GBIRG 4 (1928) 20, 6.

⁹⁰⁸ Hedwig Mathias, ehemalige Vorsitzende des Schwesternbundes der Leipzig Loge des U.O.B.B., war sowohl Vorstandsmitglied des Israelitischen Frauenvereins als auch des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins. Vgl. JJS, 127 und PP-V 41.

⁹⁰⁹ Vgl. Jüdisches Jb. 1994, S. 108 f.

⁹¹⁰ Vgl. dazu AJFB 11 (1930) 24, 7.

⁹¹¹ Vgl. GBIRG 6 (1930) 47, 4.

ziellen Belastungen der einzelnen Mitglieder. Die Gemeindefürsorge legte daher am 1. Juni 1931 eine Beschränkung der finanziellen Mittel des Fürsorgeausschusses fest.⁹¹³

Unter diesen Rahmenbedingungen gewann die Professionalisierung sozialer Arbeit an Bedeutung und aus der traditionellen Wohltätigkeit entstand die Sozialarbeit mit Ansätzen einer Sozialpolitik. Zugleich wuchs das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich weiter an, welches gerade in den Krisenjahren unabdingbar wurde. In der wirtschaftlichen Bedrängnis intensivte sich das Gemeindeleben und der Zusammenhalt wuchs.

Die Gemeinde unterstützte weiter regelmäßig die sozialen Vereine, unter anderem den Israelitischen Kindergarten und sorgte für die Verteilung von Lebensmitteln zu Pessach.⁹¹⁴

1930 führte die Gemeinde die jüdische Winterhilfe ein. Das Wohlfahrtsamt der Gemeinde übernahm zudem die Betreuung von notleidenden Händlern und Wandergewerbetreibenden als neues Arbeitsfeld. Zu dieser Zeit waren mehr als die Hälfte der Gemeindefürsorge ohne steuerpflichtiges Einkommen.⁹¹⁵

Auf dem Gebiet der Familienhilfe intensivte sich die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und der Ortsgruppe des JFB.

1931 vergab die Gemeinde unabhängig von der DIG-Darlehenskasse für Frauen und Mädchen 99 Darlehen und in einer Gesamthöhe von 10.300 Mark ohne Bürgschaft an Bedürftigen aus. Die Rückzahlungen sollten ohne Einschränkung der Lebensbedürfnisse der Empfänger erfolgen. Insgesamt betreute die Gemeindefürsorge im Zeitraum 1931 bis 32.326 Familien. Im gleichen Jahr erhielten 400 Erwerbslose Unterstützung.⁹¹⁶ 1932 unterstützte die Gemeinde insgesamt 321 Erwerbslose.⁹¹⁷

Obleich 1932 festgestellt wurde, dass der Großteil der Gemeindefürsorge von Verarmung betroffen war, erfolgte die Kürzung des Fürsorgeetats um etwa 30.000 Mark.⁹¹⁸ Die Ausgaben der Gemeinde für die Fürsorge sanken somit 40 Prozent. Auch dem Frauenverein „Ruth“ wurden die Beihilfen um 50 Prozent gekürzt. Keinerlei Unterstützung gab es für die jüdischen Handwerker. Heftige Auseinandersetzungen löste aus, dass die Ausgaben für den Kultus dagegen nur um 25 Prozent gekürzt wurden. Beispielsweise blieben Ausgaben für den Chor in Höhe von 900 Mark unangetastet, weil einige der bedeutenden Steuerzahler darauf bestanden.

⁹¹² Vgl. Lestschinsky 1933, 14.

⁹¹³ Vgl. dazu Leipziger Jüdisches Wochenblatt 4 (1931) 23/24, 5.

⁹¹⁴ Vgl. Bach 1994, 134.

⁹¹⁵ Vgl. dazu Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindefürsorge 1994.

⁹¹⁶ Vgl. Folmann 1932, 1.

⁹¹⁷ Vgl. dazu weiter GBIRG 8 (1932) 21, 1.

⁹¹⁸ Vgl. AJFB 13 (1932) 24, 4.

400 jüdische Erwerbslose, welchen die Gemeinde keine dauerhafte Unterstützung gewährte, waren in der Folge von Ausweisung bedroht.⁹¹⁹

Besonders die Frauenvereine blieben auch angesichts veränderter Rahmenbedingungen ihrem traditionellen Ziel treu, bei dezidiertem Wahrung des Klassenunterschieds eine echte Beziehung zwischen Helfer und Hilfesuchenden herzustellen. Die Frauen engagierten sich weiter mit Hinweis auf ihre weibliche Berufung und in Abgrenzung zu jeglichen Erwerbsabsichten. Dabei erfordert die Bedürftigkeit immer weiterer Schichten nun auch neue Ideen zur Wahrung der Diskretion, die einer 'Verletzung der Selbstachtung' vorbeugen sollte.

Die Gemeinde führte Ende 1932 den Freiwilligen Arbeitsdienst für Erwerbslose (FAD) ein, eine Maßnahme ohne berufspolitische Bedeutung aber mit dem Ziel, jüdischen Erwerbslosen neuen Lebensmut zu vermitteln. 21 Männer, in der Mehrzahl Arbeitslose aus der Rauchwarenbranche, absolvierten ein umfangreiches und vielfältiges Programm.⁹²⁰

Teil dieser Hilfe war u.a. die Teilnahme der Arbeitslosen an regelmäßigen sportlichen und geistigen Übungen; es wurden darüber hinaus spezielle Kurse angeboten, welche auf die Stärkung des Judentums und das Ansprechen der speziellen Probleme der jungen Männer orientierten. Im Juli 1932 führte die jüdische Gemeinde einen allgemeinen Fördersatz für die Fürsorge ein, wodurch Verheiratete aus dem FAD ausschieden. Der private jüdische Ausschuss für Krisenhilfe finanzierte Straßenbahnfahrkarten für die Teilnehmer. Das Bildungsangebot beinhaltete u.a. Fragen der jüdischen Sozialpolitik, juristische Fragen des Alltagslebens, jüdische Geschichte, soziale und mosaische Gesetze sowie medizinische Themen.

Anders, weil weniger auf Bildung und körperliche Ertüchtigung angelegt, gestaltete sich der FAD für Frauen. Für fünfzehn junge Frauen wurde eine Nähstube eingerichtet, in welcher diese mit acht eigenen oder geliehenen Nähmaschinen Wäsche zur unentgeltlichen Abgabe an bedürftige Frauen anfertigten. Geleitet wurde die Nähstube durch eine deutsche Jüdin, welche selbst von städtischer Fürsorgeunterstützung leben musste und für ihre Tätigkeit einen nicht anrechenbaren Zuschuss erhielt. Die Leipziger Ortsgruppe des JFB übernahm die Schulung der Teilnehmerinnen, wobei die Stärkung ihres Judentums im Vordergrund stand.

Zu Beginn gab es große Vorbehalte und Proteste, insbesondere seitens der Arbeitslosen gegen den jüdischen FAD. Allerdings wurde er von den Erwerbslosen zunehmend als hilfreich eingeschätzt. Für 1933 plante der FAD eine Werkstatt, in welcher qualifizierte Handwerker, wie

⁹¹⁹ Vgl. dazu LJW 5 (1932) 19, 3.

⁹²⁰ Zehn Teilnehmer kamen aus der Rauchwarenbranche, außerdem beteiligten sich zwei Buchbinder, zwei Ungelernte, zwei Händler, zwei kaufmännische Angestellte, zwei Elektriker und ein Kellner. Vgl. Folmann 1933, 48.

Schuhmacher, Schneider und Tischler kostenlos Arbeiten für Erwerbslose ausführten.⁹²¹ 1933 stellte die Gemeindevertretung 3.000 RM für den FAD zur Verfügung.⁹²²

Der Zionismus verzeichnete unter den Krisenbedingungen und dem zunehmenden Antisemitismus verstärkten Zulauf, auch assimilierte Jüdinnen, wie Hadassah Chamitzer, bekannten sich zum Zionismus und zur Zionistischen Frauengruppe. Sie war mit zionistischen Kreisen in Berührung gekommen, griff bewusst jüdische Tradition auf, erlernte in reifem Alter zum Bibelstudium das Hebräische und schloss sich überzeugt dem Zionismus an. Sie regte die Frauen der Gemeinde im Rahmen der von ihr geleiteten Arbeitsgemeinschaft der JFB-Ortsgruppe für moderne jüdische Literatur zur Lektüre traditionsreicher Schriften, jüdischer Literatur und zum Kennenlernen Palästinas an und appellierte an die Zionistinnen, den jüdischen Geist in der Familie stärker zu pflegen.⁹²³

Anna Neumann bot im Rahmen der Aktivitäten der Zionistischen Frauengruppe Bibelkurse an, u.a. fanden Lektüresitzungen im März 1929 im Saal des jüdischen Jugendheimes statt.⁹²⁴ 1930 wurde die vierzehntägige Arbeitsgemeinschaft zur Bibelarbeit aller jüdischen Frauen der Stadt unter Leitung von Anna Neumann fortgesetzt.⁹²⁵

Der Verband jüdischer Frauen für Kulturarbeit, welcher jüdische Frauen unabhängig von der Weltanschauung ansprechen wollte, strebte 1929 eine Ausweitung seiner Aktivitäten an. Seine besondere Aufmerksamkeit richtete sich auf die Arbeit und die Leistung von Frauen in Palästina. Hier engagierten sich solche auch in den Frauenvereinen exponierte Persönlichkeiten wie Recha Carlebach, Ella Chamitzer, Gertrud Ehrmann, Helene Felsenstein, Anna Neumann und Rosa Schick.⁹²⁶

1930 schlossen sich die Ortsgruppen des Verbandes jüdischer Frauen für Palästinaarbeit und des Bundes zionistischer Frauen im Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit zusammen. Kulturarbeit, Wohlfahrtspflege besonders für Frauen und Kindern, und jüdische Fürsorge in Palästina setzte sich dieses Bündnis zur Aufgabe.

Es wurden bekannte Persönlichkeiten zu Vorträgen eingeladen, welche die Leipziger Jüdinnen mit kulturellen Themen und sozialen jüdischen Problemen Palästinas und der Welt vertraut machten. Beispielsweise sprach Leo Baeck im Februar über den „Persönlichkeitswandel im 19. Jahrhundert“.⁹²⁷

⁹²¹ Vgl. Folmann 1933, 49.

⁹²² Vgl. Folmann 1933, 50.

⁹²³ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 8, 7. Sie war die Ehefrau des Arztes Raphael Chamitzer.

⁹²⁴ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 9, 7.

⁹²⁵ Vgl. dazu AJFB 11 (1930) 3, 7.

⁹²⁶ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 43, 7.

⁹²⁷ Vgl. dazu AJFB 11 (1930) 3, 7.

Am 1. April 1933 zählte die Leipziger Israelitische Religionsgemeinde 11.564 Mitglieder - davon 5.700 weibliche und 5.864 männliche Personen - was einem Anteil von 1,6 Prozent der Leipziger Bevölkerung entsprach. Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig war damit zu dieser Zeit die fünftgrößte im Reich.⁹²⁸ 80 Prozent der Gemeindemitglieder machten sogenannte Ostjuden aus.⁹²⁹ Darüber hinaus lebten Juden in der Stadt, welche der Gemeinde nicht angehörten. Insgesamt zählte Leipzig eine Wohnbevölkerung von 713.470 Personen mit einem Frauenüberschuss: 376.399 weibliche Personen standen 337.071 männlichen gegenüber.⁹³⁰

1933 richtete die Gemeindeverwaltung ein Sozialamt ein, um effektiv finanzielle Mittel zu sammeln und zu verteilen. Hierbei arbeiteten die Agudas Isroel, die Leipziger Ortsgruppen des JFB, des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und die Zionistische Vereinigung Leipzigs, der Hilfsverein israelitischer Gewerbetreibender sowie die Leipziger Loge zusammen.⁹³¹

4.2 Der Jüdische Frauenbund in der letzten Phase der Weimarer Republik

1929 beging der Jüdische Frauenbund sein 25jähriges Gründungsjubiläum. Aus diesem Anlass fand in der Zeit vom 9. bis 11. Juni 1929 eine Tagung in Berlin statt. In deren Rahmen wurde sowohl die geleistete Arbeit gewürdigt als auch in die Zukunft der jüdischen Frauenbewegung, welche nunmehr etwa 50.000 Mitglieder in 430 Frauenvereinen aller jüdisch-politischen Richtungen umfasste, geblickt.⁹³²

Bettina Brenner, inzwischen wieder in Leipzig lebend und mit 441 von 446 Delegiertenstimmen erneut zur Vorsitzenden gewählt,⁹³³ erinnerte in ihrer Eröffnungsansprache daran, wie sich 1904 auf Initiative Bertha Pappenheims und Sidonie Werners deutsche Israelitische Frauenvereine zusammengeschlossen hatten, so dass der Dachverband innerhalb eines Jahres bereits 70 Vereine umfasste.⁹³⁴

Darüber hinaus bestand das zentrale Anliegen des Verbandes mehr denn je in der Stärkung des Judentums in Verbindung mit der sozialen Arbeit durch die Gewinnung jüdischer Frauen für das Judentum und eine entsprechend geprägte Sozialarbeit. Soziale Arbeit, Erziehung und

⁹²⁸ Vgl. SJb. 15.

⁹²⁹ Vgl. Richarz 3 17.

⁹³⁰ Vgl. SJb. 15.

⁹³¹ Vgl. dazu GBIRG 9 (1933) 20, 1.

⁹³² Vgl. dazu BIJFB 5 (1929) 6, 1.

⁹³³ Vgl. LJW 2 (1929) 25, 5.

⁹³⁴ Vgl. dazu GBIRG 5 (1929) 19, 5.

geisteskulturelle Bildung blieben der Kern der Bundesarbeit.⁹³⁵ Konkret wurden für in sozialer Arbeit tätige Frauen Schulungskurse angeboten, für schulentlassene Mädchen hauswirtschaftliche Kurse.

Die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wirkten sich auf den, den Traditionen verhafteten Verband aus und Leo Baeck kritisierte in seinem Beitrag jene Frauen, die im Zuge dieser aktuellen Entwicklungen ihr Judentum zugunsten der Rolle einer modernen neuen Frau aufgaben.⁹³⁶

Die Organisation des Jüdischen Frauenbundes bestand weiterhin aus der Reichsgeschäftsstelle, den Landes- und Provinzialverbänden und den in ihrer Anzahl noch immer wachsenden Ortsgruppen. Die Nachwuchsprobleme des Verbandes bestanden in den letzten Jahren der Weimarer Republik dennoch fort und Hannah Karminski appellierte deshalb, die jüngeren Frauen verantwortlich mitarbeiten zu lassen.

An der Arbeit des JFB und der Bearbeitung aktueller sozialer Probleme hatten eine Reihe von Fachkommissionen entscheidenden Anteil. Konkret waren dies die Kommission für Tuberkulosefürsorge, der Arbeitsausschuss für das Heim für tuberkulös gefährdete Kinder und weibliche Jugendliche in Wyk auf Föhr, die Kommission für Gefährdetenfürsorge, die Kommission für nachgehende Fürsorge, die Heimkommission für Neu-Isenburg, die Zentrale für Adoptions- und Pflegestellenwesen sowie die Kommission für hauswirtschaftliche Erziehung.

Die Elberfelder Zentrale des JFB mit den Kommissionen für Jugend- und Gefährdetenfürsorge beschäftigte sachverständige männliche Vertreter des Rabbinerverbandes, des Lehrerverbandes, der ZWST, des Preußischen Landesverbandes und der Frankfurter Sammelvormundschaft. Angesichts wachsender Probleme wurde die Zentrale um das jüdische Pflegestellenwesen, die jüdische Adoptionsvermittlung und eine „Vertrauens- und Beratungsstelle für Mütter“ ergänzt.

Der Bekämpfung von Volkskrankheiten, insbesondere der TBC, welche sich besondere im Zuge der Emigration jüdischer Proletarier aus dem Osten verbreitet hatte, kam Ende der zwanziger Jahre weiter eine bedeutende Rolle zu. Aufklärungsarbeit in Form der Verteilung von Druckerzeugnissen in jüdischen Schulen, Fürsorgestellen, Heimen und an Familien stand dabei im Mittelpunkt des Vorgehens. Die 1927 vom JFB errichtete Tb-Kinderheilstätte in Wyk leistete auch weiterhin praktische Heilung, welche nun auch weitere Krankheitsbilder einbezog. Die Einrichtung wurde intensiv durch eine Belegung mit 75 Kindern - insbesondere

⁹³⁵ Vgl. dazu GBIRG 5 (1929) 23, 2 f.

⁹³⁶ Vgl. Baeck 1929 in Heubach 1994, 120.

auch zur Behandlung mit Drüsenerkrankungen und Bronchitis - genutzt. Lediglich von Oktober bis Januar blieb das Haus geschlossen.

Die Arbeit im Heim in Neu-Isenburg gestaltete sich aufgrund von schrumpfenden Hilfsfonds schwierig. Hinzu kam, dass das reduzierte Pflegegeld nicht einmal die Hälfte der ohnehin geringen Selbstkosten deckte. Im Gegensatz zu evangelischen und katholischen Häusern konnten manche Säuglinge, Schwangere und Mütter in Neu-Isenburg aus Kostengründen nicht aufgenommen werden.⁹³⁷ Das Heim des JFB in Isenburg war 1931 die einzige jüdische Einrichtung im Reich für schwererziehbare Mädchen.

Der JFB betrieb Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre darüber hinaus Mütter- und Säuglingsberatungsstellen, Säuglingsheime, Kindergärten, Horte und Mädchenklubs. Die Frauen trafen sich zu Vorträgen, zu gemeinsamer Lektüre und Aussprachen über Erziehungsfragen.⁹³⁸

Im Mai 1932 nahm mit einem ersten Zusammentreffen in Münster ein Arbeitskreis für Gefährdetenfürsorge seine Tätigkeit auf. Ziel dieses Arbeitskreises war es, für alle das Arbeitsfeld betreffenden Fragen die zuständige und anerkannte Instanz zu werden. Vereine und Ortsgruppen sollten dazu Vertrauenspersonen für verschiedene Aufgaben, wie Kinderschutz und Bahnhofshilfe in namentlichen Listen erfassen.

Der Jüdische Frauenbund der Schweiz unterstützte die Erholungsfürsorge des JFB für Kinder materiell; eine entsprechende Spende von 1.000 Franken wurde auf Altenburg, Wyk, Isenburg, die Elberfelder Zentrale und einige Ortsgruppen für die Erholungsfürsorge verteilt.

Den wesentlichen Zielen des JFB, der Stärkung des jüdischen Gemeinschaftsbewusstseins und der jüdischen Identität, welche gerade in der Krisensituation an Relevanz noch gewannen, diente eine ganze Palette von Maßnahmen. Dazu gehörte die Förderung der Zusammenarbeit der jüdischen Frauenvereine und der Kooperation mit jüdischen Organisationen. Darüber hinaus pflegte der Bund unter Betonung des Jüdisch-Seins die Beziehungen zu anderen konfessionellen und interkonfessionellen Verbänden, welche soziale und kulturelle Ziele für das Leben deutscher Frauen verfolgten.

Martin Buber führte mit Ortsgruppen des JFB Arbeitsgemeinschaften zum Bibelstudium durch.⁹³⁹ Mit diesen Arbeitsgemeinschaften griff er ein zentrales didaktisches Element der Reformpädagogik auf, welches in den zwanziger Jahren in Schulpädagogik und Erwachsenenbildung eine Rolle spielte.

⁹³⁷ Karminski 1932, 4.

⁹³⁸ Vgl. dazu Jüdisches Jahrbuch 1929, 33-36.

⁹³⁹ Jacobi 2005, 183 f.

Seit 1930 lehnte der JFB die jüdisch-nationale Arbeit nicht mehr ab⁹⁴⁰ und unterstützte den Aufbau Palästinas. Bettina Brenner selbst spendete als erste Vorsitzende 1930 50 RM für die Palästinahilfe des Weltbundes jüdischer Frauen und damit eben so viel wie die Ortsgruppe Köln insgesamt.⁹⁴¹

Zudem kämpfte der Bund weiter um die gleichberechtigte Mitwirkung der Frau in der jüdischen Gemeindearbeit, um einen leichteren Zugang jüdischer Frauen und Mädchen zum Erwerbsleben und für die Eindämmung der Geschlechtskrankheiten. Der JFB nahm Anteil an den internationalen Bestrebungen von Frauenorganisationen zur Versöhnung der Völker durch Zusammenarbeit.

Zunehmendes Gewicht erhielt die Bekämpfung aller Formen des Antisemitismus.⁹⁴²

Nachdem überwältigenden Stimmengewinn der Nationalsozialisten bei den Sächsischen Landtagswahlen 1930, warnte der JFB in einem „Offenen Brief an die deutschen Juden“, dass die sich ausweitende Welle des fanatischen Antisemitismus die Nationalsozialisten zu Schritten gegen die Juden treiben könnte, „an die sie heute selbst noch nicht mit Ernst denken.“⁹⁴³

Der sich verschärfende Antisemitismus und die nationalsozialistischen Übergriffe forderten vom JFB eine Stellungnahme. Zunächst bestand diese darin, dass die Mitglieder zur Übernahme von mehr politischer Verantwortung durch die aktive Mitwirkung in politischen Parteien aufgefordert wurden.⁹⁴⁴

Der JFB rief seine Mitglieder zu Selbsterziehung auf: Sie sollten Mitkämpferinnen und Kameradinnen der Männer und erwerbstätig werden sowie auf Hausangestellte verzichten. Tätigkeit und Kompetenz sollten den Frauen Sicherheit vermitteln, nicht ihr Vermögen.

Hinsichtlich der Kindererziehung wurde ein selbstbewusstes Judentum betont und das Erbringen besonderer Leistungen in der nichtjüdischen Gesellschaft.⁹⁴⁵

Seit Anfang der dreißiger Jahre widmete der JFB der „Aufklärungsarbeit“, d.h. der Information nichtjüdischer Frauen über Juden und Judentum sein verstärktes Engagement.⁹⁴⁶

Rosenthal urteilte, der Antisemitismus habe im Westen zu einer „Flucht“ der Frauen in die Religion, im Osten in die Mystik geführt.⁹⁴⁷

⁹⁴⁰ Vgl. dazu BIJFB 8 (1932) 4, 9

⁹⁴¹ Vgl. BIJFB 6 (1930) 1, 9.

⁹⁴² Vgl. Jüdisches Jahrbuch 1929, 34.

⁹⁴³ BIJFB 7 (1930) 5, 7.

⁹⁴⁴ Vgl. ebenda, 8 f.

⁹⁴⁵ Vgl. dazu BIJFB 7 (1931) 6, 2.

⁹⁴⁶ Vgl. dazu Kaplan, 44.

⁹⁴⁷ Im Morgengebet von Jungen und Männer hieß es: „Gelobt seist du, Ewiger, unser Gott, der mich nicht zur Frau gemacht hat.“ Frauen beteten: „Gepriesen seist du, Ewiger, unser Gott, der mich nach seinem Willen geschaffen hat.“ Vgl. dazu weiter Rosenthal 1932 a, 5 f.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels und der Prostitution traten in den Krisenjahren zugunsten der Gefährdetenfürsorge noch stärker in den Hintergrund. So fühlte sich Bertha Pappenheim seit 1929 mit ihrem Engagement gegen den Mädchenhandel zunehmend ausgegrenzt, zumal ihre Berichte vom stetig anwachsenden Antisemitismus missbraucht wurden.⁹⁴⁸

Nach dem Kriegsende hatte sich in der jüdischen Wohlfahrtspflege allmählich die Beschäftigung von fachlich ausgebildeten Berufskräften durchgesetzt,⁹⁴⁹ wobei das Verhältnis von ehrenamtlicher und beruflicher Sozialarbeit in der jüdischen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde. Die sozialpädagogische Ausbildung und die Berufsarbeit wurden von Seiten der Ehrenamtlichen als Gefahr für das Judentum und die jüdische Wohlfahrtspflege betrachtet, da das Ehrenamt in der jüdischen Tradition der Mizwah verstanden wurde.⁹⁵⁰

Andererseits bestanden durchaus berechtigte Vorbehalte gegen die fehlenden fachlichen Kompetenzen und mangelhafte Kenntnisse ehrenamtlicher Kräfte. Die notwendige Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Berufskräften gestaltete sich nicht konfliktfrei. Ehrenamtlich tätige Frauen erweiterten ihren Einflussbereich an der Spitze von Frauenorganisationen, in Wohlfahrtsausschüssen, Kommissionen, Verbänden und Gemeinden. Sie gestalten die Reorganisation von Wohlfahrtspflege, bezahlte Kräfte hingegen leisteten zunehmend die konkrete soziale Arbeit an den Menschen.⁹⁵¹

Der JFB setzte sich mehrfach mit den Spannungen und Konflikten zwischen ehrenamtlichen und beruflichen Kräften auseinander. Er kritisierte, dass junge motiviert in den Beruf eintretende Frauen, sich häufig weigerten, sich den praxiserfahrenen Frauen unterzuordnen; andererseits benutzten die Ehrenamtlichen häufig die Arbeitskraft der Sozialarbeiterin ohne sie gesellschaftlich in ihren Kreis aufzunehmen, wodurch diese in Isolation, teilweise in Opposition gezwungen worden. Der JFB verlangte von den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen Weiterbildung und Schulung, um so die theoretisch ausgebildeten und die in der Praxis erfahrenen Frauen zusammenzuführen.⁹⁵²

Bertha Pappenheim trat im Sommer 1929 für eine Zugangsbeschränkung jüdischer Mädchen zur sozialen Ausbildung ein und mahnte, „daß [sic] die Gemeinden und Organisationen auch mit der Einstellung von Sozialbeamten sehr vorsichtig sein sollen, weil dies zum Prinzip der Ausschaltung des Privatinteresses und der geistigen und finanziellen Konzentrierung auf

⁹⁴⁸ Vgl. Pappenheim 1930, 3 f. Zum Missbrauch des Engagements von Bertha Pappenheim durch den „Stürmer“, vgl. Heubach 1992, 9.

⁹⁴⁹ Vgl. dazu ZJW 1 (1929) 6, 322-325.

⁹⁵⁰ Vgl. ZJW 1 (1929) 5, 259 und BIJFB 5 (1929) 8.

⁹⁵¹ Vgl. dazu ZJW 1 (1929) 6, 325 f.

⁹⁵² Vgl. BIJFB 7 (1930) 5, 6.

Wohlfahrtsdinge notgedrungen führen muß [sic]. An diesem Punkt gabeln sich die Gegensätze der allgemeinen und der jüdischen Sozialpolitik, und vor allem der Aufgaben innerhalb des jüdischen Gemeindelebens als solchem.[...] ich bin erschüttert, wenn ich sehe, wie die Rationalisierung des Wohltuns, nach der ich selbst vor etwa 12 bis 15 Jahren gerufen hatte, ins Kraut und Unkraut geschossen ist. Nicht aus innerer Notwendigkeit scheint das geschehen, sondern weil die Wohlfahrtsarbeit aus einer Berufung ein Beruf für Viele, eine melkende Kuh geworden ist.⁹⁵³

Der Vorsitzende des Wohlfahrtsausschusses des Preußischen Landesverbandes, Türk, begrüßte hingegen den Zulauf jüdischer Mädchen zu den Wohlfahrtsschulen und dass sie sich dieser „Geist und Gemüt fordernden Lebensaufgabe“ stellten. Gegen Pappenheims Kritik an Bürokratisierung und Mechanisierung wendete er ein, dass neue Methoden notwendig seien, welche dennoch die „Beziehungen von Mensch zu Mensch“ nicht einschränkten. Zudem verteidigte Türk die Sozialbeamtinnen hinsichtlich der finanziellen Vorhaltungen von Pappenheim, indem er auf deren geringen Verdienst, den er ausdrücklich guthieß, verwies.⁹⁵⁴

Pappenheim bestand nachdrücklich auf geringe Bezahlung und einen Arbeitsaufwand, welcher über das Bezahlte hinausging bzw. den Beschäftigten einen Teil unbezahlter Arbeit abzuverlangen, da soziale Arbeit aus ihrer Sicht immer den Charakter eines Gottesdienstes wahren müsse. Auch Rahel Strauß unterstrich als eine der führenden Repräsentantinnen noch 1930 die „soziale Mütterlichkeit“, indem sie schrieb: „Nicht die Mütter sind es, die hier am meisten zu geben haben. Nein, die tiefe Mütterlichkeit, die fast in jeder Frau ruht, die nicht absorbiert wird durch die eigengeborenen Kinder [...] die Frauen sind heute die Arbeiter an der Jugend in Heimen und offener Fürsorge“.⁹⁵⁵ Die wirtschaftlichen Frauenschulen auf dem Lande und die sozialen Frauenschulen in den Städten schienen für die Schaffung eines neuen Frauentyps aus Sicht des JFB besonders geeignet.⁹⁵⁶

Dennoch war der Verband an professionellen Fachkräften interessiert. 1930 mangelte es trotz des großen Überschusses an jüdischen sozialpädagogischen Fachkräften in jüdischen Erziehungsanstalten an qualifiziertem jüdischem Personal. Der JFB, die ZWST und Reichsausschuss jüdischer Jugendverbände führten deshalb eine Fragebogenaktion an den Einrichtungen durch, welche allerdings auf sehr geringe Resonanz stieß.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass unter dem erzieherischen Personal zwölf Prozent Christen waren, unter den Hausangestellten sogar fünfundsechzig Prozent. Die Hauptursache bestand in einem Mangel an jüdischen Fachkräften, welche sowohl pädagogische als auch

⁹⁵³ BIJFB 5 (1929) 8, 9.

⁹⁵⁴ Vgl. BIJFB 5 (1929) 8, 10.

⁹⁵⁵ Vgl. dazu BIJFB 6 (1930) 2, 2.

Qualifikationen für die Ausbildung der Jugendlichen zum Beispiel in Hauswirtschaft oder Schneiderei besaßen.⁹⁵⁷

Der JFB forderte daher eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Heimen und Ausbildungsanstalten. Die Sabbatfreiheit führte in den Heimen allerdings zu einer generellen Bevorzugung christlichen hauswirtschaftlichen Personals.

Ungenügende Arbeitsbedingungen, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und Verdienstmöglichkeiten in den Anstalten veranlassten viele Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen, Jugendleiterinnen und Jugendfürsorgerinnen die Arbeitslosigkeit oder einen Berufswechsel vorzuziehen.

Die Tätigkeit in der Anstalt erwies sich als persönlich so verschleißend, dass eine Beschäftigung bis zur Pensionierung weder für die Beschäftigte noch für die Einrichtung als wünschenswert erschien. Die tägliche Arbeitszeit übertraf die in allen anderen sozialen und pädagogischen Beschäftigungsfelder übliche.⁹⁵⁸ Der JFB strebte die Sechstageswoche als Kompromiss zwischen Wünschen der Angestellten und Möglichkeiten des Heimbetriebes an.⁹⁵⁹

Überhaupt boten lediglich die beiden Reichsheime des JFB in Isenburg und Wyk den Leiterinnen und den Erziehungsangestellten, welche länger als drei Jahre beschäftigt waren, eine Altersfürsorge.

1930 plante und forderte der Vorstand des JFB u.a. die Fortbildung ehrenamtlicher Sozialarbeiterinnen. Die Landesverbände, Ortsgruppen und Vereine verwiesen ihre Mitglieder nachdrücklich auf die Fortbildungsnotwendigkeit in allen Bereichen sozialer Arbeit hin und empfahlen dazu den Besuch interkonfessioneller Schulen.⁹⁶⁰

Ab 1930 ersetzten Sommerschulen des Jüdischen Frauenbundes in verschiedenen Gegenden des Reiches die Delegiertentagungen. Diese Zusammenkünfte waren jeweils für etwa 50 Teilnehmerinnen vorgesehen.⁹⁶¹ Die Schulungen dienten neben der Weiterbildung zu verschiedenen Themen der persönlichen Kontaktpflege in angenehmer Umgebung. Gästen und Interessentinnen anderer Landes- und Provinzialverbände stand eine Teilnahme offen.

Die ersten dieser Schulungen führten die Verbände Mitteldeutschland – zu welchem die Leipziger Ortsgruppe zählte - und Norddeutschland, Hannover, Pommern, Ostpreußen sowie Berlin gemeinsam durch; sie fanden vom 27. bis 29. Mai in Oberhof in Thüringen unter dem

⁹⁵⁶ Vgl. BIJFB 6 (1930) 2, 3.

⁹⁵⁷ Vgl. BIJfB 6 (1930) 9, 6.

⁹⁵⁸ Die meisten Heime gaben den Angestellten einmal monatlich 24 Stunden frei und einmal wöchentlich einen halben Tag.

⁹⁵⁹ Vgl. BIJFB 6 (1930) 9, 5.

⁹⁶⁰ Vgl. dazu BIJFB 7 (1930) 5, 9.

⁹⁶¹ Vgl. dazu BIJFB 6 (1930) 4, 1.

zentralen Thema „Berufsfragen und bevölkerungspolitische Fragen“ statt. Der engere Vorstand des JFB nahm an der Schulung teil und führte seine Sitzung durch. Else Cohn zog als Vorsitzende und Vertreterin der Leipziger Ortsgruppe am letzten Tagungstag in einem Referat Schlussfolgerungen für die praktische Bundesarbeit. Weitere Referentinnen waren Siddy Wronsky, Rebekha Zadik sowie Margarete Berent.

Vom 7. bis zum 9. September 1930 fand in Bad Dürkheim eine weitere Sommerschule mit dem Schwerpunktthema: „Die Lebensgestaltung der Frau in Beruf und Ehe“ statt. Zur Diskussion standen hier u.a. Schwangerschaft, Geburtenregelung und Scheidung im besonders patriarchalen Judentum. Nicht zuletzt stand der Paragraph 218 auf der Tagesordnung, welcher als Klassengesetz und gegen den Erhalt von Leben bewertet wurde. Bertha Pappenheim sprach sich in diesem Zusammenhang gegen Verhütung und Schwangerschaftsunterbrechung aus.

Weiterhin ging es zudem um die problematischen Lebensbedingungen unverheirateter Frauen und um die Pflichten der Frauen als Erzieherinnen.

Margarete Susmann referierte allgemein zur „Berufsproblematik der heutigen Frau“ in Deutschland, wobei der Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau und die „fast völlige Entseelung des Berufes“ im Vordergrund standen. Margarete Berent stellte juristische, Rahel Strauss medizinische Grundlagen jüdischer weiblicher Lebensgestaltung dar.

Am 10. September erfolgte wiederum im Anschluss an die Schulung die von Bettina Brenner eröffnete Gesamtvorstandssitzung des JFB, in deren Rahmen Hannah Karminski den Geschäftsbericht darlegte. Dieser stellte die Teilnahme des JFB am Jüdischen Friedensbund, die Mitwirkung des Verbandes in der ZWST und im Ausschuss des C.V. anlässlich der Wahlen dar (Friedensarbeit, Sozialarbeit, Abwehrarbeit). Darüber hinaus beschäftigte sich der Bericht mit der Zusammenarbeit mit den Vereinigungen Schomre Schabbos⁹⁶² und Beth Jakob⁹⁶³ sowie mit dem Bund deutscher Frauenvereine und dem Weltbundes Jüdischer Frauen – dessen langsames Arbeitstempo kritisiert wurde. Dem Bund gehörten als Reichsverbände der Schwesternverband der U.O.B.B.-Logen, der Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit sowie der Verband jüdischer Jugendvereine an. Es wurde eine Propaganda-Kommission ins Leben gerufen, in welcher je eine Vertreterin pro Provinzialverband mitwirken sollte.

Im Ergebnis der Sitzung wurde den Landesverbänden und Ortsgruppen empfohlen, die Schulung und Aktivierung der Frauen für ihre Pflichten als Staatsbürgerinnen und Mitglieder der

⁹⁶² 1928 war der Weltverband für Sabbatschutz „Schomre Schabbos“ in Berlin gegründet worden.

⁹⁶³ Die von Sarah Schenirer initiierte Beth Jakob-Bewegung errichtete und unterhielt seit 1917 Mädchenschulen, welche ein positives jüdisches Bewusstsein durch das Vermitteln jüdischer Geschichte und durch das Bibelstudium ausbilden wollten als Alternative zu einer säkularen Bildung jüdischer Mädchen an öffentlichen Schulen, welche zu einer Entfremdung vom Judentum führte. Vgl. dazu Hödl 1994, 62 ff.

jüdischen Gemeinden zu übernehmen.⁹⁶⁴ Zu den Themen Selbstverteidigung und Solidarität geriet der JFB 1932 öffentlich mit dem kooperierenden Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit in Dissens. Karminski schlussfolgerte daraus: „Wir müssen daher in Zukunft verlangen, daß [sic] vor öffentlichen politischen Kundgebungen des Frauenbundes, die im Namen aller angeschlossenen Verbände erfolgen sollen, mit der Leitung der deutschen Wizo Fühlung genommen wird.“⁹⁶⁵

Bevölkerungspolitische Überlegungen veranlassten den JFB immer wieder für die Anerkennung unehelicher Kinder und lediger Mütter einzutreten. Seit Beginn der dreißiger Jahre begannen sich ledige Mütter nun zu ihren Kindern zu bekennen, nachdem sie aus seit Ende der zwanziger Jahre nicht mehr als „Gefallene“ stigmatisiert wurden. Zur gleichen Zeit wurden zunehmend uneheliche Säuglinge in jüdischen Familien untergebracht. Dagegen forderte der JFB – obgleich er die Stellung unehelicher Kinder zu verbessern suchte - Heimpflege der Familienpflege im ersten Lebensjahr vorzuziehen.⁹⁶⁶

Wegen der Annahme der Vererbbarkeit des Charakters, befürwortete der JFB eine Adoption nur dann, wenn Kind und Mutter gesundheitlich und sittlich als „einwandfrei“ gelten konnten. Der JFB unterstützte ledige Frauen, die ihr Kind selbst versorgten, aufgrund der positiven ethischen Bewertung der Mutterschaft.

Wie Prestel darstellte, warb auch der JFB aus bevölkerungspolitischen Motiven zunehmend für umfassende Hilfe für die Kinder, deren Erbgut nicht einschätzbar war.⁹⁶⁷ Schließlich wurde auch von Rabbinern die rechtliche Gleichstellung unehelicher mit ehelich geborenen Kindern unterstützt.

Um das Bestehen der deutsch-jüdische Minderheit zu sichern, wurden gleiche Rechte ehelicher und unehelicher Kinder gefordert. Mit der nicht-jüdischen bürgerlichen Frauenbewegung bestand in dieser Frage Dissens.

1932 lehnte auch die II. Internationale Konferenz für soziale Arbeit eine Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder ab. Die Zentralstelle für jüdisches Pflegestellenwesen und Adoptionsvermittlung des JFB hingegen betonte 1932 die Notwendigkeit der Eingliederung unehelicher Kinder. Mitte 1933 berichtete der JFB von ausreichend guten Pflegeplätzen,

⁹⁶⁴ Es wurden Einführungskurse hinsichtlich staatlicher und kommunaler Aufgaben sowie der jüdischen Gemeindeverwaltung angeboten. Die Teilnahme an Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindefestungen sowie die Besichtigung der kommunalen und gemeindlichen Einrichtungen und Heimen dienten als Schulungsmittel.

⁹⁶⁵ Karminski 1932, 6.

⁹⁶⁶ Vgl. Prestel 1994 B, 95.

wobei dies nur die weniger vorteilhafte Lösung sein sollte, denn ein Zusammenbleiben von Mutter und Kind wurde favorisiert.⁹⁶⁸

Angesichts des sich weltweit ausweitenden Antisemitismus forcierten die jüdischen Frauenverbände ihre Zusammenarbeit. Vom 3. bis zum 6. Juni 1929 fand in Hamburg die durch den JFB vorbereitete zweite Weltkonferenz jüdischer Frauen statt, an welcher Vertreterinnen der jüdischen Frauenbewegung aus 20 Ländern teilnahmen. Auf dem Programm standen Themen der Wohlfahrtspflege und sozialen jüdischen Frauenarbeit, der Erziehung, die Frauenarbeit in den jüdischen Gemeinden und Fragen des gesamten Judentums.⁹⁶⁹ Es wurde konstatiert, „[...] daß [sic] soziale Arbeit in einem ganz großen und weiten Sinne dieses Wortes ein entscheidender, wohl der entscheidende Teil jüdischer Frauenarbeit und Frauenbewegung überhaupt“ war.⁹⁷⁰

In Verlauf der Konferenz konstituierte sich der sich politisch neutral verstehende Weltbund Jüdischer Frauen als nichtzionistisches Pendant zur 1920 in Manchester gegründeten Women's International Zionist Organisation (WIZO). Dennoch unterstützte er das soziale Aufbauwerk in Palästina im Hinblick auf die dort lebenden Frauen.

Im Gegensatz zur Wahrnehmung Siddy Wronskys, die Konferenz habe den Eindruck einer großen nationalen Einheit der Jüdinnen erweckt, konnten die Delegierten keine Einigung über die Statuten erzielen. Darüber hinaus wurden länderspezifische Differenzen in der jüdisch-sozialen Arbeit deutlich.⁹⁷¹

Die sozial problematischen Situationen, welche für Frauen aus den rabbinischen Gesetzen der rituellen Trauung und der Praxis des Scheidungsbriefes resultierten, standen während der Konferenz wiederum auf der Tagesordnung. Darüber hinaus spielten Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der Erhaltung des Judentums eine wichtige Rolle. Im Hinblick auf die deutschen Juden, wurde von Siddy Wronsky u.a. Geburtenrückgang, höhere Lebenserwartung, zahlenmäßiger Rückgang und Überalterung der Juden in Deutschland problematisiert. Die durch die schwierigen ökonomischen und politischen Verhältnisse geprägten Lebensbedingungen, eine eingeschränkte Berufswahl und die späte wirtschaftliche Selbstän-

⁹⁶⁷ Da uneheliche Kinder häufig nach der Geburt getauft wurden, geriet die jüdische Identität in Gefahr, so dass bereits die Unterbringung schwangerer Frau im Heim erfolgen sollte, um dies zu verhindern. Vgl. Prestel 1994 B, 99.

⁹⁶⁸ Vgl. dazu Prestel 2000, 361.

⁹⁶⁹ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 14, 3.

⁹⁷⁰ Vgl. dazu ZJW 1 (1929) 4, 229.

⁹⁷¹ Vgl. dazu BJFB 5 (1929) 7, 2.

digkeit zogen eine rückläufige Zahl von Eheschließungen nach sich. Deutschland verzeichnete außerdem weltweit zu dieser Zeit die größte Selbstmordrate unter den Juden.⁹⁷²

Die Gemeinden wurden dadurch belastet, dass sich die Durchwanderung von Emigration aus dem Osten und den Balkanländern - nachdem Amerika und Kanada ihre Grenzen geschlossen hatten – zu einer regelrechten Einwanderung entwickelt hatte.

Auch in diesem Zusammenhang standen weitere soziale Probleme der deutschen Juden infolge der Weltwirtschaftskrise wie Wohnungsnot, Gesundheitsgefährdungen und Arbeitslosigkeit ebenso zur Diskussion wie die noch immer nicht erreichte Gleichberechtigung und Mitarbeit der Frau in der jüdischen Gemeinde. 1929 hatte der JFB in 23 jüdischen Gemeinden für Frauen das aktive und passive Wahlrecht durchgesetzt, in acht Gemeinden das aktive Wahlrecht.⁹⁷³

Hinsichtlich der Bekämpfung des Mädchenhandels einigten sich die Teilnehmerinnen auf präventive Maßnahmen der Jugenderziehung, die Aufklärung über Gefahren von Prostitution und Mädchenhandel, die Berufsausbildung von Mädchen und die öffentliche Aufklärung.⁹⁷⁴

Der Weltkongress beschäftigte sich auch mit den drängenden aktuellen Fragen von Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, wobei auf die berufliche Ausbildung von Frauen besonderes Augenmerk gelegt wurde.

Insgesamt wurden Differenzen zwischen den Teilnehmerinnen, welche etwa Fragen des Zionismus,⁹⁷⁵ der Orthodoxie und des Mädchenhandels betrafen, weitgehend übergangen, dennoch verstärkte der Kongress in der Folge die ideologischen Differenzen in der jüdischen Frauenbewegung. Hecht stellte fest, dass die Referate und Zielsetzungen eine gewisse Unabhängigkeit und Loslösung von der internationalen interkonfessionellen Frauenbewegung belegten und konstatierte, dass die Internationalisierung zugleich zu einer „Nationalisierung“ der jüdischen Frauenbewegung im Sinne der Zugehörigkeit zur „Jüdischen Nation“ führte.⁹⁷⁶

Dennoch betonte die Konferenz ausdrücklich eine fortbestehende Verpflichtung zur interkonfessionellen Arbeit.

Das Ergebnis der viertägigen Gespräche bildeten nicht zuletzt dreizehn Resolutionen, darunter zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der jüdischen Gemeinde und zur Stär-

⁹⁷² Vgl. dazu BJFB 5 (1929) 7, 4.

⁹⁷³ Vgl. Konz, 158.

⁹⁷⁴ Vgl. Karminski 1929, 194.

⁹⁷⁵ Grete Bial lehnte im Namen deutscher Staatsbürgerinnen jüdischen Glaubens die Unterstützung zionistischer Arbeit ab, im Sinne der religiösen Traditionen aber nicht die karitative Arbeit für Palästina. Die Holländische Delegation erwartete einen Verband, der sich religiöser Bekenntnisse zu enthielt. Die Mehrheit der Delegierten verstand sich allerdings durchaus religiös.

⁹⁷⁶ Damit widersprach der JFB den ideologischen Grundsätzen des BDF. Vgl. Hecht 2005, 143.

kung des Judentums durch die Mitwirkung von Frauen sowie zum Internationalen Frauen- und Mädchenschutz. Ein an den Völkerbund gerichteter Appell blieben unbeantwortet.⁹⁷⁷

Rebekah Kohut wurde zur Präsidentin des Weltbundes gewählt. Unter den sechs Vizepräsidentinnen waren Paula Ollendorff und Bettina Brenner. Letztere gehörte zudem der Exekutive an.⁹⁷⁸

Am 11. und 12. Oktober 1931 fand in Leipzig wiederum eine Gesamtvorstandssitzung des JFB im Anschluss an die Delegiertentagung des BDF statt; sie ersetzte - wegen der schwierigen finanziellen Situation vieler Vorstandmitglieder - die geplante Delegiertentagung in München, um Reisekosten zu sparen.⁹⁷⁹ Die knappen finanziellen Mittel legten die Gesamtvorstandssitzung in Leipzig nahe, sowohl wegen der zentralen Lage als auch in Verbindung mit der am 10. Oktober endenden Delegiertentagung des BDF.

700 Delegierte des BDF waren am 10. Oktober im Rathaus von Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, empfangen worden. Während der Tagung wurde wiederholt auf die Bedeutung Henriette Goldschmidts als Pionier der Frauenbewegung und Gründerin der Hochschule für Frauen verwiesen. Die Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine beschäftigte sich mit der Frauenarbeitslosigkeit und stellte die Zurückdrängung der Frauen in allen Berufsgruppen fest. Jüdische Frauen waren davon besonders betroffen, weil prozentual gerade viele Jüdinnen jenen Berufen – Angestellte, Akademikerinnen, sozialpädagogische Fachkräfte - angehörten, welche aufgrund der Wirtschaftslage kaum Erwerbssaussichten hatten.⁹⁸⁰

Zum Abschluss der BDF-Tagung fand auf Initiative des JFB zwischen führenden Frauen der interkonfessionellen und christlichen Frauenbewegungen einerseits und den Führungspersönlichkeiten des JFB andererseits eine Besprechung zum Vorgehen gegen den Antisemitismus statt. Den JFB vertraten Bettina Brenner, Bertha Pappenheim, Paula Ollendorff sowie Margarete Berent und das Ergebnis war eine einmütige Ablehnung und Verurteilung antisemitischer Hetze durch die BDF-Verantwortlichen. Die neu gewählte Vorsitzende des BDF, Agnes Zahn-Harnack, versicherte, dass der Bund keine Angriffe gegen Juden und das Judentum dulden werde.

⁹⁷⁷ Diese richteten sich auf die Anerkennung der Rechte der Juden, die Errichtung eines britischen Palästinaamandats, den Schutz nationaler Minderheiten sowie auf den Frauen- und Mädchenschutz. Vgl. dazu ausführlicher Hecht 2005, 152.

⁹⁷⁸ Im Bericht des JFB hieß es: „In der Persönlichkeit unserer verehrten Frau Brenner, die mitbestimmend in der Exekutive des neuen Weltbundes arbeiten wird, haben wir die beste Gewähr, daß [sic] unser J.F.B. nicht nur mitarbeiten, sondern auch seinen vollen Anteil an den Segnungen des Jüdischen Frauenweltbundes haben wird.“ Vgl. dazu Meyer-Stargard in BJFB 5 (1929) 7, 6.

⁹⁷⁹ Vgl. BJFB 7 (1931) 8, 7.

Beide Tage der Gesamtvorstandssitzung des JFB standen im Zeichen der Lösung brennender aus der Wirtschaftskrise resultierender Themen. Dabei standen Aspekte der Berufsberatung, -ausbildung und – umschulung, der Jugenderwerbslosigkeit und der Frauenarbeit zur Diskussion. Einen weiteren zentralen Punkt der Aussprache bildete zudem die Bekämpfung des Antisemitismus. Immer wieder ging es um „Maßnahmen der Selbsterhaltung“ und die gesellschaftliche Situation wurde einhellig als höchst gefährlich empfunden.⁹⁸¹

Beispielsweise schlug Martha Ollendorff zur Bekämpfung des Antisemitismus die „offene Aussprache mit Frauen des christlichen Bekenntnisses zur Verständigung über die Ursachen der Feindseligkeiten und die Mittel zu ihrer Bekämpfung“ vor. Paula Ollendorff unterstrich hingegen die „entgiftende Wirkung“ sozialer Arbeit, in welcher sich Menschen ohne Unterschiede ihrer Konfessionen zusammenfanden. Hannah Karminski forderte zudem ein bewusstes Bekenntnis zu Judentum in der interkonfessionellen Arbeit und Selbstkritik gegen den in der Öffentlichkeit zur Schau getragenen Luxus.

Als Vertreterin der CV-Frauen informierte Margarete Edelheim über bereits in Angriff genommene Möglichkeiten der Bekämpfung des Antisemitismus. So waren Kontakte zu Schulleitern und Lehrern hergestellt worden, jüdische Eltern wurden aufgefordert, an Versammlungen der Elternbeiräte teilzunehmen und hinsichtlich der Inhalte und der Gestaltung von Schulbüchern ihren Einfluss geltend zu machen.

Immer wieder wurde auf die Notwendigkeit der Selbsterziehung der Frauen zu Einfachheit und Schlichtheit ihres Auftretens hingewiesen.⁹⁸² Gegenstände der Sitzung waren nicht zuletzt die Besprechung des Geschäftsberichtes, die Etat-Aufstellung, die Besprechung der Stellung der Ortsgruppen und der ihnen angeschlossenen Vereine sowie das immer noch ungeklärte Gemeindewahlrecht der Frau.

Rahel Straus wurde 1932 als Zionistin nach dem Rücktritt der Ersten Vorsitzenden des jüdischen Frauenbundes, Frau Brenner, von Pappenheim als führende Frau des Frauenbundes vorgeschlagen.⁹⁸³ Nach Ansicht Bertha Pappenheims waren die anderen Kandidatinnen unjüdisch. Wegen der ablehnenden Haltung ihrer Gegnerinnen sah Strauss aber schließlich von ihrer Kandidatur ab.⁹⁸⁴

⁹⁸⁰ Vgl. dazu BIJFB 7 (1931) 8, 4 ff.

⁹⁸¹ Vgl. dazu Referat von Klara Caros (Köln) in: BIJFB 7 (1931) 11, 2.

⁹⁸² Vgl. BIJFB 7 (1931) 11, 3.

⁹⁸³ Vgl. Kreuzbereger 1961, 259.

⁹⁸⁴ Dr. Rahel Strauss war eine der bedeutendsten Frauen des JFB und Zionistin. Aufgrund ihrer Orientierung wurde statt ihrer zunächst Paula Ollendorf in den Vorstand des JFB gewählt, was aufgrund der erklärten politischen Neutralität des Bundes innerverbandliche Konflikte auslöste. Vgl. dazu Vowinkel, Borowicz 2004, 34.

Trotz der schweren Krisenzeit konnte Hannah Karminski im Geschäftsbericht des JFB für den Zeitraum zwischen Oktober 1931 und Oktober 1932 feststellen, dass die gesamte Arbeit aufrecht erhalten bzw. sogar ausgebaut werden konnte.⁹⁸⁵

Für die Ortsgruppen spielten in diesem Zeitraum die Winterhilfe und die Bekämpfung des Antisemitismus die größte Rolle. In der Winterhilfe kam immer mehr den Pfundsammlungen Bedeutung zu, diese erfolgten teilweise in Zusammenarbeit mit allgemeinen Frauenvereinen, teilweise als gesonderte jüdische Frauenarbeit.⁹⁸⁶

Im Mittelpunkt der Winterarbeit stand die Fürsorge für die stark gestiegene Zahl erwerbsloser jüdischer Mädchen. Im Winter 1932 erfolgte eine Neuorientierung auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens, welche dazu führte, dass in den größeren Gemeinden, in denen die jüdische Wohlfahrtspflege stark auf Berufskräften basierte, wieder verstärkt auf ehrenamtliche Tätigkeiten, besonders auf die Frauenvereinsarbeit, zurückgegriffen wurde.⁹⁸⁷

Auf diesen Frauen in den Vereinen lastete eine nie dagewesene soziale Verantwortung.

Die Notverordnungen nötigten die Frauenvereine und Ortsgruppen, immer wieder ihre Mitglieder hinsichtlich Ausländerfrage, Anrechnung von Spenden auf Unterstützungssätze etc. zu schulen. Die durch soziale Arbeit stark in Anspruch genommenen Ortsgruppen und Vereine, organisierten gleichzeitig Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Tagungen, um den Mitgliedern Erleichterung und Ausgleich zu den schweren persönlichen Belastungen zu schaffen.

Teilweise organisierten die Ortsgruppen des JFB gemeinsame Vortragsveranstaltungen mit den Schwesternvereinigungen der Logen, den C.V.-Frauengruppen und der Ortsgruppe des Verbandes für Frauenarbeit in Palästina.

Anfang der dreißiger Jahre traten Fragen der Erziehung zunehmend in den Hintergrund.⁹⁸⁸ An den in fast allen Landes- und Provinzialverbänden stattfindenden Tagungen, konnten aus finanziellen Gründen Vertreterinnen der engeren Bundesleitung nicht immer teilnehmen.

In der Bahnhofshilfe arbeitete der JFB mit organisierten Frauen in Belgien, Holland, Polen und England zusammen. Der Kinder- und Frauenschutz orientierte sich an Kindern und Jugendlichen des Mittelstandes.

In jüdischen Frauenkreisen meldeten sich Stimmen des Zweifels über die Notwendigkeit, den Sinn und Erfolg der Frauenarbeit in den Gemeinden und 1932 stellte der JFB das Stagnieren

⁹⁸⁵ Vgl. dazu BIJFB 8 (1932) 11, 3-7.

⁹⁸⁶ Bei der Pfundspende handelte es sich um eine Form des Spendens, welche Frauen ansprach, welche nicht in der finanziellen Lage waren, Geld spenden zu können.

⁹⁸⁷ Karminski 1932, 4.

⁹⁸⁸ Ebenda.

im Ringen um das Frauenwahlrecht fest. Die Israelitischen Gemeinden sollten veranlasst werden, „von sich aus das Frauenwahlrecht in ihre jetzigen Satzungen aufzunehmen“. ⁹⁸⁹

Der JFB fordert als einer der Kulturträger des deutschen Judentums im Juni 1932 an dem im Entstehen begriffenen Reichsverband der Deutschen Juden, welcher den Rabbinerverband, den Lehrerverband, den Deutsch-Israelitische Gemeindeverband und die ZWST vereinen sollte, beteiligt zu sein. ⁹⁹⁰

Zudem engagierte sich der Bund in der interkonfessionelle Arbeit. Mit dem Deutschen Archiv für Jugendwohlfahrt und den Frauenbünden fand eine gemeinsame Kundgebung zu „Jugendnot und Jugendhilfe“ statt, zudem Fachbesprechungen über Notprogramme. Mitglieder des engeren und weiteren Ausschusses nahmen an der Internationalen Konferenz für soziale Arbeit im Juni 1932 in Frankfurt zu „Familie und Fürsorge“ teil.

Nach der Machtergreifung der Nazis verstärkten die liberalen Juden und Jüdinnen i.d.R. den Kampf gegen den Antisemitismus, schlossen sich aber nicht dem Zionismus an.

Die Zusammenarbeit des JFB mit dem BDF erschwerte sich zunehmend, vor allem nachdem der BDF in einem Rundschreiben den Nationalsozialisten erklärte: „Wir bitten [...], zunächst von Eingriffen in unsere Organisationen abzusehen und die nachgeordneten Stellen in diesem Sinne anzuweisen. Unsere Verbände und Vereine werden wir erneut auffordern, ihre Umgestaltung, wo dies noch nötig ist, mit möglichster Beschleunigung vorzunehmen.“ ⁹⁹¹

Am 10. Mai 1933 teilte der Vorstand des JFB - Bertha Pappenheim, Bettina Brenner, Paula Ollendorff, Hannah Karminski, Margarete Berent - den Austritt aus dem BDF mit „da eine weitere Zusammenarbeit unter den gegebenen Verhältnissen für beide Teile statt fördernd und ersprießlich, nur hemmend wirken könnte.“ ⁹⁹² Die Vorsitzende des BDF, Agnes von Zahn-Harnack, bedauerte den Austritt und äußerte in einem Brief an Bettina Brenner den Wunsch, weiterhin eine herzliche persönliche Beziehung zu pflegen und sich in gemeinsamen Fragen weiter um Verbindung zum JFB zu bemühen. ⁹⁹³

Im gleichen Monat erklärte Bettina Brenner in Verkennung der Situation noch immer zuversichtlich: „Äußerer Druck und auferlegte Demütigungen werden aus den Menschen, die es mit ihrem Judentum und ihrer Liebe zu Deutschland ernst nehmen, nicht verzagte, scheue

⁹⁸⁹ Vgl. dazu BIJFB 8 (1932) 7, 8.

⁹⁹⁰ Der JFB forderte als neutrale Gesamtvertretung der jüdischen Frauen Sitz und Stimme im Reichsverband. Vgl. dazu Brenner, Bettina; Ollendorff, Paula: Der J.F.B. an die Reichsarbeitsgemeinschaft der Landesverbände jüdischer Gemeinden zur Frage d. Reichsverbds. d. deutschen Juden u. d. Jüd. Weltkonferenz. In: BIJFB 8 (1932) 6, 8 und Karminski 1932, 6.

⁹⁹¹ Vgl. dazu von K. v. Herwarth, und A. v. Zahn-Harnack unterzeichnetes Rundschreiben Brief vom 5.5.1933 „BDF an Frick“. In: ABDF, 3. Abt., 2.

⁹⁹² BLJFB 9 (1933) 6,12.

Menschen machen, sondern sie werden vielmehr eine Judenheit zeitigen, die, in sich erstarkt, sich ihres Wertes bewußt [sic] ist und die ihr Schicksal mit stolzer Würde trägt.“⁹⁹⁴ Nur wenige Tage später löste sich der Bund Deutscher Frauenvereine selbst auf.⁹⁹⁵

1933 schloss sich der JFB mit anderen jüdischen Organisationen im Kampf ums Überleben zusammen. Es erfolgte eine Verschiebung der Prämisse der Arbeit von der Aufklärung der nicht-jüdischen Bevölkerung hin zur Konzentration auf die Juden im Hinblick auf Selbstdisziplin, sozialer Umschichtung, die Besinnung und Betonung des Jüdisch-Seins und die Vorbereitung der Auswanderung.

4.3 Neue Herausforderungen für die Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes

1931 zählte die Leipziger Ortsgruppe des JFB 500 Mitglieder.⁹⁹⁶ Die soziale Arbeit bildete nicht nur weiterhin den Kernbereich der von Else Cohn geleiteten Vereinsarbeit, in welchem eng mit der Israelitischen Religionsgemeinde zusammen gearbeitet wurde, sie wurde gerade in jenen Krisenjahren trotz der „Abbaustimmung“ und der sinkenden Beitragszahlungen noch erweitert.⁹⁹⁷ Die jährlich in den Hauptversammlungen vorgelegten Geschäftsberichte belegten die Leistungen des Vereins.

Die Einrichtungen des JFB, wie die Familienfürsorge mit der Mittwochs-Sitzung als Arbeitsgemeinschaft mit der Israelitischen Religionsgemeinde unter Leitung von Else Cohn bewährten sich. Unterstützungsgesuche von Bedürftigen wurden von Else Cohn im Rahmen der fast wöchentlich stattfindenden Sitzungen an ehrenamtlich tätige Frauen des JFB zu Ermittlung der Situation der Antragsteller übergeben. Diese ermittelnden Frauen legten in der Folge ihre Vorstellungen über Hilfemaßnahmen zu den Anträgen bei den 14tägigen Versammlungen des Fürsorgeausschusses vor. 1929 erhielten beispielsweise 29 Familien dauernd Unterstützung, in 50 Krankheitsfällen wurden Hilfen zur Verfügung gestellt.⁹⁹⁸ In den Jahren 1931 und 1932 wurden 326 Familien von der Familienfürsorge betreut.⁹⁹⁹ 1931 wurden 99 Darlehen in Höhe von insgesamt 10.300 Mark ohne Bürgschaft ausgegeben. Die Rückzahlungsbedingungen beinhalteten, dass die Lebensbedingungen des Unterstützten nicht eingeschränkt wurden.

⁹⁹³ Vgl. dazu „v. Zahn-Harnack an Brenner“. In: ABDF, 1. Abt., 3.

⁹⁹⁴ Vgl. Das Jahr des jüdischen Frauenbundes 8 (1933) 1

⁹⁹⁵ Vgl. dazu weiter BIJFB 9 (1933) 6, 12.

⁹⁹⁶ Vgl. dazu Jahrbuch Bund Deutscher Frauenvereine 1928-1931, Mannheim, Berlin, Leipzig: Bensheimer, 1932

⁹⁹⁷ Vgl. dazu GBIRG 7 (1931) 19, 4.

⁹⁹⁸ Vgl. Bericht von der Hauptversammlung der Ortsgruppe des JFB am 13. Mai 1929. In: GBIRG 5 (1929) 21, 5.

⁹⁹⁹ Vgl. dazu GBIRG 7 (1931) 21, 1.

Hansi Kahn leitete weiterhin die Rechtsschutzstelle, welche bedürftigen jüdischen Frauen und Mädchen unentgeltlichen Rechtsrat erteilte.

Die Ortsgruppe setzte die Erholungsfürsorge fort und nahm sich der unterernährten Kinder an, welche in den Ferien meist selbst überlassen und erholungsbedürftig waren. Der diesbezüglich 1929 ermittelte Betreuungsbedarf für etwa 260 Kinder konnte trotz des eindringlichen Spendenaufrufs nicht gedeckt werden. Auch in den folgenden Jahren blieb ein beträchtlicher Teil der bedürftigen Kinder von der Erholungsfürsorge ausgeschlossen, da die örtliche Halbtagsferienkolonie nur für 130 Kinder angeboten werden konnte.¹⁰⁰⁰

Darüber hinaus widmete sich die Ortsgruppe unter Leitung von Vera Rosenbaum auch in den Krisenjahren dem Mädchenschutz und der Gerichtshilfe. Zudem richtete die Ortsgruppe 1931 angesichts des Arbeitslosenproblems eine Nähstube für erwerbslose jüdische Mädchen ein, um diesen Kenntnisse zur Verbesserung ihrer Verdienstmöglichkeiten zu vermitteln. Es wurde zudem eine Hauspflegestation mit fünf Frauen, welche krankenpflegerisch durch einen Leipziger Arzt ausgebildet waren, geschaffen.¹⁰⁰¹

Die Ortsgruppenarbeit transportierte und verbreitete die Ideen des Bundes und zielte in der Kultur- und Erziehungsarbeit auch in Leipzig vornehmlich auf die eigenen Mitglieder.¹⁰⁰² Dem Bemühen, die Mitglieder zu aktivem Engagement anzuregen, trugen vor allem die Vermittlung theoretischer Kenntnisse der sozialen Arbeit und die Einführung geeigneter Frauen in die praktische soziale Arbeit Rechnung. Diesen Zielen dienten nicht zuletzt kontinuierlich tätige Arbeitsgemeinschaften.

Das Bekenntnis zum Judentum und die Stärkung der jüdischen Identität waren nicht zu trennen vom sozialen Engagement. Die Leipziger Ortsgruppe sah sich zudem als Vertreterin der Rechte der Frauen in der Gemeinde und unterwies Frauen hinsichtlich ihrer Arbeit in der Gemeinde. Im Rahmen der Leipziger Ortsgruppe kooperierten Frauen verschiedener Richtungen des Judentums verständnis- und achtungsvoll miteinander. Die Ortsgruppe entrichtete für jedes Mitglied fünf Reichsmark jährlich an die Bundeskasse. Im Sinne der Weiterentwicklung des JFB plädierte Brenner für die Mitgliedschaft aller kommunalen Frauenvereine.¹⁰⁰³

Im Rahmen der Bildungsarbeit der Ortsgruppe fanden 1929 zahlreiche Vortragsveranstaltungen statt, so am 21. Januar ein Vortrag des bekannten Leipziger Nervenarztes Ernst Jolowicz, welcher sich mit der Weiterbildung und Erziehung der Eltern im Sinne ihres erzie-

¹⁰⁰⁰ Vgl. GBIRG 6 (1930) 21, 4.

¹⁰⁰¹ Vgl. Hauptversammlung vom 21. April 1931. BIJFB 7 (1931)7, 3.

¹⁰⁰² Vgl. BIJFB 5 (1929) 5, 6.

herischen Wirkens befasste.¹⁰⁰⁴ Am 20. Februar sprach Rebekha Zadik, die in Hamburg in jüdisches Lehrlingsheim führte, über Berufsfragen des jüdischen Mädchens.¹⁰⁰⁵

Der Breslauer Religionsphilosoph Isaak Heinemann referierte am 11. März über die Heiligung des Liebeslebens durch die jüdische Weltanschauung¹⁰⁰⁶ und Siddy Wronsky hielt in der Ortsgruppe am 7. Februar 1930 einen Vortrag zum Thema „Das Eheproblem im Judentum“.¹⁰⁰⁷

1930 setzte die Ortsgruppe die Reihe von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen fort. Alma Schindler sprach zur „Lebensgestaltung der jüdischen Frau“, der Leipziger Kinderarzt Siegfried Rosenbaum über „Unser nervöses Kind“, Lotte Spitz zu „Erkenntnissen der neueren Psychologie in ihrer praktischen Anwendung“ und Gertrud Oesterreicher anlässlich der Handarbeitsausstellung des Schwesternbundes der Leipziger Loge über „Garconne-Flapper-Dame“. Auch auswärtige Vertreterinnen des JFB referierten in Leipzig, so Paula Ollendorf über „Die jüdische Frau und ihre Umwelt“, die in Frankfurt am Main lebende bekannte Philosophin Margarete Susman über „Die Problematik des heutigen Frauendaseins“ sowie der Berliner Kunsthistoriker Ernst Cohn-Wiener zum Thema „Jüdische Seele - Jüdische Kunst“.¹⁰⁰⁸

Im Laufe des Jahres 1931 fanden weitere Themenabende statt. Beispielsweise sprach der Leipziger Gemeinderabbiner Gustav Cohn über „Die historische Entwicklung der jüdischen Gemeinde“, der Verwaltungsdirektor Katzenstein über den „Leipziger Gemeinde-Etat“, Conrad Goldschmidt und Arthur Pietkowski über „Die Aufgaben einer jüdischen Gemeinde“, Cilli Dzialowski und Alma Schindler über „Die Einwirkung der Frau auf die Jugenderziehung und das religiöse Leben“, Marie Wach über „Die interkonfessionelle Arbeit der Bahnhofshilfe“.

Bettina Brenner, die Vorsitzende des JFB, leitete seit spätestens 1931 in der Leipziger Ortsgruppe die Arbeitsgemeinschaft „Die Frau in der Gemeinde und Politik“. Diese zielte auf die Einführung von Frauen in die praktische Arbeit in der Gemeinde und in die allgemeine Politik und vertrat die Auffassung der ebenbürtigen und ergänzenden weiblichen Mitarbeit in allen Fragen der jüdischen und allgemeinen Öffentlichkeit.¹⁰⁰⁹ Die Arbeitsgemeinschaft bot regelmäßige Schulungen und Vorträge an. Am 24. Februar referierten beispielsweise Elise Michael über die Wohlfahrtspflege der Stadt Leipzig, Hanna Pollack über „Die Wohlfahrtspflege der

¹⁰⁰³ Vgl. dazu BIJFB 5 (1929) 5, 7.

¹⁰⁰⁴ Vgl. BIJFB 5 (1929) 1, 7 und Fuchs 2007, 334.

¹⁰⁰⁵ Vgl. BIJFB 5 (1929) 2, 7 und Heinsohn 2006, 262.

¹⁰⁰⁶ Vgl. BIJFB 5 (1929) 3, 7.

¹⁰⁰⁷ Vgl. GBIRG 6 (1930) 6, 5.

¹⁰⁰⁸ Vgl. dazu BJFB 7 (1931) 7, 2.

¹⁰⁰⁹ Vgl. GBIRG 6 (1930) 45, 4.

israelitischen Religionsgemeinde“ sowie Else Cohn über „Die jüdischen Wohlfahrtsorganisationen in Leipzig und über den Wandel des Bildungsideals“. ¹⁰¹⁰

Seit 1929 unterhielt die Leipziger Ortsgruppe zudem eine Arbeitsgemeinschaft für moderne jüdische Literatur. In deren Rahmen stellte Ernesta Kaufmann am 24. Januar das Buch „Der Spiegel des großen Kaisers“ von Arnold Zweig im Jüdischen Jugendheim vor. ¹⁰¹¹

Am 26. Februar präsentierte Vera Rosenbaum im Jüdischen Frauenheim das von Samuel Ornitz in Amerika anonym veröffentlichte Buch „Herr Fettwanst“. ¹⁰¹²

Im Dezember 1929 lieferte Anna Neumann mit ihrem Vortrag „Die ostjüdische Literatur“ einen Abriss der Entstehung und Entwicklung des Jiddischen von der missachteten Alltagssprache zur Literatursprache. ¹⁰¹³

Ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Schwesternbund der Leipziger Loge stellte die Arbeitsgemeinschaft zur „Häuslichen Erziehung des jüdischen Kindes“ dar. Diese organisierte u.a. am 8. April 1929 in den Räumen der Leipzig Loge eine Veranstaltung unter Leitung eines Individualpsychologen und Alfred Adlers Schülers zu Fragen der Seele des Kindes, zu Entwicklungsschwierigkeiten im Kindesalter, der Jugendpsychologie und zu besonderen jüdischen Erziehungsproblemen. ¹⁰¹⁴

Am 5. November 1930 nahm eine weitere Arbeitsgemeinschaft des JFB in Kooperation mit dem Schwesternbund unter Leitung Martin Bubers zum Thema „Was ist Menschenliebe, und wie betätigt man sie?“ ihre Arbeit auf. Debattiert wurden die Ausgangsfragen: Kann man alle Menschen lieben? Sind alle Menschen liebenswert?

Zentrale Bedeutung kam dem Bibelzitat: „Liebe deinen Genossen als einen, der ist wie du, deinen Genossen also schlechthin, jeden Mitmenschen, der irgendwie in den Bereich deines Lebens gehört.“, zu. ¹⁰¹⁵ Im Gegensatz zur christlichen Religion wurde die Feindeshilfe als Form der Menschenliebe herausgearbeitet. Buber, der dem Chassidismus verbunden war, stellte die Menschenliebe als notwendiges Mittel der Gottesliebe ins Zentrum wobei er unterstrich, dass im Judentum Dies- und Jenseits eine Einheit bildeten.

Vornehmlich wurden biblische – bevorzugt hebräische - Texten gemeinsam gelesen und interpretiert. Zum Teil wurden auch als zuverlässig geltende Übersetzungen herangezogen.

¹⁰¹⁰ Vgl. GBIRG 7 (1931) 8, 6.

¹⁰¹¹ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 3, 7.

¹⁰¹² Vgl. AJFB 10 (1929) 8, 7.

¹⁰¹³ Vgl. dazu Leipziger Jüdisches Wochenblatt 2 (1929) 51, 5.

¹⁰¹⁴ Vgl. GBIRG 5 (1929) 13, 8.

¹⁰¹⁵ Vgl. BIJFB 6(1930)2, 6.

Gerade in diesen krisenschweren Jahren versuchte die Leipziger Ortsgruppe im Interesse der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter den jüdischen Frauen vermehrt jene Frauen anzusprechen und zu gewinnen, die bisher wenig im Bund repräsentiert waren.

So wurden am 6. Februar 1930 ältere Damen zu einem gemeinsamen Nachmittagskaffee ins Hotel Hauffe eingeladen. Neben der Gesprächsrunde mit der Vorsitzenden Else Cohn unterhielten Kinder der Höheren Israelitischen Schule die Teilnehmerinnen mit einem Programm.¹⁰¹⁶

Am 10. März fand ein zweiter von der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes organisierter geselliger Nachmittagskaffee statt. Die Schriftstellerin Clara Schott las aus ihren jüdischen Kleinstadtgeschichten und es fand eine Gesangsdarbietung statt.¹⁰¹⁷ Die darauf folgenden monatlich stattfindenden geselligen Nachmittage mit wechselnden Programmen wurden von Rose Lampel und Rosi Krause geleitet und organisiert.¹⁰¹⁸

Angesichts der aktuellen Probleme und des Wirtschaftsantisemitismus rief die Leipziger Ortsgruppe im November 1930 zudem eine Gruppe der Berufstätigen in Leben, deren Ziel darin bestand, ortsfremden berufstätigen Frauen und Mädchen Kontakte zu gleichgesinnten jüdischen Menschen zu schaffen und zwischen berufstätigen Frauen und den Mitgliedern der Ortsgruppe überhaupt Beziehungen herzustellen. Wöchentlich Mittwochabend fanden diese Zusammenkünfte in den Räumen des Israelitischen Kindergartens statt. Das Angebot, welches Vorträge, Diskussionen und Buchbesprechungen einschloss sowie der musikalischen und literarischen Unterhaltung diente, wurde besonders von Verkäuferinnen, Büro- und Hausangestellten angenommen. Wöchentlich trafen sich die berufstätigen Frauen unter Leitung von Dora Ury und Edith Alexander. Besuchten anfangs Frauen verschiedener Altersstufen die Abende, setzte sich immer mehr eine Dominanz junger Mädchen und Frauen durch.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es eines anderen Angebotes bedurfte, um ältere Frauen anzusprechen; ebenso gelang es nicht, intellektuell und akademisch arbeitende Frauen zu interessieren.¹⁰¹⁹

Die Ortsgruppe verstand sich und agierte als Teil des Frauenbundes und beteiligte sich an der ersten Sommerschule des JFB vom 27. bis 29.05.1930 in Oberhof in Thüringen.¹⁰²⁰ Else Cohn hielt bei der sich anschließenden Sitzung des engeren Vorstandes zum Thema: Was ergibt

¹⁰¹⁶ Vgl. dazu AJFB 11 (1930)7, 7.

¹⁰¹⁷ Vgl. dazu LJW 3(1930)1, 6.

¹⁰¹⁸ Vgl. dazu BJFB 7 (1931) 7, 3.

¹⁰¹⁹ Vgl. dazu GBIRG 7 (1931) 4, 4 und Alexander, Edith: Gruppen berufstätiger Frauen im J.F.B. Ortsgruppe Leipzig. In: BIJFB 7 (1931), 6.

¹⁰²⁰ Die Teilnahmegebühr betrug beachtliche 6 RM pro Tag.

sich für die praktische Bundesarbeit ein einleitendes Referat.¹⁰²¹ Anlässlich der Tagung des Mitteldeutschen Landesverbandes sprach Alma Schindler während der Sommerschule in Bad Dürkheim zum Thema der „Lebensgestaltung der jüdischen Frau“.

Da 1930 das von der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig in Anspruch genommene Heim des JFB in Wyk auf Föhr in eine finanziell so prekäre Situation geriet, dass sein Bestehen in Frage gestellt wurde, riefen die Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes und die Israelitische Religionsgemeinde die Leipziger Juden zu Spenden auf.¹⁰²²

Schließlich konnte aber im Herbst und Winter 1932 das Heim des JFB in Wyk aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel für die An- und Abreise der Kinder nicht mehr ausgelastet werden.¹⁰²³

Als am 11. und 12. Oktober 1931 in Leipzig die Gesamtvorstandssitzung des JFB stattfand, organisierten die Mitglieder der Leipziger Ortsgruppe die Quartiere für die Teilnehmerinnen.¹⁰²⁴

Weiterhin engagierte sich die Ortsgruppe auch in der interkonfessionellen Arbeit, wovon unter anderem die Beteiligung an der Hauptversammlung des Stadtbundes Leipziger Frauenvereine am 14. Februar 1930 im Saal des Sozialpädagogischen Frauenseminars zeugte. Die Veranstaltung veranschaulichte die von den konfessionellen Frauenvereinen geleistete Arbeit und diente dem Informationsaustausch und der Zusammenarbeit.¹⁰²⁵ Else Cohn als Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes stellte die erfolgreiche Arbeit und das Arbeitsfeld der jüdischen Frauenvereine dar.¹⁰²⁶

Die Leipziger Ortsgruppe verstand sich auch 1933 als Dachverband der Leipziger jüdischen Frauenorganisationen mit dem Zweck, die Interessen der jüdischen Frauen in der Gemeinde und in den interkonfessionellen Verbänden zu vertreten, das Zusammengehörigkeitsgefühl der jüdischen Frauen zu fördern, ihr soziales Verantwortungsgefühl zu stärken.¹⁰²⁷

Vorstand und Mitglieder der angeschlossenen Vereine trafen sich jeden Dienstag von zwischen 14 und 16 Uhr zur Aussprache über soziale, wirtschaftliche, erzieherische und persönliche Fragen; „Diese Nachmittage sollen dem Zweck dienen, den gerade in schweren Zeiten so notwendigen Kontakt zwischen Vorstand und Mitgliedern zu vertiefen.“¹⁰²⁸ Der am 27. Februar 1933 auf Einladung der Ortsgruppe Leipzig des Jüdischen Frauenbundes zum Thema

¹⁰²¹ Vgl. BIJFB 6 (1930) 4, 1 und GBIRG 6 (1930) 18, 5.

¹⁰²² Im Gemeindeblatt wurde ein Spendenaufruf veröffentlicht, den Bettina Brenner und Wilhelm Breslauer unterzeichnet hatten. Vgl. dazu GBIRG 6 (1930) 49, 2.

¹⁰²³ Antisemitische Angriffe gefährdeten zudem die Sicherheit der Kinder. Vgl. dazu GBIRG 8 (1932) 1, 2.

¹⁰²⁴ Vgl. dazu BIJFB 7 (1931) 8, 7.

¹⁰²⁵ Vgl. dazu GBIRG 6 (1930) 4, 6.

¹⁰²⁶ Vgl. dazu AJF 11 (1930) 7, 7.

¹⁰²⁷ Vgl. dazu Leip. Jüd. Jahr- und Adressbuch 1933, 77.

stattgefundene Vortrag „Die Frau in der Richtungslosigkeit unserer Zeit“ von Hannah Karminski stand unter den Vorzeichen der Verunsicherung und Bedrohung angesichts der Bedingungen, welche das Naziregime installierte.¹⁰²⁹

4.4 Das Wirken der in der Leipziger Ortsgruppe des JFB organisierten Frauenvereine und die Entwicklung des Sozialpädagogischen Frauenseminars

Der Israelitische Frauenverein

Der etwa 500 Mitglieder zählend Israelitische Frauenverein wurde auch nach 1929 weiterhin durch Amalie Zander als Vorsitzende vertreten. Flora Cahn blieb ihre Stellvertreterin.¹⁰³⁰ Im Zuge der bei der Generalversammlung am 13. März 1929 erfolgten Neuwahlen in den üblicherweise zu diesen Veranstaltungen genutzten Räumen der Leipziger Loge, ersetzte Helene Lustig die aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Vorstandsamt zurück getretene Claire Blumthal.¹⁰³¹

In diesem Jahre verstarben namhafte Mitglieder des Vereins wie Alexandra Eitingon, Hermine Kroch, Regina Pfefferblüth sowie der juristische Berater des Vereins Justizrat Carl Lebrecht.

Alice Haas trat im Verlaufe des Jahres 1930 an die Stelle der ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Flora Cahn und blieb bis 1936 im Amt.¹⁰³²

Der Verein verfolgte weiter seine Ziele: die Unterstützung bedürftiger Frauen durch die Bereitstellung von Lebensmitteln, Medikamenten, Bandagen und gewährte Zuschüsse für Kuren- und Badereisen. 29 Familien wurden 1930 dauerhaft unterstützt, in 50 Krankheitsfällen sprang der Verein ein. Finanziert wurden diese Hilfen auf der Basis von Spenden der Mitglieder.

1931 wurden Hedwig Matthias, Martha Kallmann und Amalie Zander einstimmig in den Vorstand gewählt.¹⁰³³ Ein weiteres hervorragendes Vereinsmitglied war Helene Felsenstein, die Vorsitzende des Israelischen Kindergartens, Tagesheim e.V..

¹⁰²⁸ Vgl. GBIRG 9 (1933) 50, 4.

¹⁰²⁹ Vgl. GBIRG 9 (1933) 7, 3.

¹⁰³⁰ Vgl. dazu StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 123 und 127.

¹⁰³¹ Vgl. dazu GBIRG 5 (1929) 11, 3.

¹⁰³² Vgl. dazu SStAL PP-V 4560.

¹⁰³³ Vgl. dazu StaaAL, Arbeitsgemeinschaft Leipzig, GuR 87 (16654), 128.

Die Jahreshauptversammlung des Vereins stellte am 11. März 1931 eine rückläufige Mitgliederzahl fest. In diesem Jahr wurde der Verein verstärkt in der Unterstützung der Berufsausbildung von Frauen aktiv.¹⁰³⁴

1933 beschränkte sich die Zwecksetzung des weiterhin unter Vorsitzend Amalie Zanders stehenden Vereins wieder auf die Unterstützung und bedürftiger kranker jüdischer Frauen und Mädchen.¹⁰³⁵

Der Frauenverein „Ruth“

1929 konnte der orthodoxe Frauenverein „Ruth“¹⁰³⁶ auf eine 25jährige Geschichte zurückblicken. Insbesondere an die den Leipziger Juden fremd gebliebenen Ostjuden, welche selbst „nur vereinzelt den hier bestehenden Wohltätigkeitsvereinen beitraten“, wandte sich der Verein mit seinem Unterstützungsangebot im Bereich der Mütter- und Säuglingsfürsorge.

Der die Mütterberatungsstelle leitende Arzt Fritz Loebenstein bilanzierte sechs Jahre Arbeit der Säuglingsfürsorge im Rahmen der Beratungsstelle. Rückblickend bewertete er die Gründung als ein „nicht geringes Wagnis“ angesichts dessen, dass vergleichbare Einrichtungen von staatlichen oder städtischen Behörden unterhalten wurden und über ein weitaus höheres finanzielles Budget verfügten. Die Einrichtung wurde von allen jüdischen Kreisen der Stadt in Anspruch genommen und konzentrierte sich auf zwei Aufgabenbereiche: zum einen auf die Tätigkeit des Arztes in der Fürsorgestelle selbst und zum anderen auf die fürsorgerische und praktisch helfende Arbeit der Säuglingsschwester in den Haushalten der Mütter, welche darin bestand, die Verordnungen des Arztes durchzusetzen, die Frauen bei der Zubereitung der Säuglingsnahrung sowie beim Baden und Trockenlegen ihrer Kinder zu unterstützen.

Der Verein stellte außerdem Bekleidung und Bettwäsche für die Kinder zur Verfügung, gab Betten und Kinderwagen an Bedürftige ab.

Mehrere Vereinsmitglieder arbeiteten ehrenamtlich in der Mütterberatungsstelle, den Sprechstunden sowie in der häuslichen Fürsorge mit.¹⁰³⁷

Trotz der finanziellen Notlage der Gemeinde und des begrenzten Fürsorge-Etats stimmten die Gemeindevertreter 1929 einem Antrag des Frauenvereins Ruth nach weiterer Bewilligung der bisherigen Etatsumme zu.¹⁰³⁸

Regina Pfefferblüth, Helene Neugasser und Pepi Dubiner führten auch 1929 als Vorstand den Verein, welcher sich bemühte, jede Leipziger Jüdin als Mitglied zu gewinnen. Ein geringer

¹⁰³⁴ Vgl. dazu GBIRG 7(1931) 13, 5.

¹⁰³⁵ Vgl. Leip. Jüd. Jahr- und Adressbuch 1933, 77.

¹⁰³⁶ Vgl. dazu Bach 139.

¹⁰³⁷ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 7, 7.

¹⁰³⁸ Vgl. Leipziger Jüdisches Wochenblatt 4 (1931) 23/24, 5.

Monatsbeitrag sollte dies ermöglichen. Der Verein verfolgte in Hinblick auf seine Mitglieder das Ziel, ihr Selbstbewusstsein zu stärken, sie in der Gemeinschaft zu verwurzeln und gewährte auch ihnen bei Bedarf Unterstützung. Die geplanten Einrichtungen eines Wöchnerinnenheims und eines Mutter- und Kindheims mussten 1929 aus finanziellen Gründen zunächst aufgegeben werden.¹⁰³⁹

Im August dieses Jahres verstarb die tief fromme langjährige Vorsitzende des Vereins Regina Pfefferblüth, welche zudem für die Jüdische Volkspartei als Gemeindeverordnete gewirkt und im Vorstand der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes tätig gewesen war.¹⁰⁴⁰

Die Tätigkeit und die Initiativen Pfefferblüths sowie das ihr im Nachruf bescheinigte „starke mütterliche Engagement für die jüdischen Kinder“ hatten den Frauenverein „Ruth“ ganz geprägt.¹⁰⁴¹

Die Nachfolge von Regina Pfefferblüth trat Gertrud Carlebach, die Ehefrau des orthodoxen Gemeinderabbiners Ephraim Carlebach, an und stand damit dem mit 1.100 Mitgliedern stärksten Verein innerhalb der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes vor.¹⁰⁴²

Auch während der schweren Krisenjahre setzte der Verein seine jährlichen Wohltätigkeits-Teenachmittage fort. Am 28. Januar 1930 fand diese Veranstaltung im großen Saal des Zentraltheaters statt. Im Voraus appellierte der Verein wiederum in der Presse an eine „recht rege Beteiligung der Mitglieder und Freunde“.¹⁰⁴³

Die Einnahmen dieser Veranstaltung sanken allerdings beträchtlich und im Vorfeld der Teenachmittags-Veranstaltung am 20. Januar 1931 beklagte der Verein seine katastrophalen Wirtschaftsverhältnisse, so dass zur Erhaltung der Arbeit dringend Einnahmen erforderlich waren.¹⁰⁴⁴

Auch 1933 blieb der Verein bestehen, unterstützte weiter bedürftiger Wöchnerinnen und betrieb bis 1938 die Mütter- und Säuglingsberatungsstelle.

Der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V.

Nach Eintreten der Weltwirtschaftskrise betreute der Kindergarten in der Leibnizstraße 30 lt. Satzung weiterhin Kinder im Alter von drei bis sieben Jahren. Voraussetzung war, dass die Mutter nachweisbar einer Beschäftigung außerhalb des Hauses nachging, dass sie Heimarbeit verrichtete, die Wohnungsverhältnisse als schlecht eingestuft wurden oder die Mutter erkrankt

¹⁰³⁹ Vgl. GBIRG 5 (1929) 8, 4.

¹⁰⁴⁰ Vgl. GBIRG 5 (1929) 34, 1 und GBIRG 5 (1929) 35, 1.

¹⁰⁴¹ Vgl. dazu AJFB 10 (1929) 35, 7.

¹⁰⁴² Vgl. dazu JbBDF 1928-1931.

¹⁰⁴³ Vgl. dazu weiter AJFB 11(1930) 4, 8.

¹⁰⁴⁴ Vgl. dazu AJFB 12 (1931) 3, 7.

war. Kinder wurden nur aufgenommen, wenn sie gesund waren. Über die Aufnahme und gegebenenfalls auch über ihre Entlassung von Kindern entschied der Vorstand in Absprache mit der Jugendleiterin. Der Kindergarten versorgte die Kinder mit rituell zubereiteter und gesunder Kost. Dazu mussten die Eltern bzw. die Mutter den üblichen städtischen Satz der Kinderbewahranstalten für die Verpflegung wöchentlich im Voraus entrichten, wobei dieser im Bedarfsfall teilweise oder völlig erlassen werden konnte. Eine Jugendleiterin bzw. Kindergärtnerinnen und mehrere Personen sogenannten Hilfspersonals betreuten die Kinder wochentags mit Ausnahme der israelitischen und bürgerlichen Feiertage.

Im Juli 1930 wählten die Vereinsmitglieder erneut für drei Jahre den Vorstand. Helene Felsenstein wurde als erste Vorsitzende bestätigt, Rosa Schick im Amt der zweiten Vorsitzenden, Frieda Liebergall als Kassenführerin, Rosa Felsenstein als stellvertretende Kassenführerin, Marta Maly als Schriftführerin. Weiter hervorragende Vereinsmitglieder waren Bettina Brenner und Selma Ury, welche im Vorstand als Beisitzerinnen wirkten, sowie Else Cohn.¹⁰⁴⁵ Der Mitgliedsbeitrag belief sich 1931 auf fünf RM.

Trotzdem die Gemeindegemeinschaft am 1. Juni 1931 dem Fürsorgeausschuss finanzielle Beschränkungen auferlegte, wurde dem Antrag der liberalen Gemeindevertreterin und führendem Mitglied der Leipziger Ortsgruppe des JFB Alma Schindler, den Gemeindegemeinschaft für den Kindergarten auf 4.000 Mark aufzustocken, schließlich zugestimmt. Vorausgegangen waren eine Diskussion und ein Kompromiss mit den orthodoxen Gemeindevertretern, welcher dem in Gründung begriffenen orthodoxen Kindergarten ebenfalls 1.000 Mark an finanzieller Beihilfe zugestand.¹⁰⁴⁶

Im Laufe seiner Geschichte hatte der Kindergarten mehrfach Umzüge erlebt bevor er in der Leibnitzstraße über fünf farbenfroh gestaltete Räume, einen Waschraum und ein Badezimmer sowie einen schönen Garten, in dem die Kinder sich mit der Pflanzenpflege beschäftigten, verfügen konnte. 1931 wurden in der Einrichtung etwa 65 Kinder zwischen drei und sechs Jahren an den Wochentagen zwischen neun und achtzehn Uhr betreut. Der Kindergarten wurde von einer Jugendleiterin geleitet, welche mit zwei Helferinnen zusammen arbeitete. Erzieherisch orientierte sich die Einrichtung an der Fröbelschen Pädagogik und zielte auf eine geistige und körperliche Bildung „nach den neuesten Errungenschaften der Erziehung“. Besonderen Stellenwert nahmen Gesundheitserziehung und gute Ernährung ein. Das jüdische Tischgebet gehörte zum Alltag.¹⁰⁴⁷

¹⁰⁴⁵ Vgl. dazu weiter SStAL PP-V 1804.

¹⁰⁴⁶ Vgl. dazu Leipziger Jüdisches Wochenblatt 4 (1931) 23/24, 5.

¹⁰⁴⁷ Vgl. dazu AJFB 12 (1931) 20, 6.

Der Verein bestand nach 1933 weiter und wurde auf der Grundlage von Paragraph 5 der Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939 (Gesetzblatt I 1097) in die Reichsvertretung der Juden Deutschlands eingegliedert, womit er erlosch.¹⁰⁴⁸

Der Schwesternbund der Leipzig Loge des U.O.B.B.

Der Präsident der Leipzig Loge des U.O.B.B war Rechtsanwalt Dr. Löwenstein. An der Spitze des Schwesternbundes der Leipzig Loge stand bis 1929 Lotte Spitz, von 1930 bis 1933 Recha Carlebach, die Ehefrau des Kaufmanns Moses Carlebach.¹⁰⁴⁹ Seit 1929 war Anna Neumann Vorsitzende des sächsischen Distriktes der Logenschwestern.¹⁰⁵⁰

Der Schwesternbund betrieb in den Krisenjahren der Weimarer Republik weiterhin den Mittelstandstisch und die Altkleidersammlung, zudem statteten die Schwestern kranken Glaubensbrüdern und -schwestern in den nichtjüdischen Krankenhäusern Besuche ab und veranstalteten die Mittelstands-Handarbeitsausstellung. Die Schwestern unterstützten zudem durch persönlichen praktischen Einsatz das Kinderheim der Leipziger Loge, welches 1930 sein 25 jähriges Bestehen feierte und dazu alle ehemaligen Zöglinge einlud.¹⁰⁵¹

Im Laufe der Zeit eroberte sich die Schwesternvereinigung der U.O.B.B. insgesamt mehr Bewegungsspielraum, allerdings erreichten sie erst 1930 ihren Anschluss an den Orden. Zeitgleich wuchs allerdings auch der Widerstand der männlichen Logenmitglieder gegen die Integration der Frauen.

Die Schwesternbund der Leipzig Loge stand in regem Austausch mit den anderen Schwesternvereinigungen des sächsischen Distriktes. Als beispielsweise der Schwesternbund der Saxonia-Loge in Chemnitz am 1. Dezember 1929 sein 25jähriges Stiftungsfest beging, waren Vertreterinnen der übrigen Vereinigungen anwesend. Als Distriktsvorsitzende begrüßte Anna Neumann die Anwesenden mit einer Festrede zum Thema: „Gedenk- und Feiertage“, welche ein tiefes jüdische Wissen vermittelte.¹⁰⁵²

Unter wesentlicher Beteiligung von Anna Neumann veranstaltete die Kommission für geistige Arbeit des Schwesternverbandes im Interesse der Stärkung des jüdischen Glaubens und der Identifikation mit dem Judentum u.a. bis zum 1. August 1930 ein Kinderpreisausschreiben, in welchem es um ein Festspiel für Chanukkah oder Purim unter Verarbeitung der jüdischen

¹⁰⁴⁸ Vgl. dazu SStal PP-V 1804.

¹⁰⁴⁹ Vgl. dazu Die Logenschwester 3 (1930) 5, 6.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Leip. Jüd. Jahr- und Adressbuch 1933, 78.

¹⁰⁵¹ Vgl. AJFB 11 (1930) 41,7.

¹⁰⁵² Vgl. dazu Die Logenschwester 3 (1930) 1, 5.

Geschichte oder der jüdischen Sagenwelt ging. So sollte die Liebe zur Gedankenwelt des Judentums und zur jüdischen Gemeinschaft geweckt werden.¹⁰⁵³

Vertreterinnen des Leipziger Schwesternbundes beteiligten sich am 29. September 1930 an der sechsten sächsischen Distriktstagung im Heim der Eugen-Fuchs-Loge in Plauen. Delegierte aller übrigen sächsischen Schwesternvereine waren zudem aus Chemnitz und Dresden angereist, als Ehrenvorsitzende beteiligte sich Ernestine Eschelbacher. Anna Neumann eröffnet die Sitzung mit dem Gedenken der Schuwoh, der Rückkehr zu gutem, vorbildlichem Tun und stellte zudem den Distriktsbericht vor. Weiterhin gab sie einen Einblick in den Ablauf und die Themen der Delegiertentagung der deutschen Schwesternvereinigungen in Hannover.¹⁰⁵⁴

Die Vertreterinnen der sächsischen Schwesternvereinigungen stellten in Referaten die Tätigkeitsberichte vor. Lotte Spitz berichtete als ehemalige Vorsitzende des Leipziger Schwesternbundes über die Zusammenarbeit mit den Brüdern und der Ortsgruppe des JFB. Sie stellte explizit die von Martin Buber geleitete und gemeinsam mit dem JFB organisierte Arbeitsgemeinschaft zum Thema: „Was ist Menschenliebe, und wie betätigt man sie?“, vor.

Recha Carlebach informierte über die von ihr in Leipzig geleitete gemeinsame Arbeitsgemeinschaft von Frauenbund und Schwesternbund zur religiösen Erziehung.

Insgesamt wurde festgestellt, dass alle Schwesternvereinigungen karitativ Beachtliches geleistet hatten, wobei die Plauener Loge hinsichtlich Geschlossenheit und Zusammengehörigkeitsgefühl besondere Erfolge verbuchen konnte.¹⁰⁵⁵

Am 20.10.1930 fand eine erweiterte Vorstandssitzung des Schwesternverbandes in Stettin statt, an welcher als Mitglied des erweiterten Vorstandes auch Anna Neumann teilnahm. Vertreterinnen aus Braunschweig, Leipzig, Dresden, Nürnberg und Stettin berichteten vor allem über ihre Erfahrungen mit dem Handfertigkeitsunterricht.¹⁰⁵⁶

Die Schwestern bekämpften als Teil des Ordens die Auflösungserscheinungen des Judentums, welche u.a. in den Mischehen ausgemacht wurde.¹⁰⁵⁷

Am 17. Januar 1932 fand die 7. Tagung des Sächsischen Distrikts der Schwesternvereinigungen der U.O.B.B.-Logen in Dresden statt. Anna Neumann, welche erneut als Vorsitzende des Sächsischen Distrikts der Schwesternbünde bestätigt wurde, hielt die Festansprache. Recha Carlebach überbrachte die Glückwünsche des Schwesternvereins der Leipzig-Loge zum 25jährigen Bestehen der Fraternitäts-Loge. Im Rahmen der Arbeitssitzung sprach Anna

¹⁰⁵³ Vgl. dazu Die Logenschwester 3 (1930) 6, 1.

¹⁰⁵⁴ Vgl. dazu Die Logenschwester 3 (1930) 9, 5 und 3 (1930) 10, 3.

¹⁰⁵⁵ Vgl. dazu Die Logenschwester 3 (1930) 10, 4.

¹⁰⁵⁶ Vgl. dazu Die Logenschwester 3(1930) 11, 2-4.

¹⁰⁵⁷ Vgl. dazu LJW 5 (1932) 31, 3.

Neumann über das Bemühen, die Schwesternbünde mit jüdischem Geist zu erfüllen, in diesem Sinne bestand eine wesentliche Aufgabe in der Pflege des jüdischen Wissensgutes. Schwester Carlebach legte den Kassenbericht vor und stellte fest, dass trotz der schweren Wirtschaftskrise durch außerordentlich sparsames Wirtschaften die Kasse ein Plus erziele. Sie berichtete zudem von der umfangreichen Tätigkeit des Leipziger Schwesternbundes; durch den Studenten- und Mittelstandstisch wurden täglich etwa 60 Personen versorgt. Eine Sammelaktion ermöglichte, dass 17 Freitische neu eingerichtet wurden. Bei der jährlich fünftägigen von Frauen des Mittelstandes ausgestatteten Handarbeitsausstellung wurden 3.000 RM eingenommen, zudem wurden für 1.000 RM Bestellungen aufgegeben. Krankenbesuche der Schwestern in städtischen Krankenhäusern fanden nicht mehr statt, da der große Teil der jüdischen Patienten das Jüdische Krankenhaus aufsuchten. Der Schwesternbund gehörte zu den vier Leipziger jüdischen Frauenorganisationen, welche sich in Vortragsgemeinschaften zu Vortragsveranstaltungen zusammengeschlossen hatten.

Ein wichtiges Thema der Veranstaltung war die Krise in der Mädchenerziehung.¹⁰⁵⁸

Eine besondere Aufgabe sahen die Schwesternvereinigungen in der Erholungsfürsorge. Deshalb starteten sie Spendenaufrufe für die jüdische Kinder-Erholungsfürsorge. Die Gemeinden und Vereine waren mit den Nöten und der Notwendigkeit der Erholung und Gesundung von Kindern und Jugendlichen finanziell überfordert. Dennoch erhofften die Gemeinden und die kranken und gesundheitsgefährdeten Kinder und Jugendlichen Erholung und Kräftigung. Deshalb wurde an jene, die sich selbst noch Erholung gönnen konnten, um finanzielle Unterstützung appelliert. Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Erholungsfürsorge“ forderte der Schwesternbund zu Hilfe auf und warb damit, dass für 16 RM ein Kind eine Woche Erholung finden konnte.¹⁰⁵⁹

¹⁰⁵⁸ Vgl. Die Logenschwester 5 (1932) 5, 8.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Die Logenschwester 5 (1932) 6, 3.

Das Sozialpädagogische Frauenseminar

Das Sozialpädagogische Frauenseminar trat als staatliche Bildungseinrichtung in Konkurrenz zu einer neuen Einrichtung in Dresden.

Während der Weltwirtschaftskrise bestand das Interesse an der sozialen Ausbildung nicht nur ungebrochen fort sondern nahm angesichts des Bedarfes an Helfern noch zu. So entstand wegen der steigenden Zahl von Bewerberinnen 1929 eine zusätzliche Klasse. Die Schülerinnenzahl stieg von 230 auf 253. Die Schule verfügte über zwei Klassen Kinderpflegerinnen, zwei Klassen Frauenschule der Unterstufe, zwei Klassen Fröbel-Frauenschule der Oberstufe, eine Gruppe Kindergarten Praktikantinnen sowie eine Gruppe Wohlfahrtpraktikantinnen.

Zur Vermittlung von Absolventinnen betrieb die Schule eine eigene Stellenvermittlung.

Der Stadtbund Leipziger Frauenvereine arbeitete mit dem Sozialpädagogischen Frauenseminar zusammen; dies dokumentierten u.a. vom Bund angebotene und durchgeführte Führungen durch die Kindergärten der Ausbildungseinrichtung.¹⁰⁶⁰

Mit Jahresbeginn 1930 wurde die bisherige Schulleiterin Dr. Margarethe Dyck für ein Jahr ans Ministerium ab 2.1.1930 berufen.¹⁰⁶¹ Frau Studienassessor Dr. Hildegard Meister-Trescher ersetzte sie als stellvertretende Leiterin des sozialpädagogischen Frauenseminars für die Zeit der Beurlaubung.

Nachdem die Stelle der Schulleiterin lange nicht besetzt war und verschiedene Kandidatinnen zur Debatte standen, übernahm schließlich die 33jährige aus Marburg stammende Dr. Helene Sofie Rathgen die Leitung der Schule.¹⁰⁶²

Bevor sie nach Leipzig kam hatte sie in Hannover die Familienfürsorge beim Wohlfahrtsamt geleitet und war als Referentin für Wohnungspflege tätig.

Das Sozialpädagogische Frauenseminar, aus der von Henriette Goldschmidt gegründeten Hochschule für Frauen hervorgegangen, hatte den Sonderstatus verloren und war zu einer der Ausbildungseinrichtungen für die Ausbildung sozialer Berufe geworden. Goldschmidts Gedanke war daher nur noch insofern interessant, als er Frauen eine Ausbildung und berufliche Perspektive bot. Im übrigen ging die Einrichtung in der staatlichen Verregelung auf und

¹⁰⁶⁰ Vgl. GBIRG 4 (1928) 23, 7.

¹⁰⁶¹ Vgl. StAL Schulamt Kap VIII, Nr. 234, 191.

¹⁰⁶² Beispielsweise wurde seitens des psychologischen Instituts der Universität Elisabeth Leutheuser, Tochter des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten und Leiterin des Friedrich-Fröbel-Hauses in Bad Blankenburg vorgeschlagen. Sie erschien als „ausgesprochene Führerpersönlichkeit“, welche „entschieden national“ dachte und sich durch eine volkstums-konservative Haltung auszeichnete. Der Stadtrat lehnte den Vorschlag schon wegen Leutheusers fehlender akademischer Ausbildung ab. Die 1897 in Marburg geborene Rathgen absolvierte die soziale Frauenschule und das Sozialpädagogische Institut Hamburg und qualifizierte sich zur Wohlfahrtspflegerin speziell in der allgemeinen und wirtschaftlichen Wohlfahrtspflege. Sie hatte bereits Leitungspositionen in Berlin und Hannover inne.

wurde Teil des sozialen Ausbildungssektors. Soziale Frauenarbeit in den Vereinen und Berufsausbildung waren auseinandergefallen; Absolventinnen der Einrichtung wurden von den jüdischen Frauenvereinen der Ortsgruppe sowie in der Israelitischen Religionsgemeinde als Berufskräfte beschäftigt.

Zusammenfassung

Mit der neuzeitlichen Wiederansiedlung von Juden in Leipzig im 19. Jahrhunderts und der Gemeindebildung in Zusammenhang mit der Industrialisierung entstand zunächst mit dem Israelitischen Frauenverein eine wohltätige jüdische Frauenassoziation liberal gesinnter deutsch-jüdischer Frauen, welche den Traditionen jüdisch-sozialethischer Auffassungen entsprach und sich eines breiten Spektrums von geschlechtsunspezifischen Hilfebedarfen unter den Juden – ob sie sich nun kurzfristig oder dauerhaft in Leipzig aufhielten - annahm. Bei den sich an der Spitze dieses Vereins und der in der Folge entstandenen Vereine engagierenden Frauen handelte es sich in der Regel um wohl situierte Ehefrauen von Rabbinern und bedeutenden mittelbürgerlichen Kaufleute bzw. um deren Witwen.

Der Israelitische Frauenverein hatte Anteil an der autonomen Minderheitenfürsorge für die sehr heterogene ethnische Gruppe in einer gesellschaftlichen Umbruchphase, da Bürgertum, Judentum und Frauen nach Emanzipation strebten und sich das konflikthafte Werden der Nation auch in Leipzig niederschlug.

So dienten soziale Hilfen nicht zuletzt stets dazu, negative Aufmerksamkeit der Nichtjuden zu vermeiden, um antisemitischen Angriffen keinen Vorschub zu leisten. Wirtschaftliche Konkurrenz und Intoleranz der evangelischen Kirche prägten entschieden die Ressentiments gegen die jüdische Bevölkerung und ihre Diskriminierung in der Stadt. Die Aktivitäten des Israelitischen Frauenvereins und die später entstandenen jüdischen Frauenvereine dienten zugleich stets dem Erhalt und der Stabilisierung der jüdischen Minderheit und der Verhinderung ihres Aufgehens in der Mehrheitsgesellschaft, aber zugleich auch der Einflussnahme auf die stadtgesellschaftliche Entwicklung. Jene assoziierte Frauen verstanden Integration als Verbindung von Deutsch-Sein und Jüdisch-Sein. Eine Assimilation als Aufgabe eigener kultureller Identität lehnten sie ebenso ab, wie das Tolerieren der in Leipzig besonders verbreiteten Mischehen. Vielmehr ging es gerade um eine Stärkung bzw. Wiedererlangung jüdischer Identität - um eine innere Mission der eigenen Mitglieder und der Hilfebedürftigen. Jüdische Identität und gelebte jüdische Mütterlichkeit im Sinne der Gemeinschaft zielten auf Anerkennung in der Israelitischen Religionsgemeinde und der Mehrheitsgesellschaft, als

deren wertvoller Teil man sich erweisen wollte. Die in den jüdischen bürgerlichen Frauenassoziationen verbündeten Frauen beantworteten die Frauenfrage durch jüdische soziale Arbeit und jüdisch-kulturelle Bildung, sowie die Übernahme der Verantwortung für die eigene Gemeinschaft.

Die Entstehung und Entwicklung der Leipziger jüdischen sozialen Frauenvereine war und blieb an die Entwicklung der Religionsgemeinde und die sozialen Probleme der jüdischen Stadtbevölkerung gebunden. Die infolge anhaltender Migration politisch, religiös, sozial und hinsichtlich der Nationalität heterogene Zusammensetzung der Gemeinde und damit auch der jüdischen weiblichen Einwohnerschaft, bewirkte ein nicht unproblematisches Miteinander. Die untersuchten bürgerlichen jüdischen Frauenvereine, welche sich in der Ortsgruppe des JFB organisierten, bilden einen Ausschnitt des Spektrums jüdischer Frauenvereine in Leipzig. Das soziale Engagement der weiblichen Akteurinnen wurde von Anfang an von der Gemeinde unterstützt, gefördert bzw. sogar initiiert. Zugleich erfuhr die Stellung der Frauen durch ihr soziales Engagement innerhalb der Gemeinde und der Stadt eine Aufwertung.

Henriette Goldschmidt als Wegbereiterin der sozialen Arbeit und der gemäßigten allgemeinen bürgerlichen Frauenbewegung in der Zeit des Kampfes um die Emanzipation von Frauen und Juden konnte in ihrem Verein für Familien und Volkserziehung ein gelungenes Zusammenwirken jüdischer und nichtjüdischer Kreise für die Bildung und Berufsarbeit bürgerlicher Frauen initiieren.

Im Unterschied zu den Vertreterinnen der konfessionellen jüdischen Frauenvereine sah Henriette Goldschmidt frühzeitig im Erzieherinnenberuf eine berufliche Perspektive für bürgerliche Frauen, ebenso wie eine Beschäftigung in der öffentlichen Armenpflege.

Während des Ersten Weltkrieges stellte der von ihr geleitete Verein für Familien- und Volkserziehung dem Nationalen Frauendienst das Gebäude der Hochschule für Frauen zur Einrichtung der Hauptgeschäftsstelle der Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes, in dessen Ausschüssen zwei namhafte jüdische Vertreterinnen mitwirkten, zur Verfügung. Zugleich lief der an den Erfordernissen des Krieges orientierte Lehrbetrieb weiter, bis die Schule unter Kontrolle der staatlichen Schulaufsicht gestellt und schließlich vom Verein für Familien- und Volkserziehung abgelöst wurde.

Bis zum ersten Weltkrieg leisteten die in den Blick genommenen Vereine eine von der Mehrheitsgesellschaft autonome Arbeit der Selbsthilfe, welche zugleich der Existenzsicherung und Stärkung der ethnischen Gruppe gegen innere und äußere Entwicklungsrisiken diente. Im Wandel der Inhalte, Aufgaben und Zielsetzungen der Vereine drückten sich sowohl die sich ändernden sozialen Problemlagen der Zielgruppe und Auffassungen von sozialer Unter-

stützung bzw. sozialer Arbeit als auch des Status bürgerlicher Frauen aus. Die mit der Leipziger Ortsgruppe des JFB verbundenen jüdischen Frauenvereine kooperierten insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg mit jüdischen und überregional tätigen Vereinen und Verbänden; der Israelitische Frauenverein arbeitete im Rahmen der Leipziger Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes mit nicht-jüdischen Frauenvereinen zusammen. Dabei wurden allgemeine Entwicklungstendenzen in der sozialen Arbeit von den jüdischen Akteurinnen aufgenommen. Der ursprünglich religiös fundierte Grundsatz der Zedakah erfuhr im Zuge der stadtgesellschaftlichen Entwicklungen eine Überlagerung durch vermehrte Kontrolle und erzieherische Einflussnahme auf die Hilfsbedürftigen.

Während des Ersten Weltkrieges ruhte die Ortsgruppenarbeit des JFB. Dass der Frauenverein „Ruth“ und der Israelitische Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen nicht dem Frauendienst angehörten, unterstreicht deren nicht ausschließlich deutsche Zusammensetzung. Beide Vereine erweiterten während der Kriegsjahre erfolgreich ihr Wirken für die bedürftigen weiblichen Gemeindemitglieder letztlich im Interesse der Stärkung der Gemeinde.

In den Jahren der Weimar Republik, welche Frauen und Juden volle rechtliche Gleichheit gewährte, während in der Gemeinde ein zähes und teilweise erfolgloses Ringen um Rechtsgleichheit einsetzte, bewirkte die Trennung von Kirche und Staat eine Erschwernis des Praktizierens jüdischer Religiosität. Assimilations- und Säkularisierungstendenzen unter den Juden verstärkten sich auch in Leipzig und blieben für die Frauenvereine nicht folgenlos. Die junge Generation vertrat andere Geschlechtsauffassungen, eine veränderte Position zur Berufsarbeit und sozialer Verantwortung. Jüngere Frauen, Erwerbstätige und akademisch gebildete Frauen konnte keiner der in der Leipziger Ortsgruppe des JFB versammelten Vereine für eine Mitarbeit ansprechen. Ehrenamtliche soziale Arbeit entsprechend einer mütterlichen Verantwortung und Verpflichtung an der Gruppe, die zugleich der Selbsterziehung diene und der Abwendung der Gefahr, dass Menschen dem Judentum den Rücken kehrten, vermittelte diesen Personenkreisen keine identitätsstiftenden Werte mehr. Zeitgleich gewann gesamtgesellschaftlich der Antisemitismus an Bedeutung und gesellschaftlich etablierte bekennende Juden und Jüdinnen sahen sich einer kollektiv adressierten Ausgrenzung und Abwertung ausgesetzt. Die Leipziger Ortsgruppe des JFB widmete sich daher der Gemeinschaftlichkeit unter den Mitgliedern und versuchte, breite jüdische Frauenkreise anzusprechen sowie das jüdische Selbstbewusstsein seiner Mitglieder zu heben.

Adressaten der sozialen Hilfen der jüdischen Frauenvereine in der Ortsgruppe des JFB waren infolge der Zuwanderung vornehmliche bedürftige Ostjüdinnen.

Der seit der Industrialisierung und dem mit dieser verbundenen Ausbau von Handel und Verkehr erfolgte Zuzug bereits in ihrer Heimat sozial deklassierter Ostjuden, welcher noch einmal während des Ersten Weltkrieges anwuchs, wirkte sich in der liberalen Israelitischen Religionsgemeinde, welcher kein Ausbalancieren der zunehmenden Heterogenität gelang, dauerhaft konfliktvoll aus. Die quantitativ und qualitativ wachsenden sozialen Aufgaben der Religionsgemeinde bedingten eine Spezialisierung und Differenzierung der auf Frauen und Kinder ausgerichteten Aufgaben von Frauenvereinen. Die Gemeinde regte die Gründung weiterer sich dezidiert weiblichen Bedürftigen annehmender Frauenvereine an, so dass 1904 der Frauenverein „Ruth“ die Betreuung von Wöchnerinnen und etwas später der Israelitische Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen bisherige Arbeitsgebiete des Israelitischen Frauenvereins übernahmen.

Dazu, dass bereits vor der Gründung der Leipziger Ortsgruppe des JFB die soziale Arbeit der genannten jüdischen Frauenvereine abgestimmt erfolgte, trug nicht zuletzt bei, dass teilweise eine Personalunion in den Vorständen bestand.

Mit der Emanzipation nahmen auch unter jüdischen Frauen Säkularisations- und Assimilationstendenzen zu. Die in der Ortsgruppe des JFB sich sozial engagierende Leipziger jüdische Frauenbewegung zielte nicht zuletzt auf Existenzsicherung sowohl in sozialer Hinsicht als auch im Verhindern des Aufgehens von Juden der Stadt in der Mehrheitsgesellschaft, um die Auflösung der ethnischen Gruppe zu verhindern. Die Frauenfrage beantworteten die Aktiven daher durch die Verbindung traditionsbewussten und identitätsstiftenden Judentums und mütterlich-sozialem Engagements.

Das vermehrte Bedürfnis nach Kooperation und effizienter Zusammenarbeit der bürgerlichen jüdischen Frauenvereine- angesichts des in Leipzig stets präsenten und an Einfluss gewinnenden Antisemitismus sowie einer einflussreichen und sich breiter Unterstützung erfreuenden Frauenvereinsarbeit im Rahmen der Diakonie - mündete in der Gründung der Leipziger Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes. Damit begannen die Leipzigerinnen über den Stadtrahmen hinaus sich mit gleichgesinnten Frauen zu vernetzen. Die Bekämpfung von Mädchenhandel und Prostitution als ein zentrales Anliegen des JFB spielte in Leipzig selbst eine untergeordnete Rolle, wogegen der sittlichen Gefährdung von Mädchen und Frauen mehr Aufmerksamkeit durch präventive Maßnahmen zukam.

All diese Leipziger jüdischen Frauenvereine bezweckten auf der Grundlage der jüdischen sozialen mütterlichen, öffentliche weibliche Einflussnahme und Aufwertung der Stellung der Frauen in der Religionsgemeinde. Über die durch vielfältige Bildungsangebote und Veranstaltungen gestärkte zeitgemäße jüdische Identität der Mitglieder und das Erfahren von

Selbstwirksamkeit im Interesse der Gemeindeentwicklung wuchs zugleich ihr jüdisches und weibliches Selbstbewusstsein.

Der Ortsgruppe des JFB gelang es, die Gegensätze der verschiedenen Richtungen des Judentums, welche sich durch die Mitglieder in den Frauenvereinen zeigten, in der Zusammenarbeit auszugleichen und somit zu erreichen, was in der Gemeinde nicht möglich war.

Die soziale Arbeit der in der Ortsgruppe vertretenen Frauenvereine integrierte zunehmend erzieherische Aspekte, wenngleich Traditionelles, wie Wohlfahrtsteinachmittage einerseits und möglichst unauffälliges Wirken im Sinne der Zedakah andererseits nicht aufgegeben wurden.

Die Vereine verwirklichten ihre Ziele zunehmend dadurch, dass neben den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern professionelle, nach modernen Grundsätzen sozial arbeitende weibliche bezahlte Kräfte wirkten. Die beruflichen Kräfte spielten allerdings in den Vereinsvorständen keinerlei Rolle, so dass hier eine ständige Kluft zwischen professionellen praktischen Ansprüchen und hergebrachter Vereinslenkung entstanden sein muss.

Leipzig war unter organisatorischer Beteiligung der Ortsgruppe wiederholt Schauplatz von Delegiertentagungen des Jüdischen Bundes bzw. von Tagungen des Bundesvorstandes.

Die Ortsgruppe bot den Mitgliedern im Interesse deren Entwicklung neben einem Spektrum an jüdischen Kultur- und Bildungsangeboten auch praktische Einweisungen und Weiterbildungen auf dem Gebiet sozialer Arbeit. Seit dem Ersten Weltkrieg, welcher die Vereine in ihren Hilfsmaßnahmen nicht nur gefordert sondern ihnen zugleich wesentliche Impulse u.a. für eine Vereinsneugründung vermittelt hatte, spielten die Frauenvereine - seit der Gründung der Republik besonders die Ortsgruppe - und ihre Repräsentantinnen für das Wohl der wachsenden Zahl auf Hilfen der Gemeinde angewiesenen Bedürftigen eine wesentliche Rolle. Lediglich der Israelitische Spar- und Versicherungsverein für schulentlassene Mädchen hatte sich unter den krisenhaften gesellschaftlichen Belastungen aufgelöst.

Mit der Ortsgruppe kooperierte nun auch die Vereinigung der Schwestern der Leipzig Loge des U.O.B.B., welche sich ebenfalls der sozialen Mütterlichkeit und der inneren Missionstätigkeit unter den Mitgliedern verpflichtet sah.

Die während des Krieges vollzogene Gründung der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und die Integration des JFB in den Verband wirkte sich dahingehend aus, dass frauenemanzipatorische Anliegen eher in den Hintergrund traten und der JFB vornehmlich in Arbeitsgemeinschaften mit der ZWST bzw. den angeschlossenen Verbänden wirksam wurde, was sich in Leipzig dahingehend niederschlug, dass die Frauenvereine von der Gemeinde in Anspruch genommen wurden, ihnen Aufgaben zugewiesen wurden, Entscheidungskom-

petenzen aber nicht abgegeben wurden und emanzipatorische Bestrebungen nachrangig erschienen.

1923 beendete die Leipziger Ortsgruppe des JFB erfolgreich den Kampf um die Gleichstellung der Frauen hinsichtlich der Wahlen in der Religionsgemeinde. Dass im Jahr darauf Bettina Brenner Bertha Pappenheim an der Spitze des JFB ablöste, darf auch als Würdigung der Arbeit der von ihr geleiteten Leipziger Ortsgruppe verstanden werden. Bettina Brenner, welche dem traditionellen jüdischen Frauenbild anhing, hatte in Leipzig mit zionistisch orientierten Frauen zusammengewirkt und vertrat die ebenfalls 1924 vorgenommene Programmweiterung des JFB um die Förderung von Arbeiten zum Aufbau Palästinas hinsichtlich der Unterstützung von Frauen. Besonderes Engagement widmete Brenner zudem dem Tuberkulosenheim in Wyk auf Föhr.

Die krisenhaften Entwicklungen der Weimarer Republik mit ihren sozialen Folgeerscheinungen und Auswirkungen prägten die Aktivitäten der Leipziger Ortsgruppe des JFB und der verbündeten Frauenvereine, indem neue Arbeitsfelder insbesondere in der Gesundheits- und Erholungsfürsorge sowie der Arbeitsbeschaffung übernommen und die konfessionelle Zusammenarbeit über den Rahmen der Stadt und Deutschlands ausgedehnt wurde. Die Leipziger Ortsgruppe schickte bedürftige Frauen und Kinder der Stadt in die Heime des JFB in Neu-Isenburg und Wyk auf Föhr.

Vermeehrt bekannten sich bisher liberal gesinnte organisierte Frauen zum Zionismus und, anders als auf der Bundesebene, stellten Toleranz und Integration verschiedener Auffassungen in der Leipziger Ortsgruppe scheinbar kein Problem dar.

Innerhalb der Ortsgruppe wurden Ende der zwanziger Jahre Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, welche der Bearbeitung sozialer, religiöser, kultureller und frauenpolitischer Themen durch die Mitglieder dienten.

Die praktischen Arbeitsanforderungen überlasteten die ehrenamtlichen Kräfte, welche zugleich persönlich selbst von der sozial-ökonomischen Krise betroffen waren, zunehmend.

Dennoch wurde versucht, möglichst auch jenen Frauen, welche von der jüdischen Frauenbewegung bisher nicht erreicht wurden, Rückhalt in der Gemeinschaft gerade unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Misere zu vermitteln.

Die prekäre wirtschaftliche Lage der Vereine führte zugleich zu Beschränkungen in der praktischen Arbeit, einem Angewiesensein auf ausländische finanzielle Hilfen für die Unterstützung von Bedürftigen und einer verstärkten Bedürftigkeitskontrolle.

Die Weltwirtschaftskrise traf Leipzig und die jüdische Bevölkerung der Stadt besonders hart, verstärkt wurden die Auswirkungen durch den Demokratieabbau, das extreme Anwachsen des

Antisemitismus und die sich verfestigenden Ressentiments innerhalb der Israelitischen Religionsgemeinde. Die in der JFB-Ortsgruppe kooperierenden Frauenvereine richteten ihre Hilfen auf die verelendenden selbständigen jüdischen Mittelständler und proletarische Juden aus, während zugleich der Wohlfahrtspflege-Etat der Israelitischen Gemeinde rapide sank und damit die finanzielle Unterstützung der Vereine bedrohte.

In der Folge kam es zur Ausweisung von Juden osteuropäischer Herkunft, die nun öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen mussten.

Der Familienhilfe in Kooperation von Gemeinde und JFB-Ortsgruppe kam eine überragende Bedeutung zu und der Einsatz von Berufskräften für Sozialarbeit bei gleichzeitig wachsendem ehrenamtlichen Engagement setzte sich durch.

Erneut wurden neue Arbeitsfelder erschlossen, indem die Ortsgruppe die jüdische Schulung der mit Notstandsarbeiten beschäftigten Frauen der Gemeinde übernahm und eine Nähstube für erwerbslose jüdische Mädchen einrichtete. Die Weiterbildung der ehrenamtlichen Kräfte wurde nochmals intensiviert und wiederum gegen die noch immer unbefriedigende gemeindliche, politische und berufliche Beteiligung der jüdischen Frauen in Arbeitsgemeinschaften mobil gemacht.

Die jüdische Bildung und Erziehung der Mitglieder integrierte neben den religiösen Themen in Verbindung mit der Pflege des Hebräischen, für deren Bearbeitung JFB und Schwesternbund Martin Buber gewonnen hatten, zunehmend Themen, welche mit ostjüdischer Kultur und deren Werten vertraut machten. Erziehung und Entwicklung jüdischer Kinder gerade unter den Anforderungen der Krise bildeten zudem einen wesentlichen Bestandteil der Qualifikationsangebote. Sowohl um jenen Frauen, welche nicht den Vereinen angehörten in einer Zeit der Bedrohung Gemeinschaft zu vermitteln, aber auch um neue Mitglieder zu gewinnen, entwarf die Ortsgruppe des JFB neue Angebote für ältere gebildete Frauen und berufstätiger Frauen, welche auf unterschiedliche Resonanz stießen. Die interkonfessionelle Zusammenarbeit innerhalb der Stadt ging zugunsten der überregionalen Zusammenarbeit im JFB in diesen Jahren zurück, wobei die Heimeinrichtungen aufgrund der Finanzmittelknappheit zunehmend weniger genutzt werden konnten.

Die Vereine krankten neben dem Nachwuchsmangel zudem an den Verlusten ihrer bedeutendsten Mitglieder der älteren Frauengeneration, welche bis zu ihrem Lebensende prägenden Einfluss genommen und hinterlassen hatten.

Von den Angeboten der Mütter- und Säuglingsfürsorge des orthodox orientierten Frauenvereins Ruth, besonders der Mütterberatungsstelle, profitierten Anfang der dreißiger Jahre alle jüdischen Kreise Leipzigs: Arzt, professionelle Säuglingsschwester und ehrenamtlich tätige

Vereinsmitglieder leisteten eine von der Gemeinde auch unter den Krisenbedingungen finanziell geförderte erfolgreiche Arbeit. Die Akteurinnen, in erster Linie die Vorsitzende Regina Pfefferblüth, die als Gemeindeverordnete der Jüdischen Volkspartei vor allem die Ostjuden vertrat, und ihre Nachfolgerin, Gertrud Carlebach, die Ehefrau des orthodoxen Gemeinderabbiners Ephraim Carlebach, standen weiterhin für ein traditionelles Verständnis von sozialer Mütterlichkeit, verbunden mit der Stärkung des weiblichen Selbstbewusstseins der Mitglieder durch die Erfahrung von Verwurzelung und Wirksamkeit für die jüdische Gemeinschaft.

Der Frauenverein „Ruth“ bildete die stärkste Assoziation innerhalb der Ortsgruppe und veranstaltete bis zum Ende der Weimarer Republik jährliche Wohltätigkeits-Teenachmittage trotz extrem rückläufiger Mittel. So blieben geplante Heimgründungsprojekte aufgrund der Finanzmisere unverwirklicht.

Wachsende finanzielle Unterstützung aus dem Etat der Israelitischen Gemeinde erhielt besonders der Israelitische Kindergarten, Tagesheim e.V., aufgrund ständig gestiegenen Zulaufs. Diese Einrichtung fühlte sich sowohl jüdischer Tradition als auch moderner Erziehung und Bildung verpflichtet.

Der Schwesternbund der Leipzig Loge erreichte mit seinen Hilfen verelendete Teile des Bürgertums, so durch den Mittelstandstisch breite Kreise der Bevölkerung, vor allem Ostjuden mit der Kinder-Erholungsfürsorge und der Altkleidersammlung. Der Verkauf von Handarbeiten der Mitglieder sicherte selbst in den Krisenjahren die Arbeitsfähigkeit der Schwestern, welche den Zusammenhalt innerhalb des sächsischen Distriktes festigten und, ähnlich wie die Ortsgruppe des JFB, die jüdische Identifikation der Mitglieder durch weitgefächerte kulturelle Bildung vertieften.

Das Sozialpädagogische Frauenseminar, welches seinen Sonderstatus seit der Verstaatlichung verloren hatte, trug durch die Absolventinnen zu einer Professionalisierung der sozialen Tätigkeit der Frauenvereine bei.

Die bürgerlich jüdische Frauenbewegung in Leipzig konnte ihre Emanzipationsziele nur teilweise über soziales Engagement erreichen, zumal die Frauenvereine durch das Festhalten an der Mütterlichkeitsideologie, zeitgemäße gesellschaftliche Entwicklungen verfehlten und professionellen Sozialarbeiterinnen in den Vereinsleitungen keinen Platz einräumten. Den Vereinsakteurinnen gelang es, ihre Einflussnahme in der Gemeinde zu erweitern. Entscheidungsbefugnisse erlangten sie allerdings nur über parteipolitische Mitwirkung an der Gemeindeversammlung. Es erwies sich, dass weibliche soziale Arbeit in Leipzig die erfolgreiche und tolerante Zusammenarbeit bürgerlicher Frauen, welche unterschiedliche Richtungen des Juden-

tums repräsentierten, ermöglichte. Damit wurde auf kommunaler Ebene praktisch möglich, was auf Bundesebene sehr lange erfolglos blieb.

Die Wohlfahrtspflege der bürgerlichen jüdischen Leipziger Frauenvereine sicherte die jüdischen Traditionen und wirkte damit der Säkularisation ebenso entgegen, wie es auf ihre Weise die Frauenvereine innerhalb der Leipziger Diakonie versuchten, wobei die jüdischen Frauenvereine darüber hinaus mit Hilfe sozialer Arbeit für den Bestand der ethnischen Gruppe überhaupt wirkten.

Die in der Ortsgruppe des Frauenbundes vereinten Vereine widmeten sich in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Religionsgemeinde während der Jahre der Weimarer Republik in zeittypischer Weise koordiniert Aufgaben der gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Fürsorge, bis die sozialen Notstände der Leipziger Juden in Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Gemeindebudget und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Leipziger Frauenvereine und des JFB überforderten. Durch die Fürsorgepflichtverordnung, die nicht nur die deutschen Juden sondern auch einen Teil nicht-deutscher Juden einbezog, waren Fürsorgebereiche in staatliche bzw. kommunale Verantwortung übergegangen. Dennoch blieb der Bedarf nach speziellen jüdischen Einrichtungen, wie etwa dem Tuberkulosefürsorgeheim des JFB, auch in der Leipziger jüdischen Bevölkerung erhalten, da nur diese Einrichtungen jüdische Rituale einschließlich in der Speisung pflegten und den Kindern eine angemessene Erziehung gewährten.

Die Frauenvereine praktizierten das ethische Grundprinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit unter den Juden als religiöse Verpflichtung und erhielten im ehrenamtlichen Engagement die barmherzige Liebestätigkeit in persönlicher Anteilnahme und Hinwendung den Bedürftigen gegenüber. Diese tätige Nächstenliebe, welche Hand in Hand ging mit dem religiösen Gebot der Fürsorge für die Ortsfremden, sahen die Akteurinnen durch die professionelle Sozialarbeit gefährdet, so dass berufliche Sozialarbeit zugleich den Bestand des Judentums bedrohte.

Anders als in der nichtjüdischen konfessionellen Sozialarbeit, welche religiöse Identität den säkularen Tendenzen entgensetzte, zeigt die weibliche jüdische Sozialarbeit in Leipzig über die identitätsstiftende Rolle und die Zusammengehörigkeit innerhalb der Religionsgemeinde eine allgemein existenzsichernde Bedeutung, welche einerseits Anerkennung in der städtischen Mehrheitsgesellschaft und andererseits Exklusion einschloss.

Zugleich wies die Entwicklung der sowohl durch jüdische Tradition, als auch durch bürgerliche Frauen- und Familienauffassungen geprägten Leipziger Frauenvereine die Umsetzung von Modernisierungsprozessen in der praktischen Sozialarbeit auf.

Die durch unterschiedliche Richtungen des jüdischen Leipziger Bürgertums geprägten Vereine waren für sozial engagierte Frauen durchlässig. Mehrfachmitgliedschaften waren üblich, ebenso das gleichzeitige Mitwirken in anderen Wohltätigkeitsvereinen der Gemeinde, was nicht zuletzt den Gruppenzusammenhalt stärkte. Zugleich festigten die bürgerlichen Frauenvereine die soziale Abgrenzung von den Unterschichten, die per se als defizitär wahrgenommen wurden.

Die soziale Arbeit der betrachteten Leipziger jüdischen Frauenvereine stellte zugleich einen geschlechtsspezifischen Beitrag zur sozialen Entwicklung der Israelitischen Gemeinde und ihrer Außenwirkung dar. Zugleich beeinflussten die Akteurinnen die Gestaltung der Rolle der bürgerlichen jüdischen Frauen in der Stadt. In den Vereinsleitungen kooperierten die Frauen als Angehörige der jüdischen Religions- und Wirtschaftselite. Dass hierbei auch familiäre Beziehungen und Interessen eine Rolle spielten wurde erkennbar, ohne dass es expliziter Untersuchungsgegenstand der Arbeit war oder sein konnte. Die in Leipzig ausgeprägte Ostjudenproblematik, die extreme Heterogenität der Leipziger Israelitischen Gemeinde, der manifeste Konflikt zwischen proletarischen und bürgerlichen städtischen Schichten, der stets ausgeprägte Antisemitismus und die nachdrücklichen Emanzipationsbestrebungen jüdischer Frauen kennzeichneten in einmaliger Weise das Wirken der mit der Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes verbundenen Vereine. Welchen Einfluss diese einzelnen Aspekte zeitigten, ließe sich in Vergleichsstudien zeigen. Dazu wäre es interessant, andere Ortsgruppen und deren Mitgliedsvereine unter ähnlichen und abweichenden Rahmenbedingungen zu untersuchen.

Soziale Arbeit als ein umfassendes Konzept der Stärkung, Erhaltung und Weiterentwicklung der Identität einer Minderheit bei gleichzeitiger Integration in die Mehrheitsgesellschaft erscheint gerade in den aktuellen kontroversen gesellschaftlichen Diskursen um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Vorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft als ein anregender und bedenkenswerter Forschungsgegenstand.

Abkürzungen

ABDF	Archiv des Bundes Deutscher Frauenvereine
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
AJFB	Allgemeines Jüdisches Familienblatt
AZJ	Allgemeine Zeitung des Judentums
BDF	Bund deutscher Frauenvereine
BFV	Bezirksfürsorgeverband
BGD	Bericht der Großloge für Deutschland, Organ des VIII. Distrikts U.O.B.B.
BfW	Blätter für Wohlfahrtspflege
BIJFB	Blätter des Jüdischen Frauenbundes für Frauenarbeit und Frauenbewegung
CV	Centralverband der deutschen Juden
CVZ	C.V. Zeitung
DEF	Deutsch-Evangelischer Frauenbund
DFIDG	Die Frau in der Gemeinschaft. Mitteilungsblatt des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland. (Angeschlossen der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.)
DIGB	Deutsch-Israelischer Gemeindebund
GIRG	Gemeindeblatt der israelischen Religionsgemeinde
HbjGW	Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege
ICW	International Council of Women
JberVZpF	Jahresbericht(e) Verein Zentrale für private Fürsorge
JFB	Jüdischer Frauenbund
JFBM	Der jüdische Frauenbund. Mitteilungen aus der Bundes- und Vereinsarbeit
JFBP	Jüdischer Frauenbund. Protokoll der V. Delegierten-Versammlung 1917
JbF	Jahrbuch der Frauenbewegung
JbbF	Jahrbücher der Frauenbewegung

JbBDF	Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine
JJS	Jüdisches Jahrbuch für Sachsen
JWS	Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik
KFD	Katholischen Frauenbund Deutschlands
LJZ	Leipziger Jüdische Zeitung
LJW	Leipziger Jüdisches Wochenblatt
LS	Die Logenschwester
ND	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
NF	Nationaler Frauendienst
NS	Nationalsozialismus
NP	Neue Praxis
OBBM	Der Orden Bne Briss. Mitteilungen der Großloge für Deutschland VIII. U.O.B.B.
ONF	Ortsgruppe des Nationalen Frauendienstes
PH	Pädagogische Hochschule
RFV	Reichsfürsorgepflichtverordnung
SA	Soziale Arbeit
SP	Sozialpädagogik
StAL	Stadtarchiv Leipzig
SStal	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
SZWST	Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden
U.O.B.B.	Unabhängiger Orden Bne Briss
Z.F.G.	Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZJW	Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege
ZWST	Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig

Amtsgericht Leipzig

AG Leipzig GuR 87 (16654)

Staatspolizeistelle Leipzig

PP-V 41

PP-V 312

PP-V 1113

PP-V 1339

PP-V 1804

PP-V 4442, 4443

PP-V 4471, 4472

PP-V 4553, 4554

PP-V 4559, 4560

PP-V 4622, 4623

Stadtarchiv Leipzig (StAL)

Armen-, Fürsorge und Sozialamt:

AFSA 487

AFSA 1276

AFSA 1768

AFSA 1870

AFSA 1876

AFSA 1877

AFSA 1886

AFSA 1913

AFSA 1916

AFSA 1929

AFSA 2111

AFSA 2165

AFSA 2325
AFSA 2338
AFSA 2552
AFSA 2551
AFSA 2772

Schulamt:

Schulamt, Kap. III, Nr. 228
Schulamt, Kap VIII, Nr. 234
Schulamt, Kap. VIII, Nr. 237
Schulamt, Kap. VIII, Nr. 285
Schulamt, Kap. VIII, Nr. 293

Kapitelakten

Kap. 35, Nr. 814

Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig

Wählerliste der Gemeindemitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig 1924

Gedruckte Quellen und Literatur

- Adam, Thomas: Leipzig – Die Hochburg der Arbeiterkulturbewegung. In: Bramke, Heß 1995, 229-267
- Adler-Rudel, Salomon: Ostjuden in Deutschland, 1880-1940: Zugl. eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuen. Tübingen: Mohr (Siebeck), 1959
- Alexander, Edith: Gruppen berufstätiger Frauen im J.F.B. Ortsgruppe Leipzig. In: BIJFB 7(1931), 6
- Allen, Ann Taylor: Feminismus und Mütterlichkeit in Deutschland 1800-1914. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, 2000
- Apolant, Jenny: Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde: Allgemeiner Deutscher Frauenverein (zugleich Verband f. Frauenarbeit u. Frauenrechte in d. Gemeinde); Nach d. Material d. Zentralstelle f. Gemeindeämter d. Frau in Frankfurt a. M., 2. Aufl., Leipzig, Berlin: Teubner, 1913

- Arbeitskreis zur Förderung von Pflegekindern e.V. (Hg.): Bei fremden Leuten. Pflegekinder von 1900 bis heute. Berlin 1994
- Armenamt der Stadt Leipzig (Hg.): Wichtiges für die Armen- und Wohlfahrtspflege der Stadt Leipzig. Als Sonderabdruck aus seinem Pflegeverzeichnis, Leipzig 1914
- Baader, Maria B.: Die Entstehung jüdischer Frauenvereine in Deutschland. In: Huber-Sperl, 2002, 99-117
- Bach, André: Die jüdischen sozialen Vereine Leipzigs 1929-1938/39. In: Judaica Lipsiensia 1994, 132-143
- Backes, Gertrud: Frauen und soziales Ehrenamt: Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe. Augsburg: Maro-V., 1987 (Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung; Bd. 1). Zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 1987
- Baeck, Leo: Der soziale Gehalt der jüdischen Wohlfahrtspflege. In: Zedakah (1926) 2, 5-8
- Baeck, Leo: Zur Geschichte der Juden in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert Jerusalem. Jerusalem Acad. Press, 1971
- Bakai, Avraham; Mendes-Flohr, Paul: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 4, Aufbruch und Zerstörung: 1918-1945. München: Beck, 2000
- Bala, Heike; Scholz, Christian (Hg.): „Deutsch-jüdisches Verhältnis“? Fragen, Betrachtungen, Analysen. Essen: Klartext-V., 1997
- Bauer, Gisa: Kulturprotestantismus und frühe bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland: Agnes von Zahn-Harnack (1884-1950). Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2006
- Baumann, Ursula: Religion und Emanzipation: Konfessionelle Frauenbewegung in Deutschland 1900-1933. In: Tel Aviver Jahrbuch für Geschichte. Bd. 21, 1992, 171-206
- Benz, Wolfgang (Hg.): Dimensionen des Völkermords: die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München: Oldenbourg, 1991 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 33)
- Benz, Wolfgang (Hg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen: Mohr Siebeck, 1998 (Schriftenreihe wissenschaftliche Abhandlungen des Leo Baeck Instituts; 57)
- Berger, Manfred: Alice Salomon. Pionierin der sozialen Arbeit und der Frauenbewegung. 2. korr. Aufl., Frankfurt a.M.: Brauces und Apsel. V., 2005
- Berger, Manfred: Aus dem Leben und Wirken der Hedwig Burgheim. In: Frauen in der Geschichte 2 (1996) 1, 9-25
- Berger, Manfred: Zum Gedenken des 100. Geburtstages der jüdischen Sozialarbeiterin Hannah Karminski. In: Unsere Jugend 49 (1997) 4, 136
- Bergmann, Werner: Vom Antijudaismus zum Antisemitismus. Zur Geschichte eines Vorur-

- teils von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart. In: Höppner 2004, 19-39
- Bericht über die Tagung des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands
27./28.5.1928 in Dresden. In: BIJFB 4 (1928) 7, 5 f
- Berliner, Cora: Berufsschichtung und Berufsumschichtung. In: BIJFB 9 (1933) 12, 6-9
- Berliner, Cora: Berufswahl. In: BIJFB 13 (1937) 2, 1f
- Bernfeld, Siegfried: Zum Problem der jüdischen Erziehung. In: Der Jude 1 (1916) 3, 169-182
- Blaschke, Karlheinz: Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. München: Haus der
Bayrischen Geschichte, 1991 (Hefte zur bayerischen Geschichte und Kultur; Bd. 13)
- Blaschke, Olaf; Kuhlemann, Franz-Michael (Hg.): Religion im Kaiserreich: Milieus – Mentalitäten - Krisen. Gütersloh: Kaiser, Gütersloher Verlagshaus 1996 (Religiöse Kulturen der Moderne; Bd. 2)
- Blasius, Dirk; Diner, Dan (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der
Juden in Deutschland; Frankfurt M.: Fischer, 1991
- Blecher, Jens: „Der Beruf der Frau ist allein das Werk der Liebe“. Weibliche Religiosität und
Wohltätigkeit in Leipzig im 19. Jahrhundert. In: Schötz 1997, 181-206
- Bloch, Grethe: Zur hauswirtschaftlichen Ausbildung. In: BIJFB 6 (1930) 7, 4 ff
- Bloch, Grethe: Wizo-Tagung in Tel-Aviv. In: BIJFB 11 (1930) 6, 3 ff
- Boockmann, Hartmut u.a.: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert:
Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. Göttingen: Vandenhoeck und
Ruprecht, 1972 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte; 1)
- Bramke, Werner: Vom Freistaat zum Gau. Sachsen unter der faschistischen Diktatur 1933 bis
1939. In: ZfG 31 (1983) 12, 1067-1078
- Bramke, Werner: Sachsen und Leipzig 1918 bis 1934. Die Wechselwirkung zwischen Land
und Großstadt. In: Ders.; Heß 1995, 397-413
- Bramke, Werner: Sachsens Industrie(-gesellschaft) in den Jahren der Weimarer Republik. In:
Ders.; Heß 1998, 27-51
- Bramke, Werner, Heß, Ulrich (Hg.): Sachsen und Mitteldeutschland: politische, wirtschaftliche
und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Weimar; Köln; Wien: Böhlau 1995
- Bramke, Werner, Heß, Ulrich (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert.
Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 1998 (Leipziger Studien zur Erforschung von
regionenbezogenen Identifikationsprozessen; Bd. 2).
- Brandmann, Paul: Leipzig zwischen Klassenkampf und Sozialreform: kommunale Wohlfahrtspolitik
zwischen 1890 und 1929. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 1998 (Geschichte
und Politik in Sachsen; Bd. 5) Zugl.: Münster (Westf.) Univers., Diss. 1995

- Bräuer, Helmut (Hg.): Arme - ohne Chance? Kommunale Armut und Armutsbekämpfung vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Leipzig: Univ.-Verl., 2004
- Brenner, Bettina: Bund Deutscher Frauenvereine. In: BIJFB 8 (1932) 11, 8 f
- Brenner, Bettina: Die Frau in der Gemeinde. In: BIJFB 4 (1928) 1, 6
- Brenner, Bettina: Ortsgruppe Leipzig. In: Jüdischer Frauenbund. Protokoll d. V. Delegierten-Versammlung am Sonntag, den 28. Januar 1917, Berlin 1917, 24
- Brenner, Bettina: Wozu braucht der JFB Ortsgruppen? In: BIJFB 5 (1929) 2, 6 f (a)
- Brenner, Bettina: Zukunftsaufgaben der jüdischen Tuberkulosefürsorge. In: Zedakah (1926) 2, 48 f
- Brenner, Bettina: Zum 25jährigen Bestehen des Jüdischen Frauenbundes. Die Arbeit des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland. In: GIRG 5 (1929) 23, 2 f (b)
- Brenner, Bettina; Ollendorff, Paula: Der J.F.B. an die Reichsarbeitsgemeinschaft der Landesverbände jüdischer Gemeinden zur Frage d. Reichsverbandes d. deutschen Juden u. d. Jüd. Weltkonferenz. In: BIJFB 8 (1932) 7, 8
- Brenner, Michael: Jüdische Kultur in der Weimarer Republik. München: Beck 2000 (a)
- Brenner, Michael: Propheten des Vergangenen. Jüdische Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert. München: Beck, 2006
- Brenner, Michael: Wie jüdisch waren Deutschlands Juden? Die Renaissance jüdischer Kultur während der Weimarer Republik. Gesprächskreis Geschichte, Friedrich-Ebert Stiftung: Bonn 2000, H. 3 (b)
- Brenner, Michael; Myers, David N. (Hg.): Jüdische Geschichtsschreibung heute: Themen, Positionen, Kontroversen; ein Schloss-Elmau-Symposium; [zugleich e: Veröffentlichung der Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München]; München: Beck, 2002
- Brentzel, Marianne: Anna O. - Bertha Pappenheim : Biographie. Göttingen: Wallenstein-Verl., 2002
- Breuer, Mordechai: Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918: Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit. Frankfurt a.M.: Jüdischer Verl. bei Athenäum, 1986
- Buber, Martin: Begegnungen. Autobiographische Fragmente. Stuttgart: Kohlhammer, 1960
- Bubis, Ignatz; Das Selbstverständnis der Juden und Jüdinnen in der Bundesrepublik Deutschland und der Zentralrat der Juden, In: Bala, Scholz 1997, 25-33
- Buchholtz, Erika: Henri Hinrichsen und der Musikverlag C. F. Peters. Deutsch-jüdisches Bürgertum in Leipzig von 1891 bis 1938. Tübingen: Mohr Siebeck, 2001
- Büttner, Annette: Ausgewählte Probleme der Entwicklung des Gesundheits- und Sozial-

- wesens in Leipzig und Chemnitz zwischen 1890 und 1914 unter Berücksichtigung der Haltung der Stadtverordneten und des Rates der Stadt. Leipzig: Univers. Diss. 1987
- Caro, Clara: Das „unsichtbare Isenburg“. Gedanken zur Geschichte des Jüdischen Frauenbundes. In: DFIDG 1 (1957) 3, 1-3
- Cohn, Else: Abschiedsfeier des Jüdischen Frauenbundes Ortsgruppe Leipzig für Frau Bettina Brenner. In: GIRG 1 (1925) 12, 6 (a)
- Cohn, Else: Henriette Goldschmidt zum 100. Geburtstag. In: GIRG 1 (1925) 10, 3 f (b)
- Cohn, Else: 75 Jahre Israelitischer Frauenverein. In: GBIRG 4 (1928) 10, 1 f
- Cohn, Else: Ein Ruf nach sozialen Helfern. In: GIRG 1 (1925) 4, 4 (c)
- Cohn, Gustav: Die Entwicklung der gottesdienstlichen Verhältnisse bis zur Einweihung der Synagoge. In: Aus Geschichte und Leben der Juden in Leipzig 1930
- Cohn, Gustav: Jüdischer Liberalismus in Leipzig. In: Ehpraim-Carlebach-Stiftung Leipzig **1994**,
- Conrad, Bettina; Leuschner, Ulrike (Hg. u. Bearb.): Führende Frauen Europas. Elga Kerns Standardwerk von 1928/1930; München, Basel: E. Reinhardt, 1999
- Dann, Otto: Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München: Oldenbourg 1984 (Historische Zeitschrift, Beiheft; N.F. 9)
- Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Leipzig; Chemnitz; Leipzig: Verl. Heimatland Sachsen, 1993
- Diamant, Adolf: Ostjuden in Chemnitz 1811 bis 1945. Eine Dokumentation anlässlich [sic] der Einweihung des neuen Jüdischen Gemeindezentrums und der Synagoge in Chemnitz. Chemnitz 2002
- Dick, Jutta; Sassenberg, Marina (Hg.): Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. Lexikon zu Leben und Werk, Reinbeck: Rowohlt, 1992
- Dick, Jutta; Sassenberg, Marina: Terra incognita. Jüdinnen im 19. und 20. Jahrhundert. In: Bala, Scholz, 1997, 107
- Dilsner-Herfurth, Andrea: Hedwig Burgheim. Leben und Wirken. Hg. Von Rolf u. Brigitte Kralovitz. Leipzig: Passage-V., 2008
- Dritter Bericht der Hochschule für Frauen zu Leipzig (W.S. 1913/14 - S.S. 1917). Leipzig: Wilhelm Schunke, 1917
- Dubnow, Simon: Die Hauptprozesse der neuesten Geschichte der Juden. In: Der Jude 1 (1916) 4, 249-254
- Dürkop, Marlis: Erscheinungsformen des Antisemitismus im Bund Deutscher Frauenvereine. In: Feministische Studien 3 (1984) 1, 140-149

- Dyck, Margarethe, Stieve, Hedwig: Ein Tag aus dem Leben der Wohlfahrtspflegerin (Ausbildung und Praxis) Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1926
- Edinger, Dora (Hg.): Bertha Pappenheim. Leben und Schriften. Frankfurt M.: Ner-Tamid-Verl., 1963
- Edinger, Dora: Über Probleme unserer geistigen Arbeit (anlässlich eines Rundbriefes der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung). In: BIJFB 12 (1936) 5, 8 f
- Eger, Irene: Mädchenberufe die auf Hauswirtschaft aufbauen. In: BIJFB 13 (1937) 2, 6 ff
- Eggemann, Maike; Hering, Sabine (Hg.): Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit. Texte und Biographien zur Entwicklung der Wohlfahrtspflege. Weinheim; München: Juventa V., 1999
- Ehpraim-Carlebach-Stiftung Leipzig (Hg.): Jüdisches Jahrbuch für Sachsen und Adressbuch der Gemeindebehörden, Organisationen und Vereine 1931/32, Ausgabe Leipzig, arani, Berlin, 1994.
- Eschwege, Helmut: Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR, 3 Bde, 2. Bd., Dresden 1991
- Fachschule für Sozialpädagogik (Hg.): Henriette-Goldschmidt-Schule: 1911 – 1991, Leipzig: Fachschule für Sozialpädagogik 1991
- Fassmann, Irmgard Maya: Jüdinnen in der deutschen Frauenbewegung 1865-1919. Hildesheim; Zürich; New York: Olms 1996
- Fassmann, Irmgard Maya: Jüdinnen in der deutschen Frauenbewegung 1865-1919. In: Carlebach, Julius (Hg.): Zur Geschichte der jüdischen Frau in Deutschland. Berlin: Metropol-V., 1993, 147-165
- Faulenbach, Bernd: Zäsuren deutscher Geschichte? Der Einschnitt von 1918 und 1945. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. Gerlingen: Bleicher, 1996 (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte; Bd. 25), S. 15-33
- Fehlemann, Silke: Armutsrisiko Mutterschaft: Mütter- und Säuglingsfürsorge im Deutschen Reich 1890-1924. Inaugural-Dissertation, Univ. Düsseldorf 2004
- Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge: 1855-1939 Leipzig. Berlin: arani 1994
- Flierl, Hans: Freie und öffentliche Wohlfahrtspflege: Aufbau, Finanzierung, Geschichte, Verbände. 2. überarb. Aufl., München: Jehle 1992
- Folmann, Julius: Hilfe für die jüdischen Erwerbslosen in Leipzig. In: JWS 4 (1933) 1/2, 48 ff
- Folmann, Julius: Die Tätigkeit der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege, GBIR 8 (1932) 21, 1

- Forchheimer, Stephanie: Das Heim des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg. In: Jüdischer Frauenbund. Protokoll d. V. Delegierten-Versammlung am Sonntag, den 28. Januar 1917, Berlin 1917, 31-33
- Frauenarbeit und Wirtschaftskrisis. Erklärung des Bundes Deutscher Frauenvereine. In: BIJFB 7 (1931) 5; 1 ff
- Freiesleben, Friedrich: Handbuch der vom Jahre 1572 bis auf die neueste Zeit erschienenen noch jetzt gültigen Civil-Prozeß-Gesetze des Königreichs Sachsen. Bd. 3, Leipzig 1842
- Frevert, Ute (Hg.): Bürgerinnen und Bürger: Geschlechtsverhältnisse im 19. Jh.. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1988 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 77).
- Frevert, Ute: Frauen-Geschichte: zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, 5. Aufl.. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1993
- Frevert, Ute: Geschlechtergeschichte: Rück- und Ausblicke. In: Brenner, Myers 2002, 172-180
- Frie, Ewald: Wohlfahrtsstaat Sachsen? Das Königreich und Preußen im Vergleich. In: Lässig 1997, 343-371
- Frie, Ewald: Wohlfahrtsstaat und Provinz: Fürsorgepolitik des Provinzialverbandes Westfalen und des Landes Sachsen 1880 – 1930. Paderborn: Schöningh, 1993. Forschungen zur Regionalgeschichte; Bd. 8. (Zugl. Münster (Westfalen), Univ., Diss.)
- Friedländer, Saul: Die politischen Entwicklungen von der Mitte des ersten Weltkrieges bis zum Beginn der Weimarer Republik und ihr Einfluß auf die Judenfrage (1917-1923). In: Baeck 1971, 81-86
- Fürth, Helene: Die Not der Zeit und die jüdische Frau. In: BIJFB 7 (1931) 6, 1 ff
- Geier, Wolfgang; Schlesinger, Joachim: Gemeinschaften [Vereine] in Leipzig. Münster: Lit-Verl., 1996
- Gerhard, Ute: Unerhört: die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek bei Hamburg : Rowohlt, 1995
- Gesamtvorstandssitzung des J.F.B. in Leipzig. In: BIJFB 7 (1931) 8, 7
- Gerth, Walther: Die Wohlfahrtspflege im Freistaat Sachsen. Leipzig: Roßberg'sche Buchdruckerei, 1929
- Goldberg, Gertrud: Das neue Gesicht des Wohlfahrtsempfängers. In: BIJFB 7 (1931) 10, 1-4
- Goldmann, Felix: Der C.V. im Freistaat Sachsen. In: Jüdisches Jb. für Sachsen 1931/1932; Berlin: arani, 1994, 75-78 (c)
- Goldmann, Felix: Die soziale Struktur der Leipziger Judenheit. In: Jüdisches Jb. für Sach-

- sen 1931/1932; Berlin: arani, 1994, 50-55 (a)
- Goldmann, Felix: Der Charakter der Leipziger Gemeinde. In: Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindegemeinde 1855-1939; Berlin: arani 1994, 75-81 (b)
- Goldmann, Felix: Die Stellung des deutschen Rabbiners zur Ostjudenfrage. Vortrag für die Generalversammlung des Rabbinerverbandes in Deutschland 09./10.05.1916. Frankfurt am Main: Kauffmann 1916
- Goldschmidt, Alfred: Der deutsche Distrikt des Ordens der Bne Briss U.O.B.B., Berlin: Verl. der Großloge (1923)
- Goldschmidt, Aviva: Jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland - einst und heute. In: Soziale Arbeit 33 (1984) 6, 281-286
- Goldschmidt, Henriette: Ideen über weibliche Erziehung im Zusammenhange mit dem System Friedrich Fröbel's. Sechs Vorträge, Leipzig: Reißner, 1882
- Goldschmidt, Henriette: Vom Kindergarten zur Hochschule für Frauen, 2. Aufl., Leipzig 1913
- Goldstein, Henriette: „Die deutsche Kultur war wie eine Religion für die Juden“. In: Kohn 2006, 42-48
- Goron, Sharo: Reise westwärts, Blick ostwärts: Leipzig als Drehpunkt im Leben Martin Bubers. In: Wendehorst 2006, 131-152
- Gotzmann, Andreas: Zwischen Nation und Religion: Die deutschen Juden auf der Suche nach einer bürgerlichen Konfessionalität. In: Gotzmann, Liedke, Rahden 2001, 241-261
- Gotzmann, Andreas; Liedke, Rainer; Rahden, Till van (Hg.): Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933. Tübingen: Mohr Siebeck, 2001
- Graf, Gerhard: Die Organisation der Inneren Mission in Sachsen - mit Blick auf Leipzig - bis 1914. In: Brauer 2004, 309-317
- Grandner, Margarete; Saurer, Edith: Emanzipation und Religion in der jüdischen Frauenbewegung. In: Grandner, Saurer 2005, S. 7-23 (a)
- Grandner, Margarete; Saurer, Edith (Hg.): Geschlecht, Religion und Engagement. Die jüdische Frauenbewegung im deutschsprachigen Raum. 19. und 20. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar: Böhlau V., 2005 (b)
- Groß, Reiner: Geschichte Sachsens, Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2001
- Grubel, Fred: Die Leipziger jüdische Gemeinde von Hitlers Machtübernahme (1933) bis zum Pogromwinter (1938/39) (Eröffnungsvortrag des Symposiums über die Geschichte der Juden in Sachsen. Leipzig, 8.12.1990). In: Kirchliche Hochschule Leipzig. Forschungsstelle Judentum Mitteilungen und Beiträge 2

- Gruner, Wolf: Die Berichte über die Jüdische Winterhilfe 1938/39 bis 1941/42. Dokumente jüdischer Sozialarbeit zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung nach dem Novemberpogrom. In: Jb. für Antisemitismusforschung 1 (1992), 307-341
- Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege: statistisches Jahrbuch. hg. vom Deutsch-Israelischen Gemeindebund, 18 (1907) – 21 (1913)
- Hecht, Dieter Josef: Die Weltkongresse jüdischer Frauen in der Zwischenkriegszeit: Wien 1923, Hamburg 1929. In Grandner, Saurer 2005, 123-156
- Heid, Ludger: Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914-1923, Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms, 1995 (Haskala. Wiss. Abhandlungen; Bd. 12)
- Heid, Ludger: „Mehr Intelligenz als körperliche Kraft“: zur Sozialgeschichte ostjüdischer Proletarier an Rhein und Ruhr 1914-1923. In: Jb. des Instituts für Deutsche Geschichte XV, 1986 Univ. Tel Aviv
- Heinsohn, Kirsten: Geschlechtergeschichte und Jüdische Geschichte. In: Lamprecht 2009, 19-33
- Helbig, Herbert: Die Vertrauten: 1680-1980: e. Vereinigung Leipziger Kaufleute; Beiträge zur Sozialfürsorge und zum bürgerlichen Gemeinsinn e. kaufmännischen Führungsschicht, Stuttgart: Hiersemann, 1980
- Held, Steffen: Zwischen Tradition und Vermächtnis: die Israelische Religionsgemeinde zu Leipzig nach 1945. Hamburg: Dölling und Galitz, 1995
- Hennings, Verena: Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik. Frankfurt a.M.: Fachhochschulverlag, 2008
- Henriette Goldschmidt zum Gedächtnis. (o.A.). In: BIJFB 13 (1933) 12, 9
- Hering, Sabine: Der „Deutsch-Evangelische Frauenbund“. Eine Fallstudie über die Wechselbeziehungen zwischen der Verbandsspitze und ihrer Basis. In: Im Namen des HERRN? Konfessionelle Frauenverbände 1890-1933. (Ariadne (1999) 35, 16-21)
- Hering, Sabine: Jüdische Wohlfahrtspflege im Spiegel von Biographien (Arbeitskreis „Geschichte der Jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland) Frankfurt: a.M..Fachhochschulverlag, 2006
- Hering, Sabine; Münchmeier, Richard: Geschichte der sozialen Arbeit. Weinheim, München: Juventa Verl., 2000
- Herrisch, Isidor: Der jüdische Weltorden Bne-Briss. Wien, 1932
- Heschel, Susannah: Nicht nur Opfer und Heldinnen. In: Brenner, Myers 2002, 139-162

- Heubach, Helga (Hg.): Bertha Pappenheim. Die Anna O.: Sisyphus: Gegen den Mädchenhandel - Galizien; Freiburg i. Br.: Kore Verl. GmbH, 1992
- Heubach, Helga (Hg.): "Das unsichtbare Isenburg": über das Heim des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg, 1907 bis 1942 / Bertha Pappenheim u.a. Neu-Isenburg: Kulturamt 1994
- Heuberger, Georg (Hg.): Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit; 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917 – 1992. Frankfurt am Main: Jüdisches Museum der Stadt Frankfurt am Main, 1992
- Heuberger, Rachel: Die Gründung der „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ im Jahre 1917. In: Heuberger 1992, 71-78
- Heuberger, Rachel: Die Stellung der Frau im Judentum. In: Wagner 1994, 7-22
- Hirsch, Luise: „Zahlreich und wissensdurstig“. Wie jüdische Frauen die Akademikerin erfanden. In: Dachs, Gisela: Frauen. Jüdischer Almanach des Leo Baeck Instituts. Frankfurt a. M.: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, 2006
- Hödl, Klaus: Als Bettler in die Leopoldstadt: galizische Juden auf dem Weg nach Wien. 2. unveränd. Auflage. Wien; Köln, Weimar: Böhlau, 1994
- Hödl, Klaus: Ostjüdische Armut und ihre Wahrnehmung. Die galizischen Juden und die Wende um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. In: Jersch-Wenzel 2000, 309-332
- Hönig, Klaus: Der Bund Deutscher Frauenvereine in der Weimarer Republik 1919-1933. Engelsbach; Frankfurt a.M.: Washington; Hänsel-Hohenhausen, 1995 (Deutsche Hochschulschriftenreihe; 1054) Zugl.: Oldenburg, Univ., Diss., 1994
- Höppner, Solvejg (Red.): Antisemitismus in Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. Ephraim Carlebach Stiftung/ Sächs. Landeszentrale f. pol. Bildung. Dresden: ddp goldenbogen, 2004
- Höppner, Solvejg: Migration nach und in Sachsen (1830-1930). In: Bramke, Heß 1995, 279-301
- Höppner, Solvejg: „Ostjude ist jeder, der nach mir kommt...“. Jüdische Einwanderung in Sachsen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Bramke, Heß 1998, 343-369
- Höppner, Solvejg: Politische Reaktionen auf die Einwanderung ausländischer Juden nach Sachsen zwischen 1871 und 1925 auf kommunaler und staatlicher Ebenen. In: Dies. 2004, 123-141
- Höppner, Solvejg; Jahn, Manfred: Jüdische Vereine und Organisationen in Chemnitz, Dresden und Leipzig 1918 bis 1933. Ein Überblick; Dresden: Sächsisches Druck-und Verlagshaus, 1997

- Horovitz, Jakob: Zedakah und Wohlfahrtspflege (Aufsatz aus Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge, Nr. 9 (März 1928). In: GIRG 4 (1928) 13, 2 f
- Horovitz, Jakob: Zedakah und Wohlfahrtspflege. In: GIRG 4 (1928) 15, 1
- Huber-Sperl, Rita: Einleitung. In: Dies. 2002, 11-37 (a)
- Huber-Sperl, Rita: Bürgerliche Frauenvereine in Deutschland im „langen“ 19. Jahrhundert - eine Überblicksskizze (1780 bis 1910).- In: Dies. 2002, 41-75 (b)
- Huber-Sperl, Rita (Hg.): Organisiert und engagiert. Vereinskultur bürgerlicher Frauen im 19. Jahrhundert in Westeuropa und den USA. Königstein/Taunus: Helmer, 2002
- Hyman, Paula: Die Theorie und ihre Grenzen. In: Brenner, Myers 2002, 163-171
- Jacob, Lina: 50 Jahre Frauenverein Leipzig-Möckern. Nach den Akten niedergeschrieben. Leipzig 1933
- Jacobi, Juliane (Hg.): Martin Buber. Schriften zur Jugend, Erziehung und Bildung. Werkausgabe 8. München: Gütersloher Verlagshaus, 2005
- Jersch-Wenzel, Stefi (Hg.): Juden und Armut: in Mittel- und Osteuropa. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2000
- Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig. Hg. v. Ephraim Carlebach Stiftung, Leipzig 1994
- Die jüdische Frau in der Wohlfahrtspflege (o.A.) In: Jüdisches Jahrbuch 1929 (Berlin), 33-36
- Jüdischer Frauenbund. Protokoll d. V. Delegierten-Versammlung am Sonntag, den 28. Januar 1917, Berlin 1917
- Jüdisches Jahrbuch für Sachsen und Adressbuch der Gemeindebehörden, Organisationen und Vereine 1931/32, Ausgabe Leipzig, Berlin : arani 1994
- Jüdisches Leben und Wirken im Leipziger Waldstraßenviertel. Ein Informationsmaterial für die Leipziger Schulen. Hg. Vom Bürgerverein Waldstraßenviertel e.V., Leipzig 1999
- Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Soziale Arbeit in historischer Perspektive: zum geschichtlichen Ort der Diakonie in Deutschland. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, 1998
- Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer, 1997
- Kaplan, Marion: Frauen und jüdische Geschichte im deutschen Kaiserreich. L'Homme. Z.F.G. 3 (1992) 2, 59-72
- Kaplan, Marion: Freizeit – Arbeit. Geschlechterräume im deutsch-jüdischen Bürgertum 1870-1914. In: Frevert 1988, 157-174

- Kaplan, Marion (Hg.): Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945. München: Beck, 2003
- Kaplan, Marion: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938; Hamburg: Hans Christians Verl., 1981
- Kaplan, Marion: Jüdisches Bürgertum. Frau, Familie und Identität im kaiserlichen Hamburg: Dölling und Galitz, 1997 (Studien zur jüdischen Geschichte; Bd. 3)
- Kaplan, Marion: Konsolidierung bürgerlichen Lebens im kaiserlichen Deutschland 1871-1918. In: Kaplan 2003, 226-344
- Kaplan, Marion: Schwesterlichkeit auf dem Prüfstand. Feminismus und Antisemitismus in Deutschland, 1904-1938. In: Feministische Studien 3(1984)1, 128-139
- Karminski, Hannah: Auswirkungen des jüdischen Gesetzes auf Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. In: BIJFB 9 (1933) 10, 2-6
- Karminski, Hannah: Arbeitstagung der Zionistischen Frauen Deutschlands. In: BIJFB 11 (1935) 6, 1 ff
- Karminski, Hannah: Die erste Seite. In: BIJFB 14 (1938) 7, 1-3
- Karminski, Hannah: Frauenauswanderung. In: BIJFB 12 (1936) 12, 1 f
- Karminski, Hannah: Gefährdung der Gefährdeten-Fürsorge. Die Notverordnung zur Fürsorge-Erziehung. In: BIJFB 9 (1933) 1, 4 ff
- Karminski, Hannah: Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine in Leipzig. In: BIJFB 7 (1931) 8, 4 ff
- Karminski, Hannah: Geschäftsbericht Oktober 1931 - Oktober 1932. In: BIJFB 8 (1932) 11, 3-7
- Karminski, Hannah: Hauswirtschaftliche Ausbildung im Rahmen der Mädchenbildung. In: BIJFB 13 (1937) 2, 4 ff
- Karminski, Hannah: Die jüdische Frau und ihre Umwelt. In: BIJFB 7 (1930) 5, 5 ff
- Karminski, Hannah: Die soziale Arbeit des Jüdischen Frauenbundes im letzten Jahrzehnt. In: Zedakah (1928) 3-4, 16-24
- Karminski, Hannah: Die soziale Lage der Anstaltsbeamtinnen. In: BIJFB 6 (1930) 9, 4-6
- Karminski, Hannah: Vorstandssitzung des J.F.B.. In: BIJFB 9 (1933) 6, 11 f
- Karminski, Hannah: Zum Aufsatz „Das Problem des internationalen Mädchen- und Frauenhandels“. In: ZJW 1 (1929) 4, 194f
- Kemp, Annerose: Anna Zabel (1880-1924). Kindergärtnerin, Lehrerin und Stadtverordnete. In: Leipziger Lerchen, Leipzig 1999, S. 28-34
- Kemp, Annerose: Henriette Goldschmidt. Vom Frauenrecht zur Kindererziehung. In: Judaica

- Lipsiensia 1994, S. 33-53
- Kemp, Annerose: „Wir haben Väter der Stadt, wo bleiben die Mütter?!“ Zum Wirken von Henriette Goldschmidt. In: Bildung, Studium und Erwerbstätigkeit von Frauen in Leipzig im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Hg. von Hans Martin Modrow unter Mitw. von Steffen Held. Beucha. Sax-V., 20002, 63-74
- Klausmann, Christina: Politik und Kultur der Frauenbewegung im Kaiserreich. Das Beispiel Frankfurt am Main. Frankfurt M., New York: Campus, 1997 (Reihe Geschichte und Geschlechter, Bd. 19)
- Klemm, Beate: Handlungsräume Leipziger Frauen im Umfeld der bürgerlichen Revolution 1848/49. In: Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt, Susanne Schötz (Hg.): Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49. Bundesministerium für Familie, Senioren, Familie und Jugend: Bonn 1999
- Klemm, Beate: Der Verein für Innere Mission Leipzig für, wider und mit den Frauen 1870-1914. Eine Untersuchung am Beispiel des Frauenheimes Leipzig-Borsdorf. In: Schötz 1997, 207-236
- Klemm, Beate: „Mit schwesterlichem Handbieten zu gemeinsamem Wirken“. Leipziger Frauen als Wegbereiterinnen eines überregionalen Netzwerkes der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland (1865 bis 1894). In: Huber-Sperl 2002, 187-210
- Kocka, Jürgen: Einige Ergebnisse. In: Frevert 1988, 206-209
- Kohlbauer-Fritz, Gabriele; Kohn, Wiebke (Hg.): Beste aller Frauen: weibliche Dimensionen im Judentum ; [anlässlich der Ausstellung "Beste Aller Frauen". Weibliche Dimensionen im Judentum, Jüdisches Museum Wien, 16. Mai 2007 - 18. November 2007] / hrsg. im Auftr. des Jüdischen Museums Wien. Wien: Jüdisches Museum 2007
- Kohn, Charlotte: Luftfrauen. Der Mythos einer jüdischen Frauenidentität. Wien: Praesens V. 2006
- Konrad, Franz-Michael: Zedakah – Jüdische Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik. Einleitung zu: Zedakah. Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege. Reprint der Ausgaben von 1925-1928. Frankfurt M.: Fachhochschulverlag 1997, 9-19
- Konz, Britta: Bertha Pappenheim (1859-1936). Ein Leben für jüdische Tradition und weibliche Emanzipation. Frankfurt a.M., New York: Campus 2005
- Konz, Britta: Generationskonflikte im Jüdischen Frauenbund. In: Wenzel, Maierhof 2004, 24-31
- Kowalzik, Barbara: Jüdisches Erwerbsleben in der inneren Nordvorstadt Leipzig 1900-1933; Leipzig: Universitätsverlag, 1999

- Kowalzik, Barbara: Wir waren eure Nachbarn. Die Juden in Leipzigs Waldstraßenviertel; Leipzig: Pro Leipzig, 1996
- Kramer, David: Das Wohlfahrtswesen in der NS-Zeit.- In: Soziale Arbeit 32 (1983) 6, 294-319
- Kramer, David; Landwehr, Rolf: Zur Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege- von der Emanzipation zur Vernichtung. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 40 (1989) 1, 18-25
- Kramer, David; Landwehr, Rolf: Das jüdische Wohlfahrtswesen in Deutschland. Ein Aide-mémoire. In: Soziale Arbeit (1988) 11, 398-406
- Kreutner, Simon: Mein Leipzig. Gedenken an die Juden meiner Stadt. Leipzig: Sachsenbuch 1992
- Kreutzberger, Max: Jüdisch - soziale Arbeit heute. In: JWS 4 (1933) 3/4, 89-94
- Kreutzberger, Max: Das Problem des internationalen Mädchen- und Frauenhandels. In: ZJW 1 (1929) 4, 181-193 (a)
- Kreutzberger, Max (Hg.): Straus, Rahel. Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880-1933. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1961
- Kreutzberger, Max: Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Ein Führer durch die wichtigsten deutschen Gesetze zum Handgebrauch für die jüdische Wohlfahrtspflege. SZWST. Nr. III, Berlin 1929 (b)
- Kübler, Thomas: Zur Demographie der jüdisch verfolgten Bürger Leipzigs 1933-1945. In: Judaica Lipsiensia 1994, 144-154
- Lamprecht, Gerald (Hg.): „So wirkt Ihr lieb und hilfsbereit...“ Jüdische Frauen in der Geschichte. Graz: Clio 2009
- Landau, Charlotte; Brenner, Bettina: Wie unser Wyker Heim wurde. In: BIJFB 13 (1937) 7, 4 ff
- Landwehr, Rolf: Alice Salomon und ihre Bedeutung für die soziale Arbeit. Ein Beitrag zur Entwicklung der sozialen Berufsarbeit und Ausbildung anlässlich des 10jährigen Bestehens der FHSS Berlin. Berlin: Veröffentlichungen de FHSS, 1981
- Landwehr, Rolf: Zur Geschichte der Jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. In: Dreßen, Wolfgang (Hg.): Jüdisches Leben; Berlin: Museumspädagogischer Dienst, 1985, 44-53
- Landwehr, Rolf; Baron, Rüdiger: Geschichte der Sozialarbeit: Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Weinheim. Basel: Beltz, 1999
- Landwehr, Rolf; Baron, Rüdiger: Geschichte der Sozialarbeit: Hauptlinien ihrer Entwicklung

- im 19. und 20. Jahrhundert. Weinheim. Basel: Beltz, 1995
- Lässig, Simone: Emanzipation und kulturelle Verbürgerlichung. Staat und Juden in Sachsen und in Anhalt-Dessau. In: Retallack 2000, 34-50
- Lässig, Simone: Staat und Liberales Bürgertum im Emanzipationsdiskurs des 19. Jahrhunderts - Das Beispiel Sachsen. In: Höppner 2004, 43- 65
- Lässig, Simone: Der „Terror der Straße“ als Motor des Fortschritts? Zum Wandel der politischen Kultur im „Musterland der Reaktion“. In: Dies., Pohl 1997, 191-240
- Lässig, Simone; Pohl, Karl Heinrich: Sachsen im Kaiserreich: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch. Weimar, Köln, Wien: Böhlau, 1997
- Leipziger jüdisches Jahr-und Adressbuch 1933, Berlin: arani, 1994
- Lemm, Susi: Berufsberatung für die weibliche Jugend. In: Jüdische Erziehungskonferenz. Veranstaltet vom 8. bis 10. Oktober 1923 von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden gemeinsam mit dem jüdischen Frauenbund. Gekürzte Referate. Berlin: Selbstverlag, 1924, 15 ff
- Lestschinsky, Jakob: Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandel, Krise, Ausblick. Zgl. SZWST und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge; (1932) Nr. 7
- Liebrecht, Artur: Die Kriegsfürsorge. Deutsche Feld- und Heimatbücher Bd.3, Die Heimat im Krieg; Bd. 15. Leipzig; Berlin: Teubner, 1916
- Liedke, Rainer: Jüdische Identität im bürgerlichen Raum: Die organisierte Wohlfahrt der Hamburger Juden im 19. Jahrhundert. In: Gotzmann, Liedke, Rahden 2001, 299-314
- Lotan, Giora: Jüdische Sozialarbeit in Deutschland – ihre Bedeutung für die deutsche Judentheit und das jüdische Volk. In: Baeck 1971, 63 f
- Lowenstein, Steven M: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 3 Umstrittene Integration: 1871-1918. München: Beck, 2000
- Ludwig, Andreas; Schild, Kurt (Hg.): Jüdische Wohlfahrtsstiftungen. Initiativen jüdischer Schriftstellerinnen und Stifter zwischen Wohltätigkeit und sozialer Reform. Frankfurt a.M.: Fachhochschulverlag, 2010
- Ludwig, Johanna u.a. (Hg.): Leben und Streben. Das erste Auguste-Schmidt-Buch. Leipzig: Universitätsverlag 2003
- Lüders, Marie Elisabeth: Das unbekannte Heer: Frauen kämpfen für Deutschland 1914-1918. Berlin: Mittler, 1936
- Lüders, Marie Elisabeth: Probleme der sozialen Kriegsfürsorge. In: Die Frau 21 (1914) 12, 743-746

- Lütke-meier, Hildegard: Hilfen für jüdische Kinder in Not: zur Jugendwohlfahrt der Juden in der Weimarer Republik. Freiburg i.Br.: Lambertus, 1992
- Maierhof, Gudrun: „Es bleibt uns Frauen nur übrig, unsere Pflicht zu tun!“. Weibliche Selbsthilfe im Jüdischen Frauenbund in Nazideutschland. In: Wenzel, Maierhof 2004, 46-55
- Maierhof, Gudrun: Selbstbehauptung im Chaos. Frauen in der Jüdischen Selbsthilfe 1933-1943, Campus: Frankfurt am Main 2002
- Maierhof, Gudrun: „Wir Jüdinnen waren immer die anderen“. Der Jüdische Frauenbund 1904 bis 1938. In: Ariadne(1999) 35, 22-27
- Majofis, Channah: Erfahrungen bei der Auswanderungsberatung. In: BIJFB 12 (1936) 12, 3 f
- Malleier, Elisabeth: Jüdische Frauen in Wien 1816-1938. Wohlfahrt - Mädchenbildung-Frauenarbeit. Wien: Mandelbaum-Verl., 2003
- Malleier, Elisabeth: Jüdische Feministinnen in der Wiener bürgerlichen Frauenbewegung vor 1938. In Grandner, Saurer 2005, 79-101
- Marx, Fränze: Fabrikarbeit. Erlebnisse als Arbeiterin. In: BIJFB 7 (1931) 3, 1-5
- Maurer, Susanne: „Geistige Mütterlichkeit“ als Emanzipationsfalle? Bürgerliche Frauen im 19. Jahrhundert kämpfen um Individualität und gesellschaftliche Teilhabe. In: Ludwig 2003, 247-265
- May, Henriette: Rechenschaftsbericht. In: Jüdischer Frauenbund. Protokoll d. V. Delegierten-Versammlung am Sonntag, den 28. Januar 1917, Berlin 1917, 5-10
- McLeod, Hugh: Weibliche Frömmigkeit – männlicher Unglaube? Religiosität und Kirche im bürgerlichen 19. Jahrhundert. In: Frevert 1988, 134-156
- Mende, Käthe: Die neue Gruppe berufstätiger Frauen im Verband Berlin des Jüdischen Frauenbundes. In: BLJFB 10 (1934) 1, 8 f
- Meyer, Michael A.; Brenner, Michael: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2., Emanzipation und Akkulturation: 1780-1871. München: Beck, 2000
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Weibliche Kultur und soziale Arbeit: eine Geschichte der Frauenbewegung am Beispiel Bremens 1810-1927. Köln, Wien: Böhlau, 1989
- Meyer-Stargard, Helene: Bericht über die Hamburger Weltkonferenz jüdischer Frauen. In: BIJFB 5 (1929) 7, 1-6
- Minden, Anna: Unser Wyker Heim - heute. In: BIJFB 13 (1937) 7, 5 f
- Monar, Gerschon: Verpflanzt und neu verwurzelt. Eine jüdische Familiengeschichte aus Leipzig und Halle in Israel 1924-1994. Hrsg. von Erhard Roy Wien Konstanz: Hartung Gorre Verl., 1995
- Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte. Leipzig, Mannheim: Brockhaus,

2002

- Müller, Klaus: Diakonie im Dialog mit dem Judentum: eine Studie zu den Grundlagen sozialer Verantwortung im jüdisch-christlichen Gespräch; Heidelberg: HVA, 1999, Zugl. Heidelberg, Univ., Habil.-Schr., 1997
- Münster-Schröer, Erika: Frauen in der Kaiserzeit: Arbeit, Bildung, Vereinswesen, Politik und Konfession; eine sozialgeschichtliche Untersuchung am Beispiel einer rheinischen Kleinstadt. Dortmunder historische Studien Bd.3, Bochum: Brockmeyer, 1992. Zugl.: Dortmund, Univ., Diss., 1992
- Neubert, Andreas: Jüdische Wohlfahrtspflege in Chemnitz von 1871-1939. In: Stecklina 2001, 63-77
- Neemann, Andreas: Regierung, Parlament und „gezähmte“ Öffentlichkeit in Sachsen 1849-1864. In: Retallack 2000, 51-64
- Neumann, Anna: Der Orden und die Frauen, BGD (1919) 13, 156 f
- Neumann, Anna: 25 Jahre Frauenverein „Ruth“. In: GIRG 5 (1929) 8, 3 f
- Neumann, Anna: Nachruf für Regina Pfefferblüth. In: GBIRG 5 (1929) 35, 3
- Nimmesgern, Susanne: „Vater Staat“ und „Mutter Fürsorge“. Weibliche Angestellte im kommunalen Verwaltungsdienst am Beispiel der Stadt Saarbrücken, 1910-1950: Arbeitsplätze, Berufsbilder, Biographien. St. Ingbert: Röhrig, 1999. Zugl.: Diss. Uni Saarbrücken 1999
- Nipperdey, Thomas: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Bockmann u.a. 1972, 1-44
- Ollendorff, Friedrich: Der zweite Weltkongreß jüdischer Frauen. Hamburg, 3.-6. Juni 1929. In: ZJW 1 (1929) 4, 229-232
- Ottenheimer, Hilde: Um ein jüdisches Erziehungsideal. In: BIJFB 12 (1936) 5, 7 f
- Pappenheim, Bertha: Aussprache Isenburg, 15. Juli 1929. In: BIJFB 5 (1929) 8, 9
- Pappenheim, Bertha: Die Immoralität der Galizierinnen (1901). In Heubach 1992, 19-43
- Pappenheim, Bertha: Das Interesse der Juden an der Bekämpfung des Mädchenhandels (1913). In: Heubach 1992, 241-248
- Pappenheim, Bertha: Die Frau im kirchlichen und religiösen Leben. In: Wagner u.a. 1994, 23-30
- Bertha Pappenheim: Schutz der Frauen und Mädchen. Das Problem in allen Zeiten und Ländern (1923). In: Heubach 1992, 253-258
- Pappenheim, Bertha: Sisyphus-Arbeit. 2. Folge. Berlin: Levy, 1930
- Pappenheim, Bertha: Sisyphus-Arbeit. Reisebriefe aus den Jahren 1911 und 1912. 1. Folge.

- Leipzig: Verlag Paul E. Lindner, 1924
- Pappenheim, Bertha: Über die Verantwortung der jüdischen Frau (1910). In: Heubach 1992, 137-154
- Pappenheim, Bertha: Die weibliche Großstadtjugend. In: Heubach 1994, 41-51
- Pappenheim, Bertha: Zur Frage der Bekämpfung des Mädchenhandels und zur Welt-sammel-vormundschaft. In: BIJFB 5 (1929) 12, 1-3
- Pappenheim, Bertha: Zur Sittlichkeitsfrage (1907). In: Heubach 1992, 107- 117
- Paulus, Julia: Kommunale Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930 bis 1945. Autoritäres Krisenmanagement zwischen Selbstbehauptung und Vereinnahmung. Köln; Wien: Böhlau, 1998 (Geschichte und Politik in Sachsen; Bd. 8) Zugl.: Diss. Univ. Münster 1996
- Plowinski, Kerstin: Die jüdische Bevölkerung Leipzigs 1853-1925-1933. Sozialgeschichtliche Fallstudien zur Mitglieberschaft einer Großgemeinde. Leipzig, Univ., Diss., 1991
- Plowinski, Kerstin: Die jüdische Gemeinde Leipzigs auf dem Höhepunkt ihrer Existenz. Zur Berufs- und Sozialstruktur um das Jahr 1925. In: Judaica Lipsiensia 1994, 79-91
- Pötzsch, Hansjörg: Erscheinungsformen des Antisemitismus in Sachsen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870.1914. In Höppner 2004, 83-93
- Preißler, Holger: Heinrich Lebrecht Fleischer. Ein Leipziger Orientalist, seine jüdischen Studenten, Promovenden und Kollegen. In: Wendehorst 2006, 245-268
- Prestel, Claudia: Frauen in der Zionistischen Bewegung (1897-1933). Tradition oder Revolution? In: Historische Zeitschrift Bd. 258 (1994) 1, 29-71 (a)
- Prestel, Claudia: „Praktisches Judentum“, „fürsorgliche Belagerung“ und moderne Sozialarbeit - die Versuche zur Integration von Randgruppen (1901-1933). In: Jersch-Wenzel 2000, 357-381
- Prestel, Claudia: The „New Jewish Woman“ in Weimar Germany. In: Benz 1998, 136-155
- Prestel, Claudia: Uneheliche Kinder und ledige Mütter in der jüdischen Gemeinschaft im 20. Jahrhundert: Eingliederung oder Ausschluß? Ein Beitrag zur deutsch-jüdischen Frauengeschichte. In: L'Homme Z.F.G. 5 (1994) 2, 81-120 (b)
- Prestel, Claudia T.: Zur Stellung der Frau in jüdischen Organisationen und Gemeinden vor und nach dem Ersten Weltkrieg. In: Stephan, Inge u.a. (Hg.): Jüdische Kultur und Weiblichkeit in der Moderne. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 1994, 245-257 (c)
- Prestel, Claudia T.: Weibliche Rollenzuweisung in jüdischen Organisationen. Das Beispiel des Bnei Briss. In: Bulletin des Leo Baeck Instituts Jerusalem 85 (1990), 51-80
- Prinz, Arthur: Die Bedeutung der Frauenauswanderung für die Juden Deutschlands. In: BIJFB 12 (1936) 12, 2 f

- Programm der Reichsvertretung. In: BIJFB 11 (1935) 10, 1f
- Prüfer, Johannes: Allgemeiner Bericht. In: Dritter Bericht der Hochschule für Frauen zu Leipzig (W.S. 1913/14 - S.S. 1917). Leipzig: Schunke, 1917, 3-7
- Radt, Jenny: Berufspolitische Möglichkeiten für die jüdische Frau. In: BIJFB 11 (1935) 6, 5 f
- Raggam-Blesch, Michaela: Frauen zwischen den Fronten. Jüdinnen in feministischen, politischen und philanthropischen Bewegungen in Wien an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Grandner, Saurer 2005, 25-55
- Raggam-Blesch, Michaela: „What a differnt World!“ Jüdische Frauen zwischen Ost und West. In: Lamprecht 2009, 67-82
- Rahden, Till van: Von der Eintracht zur Vielfalt: Juden in der Geschichte der deutschen Bürgertums. In: Gotzmann, Liedke, Rahden 2001, 9-31
- Rahden, Till van: Weder Milieu noch Konfession. Die situative Ethnizität der deutschen Juden im Kaiserreich in vergleichender Perspektive. In: Blaschke, Kuhlemann 1996, 409-435
- Reinhold, Josef: Von der Ablehnung zur Befürwortung. Die Haltung der Leipziger Stadtverordneten zur Judenemanzipation in Sachsen 1834 bis 1868. In: Höppner 2004, 66-73
- Reinhold, Josef: Zwischen Aufbruch und Beharrung. Juden und jüdische Gemeinde in Leipzig während des 19. Jahrhunderts. Dresden: Sächsisches Druck-und Verlagshaus, 1999
- Reinicke, Peter: Bettina Brenner. In: Hugo Maier: Who is who der Sozialen Arbeit. Freiburg i.Br. 1998, 107 f
- Reinicke, Peter: Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes (JFB) Bettina Brenner (1877-1948). In: Hering 2006, 115-123
- Reinke, Andreas: „Eine Sammlung des jüdischen Bürgertums“. Der Unabhängige Orden B'nai B'rith in Deutschland. In: Gotzmann, Liedke, Rahden 2001, 315-340
- Reinke, Andreas: Wohltätige Hilfen im Verein. Das soziale Vereinswesen der deutsch-jüdischen Gemeinden im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert: In: Jersch-Wenzel 2000, 208-239
- Retallack, James: Einleitung. In: Ders. 2000, 11-32
- Retallack, James: Die „liberalen“ Konservativen? Konservatismus und Antisemitismus im industrialisierten Sachsen. In: Lässig 1997, 133-148
- Retallack, James (Hg.): Sachsen in Deutschland: Politik, Kultur und Gesellschaft 1830-1918, Sonderaufl., Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 2000
- Reyer, Jürgen: Kleine Geschichte der Sozialpädagogik – Individuum und Gemeinschaft in der Pädagogik der Moderne. Baltmannsweiler: Schneider Verl. Hohengehren, 2002

- Richarz, Monika: Frauen in Familie und Öffentlichkeit. In: Lowenstein 2000, 69-100
- Richarz, Monika (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland 1918-1945, 3. Bd.; Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1982
- Richter, Helmut Ludwig Bruno: Die Prostitution in Leipzig: Eine kriminalistisch-statist. Monographie. Leipzig: Verl. d. Werkgemeinschaft, 1932
- Rieger, Paul: Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden. Ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893-1918. Berlin: Verlag des CV, 1918
- Rosenthal, Hugo: Zur Psychologie jüdischer Frauen und Mädchen. In: BIJFB 8 (1932) 6 (a), 4 ff; BIJFB 8(1932)7, 5ff (b)
- Rothenburg, Hannelore: Dr. phil. Käthe Windscheid – Wegbereiterin für das Frauenstudium. In: Ludwig 2003, 209-223
- Sachs, Franz: Von deutschen Jüdinnen. In: Der Jude 1 (1917) 10, 662-664
- Sachße, Christoph: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1881-1929. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1986
- Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd.1 Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, 2. verb. u. erw. Aufl.. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer, 1998
Bd. 2 Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871-1929. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer, 1988
- Sacks, Jonathan: Wohlstand und Armut. Eine jüdische Analyse. In: Zedaka 1992, 14-29
- Sahle, Rita (Hg.): Wörterbuch zur Geschichte der Sozialen Arbeit in Leipzig, Leipzig: Rita Sahle, 1999
- Salomon, Alice: Die Frau in der sozialen Hilfstätigkeit. In: Lange, Helene; Bäumer, Gertrud: Handbuch der Frauenbewegung II. Teil. Berlin: Moeser, 1901-1915 (Nachdruck: Weinheim, Basel: Beltz, 1980)
- Salomon, Alice: Frauendienst im Krieg. Schützengraben: Bücher für das deutsche Volk. Berlin: Verl. Karl Sigismund, 1916
- Salomon, Alice: Leitfaden der Wohlfahrtspflege (unter Mitwirkung von S. Wronsky). Leipzig, Berlin: Teubner, 1921
- Schäfer, Michael: Die Burg und die Bürger. Stadtbürgerliche Herrschaft und kommunale Selbstverwaltung in Leipzig 1889-1929. In: Bramke, Heß 269-292
- Schiebler, Gerhard: Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main: Stiftungen, Schenkungen, Organisationen und Vereine mit Kurzbiographien jüdischer Bürger. Hrsg. von

- Lustiger, Arno im Auftrag der M. J. Kirchheim'schen Stiftungen in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Kramer, 1988
- Schlüter, Joseph: Die freie Wohlfahrtspflege in Deutschland. Berlin: Carl Heymann, 1933
- Schönwald, Otilie: Die Gemeinde und die Frauen. In: BIJFB 12 (1936) 11, 1 f
- Schötz, Susanne (Hg.): Frauenalltag in Leipzig: weibliche Lebenszusammenhänge im 19. und 20. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 1997
- Schrott, Karin: „Vor allem hüte sie sich vor allem Augenfälligen- in Kleidung und Benehmen“: Reglementierungen für die ‚Frau im öffentlichen Leben‘ im deutschen Kaiserreich. In: Huber-Sperl 2002, 315-383
- Schubert, Michèle: Zur Erwerbstätigkeit von Frauen und zu ihren ersten Aktivitäten gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung im Königreich Sachsen zwischen 1848/49 und 1871, Leipzig, PH, Diss. 1986
- Schüler, Anja: Frauenbewegung und soziale Reform. Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog 1889-1933. Stuttgart: Franz Steiner V., 2004
- Schwara, Desanka: „Luftmenschen“- Leidtragende des Verarmungsprozesses in Osteuropa im 19. Jahrhundert. In: Jersch-Wenzel 2000, 149-165
- Schwarz, Mosche: Die verschiedenen Strömungen der deutschen Orthodoxie in ihrem Verhältnis zur Kultur der Umwelt. In: Baeck 1971, 53-58
- Segall, Jacob: Die deutschen Juden als Soldaten im Krieg 1914-1918. Berlin: Philo-V., 1921
- Segall, Jacob: Die soziologischen Verhältnisse der Juden in Deutschland. In: Jüdische Erziehungskonferenz. Veranstaltet vom 8. bis 10. Oktober 1923 von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden gemeinsam mit dem Jüdischen Frauenbund. Gekürzte Referate. Berlin: Selbstverlag, 1924, 6 ff
- Segall, Jacob; Weinreich, Frieda: Die geschlossenen und halboffenen Einrichtungen der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland. Berlin: ZWST 1925
- Siebe, Josephine; Prüfer, Johannes: Henriette Goldschmidt: Ihr Leben u. ihr Schaffen. Leipzig: Akademische Verlagsgesellschaft 1922
- Simon, Ernst A.: Wie jüdisch war das deutsche Judentum In: Baeck 1971, 16-19
- Sommerschulen des Jüdischen Frauenbundes. In: BIJFB 6 (1930) 4, 1
- Spranger, Eduard: Die Idee einer Hochschule für Frauen und die Frauenbewegung. Leipzig: Dürr 1916
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Leipzig, 4. Jg. 1914. Leipzig: Duncker und Humblot 1916
- Stecklina, Gerd (Redaktion): Jüdische Sozialarbeit in Deutschland. Beiträge zum 2. Fachtreffen: Historische Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Dresden 2001

- Stedtler, Manfred: Kirchliche Armenpflege in Leipzig um 1900. In: Bräuer 2004, 319-338.
- Steer, Martina: Der Jüdische Frauenbund im Ersten Weltkrieg. In: Wenzel, Maierhof 2004, 14-23
- Steer, Martina: „Wir wollen sein ein einig Volk von Schwestern, vor keiner Not uns fürchten und Gefahr!“. Der Jüdische Frauenbund im Ersten Weltkrieg. In: Grandner, Saurer 2005, 103-121
- Stern, Erich: Das Problem der inneren Wandlung. In: ZJW 1 (1929) 1, 6-21
- Szejnmann, Claus-Christian W.: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 2000
- Tal, Uriel: Die Polemik zu Anfang des 20. Jahrhunderts über das Wesen des Judentums nach jüdischen und christlichen Quellen. In: Baeck 1971, 69-75
- Tegeler, Hedwig (Zusammengestellt von): Soziale Kriegs- und Friedensfürsorge in der Stadt Leipzig. Hrsg. von einem Verl. vom Nationalen Frauendienst, Leipzig 1915
- Tennstedt, Florian: Peitsche und Zuckerbrot oder ein Reich mit Zuckerbrot? Der Deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871-1881. In: Zeitschrift für Sozialreform 43 (1997) 2, 88-101
- Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte und Sozialpolitik in Deutschland: vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1981
- Thiem, Sebastian: „... der Oberbürgermeister blieb aber weiter auf seinem Posten.“ Das Leipziger Oberbürgermeisteramt vom Vorabend des ersten Weltkriegs bis zum Ende der zwanziger Jahre. In: Bramke, Heß 1998, 293-325
- Thole, Werner u.a. (Hg.): KlassikerInnen der Sozialen Arbeit. Sozialpädagogische Texte aus zwei Jahrhunderten – ein Lesebuch. Neuwied; Kriftel: Luchterhand, 1998
- Traverso, Enzo: Die Juden und die deutsche Kultur. Das Problem der intellektuellen Generationen, In: Bala, Scholz, 89-105
- Tugendreich, Gustav: Was für Aufgaben fallen der Sozialhygiene in der jüdischen Gemeindefürsorge zu? In: ZJW 1 (1929) 1, S. 40-48
- Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt M. 1995
- Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. 3.Aufl., Frankfurt a. M., Fischer 1999
- Vogel, Katharina: Der Orientalist Julius Fürst (1805-1873): Wissenschaftler, Publizist und engagierter Bürger, In: Wendehorst 1006, 41-60
- Volkov, Shulamit: Das jüdische Projekt der Moderne: zehn Essays. München: Beck, 2001
- Volkov, Shulamit Die Dynamik der Dissimilation. Deutsche Juden und ostjüdische Einwanderer

- derer. In: Blasius, Diner 1994, 64-78
- Wowinkel, Anette; Borowicz, Iren: Nächstes Jahr in Jerusalem? Deutsch-jüdische Frauen und der Zionismus 1904-1938. In: Wenzel, Maierhof 2004, 32-39
- Wagner, Leonie u.a. (Hg.): Aus dem Leben jüdischer Frauen: „Welche Welt ist meine Welt?“. Schriftenreihe des Archivs der Deutschen Frauenbewegung. Bd. 9, Wiesbaden : Hessische Landeszentrale für Politische Bildung, 1994
- Wagner, Leonie: „Eine gewisse Verstimmung unter den FrauenrechtlerInnen“. In: Wenzel, Maierhof 2004, 8-13
- Wawrzyn, Heidemarie: Die ungeliebten Schwestern. Über das Verhältnis der christlichen Frauenbünde zur jüdischen Frauenbewegung. In: Ariadne 35 (1999): Frauenbewegung im Namen des HERRN? Konfessionelle Frauenverbände 1890-1933, 62-66
- Wawrzyn, Heidemarie: Vaterland statt Menschenrecht. Formen der Judenfeindschaft in den Frauenbewegungen des Deutschen Kaiserreichs. Marburg: Diagonal-V., 1999 (Religionswiss. Reihe; Bd. 11) Zugl. : Bremen, Univ., Diss. 1998
- Wehler, Hans-Ulrich: Wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Wandel, politische Stagnation: Das Deutsche Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In: Lässig, Pohl 1997, 301-308
- Weinreich, Frieda: Berufslage der in der jüdischen Wohlfahrtsarbeit angestellten Wohlfahrts- pflegerinnen. In: ZJW 1 (1929) 6, 322-325
- Weinreich, Frieda: Soziale Arbeit als Beruf. In: BIJFB 5 (1929) 11, 2-6
- Weltkongreß [sic] jüdischer Frauen, Wien 6. bis 11. Mai 1923, Wien 1923
- Weltsch, Robert: 1918 – Die Krise der herkömmlichen Einstellung zu jüdischen Problemen. In: Baeck 1971, 87-93
- Wendehorst, Stephan (Hg.): Bausteine einer jüdischen Geschichte der Universität Leipzig, i.A. d. Simon Dubnow-Instituts für Jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig. Leipzig: Universitätsverl., 2006
- Wendelin, Adolf [Bearb.]: Handbuch der Liebestätigkeit in Sachsen. Erstmalig hrsg. von Rudolf Weidauer. Dresden: Verl. des Landesvereins für Innere Mission der evangelisch- lutherischen Kirche in Sachsen, 1927
- Wendt, Wolf Rainer: Geschichte der Sozialen Arbeit. 4., neubearb. Aufl. Stuttgart: Enke, 1995
- Wennemuth, Udo: Mission und Diakonie, Kultur und Politik: Vereinswesen und Gemein- schaften in der evangelischen Kirche in Baden im 19. Jahrhundert. Karlsruhe: PV- Medien 2004

- Wenzel, Cornelia; Maierhof, Gudrun (Red.): „Jüdisch-sein, Frau-sein, Bund-sein“. Der Jüdische Frauenbund 1904-2004. Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Kassel 2004, Heft 45/46
- Werner, Sidonie: Eröffnungsworte. In: Jüdischer Frauenbund. Protokoll d. V. Delegierten-Versammlung am Sonntag, den 28. Januar 1917, Berlin 1917, 2-5
- Die Wohlfahrtseinrichtungen in Leipzig. Festschrift zum 33. Kongreß [sic] für Innere Mission am 25. bis 28. September 1905, Leipzig 1905
- Wolf, Nanette: Jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Hintergründe, Geschichte und Entwicklung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden. In: NP (1991) 5/6, 473-481
- Wronsky, Siddy: Erhaltung der Familie. In: BIJFB 6 (1930) 2, 3f
- Wronsky, Siddy: Grundgedanken der Erziehungskonferenz. In: Jüdische Erziehungskonferenz. Veranstaltet vom 8. bis 10. Oktober 1923 von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden gemeinsam mit dem Jüdischen Frauenbund. Gekürzte Referate. Berlin: Selbstverlag, 1924, 2 ff
- Wronsky, Siddy: Zur Soziologie der jüdischen Frauenbewegung in Deutschland. In: Ariadne (1999) 35, 20-21. Aus: Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur, 28. Bd., Berlin 1927, 84-99
- Wustmann, Cornelia: „Das Ideal will nicht gelobt, es will gelebt werden.“ Jüdische Wohlfahrt am Beispiel der wohltätigen jüdischen Stiftungen in Dresden und Leipzig. St. Katharinen: Scripta Mercaturae Verl., 2002 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 24)
- Wustmann, Cornelia: Geschichte jüdischer Sozialarbeit in Sachsen – Die Entwicklung der Stiftungen in Dresden und Leipzig. In: Stecklina 2001, 49-62
- Zedakah. Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege. Reprint der Ausgaben von 1925-1928. Frankfurt M.: Fachhochschulverlag 1997
- Zeise, Roland; Brüdiger, Bernd: Bundesstaat im Deutschen Reich (1871-1917/18) In: Czok 1989, 380-429
- Zeller, Susanne: Alice Salomon, die Gründerin der sozialen Frauenschule. In: Brehmer, Ilse: Mütterlichkeit als Profession. Lebensläufe deutscher Pädagoginnen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts; Pfaffenweiler: Centaurus Verl., 1990, 223-227
- Zeller, Susanne: Geschichte der Sozialarbeit als Beruf. Bilder und Dokumente (1893-1939). - Pfaffenweiler: Centaurus, 1994
- Zeller, Susanne: Soziale Arbeit und Judentum. Sozialethische Elemente professioneller Sozialarbeit/Sozialpädagogik. In: Soziale Arbeit (1997) 4, 110-121

Zimmermann, Moshe: Die deutschen Juden 1914-1945. München: Oldenbourg V., 1997
ZWST der deutschen Juden (Hg.): Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1932-1933. 193

Lebenslauf

Der Lebenslauf ist in der Online-Version aus Gründen des Datenschutzes nicht enthalten.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ausschließlich unter Zuhilfenahme der genannten Quellen verfasst habe.

Diese Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und nicht veröffentlicht.

Leipzig, 04.03.2011

Jeanett Rapp